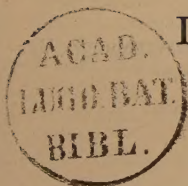


Die freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland

insbesondere

die Fach-, Zweck- und Zentralverbände
gewerblicher Unternehmer

==== Teil I =====



Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Hermann Krueger

aus Berlin

Tag der Promotion: 12. August 1908

Referenten:

Professor Dr. **Schmoller**

Professor Dr. **Wagner**

Mit Genehmigung der hohen Fakultät kommt hier nur der erste Teil
der ganzen Arbeit zum Abdruck.

Der zweite Teil wird in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Ver-
waltung und Volkswirtschaft“ erscheinen.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1

Erster Teil.

Spezialgeschichte der Fach-, Zweck- und Zentralverbände gewerblicher Unternehmer in Deutschland (verbunden mit einem Überblick über die Gesamtheit der freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe und verwandter Organisationen in ihrer wechselseitigen Ergänzung).

I. Berg- und Hüttenwesen	4
II. Eisen und Stahl	15
III. Metall, Blech und Draht	25
IV. Maschinen	30
V. Fahrzeuge	36
VI. Arbeitgeberverbände der Metall- und Eisenindustrie (Anhang zu II—V)	39
VII. Elektrotechnik	45
VIII. Musikinstrumente	49
IX. Uhren, Feinmechanik	52
X. Edelmetalle	56
XI. Öl, Wachs, Stearin, Glycerin, Seife	59
XII. Chemie	62
XIII. Gas, Wasser, Acetylen	78
XIV. Steine und Erden, Baugewerbe	82
XV. Glas	97
XVI. Häute, Leder	100
XVII. Textilindustrie, Färberei, Bekleidungsindustrie	109
XVIII. Papier und Pappe	132
XIX. Holz, Schnitzstoffe, Kautschuk, Kork	142
XX. Nahrungs- und Genußmittel	151
XXI. Graphisches und Kunstgewerbe, Buchhandel, Photographie	190
XXII. Verkehrswesen	203
XXIII. Versicherungswesen	209
XXIV. Geldwesen, Handel, Handlungsmittel	216
XXV. Kleinhandel und Kleingewerbe, Mittelstand	221
XXVI. Haus- und Grundbesitz, Wohnungs-, Boden- und Steuerreform	232
XXVII. Export, Auswanderung, Kolonisation	238
XXVIII. Vereine zur allgemeinen Wahrung wirtschaftspolitischer Interessen	249
XXIX. Vereine zur Wahrung der allgemeinen Interessen von Handel und Industrie	255
XXX. Allgemeine Arbeitgeberverbände	283

Zweiter Teil (Inhaltsangabe).

Zusammenfassende und kritische Betrachtungen über die freien Organisationen der gewerblichen Unternehmer in Deutschland, insbesondere über die Fach-, Zweck- und Zentralverbände.

- I. Begriffsbestimmungen.
- II. Allgemeine Entwicklungsgeschichte der freien Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe.
(Entwicklungszeiten — Entwicklungsgründe — Entwicklungstendenzen).

Anlagen:

- Tabelle No. 1. Übersicht über die Entstehung von
 1. Fach-, Zweck- und Zentralverbänden,
 2. Konventionen, Kartellen usw.,
 3. Arbeitgeberverbänden
 innerhalb der Konjunkturperioden seit 1857.
- Tabelle No. 2. Übersicht über die Entstehung von
 1. Fach-, Zweck- und Zentralverbänden,
 2. Konventionen, Kartellen usw.,
 3. Arbeitgeberverbänden
 in den Zeiträumen von zehn zu zehn Jahren seit 1820.
- Tabelle No. 3. Graphische Darstellung der Entstehung von
 1. Fach-, Zweck- und Zentralverbänden
 2. Konventionen, Kartellen usw.,
 3. Arbeitgeberverbänden
 in den Zeiträumen von zehn zu zehn Jahren seit 1820.
- III. Mittel, Betätigung und Leistungen der Fach-, Zweck- und Zentralverbände.
(Etats — Geschäftsführung — Betätigungsarten und -Gebiete — „Beeinflussung der Verbandsgenossen“ — „Beeinflussung außerhalb stehender Kreise“ — Ergebnisse dieser Tätigkeit).

Anlagen:

- Tabelle No. 4. Übersicht über die Höhe der jährlichen Gesamteinnahmen einer Reihe von Fach-, Zweck- und Zentralverbänden innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen.
- Tabelle No. 5. Übersicht über die Zusammensetzung der Gesamtzahl der Fach-, Zweck- und Zentralverbände aus
 1. Organisationen mit Geschäftsstelle und
 - a) hauptamtlich tätigen Beamten,
 - b) nebenamtlich tätigen Beamten,
 2. Organisationen ohne Geschäftsstelle, dargestellt innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen.
- IV. Unzulänglichkeiten in der Organisation der Fach-, Zweck- und Zentralverbände selbst.
(Anteil der schweren und der leichten Industrie an den verschiedenen Organisationsformen — Vorsprung der schweren

Industrie durch zweckmäßigen Anteil hieran und durch Leistungen der Fachverbände — Verbandszeitschriften — Privatstatistik — Eingabenwesen und -Unwesen — Entwicklungstendenzen bei den kleinen Fachverbänden der verarbeitenden Industrien — Vorsprung der schweren vor der leichten Industrie auch durch die Zentral- und Zweckverbände — Generelle Übelstände — Organisationszersplitterung — Mangel an Arbeitsökonomie — Einflußlosigkeit — Entwicklungstendenzen der zentralen Industrievertretungen in den Bundesstaaten)

Anlagen:

Tabelle No. 6. Übersicht über die Verteilung

1. der Fach-, Zweck- und Zentralverbände (Haupt- und Zweigverbände),
2. der Kartelle, Konventionen usw.,
3. der Arbeitgeberverbände,
4. der Gesamtzahl dieser Organisationen auf die einzelnen Gewerbebezüge.

V. Ziele, Wege und Aussichten zur Vervollkommnung der Organisation der gewerblichen Unternehmer durch zentrale Stellen zum Ausgleich der Interessen.

(Kreis des Interessenausgleichs — Oberbau und Unterbau — Preußischer Volkswirtschaftsrat — Wirtschaftskammern — Provinziale preußische Gewerbekammern — Beschlüsse der „Eisenacher Kommission“ des Zentralverbandes — Pläne zum Ausbau der Berufsgenossenschaften — Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe in Bayern — Handelskammern und Handelstag — Provisorischer Industrierat (Bund der Industriellen) — Neue Vorschläge für die Bildung eines „Deutschen Volkswirtschaftsrats“ mit „Industrierat“ und Zwangsfachverbänden als Unterbau (Tschierschky) — Industriekammern — Vereinstag (Borgius) — „Interessengemeinschaft“ — Koalition der verarbeitenden Industrien)

Einleitung.

Eine eingehendere Untersuchung der freien Organisationen gewerblicher Unternehmer rechtfertigt sich ohne weiteres. Die öffentliche Bedeutung der Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe ist in ständigem Wachstum begriffen. Die Zahl dieser Organisationen nimmt unablässig zu und ihr Einfluß auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung, auf die Entstehung neuer Organisationsformen und zum Teil auch auf Gesetzgebung und Verwaltung ist vielfach wirkungsvoll geworden.

So sind denn im Laufe der letzten Jahre häufig Untersuchungen über Teile dieser freien Organisation des Unternehmertums veranstaltet worden. Die in Deutschland vorhandenen Syndikate und Konventionen fanden in den Denkschriften des Reichsamts des Innern zur Kartellenquête auch eine umfassendere Bearbeitung; die „reinen“ Arbeitgeberverbände werden auf Veranlassung des Vereins für Sozialpolitik einer eingehenden Darstellung unterzogen*). Demnach mangelt es bisher gerade an einer Untersuchung über denjenigen Teil der freien Unternehmerorganisation, welcher bei weitem der älteste ist, — derjenigen freien Verbände nämlich, welche weder ausschließlich Kartellierungen erstreben noch die Interessen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern wahrnehmen wollen; denn neben dem dankenswerten, den Gegenstand aber erst anscheidenden Versuch von Schomerus**) beschäftigte sich mit diesen Verbänden in umfassenderem Maße nur das vom Reichsamt des Innern herausgegebene Verzeichnis***), das sich aber, seiner Aufgabe entsprechend, lediglich auf die Aufzählung der damals ermittelten Vereine unter Angabe der Personalien usw. mit kurzen Bemerkungen über den Zweck beschränkt, und das bei der schnellen Entwicklung auf diesem Gebiete zum erheblichen Teile bereits veraltet ist.

In der Literatur über die freien Unternehmer-Organisationen besteht an dieser Stelle also eine Lücke. Verfasser ergriff gern die Gelegenheit, als ihm durch einen Beschluß des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes im Jahre 1906 die Möglichkeit geboten wurde, in umfassender Weise an die Bearbeitung dieses Themas zu gehen.

Leitender Gesichtspunkt für vorliegende Arbeit war somit in erster Linie, diejenigen freien Vereine zu ermitteln und im Zusammenhange darzustellen, welche die allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen — sei es eines bestimmten Zweiges oder sei es der Gesamtheit — von Industrie, Handel oder Gewerbe vertreten. Die Arbeit charakterisiert sich also erstens als der Versuch, einen Überblick über die Spezialgeschichte dieser freien Fach-, Zweck- und Zentralverbände zu geben.

Infolgedessen konnte eine Darstellung der Preiskonventionen, Genossenschaften, reinen Arbeitgeberverbände und Innungen unterbleiben. Da aber

*) Erschienen ist bisher als Bd. 124 der Schriften des Vereins: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“ von Gerhard Kessler, Leipzig 1907. Eine zweite Arbeit von Waldemar Zimmermann soll noch folgen.

**) Friedrich Schomerus: „Die freien Interessenverbände von Handel und Industrie und ihr Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung“, in Schmoller's „Jahrbuch“, Jahrg. 1901, S. 67—138.

***), „Verzeichnis der im Deutschen Reiche bestehenden Vereine gewerblicher Unternehmer“, Berlin 1903.

die Fachverbände, die geschildert werden sollten, zum Teil schon ihr Entstehen auf Reaktionsbewegungen gegen ein vorhandenes Kartell zurückführen, zum anderen Teile selbst aus einem solchen entstanden sind bzw. Syndizierungsbestrebungen und allgemeine Ziele nebeneinander verfolgen, und da ferner diese Fachverbände vielfach den Unterbau für die Entstehung neuer Preiskonventionen oder Arbeitgeberverbände gebildet haben, so mußte in all' diesen Fällen auch das Gebiet dieser Organisationsformen betreten werden. Die verschiedenen Organisationen des gewerblichen Unternehmertums kreuzen und ergänzen sich aber überhaupt so häufig, daß die Schilderung eines Teiles dieser Organisationen immer unvollständig bleibt, wenn die übrigen Organisationsformen nicht soweit als notwendig mit einbezogen werden. Deshalb erschien es angebracht, neben den Fachverbänden auch die in den betreffenden Gewerbebezügen etwa vorhandenen Kartelle und Arbeitgeberverbände, ferner größere Innungsorganisationen, sowie Standesvertretungen zu nennen und, wenn es zweckmäßig war, auch auf solche Organisationen näher einzugehen. Die Arbeit stellt sich also zweitens als der Versuch dar, über die gesamte freie Organisation des Unternehmertums in jedem Gewerbebezuge einen Überblick gewissermaßen an horizontaler Richtung zu geben.

Ferner muß auf das in der Spezialgeschichte der Fachverbände zugrunde gelegte Anordnungsprinzip hingewiesen werden. Da neben den eigentlich zu schildernden Fachverbänden auch die Konventionen usw. berücksichtigt werden, war die erste Vorbedingung für die Möglichkeit gegeben, das sachlich am ehesten gebotene Prinzip zu wählen, nämlich den stufenmäßigen Fortschritt von Produktion und Konsum in jedem Gewerbebezuge. Allerdings ist eine scharfe Einteilung nach den Verbänden der Erzeuger von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten außerordentlich schwer, zum Teil unmöglich. Das Reichsamt des Innern hat in seinen Denkschriften über die Kartelle „schon angesichts der in den einzelnen Industrien wechselnden Bedeutung dieser Begriffe“ davon abgesehen. Indessen erschien es doch angebracht, zu versuchen, dieses Einteilungsprinzip aufrecht zu erhalten. So sind denn in jedem Gewerbebezuge nach den Organisationen der Produzenten sogleich auch die der wichtigsten Weiterverarbeiter, der Weiterverkäufer und umgekehrt aufgeführt worden. Wenn auch das Ergebnis unter diesem Gesichtspunkte bei der sogenannten schweren Industrie geringer ist, so haben doch die leichten bzw. Fertig-Industrien vielfach die Möglichkeit geboten, in der Anordnung der einzelnen Organisationen der stufenmäßigen Entwicklung vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat und Handel zu folgen. Um ein möglichst geschlossenes Bild zu erlangen, wurden hin und wieder auch Organisationen kurz behandelt, die eigentlich außerhalb des Kreises der Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe liegen. Die Arbeit darf somit drittens als der Versuch bezeichnet werden, über die gesamte freie Organisation des Unternehmertums in jedem Gewerbebezuge einen Überblick gewissermaßen in vertikaler Richtung zu geben.

Es ist noch notwendig, ein Wort über die Erhebungsmethode anzufügen, da sie von der für Arbeiten dieser Art bisher wesentlich angewendeten abweicht. Die Unternehmerorganisationen sind derartigen Untersuchungen gegenüber in der Regel sehr zurückhaltend; die Bearbeiter werden von ihnen meist kaum die Satzungen und verhältnismäßig selten nähere Angaben erhalten und waren infolgedessen in der Hauptsache auf das Material angewiesen, welches sie in der Tages- und Fachpresse finden konnten. Die Folge davon mußte sein, daß das Material über die einzelnen Verbände recht ungleich war. Diesen Übelständen ist bei vorliegender Arbeit dadurch zu steuern gesucht worden, daß an sämtliche bekannt gewordenen Verbände unmittelbar das Ersuchen gerichtet wurde, die für eine

Darstellung ihres Wesens notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sodann ist aber allen Verbänden auch ein gleichlautender Fragebogen zu gestellt worden, um möglichst von allen einheitliche Angaben über die Mitgliederzahl, die Finanzverhältnisse, über ihre Organisation durch Untergruppen, ihre regelmässigen Publikationen und ihre leitenden Persönlichkeiten, ferner über die Entstehungsgründe und vor allem bestimmte Angaben über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, die Erfolge und die Mißerfolge zu gewinnen. — Allen bekannt gewordenen Fachverbänden ist ferner ein zweiter Fragebogen unterbreitet worden, in dem sie ersucht wurden, diejenigen Verbände aufzuführen, welche entweder als Produzentenorganisationen oder Konsumentenorganisationen (im weitesten Sinne) für sie von besonderer Wichtigkeit seien. An die auf diese Weise neu ermittelten Verbände wurden wiederum dieselben Fragen gerichtet wie an die schon bekannten.

Diese Umfrage hat sich in erster Linie auf die Fach-, Zweck- und Zentralverbände erstreckt. Von diesen Verbänden sind die notwendigen Unterlagen zum großen Teil in ausreichender Weise zu erhalten gewesen. Die durch die Fragebogen gewonnenen einheitlichen Angaben über Personalien, Untergruppen, Etats, Mitgliederzahl usw. sind der Übersichtlichkeit halber soweit als möglich stets in derselben Reihenfolge der Schilderung der Verbände vorangesetzt worden. Sofern dabei nichts besonderes bemerkt ist, gelten die Zahlen für das letzte Geschäftsjahr der betreffenden Verbände. Die Angabe der körperschaftlichen Zugehörigkeit zu anderen Verbänden ist einheitlich durchgeführt hinsichtlich der Mitgliedschaft bei den drei Zentralorganisationen: Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Handelsvertragsverein; im übrigen nur soweit, als die einzelnen Vereine selbst darüber berichtet haben.

Einer Reihe von Organisationen gebührt für Erteilung der erbetenen Auskünfte verbindlicher Dank. Diejenigen, welche weniger ergiebige Unterlagen zur Verfügung gestellt haben, dürfen darauf hingewiesen werden, daß die ausgesendeten Fragebogen keinen Zweifel über die Art der beabsichtigten Darstellung ließen.

Wenngleich Verfasser fast zwei Jahre dieser Arbeit gewidmet hat, ist er sich doch bewußt, keine lückenlose Darstellung bieten zu können. Die vorhandene Literatur gibt nur wenig Anhalt; die Darstellung in der Spezialgeschichte mußte deshalb durchweg auf die Urquellen, die Satzungen, Jahresberichte, sonstigen Publikationen und die Mitteilungen der Verbände zurückgehen. Die Beschaffung dieses Materials aber ist so schwierig und die Organisationen befinden sich in so unablässiger Entwicklung, daß Ungleichheiten nicht zu vermeiden waren. Immerhin ist es gelungen, einen recht umfangreichen, vielfach bisher nicht bekannten Stoff zu ermitteln und zu verarbeiten. Es werden genannt: 522 Fach-, Zweck- und Zentralverbände mit 4983 Zweigverbänden, 486 Kartelle und Konventionen, 313 Arbeitgeberverbände. Es war möglich, über die rund 500 Fach-, Zweck- und Zentralverbände, die im Mittelpunkt der Arbeit stehen, zum erheblichen Teile genauere geschichtliche Mitteilungen zu machen und bei allen Gruppen jedenfalls über die typischen Vertreter ausführlicher zu berichten.

Der Spezialgeschichte dieser Verbände werden zusammenfassende und kritische Betrachtungen folgen, in denen besonderes Augenmerk darauf gerichtet ist, in der Entwicklungsgeschichte Zusammenhänge festzustellen, Entwicklungstendenzen nachzugehen, auf vorhandene Mißstände hinzuweisen und die Abänderungsvorschläge und Möglichkeiten kritisch zu untersuchen.

Erster Teil.

Spezialgeschichte
der Fach-, Zweck- und Zentralverbände
gewerblicher Unternehmer in Deutschland

(verbunden mit einem Überblick über
die Gesamtheit der freien Interessenvertretungen von Industrie,
Handel und Gewerbe und verwandter Organisationen in ihrer
wechselseitigen Ergänzung).



I.

Berg- und Hüttenwesen.

Für die Interessen des Steinkohlenbergbaus im besonderen sind schon lange vier Vereine tätig.

Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Sitz: Essen a. Ruhr, Friedrichstraße 2. — Vorsitzender: Bergrat Stadtrat Kleine, Dortmund, Ostwall 60. — Geschäftsführende Beamte: Bergassessor von Loewenstein zu Loewenstein, Essen a. Ruhr, Friedrichstraße 2; Stellvertreter: Kaiserlicher Regierungsassessor Dr. jur. Bodenstein, Essen a. Ruhr, Clemensstraße 16. — Mitgliederzahl (nur korporative zulässig): 95 mit rund 250 Schachtanlagen und rund 300 000 Mann Belegschaft. — Etat: Jahreseinnahme rund 390 000 M. — Publikationsorgan: „Glückauf“, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift in Essen, Friedrichstraße 2, vom Verein selbst herausgegeben; Redaktionsleiter: Bergassessor Beeckmann und Dr. Jüngst in Essen a. Ruhr.

Der Verein wurde bereits am 20. November 1858 gegründet und ist somit eine der ältesten industriellen Interessenvertretungen in Deutschland. Bei der Gründung gehörten dem Verein 89 Mitglieder mit einer Belegschaft von 15857 Mann an. Veranlassung zu seiner Gründung gaben die ungünstigen Verhältnisse, die Ende der 50er Jahre in der Kohlenindustrie herrschten. Der Zweck des Vereins besteht in der Förderung der Interessen des Bergbaues im allgemeinen, besonders aber im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Demgemäß verfolgt er alle wirtschaftlichen und technischen Vorgänge, die den Bergbau berühren. Seine Tätigkeit ist in den letzten Jahren eine besonders rege gewesen.

In seinem Jahresbericht für 1906/07 gibt der Verein dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung sich in Fortführung des durch die lex Gamp eingeleiteten gesetzgeberischen Vorgehens auf bergmännischem Gebiete dazu verstanden hat, den Grundsatz der Bergbaufreiheit für die wichtigsten Mineralien, Steinkohle und Kali, aus unserem Bergrechte zu beseitigen. Weiter beschäftigt sich der Bericht mit dem neu gestellten Antrag auf Einführung eines Kohlenausfuhrzolles, den der Verein verwirft. Dagegen hofft er, daß die Ausnahmetarife für Steinkohle und Koks aufrecht erhalten bleiben werden.

Über die Verhältnisse beim (1893 gegründeten) Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat gibt der Bericht eine Darstellung der bekannten Ereignisse (Hüttenzechenprozesse usw.) und sagt zum Schluß, daß im Verhältnis des Bergfiskus zum Syndikat sich nichts geändert habe. Die Verhandlungen über den Eintritt des Fiskus in das Syndikat seien nicht wieder aufgenommen worden.

Zur Arbeiterbewegung nahm der Verein besonders während des letzten großen Bergarbeiterstreiks entschiedene Stellung. Die Tätigkeit seines damaligen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Bergmeister Engel fand auch in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit, da der Geschäftsführer mit dem Vorstände in Konflikt geriet. In seinem letzten Jahresbericht äußert sich der Verein u. a. dahin, daß es gegenüber der von der Siebenerkommission aufgestellten Forderung betreffend die Aufhebung der Sperre den Verwaltungen unter Hinweis auf den starken Belegschaftswechsel ein Leichtes gewesen sei, zu zeigen, daß von einer Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Bergarbeiter nicht wohl die Rede sein könne. Dieser Wechsel sei so bedeutend — er betrug im letzten Jahre bei einer Gesamtbelegschaft von 287 000 Mann 302 319, mit anderen Worten auf 100 Belegschaftsmitglieder entfiel ein Abgang von 49 und ein Zugang von 57 —, daß er geradezu als eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter angesehen werden müsse und eine gewisse Beschränkung des fortwährenden Wechsels der Arbeitsstätte seitens der Arbeiter dringend erforderlich sei.

Auf der 49. Generalversammlung des Vereins am 27. Mai 1907 gab der Geschäftsführer Bergassessor von und zu Löwenstein, einen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterorganisationen innerhalb des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und besprach die Forderungen der Verbände, namentlich diejenige nach Tarifverträgen, aus deren Erfüllung die „folgeschwerste Schädigung für das heimische Erwerbsleben“ erwachsen würde. Er gab zu erwägen, ob der bisherige, auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Zusammenschluß der Vereinsmitglieder im Hinblick auf das stärkere Eindringen der Gewerkschaftsbewegung genügen werde, die bisherige Verteidigungsstellung zu behaupten, und ob es nicht zweckmäßig sei, aus der Agitationstätigkeit der Gewerkschaften die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und einen engeren Zusammenschluß zu suchen, ähnlich wie er bereits unter den Arbeitgebern anderer Industriezweige erfolgt sei.

Dieser Arbeitgeberverband ist denn auch unter dem Namen „Zechenschutzverein“ in Essen am 25. Januar 1908 gegründet worden. In dem vom Vorstand des Bergbaulichen Vereins ausgearbeiteten Satzungsentwurf wird als Zweck des Verbandes angegeben ein engerer Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerke und ihrer Nebenanlagen zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen und Gewährung einer Entschädigung an solche Mitglieder, die von einem Ausstande betroffen werden. Aus den Satzungen ist noch hervorzuheben, daß, wenn ein Bergwerk von einem Ausstande betroffen wird und mehr als ein Drittel der gesamten Belegschaft streikt, von den auf dieser Schachanlage beschäftigten Leuten während des Ausstandes und während dreier Monate nach dessen Beendigung von anderen Verbandszechen niemand angenommen werden darf. Verläßt ein Arbeiter unter Kontraktbruch seine Arbeitsstätte, so dürfen die Verbandszechen diesen Mann während sechs Monate nicht beschäftigen. Erhält eine Zeche nachträglich Kenntnis davon, daß einer ihrer Arbeiter kontraktbrüchig gewesen war, so muß ihm sofort gekündigt werden. Die Zechen zahlen als Beitrag zu dem neuen Schutzverband 1 M. pro Kopf der Belegschaft und erhalten im Falle eines Streikes pro Kopf der Ausständigen und Tag 1 M. vergütet. Die Vergütung wird jedoch hinfällig, wenn der Streik den Charakter eines Generalausstandes annimmt, d. h. wenn mehr als ein Drittel der Belegschaft aller Verbandswerke streikt, oder wenn eine Zeche die Forderungen der Arbeiter, die vom Vorstand als unberechtigt anerkannt sind, nachträglich bewilligt. Dem Schutzverbände haben sich fast alle Zechen des Ruhrbezirkes angeschlossen.

Der Bergbauliche Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Deutschen Handelstages.

Für den Verein ist als Produzentenorganisation am wichtigsten das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Essen a. Ruhr; als Konsumentenvereinigungen kommen vor allem die verschiedenen Roh-eisensyndikate und der Stahlwerksverband in Düsseldorf in Betracht.

In Verfolg seiner satzungsgemäßen Aufgaben hat der Verein auch eine Spezialorganisation ins Leben gerufen, auf die deshalb hier kurz eingegangen werden soll, obgleich sie einen wesentlich technischen Zweck hat. Es ist der Dampfkessel-Überwachungs-Verein der Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Sitz: Essen a. Ruhr, Friedrichstraße 2. — Vorsitzender: E. Krabler, Geheimer Bergrat, Essen. — Geschäftsführender Beamter: A. Bütow, Oberingenieur, Essen-Ruhr. — Mitgliederzahl: 81. — Publikationsorgan: „Glückauf“.

Der am 1. April 1900 in Tätigkeit getretene Verein bezweckt: die amtliche Überwachung der Dampfkesselanlagen auf den Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund, die Sammlung und Verwertung der für eine vorteilhafte Dampfverwendung gewonnenen Erfahrungen und die Ausbildung von Kessel- und Maschinenwärtern. Außerdem können durch Beschluß der Generalversammlung die Vereinszwecke durch ähnliche ideelle Aufgaben erweitert werden. Seit dem 1. Januar 1903 ist auch die Überwachung elektrischer Anlagen auf den Bergwerken hinzugekommen. Die Anzahl der überwachten Kessel betrug am 1. April 1907 4236. Die Gesamtleistung der überwachten Dynamomaschinen betrug mehr als 70 000 KW.

Der zweitälteste der bergbaulichen Vereine ist der Verein für bergbauliche Interessen zu Zwickau. Sitz: Zwickau i. S. — Vorsitzender: Bergdirektor Alfred Wiede, Weißenborn bei Zwickau i. S. — Geschäftsführender Beamter: Verwaltungsdirektor Dr. G. Stein in Zwickau i. S. — Unterabteilungen: Technische Sektion. Vorsitzender: Bergdirektor Alfred Wiede. Kaufmännische Sektion. Vorsitzender: Direktor Carl Schreiber in Zwickau. — Mitgliederzahl: 12 (die sämtlichen 12 Steinkohlenwerke im Zwickauer Revier). Publikationsorgan: „Glückauf“, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, Essen a. Ruhr.

Gegründet wurde der Verein im Jahre 1860, um die allgemeinen Interessen des Bergbaus und insbesondere des Steinkohlenbergbaus im Zwickauer Kohlenrevier wahrzunehmen und zu fördern. Im Jahre 1892 zählte der Verein 13 Mitglieder mit 13 117 Arbeitern. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Verein für bergbauliche Interessen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Sitz: Gersdorf, Bez. Chemnitz. — Geschäftsführender Vorsitzender: Bergrat H. Jobst, Gersdorf, Bez. Chemnitz. — Unterabteilungen: Technische Abteilung. Vorsitzender: Bergrat H. Jobst, Gersdorf, Bez. Chemnitz; stellvertr. Vorsitzender: Bergrat C. Müller, Lugau. Kaufmännische Abteilung: Vorsitzender: Direktor A. Hurtzig, Gersdorf, Bez. Chemnitz; stellvertr. Vorsitzender: Direktor R. Wohlmann, Oelsnitz i. E. — Mitgliederzahl: 10 (Steinkohlenwerke). — Etat: 1268,45 M. Einnahme und 1268,45 M. Ausgabe. — Publikationsorgan: „Glückauf“, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, Essen a. Ruhr.

Der Verein ist im Februar 1874 gegründet worden und bezweckt die Wahrung und Förderung aller Interessen der Bergwerksindustrie und ihrer Angehörigen im allgemeinen, insbesondere aber im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, insoweit hierzu gemeinschaftliches Vorgehen wünschenswert oder notwendig erscheint. Der Verein besitzt die Rechte eines Bezirksausschusses bei dem Steinkohlenbergbau nach § 116 des allgemeinen sächsischen Berggesetzes vom 16. Juni 1868; er kann hiernach von der Behörde als begutachtendes Organ in Angelegenheiten des Kohlenbergbaues gehört werden und ist befugt, Anträge und Wünsche an die letztere zu bringen. Zur Besprechung und Beratung einzelner Fragen treten die Mitglieder der beiden Abteilungen zu Abteilungssitzungen zusammen. Der technischen Abteilung gehören die betriebsleitenden Techniker der Vereinsmitglieder, der kaufmännischen die Leiter der kaufmännischen Geschäfte an. Die Vertretung der einzelnen Abteilungen nach außen kann nur durch den Vereinsvorstand erfolgen.

Neben den beiden letzten Vereinen besteht eine Konvention: Förder- und Verkaufswerke der Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenwerke in Zwickau.

Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens. Sitz: Waldenburg i. Schl. — Vorsitzender: Generalbergdirektor Dr. Grunenberg, Hermsdorf (Bez. Breslau). — Geschäftsführender Beamter: C. Hammer, Waldenburg i. Schl., Bahnhofstraße 3 c. — Mitgliederzahl: 12 gewerkschaftliche, 37 persönliche, mit 25106 Arbeitern. — Etat: Jahreseinnahmen ca. 20000 M. — Publikationsorgan: „Glückauf“, Essen a. Ruhr.

Der Verein wurde im Jahre 1876 aus dem Bedürfnisse heraus gegründet, zur Vertretung nach außen, Erreichung gemeinsamer Zwecke, Wahrung berechtigter Interessen usw., eine Vereinigung und ständige Organisation aller Beteiligten zu besitzen, wozu der Rückschlag in der allgemeinen Wirtschaftslage am Anfange der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts den besonderen Anstoß gegeben hatte. Er bezweckt nach den Satzungen vom 5. August 1876 bzw. 22. Juli 1903 unter Ausschluß wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes die Erhaltung des den Werksbesitzern gesetzlich gewährten Rechtsschutzes, die Wahrnehmung der bergbaulichen und Verkehrsinteressen im allgemeinen und derjenigen des Vereinsbezirkes im besonderen, gegebenenfalls in Verbindung mit Vereinen gleicher oder ähnlicher Richtung, sowie die Wahrnehmung der Interessen des gesamten Reviers gegenüber einzelnen Vereinswerken.

Diesen Aufgaben entsprechend ist es von jeher eines der vornehmsten Ziele der Vereinstätigkeit gewesen, günstige Absatzbedingungen für die Produkte des Reviers auf dem Eisenbahn- und Wasserwege zu erlangen. Der Verein befaßt sich mit allen gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Fragen von Bedeutung für den Steinkohlenbergbau und nimmt dazu, geeignetenfalls zusammen mit anderen Korporationen, regelmäßig Stellung. Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu Berlin.

Als besondere Organisation „für Absatz und angemessene Verwertung“ der Erzeugnisse des Reviers besteht neben ihm seit 1. Januar 1904 das Niederschlesische Kohlensyndikat, G. m. b. H., in Waldenburg.

Schließlich ist noch ein Verein für die bergbaulichen Interessen Lothringens, Sitz Bollingen (Lothr.), entstanden.

Da die bergbaulichen Vereine die anerkannten Vertretungen ihrer Industrie sind, werden sie dementsprechend auch von den Behörden ihrer engeren Bezirke insbesondere der Bergverwaltung bzw. von der Staatsregierung zur Erstattung von Gutachten usw. herangezogen.

Auch die Braunkohlenindustrie ist organisiert. Sie besitzt eine Gesamtvertretung, es ist der

Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein, (Verband der Braunkohlen-Industriellen Deutschlands) E. V. Sitz: Halle a. S., Lindenstraße 59, Fernsprecher 2264. — Vorsitzender: Bergrat Siemens in Halle a. S. — Geschäftsführender Beamter: Bergassessor Beisert. — Mitgliederzahl: 150. — Etat: Jahresbeitrag für Werke mit einer Jahresförderung unter 200 000 hl 10 M., für Werke mit einer höheren Förderung je 5 M. für jedes volle und angefangene 100 000 hl; für industrielle Werke, wie z. B. Maschinenfabriken, 50 M.; für Bezirksvereine auf jedes volle oder angefangene 100 000 hl je 5 M.; für andere Vereine 100 M.; für nicht im Betriebe befindliche Werke und beratende Mitglieder 10 M.

Der Verein wurde im Jahre 1885 begründet. Sein Zweck ist die Wahrung und Förderung aller gemeinschaftlichen Interessen des deutschen Braunkohlenbergbaues und der auf Verarbeitung von Braunkohlen gerichteten Industrien.

Die Mitgliedschaft des Vereins können erwerben: Eigentümer von Braunkohlengruben, Naßpreßsteinfabriken, Schwelereien, Briкетt- und Mineralölfabriken; Eigentümer von anderen auf Braunkohlenbergbau begründeten oder ihm dienenden industriellen Unternehmungen; Vereine, die den Braunkohlenbergbau in einem Bezirke vertreten (Bezirksvereine) und die Eigenschaft juristischer Personen besitzen; andere Vereine, die den Interessen der Braunkohlenindustrie dienen und die Eigenschaft juristischer Personen besitzen.

Man hatte bei der Gründung hauptsächlich im Auge, für die Einführung angemessener Frachtsätze für Braunkohlen, Braunkohlenbriketts usw. einzutreten, um für die aufstrebende junge Braunkohlenindustrie die Möglichkeit zu schaffen, ihre Produkte auch in weiterer Entfernung vom Ursprungsorte abzusetzen. Dieses Ziel konnte nur mit Hilfe von niedrigen Tarifsätzen erreicht werden, besonders wegen der scharfen Konkurrenz, die von der böhmischen Braunkohle, der englischen und westfälischen Steinkohle, der heimischen Braunkohle selbst in ihrem eigensten Absatzgebiete gemacht wird und in Rücksicht auf die große Überlegenheit der anderen Brennstoffe an Heizkraft. Die Bestrebungen des Vereins auf diesem Gebiete sind erfolgreich gewesen, wie das Aufblühen der Industrie seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts deutlich zeige.

Im übrigen hat der Verband zu allen seine Industrie berührenden Fragen wie Berggesetzgebung, Erlaß von Bergpolizeiverordnungen, ferner zu allen Fragen, die in wirtschaftlicher Beziehung für den Braunkohlenbergbau und die auf ihm beruhenden Industrien von Bedeutung waren, Stellung genommen. Von ihm ist auch der „Arbeitgeberverband des deutschen Braunkohlenindustrievereins“ gegründet worden. Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Sodann gibt es noch sechs Landes- oder Bezirksvereine der Braunkohlenindustrie. Der größte ist der

Verein für die Interessen der Rheinischen Braunkohlen-Industrie, E. V. Sitz: Köln a. Rhein, Geschäftsstelle

Heumarkt 76. — Vorsitzender: Bergwerksdirektor F. Haschke, Brühl. I. Stellvertreter: Bergwerksdirektor G. Wegge, Brühl. — Geschäftsführender Beamter: Zivilingenieur Carl Schott, Köln a. Rhein. — Mitgliederzahl: 23 Braunkohlengruben und Brikettfabriken, davon 1 nicht in Förderung. — Etat: rund 10 000 M., wovon etwa 3000 M. als Beitrag zum Arbeitgeberverband Köln verwendet werden, während der Rest für Gehälter und sonstige Unkosten verbraucht wird. Jahresbeitrag pro 1000 Tonnen Förderung 1 M. — Publikationsorgan: „Glückauf“, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, Essen a. Ruhr.

Der Verein wurde im Jahre 1893 gegründet von einem Teil der damals im Bezirk bestehenden Gruben, um die Vertretung der wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der niederrheinischen Braunkohlenindustrie in derselben Weise zu übernehmen wie dies bei den übrigen deutschen Bergbaubezirken der Fall ist. Es haben sich dann vor und nach die anderen und auch neu entstehende Gruben angeschlossen. Der Verein hat zeitweise sämtliche in Betrieb stehende Gruben des Bezirks umfaßt, im Jahre 1907 zählte er 23 Mitglieder mit 8500 Arbeitern, zurzeit stehen nur einige neuere Betriebe aus. Die Vertretung nach außen liegt, insoweit nicht der Vorsitzende oder ein Vorstandsmitglied sie im besonderen Falle übernimmt, dem Geschäftsführer ob. Im Jahre 1906 ließ der Verein sich in das Vereinsregister eintragen. Seine Wirksamkeit hat insofern Erfolg gehabt, als er ein Mitglied und einen Stellvertreter zum Bezirkseisenbahnrat Köln stellt und zu den alljährlichen Konferenzen für Feststellung des voraussichtlichen Wagenbedarfs bei der Königlichen Eisenbahndirektion in Essen zugezogen wird. An den monatlichen Sitzungen und den Generalversammlungen nehmen in der Regel Vertreter der Königlichen Bergbehörde teil. Die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen sind stets verfolgt worden; ebenso auch alle den Bergbau speziell berührenden, darunter auch solche technischer Natur.

Aus den Vorarbeiten des Vereins ist im Jahre 1900 der Braunkohlen-Brikett-Verkaufsverein in Köln, ein Syndikat der Rheinischen Brikettfabriken, hervorgegangen.

„Angesichts der vielfach irrümlichen Anschauungen über die Lohnentwicklung, auch in den wissenschaftlichen Kreisen,“ heißt es im letzten Jahresbericht, „ist eine nähere Ausführung der Verhältnisse im hiesigen Bezirk angezeigt.“ Es ergibt sich aus der 20jährigen Statistik, wie sie seit Bestehen der Knappschafts-Berufsgenossenschaft nach dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes vom Jahre 1884 vorliegt: Im Oberbergamtsbezirk Bonn waren im Braunkohlenbergbau im Jahre 1886 1865 Arbeiter beschäftigt mit einer Lohnsumme von rund 962 000.00 M. und einem Verdienst auf den Kopf des Arbeiters von 515.79 M. Für das Jahr 1905 ergibt die amtliche Statistik 6554 beschäftigte Arbeiter mit einer Lohnsumme von 6 991 000.00 M. rund und einem Verdienst auf den Kopf des Arbeiters von 1066.12 M., demnach eine Steigerung der Zahl der Leute auf das 3½fache, der Lohnsumme auf mehr als das 7fache. Die tatsächliche Steigerung der Lohnsumme hat in diesen 20 Jahren also 107% betragen, in derselben Zeit war die Steigerung im Ruhrbezirk 65½%, im Saarbezirk 46%, im Mitteldeutschen Braunkohlenbezirk 44%.

Mit den übrigen deutschen Bergbauvereinen steht der Verein in Beziehungen. Zur Anteilnahme an der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessenvertretung ist der Verein korporatives Mitglied des Vereins der

Industriellen des Regierungsbezirks Cöln und des von diesem errichteten Arbeitgeber-Verbandes Cöln.

Von den übrigen sei noch der älteste genannt.

Magdeburger Braunkohlen-Bergbau-Verein. Sitz: Oschersleben. — Vorsitzender: Bergwerksdirektor Paul Schreiber, Leopoldshall. — Geschäftsführender Beamter: Bergwerksdirektor Richard Weniger, Oschersleben. — Mitgliederzahl: 18 Braunkohlenbergwerke.

Der Verein besteht bereits seit 1879. Er bezweckt die Wahrnehmung und Pflege der wirtschaftlichen Interessen des Braunkohlenbergbaues im allgemeinen und im Vereinsgebiete, will schädigende Einflüsse fernhalten, etwa hervortretenden berechtigten oder unberechtigten Arbeiterbewegungen gegenüber Stellung nehmen. Der Verein umfaßt die Bergreviere Magdeburg und Halberstadt, die Herzogtümer Anhalt und Braunschweig und unmittelbar anstoßende Gebiete. Im Jahre 1902 betrug seine Mitgliederzahl 35 mit 5816 Arbeitern, 1906 25 mit 6533 Arbeitern. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Die Vereine für die Niederlausitz (neben dem auch ein Arbeitgeberverband besteht) und die Bezirke Leipzig und Dresden sind erst in den Jahren 1898, 1895 und 1899 entstanden; 1906 der für Ostdeutschland (Syndikus: Dr. Kandt, Bromberg).

Neben diesen Vereinen bestehen neun Braunkohlensyndikate: Lausitzer Braunkohlen-Syndikat, Forst i. L. Preisvereinigung mitteldeutscher Braunkohlenwerke, Halle a. S. Braunkohlenbrikett-Syndikat zu Helmstedt, Helmstedt. Magdeburger Braunkohlen-Syndikat, Magdeburg. Hessischer Braunkohlen-Verkaufsverein, Cassel. Braunkohlen-Brikett-Verkaufsverein, G. m. b. H., Cöln. Verkaufsstelle für Braunkohlen, Horrem (Reg.-Bez. Cöln). Verkaufsverein der sächsischen Braunkohlenwerke, Leipzig. Braunkohlengewerkschaften, Schwiebus.

Somit hat der Kohlenbergbau schon seit Jahrzehnten Vertretungen aufzuweisen. Hinzu kommen seit 1896 einige Großhandelsgesellschaften in Konventionsform: Rheinische Kohlenhandel- und Reederei-Gesellschaft m. b. H., Mühlheim a. Rh. Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H., Bremen. Westfalen, Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H., Hannover. Westfälische Kohlen- und Koksverkaufsgesellschaft m. b. H., Magdeburg. Glückauf, Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H., Cassel. Westfälische Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H., Dortmund. — Hierbei sei auch der „Verein der Importeure englischer Kohlen“ in Hamburg, ein Mitglied des Handelsvertragsvereins, genannt.

Dagegen gelang eine Organisation der Detailverkäufer erst in den letzten Jahren. Sie entstand im

Centralverband der Kohlenhändler Deutschlands E. V. Sitz: Berlin. — Geschäftsführung: Dresden-Altstadt 3. — Vorsitzender: Ludwig Wiesinger, Hamburg 11. — Geschäftsführender Beamter: Otto Polster, Generalsekretär, Niederlöbnis-Dresden. — Unterabteilungen: Untervereine in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Breslau, Danzig, Magdeburg, Hannover, Schwerin, Dannenberg, Oppeln, Döbeln, Kottbus, Heidelberg, Barmen, Elberfeld, Bremen, Zittau, Löbau i. Sachsen, Cassel, München, Bremerhaven, Wiesbaden, Koblenz, Münster i. W., Minden i. W., Nürnberg, Gotha, Halle, Köln a. Rh., Celle i. Hann., Karlsruhe, Mühlhausen i. Th., Haynau i. Schles., Metz, Gera, Eisenach

Bezirk des Hunsrück, Rheingau mit Sitz Koblenz, Halberstadt, Plauen i. V., Brandenburg a. d. Havel, Zwickau i. S., Stettin, Schwerin, Mannheim, Düsseldorf, Freiburg i. B., Mainz, Bocholt i. W., Bautzen. — Mitgliederzahl: 3000. — Etat: 8000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Kohlenzeitung“, Berlin; Red. O. Polster, Niederlöbnitz-Dresden.

Der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands wurde am 7. Juni 1902 gegründet. Im ersten Jahre seines Bestehens hatte der Zentralverband, wie er sich ausdrückt, die Kohlenhändler Deutschlands erst tatsächlich einmal an das Tageslicht zu schaffen. Sie figurierten bis dahin in den Aufzeichnungen und Listen der verschiedensten Branchen. Groß war auch in unseren Berufskreisen anfänglich die Indolenz, mit welcher man unseren Bestrebungen begegnete, sagt er selbst. In einer von O. Polster herausgegebenen Broschüre „Zur Geschichte und Entwicklung des Kohlenhandels“ wurde die wirtschaftliche Notwendigkeit dieses Gewerbes dargelegt und gleichzeitig die aus dem Kohlennotstandsjahre herrührende, sich gegen den Kohlenhandel richtende allgemeine Animosität zum ersten Male bekämpft. In 6000 hinausgesandten Fragebogen versuchte man eine gewisse Übersicht über Beeinträchtigung des Kohlenhandels durch Konsumvereine aller Art zu gewinnen. Eine Reihe von Einsprüchen gegen Sammelbesteller mit Beamteneigenschaft wurden erhoben. Als dann beschäftigte sich der Zentralverband mit den Fragen des Eisenbahnverkehrs, konnte aber, mit Ausnahme des Beibehaltens eines genügenden Parkes 10tönniger Wagen, einheitliche Interessen unter seinen Mitgliedern nicht feststellen. Zur Anregung von Gründungen neuer Kohlenhändlervereine erfolgten systematische Zusammenstellungen von Zwecken und Zielen solcher. Lohnverhältnisse an den maßgebendsten Orten wurden erkundet und den Interessenten bekannt gegeben. Im dritten Jahre beschäftigte sich der Zentralverband mit der Beschaffung detaillierter Wagengestellungsziffern der Eisenbahnen und mit der Beschränkung des Handelsrisikos bei Gefahr der Selbstentzündung auf dem Transportwege. Die fortlaufende Verbesserung der Kühlanlagen an Brikettwerken ist auf die Anregung des Zentralverbandes mit zurückzuführen. Die Mitlieferung von Kohlen an Beamte seitens der Behörden bekämpfte er energisch. Trotz der Fürsprache zahlreicher Handelskammern war der Erfolg gering, doch erkannten die Behörden eine Weitergabe von Brennmaterial seitens der Angestellten und Arbeiter als Auswuchs an und sagten bei exakter Beweislieferung Abhilfe zu. Hinsichtlich der Unfallversicherung der Arbeiter in Kohlenhandelsbetrieben wurde wiederholt Stellung gegen Erhöhung der Beitragslasten genommen. Gegen die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, welche in den Jahren 1904/05 die öffentliche Meinung beschäftigte, protestierte der Verband. Der mit der 3. ordentlichen Generalversammlung veranstaltete I. Deutsche Kohlenhändlertag in Hamburg gab dem Zentralverband einen neuen Impuls. Umfangreich war die Agitation, welche der Zentralverband zur summarischen Bekämpfung aller Submissionsübel entfaltete. Das 4. Geschäftsjahr setzte mit der Bildung von sogenannten Kohlenhandelskonventionen ein, die von Berlin ausgingen und heute in zahlreichen deutschen Städten durch Vermittlung des Zentralverbandes zur Einführung gelangten. Das Wesen derartiger Konventionen besteht darin, „dem Handel ein Übergewicht vor den Konsumorganisationen und Sammelbestellern mit Hilfe der Produktion zu geben und ihm das notwendig gesunde Geschäft unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten zu sichern“. Der II. Deutsche Kohlenhändlertag in Dresden beschloß dieses Geschäftsjahr. Die anlässlich solcher erweiterter Generalversammlungen

gehaltenen Vorträge hoben das Niveau der Veranstaltungen und trugen zur Aufklärung namentlich in Fragen des Arbeiterversicherungswesens bei. Im fünften Geschäftsjahre wurde ein einheitlicher Arbeitsvertrag für Kohlenhandlungen geschaffen und das Abgeben von Brennmaterial seitens großer Etablissements an Angestellte und Arbeiter insoweit bekämpft, als Mißbrauch durch Weiterabgabe dieser Brennmaterialien an dritte Unbeteiligte getrieben wurde. Ferner bekämpfte der Verband Vernachlässigung und Zurücksetzung des Kohlenhandels seitens fiskalischer Kohlenwerke. Fachblätter und Tageszeitungen wurden über das Wesen des Kohlenhandels aufgeklärt. Zur Regelung der Frage einheitlicher Pressung und einheitlichen Verkaufs der Braunkohlenbriketts wurde eine erfolgreiche Enquete veranstaltet. Die Benutzung von Militärgeschirren und fiskalischer Mittel zum Bezug und zur Bergung von Hausbrandkohle für Offiziere und Beamte wurde bekämpft. Eine Ermäßigung der Frachtenabfertigungsgebühr wird angestrebt und auf Verkürzung der allgemeinen Kreditfristen Bedacht genommen. Die Garantiegrenze im Kohlenhandel in bezug auf Heizwerte fand Klarlegung. Gutachten an Reichsbehörden und Handelskammern sind laufend erteilt worden. Der Schutz der Arbeitgeber wurde in geeigneter Weise empfohlen. Das fünfte Geschäftsjahr beschloß der III. deutsche Kohlenhändlertag in Köln a. Rh., woselbst auch eine Annäherung an die Kohlenindustriesyndikate in Essen und Köln erzielt wurde.

Als wirtschaftspolitisch-technische, nicht ausschließlich Kartellierungszwecke verfolgende Organisation des Salzbergbaus ist zu nennen der

Verein deutscher Salinen und Salzbergwerke. Sitz: Hannover. — Vorsitzender: Dr. Carl Kraushaar, Generaldirektor, Hannover. Ihmebrücke 9. — Mitgliederzahl: 39.

Der Verein wurde bereits im Jahre 1875 gegründet und bezweckt die Pflege und Förderung der Interessen der Salzindustrie in technischer, ökonomischer und kommerzieller Beziehung. Um dies zu erreichen, hatte er sich der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen angeschlossen. Über die Tätigkeit des Vereins waren keine Mitteilungen zu erhalten. Der Verband Norddeutscher Steinsalzwerke und der Ausschuß der Steinsalzwerke sowie das Kalisyndikat (Leopoldshall-Staßfurt) sind Verkaufsvereinigungen.

Zu nennen ist auch der Verein deutscher Kaliinteressenten. Sitz: Magdeburg. — Vorsitzender: Bergrat Neubauer, Staßfurt. — Geschäftsf. Beamter: Bergassessor Dr. Loewe, Magdeburg. — Mitgliederzahl: 54 (Kalibergwerke u. chemische Fabriken).

Vier Vereine nehmen sowohl die berg- wie auch die hüttenmännischen Interessen im allgemeinen wahr. Dies sind:

Oberschlesischer berg- und hüttenmännischer Verein E. V. Sitz: Kattowitz i. O.-Schl. — Vorsitzender: Williger, Kgl. Bergrat und Generaldirektor in Kattowitz. — Geschäftsführende Beamte: Dr. Hans Voltz, wirtschaftlicher Geschäftsführer, Kattowitz i. O.-Schl.; Bergrat Knochenhauer, technischer Geschäftsführer, Kattowitz. — Mitgliederzahl: 270 persönliche, 39 gewerkschaftliche Mitglieder mit etwa 160 000 Arbeitern. — Etat: Jahreseinnahme von ca. 148 400 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift“ des Vereins.

Der Verein, gegründet im Jahre 1861, ist der älteste in dieser Spezialkategorie (der Bergbauliche Verein in Essen ist noch älter). Er bezweckt die Förderung aller wirtschaftlichen Interessen, die die gesamte oberschlesische Montanindustrie gemeinsam hat. Demgemäß befaßt er sich nicht nur mit Fachfragen oder speziellen Brancheninteressen, sondern nimmt auch zu den allgemeinen wirtschafts-, verkehrs- und sozialpolitischen Problemen Stellung, welche auf seine Mitglieder von Einfluß sein können. So hat er z. B. seinerzeit gegen den Bau des geplanten Rhein-Elbe-Kanals protestiert, falls bei Durchführung dieses Projektes nicht gleichzeitig eine Oderregulierung vorgenommen werde, und hat damit auch Erfolg gehabt. Seiner vielseitigen Tätigkeit entsprechend ist er auch ungefähr einem Dutzend allgemeiner Vereine wirtschafts- oder sozialpolitischen Charakters körperschaftlich beigetreten.

Als besondere Organisation für den Absatz besteht neben ihm die Oberschlesische Kohlenkonvention in Kattowitz.

Berg- und Hüttenmännischer Verein für die Lahn-, Dill- und benachbarten Reviere. Sitz: Wetzlar. — Vorsitzender: Ludwig Raab, Bergassessor, Wetzlar. — Geschäftsführender Schriftführer: August Wolff, Wetzlar. — Mitgliederzahl: 68, mit 16 460 Arbeitern.

Bereits seit 1867 bestand ein „Verein für die bergbaulichen Interessen im Reviere Wetzlar“. Aus diesem wurde im Jahre 1881 der jetzige Verein in Wetzlar gebildet, der es sich zur Aufgabe stellte, die gemeinschaftlichen Interessen sowohl des Bergbaues wie auch des Hüttenwesens und verwandter Industriezweige in den Lahn-, Dill- und benachbarten Revieren zu fördern.

Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk. Sitz: Aachen, Theaterstraße 6. — Vorsitzender: Geh. Bergrat Dr. jur. Weidtman zu Aachen. — Geschäftsführender Beamter: Prof. Dr. H. Lehmann, Handelskammersyndikus in Aachen. — Mitgliederzahl: 21 Werke mit 17 751 Arbeitern und 30 persönliche Mitglieder. — Etat: Einnahme ca. 3700 M. (im Jahre 1900). — Publikationsorgan: „Mitteilungen“ des Vereins in zwangloser Folge.

Der Verein wurde im Jahre 1871 gegründet, mit dem Zweck, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der von ihm vertretenen Industriezweige in seinem Bezirke zu fördern. Von seiner Tätigkeit, die sich in derselben Richtung bewegt, wie die der verwandten Vereine, geben die 30 Jahrgänge seiner „Mitteilungen“ Kunde.

Berg- und Hüttenmännischer Verein zu Siegen, E. V. Sitz: Siegen. — Vorsitzender: Hüttendirektor August Weinlig, Siegen. — Geschäftsführender Beamter: Dr. jur. Georg Mollat, Syndikus der Handelskammer Siegen. — Mitgliederzahl: 96 Werke mit 144 Betrieben und 25 105 Arbeitern und 20 persönliche Mitglieder. — Etat: Einnahme: Mitgliederbeiträge 11 892.00 M., Zinsen 600.00 M., Sa. 12 492.00 M. Ausgabe: Verwaltungskosten 8 780.00 M., Beiträge an Verbände usw. 1 235.00 M., Reisekosten 600.00 M., Insgesamt 18 77.00 M., Sa. 12 492.00 M.

Zur Bestreitung der Vereinskosten wird eine Vereinskasse gebildet, zu welcher die Mitglieder im Verhältnis ihres Stimmrechts beitragen.

Der Verein ist in seiner jetzigen Gestalt im Jahre 1894 gegründet worden, bestand aber schon seit 1874 unter den Namen „Verein für die bergbaulichen und Hütteninteressen der rechtsrheinischen Reviere des Oberbergamtsbezirks Bonn“, der im Jahre 1882 in „Verein für die bergbaulichen und Hütteninteressen“ umgewandelt wurde. Im Jahre 1905 wurde er in einen „eingetragenen Verein“ umgeändert. Anfangs zählte er 52 Werkmitglieder mit 162 Betrieben und 13171 Arbeitern und 6 persönliche Mitglieder.

Zweck des Vereins ist: Die Förderung der gemeinschaftlichen Interessen des Bergbaues und des Hüttenbetriebes sowie der verwandten Industriezweige in den Kreisen Siegen, Altenkirchen, Olpe, Biedenkopf und Wittgenstein, namentlich durch gemeinsame Besprechung über wichtige die Industrie betreffende Vorgänge in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Der Verein ist auch Mitglied des Deutschen Handelstages. Lange Jahre hindurch war der Landtagsabgeordnete Macco Geschäftsführer des Vereins.

Neben ihm bestehen seit 1894 als Konventionen der Siegerländer Eisensteinverein G. m. b. H. und der Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen G. m. b. H., beide in Siegen.

Bei all diesen Vereinen ist ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ebenso wie die Verfolgung politischer Zwecke von der Tätigkeit ausgeschlossen. Alle vier gehören dem Zentralverband deutscher Industrieller körper-schaftlich an!

Der jüngste berg- (und hütten-)männische Verein ist der Verein Bayerischer Bergbauinteressenten. Sitz: München, Ludwigstraße 15. — Vorsitzender: Generaldirektor Dr. Weithofer (Oberbayerische Akt.-Ges. für Kohlenbergbau). — Schriftführer: Direktor Oertel, München. — Geschäftsführender Beamter: Dr. A. Kuhlo, Syndikus des Bayerischen Industriellen-Verbandes, München. — Mitgliederzahl: 25. — Etat: ca. 3000 M. Publikationsorgan: „Wochenschrift für die Bayerische Industrie“.

Der Verein Bayerischer Bergbauinteressenten wurde am 2. Dezember 1906 gegründet. Neben den oben Genannten gehören dem Vorstande noch an Geheimer Kommerzienrat Fromm-Maxhütte, Direktor Steiner-Haidhof, Direktor Reisert und Direktor Schulte-Mäder. Der Verein ist Mitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes. Die 25 Bergwerksbetriebe, die der Verein umfaßt, setzen sich sowohl aus Steinkohlen-, wie Braunkohlen- als auch Erzbergwerken zusammen. Der Verein vertritt in der Hauptsache bergmännische Interessen.

Erst neuerdings hat sich auch der Erzbergbau selbständig organisiert, zunächst zu allgemeinen ideellen Zwecken im

Verein zur Förderung des Erzbergbaues in Deutschland. Sitz: Cöln. — Vorsitzender: Bankdirektor Jordan. — Geschäftsführender Beamter: Direktor Ansorge.

Gegründet 1905. Schon im Jahre 1906 folgte ein Deutscher Erzgruben-Verband (Vors.: Kommerzienrat Dr. Guillaume, Geschäfts-f.: Direktor Weingärtner) zur Wahrnehmung der geschäftlichen Interessen.

II.

Eisen und Stahl.

Ihrer Entstehung nach die erste Organisation ist der

Verein deutscher Eisenhüttenleute. Sitz: Düsseldorf, Jakobistraße 5. — Vorsitzender: Kommerzienrat Springorum, Generaldirektor des Stahlwerkes Hoesch, Dortmund. — Geschäftsführender Beamter: E. Schrödter, Dr.-Ing. h. c., Düsseldorf, Jakobistraße 5. — Unterabteilungen: Eisenhütte Oberschlesien in Gleiwitz; Eisenhütte Südwest in Saarbrücken; Eisenhütte Düsseldorf in Düsseldorf. — Mitgliederzahl: 4010. — Etat: 25 000 M. (1893). — Publikationsorgan: „Stahl und Eisen“, Düsseldorf.

Der Verein bestand schon seit 1860 als „Technischer Verein für Eisenhüttenwesen“ und verfolgt auch noch seit Neugründung im Jahre 1880 wesentlich die Förderung der Technik im Eisenhüttengewerbe. Er bezweckt die weitere Ausbildung des Eisen- und Stahlhüttenwesens und die Förderung des Verbrauches von Eisen und Stahl in allen Formen. Seine Mitgliederzahl stieg von 1220 im Jahre 1893 auf 2157 im Jahre 1899 und auf 2670 im Jahre 1902. Neben den technischen Fragen, die auf seinen Generalversammlungen und in der von ihm in Gemeinschaft mit der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ herausgegebenen Monatsschrift „Stahl und Eisen“ eingehend behandelt werden, beschäftigt sich der Verein aber gelegentlich auch mit zoll- und verkehrspolitischen Fragen. Zur Veranstaltung der Rheinisch-Westfälischen Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung im Jahre 1902 in Düsseldorf gab der Verein zusammen mit den verwandten Organisationen den Anstoß, nachdem er sich vorher gegen die Beteiligung der deutschen Eisenindustrie an der Pariser Weltausstellung von 1900 ausgesprochen hatte, weil der dort zur Verfügung gestellte Platz unzureichend sei.

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Sitz: Berlin W. 35, Karlsbad 4a. — Vorsitzender: Servaes, Geheimer Kommerzienrat, Düsseldorf. — Geschäftsführender Beamter: H. A. Bueck, Generalsekretär, Berlin W. 35, Karlsbad 4a. — Unterabteilungen: Nordwestliche Gruppe. Vorsitzender: Servaes, Geh. Kommerzienrat, Düsseldorf. Geschäftsführender Beamter: Dr. Beumer, Düsseldorf. — Östliche Gruppe. Vorsitzender: Hilger, Geh. Bergrat, Berlin. Geschäftsführender Beamter: Dr. Voltz, Kattowitz in O.-Schl. — Mitteldeutsche Gruppe. Vorsitzender: zurzeit unbesetzt, Chemnitz. Geschäftsführender Beamter: zurzeit unbesetzt. — Norddeutsche Gruppe. Vorsitzender: Ernst Borsig, Kommerzienrat, Berlin. — Süddeutsche Gruppe. Geschäftsführender Beamter: Meesmann, Direktor,

Mainz. — Südwestliche Gruppe. Vorsitzender: Kommerzienrat Th. Zilliken, Generaldirektor, Neukirchen (Trier). Geschäftsführender Beamter: Dr. Alex. Tille, Saarbrücken. — Mitgliederzahl: 370 mit ca. 250 000 Arbeitern (1902; Ende der 80 er Jahre waren es 320).

Das Darniederliegen der deutschen Eisenindustrie seit 1873 veranlaßte die führenden Kreise des „Wirtschaftlichen Vereins“ in Düsseldorf, am 24. November 1873 eine Versammlung von Hochofenindustriellen nach Düsseldorf einzuberufen, welche meist Mitglieder des seit den 50er Jahren bestehenden Zollvereinsländischen Hüttenvereins waren. Hier wurde die Bildung eines neuen großen Vereins der Hüttenwerke für ganz Deutschland in Vorschlag gebracht. Der Vorsitzende des Wirtschaftlichen Vereins, W. T. Mulvany, und dessen Generalsekretär, H. A. Bueck, wurden mit der Schaffung der Organisation und insbesondere damit betraut, mit der schlesischen Eisenindustrie eine Verständigung herbeizuführen. Am 13. Dezember 1873 wurde in Berlin die Begründung eines „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ beschlossen, und am 15. April 1874 löste sich der Zollvereinsländische Hüttenverein auf, um sich sofort als „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ wieder zusammenzuschließen. Unmittelbar darauf bildete sich auch die schlesische Gruppe, und beide zusammen konstituierten sich in der ersten Generalversammlung am 21. Oktober 1874 zu Berlin als „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“. Da die Nordwestdeutsche Gruppe die deutschen Eisenwerke bis nach Nassau umfaßte, so ging die Gründung weiterer Gruppen ziemlich langsam vonstatten. Die süddeutsche und die südwestliche Gruppe entstanden 1881 bzw. 1882. Dagegen nahm der Hauptverein seine Tätigkeit für die deutsche Eisenindustrie tatkräftig auf.

Als Zweck hat sich dieser Fachverband gesetzt: „Die gemeinsamen Interessen der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen in den sie berührenden volkswirtschaftlichen Angelegenheiten wirksam zu vertreten“. In Verfolgung dieses Zweckes will der Verein satzungsgemäß sein Augenmerk vorzugsweise richten: auf die wirtschaftliche Gesetzgebung des Reichs bzw. der Einzelstaaten; auf den Abschluß günstiger Handels- und Schifffahrtsverträge; auf die Vervollständigung der Kommunikationsmittel, die Verbesserung des Betriebs auf denselben; auf die Vereinfachung und günstigere Gestaltung der Tarife; auf Regelung der Arbeiterverhältnisse; auf Gründung solcher Einrichtungen, welche geeignet erscheinen, den Verkehr und die Verständigung zwischen den Eisen- und Stahlindustriellen einerseits und deren Lieferanten von Rohmaterialien sowie den Abnehmern der Produkte andererseits zu erleichtern; und auf die Beschaffung statistischen Materials zur Verfolgung seiner Zwecke.

Tatsächlich hat das Schwergewicht der Tätigkeit des Verbandes vor allem auf zwei Gebieten gelegen. Am bedeutsamsten ist sein Wirken auf zollpolitischem Gebiete gewesen. Seine erste Arbeit war die Schrift: „Die gegenwärtige Lage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie“ von 1875, welche das Darniederliegen der Eisenerzeugung und Eisenverarbeitung im Deutschen Reiche in kräftigen Zügen schilderte. Die Konkurrenz der englischen Werke und die Überproduktion der heimischen Betriebe zu Anfang der siebziger Jahre veranlaßte die Eisen- und Stahlindustriellen, mit Nachdruck für eine Abkehr von der alles beherrschenden Freihandelsdoktrin einzutreten. Der Erfolg, den der Verein in Gemeinschaft mit dem besonders auf seine Veranlassung 1877 ins Leben tretenden Zentralverbände deutscher Industrieller hier errang, war bestimmend für den Beginn der Bismarckschen Schutzzollpolitik. — Ebenso entschieden war die Vereinstätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete,

wo der Verein von jeher in Arbeiterfragen den Unternehmerstandpunkt im engeren Sinne des Wortes am schärfsten zum Ausdruck gebracht hat. Er trat besonders für die Regierungsvorlage zum Schutz der Arbeitswilligen ein. Im Jahre 1905 ist auch ein „Arbeitgeberverband des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ gegründet worden. Beachtenswerte Erfolge hatte der Verein u. a. auch auf tarifpolitischem Gebiete.

Die Geschäftsführung lag bis 1894 in den Händen des Dr. H. Rentzsch, seitdem H. A. Buecks, dessen Name mit der Entwicklung dieses Teils der Industrieorganisation eng verknüpft ist.

Der Verband ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die nordwestliche Gruppe, die den wirtschaftlichen Teil der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ herausgibt, gehört außerdem noch dem Deutschen Handelstage an. Für ihren Bezirk ist ein besonderer Arbeitgeberverband gegründet worden. Auf die Tätigkeit aller Gruppen des Vereins im besonderen einzugehen, erübrigt sich. Eine gewisse Sonderstellung nimmt die „Südwestliche Gruppe“ ein; über ihre Geschichte sei deshalb näheres mitgeteilt.

Die Südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Etat: 58500 M.) wurde am 10. Juni 1882 zu Saarbrücken begründet.

Im Jahre 1877 hatte Stumm bereits einen Verein im Saargebiet gegründet, welcher den Zweck verfolgte, den Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Diesem gehörte auch die Eisenbahnverwaltung und die Bergwerksdirektion Saarbrücken an. Er löste sich 1882 auf, nachdem die Königlichen Behörden angewiesen worden waren, aus ihm auszuscheiden. Zu dem Auseinanderbröckeln des alten Vereins kam, daß die Erfindung des Thomasverfahrens dem Saargebiete weit günstiger war, als man bis dahin angenommen hatte, und daß infolgedessen wenigstens für die Zukunft ein Aufschwung der südwestdeutschen Eisenerzeugung zu erwarten war, welcher die Schaffung einer Berufsorganisation wünschenswert erscheinen ließ. Diese sollte eine Südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zunächst ohne Luxemburg bieten, während andererseits die Gesamtindustrie des Saargebietes in einem allgemeinen wirtschaftlichen Verein auf örtlicher Grundlage zusammengefaßt werden sollte.

Stumm erließ gemeinsam mit G. Krämer und H. R. Seebohm eine Einladung zur Gründung einer Südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, und am 10. Juni 1882 fand die begründende Versammlung zu Saarbrücken statt.

Am 1. Juli 1882 übernahm die Südwestliche Gruppe für die 10 ihr angehörigen Hochofenwerke die Roheisenstatistik. Dabei stellte sich heraus, daß diejenigen Werke, welche bis dahin der Süddeutschen Gruppe angehört hatten, nicht sämtlich zu der Statistik derselben herangezogen waren. Seitdem erst besitzt Südwestdeutschland eine wirkliche Roheisenstatistik. Dieselbe wurde zwar für Mosel und Saar gemeinsam aufgestellt; da das Urmaterial zu derselben jedoch erhalten ist, so ist es nachträglich möglich gewesen, die Saarwerke aus ihr auszusondern und dadurch eine besondere Saarstatistik zu schaffen. 1883 bildete die Roheisenerzeugung der Gruppe angehörigen Hochofenwerke ein Sechstel der deutschen Roheisenerzeugung.

Zudem arbeitete die Gruppe mit dem Hauptverein zusammen an der Aufgabe, dem Eisen eine erweiterte Anwendung im Bauwesen zu verschaffen, und beteiligte sich an der Herstellung eines Musterbuches für Eisenkonstruktionen.

Mit der Zeit wurde die Südwestliche Gruppe zu einer der Hauptstützen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Seit 1891 wurde von der Nordwestlichen Gruppe aus der Vorschlag gemacht, den Hauptverein ganz aufzulösen, die einzelnen Gruppen zu ganz selbständigen Vereinen zu machen und beim Zentralverbande deutscher Industrieller nur eine gemeinsame statistische Stelle zu halten. Aber die Südwestliche Gruppe trat mit den übrigen Gruppen für die Erhaltung des Hauptvereins ein. Nur wurde den einzelnen Gruppen eine größere Selbständigkeit verliehen, und der bis dahin tätige Geschäftsführer Dr. Rentzsch behielt nur noch die Führung der Vereinsstatistik, während im übrigen Generalsekretär Bueck die Geschäftsführung übernahm.

Da die übrige Tätigkeit der Südwestlichen Gruppe im engsten Zusammenhang mit dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie erfolgte, kann auf diesen verwiesen werden (S. 259).

Selbständig (nicht als Gruppe) neben dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller besteht eine Sonderorganisation, der:

Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahl-Industrie von Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Sitz: Metz, Bankstraße 20. — Vorsitzender: Hüttenbesitzer Humbert de Wendel, Hayingen (Lothringen). — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Franz Knödgen, Metz. — Mitgliederzahl: 21.

Der Verein ist am 10. September 1895 gegründet worden. Er bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Werke durch Eingaben an Behörden, Verwaltungen, in der Presse usw. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. Seine Mitgliederzahl setzt sich zusammen aus 11 Werken in Lothringen, 8 Werken in Luxemburg, 1 Werk im Elsaß und 1 persönlichen Mitglied mit zusammen etwa 40000 Arbeitern.

Verein Deutscher Eisengießereien. Sitz: Düsseldorf, Graf-Adolfstraße 47. — Vorsitzender: Kommerzienrat Ugé, Kaiserslautern. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Otto Brandt, Handelskammersyndikus. — Unterabteilungen: Niederrheinisch-Westfälische Gruppe der Handelsgießereien. Vorsitzender: Direktor Schulz, Lünen i. W.; Stellvertreter: Direktor Hunger, Düsseldorf. Niederrheinisch-Westfälische Gruppe für Bau- und Maschinenguß. Ostfriesisch-Oldenburgische Gruppe. Vorsitzender: Direktor O. Kohlschütter, Norden (Ostfriesland); Stellvertreter: Direktor Schmidt, Augustfehn. Hannoversche, Elb- und Harz-Gruppe. Vorsitzender: Hubert Joly, Wittenberg i. S. Schlesisch-Ostdeutsche Gruppe. Vorsitzender: Bergrat Arns, Gleiwitz in Schlesien. Mitteldeutsch-Sächsische Gruppe. Vorsitzender: Karl Weichelt, Leipzig-Lindenau; Stellvertreter: Direktor Frölich, Radebeul bei Dresden. Hessen-Nassauische Gruppe. Vorsitzender: Julius Wurmback, Frankfurt a. M.-Bockenheim. Linksrheinische Gruppe der Handelsgießereien. Vorsitzender: August von Beulwitz, Mariahütte bei Otzenhausen, Bez. Trier. Südwestdeutsche Luxemburger Gruppe für Bau- und Maschinenguß. Vorsitzender: Direktor Hauenwald, St. Johann a. d. Saar. Bayerische Gruppe. Vorsitzender: Königl. Oberberg- und Salinenrat Meinel, München. Württembergische Gruppe. Vorsitzender: Königl. Bergrat Herzog in Wasseralfingen. Badische Gruppe: Vorsitzender: Otto Saaler, Teningen (Baden). — Mitgliederzahl: 520. — Etat: 1905: Einnahmen: 23 130,81 M.; Ausgaben: 18 359,53 M. Jahresbeitrag: bei einer Arbeiterzahl bis 30 Arbeiter

25 M.; bei einer Arbeiterzahl von 31—150 Arbeitern 35 M.; bei einer Arbeiterzahl von 151—300 Arbeitern 75 M.; bei größerer Arbeiterzahl 95 M. — Publikationsorgan: „Stahl und Eisen“, Mitteilungen des Vereins Deutscher Eisengießereien, Düsseldorf.

Der Verein deutscher Eisengießereien ist am 12. Juli 1869 gegründet worden. Die ordentliche Mitgliedschaft können erwerben: deutsche Eisengießereien aller Art, auch solche, die mit Maschinenfabriken und Hüttenwerken verbunden sind. Persönliche Mitglieder können werden: Beamte der vorbezeichneten Werke, Ingenieure und Gießereifachleute, Professoren und Dozenten technischer Hochschulen, gleichfalls solche Personen, welche als Werksbesitzer, Beamte und Ingenieure in den deutschen Eisengießereien tätig waren.

Der Verein bezweckt, die gemeinsamen Interessen der deutschen Eisengießereien in volkswirtschaftlichen, handels- und sozialpolitischen sowie technischen Fragen, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit anderen verwandten Vereinen, zu vertreten. Den Reichs- und Landesbehörden gegenüber will er die Interessen der Eisengießereien wahrnehmen, namentlich in Tarif-, Verkehrs-, Zoll- und Ausfuhrangelegenheiten, sowie in gewerblichen und sozialpolitischen Fragen. Auch will er bei Syndikaten für die von den Mitgliedern benötigten Rohstoffe die Erreichung angemessener Preise und Lieferungsbedingungen anstreben. Außerdem zieht der Verein die Pflege gesunder Arbeiterverhältnisse in den Kreis seiner Tätigkeit.

Seine Entwicklung ist besonders in den letzten Jahren gut gewesen, denn 1899 hatte er bei 233 Werken erst einen Etat von 8777 M. 1902 hatte er 304 Mitglieder.

Den Mitgliedern kann er durch einen Vorzugspreis beim Abonnement auf die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ und durch einen besonderen Tarif für Rohmaterialuntersuchungen bei der Hüttenschule in Duisburg Vorteile bieten.

Seit einiger Zeit hat er mit dem Verein deutscher Eisenhüttenleute einen Vertrag geschlossen, gemäß dem beide Vereine zusammen einen „wissenschaftlichen Ausschuß zur Förderung der praktischen und wissenschaftlichen Ausbildung des Gießereiwesens“ unterhalten, der in der jedes Jahr zweimal stattfindenden Versammlung der Gießereifachleute nach außen hin hervortritt, und nach innen wird in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ durch deren Redaktion eine selbständige Abteilung für Gießereiwesen ausgebildet.

Der Verein bemüht sich ferner mit Erfolg, das Eisenbahntarifwesen zugunsten der Erzeugnisse der Eisengießerei zu beeinflussen und die Versorgung der Werke mit Rohstoffen zu angemessenen Bedingungen durch Verhandlungen einer besonderen Syndikatskommission mit den Kartellen und Syndikaten zu fördern. Auch ist der Verein tätig bei der Aufstellung von Lieferungsbestimmungen für Gußeisen und arbeitet an Mindestpreisskalen, an Normalien für Gußeisenwaren, an einer guten Klassifikation des Roheisens, an Vorschriften für die Gußeisenprüfung. Er bemüht sich vor allen Dingen mit Hilfe der verschiedenen Landesgruppen und preußischen Bezirksgruppen Festigkeit in die Preispolitik der deutschen Eisengießereien zu bringen usw. und tritt Bestrebungen entgegen, das Gußeisen als Material in der Technik herabzusetzen und auszuschalten.

Vor kurzem ist die niederrheinisch-westfälische Gruppe des Vereins Deutscher Eisengießereien in eine Unterabteilung für Handelsgußwaren und eine solche für Bau- und Maschinenguß zerlegt worden.

Alle seine Landesgruppen bilden zugleich mehr oder weniger geschlossene Preisverbände gewöhnlich nach zwei Abteilungen gegliedert,

a) für Handelsgußwaren, b) für Bau-, Maschinenguß, Guß für chemische Industrie usw. Besonders organisiert ist das Deutsche Gußröhrensyndikat A.-G. in Köln a. Rhein.

Im übrigen gibt es in der Eisen- und Stahlindustrie noch eine ganze Anzahl von speziellen Fachvereinen, die jedoch hier nicht näher geschildert zu werden brauchen, da die Preisregulierung meistens ihren alleinigen Zweck bildet. Im Jahre 1903 wurde das Bestehen von 44 solcher Syndikate und Konventionen festgestellt.

Zu nennen sind hier folgende Organisationen dieser Art, die größtenteils als Verkaufsvereinigungen, vereinzelt auch als Einkaufskonventionen wirken:

Für Roheisen: Roheisensyndikat, G. m. b. H., Düsseldorf (An- und Verkauf). Thomas-Roheisen-Verkaufsstelle, Düsseldorf. Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen, G. m. b. H., Siegen. Oberschlesisches Roheisensyndikat, Zabrze.

Für Flußstahl, Fluß- und Schweißisen: Stahlwerksverband, Akt.-Ges., Düsseldorf (der folgende Verbände in sich aufgenommen hat: a. Halbzeugverband, Düsseldorf. b. Niederrheinisch-Westfälischer Trägerverband, Düsseldorf. c. Deutsche Schienengemeinschaft, Düsseldorf. d. Deutsche Schwellengemeinschaft, Düsseldorf. e. Süddeutscher Trägerverband, St. Johann a. d. Saar. f. Deutscher Trägerverband, Wiesbaden.) Oberschlesischer Stahlwerksverband, G. m. b. H., Berlin (der aufgenommen hat: a. Vereinigte Oberschlesische Walzwerke, Kattowitz. b. Verkaufsvereinigung Oberschlesischer Walzwerke). Alteisenvereinigung Oberschlesischer Hüttenwerke, Berlin (gemeinsamer Einkauf). Eisenhandelsgesellschaft m. b. H., Berlin (Einkaufsstelle für die eben genannte Vereinigung). Stahlformgußverband, Düsseldorf. Stahlformgußverband der Oberschlesischen Werke, Gleiwitz (O.-Schl.) Vereinigte deutsche Radsatzwerke, Düsseldorf. Drehstuhlgesellschaft, Eschweiler. Gleitstuhlgesellschaft, Plettenberg i. Westf. Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen Schweißisenwerke, Hagen i. Westf. Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandisenwalzwerke, Schlebusch-Manfort.

Für Rohre usw.: Gas- und Wasserrohrsyndikat, Verkaufsstelle der deutschen Gas- und Siederohrwerke, G. m. b. H., Düsseldorf. Siederohrsyndikat, Verkaufsstelle der deutschen Gas- und Siederohrwerke, G. m. b. H., Düsseldorf. Röhrenstreifenvereinigung, Eschweiler-Pümpchen. Verkaufsstelle der vereinigten oberchlesischen Röhrenwalzwerke, Gleiwitz (O.-Schl.) Verein der Flanschenfabrikanten, Hagen i. Westf. Verband deutscher Stahlflaschenfabrikanten, Düsseldorf.

Für Eisenguß: Deutsches Gußröhrensyndikat, Akt.-Ges.,
Cöln a. Rh. Ostdeutsch-sächischer Hüttenverein, Waldenburg
i. Schl.

Einige beschäftigen sich auch mit allgemeinen Fragen,
so z. B.:

Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandeisen-
walzwerke. Sitz: Schlebusch-Manfort b. Köln a. Rh. — Vor-
sitzender: Theodor Wuppermann, Schlebusch-Manfort b. Köln
a. Rh. — Mitgliederzahl: 9.

Die Vereinigung wurde 1896 gegründet. Sie bezweckt zwar in
erster Linie die gemeinsame Preisfestsetzung für gewisse Bezirke; außer-
dem aber auch die Förderung der gemeinschaftlichen Interessen der Mit-
glieder in bezug auf allgemeine wirtschaftliche Fragen. Die Vereinigung
gehört dem Zentralverbande deutscher Industrieller an.

Verein deutscher Tempergießereibesitzer. Sitz:
Hagen i. W., Kaiserstraße 27. — Vorsitzender: Julius Stockey jr.,
Milspe. — Geschäftsführender Beamter: Eugen Jacobs, Ge-
schäftsführer, Hagen i. W. — Mitgliederzahl: 74 mit 1340
Formern.

Der Verein wurde im Jahre 1896 gegründet. Er bezweckt: Die Wahrung
gemeinsamer Interessen der Mitglieder und nach Möglichkeit eine Regelung
der Verkaufspreise. Unter gemeinsamen Interessen werden folgende ver-
standen: Allgemeine Aussprache über die Geschäftslage und Unterrichtung
der Mitglieder durch den Vorstand — in besonderen Fällen gegenseitige
Unterstützung der Mitglieder bei größeren Betriebsstörungen (z. B. Brand-
unglück, Streik usw.) durch Übernahme von Aufträgen bzw. Aushilfe
mit Arbeitskräften —; Stellungnahme gegenüber den Rohmaterialien-
preisen und Beratung in Zoll- und Berufsgenossenschaftsangelegenheiten.
Der Verein erstreckt sich über ganz Deutschland.

Die Großhändler haben folgende Konventionen ge-
schlossen: Norddeutsche Gasrohrhändler-Vereinigung, Berlin.
Vereinigung Rheinisch-Westfälischer Gasrohrhändler, Düssel-
dorf. Rheinisch-Westfälische Trägerhändler-Vereinigung, Cöln.
Nord-, West- und Mitteldeutsche Trägerhändler-Vereinigung,
Hannover. Süddeutsche Trägerhändler-Vereinigung nebst 19
Bezirks-Vereinigungen, Mannheim. Träger-Verkaufs-Kontor,
G. m. b. H., Berlin. Träger-Verkaufs-Kontor, G. m. b. H.,
Bremen. Träger-Verkaufs-Kontor, G. m. b. H., Hannover.

Während die allgemeinen Vereine der Roheisen- und Stahl-
Industrie bzw. der sog. Grobeisen-Industrie schon in den 70er
Jahren entstanden sind, kam es zu einer Organisation der
weiterverarbeitenden bzw. der Kleiseisen-Industriellen
erst am Schluß des Jahrhunderts.

Die „Vereinigung zur Wahrung der Interessen der
Halbzeugverbraucher“ entstand sogar erst 1905.

Verein der märkischen Kleiseisenindustrie. Sitz:
Hagen i. W., Oststraße 10. — Vorsitzender: Kommerzienrat

Wilhelm Funke, Hagen i. W. — Geschäftsführender Beamter: M. Gerstein, Ingenieur, Handelskammersyndikus, Hagen i. W., Oststraße 10. — Mitgliederzahl: 195. — Etat: Jahreseinnahme an Mitgliederbeiträgen 6000 M.

Der Verein trat Ende 1897 ins Leben. Unmittelbare Veranlassung zur Gründung war das Bestehen des Abschlusses neuer Handelsverträge, wobei er die Interessen der namentlich in der Grafschaft Mark, im Rheinland und in Westfalen ansässigen Kleiseisenindustrie durch die Erwirkung höherer Schutzzölle wahrnehmen wollte. Die Kleiseisenindustriellen hatten besonders unter der Konkurrenz der Vereinigten Staaten zu leiden. Auch gelang es ihm, die beabsichtigte Aufhebung des „Schiffsbaumaterialtarifs“, wonach Schrauben, Nieten, Anker, Ketten usw. zu ermäßigten Sätzen befördert werden können, zu verhindern. Außer den Arbeiten zu den Handelsvertragsverhandlungen hat der Verein sich besonders mit der Frage der Versorgung industrieller Betriebe mit elektrischer Energie von kommunalen Werken aus befaßt. Er hat auch Sitz und Stimme im Bezirkseseisenbahnrat. Körperschaftliches Mitglied ist er beim Zentralverbande deutscher Industrieller.

Eine etwas jüngere Organisation gleicher Art für die bergische Kleiseisenindustrie ist (trotz seines umfassenderen Namens) der:

Bergische Fabrikanten-Verein. Sitz: Remscheid. — Vorsitzender: Fabrikbesitzer Arnold Mannesmann, i. Fa. A. Mannesmann. — Geschäftsführender Beamter: Th. Zacharias, Geschäftsführer. — Mitgliederzahl: 160. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Bergischen Fabrikanten-Vereins“ (nur für die Mitglieder). — Etat: Einnahme: Mitgliederbeiträge 5338,50 M., Mieten 1850,00 M., Beiträge zur Geschäftsführung von anderen Vereinen 1900,00 M., Zinsen 114,37 M., Summa 9202,87 M. Ausgabe u. a.: Steuern und Versicherung 743,50 M., Bureaukosten, Drucksachen 855,64 M., Geschäftsführung 4185,90 M., Beiträge zu Vereinen 180,90 M., Summa Ausgabe 8525,13 M., Immobilien-Vermögen 110000,00 M., Bankguthaben 5088,00 M.

Der Verein wurde im Jahre 1890 gegründet zur Wahrung der Interessen der Bergischen Kleiseisenindustrie. Insbesondere vertritt er die Interessen der Stahl- und Eisenwaren- und Werkzeuge-Fabrikation. Der Verein beschäftigt sich sowohl mit den technischen wie den wirtschaftlichen einschlägigen Fragen. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Die Kleiseisenindustrie hat auch noch einige, keine Preisvereinbarung bezweckende Spezialorganisationen; so z. B. den

Verein deutscher Nadelfabrikanten (E. V.). Sitz: Aachen, Theaterstraße 6. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Louis Beissel, Aachen. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersyndikus Prof. Dr. Hermann Lehmann, Aachen, Theaterstraße 6. — Mitgliederzahl: 29 mit ca. 5500 Arbeitern.

Der Verein wurde im Jahre 1883 gegründet, eine Reorganisation erfolgte 1901. Er bezweckt die Wahrung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der Branche, insbesondere gemeinsamen Austrag grundsätzlicher Marken-(Warenzeichen)-Prozesse. Die Begründung der Stecknadelkonvention und des Arbeitgeberverbandes der Branche erfolgte durch den Verein.

Die Vereinigung deutscher Wagenachsen- und Federnfabrikanten, welche 1900 begründet war, besteht nicht mehr. — Die Mehrzahl der Spezialvereine in der Klein-eisenindustrie sind Konventionen; zu nennen sind:

Verband der Stecknadelfabrikanten, Aachen. Baubeschlags-gesellschaft m. b. H., Berlin. Verband deutscher Federstahl-werke, Hagen i. Westf. Vereinigung der Schwellenschrauben-Fabrikanten, Düsseldorf. Gabelkontor, G. m. b. H., Hagen i. Westf. Laschenschraubenverband, Hagen i. Westf. Pflug-scharfabrikanten-Vereinigung, Hagen i. Westf. Verein der Bügeleisenfabrikanten, Hagen i. Westf. Verein der Fenster-beschlagteilefabrikanten, Hagen i. Westf. Verein der Waggon-beschlagteilefabrikanten, Hagen i. Westf. Vereinigung der Paumellesfabrikanten, Hagen i. Westf. Vereinigung der Splinte-fabrikanten, Hagen i. Westf. Verkaufsstelle deutscher Stiefel-eisen-Fabrikanten, G. m. b. H., Hagen i. Westf. Vereinigte Messerschlägerei-Besitzer, Solingen. Vereinigung der Scheren-schlägerei-Besitzer, Solingen. Verband der Schloßfabrikanten, Velbert. Konvention der Fabrikanten von französischen Keller-schlössern, Velbert.

Im Jahre 1907 entstand ein „Verein der Fabrikanten und Exporteure von Werkzeugen, Eisen-, Stahl- und Metallwaren in Rheinland und Westfalen“, Sitz: Remscheid. Ferner gibt es einen „Verband der deutschen Waffen-industrie“ in Mehliß (Mitglied des Handelsvertragsvereins).

Auch die Händler haben sich bald nach dem Zusammen-schluß der Kleineisenindustriellen organisiert, denn neben einigen selbständig gebliebenen Lokalvereinigungen von Eisen- und Stahlwarenhändlern besteht der

Verband Deutscher Eisenwarenhändler (E. V.). Sitz: Mainz. — Vorsitzender: Kommerzienrat Karl Schmahl, Mainz. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Carl Wittenstein. — Unterabteilungen: Die Ortsgruppen des Verbandes, etwa 30, haben wohl Vorsitzende, aber keine eigene Verwaltung. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Besprechung und Regelung rein örtlicher Angelegenheiten. — Mitgliederzahl: Etwa 2200 ordentliche und 450 außerordentliche Mitglieder. — Etat: balanciert mit ca. 51 000 M., Jahresbeitrag 12 M., weiteres siehe im folgenden: Soll: An Geschäftskostenkonto a) sächliche (Porto, Bureaukosten usw.) 5725.32 M., b) persönliche (Reisekosten) 6700.09 M., Salär-Konto 15824.87 M., Kapital-Konto (Überschuß im Jahre 1906/07) 17843.59 M. Haben: Per Einnahme aus Mitglied-Beiträgen 28020.00 M., Mitteilungen-Konto 17720.77 M., Sa. 47242.32 M. — Publikations-organ: Mitteilungen des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler, zugleich Organ des Verbandes Schweizerischer Eisenwarenhändler.

Der Verband ist im Jahre 1898 durch Zusammenschluß der damals bereits 1 bzw. 2 Jahre bestehenden Vereinigungen für Süd-, West- und Norddeutschland gegründet worden. Ordentliches Mitglied kann jeder Inhaber eines selbständigen Eisenwarengeschäftes oder verwandter Branchen in den Grenzen des Deutschen Reiches werden. Als außerordentliche Mitglieder können aufgenommen werden: Fabrikanten und andere Lieferanten der Branche, welche sich durch Unterzeichnung eines Reverses zur Unterstützung der Verbandsbestrebungen bereit erklären und sonstige Personen, die für die Bestrebungen des Verbandes besonderes Interesse bekunden. Neben den im Verbande überwiegenden Detaillisten sind Grossisten beteiligt.

Der Verband bezweckt die Förderung der Interessen des Eisenhändlerstandes nach jeder Richtung, insbesondere durch persönliches Nähertreten und Meinungsaustausch unter den Kollegen, Stellungnahme gegen den Verkauf der Fabrikanten direkt an Konsumenten oder auf Umwegen durch Agenten, gegen die Konkurrenz der Bazare und Warenhäuser, gegen Konsumvereine, gegen unlauteren Wettbewerb, endlich durch gemeinsame Abwehr von Angriffen auf den Kaufmannsstand im allgemeinen und die Branche im besonderen.

Den direkten Verkehr zwischen Fabrikanten und Konsumenten sucht der Verband dadurch zu unterbinden, daß er die Fabrikanten, die mit den Mitgliedern in Geschäftsbeziehungen bleiben wollen, verpflichtet, ihre direkten Lieferungen an Konsumenten einzustellen, insoweit, als durch den direkten Verkehr Interessen des Eisenhandels geschädigt werden. Bereits über 800 Lieferanten haben sich durch Unterschrift mit diesen Bestrebungen einverstanden erklärt.

Mit den Generalversammlungen sind ziemlich regelmäßig Ausstellungen verbunden, die von befreundeten Fabrikanten besichtigt werden. Die rege Beteiligung an den bisherigen Ausstellungen in Hamburg, Leipzig, Karlsruhe, Bremen, München, Berlin und Mainz habe bewiesen, daß die Vorteile, welche solche den Charakter einer Messe tragenden Fachausstellungen Fabrikanten und Händlern bieten, anerkannt werden.

Ferner sucht der Verband die einzelnen Mitglieder dadurch zu kräftigen, daß er ihnen die Führung ihrer Geschäfte erleichtert. Das geschieht unter anderem durch die Schaffung von Normalien bei verschiedenen Eisenwaren, wodurch der Verband die Lagerhaltung zu vereinfachen sucht. So sind Normalserien für Herd- und Ofenringe eingeführt worden. Die Gießereien, welche diese fabrizieren, werden in dem Verbandsorgan bekannt gegeben. Auch Normal-Drahtpackung und eine Normalserie für Ofenrohrstutzen wurden bereits eingeführt.

Der Verband bietet ferner durch seine Pensions- und Unterstützungsvereinigung in Verbindung mit der vom Verbande dotierten Zuschußkasse, die nach 5jährigem Bestehen jetzt ein Vermögen von etwa 30 000 M. aufweist, den Verbandsmitgliedern, vor allem aber den Angestellten derselben Gelegenheit zu einer Versicherung für den Fall der Erwerbsunfähigkeit bei Invalidität und Alter sowie ihrer Hinterbliebenen.

Im Jahre 1907 ist auch eine „Vereinigung der Großhändler der rheinisch-westfälischen Eisenwaren- und Werkzeugbranche“ entstanden (Sitz: Elberfeld. — Vorsitzender: Dr. Max Schmidt, i. Fa. Peter Ludwig Schmidt).

III.

Metall, Blech, Draht.

Die Produzenten der Bleche aller Art sind ausschließlich in Konventionen organisiert; nämlich in:

Schiffbaustahl-Vereinigung, Essen a. d. Ruhr (hat aufgenommen den Verband deutscher Grobblech-Walzwerke, G. m. b. H., Essen a. d. Ruhr). Schwarzblechvereinigung, G. m. b. H., Cöln a. Rh. (hat aufgenommen den Verband deutscher Feinblechwalzwerke, G. m. b. H., Cöln a. Rh.). Weißblech-Verkaufskontor bei Herrn J. H. Stein, Cöln a. Rh. Verband der Fabrikanten gebeizter Eisenbleche, Hagen i. Westf. Oberschlesischer Grobblechverband, Berlin.

Vereinigung der Stanzblechfabrikanten. Sitz: Hagen i. W., Oststraße 10. — Vorsitzender: C. Gravemann, Kommerzienrat, i. Fa. Peter Harkort & Sohn, G. m. b. H., Wetter a. Ruhr. — Geschäftsführender Beamter: M. Gerstein, Ingenieur, Handelskammersekretär, Hagen i. W., Oststraße 10. — Mitgliederzahl 5. — Zweck: wie bei den vorigen, doch auch allgemeinere Bestrebungen.

Die Weiterverarbeiter schlossen sich zusammen in:

Vereinigung der deutschen Metall- und Blechwarenfabrikanten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Sitz: Nürnberg. — Vorsitzender: Ignaz Bing, Kommerzienrat, Nürnberg. — Unterabteilungen: Die Vereinigung sollte sieben Gruppen umfassen, davon sind jedoch nur gebildet worden: Gruppe II. Blechwaren, Lackierwaren (in Weißblech, Schwarzblech, Zinkblech und Drahtwaren). Gruppe IV. Kupfer, Messing, Reinnickel, vernickelte Aluminiumwaren. Gruppe V. Badeartikel und Zinkwaren. Gruppe VI. Metallspielwaren. Gruppe VII. Blechemballagen. — Mitgliederzahl: 80 Mitglieder (1900). — Publikationsorgan: „Illustrierte Zeitung für Blechindustrie“, Leipzig.

Die Vereinigung wurde im Jahre 1897 gegründet, und zwar in erster Linie, um die Interessen der Branchen bei den neuen Handelsverträgen zu wahren. Zu diesem Zweck wurde sie Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, später auch des Handelsvertragsvereins. Die Gruppen haben, abgesehen von der Gruppe VII, keine eigenen Organe.

Die Vereinigung hat sich bei Abschluß der Handelsverträge für die Interessen der von ihr vertretenen Gruppe der Metallwarenverarbeitung durch „vielfachen Verkehr mit dem Reichsamt des Innern, mit dem königl. bayerischen Staatsministerium und den Handelskammern in Deutschland“

betätigt und mit gutem Erfolg. Wenn auch bei Abschluß dieser Handelsverträge manche Wünsche unerfüllt blieben, so sind die neuen Bedingungen für die Ausfuhr der tausendfältigen Artikel der Metallverarbeitung, wie solche durch die verschiedenen der Vereinigung angehörigen Firmen vertreten werden, doch relativ günstig gestaltet worden. Jetzt besteht die Vereinigung wohl nur noch dem Namen nach.

Gesamtvereinigung der Weißblech verarbeitenden Industriellen Deutschlands. Sitz: Berlin C 19, Gertraudenstraße 23. — Vorsitzender: Ernst Paul Lehmann, Kommerzienrat, Brandenburg a. H. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Wendlandt, M. d. A., Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Berlin, Gertraudenstraße 23. — Mitgliederzahl: 82. — Etat: ca. 2400 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Industrie“ (Hand in Hand), Berlin C 19.

Ursprünglich als Gruppe VII der Vereinigung der deutschen Metall- und Blechwarenfabrikanten gegründet, erweiterte sich diese Unterabteilung bald zu einer selbständigen Organisation unter dem jetzigen Namen. Trotzdem sie Fabriken, die den verschiedensten Industriezweigen angehören, zusammenschließt — denn auch Konservenfabriken, Schokoladenfabriken usw. stellen teilweise ihre Weißblechemballagen selbst her —, gelang es, eine feste Vereinigung zu schaffen. Nachdem sie den Erfolg errungen hatte, daß im neuen deutschen Zolltarif der Zoll auf Weißblech ermäßigt wurde, hatte sie den Zweck, zu dem sie zunächst gegründet war, erreicht. Sie begann alsdann aber, die Interessen der Weißblech verarbeitenden Industriellen gegenüber dem oben erwähnten Kartell der sieben Weißblech produzierenden Firmen Deutschlands wahrzunehmen. Da das Weißblechkartell die älteste Konvention in Deutschland ist, waren seine Organisationsformen, Lieferungsbedingungen usw. vielfach veraltet. Sowohl in direkten Unterhandlungen wie bei den kontradiktorischen Verhandlungen im Reichsamt des Innern wurden die Bestrebungen der Vereinigung vertreten. Auch der gemeinschaftliche Bezug von englischen Weißblechen wurde angebahnt. Im Jahre 1903 hat sich die Vereinigung auch zu einem Arbeitgeberverband ausgestaltet. Sie ist seit ihrer Begründung körperschaftliches Mitglied des Bundes der Industriellen.

Die Weiterverarbeiter haben noch verschiedene Organisationen:

Verband deutscher Blechemaillierwerke. Sitz: Lübeck. — Vorsitzender: Heinr. Thiel, Lübeck. — Mitgliederzahl: ca. 50 mit ca. 19000 Arbeitern.

Der Verband wurde im Jahre 1896 gegründet; er bezweckt die gemeinsame Wahrnehmung und Förderung der gleichen wirtschaftlichen Interessen; insbesondere in bezug auf die Zollgesetzgebung usw.

Die Vereinigung Braunschweiger Blechdosenfabrikanten (Braunschweig), ein gleicher Verband in Köln (beide in naher Verbindung mit der Vereinigung der Weißblech verarbeitenden Industriellen) und der Verein deutscher Emaillierwerke (Berlin) sind dagegen Konventionen.

Die übrigen Vereine, die in der Blechindustrie in Betracht kommen, umschließen Handwerksbetriebe, so Schlossereien, Klempnereien usw. Erwähnt sei der

Verband der Blechner-, Flaschner-, Spengler-, Klempnermeister und Installateure. Sitz: Mannheim, H. 7. 29. — Vorsitzender: Georg Wunder, Spenglermeister und Installateur, Mannheim, H. 7. 29. — Geschäftsführender Beamter: F. W. Metzger, Mannheim. — Unterabteilungen: Verband der Flaschnermeister Württembergs: Vorsitzender: Otto Vötter, Stuttgart. Verband der Blechnermeister und Installateure Badens. Vorsitzender: Albert Heusser, Karlsruhe. Verband der Spenglermeister und Installateure des Großherzogtums Hessen. Vorsitzender: Jacob Nohl, Darmstadt. Verband der Spenglermeister und Installateure der Pfalz. Vorsitzender: Jean Heim, Ludwigshafen a. Rh. Spengler- und Installateur-Innung Augsburg. Freie Vereinigung der Klempnermeister und Installateure Straßburg i. E. Vorsitzender: Wilhelm Lepain, Straßburg. — Mitgliederzahl ca. 2000. — Publikationsorgan: „Fachzeitung für Blechbearbeitung und Installation“, Mannheim.

Der Verband wurde im Jahre 1896 gegründet, um in einheitlicher Weise die Interessen dieses Handwerks zu wahren. Insbesondere will er Ausstellungen veranstalten und eine Fachzeitung herausgeben. Die Gruppen, die er jetzt zusammenfaßt, sind aber zum Teil wesentlich älter. Die erste Organisation dieser Art war der

Verband der Flaschnermeister und Installateure Württembergs. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: Otto Vötter, Flaschnermeister, Stuttgart, Gymnasiumstraße 33. — Unterabteilungen: Unterverband Stuttgart, Unterverband Ulm, Unterverband Reutlingen, Unterverband Heilbronn. — Mitgliederzahl: ca. 800. — Etat: Ausgaben pro anno 1000 M., Einnahmen pro anno 1600 M. — Publikationsorgan: „Fachzeitung für Blechbearbeitung und Installation“, Mannheim.

Der Verband der Flaschnermeister und Installateure Württembergs ging hervor aus dem Verein zur Mehreinführung von Blechbedachungen. Zunächst hatte dieser Verein nur die Aufgabe, der Verbreitung von Zinkarbeiten (Blechdächern) zu dienen. Dann aber stellte sich die Notwendigkeit heraus, neben der technischen Seite der Vereinigung auch mehr und mehr die wirtschaftliche in den Vordergrund zu rücken und eine straffe Organisation der Handels- und Erwerbsgenossen zu bilden. Diese sollte neben den praktisch-technischen Fragen auch die wirtschaftlichen Fragen, die den Handwerkerstand bewogen, hereinziehen. Aber seit Inkrafttreten des Handwerkergesetzes, der Gewerkschafts- und Lohntariffbewegungen der Arbeitnehmer wurde auch eine Gegen-(Arbeitgeber-)Organisation zum dringenden Bedürfnis. Eine Sterbekasse des Verbandes wurde mit gutem Erfolg gegründet. Heute stellt der Verband eine festgeschlossene Berufsorganisation dar, die anstrebt: die Standesehre zu pflegen, die Mitglieder in technischer und wirtschaftlicher Beziehung, ebenso wenn nötig vor Gericht sachverständig zu beraten.

Eine verwandte Organisation ist der Verband deutscher Klempner-Innungen. Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: W. Tuch senior, Leipzig.

Der Verein deutscher Messingwerke (Köln a. Rh., im Jahre 1881 gegründet), hat sich schon vor einigen Jahren auf-

gelöst; an seine Stelle ist ein „Verband deutscher Messingwerke, G.m.b.H.“ getreten (Vorsitzender Ashoff in Altena i. W.), eine Handelsgesellschaft, die sich mit dem Verkauf von Messingerzeugnissen befaßt. Weitere Konventionen in der Metallindustrie (ohne Eisen) sind: Verband deutscher Tuben- und Spritzkorkenfabriken, Berlin. Verband Deutscher Zinnfolienfabrikanten, Breslau. Verkaufsstelle der vereinigten schlesischen Zinkwalzwerke, Berlin. Mitteldeutsche Bleiwaren-Konvention, Bernburg. Verkaufsstelle der vereinigten Bleirohr- und Walzblei-Fabrikanten bei W. Leyerdecker & Co., Cöln-Ehrenfeld. Verkaufsstelle des Kupferblech-Verbandes, G. m. b. H., Cassel. Verkaufsstelle des deutschen Kupferdrahtverbandes, Cöln. Verkaufsstelle des deutschen Kupferrohrverbandes, Cöln.

Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands. Sitz: Hannover, Kestnerstraße 37 A I. — Vorsitzender: Fabrikant Richard Henne in Holzminden. — Geschäftsführender Beamter: Gewerbesekretär Brandt, Hannover, Kestnerstraße 37 A I. — Unterabteilungen: Bezirksvereine: Provinz Brandenburg; Sachsen; Anhalt und Thüringen; Schlesien; Posen; Königreich Sachsen und Reuß; West- und Ostpreußen; Pommern; Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Hamburg und Lübeck; Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Reg.-Bez. Minden und Münster, Lippe, Waldeck; Rheinland, Reg.-Bez. Arnsberg; Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen; Baden, Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen; Württemberg und Hohenzollern; Königreich Bayern ohne Rheinpfalz. — Mitgliederzahl: rund 700. — Etat: Einnahme: Überschuß von 1904/05 9687.50 M., Mitgliedsbeiträge 7435.50 M., Zeitung: Insertions- und Abonnementsgebühren 3965.45 M., Zinsen: 274.09 M., Sa. 21092.54 M. Ausgabe: Reisekosten des Vorstandes 1103.70 M., Reisekosten des Geschäftsführers 151.70 M., Zeitung: Druck, Expedition, Honorare usw. 5035.90 M., Stipendien 300.00 M., Fachschule: Lehrmittel 256.00 M., Fachschule: Bibliothek 53.20 M., Prämien für Gesellenstücke 200.00 M., Beiträge an andere Verbände 158.00 M., Geschäftsführung 1800.00 M., Bureaukosten 400.00 M., Drucksachen 757.23 M., Portokosten 558.47 M., Sonstiger Verwaltungsaufwand 435.16 M., Sa. 11209.36 M., Überschuß 9883 18 M. Publikationsorgan: „Mitteilungen des Vereins der Kupferschmiedereien Deutschlands“.

Der Verein wurde im Jahre 1889 gegründet, und zwar zunächst zur gemeinsamen Abwehr unberechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Deshalb steht er auch in einem Kartellverhältnis zum Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller. Der Verein sucht aber auch die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder auf allen anderen Gebieten zu wahren. So führte er in letzter Zeit z. B. Verhandlungen mit der Verkaufsstelle des Kupferblechverbandes, um die Verkaufsbedingungen den Wünschen der Abnehmer entsprechend abzuändern. Erreicht hat er dabei, daß die Lieferung der bestellten Ware nach Wunsch des Käufers geschieht und letzterer das Zurückweisungsrecht hat, daß der Aufpreis von 2 M. per 100 kg für Lieferungen vom Lager in Wegfall kommt, daß die Reklamationsfrist wegen der Qualität des Kupfers von 14 Tagen auf zwei Monate erhöht ist.

Dagegen haben seine Bemühungen bei der Verkaufsstelle, die Gewährung eines Exportrabattes auf Fertigware von 12 M. per 100 kg Kupfer zu erlangen, weil das Exportgeschäft infolge der neuen Zollgesetze nicht

unwesentlich erschwert worden sei, vorläufig zu keinem Ergebnis geführt.

Auf technischem Gebiete soll vor allem seine Zeitschrift zu Anregungen und Verbesserungen dienen; ferner unterstützt er eine Fachschule, gibt Preise für Gesellenarbeiten usw.

Verband deutscher Formstechereibesitzer. Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: Hans Hiedemann, Fabrikbesitzer, Köln a. Rh. — Mitgliederzahl: 26.

Der Verband wurde im Jahre 1898 gegründet. Er bezweckt die Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen sowie auch gemeinsame Preisfestsetzung. Fast die Hälfte der ganzen Produktion der Verbandsmitglieder geht nach dem Auslande.

Der „Verband westdeutscher Walzengravieranstalten“ in Düsseldorf ist wohl ausschließlich Kartell.

Sowohl die Draht-Produzenten wie ein Teil der Verarbeiter sind nur in Konventionen organisiert; nämlich: Verband deutscher Drahtwalzwerke, Berlin. Verband deutscher Drahtstiftfabriken, Berlin (darin aufgegangen: Verband deutscher Drahtstiftfabrikanten, Berlin). Verband deutscher Drahtseilfabrikanten, Cöln a. Rh. Verkaufsstelle der vereinigten Drahtgeflechtfabrikanten, G. m. b. H., Cöln a. Rh. Verein der Drahtwarenfabrikanten, Hagen i. Westf.

Eine Ausnahme macht dagegen:

Internationaler Metalltuchfabrikanten-Verein. Sitz: Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Vorsitzender: Syndikus M. Schloßmacher. — Geschäftsführender Beamter: derselbe. — Mitgliederzahl 23.

Der Verein wurde im Jahre 1899 gegründet. Er bezweckt die Wahrung der allgemeinen gemeinsamen Interessen, jedoch auch Vereinbarung über Preise und Lieferungsbedingungen, aber keine Verteilung der Kundschaft und keine Festsetzung über Produktionsumfang. Der Verein erstreckte sich ursprünglich auf ganz Deutschland; jetzt auch auf Frankreich und Österreich-Ungarn.

Als reiner Arbeitgeberverband entstand 1907 ein „Verband der Drahtindustriellen Deutschlands“, Sitz: Berlin.

IV.

Maschinen.

Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten. Sitz: Düsseldorf, Jacobistraße 5. — Vorsitzender: H. Lueg, Geheimer Kommerzienrat, Düsseldorf. — Geschäftsführer: E. Schrödter, Dr. Ing. h. c.; stellvertretender Geschäftsführer: Fr. Frölich, Ingenieur. — Mitgliederzahl: 214 Firmen. — Publikationsorgan: „Zwanglose Mitteilungen für die Mitglieder des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten“, nur für die Mitglieder bestimmt.

Der Verein wurde bereits im Jahre 1889 als Organisation der rheinisch-westfälischen Maschinenfabrikanten und im Jahre 1892 in seiner jetzigen Form als Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten gegründet. Ihm liegt in erster Linie die Förderung der den sämtlichen zugehörigen Betriebszweigen gemeinsamen Interessen ob, in zweiter Linie die Bildung engerer Verbände für die besonderen Interessen der einzelnen Betriebszweige, sowie loser Gruppen für Wahrnehmung gemeinsamer Interessen dieser Verbände. Die Organisation der engeren Verbände und Gruppen bleibt jedoch besonderen Geschäftsordnungen vorbehalten, die mit den Unterverbänden vereinbart werden. Die Tätigkeit des Vereins unterliegt keiner Beschränkung; sie richtet sich in erster Reihe auf: gegenseitigen Austausch der Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche unter den Mitgliedern; Erzielung einer gewissen Gemeinschaftlichkeit in Behandlung von Geschäftsfragen, z. B. Durchführung angemessener allgemeiner Lieferungsbedingungen und Vertretung der Interessen der Mitglieder in den Beziehungen zu den Lieferanten und Abnehmern; Aufklärung der Staatsregierung und öffentlichen Meinung hinsichtlich der handelspolitischen Bedürfnisse des deutschen Maschinenbaues usw., Vermehrung der Ausfuhr, Verminderung der Einfuhr. Der Verein wurde Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Seine Tätigkeit ist in vieler Beziehung erfolgreich gewesen. So wurden z. B. die von ihm aufgestellten allgemeinen Lieferungsbedingungen sogar ins Französische übersetzt.

„Leider ist es nicht möglich,“ heißt es in seinem letzten Jahresbericht, „irgendeine Ziffer über die Produktion an Maschinen zu geben, da hierüber eine Statistik heute noch nicht existiert. Nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen in unserm Verein über diesen Gegenstand sind auch die Bemühungen, die man sich im Verein nach dieser Richtung hin gegeben hat, als gescheitert anzusehen. Die Geschäftsstelle hat sich Mühe gegeben, eine Gruppeneinteilung der Maschinen vorzunehmen, die bei einer Statistik zugrunde zu legen wäre, und es ist an Hand derselben eine Rundfrage gehalten; aber nachdem sich daraus ergeben hat, daß schon ein nicht unwesentlicher Teil der Mitglieder des Vereins nicht bereit ist, durch Hergabe der Produktionsziffern an der Statistik mitzuwirken,

ist nicht anzunehmen, daß wir zu einer irgendwie brauchbaren Produktionsstatistik des deutschen Maschinenbaues gelangen.“

Nach einigen Jahren seines Bestehens begannen die Fabrikanten von Spezialmaschinen sich auch gesondert zu organisieren, um neben der Vertretung allgemeiner Art, die ihnen der V. d. M.-A. bietet, ihre besonderen Interessen nachdrücklich wahrnehmen zu können. Die erste Vereinigung dieser Art, die sich über ganz Deutschland erstreckte, war der

Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Sitz: Berlin W 62, Burggrafenstraße 13. — Vorsitzender: W. Jordan, Direktor der A.-G. F. Zimmermann & Co., Halle a. S. — Geschäftsführender Beamter: Krüger, Generalsekretär, Generalleutnant z. D. — Mitgliederzahl: 89. — Etat: ca. 8000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Fabrikanten und Händler landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte“, Berlin W 57, Verlag A. Schneider.

Auf Anregung einiger leitender Mitglieder der Branche schlossen 16 Firmen am 16. Dezember 1896 eine Vereinigung, aus der der Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte hervorgegangen ist. Seine förmliche Gründung mit Satzungen erfolgte am 24. Mai 1897 in Berlin unter Beteiligung von 32 Mitgliedern. Bei seiner Gründung allein „gegen Mißstände bei den Ausstellungen und Prüfungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft gerichtet“, hat der Verein seine Wirksamkeit allmählich auf alle für den Industriezweig wichtigen Fragen ausgedehnt. Er ist auch Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Deutsch-russischen Vereins geworden. Eben sowohl von den anderen Interessengruppen, als auch von der Reichsregierung und von den Regierungen der deutschen Bundesstaaten werde er als berufene Vertretung der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen anerkannt. Namentlich kann er „mit Genugtuung auf diejenigen Erfolge blicken, die seiner Mitarbeit bei der Erneuerung des deutschen Zolltarifs und der Handelsverträge und bei der internationalen Ausstellung in Mailand 1906 zu danken sind.“ Der Verein war entschieden für einen höheren deutschen Zoll und für Einführung einer besonderen Unterabteilung „landwirtschaftliche Maschinen und Geräte“ bei der Position Maschinen eingetreten. Am 1. April 1906 wurde der Vereinssitz von Leipzig nach Berlin verlegt.

Für den Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte im besonderen ist als Produzentenkonvention der Pflugscharverband wichtig, während die für ihn in Frage kommenden Konsumenten organisiert sind im „Verband der Händler landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte Deutschlands“ (Mitglied des Handelsvertragsvereins) in Frankfurt a. M.; ferner in der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Berlin, in den landwirtschaftlichen Maschinen-Einkaufs-Genossenschaften und im Verband landwirtschaftlicher Maschinen-Prüfungs-Anstalten in Hannover.

Ihm folgte bald, hervorgegangen aus einer als solche allerdings älteren Lokalvereinigung, der

Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken. Sitz: Düsseldorf. — Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Ernst Schieß, Düsseldorf. — Geschäftsführender Beamter: Paul Steller, Köln, Domstraße 33. — Mitgliederzahl: 90. — Etat: Einnahmen rund 6000 M., Ausgaben rund 6000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Werkzeugmaschinen und Werkzeuge“.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken wurde im Sommerhalbjahr 1898 auf Betreiben des Geh. Kommerzienrat Ernst Schieß, Inhaber der großen Werkzeugmaschinenfabrik gleichen Namens in Düsseldorf, im Zusammenwirken mit einer Anzahl anderer hervorragender Angehörigen dieses Geschäftszweiges gegründet. Vorher hatte schon längere Zeit ein „Verein der Werkzeugmaschinenfabriken“ in Düsseldorf bestanden. Veranlassung zur Gründung war die bevorstehende Änderung des Zolltarifgesetzes. Geschäftsführer ist seit dem Bestehen des Vereins Generalsekretär Paul Steller.

Der Verein, der von einem 15 Mitglieder umfassenden Ausschuß geleitet wird, hat von jeher alle Fragen, hauptsächlich wirtschaftspolitischer, aber auch technischer Art, die den Geschäftszweig berühren, in den Bereich seiner Tätigkeit gezogen. Er nahm sich in erster Linie der zollpolitischen Fragen an und war mit großem Eifer und auch nicht ganz ohne Erfolg bemüht, die Forderungen des deutschen Werkzeugmaschinenbaues, in bezug auf inländischen Zollschatz und in bezug auf ausländische Zollmaßnahmen, zu vertreten. Seine leitenden Personen wurden auch seinerzeit als Sachverständige zur Vernehmung vor den Wirtschaftlichen Ausschuß berufen. Seither ist der Verein von den leitenden Stellen der deutschen Wirtschaftspolitik wiederholt gutachtlich vernommen worden. In der hiermit zusammenhängenden Frage der Zollstatistik ist der Verein ebenfalls behördlicherseits zur Abgabe von Gutachten und zur Anstellung von Ermittlungen bei der Aufstellung des amtlichen Warenverzeichnisses, bzw. bei Feststellung der Ein- und Ausfuhrwerte von Werkzeugmaschinen aufgefordert worden. Ferner ist er behördlicherseits gutachtlich gehört worden über einige technische Fragen, namentlich über diejenige der Spiralbohrerkegel, für die ein von ihm eingesetzter Ausschuß einen deutschen (metrischen) Normalkonus an Stelle des bisherigen amerikanischen Morsekonus vorgeschlagen hat, mit dem sich der Verein deutscher Ingenieure einverstanden erklärte. Weiter beschäftigte sich der Verein mit der Frage des Schnelldrehstahlbetriebes. Er hat auch allgemeine Lieferungsbedingungen für Werkzeugmaschinen, namentlich für den Verkehr mit den Staatseisenbahnen, aufgestellt und neuerdings mit dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten gemeinsame Lieferungsbedingungen für den deutschen Maschinenbau vereinbart. Unter den zahlreichen übrigen Fragen des Geschäftszweiges, deren sich der Verein angenommen hat, befindet sich diejenige des Eigentumsvorbehalts an Maschinen, die er schon seit Jahren betreibt, die aber nunmehr von den verschiedensten Seiten in Angriff genommen worden ist, wodurch das Bedürfnis zu einer neuen Regelung der Frage zur allgemeinen Anerkennung gelangte. Sehr beachtet von der Presse werden die Berichte, die der Verein über die Geschäftslage gelegentlich erstattet.

Der Verein umfaßt fast sämtliche namhaften Betriebe des Zweiges der Metallbearbeitungsmaschinenfabriken sowie mehrere große Holzbearbeitungsmaschinenfabriken, während eine größere Anzahl der letzteren noch abseits steht. Aber auch ohne Zugehörigkeit dieser letzteren Betriebe wird der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken sowohl von den

Behörden als von den wirtschaftlichen Kreisen „als der befugte Vertreter des deutschen Werkzeugmaschinenbaues“ angesehen.

Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Als weitere Spezialvereine dieser Art sind neuerdings entstanden, der Verband Deutscher Mühlenbauanstalten und der Verband Deutscher Maschinenfabrikanten für Mälzerei- und Brauerei-Anlagen, beide in Berlin W 62, Burggrafenstraße 13. Genannt seien auch noch: Verband von Dampfkraftmaschinenfabrikanten, Verband von Großgasmaschinenfabrikanten (beide in Charlottenburg), Vereinigung Deutscher Schnellpressenfabriken (Augsburg).

In der Nähmaschinenbranche waren, abweichend von der Regel, früher als die Fabrikanten die Händler organisiert, und zwar im

Verein deutscher Nähmaschinenhändler E. V. Sitz: Dresden-Neustadt, Bautzener Straße 5. — Vorsitzender: E. Tanne, Dresden-Neustadt, Bautzener Straße 5. — Mitgliederzahl: 470 (1902).

Der Verein wurde bereits im Jahre 1888 gegründet. Er bezweckt, die sämtlichen gewerblichen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen und für Abhilfe von bestehenden Übelständen zu wirken. Um dieses zu erreichen, schloß er sich dem Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender in Leipzig an. Von eigener Tätigkeit ist nicht viel zu hören gewesen.

Im gleichen Jahre war zwar in Berlin ein Verein gegründet worden, der sowohl Nähmaschinenfabrikanten wie Händler umfaßte, aber nur lokale Bedeutung hat. Erst zehn Jahre später entstand ein

Verein deutscher Nähmaschinenfabrikanten und Interessenten. Sitz: Dresden. — Vorsitzender: Generaldirektor Albert Rommel, i. Fa. Maschinenfabrik Gritzner, A.-G. — Mitgliederzahl: 20. (1902).

Der Verein trat im Jahre 1899 ins Leben. Er setzte sich zwar allgemein die Hebung der deutschen Nähmaschinenindustrie und des deutschen Nähmaschinenhandels zum Zwecke, wirkte aber bald auf Kartellierung hin, zumal er fast sämtliche deutsche Nähmaschinenfabriken von Belang mit rund 15000 Arbeitern und einer Jahresproduktion von rund 1 Million Nähmaschinen (1902) umfaßt. Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Viel früher als alle diese Vereine ist aber entstanden der

Ausschuß der deutschen Kratzenfabrikanten. Sitz: Aachen. — Vorsitzender: Wm. Trimborn, in Firma Dr. Uhlhorn, Grevenbroich. — Geschäftsführer: Albert Kern, in Firma Jos. Kern & Schervier, Aachen. — Mitgliederzahl: 24 mit ca. 550 Arbeitern (1900).

Gegründet: 1879. Zweck: Die Wahrung der Interessen der deutschen Kratzenindustrie im allgemeinen, insbesondere in allen Zollfragen. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Ein dem Maschinenbau verwandter Industriezweig ist organisiert im:

Verband Deutscher Centralheizungs-Industrieller
E. V. Sitz: Berlin SW 47, Yorckstraße 83. — Vorsitzende:
R. Henneberg, Königl. Kommerzienrat, Nicolasse, 1. Vor-
sitzender; H. Vetter, Ingenieur, Berlin W, Lindauerstraße 8,
2. Vorsitzender. — Geschäftsführender Beamter: Direktor
J. Emmel, Berlin. — Unterabteilungen: Ortsgruppe Berlin, Orts-
gruppe Hamburg, Gruppe Frankfurt a. M. und Umgegend, Nord-
westdeutsche, Rheinisch-Westfälische, Sächsisch-Thüringische,
Schlesische und Süddeutsche Gruppe. Die Ortsgruppen Berlin
und Hamburg sind eingetragene Vereine. — Mitgliederzahl:
187 ordentliche, 27 außerordentliche. — Etat: Die Einnahmen
bestehen zurzeit aus 1. den Eintrittsgeldern (10 M.), 2. den
feststehenden Jahresbeiträgen der ordentlichen (30 M.) und
der außerordentlichen Mitglieder (50 M.), 3. dem Deklarations-
beiträge, einer auf Mitgliederversammlungsbeschluß beruhenden,
auf die ordentlichen Mitglieder beschränkten, nach der Zahl
ihrer Arbeiter abgestuften jährlichen Auflage. — Publikations-
organ: „Nachrichten für die Mitglieder“ (periodischerscheinend),
nur für die Mitglieder bestimmt.

Der Verband bezweckt satzungsgemäß die Förderung der wirtschaft-
lichen und Standesinteressen der Mitglieder, insbesondere durch: die
Läuterung der Formen des unvermeidlichen geschäftlichen Wettbewerbes
durch Pflege der kollegialen Beziehungen der Mitglieder; die Förderung
technischer und wissenschaftlicher Arbeiten, soweit dieselben für die
wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder nutzbringend erscheinen; die
Schaffung von Organisationen in Lohn-, Streik- und Arbeiterfragen; die
Bekämpfung unbilliger Zumutungen bei Wettbewerben, Verdingungen
und in Verträgen; die Belehrung des Publikums über die Erzeugnisse,
Leistungen und Fortschritte der Zentralheizungsindustrie; die Wahrung
des geistigen Eigentums an Heizungs- und Lüftungsentwürfen und die
Verminderung der den Heizungsindustriellen durch die Herstellung der
Entwürfe erwachsenden Kosten.

Bis zum Jahre 1895 war der Zusammenhang unter den Heizungs-
und Lüftungsfachmännern Deutschlands ein außerordentlich loser. Erst
die seit diesem Jahre in größeren Zeiträumen stattfindenden Wander-
versammlungen gaben den Fachmännern Gelegenheit, ihre Erfahrungen von
Zeit zu Zeit auszutauschen. Sie gaben auch den Anstoß zur Bildung
des Verbandes.

Die erste größere Arbeit des Verbandes war die Schaffung von
Normalien für Rohrleitungen und Formstücke. Jede Firma hatte bis
dahin ihre eigenen Normalien, und die Beschaffung von Ersatzstücken
war deshalb meistens teuer und zeitraubend. Diese Normalien verschafften
sich bald allgemeinen Eingang nicht nur bei den ausführenden Firmen,
sondern namentlich auch bei den größeren Behörden, die viele Zentral-
heizungen zu verwalten haben und die Vorteile dieser Normen schnell
erkannten.

Da das seines billigeren Preises wegen meist verwendete Gasrohr zu
vielfachen Anständen bei der Montage und im späteren Betriebe der An-
lage führte, veranlaßte der Verband die Walzwerke, das sog. Verbands-
rohr einzuführen, eine Rohrqualität, die auf den Werken besonders geprüft
und gestempelt und nur an Verbandsfirmen abgegeben wird.

Um in der Berechnung des Wärmebedarfes der Gebäude eine Übereinstimmung herbeizuführen, machte der Verband die Vorschriften der preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten obligatorisch für seine Mitglieder; er legte aber auch die Zuschläge für Windanfall, Betriebsunterbrechung und dergleichen fest. Mit der richtigen Berechnung des Wärmebedarfes eines Gebäudes ist jedoch noch nicht die Garantie für die richtige Berechnung der Heizanlage selbst gegeben. Wird die Wärmeabgabe für Heizkörper und Kessel zu hoch angenommen, so wird die Anlage trotz richtiger Berechnung des Wärmebedarfes doch den Ansprüchen nicht genügen können. Aus diesem Grunde wurden auch für die Wärmeabgabe von Kesseln und Heizkörpern Normen aufgestellt, die zwar noch verbesserungsbedürftig sind, aber doch gegenüber dem Bisherigen einen Fortschritt bedeuten. Auch diese Normen sind für die Verbandsmitglieder verbindlich.

Hand in Hand damit gehen Bestrebungen des Verbandes auf Hebung der Preise. Der Vorstand sucht dieses Ziel durch kalkulatorische Vorschriften zu erreichen.

Da die Zugehörigkeit zum Verbandsmitglieder eine Reihe gegenseitiger Verpflichtungen auferlegt, so mußte auch dafür gesorgt werden, daß die Mitglieder bei Außerachtlassung ihrer Pflichten verantwortlich gemacht werden konnten. Die Art, in der dies geschieht, ist interessant. Der Verband sagt darüber: „Aus diesem Grunde wurde ein sog. Ausgleichsbetrag festgelegt, der bei einem Wettbewerb von der den Auftrag erhaltenden Firma an die ausfallenden Firmen vergütet werden muß. Die Höhe dieses Ausgleichsbetrages hat nicht den geringsten Einfluß auf die Höhe des Verkaufspreises. Er bedeutet keinen Aufschlag auf den normalen Verkaufspreis. Da jede Firma zu zahlen und zu empfangen hat, so gleicht er sich im Verlaufe eines größeren Zeitraumes annähernd aus. Er wird auch in der Tat gar nicht ausgezahlt, sondern es werden nur die am Schluß des Jahres vorhandenen geringfügigen Differenzen ausgeglichen. Der Ausgleichsbetrag bietet aber ein Mittel, diejenigen Mitglieder, welche sich nicht treu an die Verbandsvorschriften halten, zu bestrafen dadurch, daß ihr Anteil ihnen entzogen wird.“

Einen großen Teil der in den Ausschüssen konzentrierten Arbeitskraft der Mitglieder nahmen die Beratungen der immer schwieriger werdenden Arbeitsverhältnisse in Anspruch.

V.

Fahrzeuge.

Verein Deutscher Fahrradfabrikanten. Sitz: Frankfurt a. M., Höchster Straße 17. — Vorsitzender: Kommerzienrat Heinrich Kleyer, Frankfurt a. M. — Geschäftsführender Beamter: Sekretär Georg Rechel. — Mitgliederzahl: 47. — Etat: das Vereinsjahr 1905/06 schloß mit einem Aktivbestand von 6696,39 M. ab.

Der Verein Deutscher Fahrradfabrikanten wurde im Jahre 1889 von deutschen Fahrradfabrikanten gegründet zu dem Zweck, die gemeinsamen Interessen der deutschen Fahrradindustrie zu fördern. Da damals das Fahrrad fast ausschließlich dem Sport diene und seitens der Käufer vielfach ausländische Fabrikate bevorzugt wurden, hatte die junge deutsche Fahrradindustrie lange nicht die heutige Bedeutung. Die Ausübung des Radfahrens war überdies noch durch polizeiliche Vorschriften und Verbote vielfacher Art erschwert. Dem Verein erwuchs die Aufgabe, diese Hemmungen für das Aufblühen der in ihm zusammengeschlossenen Industrie beseitigen zu helfen und es gelang ihm mittels Aufklärungen durch die Presse, Eingaben an Behörden, Veranstaltung und Beschickung von Ausstellungen, unter Mitwirkung anderer Interessenten, dem Fahrrad immer mehr Freunde zu gewinnen und damit den Erzeugnissen seiner Mitglieder Absatz zu sichern. Dieses Ziel darf der Verein als erreicht betrachten, denn das deutsche Fabrikat errang sich immer mehr Anerkennung, die fremden Erzeugnisse wurden schrittweise verdrängt und heute bezieht die ganze Welt deutsche Fahrräder. Besonders hatte die deutsche Fahrradindustrie unter der amerikanischen Konkurrenz zu leiden; deshalb strebte er bei der Festsetzung des neuen Zolltarifes besonders unter Mithilfe des Bundes der Industriellen, dem er körperschaftlich angeschlossen ist, mit Erfolg nach einer Erhöhung des im Vergleich mit dem Zollsatz der Vereinigten Staaten ganz unzureichenden deutschen Zolles auf Fahrräder. Da nunmehr für die erstarkte deutsche Fahrradindustrie die weitesten Absatzgebiete in Frage kommen, ist der Verein heute bemüht, durch Mitwirkung zwecks Verbesserung der Verkehrs- und Zollverhältnisse, durch zweckentsprechende Bekämpfung aller zutage tretenden schädigenden Auswüchse und neuerdings auch durch Regelung der Produktion (als Preis-konvention) die Zukunft der deutschen Fahrradindustrie sicher zu stellen.

Verband deutscher Kinderwagenfabrikanten und verwandter Zweige. Sitz: Berlin C 19, Gertraudtenstraße 23. — Vorsitzender: Kommerzienrat Albin Naether, in Firma E. A. Naether, Kinderwagenfabrik, Zeitz, Prov. Sachsen. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. W. Wendlandt, M. d. A., geschäftsführender Vorsitzender des Verbandes. — Mit-

gliederzahl: ca. 30. — Etat: ca. 2000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Industrie“, Berlin C 19.

Der Verband wurde bereits im Jahre 1899 als Preiskonvention und gleichzeitig als Berufsverein begründet, mußte sich aber wieder auflösen. Am 16. November 1903 unter Hilfe des Bundes der Industriellen, dem er auch körperschaftlich angehört, neugegründet, betätigt er sich seitdem erfolgreich durch Preisfestsetzung usw., nimmt aber auch alle allgemeinen wirtschafts- und verkehrspolitischen Interessen der Branche wahr. Auch eine Arbeitgeberorganisation wird angebahnt.

Die junge Motorfahrzeugindustrie hat sich bald organisiert im

Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller. Sitz: Berlin SW 68, Charlottenstraße 77. — Vorsitzender: Gustav Vischer, Direktor der Daimler-Motoren-Gesellschaft, Untertürkheim. — Geschäftsführender Beamter: Reg.-Assessor Dr. iur. Albrecht Haefelin, Generalsekretär. — Mitgliederzahl: ca. 200 Firmen als ordentliche Mitglieder; außerdem ca. 30 Personen und Firmen als „unterstützende Mitglieder“. — Publikationsorgan: Das „Fahrzeug“, Eisenach; „Allgem. Automobil-Zeitung“, Berlin.

Gegründet wurde der Verein im Januar 1901, und zwar als Schutzkartell der deutschen Automobilfabrikanten gegen die allenthalben von privaten Spekulanten veranstalteten Ausstellungen. Später wurden außer Fabrikanten von Automobilen auch Fabriken der sogenannten Hilfs- und Zubehörindustrie sowie Großhändler und Exporteure der Automobilbranche aufgenommen. Heute gehören dem Verband nahezu sämtliche erstklassigen Betriebe der Branche an, so daß der Verein die Interessenvertretung der gesamten Motorfahrzeugbranche geworden ist. Er vertritt die Interessen der Branche und der einzelnen Firmen bei den Reichs- und Landesregierungen, besonders in Steuer- und Zollfragen, weist günstige Absatzgebiete für den Export nach; er veranstaltet jährlich eine große internationale Automobilausstellung in Berlin zusammen mit dem Kaiserlichen Automobilklub; arbeitet diesem Klub die Reglements und Propositionen für Renn- und Tourenveranstaltungen aus. Im Innern arbeitet er auf Erreichung von Normalien in der Fabrikation hin, nimmt Stellung zu ev. unfairen öffentlichen Anpreisungen in der Tages- und Fachpresse usw. Von den Ausstellungsgewinnen wurden seit ca. vier Jahren regelmäßig namhafte Dividenden an die Mitglieder verteilt.

Die Vereinsgeschäfte leitet der Generalsekretär nach allgemeinen Anweisungen des Vereinsvorstandes.

Aufnahmefähig sind als Mitglieder nur Firmen, die angesehen und finanziell sicher fundiert sind. „Unterstützende“ Mitglieder können auch andere Vereine, Klubs und Privatpersonen werden. Rechte erhalten unterstützende Mitglieder im Verband jedoch nicht.

Der Verein vertritt alle seine Branche betreffenden Angelegenheiten selbst, sportliche und Propaganda-Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Kaiserl. Automobil-Klub, rein industrielle, falls nötig, unter Anschluß an den Zentralverein deutscher Industrieller, dem er ebenso wie dem Handelsvertragsverein als Mitglied angehört. Der Verband ist gleichzeitig Mitglied der Ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie.

Die „Verbraucher“ sind organisiert im Kaiserlichen Automobilklub und in den deutschen Kartellklubs. Auch ein „Verband Deutscher Fahrrad- und Motorfahrzeughändler“ ist 1905 entstanden.

Vereinigung Deutscher Wagenfabrikanten E.V. Sitz: Berlin. Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Vorsitzender: Kommerzienrat Trutz in Coburg. — Geschäftsführender Beamter: Jos. Schloßmacher, Handelskammersyndikus, Frankfurt a. M. — Mitgliederzahl: 125.

Die Vereinigung wurde im Jahre 1897 zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Wagenbaugewerbes gegenüber der Gesetzgebung, Verwaltung und öffentlichen Meinung gegründet. Kartellbestrebungen sind ausgeschlossen. Die Vereinigung hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt, denn 1902 zählte sie erst 40 Mitglieder. Jetzt erstreckt sie sich über ganz Deutschland. — Im Jahre 1907 wurde mit Zustimmung dieser Vereinigung ein „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Wagenbaugewerbe“ gegründet.

Auch gibt es noch eine Konvention, die Norddeutsche Wagenbau-Vereinigung (Charlottenburg).

Verein deutscher Schiffswerften. Sitz: Berlin SW 46, Königgrätzer Straße 104 II. — Vorsitzender: H. Blohm, i. Fa. Blohm & Voß, Hamburg. — Geschäftsführender Beamter: Rudolf Ditges, Generalsekretär, Berlin SW 46, Königgrätzer Straße 104 II. — Mitgliederzahl: 32 mit rund 35 000 Arbeitern (1902).

Der Verein ist im Jahre 1884 gegründet worden und steht in Verbindung mit dem Vereine deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Er bezweckt die „Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der deutschen Schiffbauindustrie“. Nähere Mitteilungen waren von dem Verein nicht zu erhalten. — Daneben besteht als Arbeitgeberverband die „Gruppe deutscher Seeschiffswerften des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller“.

VI.

Arbeitgeberverbände der Metall- und Eisenindustrie.

(Anhang zu II.—V.)

Die in den vorausgehenden Abschnitten behandelten Industrien sind vielfach beteiligt an einer Vereinigung, die zwar außerhalb des engeren Rahmens dieser Arbeit steht, die aber näher geschildert werden muß, da sonst ein besonders charakteristischer Zug ihrer Organisation fehlen würde.

Zur speziellen Wahrnehmung ihrer Arbeitgeberinteressen ist die Metallindustrie nämlich einheitlich organisiert im

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Sitz: Berlin W 9, Potsdamer Straße 134 A. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Paul Heckmann, Berlin. Stellvertretender Vorsitzender: Kommerzienrat Joh. A. Menck, M. d. H. d. A., Altona-Ottensen. — Geschäftsführender Beamter: Dr. phil. Johs. Schellwien. — Mitgliederzahl: 1907: 2638 mit 462000 Arbeitern (1902: 2471 mit 278703 Arbeitern). — Publikationsorgan: „Deutsche ArbeitgeberZeitung“, Berlin.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist in seiner jetzigen Gestalt am 19. März 1890 von 5 Verbänden gegründet worden. Er dürfte seine Entstehung auf die Beschlüsse des ehemaligen Vereins der Maschinenfabrikanten, Eisengießereien- und Hüttenwerksbesitzer sowie verwandter Betriebe in Deutschland in der am 28. Januar 1872 zu Berlin abgehaltenen Versammlung zurückleiten. Sein ältester jetziger Bestandteil ist der aus dem Jahre 1886 stammende „Verein Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken“, der 1890 zum „Verband Berliner Metallindustrieller“ erweitert wurde,

Als Zweck wurde zunächst festgesetzt: 1. das Wohl der in der deutschen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werktätig zu fördern; 2. unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben und insbesondere die zu diesem Zwecke geplanten oder veranstalteten Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen; 3. andere wirtschaftliche, die gemeinsamen Interessen berührende Fragen zu beraten und die Anschauungen des Verbandes in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen.

Mit der Erledigung wirtschaftlicher Fragen befaßt sich der Gesamtverband jedoch neuerdings überhaupt nicht mehr. Er charakterisiert sich jetzt als reiner Arbeitgeberverband.

Seine wichtigste Maßnahme war in letzter Zeit die Gründung einer Gesellschaft zur Entschädigung seiner Mitglieder bei Arbeitseinstellungen. Um einen Teil des zu tragenden Risikos auf breitere Schultern abzuwälzen, hat die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller mit noch vier Streikentschädigungsgesellschaften eine Rückversicherungsgesellschaft, die Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, am 28. Mai 1906 gegründet. Der Gesamtverband ist Mitglied des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller.

Dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller sind Arbeitsnachweise und Bezirksvereine angeschlossen. Er befürwortet Arbeitsnachweise der Arbeitgeber. Sehr zahlreich sind seine Bezirksverbände:

1. Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie (Aachen). Sitz: Aachen, Theaterstraße 6. — Vorsitzender: Ingenieur Hermann Krantz, in Firma H. Krantz, Aachen. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Reiser.

2. Arbeitgeberverein für die Stadt Ahlen. Vorsitzender: Direktor H. Kerkmann jr., in Firma Westfälische Stanz- und Emaillierwerke A.-G., vorm. J. & H. Kerkmann, Ahlen i. W.

3. Verband der Metallindustriellen für das Herzogtum Anhalt (Roßlau). Vorsitzender: Kommerzienrat Gotthard Sachsenberg, in Firma Gebrüder Sachsenberg, G. m. b. H., Roßlau a. E.

4. Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke (Mannheim). Sitz: Mannheim, T. 6, Nr. 24. — Vorsitzender: Fabrikbesitzer R. Ernst, Ludwigshafen a. Rh. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Moebius, Mannheim.

5. Verband Bayerischer Metallindustrieller (Nürnberg). Vorsitzender: Baurat Dr. ing. A. von Rieppel, Vorstand der „Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.“, Nürnberg. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Rauchenberger.

6. Verband Berliner Metallindustrieller. Sitz: Berlin N 4, Gartenstraße 16/17. — Vorsitzender: Kommerzienrat Ernst Borsig, Tegel bei Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. iur. Kose.

7. Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten. Sitz: Berlin S 14, Dresdener Straße 111. — Vorsitzender: Fabrikbesitzer A. Heegewaldt, in Firma R. Frister, Berlin W, Uhlandstraße 175. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär L. Nasse.

8. Verein Berliner Metallschraubenfabrikanten. Vorsitzender: Franz Fieseler, Kgl. Handelsrichter, in Firma Ludw. Sudicatis & Co., Berlin O 112, Alt-Boxhagen 12/14.

9. Arbeitgeberverband der Metallindustriellen Bielefeld. Sitz: Bielefeld. — Vorsitzender: Kommerzienrat Hugo Rempel, in Firma Baer & Rempel, Bielefeld. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Freiherr von Ascheraden, Bielefeld, Handelskammer.

10. Verband Brandenburgischer Metallindustrieller (Landsberg a. W.). Vorsitzender: Fabrikbesitzer Hermann Paucksch, in Firma H. Paucksch, A.-G., Landsberg a. W., Dammstraße 77.

11. Bezirksverband der Eisen- und Metallindustriellen Brandenburg a. H. Vorsitzender: Fabrikbesitzer G. Krüger, Brandenburg a. H., Neuendorfer Straße 88/89.

12. Verein Braunschweigischer Metallindustrieller. Sitz: Braunschweig, Sidonienstraße 2. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Max Jüdel, in Firma Max Jüdel & Co., Braunschweig. — Geschäftsführender Beamter: Richard Sölter.

13. Arbeitgeberverband Unterweser (Bremen). — Vorsitzender: Direktor F. Bremermann vom Norddeutschen Lloyd, Bremen. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Umbach.

14. Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V. (Breslau). Vorsitzender: Regierungs- und Baurat a. D. Glasenapp, Generaldirektor der Breslauer A.-G. für Eisenbahnwagenbau und Maschinenbauanstalt Breslau in Breslau.

15. Verband Breslauer Schlossereien und verwandter Gewerbe. Vorsitzender: Obermeister Robert Grüttner, Breslau.

16. Verband Casseler Industrieller. Sitz: Cassel, Bismarckstraße 5. — Vorsitzender: Kommerzienrat Peter Wegmann, in Firma Wegmann & Co., Cassel. — Geschäftsführender Beamter: Geh. Baurat Vockrodt.

17. Chemnitzer Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller. Vorsitzender: Direktor A. Leinveber, in Firma Sächsische Maschinenfabrik, vorm. R. Hartmann, Chemnitz.

18. Verband der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden. Sitz: Dresden-A., Permoser Straße 15. — Vorsitzender: Fabrikbesitzer Max Müller, in Firma Clemens Müller, Nähmaschinenfabrik, Dresden-N. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Benndorf.

19. Verband der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens, E. V. (Elbing). Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Dr. ing. Carl H. Ziese, Elbing, in Firma F. Schichau, Elbing, und F. Schichau, Schiffsverft zu Danzig.

20. Verein der Metallindustriellen von Oldenburg und Ostfriesland (Emden). Vorsitzender: Direktor Kohlschütter, in Firma Norder Eisenhütte Julius Meyer & Co. in Norden.

21. Verband Thüringer Metallindustrieller (Erfurt). Sitz: Erfurt, Kasinostraße 3. — Vorsitzender: F. Kuchler, in Firma Johannesfelder Maschinenfabrik, G. m. b. H., Erfurt. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Allendorf.

22. Verband Metallindustrieller in Frankfurt a. M. und Umgegend. Vorsitzender: Kommerzienrat Otto Engelhard, in Firma Collet & Engelhard, G. m. b. H., Offenbach a. M. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Dr. Weitz.

23. Bezirksverband Niederschlesien des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller (Görlitz). Sitz: Görlitz, Lutherstraße 51. — Vorsitzender: Fabrikdirektor W. Häbich, in Firma Aktiengesellschaft Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, Görlitz. — Geschäftsführender Beamter: Paul Blume bei Aktiengesellschaft Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei.

24. Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend. Vorsitzender: C. W. Roediger, Direktor der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei, Halle a. S. — Geschäftsführender Beamter: Nosky.

25. Verband der Eisenindustrie Hamburgs. Sitz: Hamburg, Kraienkamp 44. — Vorsitzender: Werftbesitzer Herm. Blohm, in Firma Blohm & Voß, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Hamburg. — Geschäftsführender Beamter: Sekretär L. Thielkow.

26. Verband der Arbeitgeber der elektrotechnischen Betriebe in Hamburg und Umgegend. Vorsitzender: Karl E. Günther, Hamburg.

27. Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete. Vorsitzender: Ingenieur E. Garvens, Hannover, Fundstraße 1a.

28. Verband der Metallindustriellen Mittelbadens (Karlsruhe i. B.). Vorsitzender: Albert Bommel, in Firma Maschinenfabrik Grützner, A. G., Durlach. — Geschäftsführender Beamter: Ph. Berger.

29. Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie Kiels. Sitz: Kiel, Walkerdamm 2a. — Vorsitzender: Kommerzienrat Howaldt, in Firma „Howaldtswerke“, Kiel. — Geschäftsführender Beamter: Sekretär Lincke.

30. Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig. Vorsitzender: Landtagsabgeordneter, Fabrikbesitzer O. Müller, in Firma J. G. Schoene & Sohn, Leipzig-Neuschönefeld.

31. Verein Lübecker Metallindustrieller. Vorsitzender: Fabrikbesitzer J. Miesner, in Firma Ewers & Miesner, Lübeck, Moislinger Allee 25.

32. Verband der Metallindustriellen Magdeburgs und Umgegend. Sitz: Magdeburg, Bahnhofstraße 30. — Vorsitzender: Direktor Kurt Sorge, in Firma Friedr. Krupp Aktiengesellschaft Grusonwerk, Magdeburg-Buckau. — Geschäftsführender Beamter: Rob. Liebenberg.

33. Vereinigung der Eisenindustriellen Stettins. Sitz: Stettin, Kaiser-Wilhelm-Straße 69/70. — Vorsitzender: Königlicher Bau- rat Flohr, Direktor der Stettiner Maschinenbauaktiengesellschaft „Vulkan“, Stettin-Bredow. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. Flechtner.

34. Verband Metallindustrieller in Württemberg. Sitz: Stuttgart, Kreuserstraße 17 p. — Vorsitzender: Direktor G. Vischer, Daimler-Motoren-Gesellschaft, Untertürkheim. — Geschäftsführender Beamter: Major z. D. Bürger.

Angeschlossene Vereine:

1. Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands. Sitz: Hannover, Sedanstraße 48 I. — Vorsitzender: Richard Henne, Holzminden. — Geschäftsführender Beamter: Sekretär Brandt, Hannover.

2. Verein deutscher Eisengießereien. Sitz: Düsseldorf, Graf-Adolfstraße 47. — Vorsitzender: Kommerzienrat W. Ugé, Kaiserslautern. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. Brandt.

Die Entwicklung der Bezirksverbände ist innig verknüpft mit derjenigen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller selbst. Deshalb erübrigt es sich auch, auf alle des näheren einzugehen. Einige Beispiele genügen.

Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke, E. V. Sitz: Mannheim, Seckenheimer Straße 8 bzw. Schwetzingen Straße 17. — Vorsitzender: Fabrikant Richard Ernst, Mannheim. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Dr. jur. Karl Moebius. — Mitgliederzahl: 40. — Etat: pro 1906: I. Einnahmen: 18638,38 M., a) Mitgliederbeiträge 18378,38 M., b) Zinsen 290,— M. II. Ausgaben: (Verwaltungskosten) 3233,34 M. III. Überschuß: 15435,04 M.

Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke E. V. hat als Verband der Metallindustriellen von Mannheim-Ludwigshafen Ende der achtziger Jahre seine Tätigkeit begonnen. Im Jahre 1900 wurde der Bezirksverband über ganz Baden, die Pfalz und die angrenzenden Industriebezirke ausgedehnt und nannte sich nun Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke. Im Jahre 1906 wurden, veranlaßt durch die

Gießer- und Formerbewegung, vollständig neue Satzungen aufgestellt; darin werden als Zwecke des Verbandes folgende aufgeführt: Einmal einheitliches Handeln in allen Fragen, welche für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von grundsätzlicher Bedeutung sind; dann Wahrung der Arbeitgeberinteressen, Anerkennung und tunlichste Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeitnehmer; ferner, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Kräften vorzubeugen oder zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis zu führen; endlich Zusammenschluß mit andern Verbänden, welche gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen. Der Bezirksverband besitzt eine eigene Entschädigungskasse.

Verband Metallindustrieller in Württemberg. Sitz: Stuttgart, Kreuserstraße 17 p. — Vorsitzender: G. Vischer, Direktor der Daimler Motoren-Gesellschaft, Stuttgart-Untertürkheim. — Geschäftsführender Beamter: Bürger, Major z. D. — Mitgliederzahl: 133. — Etat: Die Ausgaben und Einnahmen belaufen sich jährlich auf 9000—10000 M.

In einer im Juni 1897 in Stuttgart abgehaltenen Versammlung von ca. 50 württembergischen Metallindustriellen wurde beschlossen, in Württemberg einen Verband für den ungefähren Umfang der Sektion III der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft zu gründen, zum Zweck der Organisierung einer wirksamen Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen der Verbandsmitglieder. Seit dieser Zeit hatte der Verband mit kurzen Unterbrechungen ein stetes Weiterblühen zu verzeichnen. Sein jetziger Stand der Mitglieder, 133 Firmen mit ca. 20000 Arbeitern, ist in früheren Jahren noch nicht erreicht worden.

Verband der Eisenindustrie Hamburgs. Sitz: Hamburg, Eimsbütteler Straße 34. — Vorsitzender: H. Blohm, in Firma Blohm & Voß, Schiffswerft, Hamburg, Eimsbütteler Straße 34. — Geschäftsführender Beamter: L. Thielkow, Sekretär, Hamburg, Eimsbütteler Straße 34. — Mitgliederzahl: 73 Firmen mit 11950 Arbeitern (1902).

Der Verband wurde im Jahre 1888 gegründet. Er unterhält einen eigenen Arbeitsnachweis. Dem Arbeitsnachweise sind angeschlossen: 1. Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands (Bezirksverein Hamburg); 2. Vereinigung der Gürtler und Gelbgießer Hamburg-Altona; 3. die Holzschiffbauwerften von Hamburg und Umgegend; 4. der Verband der elektrotechnischen Betriebe; 5. Einzelfirmen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Umgegend. Der Verband ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Arbeitgeberverbandes für Hamburg-Altona, des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Der Verband Bayerischer Metallindustrieller hat letzthin die Aufmerksamkeit auf sich gezogen durch Schaffung einer besonderen Schlichtungsorganisation. Er schreibt darüber:

„Die vielen und großen Arbeiterausstände der letzten Jahre haben ergeben, daß es für eine friedliche Verständigung an einem aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten, von beiden Seiten anerkannten Organ fehlt, das — jederzeit verhandlungsbereit — schon bei dem Auftreten von Meinungsverschiedenheiten schlichtend eingreifen kann.

Die Gewerbegerichte haben nicht vermocht, sich zu solchen Vermittlungsstellen auszubilden; es mangelte ihnen einerseits die genügende Sachkenntnis und der Einblick in die maßgebenden Betriebsverhältnisse, andererseits waren sie nicht in der Lage, eine beiden Parteien genehme Verhandlungsvertretung zu schaffen. Die Gießereibetriebe in Nürnberg haben auftretende Meinungsverschiedenheiten schon wiederholt durch eine gemeinsame Kommission in friedlicher Weise geschlichtet und Ausstände damit verhindert. Wir erinnern an die für andere Bezirke geradezu vorbildlich gewordene Erledigung der Forderungen der Gießereiarbeiter im März 1905. Auf vorstehenden Tatsachen und Erfahrungen fußend, beabsichtigten wir ständige, von beiden Seiten anzuerkennende Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Schlichtungskommission) im Bereiche des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller zu schaffen, die Ausstände und Aussperrungen tunlichst zu verhindern suchen sollen.

Die Schlichtungsorganisation nach dem im großen und ganzen gebilligten Entwurf, der nur in Kleinigkeiten, zum Beispiel, bezüglich des Wahlverfahrens für die Werkausschüsse, eventuell noch Änderungen erfährt, umfaßt drei Instanzen (Stufen), nämlich: 1. die Werkkommission, 2. die Orts-(Bezirks-)Kommission, 3. Die Hauptkommission. In jeder der drei Kommissionen sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch Ausschüsse vertreten. Den Vorsitz führt in der Werkkommission die Werkleitung, in der Ortskommission der Vorsitzende der Ortsgruppe der Arbeitgeber, in der Hauptkommission der Vorsitzende des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller. Die Berufung der Kommissionen muß erfolgen, sobald sie von einem der beiden Ausschüsse, aus denen jede Kommission besteht, verlangt wird.

Der Werkausschuß der Arbeitnehmer besteht aus sieben Mitgliedern und wird entweder vom Arbeiterausschuß des Werkes oder, wo ein solcher nicht besteht, von den volljährigen Arbeitern des Werkes gewählt. Die Orts-(Bezirks-)Ausschüsse der Arbeiter bestehen aus je 7 Mitgliedern, die von den Werkausschüssen entsandt werden. Der Hauptausschuß der Arbeiter besteht gleichfalls aus 7 Mitgliedern und wird aus den Ortsausschüssen zusammengesetzt.

Als Werkausschuß der Arbeitgeber ist die Werkleitung zu betrachten. Der Orts-(Bezirks-)Ausschuß der Arbeitgeber besteht aus 7 Mitgliedern, die durch die Arbeitgeber des Ortes (Bezirk) gewählt werden. Der Hauptausschuß der Arbeitgeber besteht gleichfalls aus 7 Mitgliedern und setzt sich zusammen aus: den 3 Vorsitzenden der Ortsausschüsse, 2 weiteren Vertretern des Ortsausschusses Nürnberg und je 1 Vertreter der Ortsausschüsse München und Augsburg.

Was den Werkausschuß der Arbeiter anbelangt, so soll den verschiedenen Anschauungen der Arbeitnehmer dadurch Rechnung getragen werden, daß jede Gruppe (freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, keiner Gewerkschaft angehörige Arbeiter, Arbeitervereine usw.) auf Formularen, die von der Werkleitung drei Wochen vor dem Wahltermin ausgegeben werden, Vorschlagslisten über je sieben Wahlkandidaten aufstellen kann.“

VII.

Elektrotechnik.

Verband Deutscher Elektrotechniker E. V. Sitz: Berlin N 24, Monbijouplatz 3, II. — Vorsitzender: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. Kohlrausch, Hannover, Nienburger Straße 8. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Georg Dettmar. — Angeschlossene Vereine: Elektrotechnischer Verein Berlin, Elektrotechn. Verein Aachen, Elektrotechn. Verein zu Breslau, Dresdener Elektrotechn. Verein, Elektrotechn. Gesellschaft zu Frankfurt a. M., Elektrotechn. Verein in Hamburg, Elektrotechn. Gesellschaft Hannover E. V., Elektrotechn. Verein Karlsruhe, Elektrotechn. Verein Kiel, Elektrotechn. Gesellschaft zu Köln a. Rh., Elektrotechn. Gesellschaft zu Leipzig, Elektrotechn. Verein zu Leipzig, Elektrotechn. Verein zu Magdeburg, Elektrotechn. Verein Mannheim-Ludwigshafen, Elektrotechn. Verein München, Oberschlesischer Elektrotechniker-Verein, Elektrotechn. Verein des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks, Württembergischer Elektrotechn. Verein. — Mitgliederzahl: ca. 4000. — Etat: Jährliche Einnahmen und Ausgaben ca. 48000 M. Vermögen des Verbandes ca. 110000 M. — Publikationsorgan: Elektrotechnische Zeitschrift.

Der Verband wurde im Jahre 1893 gegründet zum Zwecke, eine Vertretung der Interessen der deutschen Elektrotechnik zu besitzen. Diese Aufgabe erfüllt der Verband in der Weise, daß jährlich Kommissionen eingesetzt werden, die bestimmte Aufgaben zu erledigen haben und sie auf der Jahresversammlung nach Fertigstellung zur Genehmigung vorlegen. Die Arbeiten bestehen in erster Linie in der Ausarbeitung von empfehlenswerten Vorschriften auf dem Gebiete der elektrotechnischen Industrie. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, weil die Gesetzgebung mit den Fortschritten der Technik nicht Schritt gehalten hat, so daß ohne eine Regelung von privater Seite sowohl die Industrie als auch das Publikum schwer unter diesen Verhältnissen leiden würde.

Der Verein hat bisher folgende Vorschriften herausgegeben:

Kupfernormalien, Normalien über einheitliche Kontaktgrößen und Schrauben, Normalien für Leitungen, Leitsätze für den Schutz von elektrischen Anlagen gegen Überspannungen, Vorschriften für die Konstruktion und Prüfung von Installationsmaterial, Normalien für Glühlampenfüße und Fassungen mit Bajonettkontakt, Normalien und Kaliberlehren für Lampenfüße und Fassungen mit Edisongewindekontakt, Normalien für Stöpselsicherungen mit Edisongewinde, Normalien für Steckvorrichtungen, Vorschriften für die Lichtmessung an Glühlampen nebst photometrischen Einheiten, Normalien für die Prüfung von Eisenblech, Normalien für Bewertung und Prüfung von elektrischen Maschinen und Transformatoren, Normalien für Isolierrohr mit Metallmantel, Normalien für die Verwendung von Elektrizität auf Schiffen, Normale Bedingungen für den Anschluß von Motoren an öffentlichen Elektrizitätswerke, Sicherheitsvorschriften für die Errichtung elektrischer Starkstromanlagen,

Sicherheitsvorschriften für den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen, Empfehlenswerte Maßnahmen bei Bränden, Vorschriften über die Herstellung und Unterhaltung von Holzgestängen für elektrische Starkstromanlagen, Sicherheitsvorschriften für elektrische Straßenbahnen und straßenbahnähnliche Kleinbahnen, Leitsätze betreffend den Schutz metallischer Rohrleitungen gegen Erdströme elektrischer Bahnen, Leitsätze über den Schutz der Gebäude gegen den Blitz, Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen in elektrischen Betrieben.

Der Verband hat bezüglich der Normalisierung sowie der Vertretung der Interessen der Elektrotechnik der Allgemeinheit und der Regierung gegenüber große Erfolge zu verzeichnen, die sich am besten darin dokumentieren, daß die Regierungen der deutschen Bundesstaaten diese Bestimmungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik anerkannt haben, so daß ein großer Teil der vom Verbande hergestellten Sicherheitsvorschriften gesetzliche Wirkung besitzt.

Aus diesem Grunde ist auch die Erwähnung des Verbandes im Rahmen dieser Arbeit gerechtfertigt, obgleich der größte Teil seiner Mitglieder aus angestellten Ingenieuren besteht. Im Jahre 1898 wurden zwar vorübergehend auch handelspolitische Arbeiten in Angriff genommen, dann aber der Beschluß gefaßt, sich mit wirtschaftlichen Fragen lediglich informatorisch zu beschäftigen.

Eine wirtschaftliche Interessenvertretung der Elektrotechnik entstand erst im:

Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik. Sitz: Berlin W 9, Linkstraße 28. — Vorsitzender: Direktor Ernst Rasch, Schöneberg-Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Dr. phil. F. Fasolt, Berlin. — Etat: balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 15000 M. Vereinsvermögen rund 9000 M. — Mitgliederzahl: 125.

Da sich das Fehlen durchgreifender Vorbereitungen für den Abschluß der Handelsverträge, die vor dem Jahre 1902 mit den bedeutendsten Absatzländern Deutschlands erneuert werden mußten, bemerkbar machte, veranlaßte Dr. R. Bürner im März 1898 die elektrotechnische Exportzeitschrift „Helios“ in Leipzig, einen „Aufruf zur Gründung einer Vereinigung der deutschen elektrotechnischen Industriellen behufs Wahrung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen“ zu veröffentlichen. Wohl meldeten sich 30 bis 40 Firmen, aber man wagte zur Konstituierung einer Vereinigung nicht zu schreiten, da die Großfirmen sich zurückhielten. Dagegen brachte man es zustande, daß am 1. Januar 1900 die „Wirtschaftliche Kommission im Verbande deutscher Elektrotechniker“ gebildet wurde. Allein widrige Umstände führten schon nach Jahresfrist zur Wiederauflösung der Kommission.

Erst im Dezember 1901 unternahmen einige Frankfurter Firmen einen neuen Versuch, der aber wiederum an dem Widerstande der Großfirmen scheiterte. Man beschloß, der Allgemeinheit die Notwendigkeit der Organisation durch praktische Arbeit zu beweisen, indem man alle auftauchenden wirtschaftspolitischen Fragen vom Standpunkte der elektrotechnischen Industrie aus behandelte. Mit den beteiligten Firmen suchte die provisorische Geschäftsstelle durch Hinweise auf Absatzgelegenheiten im Auslande, durch Erteilung von Auskünften in handelspolitischen Angelegenheiten u. dgl. in Fühlung zu kommen und ebnete auf diese Weise den Weg, um endlich am 11. Juni 1902 gelegentlich der Düsseldorfer Gewerbeausstellung die Gründung des Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik vollziehen zu können.

Nur acht Firmen waren es, die sich bei der Gründung des Vereins in Düsseldorf zusammenfanden, aber schon auf der am 20. November 1902 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung konnte der Mitgliederstand mit 70 angegeben werden. Im Anfange des Jahres 1904 stieg er auf 110, 1907 auf 125 Firmen. Der Verein umfaßt heute alle maßgebenden Spezialfabriken der deutschen Elektrotechnik.

Daß alle gelegentlich der neuen Handelsverträge eingebrachten Anträge nicht erfüllt werden konnten, war von vornherein klar; daß aber die fremden Zölle in den meisten Vertragsländern auf ein annehmbares Maß zurückgeführt wurden, das darf „neben der Reichsregierung der Verein als sein Verdienst für sich in Anspruch nehmen“. Auf dem Gebiete der Handelspolitik liegt auch sein Kampf gegen die Zollerhöhungen auf elektrotechnische Artikel, die Frankreich im Jahre 1906 einzuführen beabsichtigte.

Auf den Exporthandel bezog sich ferner die fortlaufende Mitteilung der Adressen der ausländischen Elektrizitätswerke, die Angabe von geeigneten Vertretern in allen Ländern und namentlich die bisher in einer Anzahl von 500 Nummern übermittelten geheimen Mitteilungen über die Absatzmöglichkeiten für deutsche Erzeugnisse auf allen fremden Märkten. Der Hebung der Ausfuhr dienten endlich die Auskünfte über das Zollwesen im In- und Auslande, über Tarabestimmungen, über die Art der Berechnung von Wertzöllen, über Fakturenstempel, Warenbezeichnung usw.; ferner die Herausgabe von „Dr. Bürnens Zollhandbuch für die elektrotechnische Industrie“. Hervorzuheben sind ferner die steten Bemühungen, auf eine bessere Preisgestaltung für die Fabrikate hinzuwirken, sei es durch Berechnung von Teuerungszuschlägen, sei es durch Erhöhung der Grundpreise. Bei dem Zusammenschlusse verschiedener Spezialindustrien hat die Geschäftsstelle direkt mitgewirkt. Um innerhalb der elektrotechnischen Industrie eine billige, schnelle und sachgemäße Erledigung von Gebrauchsmusterstreitigkeiten zu ermöglichen, schuf der Verein ein besonderes „Schiedsgerichtsverfahren in Gebrauchsmusterstreitigkeiten“, das in steigendem Maße benutzt wird. Die sonstigen Arbeiten betreffen das Lehrlingswesen in der elektrotechnischen Industrie, den Kampf gegen die Falschmeldungen der Presse über durch Kurzschluß verursachte Brandschäden, Errichtung einer Metallbörse in Deutschland, Eigentumsvorbehalt an Maschinen, staatliche Überwachung elektrischer Anlagen usw.

Der Wortlaut der größeren Vorträge in Generalversammlungen sowie einzelne Untersuchungen über Fragen rechtlicher und wirtschaftlicher Natur wurde in den Druckschriften des Vereins niedergelegt.

Als weitere Vereinigungen in dieser Branche bzw. von Verbrauchern sind zu nennen: die Vereinigung der Elektrizitätswerke (Sitz: München), die Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen, der Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland (Sitz: Frankfurt a. Main), die Vereinigung Deutscher Starkstromkabel-Fabrikanten (Konvention in Berlin) und der Deutsche Straßen- und Kleinbahnverein.

Der Verein beratender Ingenieure für Elektrotechnik stellt dagegen ausschließlich eine Standesvertretung dar.

Näher eingegangen sei noch auf den:

Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland. Sitz: Frankfurt a. M. Hammels-gasse 12. — Vorsitzender: Gg. Montanus, Frankfurt a. M. —

Geschäftsführender Beamter: Verbandssekretär Ing. C. Hohnhof, Frankfurt a. M. — Unterabteilungen: 13 Bezirksvereine. — Mitgliederzahl: 351. — Etat: Gesamteinnahmen 12478,99 M., Ausgaben 13108,77 M., Verbandsvermögen 21595,40 M. — Publikationsorgan: „Die Elektrizität“ (Verlag Berlin C, Münzstraße 16) und derselben beigeheftet „Verbands-Nachrichten“.

Der Verband wurde am 13. Oktober 1902 gegründet und soll einen Zusammenschluß der deutschen elektrotechnischen Installationsfirmen herbeiführen, dadurch eine ständige Vertretung derselben schaffen und ihre wirtschaftlichen Interessen nach jeder Richtung hin fördern. Veranlassung für die Gründung war in erster Linie die Tätigkeit der an allen Hauptplätzen errichteten Installationsbureaus der Großfirmen der Elektrizitätsbranche, deren scharfe Konkurrenz nach dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang seit dem Jahre 1900 doppelt verspürt wurde. Um dieser Konkurrenz erfolgreicher begegnen zu können, schlossen sich zunächst die größeren Installationsfirmen zusammen, allmählich folgten die mittleren und kleineren Firmen.

Der Verband stellte sich in der Hauptsache folgende Aufgaben: Förderung der gewerblichen Leistungen seiner Mitglieder auf dem Gebiete des elektrotechnischen Installationswesens; Herbeiführung eines angemessenen Preisschutzes der installierenden Wiederverkäufer seitens der fabrizierenden Firmen bei Lieferung an Selbstverbraucher; Herbeiführung eines guten Einvernehmens mit den Verwaltungen der Elektrizitätswerke bei der Ausführung von Installationen im Anschluß an diese Werke. — Vereinfachung und Vereinheitlichung der Installationsvorschriften der verschiedenen Elektrizitätswerke.

Günstige Erfolge hat die Verbandsleitung u. a. auf folgenden Gebieten zu verzeichnen: Elektromonteur-Ausbildung, Fachschulwesen, Regelung des Submissionswesens bei staatlichen und städtischen Behörden, Abwehrmaßregeln gegen das Kartell der Großfirmen, Aufstellung von Normen für die Preisberechnung im Installateurgewerbe, Vorarbeiten für die Gründung eines internationalen Installateurverbandes für Deutschland, Niederösterreich und Schweiz, Schaffung von Normen und Dauerprüfungen von Isolierrohren, Mitwirkung an den Beratungen im Ministerium, betreffend die Ausführungsbestimmungen des Revisionsgesetzes, Stellungnahme gegen die Rechtsprechung beim Eigentumsvorbehalt an Maschinen, Entwicklung des Verbandsorgans, Mitarbeit an der Organisation der Einkaufsvereinigung für elektrotechnische Bedarfsartikel.

Die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes erblickte in der Durchführung der seitens der Regierung wohlgemeinten Absicht, Kleinmeister aus den verschiedenen Gewerben dem Berufe der Elektro-Installateure zuzuführen, um mit Rücksicht auf den Niedergang mancher Handwerke neue Existenzen zu schaffen, eine empfindliche Schädigung für das gesamte elektrotechnische Installationswesen und beauftragte die Verbandsleitung, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen. Die Versammlung erkannte ferner als dringende Notwendigkeit an, die Tätigkeit des Verbandes auf das arbeitgeberische Gebiet auszudehnen.

Der einzige in diesem Industriezweig bereits bestehende reine Arbeitgeberverband dürfte der „Verband der Arbeitgeber der elektrotechnischen Betriebe von Hamburg und Umgegend“ sein.

VIII.

Musikinstrumente.

Verein deutscher Pianofortefabrikanten. Sitz: Leipzig, Katharinenstraße 3. — Geschäftsführender Vorsitzender: Adolf Schiedmayer, Kommerzienrat, in Firma Schiedmayer & Söhne, Stuttgart. — Syndikus: Dr. Anschütz, Rechtsanwalt, Leipzig, Katharinenstraße 3. — Etat: Jedes Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 20 M. zu zahlen. Der Jahresbeitrag beträgt bei 10 Arbeitern 5 M. und für jede weitere angefangene Anzahl von 10 Arbeitern 5 M. mehr. — Mitgliederzahl: 61. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Instrumentenbau“ (Herausgeber und Redakteur Paul de Wit) in Leipzig.

Der Verein wurde im Jahre 1893 gegründet und genießt die Rechte einer juristischen Person. Sein Zweck ist: Die gegenseitige Unterstützung und Beihilfe mit Rat und Tat in allen Berufsangelegenheiten; die Errichtung einer Zentralstelle, um bei den maßgebenden Behörden den Wünschen der Mitglieder Geltung zu verschaffen; die Vertretung in Ausstellungsangelegenheiten, als: Aufstellung und gerechte Beurteilung der Ausstellungsgegenstände bzw. die Namhaftmachung geeigneter Preisrichter usw.; die Erhöhung der gegenseitigen Sicherheit im Handelsverkehr durch Erteilung von Auskünften über die Kreditfähigkeit der Kundschaft und durch gemeinsames Vorgehen gegen jedes unlautere Geschäftsgebahren. Mitglied des Vereins kann nur werden jeder wirkliche, selbständige, handelsgerichtlich eingetragene Fabrikant von Pianos, der mindestens 10 Arbeiter beschäftigt.

Der Gesamtvorstand hat das Recht, die Mitglieder bei einer von ihm zu bestimmenden Konventionalstrafe von höchstens 1000 M. zu gemeinsamem Vorgehen gegen jedes unlautere Geschäftsgebahren zu verpflichten. Der betreffende Beschluß ist mit zwei Drittel Mehrheit des Gesamtvorstandes zu fassen und kann auf brieflichem Wege herbeigeführt werden. Die Mitglieder unterwerfen sich von vornherein der rechtsverbindlichen Wirkung dieser Beschlüsse. Diese sind jedem Mitgliede mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu geben. Sie sind streng diskreter Natur. Das einzelne Mitglied haftet für die Geheimhaltung.

Der Verein hat mancherlei Erfolge, so namentlich in Zollsachen, durch Vorgehen gegen unlauteres Geschäftsgebahren usw. zu verzeichnen. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Handelsvertragsvereins.

Auch der Pianofortehandel ist organisiert im

Verband Deutscher Klavierhändler (Juristische Person). Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: Karl André, Frankfurt a. M., Steinweg 7. — Geschäftsführender Beamter: Hans

Th. Kohl, Erfurt, Anger 53. — Schriftführer: Wilhelm Mensing, Erfurt. — Unterabteilungen: 23 Sektionen, jedoch ohne eigene Organe. — Mitgliederzahl: 250 (1902: 135). — Etat: Jahresbeitrag 20 M. — Publikationsorgan: Zeitschrift für Instrumentenbau, Leipzig (Paul de Wit).

Der Verband wurde am 5. Januar 1899 gegründet. Er bezweckt die Wahrung und Förderung der idealen und gewerblichen Interessen des gesamten deutschen Klavierhändlerstandes. Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind: Die gegenseitige Unterstützung mit Rat und Tat in allen Berufsangelegenheiten; Vorgehen, durch Kundgebungen in der Tagespresse und — wenn nötig — gerichtlich gegen offenen und versteckten unlauteren Wettbewerb oder sonstige Schädigungen des Klavierhandels; Anstreben gesünder Zustände im Pianohandel durch Herbeiführung möglichst fester Privatpreise der zu verkaufenden Instrumente; durch Schaffung einheitlicher Tarife für die bei Barabschlüssen zu gewährenden Rabatte und einheitlicher Bedingungen für Abzahlungs- und Mietgeschäfte; durch einheitliche Beschränkung des Kreditwesens; durch Feststellung einer zu gewährenden angemessenen einheitlichen Provision für Personen, welche den Mitgliedern Geschäfte vermitteln; durch Feststellung einer einheitlichen fünfjährigen Garantiezeit.

Die ziffernmäßige Feststellung der Verkaufsnormen ist durch die Vorstände des Verbandes deutscher Klavierhändler, des Vereins deutscher Pianofortefabrikanten und der Freien Vereinigung der Berliner Pianofortefabrikanten und verwandten Berufsgenossen gemeinsam zu fassen und den Hauptversammlungen der drei Vereine zur Billigung vorzulegen.

Verein deutscher Orgelbaumeister (Juristische Person). Sitz: Schweidnitz. — Vorsitzender: Oskar Schlag, Königl. Hof-Organbauer, Schweidnitz. — Mitgliederzahl: 44 (1902).

Der Verein wurde im Jahre 1895 gegründet. Sein Zweck ist: „Die schöne erhabene Kunst des Orgelbaues auf derjenigen Stufe zu erhalten, die ihr von alters her zugewiesen ist und auch mit Recht gebührt“; die gegenseitige Unterstützung und Beihilfe mit Rat und Tat in allen Berufsangelegenheiten; auch den Mitgliedern in rein praktischen Fachfragen durch schiedsrichterlichen Spruch Recht zu verschaffen; die Vertretung in Ausstellungsangelegenheiten, als Plazierung und gerechte Beurteilung der Ausstellungsgegenstände bzw. die Namhaftmachung geeigneter Preisrichter usw. durch gemeinsames Vorgehen jedem unlauteren Geschäftsgebahren zu steuern;

Verein deutscher Harmoniumfabrikanten. Sitz: Leipzig, Körnerplatz 3. — Vorsitzender: Th. Mannborg, Leipzig, Körnerplatz 3. — Mitgliederzahl: 14 (1902).

Der Verein wurde im Jahre 1900 gegründet. Er bezweckt die Wahrnehmung gemeinsamer Fachinteressen und größere Annäherung der Mitglieder unter sich.

Verein Deutscher Musikwerk-Fabrikanten (Juristische Person). Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: Otto Spaetbe, Gera. — Unterabteilungen: Badischer Musikwerkfabrikanten-Verein. Vorsitzender: R. Bischweiler in Furtwangen. — Mitgliederzahl: 35 (1902: 29). Publikationsorgan: Zeitschrift für Instrumentenbau, Leipzig.

Der Verein ist im Jahre 1897 gegründet worden. Er bezweckt die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder in allen Berufsangelegenheiten und die Vertretung einzelner Mitglieder von Vereinen wegen in Fragen, welche gemeinsame Interessen betreffen. Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Bald folgte auch eine Organisation der Weiterverkäufer im Verband deutscher Musikwerke- und Automatenhändler. Sitz: Ludwigshafen a. Rh. — Vorsitzender: Fr. K. Spiegel, Ludwigshafen a. Rh. — Unterabteilung: Sektion Brandenburg, Berlin. — Mitgliederzahl: ca. 75 (1902).

Der Verband wurde im Jahre 1901 gegründet. Er will Stellung nehmen gegen die Besteuerung der Musikwerke in Preußen und einheitliche Verkaufspreise und Verkaufskonditionen anstreben.

Der „Schutzverband Deutscher Blasinstrumenten-Fabrikanten“ (Berlin S 14; 1. Vorsitzender: Camillo Moritz) ist ein Arbeitgeberverband, der sich dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen hat.

Auch gibt es einen „Verein der Musikinstrumentenfabrikanten“ in Gera, über den aber nichts näheres zu erfahren war.

IX.

Uhren, Feinmechanik.

Die älteste Vereinigung im Uhrmachergewerbe ist der Zentralverband der Deutschen Uhrmacher. Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: Rob. Freygang, Leipzig. — Mitgliederzahl: ca. 2800 (1902). — Publikationsorgan: „Allgemeines Journal der Uhrmacherkunst“.

Er wurde 1876 in Harzburg begründet. Sein Zweck ist: Hebung der Kunst und Förderung der gemeinsamen Interessen. Mittel sind: Abhaltung von Verbandstagen; gemeinsame Stiftungen und Preisausschreibungen; Erlaß von Petitionen, Gutachten und Vorstellungen an die Gesetzgebungsfaktoren, an Staats- und Kommunalbehörden; Benutzung der Presse, insbesondere durch die Herausgabe eines zweckentsprechenden Fachorgans; Ausstellung von Zeugnissen für freiwillige Prüfungen; Gründung einer Zentralkasse und eines Zentralarchivs.

Der Verband gründete eine Uhrmacherschule in Glashütte (geleitet von Professor L. Straßer), für die von der Sächsischen Regierung ein jährlicher Zuschuß von 8000 M. geleistet wird. Besondere Aufmerksamkeit hat er der Regelung der Lehrlingsfrage gewidmet. Im Jahre 1894 hatte er 68 lokale Zweigvereine mit 1509 Mitgliedern; 1902 war die Zahl der Zweigvereine auf 70 gewachsen; außerdem umschloß der Verband freie 25 und Zwangs-Innungen.

Sodann hat sich zunächst gebildet ein

Deutscher Uhrmacher-Bund. Sitz: Berlin SW 68, Zimmerstraße 8. — Vorsitzender: Carl Marfels, Berlin SW 68, Zimmerstraße 8. — Etat: 10 000 M. — Mitgliederzahl: 5500. — Publikationsorgan: „Deutsche Uhrmacher-Zeitung“.

Der Verein wurde 1897 gegründet und bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen und idealen Interessen der Uhrmacherei. Er leistet einen jährlichen Beitrag von 1800 M. an die Deutsche Uhrmacherschule in Glashütte und gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlich: juristischen Rat in Rechtsstreitsachen, technische Gutachten über Erfindungen und dergl., ferner Stipendien im Betrage von je 60 M. für solche Mitglieder, deren Söhne die Deutsche Uhrmacherschule besuchen wollen. In Rechtsfragen von allgemeinem Interesse übernimmt er die straf- oder zivilrechtliche Verfolgung auf Kosten des Bundes. Mit Hilfe eines auf diese Art ausgefochtenen Prozesses gegen eine Zeitung, die Schwindelanzeigen aufnahm, hat der Deutsche Uhrmacher-Bund den Erfolg erzielt, daß jene Anzeigen aus den Spalten fast sämtlicher Blätter verschwunden sind. Wiederholt hat der Bund Uhrenaussstellungen für das große Publikum veranstaltet. Im Jahre 1905 errichtete er gemeinsam mit der Stadt Nürnberg dem Erfinder der Taschenuhr, Peter Henlein, ein Denkmal in

Gestalt eines Monumentalbrunnens mit Bronzestandfigur (Kosten 22 000 M.) auf dem Hefnersplatze zu Nürnberg. Alljährlich werden zwei Lehrlingsarbeiten-Prüfungen für die Zöglinge der Mitglieder veranstaltet, wobei die besten Leistungen durch Prämien ausgezeichnet werden. Durch sein Organ, die in Berlin erscheinende Deutsche Uhrmacher-Zeitung (32. Jahrgang, Aufl. 11500 Exemplare) steht die Leitung mit den Mitgliedern in Verbindung. Alle drei Jahre wird in Berlin ein Bundestag abgehalten, an dem sich die Mitglieder aus allen Teilen des Deutschen Reiches zahlreich beteiligen und in der Regel auch gewerbliche Behörden (Handwerkskammer, Gewerbe-Deputation usw.) sowie ausländische Vereinigungen aus dem Uhrmacherfache vertreten sind.

Syndikus des Bundes ist Justizrat M. Henschel, Berlin. Wissenschaftlicher Berater Professor Dr. Leman, Groß-Lichterfelde-West. Ehrenmitglieder: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Wilhelm Förster; Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Franz Reuleaux (†); Geheimer Legationsrat Dr. Ernst von Wildenbruch; Professor Ludwig Strasser. Ehrenrat: F. L. Löbner, Friedenau, Niederstraße 4; Richard Felsz, Naumburg a. d. Saale.

Bald darauf entstand noch eine dritte Organisation ähnlicher Art, die

Deutsche Uhrmacher-Vereinigung. Sitz: Leipzig, Dresdener Straße 2. — Vorsitzender: Alfred Hahn, Uhrenhandlung, Leipzig, Neumarkt. — Geschäftsführender Beamter: H. Wildner, Redakteur der Leipziger Uhrmacher-Zeitung. — Mitgliederzahl: ca. 3000. — Etat: 1000 M. Einnahme. Ausgaben für die Deutsche Uhrmacherschule 200 M., Sitzungsgelder und Gehalt des Vorsitzenden 540 M. — Publikationsorgan: „Leipziger Uhrmacher-Zeitung“.

Die Vereinigung wurde im September 1899 vom Verleger der „Leipziger Uhrmacher-Zeitung“ begründet. Sie bezweckt die wirtschaftliche und technische Förderung der Uhrmacherei und bekämpft die Auswüchse und Schäden; bei der Verfolgung unlauteren Wettbewerbes durch ausländische Uhren-Versandgeschäfte und gegen die Schädigung durch Leihhäuser hat sie mehrfach gute Erfolge erreicht. Für die Bekämpfung der unerlaubten Auktionen und der Verkäufe im Umherziehen erhalten die Mitglieder zahlreiches Material kostenlos. Durch ihr Organ sucht die Vereinigung ihre Mitglieder auf eine bessere Ausnützung der durch die Handwerksgesetze gebotenen Vorteile hinzulenken. Der besseren Ausbildung der Lehrlinge widmet sie besondere Aufmerksamkeit und veranstaltet jährlich Lehrlingsarbeiten-Prüfungen, die den Lehrlingen Gelegenheit geben sollen, sich auf die vor den Handwerkskammern abzulegenden Gehilfen-Prüfungen vorzubereiten. Die besten Arbeiten werden prämiert. Söhne von Mitgliedern, welche die Deutsche Uhrmacherschule in Glashütte besuchen, erhalten eine Unterstützung von 50 M.

Diese drei Vereine umschließen die handwerksmäßig tätigen und gleichzeitig Detailhandel treibenden Uhrmacher. Einen besonderen Verband der Uhrenfabrikanten gibt es nicht, die namhaftesten Fabrikantenfirmen Deutschlands und der Schweiz gehören jedoch als außerordentliche Mitglieder zum

Verband Deutscher Uhren-Grossisten. Sitz: Leipzig, Querstraße 4—6 II. — Vorsitzender: D. Popitz, Leipzig, in Firma

Etzold & Popitz. — Geschäftsführender Beamter: Hermann Neukamm, Leipzig, im Hause Etzold & Popitz, Querstraße 4—6. — Unterabteilungen: a) Mitteldeutscher Unterverband. Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: O. Jaglin, in Firma Moritz Röhrig, Leipzig. b) Norddeutscher Unterverband. Sitz: Hamburg. — Vorsitzender: Th. Wandschneider, Hamburg. c) Westdeutscher Unterverband. Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: C. Haas, in Firma J. Verhagen & Co, Köln a. Rh. d) Süddeutscher Unterverband mit dem Titel: Verband Süddeutscher Uhrengrossisten. Sitz: München. — Vorsitzender: C. Deibele, München. — Mitgliederzahl: 146 Mitglieder. — Publikationsorgan: Vertrauliche Mitteilungen, nur für die Mitglieder bestimmt.

Der Verband wurde im Jahre 1892 gegründet. Er stellte sich die Aufgabe, seine Mitglieder durch geeignete Maßnahmen (Organisation der Auskunftserteilung, Mitteilungen über Veränderungen in den Kreditverhältnissen der Kunden, gemeinsames Vorgehen in wichtigen Angelegenheiten, Einflußnahme auf solide Herstellung der Fabrikate usw.) vor Verlusten zu schützen, die Kollegialität unter den Mitgliedern zu fördern, gesündere Geschäftsverhältnisse durch Einschränkung des Zieles, Vermeidung übermäßiger Kredite und Vereinbarungen über die Minimalverkaufspreise bekannter Fabrikate zu schaffen und gemeinsame Interessen gegenüber den Fabrikanten zu vertreten.

Andererseits soll der Verband die guten Beziehungen zu den Uhrmacher-Vereinen pflegen und deren berechtigte Bestrebungen unterstützen.

Mitglied kann jeder in Deutschland ansässige Uhren- und Uhrenfournituren-Großhändler werden. Fabrikanten können außerordentliche Mitglieder werden.

Der Ehrenrat besteht aus drei ständigen Mitgliedern und drei Stellvertretern, die der Zentralvertretung nicht angehören und ist auf Grund der mit den Uhrmacherverbänden abgeschlossenen Verträge berufen, Streitfragen zwischen Grossisten und Uhrmachern zu entscheiden. Seine Berufung erfolgt durch die Zentralvertretung.

Auf dem letzten Verbandstage in Eisenach (1907) sind innerhalb des Verbandes drei Fachgruppen entstanden, die eine intensivere Arbeit auf den drei Fachgebieten entfalten sollen. Es sind dies die Großuhren-Abteilung, Vorsitzender Georg Meißner, in Firma John Lawrence, Stettin; Taschenuhren-Abteilung, Vorsitzender Carl Haas, in Firma J. Verhagen & Cie, Köln a. Rh.; Uhrenfournituren- und Werkzeug-Abteilung, Vorsitzender Ernst Dohrmann sen., in gleicher Firma, Bremen.

Auch gibt es eine „Zeiger-Konvention“ sowie einen Arbeitgeberverband für die Uhrenindustrie des badischen und württembergischen Schwarzwaldes, beide in Villingen, und eine Konvention „Vereinigte Uhrglasfabriken, G. m. b. H.“ in Straßburg.

Größere wirtschaftliche Interessenvertretungen der Feinmechanik gibt es nicht; nur die Reißzeugfabrikanten sind zum Teil in lokalen Vereinen organisiert. Doch besteht eine verwandte Vereinigung allgemeineren Charakters, die

Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik. Sitz: Berlin. — Unterabteilungen: Zweigvereine in: Berlin (W. Handke,

N. 37, Lottumstraße 12), Göttingen (E. Ruhstrat), Halle (R. Klee-
mann), Hamburg-Altona (Dr. H. Krüß), Ilmenau (M. Bieler,
Stützerbach; s. S. 98), Leipzig (W. Petzold, Klein-Zschocher),
München (Dr. M. Edelmann, Nymphenburger-Straße 82). —
Mitgliederzahl: 600. — Etat: Rund 6000 M.; die Zweigvereine
haben ihre eigenen Etats. — Publikationsorgan: „Deutsche
Mechaniker-Zeitung“ (Verlag von J. Springer in Berlin).

Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik ist im
Jahre 1881 entstanden durch Erweiterung des bereits seit 1877 bestehenden
„Fachvereins Berliner Mechaniker“. Sie bezweckt die Bildung eines
Vereinigungspunktes für die Fachmänner und Freunde der Mechanik und
Optik zur Förderung ihrer wissenschaftlichen und technischen sowie ihrer
gewerblichen Interessen.

Mitglied der Gesellschaft kann jeder selbständige Mechaniker und
Optiker werden, sowie jeder, der sich für die Zwecke der Gesellschaft
interessiert und ihre Bestrebungen unterstützen will. Auch die Aufnahme
von Gesellschaften und Vereinen als korporative Mitglieder mit den Rechten
und Pflichten der Mitglieder ist zulässig.

Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind im allgemeinen
folgende: Die jährliche Abhaltung eines Mechanikertages behufs gemein-
samer Erörterung der die sämtlichen Fachgenossen angehenden wissen-
schaftlichen, technischen und gewerblichen Fragen; die Vereinigung der
in derselben Stadt oder in demselben Bezirke wohnenden Fachgenossen
zu zwanglosen Zusammenkünften oder zu besonderen Zweigvereinen mit
regelmäßig wiederkehrenden Sitzungen, in welchen die Mitglieder über
wissenschaftliche und technische Neuerungen des Faches durch Vorträge,
Besprechungen usw. sich unterrichten, über ihre gemeinsamen gewerb-
lichen Interessen sich verständigen und zugleich durch geselligen Verkehr
persönlich einander nähertreten sollen; die Bildung von Einigungsämtern;
die Herausgabe von Vereinsschriften. Seit kurzem ist die Gesellschaft
Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Im Jahre 1905 sind noch entstanden ein Zentralverband
der Inhaber optischer Geschäfte (Dresden) und ein Ver-
band von Ausstellern der feinmechanischen Industrie
(Leipzig).

X.

Edelmetalle.

Verband Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede. Sitz: Berlin S, Oranienstraße 143. — Vorsitzender: Wilhelm Fischer, Berlin, Juwelier. — Mitgliederzahl: ca. 2000. — Etat: 10 000 M. — Publikationsorgan: „Journal der Goldschmiedekunst“, Leipzig und „Deutsche Goldschmiedezeitung“, Leipzig.

Die Gründung des Verbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede erfolgte am 2. November 1900. Der Zweck des Verbandes ist, Schäden, die in der Juwelierbranche vorhanden sind, zu beseitigen; insbesondere anzukämpfen gegen die Auktionen, auch gerichtliche, gegen Konkursausverkäufe aller Art, sofern sich solche Auktionen und Verkäufe im einzelnen Falle nach Ansicht des Vorstandes als schädlich erweisen; gegen die Verkäufe „unter der Hand“, das Hausierwesen, den Prämien-schwindel der Journale usw., das Detaillieren der Fabrikanten von ihrem Fabrikgeschäft aus, sowie das Detaillieren der Grossisten, gegen den unlauteren Wettbewerb aller Art, die Schäden, welche durch Konsumvereine und verwandte Organisationen hervorgerufen werden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten; auf die Modezeitungen und sonstigen Zeitschriften einen Einfluß durch Berichte und Zeichnungen über Schmuck und Geräte zu gewinnen.

Erfolge: Soweit es sich um die Verbesserung bestehender Gesetze handelt, ist hervorzuheben, daß infolge der Tätigkeit des Verbandes eine Ministerialverfügung vom 15. Dezember 1904 erschienen ist, wonach das Auktionswesen geregelt wurde. In der sogenannten Leihhausfrage sind den Pfandleihern wesentliche Einschränkungen auferlegt im Interesse des Juwelier-, Gold- und Silberschmiedestandes.

Die wesentlichste Aufgabe des Verbandes war, die Begründung einer „Einbruchskasse“, d. h., die Begründung einer Hilfskasse, um seine Mitglieder bei einem Einbruch zu entschädigen. Die Kasse wurde im Oktober 1906 begründet, hat mit der Wirksamkeit am 1. Januar 1907 begonnen und zählt jetzt schon 498 Mitglieder, welche an Beiträge 10 789 Mark bezahlt haben. In diese Kasse werden auch solche Mitglieder aufgenommen, die bei einer Versicherungsgesellschaft versichert sind; in diesem Falle will die Einbruchskasse bei notwendigen Prozessen helfend zur Seite stehen und ebenfalls Beihilfe gewähren.

Der Verband umfaßt eine Reihe von Goldschmiedeeinnungen und Untergruppen. Seine bedeutendste Ortsgruppe ist die:

Juwelier-, Gold- und Silberschmiede-Innung zu Berlin. Obermeister: Wilhelm Fischer, Juwelier, Berlin S, Oranienstraße 143. — Mitgliederzahl: 310.

Die Innung besteht seit etwa 400 Jahren. Ihre Hauptaufgabe ist: Die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses. Zu diesem Zweck ist im Jahre 1902 eine Fachschule begründet, in welcher die Lehrlinge im Zeichnen, Modellieren und Gravieren unterrichtet werden. Außerdem ist es die Aufgabe der Innung, alten Goldschmieden und deren Frauen im Notfalle durch einmalige und laufende Unterstützungen zu helfen. Das Vermögen der Unterstützungskasse beträgt 17000 Mark.

Erwähnt sei noch die

Freie Vereinigung des Gold- und Silberwarengewerbes zu Berlin (Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede für Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam). Sitz: Berlin W, Potsdamer Straße 8. — Ehrenvorsitzender: Hofjuwelier Hugo Schaper, Berlin W, Potsdamer Straße 8. — Mitgliederzahl: 154. — Etat: In Ein- und Ausgabe rund 3000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Goldschmiedezeitung“, Leipzig; „Journal der Goldschmiedekunst“, Leipzig.

Die Vereinigung wurde im Jahre 1893 gegründet, um im Fache vorhandene Mißstände zu beseitigen. Sie richtete zuerst ihre Tätigkeit gegen den Vertrieb von Gold- und Silberwaren in den damals neu erstandenen Warenhäusern, ging später aber auch dem trotz gesetzlichen Verbotes überhandnehmenden Hausierhandel mit echten Schmucksachen zu Leibe und agitierte gegen den Detailverkauf der Privatleihhäuser und Grossisten. Daneben suchte sie durch Vorträge ihre Mitglieder in Fachfragen weiter zu bilden, unterstützte Lehrlinge beim Besuch kaufmännischer und anderer Fortbildungsschulen und suchte eine Einigung betreffs gemeinsamer Verkaufspreise für verschiedene Artikel herbeizuführen. Seit 1903 begründete sie eine Schutzvereinigung unter Mitwirkung der Kriminalpolizei und mit Anschluß an die größten Städte des Reiches zum Schutz gegen Ladendiebe, Hochstapler und ähnliche Spitzbuben. Zentralstelle: Oskar Müller, Berlin C 19, Gertraudenstraße 10/12.

Ihre Einnahmen verwendet die Vereinigung besonders zur Unterstützung der Fortbildung des Nachwuchses.

Die ältesten gleichartigen Lokal- bzw. Landesvereinigungen sind der Verein der Juweliere, Gold- und Silberarbeiter Bayerns und derjenige Münchens. Sitz: (für beide) München. — Vorsitzender: (für beide) Theodor Heiden, kgl. bayr. Hofgoldschmied. — Mitgliederzahl: 150 bzw. 60. — Etat: 600 bzw. 500 M. — Publikationsorgan: „Journal der Goldschmiede“ und „Deutsche Goldschmiedezeitung“, Leipzig.

Der Münchener Verein wurde bereits im Jahre 1750 zum Zwecke des Arbeitsnachweises und der Unterstützung für durchreisende Gehilfen und verarmte Meister gegründet. Er dient heute noch dem gleichen Zweck und erstrebt den Schutz aller geschäftlichen Interessen der Branche, ähnlich wie eine freie Innung. Auch er gehört seit der Gründung des Deutschen Verbandes diesem an.

Zu erwähnen ist auch noch der im Frühjahr 1905 gegründete

Verband der Silberwarenfabrikanten Deutschlands. Sitz: Heilbronn. — Vorsitzender: Ernst Bruckmann, in Fa.

P. Bruckmann & Söhne, Heilbronn —, der sich dem Handelsvertragsverein angeschlossen hat.

Spezielle Interessen der Branche, die sich aus dem Namen ergeben, wollen der Kreditorenverein und der Arbeitgeberverband in Pforzheim wahrnehmen.

Die lebhafteste Arbeiterbewegung der jüngsten Vergangenheit innerhalb der Edelmetallindustrie und der ihr verwandten Industriezweige hat den Zusammenschluß der Arbeitgeber an deren Hauptstätten Hanau, Schw. Gmünd, Oberstein und Pforzheim in Arbeitgeberverbänden im Gefolge gehabt. Diese nur mehr lokale Organisation der Edelmetallindustriellen hat sich indessen nach den Erfahrungen der jüngsten wirtschaftlichen Kämpfe angesichts der Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisationen und der Verstreutheit der Edelmetallindustrie über das ganze Deutsche Reich als unzureichend erwiesen und die Notwendigkeit einer interlokalen Organisation und des Zusammenschlusses der gesamten deutschen Edelmetallindustrie nahe gelegt.

Aus dieser Erwägung heraus haben sich die vorerwähnten Arbeitgeberverbände vor kurzem zusammengeschlossen zu einer

Vereinigung von Arbeitgebern der Deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige. — Sitz: Pforzheim. — Vorsitzender: Emil Kollmar, Pforzheim. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Kaesemacher, Pforzheim.

Diese Vereinigung erstrebt den Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber der Deutschen Edelmetallindustrie und der ihr verwandten Industriezweige, um der geschlossenen und sich über ganz Deutschland erstreckenden Organisation der Arbeitnehmer eine ebenso geschlossene und einheitliche Organisation auch der Arbeitgeber gegenüberzustellen.

Eine reine Händlervereinigung ist der:

Verband der Grossisten des Edelmetallgewerbes. Sitz: Leipzig, Universitätsstraße 16, Kaufhaus. — Vorsitzender: M. Baumert, Leipzig. — Geschäftsführender Beamter: Oskar Wöbel, Syndikus, Redakteur des „Journals der Goldschmiedekunst“. — Mitgliederzahl: 118. — Etat: Die Kasse enthielt am Schluß des ersten Geschäftsjahres einen Barbestand von 1071,38 M. — Publikationsorgan: „Vertrauliche Mitteilungen“ von der Zentralstelle herausgegeben, nach Bedarf erscheinend in ein- bis zweimonatlichem Zeitraum.

Der Verband ist am 13. August 1905 zu Leipzig ins Leben getreten. Bei Gründung zählte er 15 Mitglieder, am Ende des Jahres 1905 50 und Ende 1906 98. Der Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens neben der Erledigung der Organisationsarbeiten teils selbständig, teils in Verbindung mit anderen Verbänden des Gewerbes und verwandter Branchen zu den mannigfachsten Fragen Stellung genommen. So hat er Maßnahmen ergriffen gegenüber Fabrikanten, welche nebenher an Detaillure verkaufen, hat Einwirkung auf die Haltung der Fachpresse unlauteren Reklamen gegenüber erstrebt, hat Stellung genommen zum Leihhauswesen und Ausverkaufsunwesen, zu einer Reform der Preise der Kleinsilberwaren, zur Regelung der Mustervorlage, der Fristen von Auswahlsendungen, zur Versicherung der Reiselager, zur Einrichtung einer Verbandsprobierstelle u. a. m.

XI.

Öl, Wachs, Stearin, Glyzerin und Seife.

Verband der Deutschen Ölmühlen zur Wahrung ihrer gemeinschaftlichen Interessen. Sitz: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 1. — Vorsitzender: Kommerzienrat Paul Herz, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 1; erster Stellvertreter: Kommerzienrat F. Thörl, Harburg a. Elbe, zweiter Stellvertreter: Arnold Willemsen, Uerdingen a. Rhein. — Mitgliederzahl: 100.

Der Verband wurde am 19. April 1900 gegründet. Er bezweckt die Vertretung, Wahrung und Förderung aller gemeinsamen Interessen der deutschen Ölmühlenbesitzer. Der Verband unterhält ein Bureau mit eigenen Beamten in Hamburg und Vertretungen in Rotterdam und Antwerpen. Von der Zentralstelle des Verbandes erhalten alle Mitglieder wöchentlich statistische Zusammenstellungen und sonstige sie interessierende Mitteilungen.

Verein für Mineralölindustrie. Sitz: Halle a. Saale. — Vorsitzender: Adolf Stolle, Direktor der A. Riebeck'schen Montanwerke Akt.-Ges., Halle a. Saale. — Mitgliederzahl: 12 mit 4520 Arbeitern (1902).

Der Verein wurde bereits im Jahre 1868 gegründet; er bezweckt die Wahrung und Förderung der Interessen der deutschen Industrie, die sich mit der Herstellung von Mineralölen, Paraffin u. dgl. aus inländischen Rohstoffen beschäftigt.

Auch ein Verein Deutscher Erdölproduzenten und Erdölraffinerien ist 1905 entstanden.

Der deutsche Mineralölhandel besitzt nur lokale Organisationen in Berlin und Bremen, welche Verkaufsbedingungen und Preise festsetzen wollen usw.

Verband deutscher Wachswarenfabrikanten zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Wachswarenindustrie. Sitz: München, Nymphenburger Straße 3. — Vorsitzender: Joseph Gautsch, kgl. bayer. Hofwachswarenfabrik und Wachsbleiche. — Mitgliederzahl: 15. — Etat: Die Ausgaben werden der Mitgliederzahl entsprechend umgelegt. Feste Einnahmen sind nicht vorgesehen.

Die Vereinigung bildete sich anlässlich der Beratungen zum jüngsten Zolltarif im Jahre 1902. Diejenigen Firmen, welche damals zusammen-

getreten sind, um die Interessen der deutschen Wachsindustrie zu wahren, haben alsdann beschlossen, in diesem losen Zusammenhang eine Vereinigung unter obigem Titel zu bilden. Die Gründung geschah im Jahre 1903. Die Vereinigung hat jedoch keine Statuten. Seit dieser Zeit werden alle Fragen, welche die Wachsindustrie betreffen, von Zeit zu Zeit gemeinschaftlich beraten. Die Vereinigung vertritt die Interessen der Wachsindustrie auch gegenüber den Behörden.

Vereinigung der Stearin- und Kerzenfabrikanten von Deutschland. Sitz: Heilbronn a. N. — Vorsitzender: L. Link, in Firma Münzing & Co., Heilbronn a. N. — Mitgliederzahl: 15. — Vertrauensmann: G. Holthausen, Fabrikbesitzer, Krefeld.

Die Vereinigung wurde im Jahre 1899 gegründet, sie bezweckt die Interessen der deutschen Stearin- und Kerzenindustrie zu fördern (auch durch Preisvereinbarungen) und ein freundschaftliches kollegiales Verhältnis unter den Mitgliedern zu pflegen. Sämtliche namhaften Stearinfabriken und die bedeutendsten Paraffinfabriken sind Mitglieder.

In der Glyzerinindustrie besteht eine Konvention. Über verwandte Vereine vergleiche auch Abschnitt XII (Chemie).

Verband der Seifenfabrikanten E. V. Sitz: Dresden. — Geschäftssitz: Berlin. — Vorsitzender: F. Jacobi, Kommerzienrat, Darmstadt. — Geschäftsführender Beamter: O. Heller, Berlin N 4. (im Nebenamte hierfür tätig). — Mitgliederzahl: 550 mit ca. 3000 Arbeitern (1902). — Etat: ca. 10000 M. — Publikationsorgan: „Der Seifenfabrikant“, Redakteur: O. Heller, Berlin, Verlag von Julius Springer, Berlin.

Der Verband wurde am 3. Juli 1879 in Hamburg gegründet. Sein Zweck ist die Förderung des Gewerbes der Seifensiederei und der damit verbundenen Industriezweige, Wahrung der Interessen der Seifenindustrie in technischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, nach innen und nach außen hin, Vertretung dieser Industrie den Behörden gegenüber und Einwirkung auf die bezügliche Gesetzgebung, Hebung des Standes.

Der Verband hat aus eigenen Mitteln der Mitglieder, unterstützt durch Zuschuß des Preußischen Staates, eine unter Staatsaufsicht stehende chemisch-technische „Fachlehranstalt des Verbandes der Seifenfabrikanten“ in Berlin W, Kurfürstenstraße 37, gegründet. Dirigent derselben ist: O. Heller, Handels- und Gerichtschemiker in Berlin N 4, Gartenstraße 112. Der Verband ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Verschiedene im Laufe der letzten zehn Jahre zustande gekommene provinzielle und auch über ganz Deutschland im Kartell stehende Preisvereinigungen und Konventionen hatten nur ein kurzes Dasein von etwa drei Jahren, da die nötige Einigkeit fehlte und Einzelne die Abmachungen nicht hielten, so daß die Konventionen schließlich gesprengt wurden. Ein „Schutzverein der deutschen Seifenindustrie“ hatte das gleiche Schicksal. Zurzeit bestehen, außer dem die allgemeinen Interessen der ganzen Seifenindustrie vertretenden vorgenannten Zentralverbände der Seifenfabrikanten Deutschlands, nur zwanglose Lokal- und Provinzialvereinigungen, welche ihre engeren Interessen beraten. Seit Anfang 1908 besteht ferner eine Vereinigung der Seifenfabrikanten in Rheinland und Westfalen, welche eine Kontingentierung der Schmierseifenproduktion zum Ziele hatte und diese auch durchgeführt hat.

Vereinigungen von Produzenten der Roh- und Halbfabrikate die in der Seifenbranche weiter verarbeitet werden, sind das Sodasyndikat in Staßfurt und der Verband der Leinölmühlen.

Die Weiterverkäufer der Seifenfabrikate waren etwa 5 Jahre lang organisiert im Verein deutscher Seifenhändler.

Der Verein wurde am 6. August 1899 gegründet. Er bezweckte, durch belehrende Unterhaltung der Mitglieder, hauptsächlich Besprechung von Geschäftsangelegenheiten, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Kollegen zu befestigen und sie in ihren materiellen und geistigen Bestrebungen zu fördern. Er war Mitglied des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden E. V., Berlin und trug den Charakter einer Vertretung kleingewerblicher Interessen. Weshalb er aufgelöst wurde, war nicht zu ermitteln. Es besteht jedoch noch ein Verein Berliner Seifenhändler. Sitz: Berlin. Vorsitzender: Wolff, Seifenhändler in Berlin.

XII. Chemie.

Die gesamten wirtschaftlichen Interessen der chemischen Industrie werden vertreten durch den

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V. Sitz: Berlin W 10, Sigismundstraße 3, II. — Vorsitzender: Fabrikdirektor Prof. Dr. Bernhard Lepsius, Griesheim a. M., Hauptstraße 104. — Geschäftsführende Beamte: 1. Direktor Otto Wenzel, Generalsekretär, 2. Dr. jur. Richard Brauer. — Unterabteilungen: Berliner Lokalverein. Vorsitzender: Dr. C. Sarnow, Berlin W, Kurfürstenstraße 134. — Geschäftsführender Beamter: Direktor Otto Wenzel. — Rheinische Lokalabteilung. Vorsitzender: Geheimer Regierungsrat Dr. H. T. von Böttinger, Elberfeld. — Angegliedert: Verein deutscher Düngerefabrikanten in Hamburg. — Syndikat deutscher Sodafabrikanten in Bernburg. — Verein deutscher Bleifarbenfabrikanten in Köln a. Rh. — Mitgliederzahl: 290 ordentliche (Fabrikbetriebe) und 138 außerordentliche (Fabrikdirektoren und sonstige Betriebsleiter). — Etat: Einnahme: 57 500 M.; Ausgabe: Zeitschrift 14 000 M., Verwaltung 24 000 M., sachliche Ausgaben 16 00 M. — Publikationsorgan: „Die Chemische Industrie“. Redigiert vom Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. O. N. Witt und Dr. Brauer.

Eine Anzahl von Vertretern der deutschen chemischen Industrie war im Jahre 1876 zur Weltausstellung nach Philadelphia gekommen. Bei einem Festmahle, das die American Chemical Society zu Ehren der ausländischen Berufsgenossen veranstaltete, hatten sie auch einige Mitglieder des dortigen Verbandes von Händlern und Fabrikanten der chemischen Industrie kennen gelernt, der sich die Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen insbesondere auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens zur Aufgabe gestellt hatte. Zwischen Dr. Holtz, Dr. Martius und Schrader kam dann der Gedanke zur Erörterung, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch in Deutschland eine Vereinigung zu gründen, die die wirtschaftlichen Interessen der chemischen Industrie zu vertreten geeignet sei.

Auf rein wissenschaftlichem Gebiete war zwar schon seit einem Dezennium in der „Deutschen Chemischen Gesellschaft“ ein Zentralorgan geschaffen worden, aber da die wissenschaftliche Forschung damals noch nicht in dem Maße, wie dies später geschah, in den Labo-

ratorien der Fabrikstätten gepflegt wurde, sondern im wesentlichen noch in den Händen der Hochschullehrer und berufsmäßigen Gelehrten lag, so besaß diese Organisation trotz der engen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Technik nicht die Anziehungskraft, um die große Masse der industriellen Elemente um sich zu kristallisieren.

Dr. Martius versandte bald darauf ein von 30 angesehenen Firmen mitunterzeichnetes Rundschreiben, in welchem er die Vertreter der chemischen Industrie Deutschlands zu einer auf den 25. November 1877 zu Frankfurt a. M. anberaumten Versammlung einlud, um hier über die Organisation einer Interessenvertretung Beschluß zu fassen. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe wurde in dem Aufruf dadurch begründet, daß die politische Entwicklung Deutschlands eine vollständige Umgestaltung der Gesetzgebung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens angebahnt und somit jedem Erwerbszweige die Pflicht auferlegt habe, seine Bedürfnisse und Forderungen den Volksvertretungen und Behörden gegenüber durch geeignete Organe zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten. Außer diesem nächstliegenden Zwecke sollte die Vereinigung aber auch eine Reihe fortlaufender Aufgaben erfüllen. Das Gebiet der Zoll- und Steuergesetzgebung, der Abschluß von Handelsverträgen, die Vervollständigung und zweckmäßige Gestaltung der beim Transport chemischer Produkte und Rohmaterialien auf Eisenbahnen und Schiffen Anwendung findenden Vorschriften und Tarife, die Entwicklung des Marken- und Patentschutzes, die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis auf dem Gebiete der Konzessionierung gewerblicher Anlagen, die Förderung neuer Erfindungen auf dem Gebiete der technischen Chemie, ihrer Apparate und Maschinen, die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die wirtschaftliche Bedeutung neuer chemischer Produkte, die Mitarbeit an den sozialpolitischen Aufgaben, Förderung und Verbesserung des Versicherungswesens usw. — alle diese Fragen böten die Gewähr einer dem Bedürfnis und den gemeinsamen Interessen entsprechenden Lösung nur dann, wenn ein Zentralorgan die Möglichkeit gewähre, die Erfahrungen der Einzelnen zu sammeln, zu diskutieren und die gewonnenen Ergebnisse zum Gemeingut zu machen. „Eine solche fruchtbringende Tätigkeit“ — so schloß der Aufruf — „ist selbstverständlich nur möglich, wenn an die Erörterung dieser Fragen ohne jede Voreingenommenheit herangetreten und der Diskussion der freieste Spielraum gelassen wird. Die Vereinigung würde ihren Zweck verfehlen und von vornherein den Keim ihrer Auflösung in sich tragen, wollte sie beispielsweise auf dem Gebiete der Zollpolitik sich prinzipiell auf den Standpunkt des Schutzzoll- oder Freihandelssystems stellen. Hier wie überall soll sie vielmehr ihre Aufgaben darin suchen, die vorliegenden Fragen von Fall zu Fall vorurteilslos und nach rein praktischen Gesichtspunkten zu behandeln und zu entscheiden.“

Auf Grund dieses Programms hatten sich zu dem festgesetzten Tage etwa 80 Vertreter der chemischen Industrie aus allen Teilen Deutschlands eingefunden. Die Begründung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ wurde zum Beschluß erhoben. Zum Vorsitzenden wurde Fritz Kalle (Biebrich) gewählt.

Als berechtigt zur Aufnahme in den Verein galt sowohl jede chemische Fabrik Deutschlands, wie auch jede einzelne in selbständiger Stellung der chemischen Fabrikindustrie angehörige Person. Zur Deckung der Ausgaben hatte jedes Mitglied ein Eintrittsgeld von 20 M. und einen Jahresbeitrag von 50 M. zu zahlen. Als geschäftsführenden Vereinssekretär wählte der Vorstand den Redakteur Otto Wenzel in Berlin, der auf Veranlassung des Dr. Martius bereits den Statutenentwurf ausgearbeitet

und in der konstituierenden Versammlung die Berichterstattung übernommen hatte. Unter dem Titel „Die Chemische Industrie“ erschien im Januar 1878 die erste Nummer der neuen Vereinszeitschrift.

Allerdings beschloß die Generalversammlung schon im Jahre 1886 die Aufnahme von Ausländern oder Personen, die ein rein wissenschaftliches oder technisches Interesse an der Industrie haben, als außerordentliche Mitglieder, die an den Vereinsverhandlungen ohne Stimmrecht teilnehmen durften. Für die Bearbeitung gewisser Fragen, die in dem Arbeitsprogramm des Vereins einen besonders großen Raum einnahmen, oder eine fortlaufende Berichterstattung nötig machten, schuf das Bedürfnis im weiteren Verlauf der Entwicklung eine Reihe ständiger Kommissionen. Eine für die Umgestaltung der Patentgesetzgebung und ihrer Handhabung sehr wirkungsvolle Tätigkeit übte die Patentkommission aus. Neben dieser bestehen zurzeit noch ständige Kommissionen für die Bearbeitung aller die Vereinszeitschrift betreffenden Angelegenheiten, für die Frage der Fabrikabwässer, für die Fragen der Konzessionierung gewerblicher Anlagen, für Zolltariffragen und für die Prüfung von Beschwerden über Maßregeln von Behörden gegen einzelne Fabriken oder Fabrikationszweige.

Diese Erweiterung und Ausgestaltung der Organisation des Vereins ergab sich als eine notwendige Folge des von Jahr zu Jahr sich ausdehnenden Arbeitsgebiets. Abgesehen von den aus der Initiative der Vereinsmitglieder selbst hervorgegangenen Beratungsgegenständen hatten die Behörden sich daran gewöhnt, in dem Verein die ausschließliche wirtschaftliche Vertretung der chemischen Industrie zu sehen und wendeten sich, „durch frühere Mißgriffe belehrt“, in den meisten wichtigeren, die chemische Technik berührenden Fragen an ihn, um gutachtliche Äußerungen einzuholen. An der Organisation der durch die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung im Jahre 1885 ins Leben gerufenen „Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie“ hatte der Verein einen hervorragenden Anteil.

Mit den steigenden Anforderungen an die Leistungen des Vereins mußten sich naturgemäß auch die Ausgaben erhöhen. Die Gesamtkosten, die sich im ersten Lebensjahre des Vereins auf 7038 M. bezifferten, waren fünf Jahre später bereits auf 12175 M. und nach weiteren fünf Jahren auf 15382 M. gestiegen. In schnellem Wachstum erhöhte sich dann der Jahresbedarf infolge der Bewilligung größerer Beträge zur Vorbereitung organisatorischer Arbeiten, die der Vorstand im Auftrage der Generalversammlung durchzuführen übernommen hatte, in den nächsten fünf Jahren auf 37495 M., blieb in dem folgenden Lustrum ziemlich unverändert und stieg dann wieder infolge erheblicher Aufwendungen, die der Verein für eine eingehende Bearbeitung der Abwässerfrage und sonstige Vereinszwecke zu machen beschlossen hatte, im Jahre 1901 auf 47192,76 M.

Im Jahre 1889 wurde beschlossen, die von den ordentlichen Mitgliedern erhobenen Jahresbeiträge, die bisher gleichmäßig je 50 M. betragen hatten, künftig nach Maßgabe der gezahlten Arbeitslöhne abzustufen, so daß für Betriebe mit einer Lohnsumme bis zu 100000 M. wie bisher 50 M., für je 100000 M. Löhne mehr aber weitere 50 M. bis zum Höchstbetrage von 500 M. gezahlt werden sollten. Um auch kleineren Fabriken den Beitritt zu erleichtern, wurde dann von der Generalversammlung in Nürnberg im Jahre 1891 noch eine unterste Beitragsstufe von 25 M. für Betriebe mit einer Lohnsumme bis zu 20000 M. eingeführt.

Neben den Arbeiten, die ausschließlich den Interessen der chemischen Industrie gewidmet waren, hatte der Verein sich auch mit einer großen Zahl allgemeiner Fragen zu beschäftigen, bei denen die chemische Industrie in Gemeinschaft mit einzelnen anderen gewerblichen Gruppen oder mit der Gesamtindustrie beteiligt war.

Am innigsten gestaltete sich aus naheliegenden Gründen das Verhältnis des Vereins zur Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Außerlich hatte dieses verwandtschaftliche Verhältnis zunächst zur Folge, daß der Verein die Grenzen seiner Mitgliedschaft auf die Gummi- und Guttaperchawarenindustrie ausdehnte, weil diese durch Beschluß des Bundesrats auch der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zugewiesen worden war. Von Wert erwies sich die Verbindung für die Arbeiten des Vereins dadurch, daß die berufsgenossenschaftliche Organisation die Möglichkeit gewährte, alle einzelnen Gruppen und Betriebszweige der chemischen Industrie statistisch genau zu erfassen, ihren Umfang zu ermitteln, das Steigen und Sinken der Löhne, die Zu- und Abnahme der geleisteten Arbeitstage in denselben bis ins Detail zu verfolgen und auf diese Weise zuverlässige Schlüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Gebiete zu ziehen. Durch das Zusammenarbeiten des Vereins mit der Berufsgenossenschaft konnte die große Aufgabe der Produktionsstatistik, die die Regierung im zollpolitischen Interesse aufstellen ließ, erfolgreich gelöst werden; mit Hilfe des erschöpfenden Materials, das die Berufsgenossenschaft in ihrem Kataster bot, war es möglich, das Bedürfnis eines zuverlässigen „Adreßbuchs der chemischen Industrie“ zu befriedigen, das den Konsumenten des In- und Auslandes als Wegweiser für den Bezug ihrer chemischen Bedarfsartikel zu dienen und dadurch zur Erweiterung des Absatzgebiets deutscher Erzeugnisse beizutragen geeignet war. Der Berufsgenossenschaft wiederum kam es zugute, daß sie in dem Verein ein Organ fand, das die Fülle ihres statistischen Materials für die wirtschaftlichen Interessen der ganzen Industrie nutzbar zu machen wußte.

Weniger glücklich entwickelte sich das Verhältnis zu dem „Zentralverbände deutscher Industrieller“, dem der Verein auf Antrag des Dr. Martins im Jahre 1882 beigetreten war in der Hoffnung, hier eine Unterstützung für seine eigenen Bestrebungen und eine Gelegenheit zur Verständigung mit andern Industriezweigen bei widerstreitenden Interessen zu finden. „In dieser Erwartung sah der Verein sich getäuscht. Er mußte die Erfahrung machen, daß im wesentlichen nur die Interessen der Montan- und der Textilindustrie, die über zwei Drittel der in dem Verbands vertretenen Stimmen verfügten, auf eine Berücksichtigung rechnen durften, während die Wünsche und Anträge der chemischen Industrie in vielen Fällen überhaupt keine Beachtung fanden oder, falls sie sich nicht der Zustimmung der Majorität oder des geschäftsführenden Beamten erfreuten, direkt durch die aus Verbandsmitteln subventionierte Presse bekämpft wurden. Ein Antrag des Vereinsvorsitzenden Dr. Holtz, der Verband möge in Fällen kollidierender wirtschaftlicher Interessen seiner Mitglieder sich neutral verhalten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und so beschloß der Verein im Jahre 1889 aus dem „Zentralverbände“ wieder auszuscheiden.“ (Vgl. die Denkschrift zum 25jährigen Bestehen des Vereins.)

Diese Erfahrungen, die den längst empfundenen Mangel einer Gesamtvertretung der deutschen Industrie doppelt fühlbar machten, gaben dem Verein Veranlassung, sich eingehender mit der Prüfung geeigneter Vorschläge zur Beseitigung dieses Mangels zu beschäftigen. Dr. Martins übernahm es im Jahre 1894, im Auftrage der mit dieser Frage betrauten Kommission eine umfassende Denkschrift auszuarbeiten, in der er die vorhandenen, zur Vertretung industrieller Interessen berufenen Organe einer Kritik unterwarf und auf Grund derselben zu dem Ergebnis kam, daß keine der bestehenden öffentlichen oder privaten Vereinigungen ihrer Aufgabe entspreche, und daß allein in den Berufsgenossenschaften die geeignete Grundlage zur gesetzlichen Organisation einer Interessenvertretung der Industrie gegeben sei. Die Anregung, welche diese Denkschrift in

weiteren Kreisen gab, führte zunächst zu dem Versuch, eine Anzahl von Industrien, die zum Teil noch gar nicht organisiert oder in ihrer Vereinzelung zu schwach waren, um ihre Interessen nachdrücklich zur Geltung zu bringen, zu einem „Bund der Industriellen“ (s. S. 278) zu vereinigen. Die Beziehungen zu dem „Bunde der Industriellen“ hat der Verein aufrecht erhalten, indem er sich an gemeinsamen Beratungen über bestimmte Fragen von allgemeinem Interesse wiederholt beteiligt hat.

Um eine objektive, rein sachliche Behandlung der Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsverträge zu ermöglichen, beschloß der Verein im Jahre 1897 alle ihm bekannten industriellen Fachvereine und Interessenvertretungen zur Begründung einer „Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ (s. S. 249) einzuladen.

Nachdem der Bund der Industriellen und die Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen später zueinander und zu dem Zentralverband Deutscher Industrieller vorübergehend in nähere Beziehungen durch Bildung einer „Interessengemeinschaft“ (s. S. 282) getreten waren, die eine gemeinsame Verständigung über Fragen von allgemeinem industriellen Interesse anzubahnen berufen sein sollte, trat im Jahre 1908 zu dieser Interessengemeinschaft auch der Verein der chemischen Industrie in ein engeres Verhältnis.

Eine andere Vereinigung, an deren Begründung der Verein unmittelbar beteiligt war, ist der „Deutsche Verein zum Schutz des gewerblichen Eigentums“.

Zu den Aufgaben, denen der Verein von Anfang an seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat, gehört auch der Schutz seiner Mitglieder gegenüber Feuerversicherungsgesellschaften. Schon im Januar 1886 beschloß der Vorstand infolge zahlreicher laut gewordener Klagen eine Kommission zu wählen, der die Aufgabe gestellt wurde, Maßregeln gegen die Mängel der Feuerversicherung zu beraten und dem Verein geeignete Vorschläge zur Abhilfe zu unterbreiten. Die Verhandlungen mit den Versicherungsgesellschaften führten zu keinem Resultat, und so entschloß der Verein sich, dem Gedanken der Gründung eines eigenen Versicherungsverbandes auf Gegenseitigkeit näher zu treten. Nach längeren Vorarbeiten wurde auf der außerordentlichen Generalversammlung in München im Jahre 1888 auf Grund eines ausführlichen Referats des Syndikus J. Schloßmacher die Wahl eines Gründungskomitees beschlossen, welches das erforderliche Betriebskapital beschaffen, die Genehmigung der Regierungen zum Geschäftsbetriebe einholen und demnächst unter Hinzuziehung der Vertreter anderer Industriezweige eine konstituierende Generalversammlung einberufen solle. Nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten trat der „Feuerversicherungsverband deutscher Fabriken“ im Jahr 1891 tatsächlich ins Leben, vermochte aber, da jeder Versuch, den neuen Verband durch Gewährung von Rückversicherungen zu unterstützen, von den verbündeten Feuerversicherungsgesellschaften mit dem Boykott bedroht wurde, seinen Geschäftsbetrieb nur außerordentlich langsam zu entwickeln. Um die Prämien nicht erhöhen zu müssen und dadurch gleichzeitig den Abschluß neuer Versicherungen zu gefährden, entschloß sich der Aufsichtsrat die Unterbilanz der ersten beiden Jahre aus eigenen Mitteln zu decken, sah sich dann aber veranlaßt, da angesichts der Agitation der Versicherungsgesellschaften eine Erhebung von Nachschüssen auf die Dauer nicht zu umgehen war, im Interesse der versicherten Vereinsmitglieder den Geschäftsbetrieb aufzugeben. Später ist dann ein Deutscher Versicherungs-Schutzverband entstanden (s. u.). Auch der Verein der chemischen Industrie hat sich im Interesse seiner Mitglieder an den Vorarbeiten zur Gründung dieses Verbandes beteiligt und unterstützt seine Bestrebungen.

Auch ein anderes Gebiet der Vereinstätigkeit, das seit dem Jahre 1886 fortlaufend bearbeitet worden ist, die Frage der Verunreinigung öffentlicher Wasserläufe durch Fabrikabwässer, hat zur Gründung eines besonderen Vereins geführt. Die Forderung, in sanitärem Interesse mit größerer Strenge auf möglichste Reinhaltung der öffentlichen Wasserläufe Bedacht zu nehmen, führte notwendig zu der Erörterung, inwieweit diese Forderung befriedigt werden könne ohne gleichzeitig die Lebensbedingungen bestehender Industrien in Frage zu stellen. Die Beantwortung dieser Frage erforderte sorgfältige fachwissenschaftliche Untersuchungen, für deren Durchführung im Preußischen Kultusministerium eine eigene Königliche Versuchsanstalt errichtet wurde. Um nun den Interessenten aus den Kreisen der Industrie und der Kommunalverwaltungen die Möglichkeit einer Kontrolle und einer Beteiligung an diesen Arbeiten zu gewähren gegen Übernahme eines Teiles der dadurch entstehenden Kosten, wurde der „Verein für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung“ gegründet, in dem neben einer Reihe von städtischen Behörden, Ingenieuren, Wasserbauverständigen und industriellen Verbänden auch der Verein der chemischen Industrie seine Vertretung gefunden hat. — Ferner steht ein Arbeitgeberverband für Berlin mit ihm in Verbindung.

Neben diesen verschiedenen Vereinigungen wußte der Verein der chemischen Industrie sich durch seine Vertretung in einer Reihe öffentlicher Korporationen, Behörden und Verbänden weitere Hilfsmittel zur Erreichung seiner Zwecke und zur Geltungmachung seines Einflusses zu sichern. So war er bereits im Preußischen Volkswirtschaftsrat, später im Ausschuß der Verkehrsinteressenten, in den Bezirkeisenbahnräten zu Berlin, Hannover, Frankfurt und Köln, im Ausschuß des Deutschen Handelstages vertreten. Dem Deutschen Handelstage selbst gehört der Verein seit 1900 an. Gleichzeitig hat der Vorstand auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Verein in das Vereinsregister eintragen lassen.

„Wenn es dem Verein in dieser Zeit gelungen ist“, heißt es in dem Bericht über seine 25jährige Tätigkeit, „auch in den Kreisen der Bureaukratie, die früher zum großen Teil in der aufstrebenden Großindustrie mehr als einen unvermeidlichen Übel als einen Vorteil für die Gesamtheit zu sehen gewöhnt war, Aufklärung über die Berechtigung der von ihm vertretenen Interessen zu verbreiten, so verdankt er dies in erster Linie der Objektivität, mit der er jederzeit die eigenen Forderungen mit denjenigen der übrigen Erwerbszweige und den Interessen des Staates in Einklang zu bringen bemüht gewesen ist.“

Einen größeren Arbeitgeberverband gibt es in der chemischen Industrie nicht, nur Lokalvereine in Berlin, Hamburg-Altona und in Mannheim-Ludwigshafen.

Sodann gibt es eine Reihe von Spezialvereinen für einzelne Zweige der chemischen Industrie.

Verein für pharmazeutische Großindustrie und Hilfsgewerbe E. V. Sitz: Berlin C 2, Königstraße 55 II. — Vorsitzender: v. Wronski, Prokurist der Firma F. Ad. Richter & Co., Rudolstadt (Schwarzburg-Rudolstadt). — Geschäftsführender Beamter: Dr. Max Gabriel, Rechtsanwalt, Berlin C 2, Königstraße 55 II. — Mitgliederzahl: 125 mit ca. 6000 bis 7500 Arbeitern (1902).

Zweck: Beratung der Mitglieder in gewerblichen Rechtsangelegenheiten; Förderung ihrer Standesinteressen; Befestigung ihrer Zusammen-

gehörigkeit; Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs. Mitglied des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Berlin.

Verein der Verbandsstofffabrikanten Deutschlands E. V. Sitz: Berlin NO 43, Neue Königstraße 70. — Vorsitzender: M. Hellwig, Fabrik chemisch-pharmazeutischer Präparate, Berlin NO 43, Neue Königstraße 70. — Mitgliederzahl: 10 mit ca. 500 Arbeitern (1902).

Gegründet 1899. Zweck: Das geschäftliche Ansehen der Mitglieder durch Herstellung guter Fabrikate zu heben, sich gegenseitig gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen und die Interessen der Mitglieder nach außen zu vertreten.

In der Industrie der chemischen Präparate bestehen sodann folgende Konventionen: Syndikat für Rohjod. Brom-Konvention, Leopoldshall-Staßfurt. Konvention der Kaliblutlaugenmalzfabrikanten, Frankfurt a. M. Konvention der Zyankaliumfabrikanten, Frankfurt a. M. Vereinigung der Fabrikanten zur Herstellung von Salizylsäure und salizylsaurem Natron. Konvention für Chinin und Chininsalze, Frankfurt a. M. Verkaufsstelle für Oxalsäure, G. m. b. H., Östrich.

Verband deutscher Farbenfabriken. Sitz: Cunsdorf i. Voigtl. — Vorsitzender: J. C. Schulz, Cunsdorf i. Voigtl. — Mitgliederzahl: 61 Firmen.

Gegründet wurde der Verein unter dem Namen „Verband deutscher Erd- und Mineralfarbenwerke“ im Jahre 1898. Zweck: Wahrnehmung und Förderung der Interessen der deutschen Fabrikation in Erdfarben, bunten chemischen Mineralfarben, Farbholz- und Anilin-Lackfarben, namentlich in bezug auf Hebung und Erleichterung der Ausfuhr der genannten Erzeugnisse und Verkehrserleichterungen im Inlande. Der Verband umfaßt ganz Deutschland und ist Mitglied des Handelsvertragsvereins und des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Verband deutscher Lackfabrikanten (E. V.). Sitz: Berlin W 15, Meinekestraße 4. — Vorsitzender: Königlicher Handelsrichter Louis Mann, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma Edmund Müller & Mann, Charlottenburg. — Geschäftsführender Beamter: Bernhard Müller, Sekretär, Berlin NW 87, Wickinger Ufer 4. — Unterabteilungen: 1. Norddeutsche Gruppe (Magdeburg). — 2. Rheinland, Westfalen, Großherzogtum Hessen und Hessen-Nassau (Vohwinkel). — Mitgliederzahl: 122 Fabriken.

Gegründet 1900. Zweck: Förderung der Interessen der Lackindustrie in jeder Beziehung. „Infolge der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Rohmaterialienpreise und in Anbetracht der allgemeinen Verteuerung der Fabrikations- und Handlungskosten“, erklärte die 7. (letzte) Generalversammlung des Verbandes, „daß es unmöglich ist, die bisherigen Lackqualitäten zu den bisherigen Preisen weiter zu liefern und bringt einstimmig zum Ausdruck, daß eine angemessene Erhöhung der Lackpreise in Zukunft eintreten muß.“ Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen, des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine.

Deutscher Schutzverein der Lack- und Farbenindustrie in Berlin. Sitz: Berlin SW, Teltower Straße 5. — Vorsitzender: Hermann Metz, Berlin SW, Teltower Straße 5. — Geschäftsführende Beamte: Generalsekretär: Magistratssekretär A. Rosemann, Berlin N 58, Stolpische Straße 66. — Syndikus: Rechtsanwalt Dr. Arthur Starke, Berlin NW, Friedrichstraße 153 a. — Mitgliederzahl: ca. 160—170. — Etat: ca. 3000 M.; Jahresbeitrag 24 M.; Eintrittsgeld 30 M. — Publikationsorgan: „Farben-Zeitung“, Berlin SW 68.

Gegründet wurde der Verein im Herbst des Jahres 1897. Ordentliche Mitglieder des Vereins können werden: a) die Fabrikanten und Händler der Farben- und Lackbranche in Deutschland; b) selbständige Unternehmer aus geschäftsverwandten Gewerbebezügen in Deutschland; c) die Vertreter der unter a) und b) genannten Unternehmungen sowie die in Deutschland ansässigen Vertreter von ausländischen Firmen obenbezeichneter Branchen.

Er verfolgt den Zweck, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder nach jeder Richtung hin zu vertreten, insbesondere dadurch, daß er durch Bekanntgabe der zahlungsunfähigen Abnehmer und der böswilligen Zahler seine Mitglieder vor Verlusten schützt sowie die Eintreibung fälliger Außenstände besorgt. Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Vorsitzenden die Namen ihrer zahlungsunfähigen oder böswilligen Abnehmer, und zwar letztere unter der ausdrücklichen Bezeichnung „böswillig“, fortlaufend schriftlich mitzuteilen. Diese Namen werden in einer Liste, „Schutzliste“ genannt, zusammengestellt und den Mitgliedern regelmäßig bekannt gegeben. Neben diesem ersten und hauptsächlichsten Ziele hat sich der Verein aber auch auf sonstigen Gebieten der Vertretung der Brancheinteressen gewidmet.

Sein ganz besonderes Augenmerk lenkte der Verein auf die in den letzten Jahren in zahlreicher Menge im Handel erschienenen Ersatzmittel für Terpentinöl und Bleiweiß, indem er diese von sachverständiger Seite auf ihren Wert hin prüfen ließ und seine Mitglieder somit in den Stand setzte, bei Deckung ihres Bedarfs sich vor materiellem Schaden zu bewahren.

Der Verein sprach sich gegen jede beabsichtigte Verschärfung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, als der persönlichen Freiheit zuwiderlaufend, aus.

Am Kongreß zur Bekämpfung der Farben- und Malmaterialien-Fälschung in München am 21. Juni 1905 nahm der Verein teil. Nach dem ohne praktischen Erfolg verlaufenen Kongreß legte der Verein seinen Standpunkt zur Bewegung gegen den Farbenschwindel, wie folgt, dar. „Wir treten gegen jede Form des Schwindels und der Unreellität auf und sind bereit, den Konsumenten behilflich zu sein, ihnen Mittel an die Hand zu geben, die echte und gute Ware von der wirklich gefälschten zu unterscheiden, aber wir verwahren uns entschieden dagegen, daß den Fabrikanten auferlegt wird, die Interna ihrer Fabrikation preiszugeben. Für den Konsumenten kommt einzig und allein die praktische Brauchbarkeit und Preiswürdigkeit der Farben, Lacke usw. in Frage, alles andere, chemische Zusammensetzung, Benennung usw. ist für ihn Nebensache.“ „Das den freien Markt schädigende Treiben des Spiritusringes“ lege jedem Angehörigen der Branche „die ernstliche Pflicht auf, bei Auswahl der Bezugsquellen von Sprit nur ringfreie Brennereibetriebe zu berücksichtigen“. Zu äußerst lebhaften Diskussionen kam es in den Vereinsversammlungen bei Bekanntgabe der mit dem „Bleiweiß-Syndikat“ (der für den Schutzverein wichtigsten Organisation von Rohstoffproduzenten) zu Köln geführten Verhandlungen „wegen Abänderung seiner rigorosen

Geschäfts-Bedingungen, bzw. Erhebung eines Preisaufschlages bei direkten Verkäufen der ihm angehörenden Fabriken an Konsumenten zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Großhandels“. Das Bleiweiß-Syndikat verhielt sich indes in bezug auf die Aufhebung der Geschäftsbedingungen ablehnend.

Mit dem Verbands deutscher Lackfabrikanten, Berlin, dem Westdeutschen Verbands der Lack-, Farben- und Glasgroßhändler in Krefeld, dem Vereine der Drogen- und Chemikalien-Großhändler, Berlin, sowie dem neugegründeten Zentralverbande der Farben- und Lackfabrikanten und Händler Süddeutschlands in München werden freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Mit dem Westdeutschen Verbands der Lack-, Farben- und Glas-Großhändler zu Krefeld ist ein Übereinkommen zustande gekommen, wonach die Mitglieder des Verbandes auf ihr Ersuchen Aufnahme in den Verein ohne Zahlung des Eintrittsgeldes erhalten und die sich aus den Satzungen ergebenden vollen Rechte genießen. In gleicher Weise werden auch auf Wunsch hin die Mitglieder des Vereins in den genannten Verband ohne Zahlung des Eintrittsgeldes aufgenommen. Im Mai 1906 trat der Verein dem Verbands Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten e. V. als Mitglied bei, „um somit an den gegen die verderbliche Wirksamkeit des Spiritusringes gerichteten Bestrebungen tätigeren Anteil nehmen zu können“. Auch ist er Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Verein deutscher Bleifarbenfabrikanten. — Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: Hans Leyendecker, in Firma W. Leyendecker & Co., Köln a. Rh.

Zweck: Förderung gemeinsamer Interessen, die erstrebt werden sollen durch gemeinsame Beratungen und durch eine gemeinsame ständige Vertretungsstelle.

Freie Vereinigung deutscher Tintenfabrikanten. Sitz: Hannover. — Vorsitzender: Fritz Beindorff, in Firma Günther Wagner, Hannover. — Mitgliederzahl: 8.

Gegründet 1900. Zweck: In erster Linie gemeinsame Minimalpreissetzung für gewisse Bezirke; jedoch auch Förderung sonstiger wirtschaftlicher Interessen der Mitglieder.

In der Industrie der Mineral- und Pigmentfarben bestehen folgende Konventionen: Bleiweiß-Verkaufskontor, Cöln. Bleiweiß-Konvention, Magdeburg. Lithoponweiß-Konvention, Schweinfurt. Konvention von Fabrikanten roten Zinnobers, Eisenach. Zinnoxid-Kontor, Cöln.

Verein deutscher Lederleimfabriken. Sitz: Rölsdorf-Düren im Rheinland. — Vorsitzender: Gottfried Napp, in Firma Julius Napp & Co., Rölsdorf-Düren im Rheinland. — Unterabteilungen: Gruppe I. Vaihingen a. d. Ens, Vorstandsmitglied Wilhelm Conradt, in Firma G. Conradt & Sohn. — Gruppe II. Gera (Reuß), Vorstandsmitglied Carl Thalemann, in Firma Eduard Thalemann. — Gruppe III. Rathenow. Vorstandsmitglied Ernst Fischribbe, in Firma Fischribbe & Matthes. — Gruppe IV. Pinneberg b. Hamburg, Vorstandsmitglied Ludwig Duncker. — Mitgliederzahl: 55 mit 1200 Arbeitern. — Publikationsorgan: „Vertrauliche Mitteilungen“.

Gegründet 1880. Zweck: Die Interessen der deutschen Lederleim-Industrie zu vertreten, ferner die Anknüpfung und Erhaltung persönlicher Beziehungen unter den Fachgenossen anzustreben und zu beleben. Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Auch gibt es einen „Verein deutscher Gelatinefabrikanten“ in Höchst a. M. (Mitgl. d. Handelsvertragsvereins). S. ferner „Verein der Knochen verarbeitenden Industriellen“ S. 149.

Die Industrie der trockenen Destillation weist nur Syndikate auf: Holzgeist-Konvention. Deutsche Teerverkaufs-Vereinigung, G. m. b. H., Bochum. Westdeutsche Benzolverkaufs-Vereinigung, G. m. b. H., Bochum. Vereinigte Benzinfabriken, G. m. b. H., Bremen. H. Compes, Verkaufsbureau des Verbandes Deutscher Ceresinfabriken, Düsseldorf. Verfassungsyndikat für Parafinöle, Halle.

Verein deutscher Farbstoff- und Gerbstoff-Extrakt-Fabrikanten. Sitz: Benrath a. Rh. — Geschäftsführender Vorsitzender: Erich Müller, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma Rheinische Gerbstoff- und Farbh Holz-Extrakt-Fabrik Gebr. Müller, Aktiengesellschaft. — Mitgliederzahl: 16. — Etat: ca. 1000 M. Der Jahresbeitrag beträgt 20 M. für jede Stimme.

Der Verein deutscher Farbstoff- und Gerbstoff-Extrakt-Fabrikanten wurde im Jahre 1900 gegründet. Er bezweckt die Erstrebung günstiger Verhältnisse für die Branche in handelspolitischer, zollpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht durch Sammlung der allseitigen Erfahrungen, Austausch der Ansichten, gemeinsames Vorgehen in Bekämpfung etwaiger vorhandenen oder drohenden Nachteile, Förderung der gemeinsamen Interessen, Aufklärung der Behörden über Bedeutung, Wünsche und Erfordernisse der Branche. Mitglied kann jede innerhalb des deutschen Zollgebietes liegende und für Rechnung einer im Inland domizilierten Firma arbeitende Farbh Holz-Extrakt-Fabrik, Gerbstoff-Extrakt-Fabrik, Gerbstoff- und/oder Farbh Holz-Mühle oder deren Inhaber, Teilhaber oder Leiter werden. Der Verein hat sich besonders mit Bezug auf den Quebrachozoll in Deutschland und auf die bevorstehende Neuregelung des handelspolitischen Verhältnisses zu Argentinien betätigt. Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen und des Handelsvertragsvereins.

Die für diesen Verein wichtigste Produzentenorganisation ist die Vereinigung der argentinischen Extrakt-Fabrikanten, während die Konsumenten und Interessenten der in dieser Branche erzeugten Artikel organisiert sind im Zentralverein der deutschen Leder-Industrie, im Verein deutscher Gerber, Berlin und im Internationalen Verein der Leder-Industrie-Chemiker zu Frankfurt a. M., die später zu schildern sein werden. Auch gibt es in der Industrie der künstlichen Farbstoffe noch zwei Syndikate: Alizarinkonvention und Indigokonvention.

Verband deutscher Parfümeriefabrikanten. Sitz: Berlin W 56, Jägerstraße 46. — Vorsitzender: Oskar Lohse, Berlin W 56. — Geschäftsführender Beamter: Ferd. Mülkens, Köln a. Rh., Glockengasse 4711. — Mitgliederzahl: 22 (1902).

Der Verein wurde am 24. Juni 1897 gegründet; er bezweckt zwar in erster Linie die gegenseitige Vereinbarung der Konditionen, jedoch auch die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen. Er ist Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und des Handelsvertragsvereins.

In der Industrie der Salze, Säuren und Alkalien bestehen nur Konventionen, nämlich: Syndikat deutscher Sodafabriken Carl Wessel Bernburg. Kalisyndikat, G. m. b. H., Leopoldshall-Staßfurt. Chloromagnesium-Konvention, Leopoldshall-Staßfurt. Konvention deutscher Pottasche-Fabrikanten. Vereinigung rheinisch-westfälischer Schwefelsäure-Produzenten, Barmen. Deutsche Salinen-Vereinigung, Hannover und Stuttgart. Ausschuß der Steinsalzwerke, Leopoldshall. Verband norddeutscher Steinsalzwerke, Staßfurt und Hohensalza. Konvention für kalziniertes Glaubersalz, Saarau. Niederrheinisches Sulfat- und Salzsäuresyndikat, Cöln. Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung, G. m. b. H., Bochum. Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G., Cöln (s. S. 80). Vereinigung der Thoriumfabrikanten, Berlin.

Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten. Sitz: Hamburg 26. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Ullmann, Hamburg-Horn, Weißes Haus im Rauhen Haus. Landwirtschaftliche Versuchsstation Hamburg-Horn. — Unterabteilungen: 1. Schleswig-Holstein-Mecklenburg (Hamburg); 2. Hannover-Sachsen (Provinz), (Hannover); 3. Oberrhein (Mannheim); 4. Westfalen-Lippe (Emmerich a. Rh.); 5. Niederrhein (Emmerich a. Rh.); 6. Pommern-Preußen (Stettin); 7. Posen-Schlesien (Breslau); 8. Königreich Sachsen (Freiberg i. S.). — Mitgliederzahl: 90 Firmen mit ca. 8300 Arbeitern (1902).

Der Verein wurde im Jahre 1880 gegründet. Er stellt die Zentralstelle für die Superphosphatfabrikanten in Deutschland dar und bezweckt die Vertretung derselben nach außen sowie die Förderung der gemeinsamen Interessen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiete. Er ist Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und des Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums.

Verein der Thomasphosphatfabriken. Sitz: Berlin SW 11, Hafenplatz 4. — Vorsitzender: Joh. Schlutius, Herrschaftsbesitzer, Schloß Karow i. Mecklenburg. — Geschäftsführende Beamte: D. F. Giersberg, Dr. H. Dubbers, O. Lange-lütke, Berlin SW 11, Hafenplatz 4. — Mitgliederzahl: 12 Firmen bzw. Aktiengesellschaften.

Der Verein wurde im Jahre 1896 gegründet. Er bezweckt die Förderung der Anwendung der künstlichen Dünger im allgemeinen, des Thomasmehls im besonderen (Versuchsfelder), der Statistik, des Exportes. Als Mitglied gehört er u. a. der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und dem Zentralverbande deutscher Industrieller an.

Auch die Weiterverkäufer sind organisiert im

Verein Deutscher Großhändler in Dünger- und Kraftfuttermitteln. Sitz: Berlin SW 29, Gneisenaustraße 88.

— Vorsitzender: Conrad Toepffer, Maltsh a. O. — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Waage, Berlin SW 29. — Mitgliederzahl: ca. 410. — Etat: balanciert mit 14000 M. in Einnahme und Ausgabe. Jahresbeitrag 30 M. sowie Einnahmen aus Schiedsgerichten.

Der Verein wurde am 1. Dezember 1888 gegründet und bezweckt die Förderung der allgemeinen Interessen des Großhandels mit Düngestoffen und Kraftfuttermittel.

In der Industrie der künstlichen Düngemittel bestehen ferner als reine Konventionen: Superphosphatfabriken, G. m. b. H., Hannover. Gruppe Schlesien-Posen des Vereins Deutscher Düngerfabrikanten, Breslau. Rheinische Superphosphatfabriken, G. m. b. H., Cöln. Süddeutsche Düngerkonvention, Biebrich a. Rh. Vereinigte Düngerfabriken Schleswig-Holstein-Mecklenburg E. V., Hamburg. Superphosphatfabriken in Westfalen und Lippe, Cöln. Düngergruppe Königreich Sachsen, Freiberg i. Sa. Deutsche Düngerwerke Magdeburg, G. m. b. H., Magdeburg.

Die Konsumenten sind organisiert in: Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin; Bund der Landwirte, Berlin; Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Zentralbureau Darmstadt; Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland, e. V., in Neuwied; Westfälischer Bauernverein.

Verein deutscher Zündwarenfabrikanten. Sitz: Garmisch (Oberbayern). — Vorsitzender: Wladimir Jettel, Garmisch (Oberbayern). — Mitgliederzahl: 67 (1902).

Der Verein wurde bereits im Jahre 1872 gegründet; er bezweckt die Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der Zündwarenindustrie.

In der Sprengstoffindustrie gibt es nur Konventionen: Südwestdeutsches Pulversyndikat, Berlin. Deutsch-Österreichische Munitionskonvention. Jagdpulverkonvention. Deutsche Dynamitkonvention.

Zu diesen Vereinen der chemischen Industrie in ihrer Gesamtheit und in ihren einzelnen Zweigen treten noch mehrere große Verbände der Chemiker, die im wesentlichen wissenschaftliche Tendenzen verfolgen bzw. Standesvertretungen sind; da ihre Bestrebungen aber vielfach auf die chemische Industrie von unmittelbarem Einfluß sind, so dürfen diese Organisationen nicht unerwähnt gelassen werden.

Verein deutscher Chemiker (E. V.). Sitz: Leipzig, Dörrienstraße 13 III. — Vorsitzender: Prof. Dr. C. Duisberg, Direktor der Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer & Co., Elberfeld, Platzhofstraße 25. — Geschäftsführender Beamter: Prof. Dr. B. Rassow, Generalsekretär. — Unterabteilungen: 19. Bezirksvereine:

Aachener Bezirksverein. Vorsitzender: Direktor Prof. Dr. S. Kapff, Aachen, Preuß. Höhere Fachschule für Textilindustrie; Bezirksverein Belgien. Vorsitzender: Direktor Dr. A. Zanner, Laeken bei Brüssel; Bezirksverein Berlin. Vorsitzender: Dr. Wilhelm Ackermann, Berlin-Wilmersdorf, Pariser Straße 55; Bezirksverein Frankfurt. Vorsitzender: Dr. H. Becker, Frankfurt a. Main, Niedenau 40; Bezirksverein Hamburg. Vorsitzender: Prof. Dr. M. Dennstedt, Hamburg, Jungiusstraße 1; Bezirksverein Hannover. Vorsitzender: Dr. E. Asbrand, Hannover-Linden, Egestorffstraße 6; Märkischer Bezirksverein. Vorsitzender: Direktor Dr. Th. Diehl, Groß-Lichterfelde W, Marienplatz 5; Bezirksverein Mittelfranken. Vorsitzender: Prof. Dr. Busch, Erlangen; Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien. Vorsitzender: Dr. R. Woy, Breslau, Palmenstraße 39; Bezirksverein New York. Vorsitzender: Dr. H. Schweizer, New York, 427 W, 117 th Street; Bezirksverein Oberrhein. Vorsitzender: Dr. Fr. Raschig, Ludwigshafen a. Rh; Bezirksverein Oberschlesien. Vorsitzender: Chefchemiker Wassermann, Bismarckhütte; Bezirksverein Pommern. Vorsitzender: Direktor J. Creutz, Pommernsdorf-Stettin; Bezirksverein Rheinland. Vorsitzender: Direktor Dr. G. Schmidt, Schlebusch; Bezirksverein Rheinland-Westfalen. Vorsitzender: Dr. E. Wirth, Langendreer bei Dortmund; Bezirksverein Saar. Vorsitzender: Viktor Meurer, Malstatt-Burbach; Bezirksverein Sachsen-Anhalt. Vorsitzender: Direktor Dr. W. Scheithauer, Waldau bei Zeitz; Bezirksverein Sachsen-Thüringen. Vorsitzender: Prof. Dr. von Cochenhausen, Chemnitz, Schillerstraße 24; Bezirksverein Württemberg. Vorsitzender: Prof. Dr. H. Kauffmann, Stuttgart, Johannesstraße 74. — Mitgliederzahl: 3460. — Etat: Einnahmen 1905: Rückstellung von Mitgliederbeiträgen a. 1904 24000 M., Beiträge der Mitglieder 69912,53 M., Zinsen 3655,12 M., Sa. 97567,65 M. Ausgaben u. a. 1905: Zeitschrift geliefert an Mitglieder 39382,75 M., Beiträge zu Verbänden 1075 M., Vorstands- und Ausschusssitzungen 2343,95 M., Kosten der Geschäftsführung 6896,92 M., Sa. 97567,65 M. Publikationsorgan: „Zeitschrift für angewandte Chemie“.

Am 1. November 1887 erließ der Vorstand des nach zehnjährigem Bestehen damals etwa 180 Mitglieder zählenden „Vereins analytischer Chemiker“ ein Rundschreiben mit dem Antrage, diesen Verein in eine „Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie“ umzuwandeln und als Vereinszeitschrift statt des „Repertoriums für analytische Chemie“ die von F. Fischer herausgegebene „Zeitschrift für die chemische Industrie“ zu wählen, nachdem diese den Titel „Zeitschrift für angewandte Chemie“ angenommen habe. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. Die von F. Fischer entworfenen Satzungen, die auf der Hauptversammlung (Hannover 1888) zur Annahme kamen, bezeichnen als das Ziel der Gesellschaft die Förderung der angewandten Chemie: durch Mitteilung wissenschaftlicher Fortschritte und praktischer Erfahrungen auf dem Gebiete der angewandten Chemie in der Vereinszeitschrift; durch Verhandlungen auf der Hauptversammlung; durch Stellung von Preisaufgaben und Anordnung von Versuchen zur Entwicklung wichtiger das Gebiet der angewandten Chemie berührende Fragen. Die Mitgliederzahl und das Vermögen wuchsen rasch. 1888: 180 Mitglieder, 1893: 850 Mitglieder. Vermögen 15000 M., 1896: 1179 Mitglieder, Vermögen 17541 M., 1906: 3460 Mitglieder, Vermögen 64500 M. Am 1. Juni 1896 wurde der Name umgewandelt in „Verein deutscher Chemiker“. Vom 1. Januar 1904 ab erschien die Zeitschrift im eigenen Verlag.

Das Programm des Vereins deutscher Chemiker umfaßt jetzt alle Fragen, die die Gesamtheit der deutschen Chemiker angehen. Neben der Förderung der angewandten Chemie betrachtet der Verein als wichtigste Aufgabe die Hebung des Standes des Chemikers.

Von den Fragen, die den Verein schon beschäftigt haben und die er weiter verfolgt, seien genannt: Die Reorganisation des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Mittel- und Hochschulen; die deutsche und ausländische Patentgesetzgebung; das Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen; die chemische Reichsanstalt; die Wahl der Atomsgewichteinheit; das Technolexikon (Gemeinsam mit dem Verein deutscher Ingenieure).

Die Bestrebungen des Vereins deutscher Chemiker zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Chemikerstandes umfassen den Abschluß von Verträgen mit Versicherungsgesellschaften und mit dem Warenhaus für deutsche Beamte; ferner eine eigene Hilfskasse mit einem Kapital von ca. 38 000 M. und einem Jahresbudget von 5000 M. (nach dreijährigem Bestehen), eine kostenlose Stellenvermittlung, eine Rechtsauskunftsstelle (verwaltet von Professor Dr. Albert Osterrieth, Berlin), ein Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker.

Der wissenschaftlichen und technischen Fortbildung der Mitglieder dienen Vorträge und Erörterungen auf den jährlich in der Pfingstwoche stattfindenden Hauptversammlungen und den zahlreichen Versammlungen der 19 Bezirksvereine, die Vereinszeitschrift und die in Bildung begriffenen Fachabteilungen, die zugleich die Vorbereitungen für die internationalen Kongresse durchführen sollen.

Eine jüngere Organisation ist der

Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands e. V. Sitz: Plauen i. V. — Vorsitzender: Hofrat Dr. Forster, Plauen i. V. — Geschäftsführender Beamter: kein Beamter angestellt; die Leitung des Verbandes erfolgt von einem Ausschusse im Ehrenamte. — Unterabteilungen: Bezirksverein Hannover, Vorsitzender Dr. Treumann, Hannover; Preußischer Bezirksverein, Vorsitzender: Dr. Treumann, Hannover; Berliner Bezirksverein, Vorsitzender: Dr. Herzfeld, Berlin NW 6, Charitéstraße 4. — Mitgliederzahl: 248. — Etat: 1906. Einnahmen: 6149,49 M. Ausgaben: 5584,36 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für öffentliche Chemie“. Redaktion Dr. Riechelmann, Plauen i. V.

Der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands wurde im Jahre 1896 gegründet. Er bezweckt die Vertretung der Interessen des Standes der selbständigen öffentlichen Chemiker Deutschlands und verfolgt diesen Zweck unter anderem: durch Förderung wissenschaftlicher Forschungen auf dem Tätigkeitsgebiete der selbständigen öffentlichen Chemiker; durch Ausarbeitung und Festsetzung einheitlicher Untersuchungs- und Beurteilungsmethoden von Untersuchungsgegenständen; durch energisches Eintreten für alle gerechten Berufsinteressen seiner Mitglieder gegen jede diese schädigende Einrichtung oder Maßregel. Ordentliches Mitglied kann nur der Inhaber eines öffentlichen Laboratoriums werden, außerordentliche Mitglieder können Vertreter des Handels, der Industrie und der Gewerbe sowie der öffentlichen Gesundheitspflege sein, ebenso Korporationen derselben, alle diese, soweit sie mit den Tätigkeitsgebieten der selbständigen öffentlichen Chemiker Deutschlands in Verbindung stehen. Im Jahre 1903 ließ sich der Verband in das Vereinsregister eintragen. Zur Förderung der Interessen des Verbandes wurde die „Zeitschrift für öffentliche Chemie“ gegründet, die jetzt Eigentum des Verbandes ist.

Die Satzung bestimmt gewisse Pflichten der Mitglieder, namentlich auch bezüglich der Ausübung der Berufstätigkeit. Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, den Bestimmungen der Satzungen nachzukommen, sich im Falle einer Anklage vor dem Ehrengerichte zu verantworten und sich diesem Urteile, bzw. dem der Hauptversammlung bedingungslos zu unterwerfen.

Die Erfolge des Verbandes bestehen darin, daß er für den Stand der selbständigen öffentlichen Chemiker Deutschlands, einem der jüngsten der freien akademischen Berufsstände, Standesbegriffe herausgebildet hat, die sowohl im Interesse der einzelnen Verbandsmitglieder als auch im Interesse der Allgemeinheit liegen. Die von den meisten preußischen Handelskammern angenommenen Vorschriften über die Vereidigung und öffentliche Anstellung von Handelschemikern sind unter reger Teilnahme des Verbandes ausgearbeitet und Mißstände, die sich bei der Ausführung da oder dort gezeigt hatten, durch die Vermittlung der Verbandsleitung abgestellt worden.

Der Verband hat mit dem Verein Deutscher Chemiker, mit der Freien Vereinigung Deutscher Nahrungsmittelchemiker und der Deutschen Chemischen Gesellschaft zusammen einen gemeinsamen „Ausschuß zur Wahrung der Interessen des Chemikerstandes“ eingesetzt.

Noch zwei verwandte Organisationen sind zu nennen, nämlich

Deutscher Apotheker-Verein. Sitz: Berlin C, Neue Friedrichstraße 43. — Vorsitzender: Dr. Heinrich Salzmann, Apothekenbesitzer, Wilmersdorf-Berlin W, Joachimsthaler Straße 22/23. — Geschäftsführender Beamter: Willy Wobbe, Apotheker. — Unterabteilungen: Der Verein ist in Kreise eingeteilt, deren Zahl im Januar d. J. 78 betrug. — Mitgliederzahl: Rund 4200. — Etat: Der Verein besitzt: 1. eine Vereinskasse, Einnahmen 1906 rund 75 000 M., davon Mitgliederbeiträge rund 57 000 M. Ausgaben 1906 rund 65 000 M. 2. Zwei Unterstützungskassen. 3. Eine Stipendienkasse. 4. Ferner besitzt bzw. verwaltet der Verein eine Pensionszuschußkasse und 16 Stiftungen. Aus 2—4 sind 1906 vergeben worden: Unterstützungen und Pensionen rund 25 000 M., Stipendien und Prämien rund 4300 M. Das Gesamtvermögen dieser Kassen und Stiftungen beträgt z. Z. rund 800 000 M. — Publikationsorgan: „Apotheker-Zeitung“ Berlin C, Neue Friedrichstraße 43, Redaktion: W. Wobbe.

Der Verein ist im Jahre 1872 aus der Vereinigung des norddeutschen und des süddeutschen Apothekervereins entstanden. Der erstere, der als der Vorläufer des D. A.-V. anzusehen ist, wurde im Jahre 1820 in Minden gegründet.

Der Verein bezweckt innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches Pflege, Förderung und Vertretung der Interessen des deutschen Apothekerstandes. Der Verein stellt sich folgende Aufgaben: Die Fortbildung der Pharmazie zu fördern durch Herausgabe einer wissenschaftlichen Vereinszeitschrift, des unter Leitung von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. E. Schmidt in Marburg a. L. u. Geh. Medizinalrat Pr. Dr. H. Beckurts in Braunschweig stehenden „Archivs der Pharmazie“ und der Vereinszeitung „Apotheker-Zeitung“, die sittlichen, gesellschaftlichen und materiellen Interessen des Apothekerstandes zu wahren und hilfsbedürftige Fachgenossen bzw. die Familien derselben zu unterstützen und strebsamen Gehilfen durch Stipendien das Studium zu erleichtern sowie Gehilfen und Lehrlingen

durch Prämien für gute wissenschaftliche Arbeiten eine anregende Anerkennung zu gewähren. Außerdem gibt der Verein den „Jahresbericht der Pharmazie“, bearbeitet von Geh. Medizinalrat Professor Dr. H. Beckurts und die „Vierteljahresschrift für praktische Pharmazie“ (Redaktion: H. Salzmann und W. Wobbe) heraus.

Aus Mitgliedern des Vereins besteht die von ihm begründete „Handelsgesellschaft deutscher Apotheker m. b. H.“ zu Berlin mit einem Stammkapital von rund 2½ Millionen Mark und einem Umsatz von 5 Millionen Mark im Geschäftsjahre 1906.

Deutscher Drogistenverband von 1873 E. V. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: Eduard Hochbaum in Berlin-Zehlendorf-Wannseebahn. — Geschäftsführender Beamter: Hch. Norrenberg, Verbandssekretär, Berlin-Zehlendorf. — Mitgliederzahl: 2150 (1902).

Der Verband wurde bereits im Jahre 1873 gegründet. Er bezweckt die Wahrung der Interessen des Drogistenstandes sowie die Hebung und Verbreitung der Fachkenntnisse.

Der Verband hat das Protektorat über die staatlich subventionierte Drogistenakademie in Braunschweig. Er besitzt zwar keine Zweigvereinsorganisation; die Mitglieder aller lokalen Drogistenvereinigungen sind aber zugleich Mitglieder des Verbandes.

XIII.

Gas, Wasser, Acetylen.

Die älteste Organisation in dieser Branche ist der

Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern E. V. Sitz: Berlin NW 21, Alt-Moabit 91/92. — Vorsitzender: J. Nolte, Generaldirektor der Neuen Gas-Aktiengesellschaft in Berlin NW, Helgoländer Ufer 5. — Geschäftsführender Beamter: für den technischen Teil: Generalsekretär Geheimer Hofrat Professor Dr. Bunte, Karlsruhe, Baden, Nowacksanlage 13; für die allgemeine Verwaltung: K. Heidenreich, Direktor der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke, Berlin NW, Alt-Moabit 91/92. — Unterabteilungen: Märkischer Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 182 Mitglieder, Vorsitzender: E. Körting, Berlin, Gitschiner Straße 19. Mittelrheinischer Gas- und Wasserfachmänner-Verein, 226 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor F. Kuckuk, Heidelberg, Gaswerk. Verein der Gas- und Wasserfachmänner Schlesiens und der Lausitz, 145 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor Goerisch, Schweidnitz i. Schles., Gas- und Wasserwerk. Verein der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfachmänner Rheinlands und Westfalens, 378 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor H. Prenger, Köln a. Rh., Rosenstraße 32. Bayerischer Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 149 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor H. Ries, München, Gaswerk. Baltischer Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 147 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor M. Sorge, Thorn, Gaswerk. Verein Sächsisch-Thüringischer Gas- und Wasserfachmänner, 184 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor C. Achtermann, Annaberg i. Sa., Gaswerk. Niedersächsischer Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 136 Mitglieder, Vorsitzender: Direktor Dr. Leybold, Hamburg. Kurze Mühren 22. — Mitgliederzahl: 1019. — Etat: Einnahmen u. a.: Vereinsbeiträge und Aufnahmegebühren 16000 M., Außerordentliche Beiträge für wissenschaftliche Zwecke 12500 M., Beitrag des Verlags der Vereinszeitschrift 10000 M., Lehr- und Versuchs-Gasanstalt 21500 M., Zusammen 63100 M. Ausgaben u. a.: Generalsekretär und Geschäftsführer 4500 M., Jahresversammlung, Verhandlungsberichte, Lehr- und Versuchs-Gasanstalt 21500 M., Gasstatistik 2800 M., Wasserstatistik 3800 M., Zusammen 63100 M. — Publikationsorgan: „Journal für Gasbeleuchtung und Wasserversorgung“, Verlag: R. Oldenbourg, München, Redaktion: Dr. H. Bunte, Karlsruhe, Baden.

Als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bei der zunehmenden Bedeutung der Gasbeleuchtung das Bedürfnis eines einheitlichen Strebens zur Vervollkommnung der Gasfabrikation sich geltend machte, wurde in Frankfurt a. M. am 21. Mai 1859 ein „Verein Deutscher Gasfachmänner und Bevollmächtigter deutscher Gasanstalten“ gegründet. Zweck und Aufgabe des Vereins war die Veranstaltung von alljährlich sich wieder-

holenden Versammlungen zur Besprechung der gemeinschaftlichen Interessen aller deutschen Gasfabriken; Vornahme von gastechnischen Untersuchungen und Versuchen, sowie Stellung von Preisfragen über Gegenstände, welche für das Gasfach Interesse boten und zur Verbesserung der Gaserzeugung nötig waren. — Am 29. Mai 1869 wurden die Behandlung der städtischen Wasserversorgungen und am 30. Mai 1876 die Fragen der städtischen Entwässerungen unter die Vereinsaufgaben aufgenommen. Der Verein änderte hiernach mehrmals seinen Namen. Die Bezeichnung „Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern“ führt er seit dem 19. Juni 1882. — Als Organ zur Verfolgung der Vereinszwecke und für Veröffentlichungen des Vereins dient seit dem Jahre 1861 das bereits im Jahre 1858 gegründete „Journal für Gasbeleuchtung und verwandte Beleuchtungsarten“, das seit dem Jahre 1870 nach entsprechender Änderung des Titels auch die Wasserversorgung behandelt.

Der Verein, welcher bei seiner Gründung nur aus einem kleinen Kreise von Gasfachmännern und fachverwandten Firmen bestand, zählt heute über 1000 Mitglieder, darunter zahlreiche städtische Werke, Gesellschaften und Korporationen. Die 8 Zweigvereine unterstützen die Bestrebungen des Hauptvereins. In vielen Fachfragen haben die Verhandlungen, Untersuchungen und Versuche des Vereins nicht nur fördernd gewirkt, sondern sind vielfach anregend zu Verbesserungen und Neuerungen wichtigster Art gewesen. Folgende Kommissionen bezeichnen sein Arbeitsgebiet: Lichtmeßkommission, Gasmesserkommission, Heizkommission, Kommission für Normalien, Erdstromkommission, Kommission für Gasbehälter-Normalien, Unterrichtskommission, Kommission für den Betrieb von Wasserwerken, Kommission für das Deutsche Museum. Der gewaltige Aufschwung, den die Gasindustrie namentlich in den letzten drei Jahrzehnten genommen hat, ist nicht zum kleinen Teil den fördernden Bestrebungen des Vereins und seiner technischen und wissenschaftlichen Kommissionen sowie der Tätigkeit seiner Zweigvereine zu verdanken. Wiederholt ist er auch auf die Gesetzgebung nicht ohne Einfluß gewesen.

Der Verein bildete seinerzeit eine wesentliche Grundlage für die Organisation der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke.

Im Geschäftsjahr 1907/08 hat er eine Lehr- und Versuchs-Gasanstalt in Karlsruhe ins Leben gerufen, deren Etat mit 21500 M. in Aussicht genommen ist.

Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Gaswerke.
Sitz: Köln a. Rh., Domstraße 33. — Vorsitzender: H. Söhren, Direktor des Gas- und Wasserwerks, Bonn a. Rh. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Paul Steller, Köln, Domstraße 33. — Mitgliederzahl: 137. — Etat: 4500 M.

Die Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Gaswerke wurde im Jahre 1889 vom Verein rheinischer Gas- und Wasserfachmänner, einer Unterabteilung des oben genannten deutschen Gesamtvereins, errichtet. Die Aufgabe der Vereinigung besteht hauptsächlich in regelmäßigen monatlichen Nachweisungen über den Verkauf von Nebenerzeugnissen seitens der Mitglieder in einer durch Umdruck hergestellten tabellarischen Übersicht, die nur den Mitgliedern zugeht, und in Verständigung über die Preise der Nebenerzeugnisse, insbesondere des Gaskoks und über etwaige vorteilhafte Einkäufe des Rohstoffs (Gaskohle)*).

*) Während der Drucklegung kommt die Nachricht, daß diese lose Vereinigung 1907 aufgelöst sei.

Anfang des Jahres 1904 ging aus dieser Vereinigung eine zweite Vereinigung gleichen Namens als Aktiengesellschaft hervor, deren Aktien sich ausschließlich im Besitz der beteiligten Gaswerke befinden.

Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke, Aktiengesellschaft. Sitz: Köln a. Rh., Deutscher Ring 2. — Aufsichtsrat: Direktor Söhren, Vorsitzender, Bonn, Beigeordneter Baurat Blessinger, stellvertretender Vorsitzender, Elberfeld, Beigeordneter Gersdorf, Essen a. d. Ruhr, Oberbürgermeister Dr. Lembke, Mülheim a. d. Ruhr, Bürgermeister Ritter, Mannheim und I. Bürgermeister Dr. Johansen, Minden i. W. — Beirat: 17 Betriebsleiter. — Vorstand: Direktor Gustav Möllers. — Mitgliederzahl: 120 Werke. — Aktienkapital: 60000 M. (Nennwert 200 M.; Namensaktien). Eingezahlt 25 v. H. — Etat: jährlich 50000 M. Bankverbindung: Sal. Oppenheim jr. & Co. in Köln.

Die Aktiengesellschaft begann ihre Tätigkeit am 1. Januar 1905. Diese Aktiengesellschaft bildet ein Syndikat behufs Verkaufs des Gaskoks ihrer Mitglieder (Kokssyndikat) und hat inzwischen auch den gemeinsamen Verkauf anderer Nebenerzeugnisse der Mitglieder in den Bereich der Tätigkeit gezogen. Nach einheitlichen zwingenden Bedingungen besorgt sie den Verkauf von Gaskoks der Gesellschaftswerke, auf Grund freiwilliger Vereinbarungen den Verkauf von Teer, Ammoniak, Retortengraphit, ausgebr. Gasreinigungsmasse und den Einkauf von Materialien: Kohlen, Glühlichtteile und dergl. Der in fortschreitender Entwicklung zu erreichende Zweck ist eine gemeinsame Verkaufsstelle für das Deutsche Reich und Schaffung einer Interessenvertretung der deutschen Gaswerke.

Ähnliche Organisationen waren auch früher schon entstanden, so die

Wirtschaftliche Vereinigung von Gaswerken. Sitz: Frankfurt a. O. — Vorsitzender: Dr. Hipper, Direktor, Frankfurt a. O. — Mitgliederzahl: 97 Werke.

Die Vereinigung wurde 1897 gegründet. Auch ihr Zweck sollte in erster Linie die angemessene Verwertung der beim Betriebe der Gaswerke sich ergebenden Nebenerzeugnisse sein; ferner die Erteilung von Ratsschlägen beim Ankaufe der Rohmaterialien sowie Belehrung der Mitglieder durch Erfahrungsaustausch über die Verwendung von Apparaten, Gasmessern, Werkzeugen, feuerfesten Materialien und dergl. mehr, auch kann durch Beschluß der Vereinigung die Tätigkeit eine entsprechende Erweiterung erfahren (durch Preisaufgaben usw.); es wurde etwa nicht beabsichtigt, mit der Bildung der Vereinigung ein Preissyndikat oder eine feste Preiskonvention zu schaffen, „weil die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen erhalten bleiben muß“.

Diese Vereinigung ist jedoch ebenso wie die folgenden drei loserer Natur: Wirtschaftliche Vereinigung sächsisch-thüringischer Gaswerke in Crimmitschau (Vorsitzender Direktor E. Döhnert), Wirtschaftliche Vereinigung von Gaswerken in Bremen (Vorsitzender Direktor Büscher), Wirtschaftliche Vereinigung schweizerischer Gaswerke in Zürich (Vorsitzender Direktor Weiß).

Die wichtigste Produzentenorganisation für alle diese Vereine ist natürlich das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat.

Wesentlich technischen Charakters ist der

Deutsche Azetylenverein. Sitz: Berlin SW, Wilhelmstraße 9. — Vorsitzender: Geheimer Hofrat Professor Dr.

O. Dieffenbach, Darmstadt. — Geschäftsführender Beamter: Professor Dr. J. H. Vogel, Berlin. — Mitgliederzahl: 250. — Etat: ca. 10000 M. Jahreseinnahmen, denen ca. 9000—9500 M. Ausgaben gegenüberstehen. Ordentliche Mitglieder zahlen einen Beitrag von 20 M., wissenschaftliche Institute sowie deren Leiter und Assistenten 10 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Kalziumkarbid-Fabrikation, Azetylen- und Klein-Beleuchtung“.

Der Verein wurde am 27. November 1898 gegründet, und zwar wesentlich von Mitgliedern kleinerer Azetylenvereine, die sich auflösten. Er bezweckt die Förderung der Kalziumkarbid- und Azetylenindustrie in ihren wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Dieses Ziel sucht der Verein zu erreichen: durch Abhaltung von Versammlungen, eventuell in Verbindung mit Fachausstellungen; durch Herausgabe einer Vereinszeitschrift; durch Bearbeitung der verschiedensten, für die Karbid- und Azetylenindustrie wichtigen Fragen in einem Ausschusse; durch Verhandlungen mit Behörden und solchen privaten oder öffentlichen Vereinen, Korporationen oder Gesellschaften, die direkt oder indirekt einen Einfluß auf das Gedeihen der Karbid- und Azetylenindustrie ausüben können; durch Erteilung von Rat und Auskünften an seine Mitglieder sowie an staatliche und sonstige Behörden; durch Entfaltung einer energischen, sachgemäßen Propaganda für das Azetylenlicht und durch Aufklärung des Publikums und neuerdings auch durch Vornahme der von der preußischen Regierung anerkannten Prüfung von Azetylenapparatetypen.

Der Verein steht ferner im Begriff, sich ein eigenes wissenschaftliches Laboratorium für Karbid- und Azetylenuntersuchungen einzurichten.

XIV.

Steine und Erden; Baugewerbe.

Verein Deutscher Marmorwerke. Sitz: Kiefersfelden (Oberbayern). — Vorsitzender: Kommerzienrat W. Kröner, Kiefersfelden (Oberbayern). — Geschäftsführender Schriftführer: Aug. Stuckmann, Teilhaber der Firma Deus & Co., Langenfeld (Rheinland). — Mitgliederzahl: 15 größere Firmen.

Der Verein Deutscher Marmorwerke besteht seit dem Jahre 1894. Sein Zweck ist, den deutschen Marmormarkt den inländischen Marmorwerken zu sichern und im besonderen zur Erreichung dieses Zweckes die Erhaltung der bisherigen Zölle, oder wenn es nötig erscheint, deren eventuelle Erhöhung, wie eine allgemeine Verbesserung der geschäftlichen Lage anzustreben, deshalb hat er seine Tätigkeit auch mit Erfolg der Regelung der Preise zugewendet. Durch die Einführung von festen Minimalpreisen für rohe Marmorplatten in den gangbarsten Sorten ist der ganzen Branche eine bestimmte Basis gegeben worden. Der Verein will besonders in dieser Richtung energisch weiter arbeiten. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Verband der deutschen Schieferindustriellen. Sitz: Frankfurt a. M., Weißfrauen-Straße 5. — Vorsitzender: Aug. Kreuser, Frankfurt a. M., Weißfrauen-Straße 5. — Mitgliederzahl: 37 (1902).

Gegründet: 7. November 1897. Zweck: Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Dachschieferindustrie.

Verband der deutschen Pflaster- und Hartsteinindustriellen. Sitz: Berlin W 30, Motzstraße 61. — Vorsitzender: Regierungsbaumeister D. Roscher, Dresden. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Georg Wasner, Berlin W 30, Motzstraße 61. — Mitgliederzahl: 130 Firmen mit ca. 50 000 Arbeitern und ebensoviel Hilfsarbeitern.

Gegründet 1894. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen, Abwehr ausländischer Konkurrenz, Hebung des Exports, Erreichung gleichmäßiger Preisverhältnisse bzw. günstigerer Frachten.

Als reine Konventionen seien genannt: Konvention linksrheinischer Schwemmsteinfabrikanten, Coblenz. Konvention rechtsrheinischer Schwemmsteinfabrikanten, Neuwied. Rheinischer Schwemmstein-Verkaufsverein, G. m. b. H., Neuwied. Konvention sächsischer Elbsandsteinbruchinhaber, Dresden. Vorwohler Asphalt syndikat, G. m. b. H., Hannover.

Ferner gibt es einen „Arbeitgeberverband für das deutsche Steinsetzgewerbe“ in Berlin und einen gleich-
tätigen „Bund deutscher Steinsetzerinnungen“.

Ausschließlich technische Zwecke verfolgt der

Deutscher Verein für Ton-, Zement- und Kalk-
industrie, E. V. Sitz: Berlin NW 21, Dreysestraße 4. — Vor-
sitzender: Albert March, Charlottenburg, Sophienstraße 29/31. —
Geschäftsführende Stelle: „Tonindustrie-Zeitung“. — Schrift-
führer: Dr. H. Hecht, Kaiserlicher Regierungsrat a. D.,
Berlin NW 21. — Mitgliederzahl: ca. 1200. — Etat: ca.
37 000 M. und Reservefonds von 15 000 M.

Der Verein wurde 1864 gegründet. Er bezweckt die technische
Vervollkommnung der Fabrikation von Ziegeln, Tonwaren, Kalk und
Zement. Auf seine Veranlassung und unter seiner finanziellen Beihilfe
ist die staatlich subventionierte städtische Zieglerschule in Lauban im
Jahre 1894 gegründet worden. Der Verein veranstaltete im Jahre 1905
die Erste Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung und wird im Jahre
1910 eine zweite Ausstellung in Berlin abhalten. Mitglied des Zentral-
verbandes deutscher Industrieller.

Als Spezialvereine sind zu nennen:

Verein deutscher Kalkwerksbesitzer. Sitz: Berlin. — Vor-
sitzender: Direktor E. Illgner, Oppeln. — Mitgliederzahl: 168.
Mitglied des Bundes der Industriellen.

Verein deutscher Portlandzement-Fabrikanten E. V. Sitz:
Heidelberg. — Vorsitzender: Kommerzienrat Schott, Heidel-
berg. — Geschäftsführender Schriftführer: Direktor Siber,
Stettin-Bredow. — Mitgliederzahl: 90. — Etat: Einnahmen
ca. 80 000 M. Ausgaben ca. 30 000 M. Mitglied des Zentral-
verbandes deutscher Industrieller.

Deutscher Gipsverein E. V. Sitz: Berlin NW 21,
Dreysestraße 4. — Vorsitzender: Fabrikbesitzer L. Deibel, Bad
Sachsa a. H. — Mitgliederzahl: Etwa 50 Gipsfabriken Deutsch-
lands und Österreichs. — Etat: Der Jahresbeitrag richtet
sich nach der Höhe der im vergangenen Jahre hergestellten
Gipsmenge. Der Beitrag beträgt bei einer Herstellungsmenge
bis 300 Waggons 10 M., von 301—500 Waggons 20 M., von
501—1000 Waggons 40 M., von 1001—2000 Waggons 75 M.,
von 2001—4000 Waggons 150 M., von 4001—6000 Waggons
200 M., von über 6000 Waggons 300 M. Außerordentliche
Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 10 M. — Pu-
blikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin NW 21, Dreyse-
straße 4.

Der Deutsche Gipsverein wurde am 18. September 1899 in Cassel
gegründet. Ordentliches Mitglied kann jeder Besitzer oder Pächter, bzw.
bei Gesellschaften jedes Vorstandsmitglied eines deutschen Gipswerkes,
welches rohen oder gebrannten Gips jeder Art herstellt, werden.

Bei allen Abstimmungen entfallen auf 10 M. Beitrag 1 Stimme, bei 20 M. Beitrag 2 Stimmen, bei 40 M. Beitrag 3 Stimmen, bei 75 M. Beitrag 5 Stimmen, bei 150 M. Beitrag 7 Stimmen, bei 200 M. Beitrag 9 Stimmen, bei 300 M. Beitrag 10 Stimmen.

Zweck des Vereins ist die Förderung gemeinsamer Interessen, vorzugsweise in fachwissenschaftlicher Richtung. Als Mittel zur Erreichung des Zieles dienen Versammlungen, auf denen fachtechnische Vorträge gehalten werden, sowie gemeinsame Besprechungen.

Die Geschäfte des Vereins werden von einem geschäftsführenden Ausschuß besorgt.

Verein der Kalksandsteinfabriken E. V. Sitz: Berlin; Geschäftsstelle: Wilmersdorf, Bingerstraße 43. — Vorsitzender: Julius Becker, Bankier, Halle a. S., Martinsberg 3. — Geschäftsführender Beamter: Georg Beil, Ingenieur, Wilmersdorf, Bingerstraße 43. — Mitgliederzahl: 1 Ehrenmitglied, 4 beratende, 69 ordentliche, 24 außerordentliche Mitglieder. — Etat: Einnahmen u. a.: Bestand Mindestdruckfestigkeitskonto, Beiträge ordentlicher Mitglieder 4533,30 M., Beiträge außerordentlicher Mitglieder 1330,30 M., Sa. 7681,25 M. Ausgaben u. a.: Geschäftsstelle 541,68 M., Unkosten der Jahresversammlung 865,75 M., Mindestdruckfestigkeitsprüfungen 1979,41 M., Versuche 844 M., Mitgliederwerbung, Druck-, Rechtsanwalts- und Bureaukosten 1736,30 M. — Publikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin.

Der Verein der Kalksandsteinfabriken E. V. wurde 1900 auf Betreiben des jetzigen Geschäftsführers gegründet, um die Kalksandsteinfabriken, welche „durch gewissenlose Erfinder, Maschinenfabrikanten und die Verdächtigungen einzelner Ziegeleibesitzer ständig beunruhigt wurden“, zu sammeln und zu gemeinschaftlicher Abwehr der Angriffe und planmäßiger Förderung der Kalksandsteinindustrie anzuhalten.

Besonders wirksam zeigte sich der Beschluß, daß nur solche Fabriken Mitglieder bleiben bzw. werden können, deren Erzeugnisse eine Mindestdruckfestigkeit von 140 kg/qcm besitzen; deshalb sind die Fabrikate der Mitglieder einer ständigen Kontrolle seitens des Vereins unterworfen.

Dank einer großen Anzahl von Versuchen, die auf Veranlassung des Vereins vom kgl. Materialprüfungsamt zu Groß-Lichterfelde ausgeführt wurden, wurden die Eigenschaften der Kalksandsteine festgestellt und diese wiederum zu Eingaben an die maßgebenden Behörden verwendet; der Erfolg war, daß heute die Kalksandsteine allgemein zu allen Bauten zugelassen sind.

Gegen „Verleumder der Kalksandsteine“ wurde gerichtlich eingeschritten und bisher in allen Fällen, die zur Erledigung kamen, obsiegende Urteile erlangt.

Deutscher Beton-Verein (E. V.). Sitz: Biebrich a. Rh. — Vorsitzender: Eugen Dyckerhoff, Kgl. Kommerzienrat, Biebrich a. Rh., stellvertretender Vorsitzender: Albert Eduard Toepffer, Kgl. Kommerzienrat, Stettin, Schriftführer; Alfred Hüser, Fabrikant, Oberkassel, Siegstraße. — Mitgliederzahl: 225.

Gegründet: 1898. Zweck: Förderung der gemeinsamen fachwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Mitglieder.

Zementwarenfabrikanten-Verein Deutschlands E. V. Sitz: Berlin NW 21, Dreysestraße 4. — Vorsitzender: Emil

Wutke, Fabrikbesitzer, Guben. — Geschäftsführender Schriftführer: E. Cramer, Berlin NW 21, Dreysestraße 4. — Mitgliederzahl: 180 mit 1000 bis 1500 Arbeitern.

Gegründet unter dem Namen „Verein der Zementdachsteinfabrikanten Deutschlands“ am 19. März 1901. Zweck: Förderung der Fabrikation von Zementwaren und aller gemeinsamen Interessen. Der Verband nimmt auch Ausländer als Mitglieder auf.

Als Konventionen in der Zementindustrie seien genannt: Rheinisch-Westfälisches Zementsyndikat, G. m. b. H., Bochum. Aktiengesellschaft Nordwest-Mitteldeutsches Portland-Zementsyndikat, Hannover. Verkaufsvereinigung hannoverscher Portland-Zementfabriken, Hannover. Verkaufsverein mitteldeutscher Zementwerke, G. m. b. H., Halle. Verkaufsverein unterelbischer Zementwerke. Süddeutsche Zementverkaufsstelle, G. m. b. H., Heidelberg. Verband Schlesischer Portland-Zementfabriken, Oppeln.

Als Konventionen in der Kalkindustrie seien genannt: Vereinigte Süddeutsche Kalkwerke, G. m. b. H., Bruchsal. Verkaufsstelle der Diesdorfer und Metzerrwieser Kalkwerke, Diesdorf i. Lothr. Verkaufsverein für Grau- und Weißkalk, G. m. b. H., Diez a. d. L. Verkaufsverein westfälischer Kalkwerke, G. m. b. H., Dortmund. Verband Hannoverscher Kalkwerke, G. m. b. H., Hannover. Preisvereinigung, Kauffung a. d. Katzbach. Verkaufsvereinigung Oberschlesischer Kalkwerke, G. m. b. H., Oppeln. Verkaufsverein für Obermoseler Kalksteine, G. m. b. H., Palzern. Verkaufsvereinigung Bayerischer Kalkwerke, G. m. b. H., Regensburg. Westdeutsche Kalkwerke, G. m. b. H., St. Ingbert.

Eine umfassende wirtschaftliche Interessenvertretung der Tonindustrie fehlte also; sie entstand im

Verband deutscher Tonindustrieller, eingetragener Verein. Sitz: Berlin NW 5, Stephanstraße 50. — Vorsitzender: Gustav Evers, Fabrikbesitzer, Halensee, Kurfürstendamm 130 II. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Max Fiebelkorn, Berlin NW 5, Stephanstraße 50. Schriftführer und Vorstandsmitglied. — Mitgliederzahl: 968. — Etat: Einnahmen ca. 18000 M. Haben u. a.: Bureaukosten 5581,70 M., Vereinsbeiträge 500,05 M., Gehälter 5015 M. Soll u. a.: Versicherungen: 3033,31 M., Mitgliederbeiträge 10752,92 M. Verbandsvermögen 5602,45 M. — Publikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin NW 21.

Wirtschaftliche Fragen sollten in den schon seit vielen Jahren bestehenden großen Ziegeleibesitzervereinen technischen Charakters, dem jetzigen Deutschen Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie E. V. und dem in ihn später aufgegangenen Deutschen Ziegler- und Kalkbrenner-Verein wiederholt besprochen werden, doch lehnten die Vorstände dahin zielende Anträge fast regelmäßig ab, da die Satzungen der Erörterung wirtschaftlicher Fragen in den Hauptversammlungen widersprachen. Die Ziegelindustrie sah aber, wie in anderen Industriezweigen Verkaufsvereinigungen entstanden und welchen Nutzen sie schufen. Hier und dort fanden sich Männer, die auch in der Ziegelindustrie auf Gründung von Verkaufszentralen drängten, und man versuchte, die hier erzielten Erfolge in den Versammlungen zum Nutzen aller zu besprechen. Seit 1894 finden wir daher auf den Tagesordnungen der Hauptversammlungen der beiden großen Zieglervereine Themata über das Wesen, die Ziele und die Erfolge der Verkaufsvereinigungen verzeichnet. In den nächsten

Jahren mehrten sich die Anregungen, den wirtschaftlichen Fragen in den Versammlungen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bald kam ein neuer Anstoß, indem eine Anzahl großer Haftpflicht- und Unfallversicherungs-Gesellschaften den Vereinen den Abschluß von Verträgen anbot, die den Mitgliedern erhebliche Vorteile in verschiedenster Richtung sicherten; dies war eine wirtschaftliche Frage von größter Bedeutung, zu der Stellung genommen werden mußte. Beide Zieglervereine wählten daher wirtschaftliche Ausschüsse, deren Mitglieder zum Teil beiden Ausschüssen gemeinsam angehörten. Bald strebte alles der Schaffung eines neuen Vereins zu. Julius Matern nahm die Vorarbeiten in die Hand. Am 20. Februar 1897 traten die sämtlichen Ausschußmitglieder zu einer Sitzung zusammen, und hier wurde die Gründung des Verbandes deutscher Tonindustrieller beschlossen.

Als sein Ziel wurde die wirtschaftliche Hebung und Förderung der deutschen Tonindustrie bezeichnet. Die Ausschüsse der beiden Vereine lösten sich daraufhin auf und ihre Mitglieder traten zum größten Teil in den Vorstand des neuen Vereins über. Die „Tonindustrie-Zeitung“ wurde bald darauf zum Vereinsorgan gewählt. Von den Aufgaben, welche gleich zu Anfang der Bearbeitung durch den Verband unterlagen, sind besonders folgende zu nennen: Beschäftigung russischer und galizischer Arbeiter auf Ziegeleien, Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter auf Ziegeleien und Schamottefabriken, Abwehr der Einfuhr schwedischer Klinker in Deutschland, Abwehr von Schäden, welche durch die Schankkonzession der Ziegelmeister herbeigerufen werden, und Mitarbeit an den Handelsverträgen. Besondere Beachtung schenkte der Verband der Regelung der Arbeiterverhältnisse in Deutschland, und er glaubte, dieselbe am besten dadurch herbeiführen zu können, daß er einen eigenen Arbeitsnachweis gründete, welcher ursprünglich der Geschäftsstelle unterstand, infolge seines Anwachsens jedoch bald von ihr abgetrennt wurde. Der Arbeitsnachweis vermittelte Arbeiter und Meister jeder Art sowie kaufmännische und technische Angestellte, mußte aber nach ca. 1½ Jahren wieder aufgelöst werden. In der Folgezeit beschäftigte sich der Verband besonders mit folgenden Fragen ausführlich, soweit die Ziegelindustrie davon berührt wird: Gewerbeinspektion, Ziegeleib Berufsgenossenschaft, Frachtverkehr auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, Submissionswesen, Versicherungswesen. Ferner wurden Verträge mit einer Anzahl Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, auf Grund deren den Verbandsmitgliedern besondere Vergünstigungen zugesichert wurden. Auch die Gründung von Verkaufsvereinigungen suchte er nachdrücklich und mit Erfolg zu fördern. Die Arbeiten des Verbandes sind im einzelnen geschildert in dem „Bericht über die Tätigkeit in den verflossenen zehn Jahren“ von Dr. Max Fiebelkorn, Berlin 1907. Der Verein ist u. a. dem Bund der Industriellen und Zentralverband deutscher Industrieller körper-schaftlich angeschlossen.

Zu dem Verbande gehört die Sektion der Dachziegel-fabrikanten, die aber einen Verein für sich darstellt. Vorsitzender: Direktor Reinhold Sturm, Freiwaldau, Bezirk Liegnitz. — Schriftführer: Dr. Max Fiebelkorn, Berlin NW 5, Stephanstraße 50. — Mitgliederzahl: 68. — Publikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin NW 21.

In demselben Verhältnis zum Verbande deutscher Tonindustriellen steht der

Verein der Fabrikanten gelochter poröser Tonwaren. Sitz: Berlin NW 5, Stephanstr. 50. — Vorsitzender:

Assessor von Lewinski, Weißwasser O.-L. — Geschäftsführender Schriftführer: Dr. Fiebelkorn. — Mitgliederzahl: 59. — Publikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin NW 21.

Nachdem sich der Verband deutscher Tonindustrieller auf von verschiedenen Seiten erfolgte Anregung hin mit dem Gedanken der Gründung einer Verkaufsvereinigung der Fabrikanten gelochter poröser Tonwaren vertraut gemacht hatte und die Angelegenheit durch einen Ausschuß in einer Reihe von Sitzungen geklärt worden war, fand am 8. Oktober 1907 in Berlin eine Versammlung von Interessenten statt. Nach eingehender Beratung der Angelegenheit einigte man sich vorerst über gewisse allgemeine Gesichtspunkte, verschob aber bindende Beschlüsse bezüglich einer Verkaufsvereinigung auf gelegendere Zeit. Dagegen beschlossen die versammelten Interessenten einstimmig, einen „Verein der Fabrikanten gelochter poröser Tonwaren“ zu bilden, um die Fachgenossen durch wiederholt im Jahre stattfindende Zusammenkünfte miteinander bekannt zu machen und in nähere Beziehungen zueinander zu bringen.

Ein selbständiger allgemeiner Verband ist noch entstanden im Bayerischen Tonindustrieverband. Sitz: Nürnberg. — Vorsitzender: Rechtsanwalt Narr, Nürnberg. — Mitgliederzahl: 95.

Gegründet: Ende 1907. Seine Mitgliederversammlung am 20. Januar 1908 beschäftigte sich eingehend mit der Lage der heimischen Tonindustrie und speziell mit der Frage einer besseren Regulierung der Marktverhältnisse. Im Anschluß an die von einer Reihe von Verbandsmitgliedern dargelegten günstigen Erfahrungen mit lokalen Verkaufsvereinigungen der Ziegeleien wurde den Verbandsmitgliedern die Gründung solcher Vereinigungen empfohlen.

Zu den allgemeinen Vereinen kommen eine Reihe von Spezialvereinen hinzu, die zum Teil bereits als angeschlossene Vereine erwähnt wurden. Zu nennen sind noch:

Verein deutscher Tonrohrfabrikanten. Sitz: Bitterfeld. — Vorsitzender: Friedrich Polko, Bitterfeld. — Geschäftsführender Beamter: Otto Daenicke, Fabrikbesitzer, Bitterfeld. Mitgliederzahl: 47 mit ca. 9000 Arbeitern (1902).

Gegründet: 1880. Zweck: Förderung der gemeinsamen Interessen; Erlangung möglicher Einheit in den Maßen und Preisen der Fabrikate; Feststellung von allgemeinen Grundsätzen über den Verkehr mit dem Arbeiterpersonal; die Verbesserung der Lage desselben.

Verein deutscher Verblendstein- und Terrakottenfabrikanten E. V. Sitz: Berlin N 4, Kesselstraße 7. — Vorsitzender: Oskar Rother, Haynau, Schlesien. — Geschäftsführender Beamter: Karl Dümmler, Architekt, Berlin N 4, Kesselstraße 7. — Mitgliederzahl: 47. — Publikationsorgan: „Deutsche Töpfer- und Ziegler-Zeitung“ nebst der Kunstbeilage „Keramische Monatshefte“.

Gegründet: 1901. Zweck: Förderung der gemeinsamen technischen Interessen.

Verein der Blumentopffabrikanten Deutschlands. Sitz: Berlin, Dreysestraße 4. — Vorsitzender: Wilhelm Kuhlmei, Spandau. — Geschäftsführender Schriftführer: Dr. Fiebelkorn.

Gegründet am 19. Dezember 1907. Zweck: Beseitigung der bestehenden Mißstände in dem Verkauf von Blumentöpfen aller Art, Beseitigung der Schleuderpreise und der übermäßigen Kreditgewährung, Ausmerzung zahlungsunfähiger Kunden und Herbeiführung eines Normalpreises.

Verein deutscher Fabriken feuerfester Produkte E. V. Sitz: Freienwalde a. O. — Vorsitzender: Kommerzienrat Ernst Henneberg, Freienwalde a. O. — Mitgliederzahl: 90 deutsche Fabrikanten, 36 persönliche Mitglieder und ausländische Fabrikanten. — Etat: wechselnd. — Publikationsorgan: „Tonindustrie-Zeitung“.

Dem im Anfange der achtziger Jahre immer dringender werdenden Bedürfnis der Industriellen zum Austausch ihrer Erfahrungen, zur Erörterung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen und zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen nachgebend, schlossen sich am 25. Februar 1881 auch die deutschen Fabrikanten feuerfester Produkte im vorstehenden Verein zusammen. Als Mitbegründer und erster Vorsitzender widmete Rudolf Keller, in Firma Stolberger Aktien-Gesellschaft für feuerfeste Produkte, Stolberg Rhld., dem Verein eine energische Tätigkeit. Die Geschäftsführung wird außer vom Vorsitzenden von sieben Vorstandsmitgliedern, die in zweijährigem Turnus ausscheiden, ehrenamtlich verwaltet. Außer einem Geschäftsbericht und einem stenographischen Bericht über die Hauptversammlung werden Mitteilungen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Inhalts in zwangloser Folge den Vereinsmitgliedern zugestellt. In dem Verein sind fast sämtliche deutschen Fabriken feuerfester Produkte mit über 17000 Arbeitern vereinigt. Demselben gehören ferner zahlreiche Einzelpersonen, welche durch ihren Beruf den Vereinsbestrebungen nahestehen, sowie eine ganze Anzahl ausländischer Fabrikanten als außerordentliche Mitglieder an.

Alle die genannten Vereine der Ton-, Zement- und Kalkindustrie halten ihre jährliche Hauptversammlung regelmäßig in der zweiten Hälfte des Monats Februar zu Berlin im Architektenhause ab. Die Veranstaltung wird die „Tonindustrie-Woche“ genannt und ist die einzige industrielle Parallelerscheinung zu dem großen Zusammentreffen der Landwirtschafts-Vereinigungen politischen und wirtschaftlichen Charakters in der „Landwirtschaftlichen Woche“.

Diese Versamlungswoche hat unlängst Anlaß gegeben zur Gründung eines „Ausschusses der Ton-, Zement- und Kalkvereine“.

Der Ausschuß ist aus einer Ideenvereinigung des Verbandes deutscher Tonindustrieller und des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie hervorgegangen. Der Verband hatte im Jahre 1906 die Absicht gehabt, für die Vereine, die Ende Februar ihre Hauptversammlungen in Berlin abhalten, eine ständige Geschäftsstelle zu bilden, die in erster Linie die Aufgabe haben sollte, die Behörden und die Öffentlichkeit mehr als bisher auf die Februarversammlungen aufmerksam zu machen. Indessen mußte die Geschäftsstelle ihre Tätigkeit vorzeitig einstellen, da widrige Umstände mannigfaltiger Art sie an der Erreichung ihres Zieles hinderten. Der Deutsche Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie hatte andererseits den Wunsch, die Beziehungen der einzelnen Vereine untereinander inniger zu gestalten. Beide Pläne sind jetzt vereint.

Der Ausschuß setzt sich aus je zwei Vertretern der folgenden Vereine zusammen: a) Deutscher Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie E. V., b) Verband deutscher Tonindustrieller E. V., c) Verein deutscher Fabriken feuerfester Produkte E. V., d) Sektion der Dachziegelfabrikanten E. V., e) Verein deutscher Verblendstein- und Terrakottenfabrikanten E. V., f) Verein deutscher Portlandzementfabrikanten E. V., g) Deutscher Beton-Verein E. V., h) Cementwarenfabrikanten-Verein Deutschlands E. V., i) Sektion Kalk E. V., k) Verein der Kalksandsteinfabriken E. V., l) Deutscher Gips-Verein E. V., m) Verein deutscher Firmen für Schornsteinbau und Feuerungsanlagen E. V.

Sitz des Ausschusses ist Berlin. Zur Deckung der Unkosten zahlt jeder Verein jährlich einen Beitrag, der von den einzelnen Vereinen in seiner Höhe selbst festgesetzt wird.

Das Amt des Vorsitzenden (A. March) ist den Vertretern des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie, das des stellvertretenden Vorsitzenden (Dr. Müller) den Vertretern des Vereins Deutscher Portlandzementfabrikanten und das des Schriftführers (Dr. Fiebelkorn) den Vertretern des Verbandes deutscher Tonindustrieller vorbehalten.

Die jetzt wohl rund 200 zählenden Vereinigungen von Ziegeleibesitzern beschränken sich fast ausnahmslos auf örtliche Bezirke und stellen sich in erster Linie als Verkaufsvereinigungen dar.

Zur Beurteilung der Ziegelei-Organisationen sind folgende Ausführungen des Verbandes deutscher Tonindustrieller interessant: „Zunächst darf man nicht vergessen, daß die Ziegelindustrie vor noch nicht allzu langer Zeit den ersten Schritt zur Umwandlung in eine Industrie getan hat. Sie ist aus der Hausarbeit und der handwerksmäßigen Tätigkeit hervorgegangen, und erst durch die hervorragenden Arbeiten und Erfindungen von C. Schlickeysen und die von ihm herbeigeführte Benutzung von Maschinen hat sich in der Herstellung der Ziegel ein Wandel vollzogen. Tatsächlich gibt es heute eine große Menge Dampfziegeleien, in denen die Handarbeit durch die Kraft der Maschine ersetzt worden ist. Man schätzt die Zahl dieser Ziegeleien in Deutschland auf rund 5000. Andererseits ist jedoch die Zahl derjenigen Ziegeleien, in denen die Handarbeit die Herrschaft hat, immer noch sehr groß, und man wird nicht fehl gehen, wenn man sie auf mindestens 8000 in unserem Vaterlande schätzt. Arbeiten doch selbst noch in der Umgegend von Berlin bei weitem die meisten der für den Markt der Reichshauptstadt in Frage kommenden Ziegeleien mit keiner anderen Maschine als mit dem Zentraltontschneider, während die Ziegel auf diesen Werken fast durchweg noch mit der Hand gestrichen werden. Hierauf ist zurückzuführen, daß das Interesse der Besitzer dieser Werke an dem Wohlergehen der Ziegelindustrie in ihrer Gesamtheit noch verhältnismäßig gering ist. Sie vergeben die Herstellung ihrer Ware gewöhnlich an einen Meister in Akkord und haben kaum ein anderes Interesse als das, möglichst viel Geld zu verdienen. Auch für den letztgenannten Umstand können wir wieder die Umgegend von Berlin als Beispiel anführen. Die Ziegeleibesitzer haben hier einen Verein gegründet. Ihre Interessen gehen aber kaum über die Festsetzung von Preisen, die Gründung eines Syndikates und andere örtlich interessierende Fragen hinaus. Von der Bearbeitung von Fragen allgemeinerer Natur halten sie sich fern und haben dafür kaum etwas übrig, was auch daraus hervorgeht, daß gerade die Ziegeleibesitzer der Umgegend Berlins nur vereinzelt Mitglieder der großen deutschen Zieglervereine sind. Man wird begreifen, daß es nicht leicht ist, diesen Kreisen klar zu machen, welchen Wert ein großer, für die gesamte Ziegelindustrie arbeitender Verband hat. Eins unserer Hauptziele ist die Umwandlung

der Ziegelherstellung aus dem handwerksmäßigen Betriebe in den industriellen. Gewiß sollen auch in Zukunft Ziegel mit der Hand gestrichen werden, wie sie der Architekt für seine Zwecke gebraucht. Nicht soll aber mehr der Meister auf dem Werke allein wirtschaften und der Allein-sachverständige sein, sondern der Besitzer soll sich um sein Besitztum kümmern lernen, er soll begreifen, daß die Zeiten vorüber sind, in denen man von Abschreibungen, Amortisation, Berechnung der Herstellungskosten und dergleichen so gut wie nichts zu wissen brauchte. Er soll einsehen, daß das richtige Arbeiten auf der Ziegelei darin besteht, daß man sich bemüht, mit so geringen Kosten wie möglich zu arbeiten, und daß nur eine zielbewußte rationelle Tätigkeit am Ende des Jahres zu einem wirtschaftlich günstigen Abschlusse führen kann.“

Als Nichtverkaufsvereinigungen seien noch erwähnt:

Ziegeleibesitzerverein zu Berlin. Sitz: Berlin NW 5, Stephanstraße 50. — Vorsitzender: Gustav Evers, Halensee, Kurfürstendamm 130. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Emil Lehmann, Steglitz, Kieler Straße 1. — Mitgliederzahl: 153. — Etat: 3300 M.

Gegründet: 14. August 1895. Zweck: Wahrnehmung und Förderung aller gemeinsamen Interessen der Mitglieder, insbesondere durch einheitliche Regelung der Herstellungsmenge der Ziegel. Mitglied des Verbandes deutscher Tonindustrieller und des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Über das Gebiet von Bundesstaaten erstrecken sich nur drei dieser Vereine:

Verein württembergischer Ziegeleibesitzer, E. V. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: C. Kühner, Ziegeleibesitzer, Degerloch b. Stuttgart. — Geschäftsführender stellv. Vorsitzender: Otto Sixt, Cannstatt. — Mitgliederzahl: 74. (1902).

Gegründet 1891. Zweck: Vervollkommnung der Herstellung von Ziegeln und anderen in die Tonindustrie einschlagenden Erzeugnissen sowie die Förderung aller gemeinsamen Interessen, welche damit in Verbindung stehen; ferner strebt er, wie alle diese Vereine die Festsetzung und Einhaltung eines möglichst einheitlichen, den Herstellungskosten sowie der Güte des Erzeugnisses angemessenen Preises an.

Verein badischer Ziegeleibesitzer. Sitz: Karlsruhe i. B. — Vorsitzender: Franz Mackle, Hauptmann a. D., Dampfziegeleibesitzer, Oberhausen, Amt Bruchsal. — Geschäftsführender Schriftführer: Max Neck, Dampfziegeleibesitzer, Eggerstein b. Karlsruhe i. B. — Mitgliederzahl: 86 (1902).

Gegründet 1896. Zweck: Die Förderung aller gemeinsamen Interessen in derselben Weise.

Verein oldenburgischer Ziegelfabrikanten. Sitz: Oldenburg i. Gr. — Vorsitzender: C. Dinklage, Ziegeleibesitzer, Oldenburg i. Gr. — Mitgliederzahl: 68 (1902).

Gegründet 1876. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen.

Demgemäß gibt es auch nur örtliche Organisationen der Händler, so den

Verein der Steinhändler Berlins und Umgebung. Sitz: Berlin: N, Albrechtstraße 9 I. — Vorsitzender: Ber-

nouilly, i. Fa. Bernouilly & Co., Berlin. — Mitgliederzahl: 50 Firmen.

Gegründet: 1897. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen sowie der gemeinschaftlichen in bezug auf Verkauf, Einkauf und Bekämpfung der Ringbildungen in der Ziegelsteinbranche. Mitglied des Handelsvertragsvereins. Von dem Verein ist die „Steinhändler-Vereinigung, G. m. b. H.“ gegründet worden.

Die im Jahre 1907 entstandene „Vereinigung der Ziegeleiverbände Deutschlands“ in Düsseldorf ist ein reiner Arbeitgeberverband.

Auch unter den Töpfern und Ofenfabrikanten gab es lange nur zwei Organisationen von mehr als lokalem Umfange: den Verband der Töpfer- und Ofenfabrikanten Ost- und Westpreußens (gegründet: 1882) und den Verband der selbständigen Töpfermeister und Ofenfabrikanten von Niederschlesien und der Lausitz.

Seine Zentralorganisation fand dieser Industriezweig im

Verband Deutscher Kachelofen-Fabrikanten. Sitz: Meißen i. S. — Vorsitzender: Karl Polko, Direktor der Meißner Ofen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Teichert), Meißen. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Valentin Forstreuter. — Unterabteilungen: Bezirk I: Bezirksbevollmächtigter: Otto Schmidt i. F. A. Schmidt, Lehmann & Co. (Ofenfabrikant), Velten (Mark). Bezirk II: Bezirksbevollmächtigter: Georg Vaupel, Hannover-Linden. Bezirk III: Bezirksbevollmächtigter: G. Schroeter, Breslau. Bezirk IV: Bezirksbevollmächtigter: Der Vorsitzende des Verbandes. Bezirk V: Bezirksbevollmächtigter: Carl Miller i. F. Wilhelm Paul & Miller, Magdeburg. Bezirk VI und VII: Nicht vorhanden. Bezirk VIII: Bezirksbevollmächtigter: Karl Roth, Baden-Baden. Bezirk IX: Bezirksbevollmächtigter: Georg Bankel, Lauf. — Mitgliederzahl: 170. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 12 273,55 M. Ausgaben u. a.: Gehälter 3668 M., Reisespesen an die Mitglieder 3526,69 M. Vermögen 15 000 M. — Publikationsorgan: „Ofen-Industrie und Töpfer-Zeitung“, Leipzig. „Tonwaren-Industrie“, Bunzlau. „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, Berlin.

Der Verband ist am 29. Juni 1903 begründet worden. Mitglieder des Verbandes können alle Tonofenfabrikanten und alle Tonöfen fabrizierenden Handelsgesellschaften oder Genossenschaften im Gebiete des Deutschen Reiches werden. Zweck des Verbandes ist die Vereinigung der Kachelofenfabrikanten im Gebiete des Deutschen Reiches zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten. In Verfolgung dieses Zweckes richtet sich die Tätigkeit des Verbandes hauptsächlich auf Einrichtungen zur Hebung der Fabrikation und Beseitigung bestehender Erschwerungen und Hindernisse; Erzielung angemessener Verkaufspreise und Herbeiführung eines gesunden Kreditwesens; geeignete Reklame; Unterstützung der Mitglieder bei Arbeitseinstellungen oder Boykotts; Bekämpfung aller Bestrebungen, welche das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu stören geeignet sind, und Anstrebung gesunder Verhältnisse zwischen beiden, Regelung von Lohnstreitigkeiten und Vermittlung bei Arbeitseinstellungen und Boykotts; Überwachung des Lehrlingswesens.

Dieser Fachverband verkörpert somit jede Art von neuzeitlicher industrieller Organisationsform.

Er ist erstens Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Interessen.

Sodann ist er Arbeitgebervereinigung. Die Bestimmungen in dieser Beziehung lauten: Jedes Mitglied ist verpflichtet, Lohnstreitigkeiten und Arbeitseinstellungen in seinen Fabriken sowie einen Boykott seiner Fabrikate dem Vorstände ohne Verzug anzuzeigen; bei Lohnstreitigkeiten sind die Lohnsätze, bei Arbeitseinstellung ist eine Liste der streikenden Arbeiter einzusenden. Wird über die Fabrik eines Mitgliedes Streik oder Sperre verhängt, so sind die übrigen Mitglieder verpflichtet, keinen der ausstehenden oder ausgesperrten Arbeiter oder Ofensetzer einzustellen, solange nicht die Beendigung des Streiks oder der Sperre durch den Vorstand bekannt gegeben ist. Sobald ein Mitglied die Liste der streikenden Arbeiter zugesendet erhalten hat, ist es verpflichtet, solche eingestellte Arbeiter oder Ofensetzer sofort und bei Bestehen einer Kündigungsfrist unter Einhaltung dieser Frist nach sofortiger Kündigung zu entlassen. Boykottierten Ofensetzer die Fabrikate eines Mitgliedes, so darf keinem Ofensetzmeister, der solche Ofensetzer beschäftigt und deshalb vom Verbands unter Warensperre gestellt ist, Ware geliefert werden. Bei einer Arbeitseinstellung der Ofensetzer darf keinem solchen durch unmittelbare oder mittelbare Waarenlieferung eine Arbeitsgelegenheit geboten werden.

Ausserdem haben sich die Mitglieder am 1. Januar 1907 zu einer Preiskonvention zusammengeschlossen, für die besondere Preisbestimmungen, Lieferungsbedingungen und Strafen maßgebend sind.

Ferner beabsichtigt der Verband Gegenseitigkeitsverträge mit den Töpfermeisterverbänden abzuschließen. Diese sind folgendermaßen gedacht: Die Mitglieder des „Verbandes Deutscher Kachelofen-Fabrikanten“ verpflichten sich von einem noch zu bestimmenden Termine ab nicht mehr an Private, sondern nur an die Mitglieder des „Verbandes der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensetzwes im Königreich Sachsen“ bzw. an die Mitglieder anderer Töpfermeisterverbände zu verkaufen. Jedoch muß sich betreffender Verband verpflichten, Ofenhändler oder kaufmännische Setzgeschäfte als Mitglieder aufzunehmen. Sträubt sich der Töpfermeisterverband, eine sich zur Mitgliedschaft meldende Firma in den Verband aufzunehmen, so entscheidet über die Aufnahme eine Kommission, welche aus je drei Mitgliedern der beiden Verbände besteht. Zu dieser Kommission muß der Fabrikant gehören, dessen Kunde bei der Aufnahme als Mitglied in Frage kommt. Demgegenüber verpflichten sich die Mitglieder des „Verbandes der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensetzwes im Königreich Sachsen“ nur von solchen Fabrikanten zu beziehen, welche dem „Verbande Deutscher Kachelofen-Fabrikanten“ angehören und sich dieser Vereinbarung anschließen. Jede Zuwiderhandlung vorstehender Abmachung zieht eine Konventionalstrafe von einem Drittel des Verkaufspreises nach sich und zwar fällt diese Konventionalstrafe der Kasse desjenigen Verbandes zu, welchem der bestrafte Teil als Mitglied angehört. Werden durch einen Privaten direkt bei einem Fabrikanten oder einer nicht Ofensetzgeschäfte ausführenden Offenniederlage ein oder mehrere Öfen oder Kachelwaren ausgewählt und selbst gekauft, so ist der Fabrikant oder Händler gehalten, einen Preisaufschlag von 10 % eintreten zu lassen, welcher dem das Setzen ausführenden Verbandstöpfermeister zufällt.

Im Jahre 1906 ist auch ein „Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensetzwes Deutschlands“,

Sitz Berlin, entstanden, dessen sächsischer Unterverband soeben genannt wurde.

Die Weiterverarbeiter der in der Branche erzeugten Artikel sind ferner organisiert im Verband Bayrischer Hafnermeister (München) und im Landesverband Württemberger Hafnermeister (Stuttgart).

Die älteste Organisation in der keramischen Industrie ist der

Verband keramischer Gewerke in Deutschland. Sitz: Bonn, Schumann-Straße 4/6. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat René von Boch, Mettlach. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Uhlitzsch. — Unterabteilungen: Verband ostdeutscher Porzellanfabriken, (Altwasser i. Schl.). — Verband der Porzellanindustriellen für Oberfranken und Oberpfalz, (Hof i. Bayern). — Verband mitteldeutscher Porzellanfabrikanten, (Koburg). — Mitgliederzahl: 130. — Etat: Einnahmen: Beiträge 7730 M., Zinsen 300 M. = 8030 M.; Ausgaben: Geschäftsführung, Drucksachen, Bureaubedarf etc. 5710 M., Beiträge an andere Vereine 130 M., Stipendien für Fachschulen 900 M., Diverses 1290 M. = 8030 M. Jahresbeiträge für diejenigen Mitglieder, welche 50 und weniger Arbeiter beschäftigen, jährlich 20 M., diejenigen, welche mehr beschäftigen: 20 M. für die ersten 50 und 3 M. für jede weitere 10 über 50 beschäftigte Arbeiter. — Publikationsorgan: „Sprechsaal“, Koburg.

Am 29. September 1869 traten in Leipzig 57 zur Michaelismesse dort anwesende Porzellan- und Steingutfabrikanten zu einer Besprechung der Arbeiterbewegung in dieser Industrie zusammen. Im Verlaufe dieser Besprechung wurde der Plan gefaßt, die Arbeitgeber der Porzellan-, Steingut- und Tonwarenindustrie innerhalb des Deutschen Zollvereins und der Österreichischen Monarchie zu einer Vereinigung zusammenzuschließen. Am 28. und 29. April 1870, während der Ostermesse, wurde die Gründung eines Verbandes für Deutschland beschlossen. In einer Versammlung vom 6.—8. November 1871 wurde dann der Verband endgültig gegründet. Nach § 1 der jetzt genehmigten Statuten vereinigten sich die Inhaber von Porzellan-, Steingut-, Siderolith- und Tonwarenfabriken, sowie auch von Malereien in Deutschland zu einem Verband keramischer Gewerke, um einerseits die gemeinsamen Interessen der Mitglieder zu fördern und andererseits durch gemeinsame Beihilfe der Mitglieder mit Rat und Tat das geistige und materielle Wohl ihrer Arbeiter zu heben. Entsprechend diesem Programm enthalten denn auch die Statuten des Verbandes neben den üblichen geschäftlichen Bestimmungen noch solche, welche zur Förderung des Wohles der Arbeiter und zur Aufrechterhaltung der Einigkeit zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern beitragen sollen. Die feste Konstituierung des Verbandes erfolgte am 1. Januar 1872.

Der Verband zählte zu Anfang des Jahres 1897 (nach 50jährigem Bestehen) 5 Ehrenmitglieder, 109 aktive, zahlende Mitglieder, 7 passive, zahlende Mitglieder, 10 passive, nichtzahlende Mitglieder, und hatte mit zusammen 131 Mitgliedern seinen höchsten Stand seit der Gründung erreicht. In den Verbandsfabriken sind rund 35000 Arbeiter beschäftigt, das ist mehr als die Hälfte aller in den zur Töpferei-Berufsgenossenschaft gehörigen Betrieben beschäftigten Personen, deren Zahl sich auf etwas

über 60 000 beläuft. Im Jahre 1877 beschloß die Generalversammlung die Errichtung eines ständigen Sekretariats. Mit der Leitung des Sekretariats wurde Professor Frühauf, Berlin betraut, seit dem Jahre 1888 lag die Geschäftsführung in den Händen von Professor Alex. Schmidt, Koburg.

Hatte sich auch der Verband schon seit seiner Gründung mit einzelnen Fragen der Zollgesetzgebung, so der sachgemäßen Auslegung und Anwendung einzelner Positionen der Tarife und dergl., beschäftigt, so fällt doch die erste größere Arbeit in dieser Richtung erst in das Jahr 1878. Es war dies die Zeit, zu welcher die Deutsche Reichsregierung von der bis dahin befolgten Freihandelspolitik zu der des gemäßigten Schutzzolles überging und den autonomen Tarif von 1879, in Kraft getreten am 1. Januar 1880, aufstellte. An den Vorarbeiten zu diesem Tarif hat sich der Verband beteiligt. Der Erfolg dieser Bemühungen war die Annahme der keramischen Positionen des Tarifs nach den Wünschen des Verbandes mit einer einzigen geringfügigen Änderung in der entscheidenden Reichstagssitzung. Nicht leicht war es, in dieser schwierigen Frage die widerstreitenden Ansichten nicht nur der Fabrikanten der verschiedenen Branchen, sondern auch der verschiedenen Produktionsgebiete zu vereinigen. So waren, um nur ein Beispiel anzuführen, die Thüringer Porzellanfigurenfabrikanten, welche den weitaus größten Teil ihrer Produktion exportieren, aus leicht begreiflichen Gründen freihändlerisch gesinnt. Ferner war der Verband schon frühzeitig bemüht, auf die Ausgestaltung und Verbesserung des amtlichen Warenverzeichnisses hinzuwirken; er hat seine Tätigkeit in dieser Richtung bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. An der alljährlich im Kaiserlichen Statistischen Amt zu Berlin zusammentretenden Kommission von Sachverständigen zur Ermittlung der Warenwerte für Ein- und Ausfuhr nahm der Verband als solcher schon seit dem Jahre 1892 teil, indem er durch besondere Fragebogen bei seinen Mitgliedern diesbezügliche Erhebungen anstellte und deren Ergebnisse dem Kaiserlichen statistischen Amt zugehen ließ.

Ferner vertrat der Verband die Interessen der keramischen Gewerbe bei den Handelsverträgen. Anlässlich der Unfallgesetzgebung 1884 wurde die tätige Mitarbeit des Verbandes an der Schaffung der Töpferei-Berufsgenossenschaft in Anspruch genommen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er der Bekämpfung des Verrats von Betriebsgeheimnissen und beantragte schon 1883 die Schaffung neuer Strafbestimmungen. Seit 1890 wird jährlich ein Bericht über die Geschäftslage der keramischen Industrie auf Grund von Erhebungen bei den Mitgliedern erstattet. Das von der Redaktion des Verbandsorgans herausgegebene Adreßbuch der keramischen Industrie wird durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes an die deutschen Konsulate im Auslande verteilt. Eine „Schwarze Liste“ wurde von 1879—1893 herausgegeben, dann eingestellt, weil die Meldungen immer geringer wurden.

Zu den ältesten Arbeiten des Verbandes überhaupt gehören die Bemühungen um die Schaffung keramischer Fachschulen. Schon im April 1874 wurde durch ein Komitee aus dem Verbande ein von Prof. Alex. Schmidt in dessen Auftrage verfaßter Entwurf, die Schulordnung und den Lehrplan einer keramischen Fachschule betreffend, im „Sprechsaal“ veröffentlicht. 1881 erklärte sich denn auch die bayerische Regierung zur Errichtung der Schule als gewerbliche Fachabteilung bei der Kunstgewerbeschule in München bereit. Noch eine andere Schule hat sich seit Jahren der ständigen Fürsorge des Verbandes zu erfreuen, die Zeichen-, Mal- und Modellierschule in Lichte bei Wallendorf S.-M., welche fast ausschließlich den Interessen der Porzellanindustrie des Thüringer Waldes dient. Außerdem werden den kgl. keramischen Fachschulen in Höhr und Bunzlau Beträge für Stipendien zur Verfügung gestellt.

Schließlich wendete der Verband getreu seiner ersten Satzung den Arbeiterangelegenheiten stets besonderes Interesse zu. Er wirkte für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, von Hilfskassen, Fabriksparkassen und anderen Wohlfahrtseinrichtungen in den Betrieben seiner Mitglieder. Auch ein Schiedsgericht zur Entscheidung in Streikfällen wurde eingerichtet, das aber nur in Kraft tritt, wenn beide Teile, der Arbeitgeber und die Streikenden, vorher die Erklärung abgeben, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Die Tätigkeit des Verbands erstreckt sich, wie aus diesem Abriß seiner Geschichte hervorgeht, auf alle Interessengebiete, die wirtschafts- und sozialpolitischen, ebenso wie die technischen, seiner Branche, jedoch mehr und mehr unter Beschränkung auf die Vertretung eines Teiles der Tonindustrie, nämlich wesentlich der Feinkeramik.

Demgemäß kommen für ihn auch als Vereinigungen von Produzenten der Roh- oder Halbfabrikate, die von seinen Mitgliedern benutzt werden, besonders in Betracht: Der Rohstoffverein der Steinzeugfabrikanten zu Höhr, e. G. m. u. Nachschußpflicht und der Rohstoffverein der Krugbäcker, e. G. m. u. H. in Mogendorf, Westerwald.

Die Porzellanfabriken sind regional oder lokal in reinen Arbeitgeberverbänden organisiert.

Die „Vereinigung Deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellanindustrie, G. m. b. H.“ ist eine Konvention, die mit dem „Deutschen Großhändlerverband“ dieser Branchen in einem Gegenseitigkeitsverhältnis steht.

Der „Verband Deutscher Topfwarenfabrikanten in Bunzlau“, gegründet 1906, ist sowohl allgemeiner wirtschaftlicher wie Arbeitgeberverband.

Als Konventionen in dieser Branche sind noch zu nennen: Vereinigte Steingutfabriken, G. m. b. H., Bonn. Rheinische Steinzeugwerke, G. m. b. H., Cöln. Vereinigte Oberlausitzer Tonwarenfabriken, e. G. m. b. H., Muskau O.-L.

Im Anschluß an die Industrie der Steine und Erden muß auch des wichtigsten „Konsumenten“-Zweiges gedacht werden: des Baugewerbes. Seine Organisationen sind allerdings entweder rein technisch-künstlerischer Natur (Architektenvereine usw.) oder aber „reine“ Arbeitgeberverbände.

Es gibt 17 Landes- bzw. Bezirksverbände sowie ca. 130 Ortsverbände letzterer Art. Hiervon sind 15 Landesverbände und 58 Unterverbände zusammengeschlossen im

Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Sitz: Berlin SW, Kochstr. 3. — Vorsitzender: Kgl. Baurat Bernh. Felisch, Grunewald-Berlin. — Bundesorgan: „Baugewerbe-Zeitung“, Berlin, Kleinbeerenstr. 3.

Gegründet im September 1899 vom „Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister“. Zweck des Bundes ist, durch einen festen Zusammenschluß sämtlicher innerhalb des Deutschen Reichs bestehenden und neu zu errichtender Landes-, Bezirks- und Ortsverbände der Arbeitgeber des Baugewerbes ohne Beschränkung der Selbständigkeit der angeschlossenen Verbände die gemeinsamen Berufsinteressen wahrzunehmen, namentlich

auf Erzielung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie zwischen Arbeitgebern und den Behörden hinzuwirken, ferner die Veranlassung zum Ausbruch von Arbeitseinstellungen zu prüfen und letztere nach Möglichkeit hintanzuhalten.

Verwandte Organisationen sind:

1. Deutscher Arbeitgeberschutzverband des Dachdecker- und Bauklempnergewerbes nebst verwandten Berufen (Cöln, gegr. 1906), 2. Arbeitgeberverband der vereinigten Bildhauer, Modelleure und Stukkateure Deutschlands (Frankfurt a. M., gegr. 1901), 3. Hauptverband der Arbeitgeberverbände im Deutschen Malgewerbe (Berlin, gegr. 1907), 4. Schutzverband selbständiger Glaser und verwandter Gewerbe Deutschlands (Berlin, gegr. 1907).

Einige andere Organisationen im Baugewerbe verfolgen auch allgemeine wirtschaftspolitische Ziele; die größte dieser Art ist wohl der

Verband Deutscher Tiefbauunternehmer, E. V. Sitz: Berlin, Altonaer-Str. 23. — Vorsitzender: Dr. Krause. — Geschäftsf. Beamter: Dr. Hübner, Syndikus. — Mitgliederzahl ca. 1000.

Der Verband wurde im Jahre 1900 gegründet. Der Kreis der Interessenten umfaßt ca. 3000 zur Tiefbauberufsgenossenschaft versicherungspflichtige Unternehmer. Der Verband tritt ein für eine Verbesserung der Submissionsbedingungen im Tiefbau, für die Errichtung von Baukammern und Bauschöffnenämtern; er wendet sich gegen das Institut der Einzelschiedsrichter bei Streitigkeiten aus Unternehmerverträgen mit den Behörden und gegen die bestehenden niedrigen Tagelohnsätze für Tiefbauarbeiten. Gegenwärtig bearbeitet der Verband u. a. die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter, sowie die der Konventionen und Verabredungen bei Submissionen.

Als Händlerorganisation ist hier zu nennen:

Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands. Sitz: Leipzig. — Geschäftsf. Beamter: Richard Möckel, Leipzig, Kronprinzenstr. 54.

XV. Glas.

Die Glasindustrie ist schon seit geraumer Zeit gut organisiert. Die Gesamtvertretung bildet der

Verband der Glasindustriellen Deutschlands. Sitz: Berlin W 57, Bülowstraße 47. — Vorsitzender: Hüttenbesitzer R. Vopelius, Mitglied des Herrenhauses, Sulzbach bei Saarbrücken. — Geschäftsführender Beamter: E. Götze, Generalsekretär, Berlin W 57, Bülowstraße 47. — Mitgliederzahl: 74 mit 18027 Arbeitern (1907).

Der Verband wurde im Jahre 1873 gegründet. Er bezweckt die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Glasindustrie in bezug auf die Gesetzgebung des Reichs und der Einzelstaaten und die Unterrichtung seiner Mitglieder über außerdeutsche Verhältnisse des Glasmarktes. Er ist körperschaftliches Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland.

Wesentlich „reiner“ Arbeitgeberverband ist die Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten. Sitz: Hamburg, Mühlenstraße 50, „Mühlenburg“. — Geschäftsführender Beamter: Dr. C. v. Duhn, Hamburg, Graskeller 16. — Mitgliederzahl: 37 mit 8011 Arbeitern (1902).

Der Verein wurde am 18. Juni 1890 gegründet. Er bezweckt einen Zusammenschluß der deutschen Flaschenfabriken zur Abwehr unberechtigter Forderungen und ungesetzlicher Übergriffe speziell sozialdemokratischer Bestrebungen der Arbeiter, doch auch sonstige Verfolgung gemeinsamer Interessen. Als Mittel zur Erreichung seines Hauptzweckes soll dienen die unter Ehrenwort einzugehende Verpflichtung der Vereinsmitglieder, keine Arbeiter von anderen Mitgliedern zu beschäftigen, welche als Aufwiegler tätig und bekannt sind, unter Kontraktbruch streiken oder welche Fachvereinen, Gewerkvereinen, Rechtsschutzvereinen oder anderen Vereinen angehören, welche sozialdemokratische Tendenzen verfolgen oder einseitig gegen die Arbeitgeber gerichtet sind; und die unter Ehrenwort einzugehende Verpflichtung der Vereinsmitglieder, den übrigen Vereinsmitgliedern die Namen derjenigen Arbeiter unverzüglich mitzuteilen, welche von ihnen als Aufwiegler oder wegen Anteilnahme an den vorbezeichneten Vereinen oder Hervortretens einer sozialdemokratischen Gesinnung entlassen sind oder unter Kontraktbruch streiken, sowie auch Mitteilung von der Beendigung des Streiks zu machen. Auch einen Arbeitsnachweis hat er eingerichtet. Er ist Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

Auch ist neuerdings ein Allgemeiner Arbeitgeberverband der Glasindustrie entstanden.

Die übrigen Vereine dieser Branche sind Preiskonventionen, so: Verein Rheinisch-Westfälischer Tafelglashütten, G. m. b. H., Bonn; Verein Deutscher Spiegelglas-Fabriken, G. m. b. H., Cöln a. Rh.; Rheinisch-Westfälische Glashütten, G. m. b. H., Witten a. d. Ruhr; Verein Rhein.-Westf. Tafelglashütten Saar und Pfalz, G. m. b. H., Sulzbach; Vereinigung Deutscher Fensterglasfabrikanten, Bonn; Verband der Flaschenfabriken, Berlin; Vereinigung westdeutscher Hohlglasfabriken, G. m. b. H., Bonn; Syndikat Deutscher Glasmärbelfabriken, Coburg; Verband Schlesisch-Lausitzer Tafelglashütten, G. m. b. H., Cottbus; Facette-Glas-Comp., G. m. b. H., Fürth i. B.; Vereinigte Flaschenhütten, G. m. b. H., Saarbrücken; Vereinigte Uhrglasfabriken, G. m. b. H., Straßburg i. E.; Verband der Flaschenverschluß-Fabrikanten, Berlin.

In erster Linie Preiskonvention, daneben aber auch allgemeine Interessenvertretung und Arbeitgeberverband ist der Verein Deutscher Medizinglas- und Flakönhütten. Sitz: Schwepnitz, Königreich Sachsen. — Geschäftsführender Vorsitzender: Direktor Emil Lochmann, Schwepnitz. — Mitgliederzahl: 21. — Etat: ca. 1000 M. in Einnahme und Ausgabe. Jahresbeitrag 10 M. pro Ofen, einerlei, ob im Zahlmonat im Betrieb oder nicht. — Publikationsorgan: „Sprechsaal“ in Koburg.

Der Verein wurde am 8. November 1901 zu Leipzig ins Leben gerufen. Mitglied kann jede deutsche Glashütte werden, sofern sie Flakons, überhaupt kleinere Flaschen oder Medizinglas fabriziert. Er bezweckt die Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen der Medizinglas- und Flakönhütten innerhalb Deutschlands. Der Verein will den Regierungen und Behörden in allen einschlägigen Fragen, z. B. der sozialpolitischen Gesetzgebung, des Zolltarif- und Frachtenwesens, auf Ansuchen mit Auskunft an die Hand gehen, erforderlichenfalls durch Eingaben an die betreffende amtliche Stelle das Interesse der Branche vertreten. Der Verein will ferner ein Zentralpunkt zur kollegialischen Aussprache der einzelnen Mitglieder untereinander sein und will das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der guten gegenseitigen persönlichen Beziehungen fördern und pflegen. Anfangs war nicht beabsichtigt, die Mitglieder auf bestimmte Verkaufspreise zu verpflichten, obgleich es als wünschenswert anerkannt wurde, daß zunächst durch gegenseitige Aussprache Preisunterbietungen nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Später haben aber Preisvereinbarungen mit gutem Erfolg stattgefunden. Neuerdings stellt der Verein auch einen Arbeitgeberverband dar, der die Interessen seiner Mitglieder zur Abwehr unberechtigter und unerfüllbarer Forderungen seitens der Arbeiter wahrnimmt; als solcher ist der Verein der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin angegliedert.

Ein Zweigverein der auf S. 55 genannten Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik ist der

Verein deutscher Glasinstrumentenfabrikanten E. V. Sitz: Ilmenau. — Vorsitzender: Max Bieler, Fabrikbesitzer, Stützerbach i. Thür. — Geschäftsführender Beamter:

Otto Wagner, Ilmenau. — Mitgliederzahl: 105. — Publikationsorgane: „Deutsche Mechanikerzeitung“, „Zeitschrift für Instrumentenkunde“, Berlin.

Der Verein wurde am 5. September 1891 gegründet. Er bezweckt die energische Wahrnehmung und Förderung aller gemeinsamen Interessen der Glasindustrie in den sie berührenden handelspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten, sowie kostenlose Auskunfterteilung über technische Fragen. Der Verein betreibt ein wirksames Mahnverfahren und gibt eine Liste säumiger Zahler und Schikaneure für die Mitglieder heraus; auch unternimmt er gemeinschaftlichen Bezug von Rohmaterialien. Neuerdings hat sich auch bei diesem Verein eine gegenseitige Schutzgemeinschaft zur wirksamen Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeitnehmer und Unterstützung bei Arbeiterausständen usw. gebildet. Beiräte des Vorstands sind: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wiebe, Mitglied der Reichsanstalt, Charlottenburg, Prof. Böttcher, Professor der Großh. Präzisionstechnischen Anstalten, Ilmenau, Fabrikbesitzer Eduard Herrmann, Manebach, Chemiker E. Grieshammer, im Hause Schott & Genossen, Jena.

Als Organisation der Produzenten von Rohstoffen, die in der Glasbranche benutzt werden, ist zu nennen das Syndikat Deutscher Sodafabriken (Bernburg).

Erwähnt sei auch noch, daß am 8. September 1907 zu Berlin der erste Verbandstag des Verbandes deutscher Glasmalereien stattfand. (Vorsitzender: Hofglasmalereibesitzer A. Ostermann, München. — Geschäftsführender Beamter: Justizrat Dr. Kahn, Handelskammersyndikus, München).

Zur Skizzenfrage wurde empfohlen, mit dem „Verbande deutscher Kunstgewerbevereine“ (s. S. 200), welcher eine Gebührenordnung für die Entschädigung nicht ausgeführter Voranschläge und Entwürfe feststellen will, ins Benehmen zu treten. Dieser Vorschlag fand allgemeine Billigung. Ebenso wurden die Anträge, welche den Ausbau des vom Verbande deutscher Glasmalereien bereits geschaffenen Arbeitsnachweises bezweckten, sowie die Vorschläge zur Bildung von Ortsgruppen gutgeheißen.

Der Verband Deutscher Glasmalereien wurde am 28. Oktober 1906 in München begründet. Er bezweckt die gemeinschaftlichen Interessen der deutschen Glasmalerei zu vertreten und zu fördern. Sitz des Verbandes ist München. Zurzeit gehören dem Verbande etwa 80 Betriebe an. Sein Etat bewegt sich zwischen 2- und 3000 Mk.

XVI.

Häute, Leder.

Die verschiedenen, dem Produktionsprozeß entsprechenden Teile dieser Branchen sind jetzt ohne Ausnahme organisiert.

Die Fleischer haben sich zu lokalen Häuteverwertungs-Vereinigungen und Genossenschaften zusammengeschlossen. Als Beispiel sei angeführt die

Leipziger Vereinigung zur Talg- und Fellverwertung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: Gustav Nietzsche: Fleischermeister, Leipzig. — Geschäftsführender Beamter, Emil Fritzsche, Direktor, Leipzig. — Mitgliederzahl: 417. — Publikationsorgan: „Leipziger Tageblatt“.

Im Jahre 1888 wurde vom Rat der Stadt Leipzig in dem damals neu gebauten Schlacht- und Viehhof ein Talgschmelzgebäude mit errichtet, das von einer „Freien Vereinigung“, die sich zu diesem Zwecke bildete, gepachtet wurde. Im Jahre 1895 wurde noch die Häute- und Fellverwertung in dem Tätigkeitskreis gezogen.

Die Vereinigung verfolgte den Zweck, die Nebenprodukte der Fleischerei bestmöglichst zu verwerten. Für Talg wird der Einkaufspreis allmonatlich je nach Konjunktur festgesetzt und für Häute und Felle der erzielte Auktionspreis nach Abzug eines kleinen Spesenbeitrages an die Einlieferer ausgezahlt. Etwaige Überschüsse werden am Schlusse des Jahres im Verhältnis zur Einlieferung an die Einlieferer nachgezahlt. Die Erfolge waren bisher zufriedenstellende und betrug der Erlös im Jahre 1906: 3760821.44 M. und der Reingewinn 11846.42 M.

Im Jahre 1901 wandelte sich die Vereinigung in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung um, eine Organisationsform, die ihrer Tätigkeitsart tatsächlich viel besser entspricht.

Die Weiterverarbeiter und Verbraucher ihrer Produkte sind neben den Seifenfabrikanten die Margarine- und die Lederfabrikanten.

Die zahlreichen Vereinigungen dieser Art haben einen

Verband deutscher Häuteverwertungs-Vereinigungen gebildet. Sitz: Frankfurt a. M., Mittelweg 60. — Vorsitzender: Bernh. Detjens, Hamburg. — Mitgliederzahl: ca. 100 Vereinigungen mit einem Jahresumsatz von 45 Millionen Mark.

Der Verband ist eingeteilt in 4 Sektionen. Vorsitzender der Sektion Norddeutschland ist Bernh. Detjens, Hamburg, Mitteldeutschland Gustav Nietzsche, Leipzig, Süddeutschland Carl Lautz, Darmstadt, Westdeutschland Georg Eitel, Düsseldorf.

Seine Ziele ergeben sich aus obiger Schilderung. Ferner erstrebt er z. B. die Zusammenlegung von Häuteversteigerungen. Gelegentlich seiner Generalversammlungen veranstaltet er Ausstellungen von Buchhaltungsformularen usw.

Die Ergänzung hierzu besteht im
Verband deutscher Häutehändler. Sitz: Mülheim (Ruhr). — Vorsitzender: Gustav Kaufmann, Mülheim (Ruhr). — Mitgliederzahl: ca. 130.

Der Verband wurde im Jahre 1896 gegründet. Er bezweckt die energische Wahrung der gemeinsamen Interessen des gesamten deutschen Häutehandels, unter gleichzeitiger tunlichster Berücksichtigung der berechtigten Anforderungen der Lederindustrie und des Metzgergewerbes; die Regelung aller den Empfang und die weitere Ablieferung von Häuten betreffenden Angelegenheiten auf korporativem Wege und die Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs zwischen dem Häutehandel Gesamtdeutschlands einerseits und der Lederindustrie sowie Metzgerindustrie andererseits.

Über die Gründung eines „Zentralverbandes deutscher Häutehändler“ zu Frankfurt a. M. wurde im Jahre 1903 berichtet.

Ein Verband der Interessenten am Häuteeinkauf hat sich 1908 in Berlin konstituiert. Während des Druckes wird berichtet: Er bezweckt die Vertretung der Interessen seiner Mitglieder beim Häuteeinkauf, insbesondere auch gegenüber den Häuteverwertungsgenossenschaften. Der Verband umfaßt ganz Deutschland und zerfällt in neun Gruppen. In der Schweiz, Österreich-Ungarn, Holland und Belgien sollen ähnliche Verbände angestrebt werden. Vorsitzender ist der Lederfabrikant Peter Kühne, Halberstadt.

Auch die Erzeuger des zweitwichtigsten Rohstoffes für die Lederindustrie sind in dem schon erwähnten „Verband deutscher Farb- und Gerbstoff-Extrakt-Fabrikanten“ organisiert, aber ebenfalls erst seit einigen Jahren.

Die Lederindustrie selbst hat sich dagegen schon frühzeitig in zentralen Verbänden zusammengefunden:

Verein Deutscher Gerber. Sitz: Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 53—54. — Vorsitzender (z. Zt. stellvertretender Vorsitzender): Martin Salomon, Berlin, Bellevuestraße 5. — Geschäftsführender Beamter: z. Zt. unbesetzt. — Mitgliederzahl: 65. — Publikationsorgan: „Schuh und Leder“.

Der Verein Deutscher Gerber wurde im Jahre 1846 gegründet. Anfänglich war er eine mehr lokale Vereinigung von Gerbereibesitzern in der Provinz Sachsen, die den Zweck hatte, gemeinsam gegen die Hauptmißstände im Gewerbe, die schlechte Ausschachtung der Häute und den Mangel an Eichenlohe vorzugehen. 1857 fand die erste Generalversammlung in Berlin statt; 1858 wurde in Berlin die „Zeitung für Lederfabrikation und Lederhandel“ als Vereinsorgan gegründet und der Verein erhielt seine ersten Statuten, die in den Jahren 1866 und 1881 einer Revision unterworfen wurden. Nach abermals zehn Jahren schloß der Verein als solcher mit der „North British and Mercantile“ einen Vertrag über einen Versicherungs-Verband ab, errichtete 1881 ein Vereins-Laboratorium („Laboratorium Verein Deutscher Gerber“, Sitz: Berlin), half 1884 die freiwillige Berufsgenossenschaft der Lederindustrie gründen, gab fünf Jahre später den ersten Anstoß zur Zentralisation sämtlicher Interessenten-Ver-

einigungen aus der Lederindustrie, bis schließlich 1896 der Zentral-Verein Deutscher Leder-Industrieller sich dem 1867 mit der „North British and Mercantile“ abgeschlossenen Versicherungs-Verband des Vereins anschloß.

Aufgaben, denen sich der Verein satzungsgemäß widmet, sind im allgemeinen die Förderung der deutschen Lederindustrie nach jeder Richtung; im besonderen: Bekämpfung der Mißstände im Gewerbe und im Verkehr mit den Häutellieferanten, Verbesserung der Arbeitsmethoden, Behandlung gewerbetechnischer Fragen aller Art. Der Verein bearbeitet Zollfragen, Fragen des Markenschutzgesetzes, der Frachttarife, des Wassergesetzes, der Organisation des Handwerker- und Lehrlingswesens usw. Er veranstaltete Preisausschreiben für Konstruktion von Werkzeugen und Einrichtungen, insbesondere auch über die Errichtung von Kläranlagen und technischen Methoden zur Beseitigung der Abwässer. Er entsendet Fachleute nach Ausstellungen, sucht innige Fühlung mit der Wissenschaft, veranstaltet Vorträge, fordert und gibt Gutachten für die Regierung, wie für die Interessenten, unterstützt durch eine technische Auskunftsstelle, die er im Jahre 1905 zu dem Zwecke der Raterteilung in allen technischen, die Gewerbekonzession von Gerbereien und den mit diesen verbundenen gewerblichen Anlagen betreffenden Fragen errichtete (wissenschaftliche Begutachter dieser Auskunftsstelle: Professor Dr. Ost, Professor Dr. Wehmer und Regierungsbaumeister Taaks). Im Jahre 1906 veranstaltete der Verein „Untersuchungen über die Verhältnisse des deutschen Eichenschälwaldbetriebes“ durch Prof. Dr. Jentsch. Seit drei Jahren ist er hervorragend beteiligt an der Untersuchung kolonialer Gerbstoffe in Verbindung mit der Kaiserlichen Regierung in Deutsch-Ostafrika. Der Verein Deutscher Gerber erstreckt sich jetzt auf das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches. Er ist Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Zentralverein der Deutschen Lederindustrie. Sitz: Berlin SW 47, Großbeerenstraße 77. — Vorsitzender: Landtagsabgeordneter N. A. Reinhart, Worms. — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: R. Krause, Berlin SW 61, Großbeerenstraße 78a. — Unterabteilungen: 1. Südliche und Westliche Gruppe Deutscher Lederfabrikanten. Vorsitzender: Kommerzienrat Koch, Wiesbaden. 2. Verband Sächsischer Lederproduzenten. Vorsitzender: Kommerzienrat Rudolf Bierling, Dresden-A. 3. Börsenverein der Häute-, Fell- und Lederbranche für Rheinland und Westfalen. Geschäftsführender Beamter: Carl Hammerstein, Mülheim (Ruhr). 4. Württembergischer Gerberverein. Vorsitzender: Kommerzienrat Max Roser, Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersekretär Schaeffer, Reutlingen. 5. Verein der Gerber und Lederfabrikanten in Hessen-Nassau, Waldeck und den angrenzenden Bezirken. Vorsitzender: August Döhle, Eschwege. 6. Verein der Lederfabrikanten für Minden, Ravensberg und die angrenzenden Bezirke. Vorsitzender: Kommerzienrat Karl Potthoff, Lemgo. 7. Freie Vereinigung der Lederfabrikanten Mitteldeutschlands. Vorsitzender: Peter Kühne, Halberstadt. 8. Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten. Vorsitzender: Hermann Krahnert sen., Neustadt (Orla). 9. Schlesischer Gerberverein. Vorsitzender: E. Schumpelt, Glogau. 10. Nordischer Gerberverband. Vorsitzender: G. Westendorff, Hamburg, Hartwienstraße 4. 11. Bayerischer Gerber-Verband. Vorsitzender: Kommerzienrat Rosenthal-München. 12. Verband der Gerber von Ost- und Westpreußen. Vorsitzender: Stadtrat F. Sonnenstuhl, Braunsberg. 13. Nordwestdeutscher Verein für Lederindustrie. Vorsitzender: Max Schwabe, Varel (Oldenburg). 14. Oberbadischer Gerberverein. Vorsitzender: Karl Schnitzler, Lahr (Baden). 15. Fränkisch-thüringischer Gerberverband.

Vorsitzender: Magistratsrat Andreas Mahr, Lichtenfels (Oberfranken). 16. Pommerscher Gerberverein. Vorsitzender: Albert Jeske, Bad Polzin. 17. Verband der Vachelederfabrikanten von Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt. Vorsitzender: Karl Oppenheim, Cassel. 18. Gerber-Genossenschaft Altensteig. Vorsitzender: Karl Luz, Altensteig (Württemberg). 19. Gerberinnung Kirchhain (Nieder-Lausitz). Obermeister: Carl Pauligk, Kirchhain (Nieder-Lausitz). 20. Deutsche Gerberschule zu Freiberg in Sachsen. Vorsitzender des Schulvorstandes: Kommerzienrat Rudolf Bierling, Dresden-A. — Mitgliederzahl: 20 regionale Verbände, Korporationen usw., die teilweise Hunderte von Mitgliedern haben, sowie 292 unmittelbare Einzelmitglieder. — Publikationsorgan: „Deutsche Gerber-Zeitung“ (F. A. Günther), Berlin W 35, Lützowstraße 6.

Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie ist im Jahre 1891 gegründet, um eine der Bedeutung der Lederindustrie entsprechende Vertretung zu schaffen. Vor ihm gab es einen Zentralverband der Deutschen Lederindustriellen, der aber nur einen kleinen Teil der deutschen Gerberei umfaßte. Der Zentralverein sollte möglichst alle regionalen Gerberverbände und möglichst viele Einzelmitglieder in sich vereinen. Heute umfaßt der Zentralverein, nachdem bei seiner Gründung der Zentralverband der Deutschen Lederindustriellen in ihn aufgegangen, alle regionalen Verbände der deutschen Lederindustrie. Unter seinen Mitgliedern befinden sich sowohl große und mittlere Fabriken, wie kleine Gerbereien.

Der Zweck des Zentralvereins ist die Wahrung und Förderung der industriellen, technischen und wirtschaftlichen Interessen der gesamten deutschen Lederindustrie, insbesondere Mitarbeit an der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs und der Einzelstaaten, Vereinfachung und günstigere Gestaltung der die Lederindustrie betreffenden Tarife der Verkehrsanstalten; Gewinnung guter Eichenrinde in den heimischen Wäldungen; Einführung eines vervollkommenen Abzugs der deutschen und der die deutsche Gerberei interessierenden ausländischen Häute und Felle, Einführung und Unterstützung von die Lage der deutschen Lederindustrie verbessernden und hebenden Einrichtungen, insbesondere Förderung von Fachschulen, Unterstützung guter Erfindungen. Erfolge erzielte er bei der Verbesserung der Qualität der für die Lederindustrie notwendigen Rohmaterialien, bei der Eisenbahntarifierung und bei den Eisenbahntransportbestimmungen für Häute und Felle, im Veredelungsverkehr, beim Zolltarif, bei den Handelsverträgen, bei der Feuerversicherung, bei der Vertretung im Wirtschaftlichen Ausschuß für die Vorbereitung von Handelsverträgen und andere mehr.

Von ihm ging die Gründung der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie zu Freiberg in Sachsen im Jahre 1897 aus.

Zu ihrer Verwaltung hat sich ein besonderes

Kuratorium der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie zu Freiberg i. S. gebildet. Sitz: Berlin SW 47, Großbeerenstraße 77. — Vorsitzender: Landtagsabgeordneter N. A. Reinhart, Worms. — Geschäftsführendes Mitglied: R. Krause, Berlin. — Mitgliederzahl: 10.

Auch der kleine Verband Siegenscher Sohllederfabrikanten — Sitz: Hilchenbach, Kr. Siegen; Vorsitzender: Friedrich Giersbach, Hilchenbach, Kr. Siegen. Zweck: Regelung der Absatzverhältnisse für die von den Verbandsmitgliedern hergestellten eichengegerbten Sohlleder. Ge- gründet: 1890. Mitgliederzahl: 23 Firmen mit ca. 250 Arbeitern (1902) —

sei hier erwähnt, weil er in der Frage des Zolles auf überseeische Gerbstoffe eine andere Stellung einnahm als der Zentralverein, nämlich für den Quebrachozoll ist, und deshalb 1895 aus dem Zentralverein austrat. Auf denselben Standpunkt stand auch der „Gerberverein zu Trier“. Die Interessen der kleineren Gerber, die sich in der Nähe von Eichen-schälwäldungen niedergelassen, haben sich mit denen der Schälwaldbesitzer eng verknüpft.

Auch gibt es noch kleinere Landesorganisationen der Lederfabrikanten, die aber alle dem Zentralverein der deutschen Lederindustrie angehören; so z. B.

Verband thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten. Sitz: Neustadt a. Orla. — Vorsitzender: Hermann Krahner sen., Lederfabrikant in Neustadt a. Orla. — Stellv. Vorsitzender: Werner Plarre, in Firma Gotth. Plarre, Lederfabrik, Gera, Reuß. — Mitgliederzahl: ca. 200 Firmen. — Publikationsorgan: „Deutsche Gerber-Zeitung“ (F. A. Günther), Berlin.

Der Verband wurde im Februar 1900 gegründet; er bezweckte die Förderung der gemeinschaftlichen Interessen in bezug auf Rohmaterialeinkauf, Absatz der fertigen Fabrikate, Zolltarifbestimmungen usw. Dieselben Bestrebungen verfolgen die übrigen auch bereits bei dem Zentralverein genannten Landes- und Lokalorganisationen.

Ferner gibt es Spezialvereine wie den Verein der Glacé- und Weißleder-Industriellen von Deutschland, Berlin, gegr. 1887 (Mitglied des Handelsvertragsvereins), der sowohl wirtschaftlicher wie Arbeitgeberverband ist, und Konventionen wie die Vereinigung Deutscher Roßlederfabrikanten, Elmshorn.

Auch der Lederhandel besitzt eine ganz Deutschland umfassende Organisation im

Zentralverband der Lederhändler Deutschlands. Sitz: Berlin C 2, Rathausstraße 1. — Vorsitzender: Max Brauer, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 38/40. — Unterabteilungen: 1. Königreich Sachsen (Leipzig); 2. Provinz Sachsen (Magdeburg); 3. Brandenburg (Berlin); 4. Pommern (Berlin); 5. Mecklenburg (Berlin); 6. Schlesien (Breslau); 7. Posen (Posen); 8. Thüringen (Erfurt); 9. Bayern (Nürnberg). — Mitgliederzahl: ca. 300 Firmen (1902). — Publikationsorgan: „Schuh und Leder“.

Der Verband wurde im Jahre 1899 gegründet. Er bezweckt die Förderung aller auf Hebung des Standes der Lederhändler Deutschlands gerichteten Bestrebungen. Besondere Aufgaben des Verbandes sind: Gemeinnützige Einrichtungen zum Besten der Verbandsmitglieder; gemeinsames Vorgehen gegen Mißstände im Lederhandel; Organisation des Kredit- und Auskunftswesens; Einführung von Schiedsgerichten am Sitze der Bezirksverbände; das Eingreifen des Verbandes für seine Mitglieder bei Zahlungseinstellungen und Konkursen, bei Zwangsvergleichen und Verkäufen, bei unlauterem Wettbewerb in der Fabrikation und im Handel.

Wichtig sind auch die Organisationen der einzelnen Zweige der Lederwarenindustrie; als erste entstand der

Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten. Sitz: Bamberg (Wohnort des jeweiligen Vor-

sitzenden). — Vorsitzender: Kommerzienrat Manz, M. d. R., Bamberg. — Geschäftsführender Beamter: Ernst Wolff, Generalsekretär, Berlin-Steglitz, Lindenstraße 1. — Unterabteilungen: 1. Arnstadt, Vorsitzender Friedrich Keil; 2. Berlin, Vorsitzender Ernst Schlizweg; 3. Breslau, Vorsitzender Julius Glaß; 4. Dresden, Vorsitzender Richard Hammer; 5. Erfurt, Vorsitzender Fritz Dreßler; 6. Frankfurt a. O., Vorsitzender Paul Schlesinger; 7. Hamburg, Vorsitzender Josef Asch; 8. Mittelsachsen, Vorsitzender Leon Stadler-Roßwein; 9. München, Vorsitzender Max Bayersdorfer; 10. Neustadt (Oberschlesien), Vorsitzender Geschäftsführer Franz Walke; 11. Offenbach a. M., Vorsitzender Eugen Wallerstein; 12. Verband Süddeutscher Hausschuhfabrikanten Sitz: Heilbronn a. Neckar, Vorsitzender Ad. Sulzberger, Bruchsal; 13. Pegau-Groitzsch-Lucka-Wurzen i. S., Vorsitzender E. F. Dietsch, Pegau; 14. Pirmasens, Vorsitzender Louis König jun.; 15. Weissenfels a. S., Vorsitzender Karl Hünninger; 16. Wermelskirchen, Vorsitzender Max Wüster. — Mitgliederzahl: 404. — Etat: ca. 8000 M. Der Jahresbeitrag beträgt für Mitglieder mit einem durchschnittlichen, wöchentlichen Arbeitslohn bis zu 500 M. = 15 M., mit einem wöchentlichen Arbeitslohn von 500 M. bis 1000 M. = 24 M., Mitglieder mit einem durchschnittlichen, wöchentlichen Arbeitslohn über 1000 M. zahlen für die ersten 1000 M. = 24 M. und für jede weitere angefangene 1000 M. durchschnittlichen, wöchentlichen Arbeitslohn weitere 12 M. Das Vermögen beträgt 17 492,92 M. Außerdem ist eine bedeutende Summe als Streikabwehrfonds vorhanden. — Publikationsorgan: „Der Schuhmarkt“, Frankfurt a. M.

Der Verband der Deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten wurde im Jahre 1890 gegründet. Er bezweckt die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Schuh- und Schäfte-Industrie. Mitglied kann jede deutsche, handelsgerichtlich eingetragene Firma der Schuh- und Schäfte-Industrie werden. Die Mitglieder haben sich bei Differenzen mit den Arbeitern gegenseitig zu unterstützen. Grundsatz des Verbandes ist, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht angetastet werden darf. Größere Streiks wurden mit Erfolg beendet oder durch Eingreifen der Schiedskommission vor Ausbruch oder nach kurzer Dauer beigelegt.

Der Verband widmet sich aber nicht nur der Arbeiterfrage. Gemeinsam mit dem Vorstand des „Verbandes Deutscher Schuhwarenhändler“ wurde auf dessen Anregung eine Vermittlungsstelle zur Schlichtung von entstehenden Streitigkeiten zwischen Lieferanten und Abnehmer ins Leben gerufen. Einem vorjährigen Beschlusse gemäß ist eine Lohn-Auskunftstelle eingerichtet worden. Wenn Jemand die üblichen Löhne in irgend einer Gegend zu erfahren wünscht, so soll diese Auskunft von der Lohnauskunftstelle beim Vorstande vermittelt werden, weil es vielfach erforderlich sei, über die Lohnbemessung in anderen, gleichartigen Betrieben orientiert zu sein. Der Verband leistet einen Jahreszuschuß an die Preußische Fachschule für die Schuhindustrie. Auf seinen Tagungen wurden u. a. folgende Fragen erörtert: Mietverhältnis der Verbandmeßmaschine und die Ledermeßfrage; Stellungnahme gegen die übermäßigen Preiserhöhungen für Bedarfsartikel; Einführung einheitlicher Verkaufsbedingungen; Maßregeln zur Abwehr gegen die beantragte Erhöhung der französischen Schuhzölle und Bericht über das Handelsabkommen mit Amerika; Verständigung über den Verkauf von Einzelpaaren an Arbeiter und andere; Stellungnahme zu den Verkaufspreisen von Schuhwaren.

Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Auch die Handwerkerorganisation „Verband der Schuhmacherinnungen“ ist hier zu nennen.

Verband der Ledertreibriemenfabrikanten Deutschlands. Sitz: Berlin N 32, gr. Hamburger Straße, Franz Pretzel. — 1. Vorsitzender: Otto Gehrckens, in Firma C. Otto Gehrckens, Hamburg. — Unterabteilungen: Sektion Berlin: 1. Vorsitzender Hugo Diesener, Berlin SO, Schles. Straße 18; Verein der Ledertreibriemenfabrikanten Rheinland-Westfalens: 1. Vorsitzender: A. Cahen, in Firma Cahen, Lendendorf & Co., Mühlheim a. R. — Mitgliederzahl: 74 des Verbandes inkl. Berlin; der Verein Rheinland-Westfalen hat 24 Mitglieder, davon sind 14 Mitglieder des Verbandes. — Etat: Jahresbeitrag 20 M. — Publikationsorgane: „Der Ledermarkt“, Frankfurt a. M.; „Berliner Berichte“, Berlin; „Deutsche Gerber-Zeitung“, Berlin; „Schuh und Leder“, Berlin; „Internationale Schuh- und Lederbörse“, Aachen; „Gummi-Zeitung“, Dresden.

Der Verband ist im Jahre 1891 in Berlin gegründet und bezweckt den Zusammenschluß aller Ledertreibriemenfabrikanten, Wahrung der Interessen der Mitglieder in Zollsachen, bei Streitigkeiten, bei Preissteigerungen. Für die verschiedenen Provinzen sind Sachverständige ernannt worden. Bei Preissteigerungen der Rohware sind vom Verband herausgegebene Rundschreiben den Mitgliedern überlassen, vor zwei Jahren 100 000 Stück, auch als Zeitungsbeilagen, im vorigen Jahre 28 000 Stück, um den Verbrauchern gegenüber den Preisaufschlag für die fertigen Lederriemen zu unterstützen. Der Verband hat zur Kennzeichnung der Waren seiner Mitglieder einen besonderen Verbandsstempel eingeführt. Mit großen Kosten werden Versuche unternommen über „Riemtrieb“ oder „Seiltrieb“, die zugunsten des ersteren ausgefallen sind und die den Mitgliedern erhebliche Vorteile bringen sollen.

Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikel-Fabriken E. V. Sitz: Offenbach a. M. — Vorsitzender: J. Schloßmacher, Syndikus, Frankfurt a. M., Hohenzollern-Platz 12. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Cratz, Sekretär der Handelskammer Offenbach a. M. — Mitgliederzahl: 100 Firmen.

Die Vereinigung wurde im Jahre 1897 gegründet. Sie bezweckt die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Lederwaren- und Kurzartikel-Industrie, die Förderung eines kollegialen Verhältnisses unter den Mitgliedern und die gemeinsame Behandlung der Arbeiterfragen.

Daneben bestehen aber auch noch Berliner und Stuttgarter Vereine von Lederwaren- und Reiseartikel-Fabrikanten. Am 8. Juli 1907 kam die Gründung eines

„Verbandes deutscher Lederwaren- und Reiseartikel-Industrieller“ mit dem Sitze in Offenbach a. M. zustande, welchem die genannten drei Vereinigungen als körperchaftliche Mitglieder angehören. Vorsitzender des Verbandes ist Syndikus Schloßmacher.

Der Verband bezweckt die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie, sowie die Pflege eines kollegialen und persönlich-freundschaftlichen Verkehrs der Mitglieder untereinander. Er stellt sich zu dem Behufe insbesondere zur Aufgabe, die Schärfe des Wettbewerbs tunlichst zu mildern und alle Unlauterkeit darin zu bekämpfen. Ein weiteres Ziel des Verbandes ist die Erhaltung und Förderung friedlicher Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, soweit dies die allgemeinen Wettbewerbsverhältnisse ermöglichen. Der Organisation der Arbeitnehmer gegenüber bildet der Verband „eine geschlossene und auf solidarischer Gemeinsamkeit beruhende Gegenorganisation“.

Früher war bereits von derselben Seite eine solche umfassende Organisation errichtet worden (1900, unter dem Namen Vereinigung der Portefeuilles- und Sattlerwarenindustrie), die jetzt durch den oben genannten Verband ersetzt ist.

Ebensowohl wirtschaftliche Interessenvertretung wie Arbeitgeberverband ist der

Verband deutscher Lederhandschuhfabrikanten. Eingeteilt in eine Südliche und eine Nördliche Sektion. Sitz beider Sektionen in München, Prielmayerstraße 8. Vorsitzender der Südlichen Sektion: Kommerzienrat Cáp, in Firma C. Holste & Co., München. Vorsitzender der Nördlichen Sektion: Fritz Albrecht, Neuahaldensleben. — Syndikus beider Sektionen: Justizrat Dr. J. Kahn, München. — Mitgliederzahl 78 mit ca. 1150 Handschuhmachern und Dressören. Die sonst in den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte wie: Gerber, Färber, Näherinnen usw. sind dabei nicht mit inbegriffen.

Gegründet 1869. Zweck: Wirtschaftliche, die gemeinsamen Interessen des Vereins betreffende Fragen zu beraten und die Anschauungen und Bestrebungen des Vereins in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen; die geschäftlichen Interessen der Mitglieder zu wahren und dieselben in Einklang zu bringen mit den berechtigten Bestrebungen der Arbeitnehmer unter tunlichster Förderung dieser Bestrebungen; Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Kräften zu einem beide Parteien befriedigenden Austrag zu führen und das Wohl der bei den Vereinsmitgliedern beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werktätig zu fördern; unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer, namentlich solche, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, sowie Sperren und Verrufserklärungen tunlichst zu verhindern, eintretendenfalls aber geplante oder veranstaltete Arbeiterausstände gemeinsam abzuwehren und deren Folgen für die einzelnen Vereinsmitglieder unschädlich zu machen; in allen Fragen, welche für das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern von grundsätzlicher Bedeutung sind, ein einheitliches Handeln der Arbeitgeber herbeizuführen. Der Verein unterhält einen eigenen Arbeitsnachweis für nichtorganisierte Arbeiter. Er ist Mitglied des Deutsch-russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen und der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

Neugegründet wurde der Verein 1907. Zweck jetzt: 1. die Wünsche und Interessen der Lederhandschuhindustrie der Gesetzgebung und Verwaltung gegenüber wahrzunehmen; 2. Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Kräften zu einem beide Teile befriedigen-

den Austrage zu führen; 3. unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer, namentlich solche, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, sowie Sperren und Verrufserklärungen tunlichst zu verhindern, eintretendenfalls aber geplante oder veranstaltete Arbeiterausstände gemeinsam abzuwehren.

Als Organisationen der Wiederverkäufer von Lederwaren sind zu nennen

Verein der Interessenten des Schuhgroßhandels. Sitz: Berlin NO 43, Gollnowstraße 40. — Vorsitzender: Felix Friedländer. — Geschäftsführender Beamter: A. Pelckmann, Sekretär. — Publikationsorgan: Schuh- und Lederbörse.

Verband deutscher Schuhwarenhändler E. V. Sitz: Berlin, Friedrichstraße 71. — Vorsitzender: Emil Jacoby, Berlin W 8, Friedrichstraße 70. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Feitelberg, Berlin, Schleswiger Ufer 19. — Unterabteilungen: 69 angeschlossene Schuhwarenhändlervereine lokalen Charakters in Arnstadt i. Th., Aschersleben, Augsburg, Berlin, Bernburg, Bochum, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Coburg, Danzig, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Eisenach, Eschwege, Eupen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Gießen-Wetzlar, Gleiwitz, Göttingen, Greifswald-Stralsund, Halberstadt, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Hof i. B., Karlsruhe, Köln, Königsberg, Köslin, Krefeld, Leopoldshall-Staßfurt, Lichtenfels, Liegnitz, Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen, Marburg, Mainz, Meiningen, Mühlhausen i. Th., Mühlhausen i. E., München, Nürnberg, Osnabrück, Passau, Quedlinburg, Regensburg, Reutlingen, Sagan, Salzwedel, St. Johann-Saarbrücken, Solingen, Sorau, Schweinfurt, Stettin, Straubing, Stuttgart, Thorn, Wiesbaden, Worms, Würzburg. — Mitgliederzahl: 700 direkte und 2400 indirekte Mitglieder, zusammen 3100 Mitglieder; auch die angeschlossenen Vereine. — Etat: 12000 M. — Publikationsorgan: „Schuh und Leder“.

Der Verband wurde am 25. Februar 1901 gegründet. Er bezweckt die Vertretung gemeinsamer Interessen, Bekämpfung jeder unlauteren Geschäftsgebarung, kostenlose Erteilung von juristischem Rat, Hilfskassen für unverschuldet in Vermögensverfall geratene Berufsgenossen, Wohlfahrtseinrichtungen für die Angestellten usw.

XVII.

Textilbranche, Färberei, Bekleidungsgewerbe.

Die deutsche Textilbranche ist für den Bezug ihres wichtigsten Rohmaterials, der Wolle und der Baumwolle, zum größten Teil bzw. ganz auf das Ausland angewiesen. Die Ringe, welche die ausländischen Produzenten gebildet haben, fallen aus dem Rahmen dieser Erörterung. Der deutsche Zwischenhandel ist ebenfalls organisiert; doch da der deutsche Wollhändler dem Auslande gegenüber dieselben Interessen hat wie der deutsche Textilindustrielle, so sehen wir beide zum Teil gemeinschaftlich organisiert. Ganz geschlossen arbeiten sie in der Vereinigung:

Bremer Baumwollbörse. Sitz: Bremen. — Vorsitzender: Geo Plate, Präsident, Bremen. — Geschäftsführender Beamter: Max Schultze, Direktor, Bremen. — Mitgliederzahl: 627.

Gegründet 1872. Zweck: Wahrung und Förderung der Interessen aller am deutschen Baumwollhandel und an der deutschen Baumwollindustrie Beteiligten, insbesondere durch Hebung des Bremer Baumwollmarktes. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Die Bremer Baumwollbörse arbeitet unter einem Vorstande von zwölf bremischen Baumwollhändlern und sechs Baumwollspinnern als Delegierte verschiedener deutscher Spinnereiverbände, sowie einem österreichischen und einen schweizerischen Delegierten. Diese Delegierten vertreten folgende Verbände:

1. Elsaß-Lothr. Industrielles Syndikat (Mülhausen i. Els.).
- 2. Verein süddeutscher Baumwollindustrieller (Augsburg).
- 3. Verband rheinisch-westfälischer Baumwollspinner (M.-Gladbach).
- 4. Vereinigung sächsischer Vigognespinnereien Werdau und Crimmitschau (Neukirchen).
- 5. Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, (jur. Pers.), (Chemnitz).
- 6. Verband der Baumwollindustriellen Österreichs (Wien).
- 7. Schweizerischen Spinner-, Zwirner- und Weber-Verein (Zürich).

Nur lokale Bedeutung hat der

Verein der am Baumwollhandel beteiligten Firmen in Hamburg. Sitz: Schauenburger Straße 11. — Vorsitzender: Wm. Foersten, in Firma Wm. Foersten & Co. — Geschäftsführender Schriftführer: Ed. F. Busch, in Firma E. Busch & Co. — Mitgliederzahl: 26.

Gegründet 1892. Zweck: Förderung der Interessen des Baumwoll- und Baumwollabfallhandels in Hamburg.

Daß es aber auch gelegentlich zu Gegensätzen zwischen dem Wollhandel und den Verarbeitern gekommen ist, zeigt die Entstehung der

Vereinigung des Wollhandels. Sitz: Leipzig, Burgstraße 26. — Vorsitzende: Louis Davignon, Leipzig, Weststraße; Georg Schönbach, Leipzig, Funkenburgstraße. — Stellvertretender Vorsitzender: Gustav Schneichel, Leipzig, König-Johann-Straße. — Geschäftsführender Beamter: Felix Rabener, Leipzig, Burgstraße 26. — Mitgliederzahl: 50.

Als in den Jahren 1898/99 das Wollgewerbe im allgemeinen eine Glanzperiode durchmachte, und infolge starker Beschäftigung besonders die deutschen Lohnwollkämmereien glaubten, durch zum größten Teil eigene Wolleinkäufe und unterstützt durch eine steigende Konjunktur des Zwischenhandels entbehren zu können, entstand in Leipzig bei einigen Wollhändlern der Gedanke, einen engeren Zusammenschluß aller Wollhändler herbeizuführen, um der drohenden Gefahr der Ausschaltung des Zwischenhandels nach Möglichkeit zu begegnen. — Es bedurfte aber erst des gewaltigen Preisrückschlages vom Jahre 1900, um für diese Idee in Wollhandelskreisen Neigung zu finden.

Die Vereinigung des Wollhandels wurde in Leipzig am 25. Mai 1900 gegründet. Sie setzte sich als Zweck: Wahrung und Förderung der Interessen des deutschen Wollhandels; Feststellung allgemeiner im Wollhandel üblicher Usancen; Entscheidung von Streitigkeiten aus Geschäften zwischen Mitgliedern untereinander, sowie zwischen Mitgliedern und Dritten im Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens; und endlich Begutachtungen von Warenlieferungen oder Warenandienungen seitens der Vereinsmitglieder untereinander bzw. der Vereinsmitglieder an Dritte oder seitens der letzteren an erstere.

Die Zahl der Firmen, welche sich damals der Vereinigung anschloß, und zwar ausschließlich Leipziger Firmen, betrug 24. Es traten später bald weitere Firmen bei, so daß die Mitgliederzahl in der Zwischenzeit auf 50 gestiegen ist, was im Verhältnis zu den bestehenden Wollhandelsfirmen einen ziemlich hohen Prozentsatz darstellt. Inzwischen sind nicht nur deutsche Firmen der verschiedensten Plätze, sondern auch belgische und französische und sogar australische Firmen der Vereinigung beigetreten.

War bei Gründung der Vereinigung des Wollhandels ihre Hauptaufgabe, die drohende Gefahr der Ausschaltung des Zwischenhandels zu beseitigen, was ihr, getragen durch die Verhältnisse, in kurzer Zeit gelang, so bildet jetzt schon seit einer Reihe von Jahren, nachdem sich zwischen der Vereinigung des Wollhandels und den einzelnen Interessenverbänden, wie den Vereinigten Lohnkämmereien Deutschlands einerseits und dem Verbands der Wollkämmer und Kammgarnspinner andererseits, ein friedliches Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten herausgebildet hat, die Hauptaufgabe der Korporation die Schlichtung von Streitigkeiten. Die Mitglieder verpflichten sich, den ordentlichen Rechtsweg bei Streitigkeiten auszuschließen, und falls eine gütliche Verständigung unter den Parteien nicht erzielbar ist, den Streitfall der Schiedsgerichtsabteilung zur Erledigung zu überweisen. Es hat sich nach Mitteilung der Vereinigung bestätigt, daß die Wollhändler für ihr schwieriges Gebiet der ordentlichen Richter in den allermeisten Fällen entbehren können, da erfahrungsgemäß in einem Prozesse das Endurteil doch nur auf Sachverständigengutachten basiert zu werden pflege.

Mitglied des Handelsvertragsvereins.

In der Textilbranche selbst bestehen zwei große Lager: die Spinner auf der einen Seite, die Weber (Garnkonsumenten), Wirker usw. auf der anderen. Über die Höhe des Garnzolles gehen ihre Ansichten naturgemäß weit auseinander. Das hat zur Bildung einer großen Reihe von Spezialvereinen geführt, die sich in solchen Einzelfragen energisch bekämpft haben. Daraus erklärt es sich auch, daß es keinen wirtschaftspolitischen Gesamtverband der ganzen deutschen Textilindustrie gibt. Für bestimmte Landesteile und Bezirke haben sich die Spinner, Weber usw. bzw. ihre Spezialvereine aber vielfach zu einem Verbandszusammenschluss, um einzelne, den Spinnern und Webern gemeinsame Ziele mit vereinten Kräften zu verfolgen. Besonders die letzten großen Streiks haben zur Bildung von Arbeitgeberverbänden beigetragen; aber auch technische Fragen werden zum Teil gemeinschaftlich bearbeitet.

Solche „gemischten“ Verbände sind:

Elsaß-Lothringisches Industrielles Syndikat. Sitz: Mülhausen i. Elsaß. — Vorsitzender: Th. Schlumberger, Geheimer Kommerzienrat, Mülhausen i. Elsaß. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Edu. Thomas, Mülhausen i. Elsaß. — Mitgliederzahl: 155. — Etat: Die Jahresbeiträge werden nach den den Berufsgenossenschaften angegebenen Jahreslöhnen bemessen.

Gegründet: 1869. Das Syndikat, welches übrigens trotz seines Namens keinerlei eigene geschäftliche Zwecke verfolgt, bezweckt zwar allgemein die „Förderung und Wahrung gemeinsamer, auf das industrielle Gebiet sich beziehender Interessen“, ist aber tatsächlich im wesentlichen eine Vereinigung von Textilindustriellen und zwar mit folgender Zusammensetzung: Baumwollspinnereien (einschl. Zwirnereien) 19, Baumwollwebereien 23, Baumwollspinnwebereien 30, Wollspinnereien 10, Wollwebereien 11, Wollspinn- und Webereien 6, Woll- und Baumwollwebereien 8, Bleicherei und Appretur 6, Seidenindustrie 4, Juteindustrie 3, sonstige Textilbetriebe (Abfälle, Seilereien, Deckenfabriken etc.) 12, Papierindustrie 10, Maschinenindustrie 5, Bauindustrie 5, sonstige Industrien 3.

Sie gehört zum Zentralverband deutscher Industrieller, Kolonialwirtschaftlichen Komitee, Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein und Deutschen Versicherungsschutzverbände.

Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart. Sitz: Stuttgart, Hospitalstraße 19 I. — Vorsitzender: Kommerzienrat Carl Eisenlohr, Direktor der Württembergischen Bankanstalt vormals Pflaum & Co., Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: Adolf Aldinger, Sekretär. — Mitgliederzahl: 212. — Etat: Einnahmen u. a.: Vermögen 7914.65 M., 210 Beiträge à 10 M. 2100.00 M., Preisnotierungen 540.00 M., Sa. 10804.65 M. Ausgaben u. a.: Saalmiete 1200.00 M., Gehalt des Sekretärs 400.00 M., Jahresbericht 120.00 M., Drucksachen, Papier usw. 280.00 M., Sa. 2770.65 M.

Die „Industrie- und Handelsbörse“ in Stuttgart ist ein seit dem Jahre 1860 bestehender Verein, welcher den Zweck hat, seinen Mitgliedern durch regelmäßige Zusammenkünfte in den hierfür bestimmten Geschäfts-

räumen in Stuttgart Gelegenheit zu gegenseitigen Mitteilungen, zum Meinungsaustausch über die jeweilige Lage der Geschäfte und zur Anbahnung von geschäftlichen Abschlüssen auf dem Gebiete der Textilindustrie zu geben. Diese Abschlüsse bestehen in Ein- und Verkauf von Gespinnsten und Geweben und der für die Textilindustrie benötigten Roh- und Hilfsstoffe.

Die unmittelbare Aufsicht über die Börse steht der Handels- und Gewerbekammer in Stuttgart zu. Mitglied des Vereins kann jede Person, jede Einzelfirma und jedes in Form einer Handelsgesellschaft irgend welcher Art betriebene gewerbliche Unternehmen werden, sofern dieselben zu der Textilindustrie in Beziehung stehen.

Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die Mitglieder verteilen sich zurzeit auf Deutschland, die Schweiz und England.

Verband Schlesischer Textilindustrieller E. V. Sitz: Breslau I, Am Ohlauufer 21 I. — Vorsitzender: Kommerzienrat Dierig, Oberlangenbielau in Schlesien. — Geschäftsführender Syndikus: Justizrat Dr. Neisser. — Unterabteilungen: Ortsgruppe „Bezirk Reichenbach“. Vorsitzender: Fabrikbesitzer Otto Hüscher, Reichenbach in Schlesien. — Mitgliederzahl: 123. — Etat: Der Verband deckt größere Ausgaben, die im Laufe des Jahres erforderlich werden durch Erhebung besonderer Umlagebeträge, zu deren Leistung die Mitglieder statutenmäßig innerhalb gewisser Grenzen verpflichtet sind. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Textilindustrieller E. V.“

Der Verband Schlesischer Textilindustrieller E. V. ist unter dem Namen „Verband Schlesischer Leinen- und Baumwoll-Industrieller“ im Jahre 1878 gegründet worden. Er bezweckt eine allseitige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der schlesischen Textilindustrie, namentlich in Zoll- und Tarifrfragen. Im Jahre 1885 nahm er den gegenwärtigen Namen an. Zu Beginn des Jahres 1904 erweiterte er sein Aufgabengebiet durch Hinzunahme der Vertretung der spezifischen Arbeitgeberinteressen. In wirtschaftlicher Hinsicht steht er auf einem gemäßigt schutzzöllnerischen Standpunkte. In sozialpolitischer Beziehung ist er bestrebt, „ein gedeihliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in den Betrieben der Mitglieder zu fördern“.

Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes.

Verband der Textilindustriellen (Chemnitz). Sitz: Chemnitz. — Vorsitzender: H. Vogel, Geh. Kommerzienrat, Chemnitz. — Mitgliederzahl: 135 mit ca. 20000 Arbeitern (1902).

Geegründet 1895. Zweck: Förderung aller gemeinsamen Interessen der Textilindustrie, namentlich durch gemeinschaftliche Beratung und Erörterung der diese Industrie betreffenden Angelegenheiten. Der Verband unterhält eine eigene Arbeitsnachweisstelle.

Die Mitglieder folgender drei in Chemnitz bestehenden Vereine: Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, Verein zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend, Wirkwarenfabrikanten-Vereinigung von Chemnitz und Umgegend sind ohne weiteres Mitglieder des Verbandes.

Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie. Sitz: Chemnitz, Schützenstraße 2. — Vorsitzender: H. Vogel, Geheimer Kommerzienrat, Chemnitz. — Geschäftsführender Beamter: Ernst Roitzsch, Sekretär Friedrich Wilhelm. — Mitgliederzahl: 640 mit (1905) 118 000 Arbeitern.

Gegründet 1896 durch Geh. Kommerzienrat Vogel und Kommerzienrat Stark. Zweck: Erzielung eines gemeinschaftlichen Vorgehens der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie gegenüber unberechtigten Forderungen der Arbeiter. Es soll sich dieses gemeinsame Vorgehen in erster Linie erstrecken auf: Nichtaufnahme von Arbeitern, welche unberechtigt die Arbeit eingestellt haben; Ablehnung von Forderungen der Arbeiter an einzelne Betriebe, die Arbeitszeit einseitig unter die jetzt bei der betreffenden Gruppe (Branche) übliche herabzusetzen; Ablehnung von Forderungen, welche die in den Betrieben nötige Disziplin und die Bestimmung über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter den Arbeitgebern unmöglich machen oder erschweren würden; Schutz und Unterstützung Arbeitswilliger; Gewährung von Entschädigungen an Mitglieder für durch unberechtigte Arbeitseinstellungen erwachsende Verluste nach Maßgabe der Verbandsbestimmungen.

Der Verband umfaßt Arbeitgeber sämtlicher Branchen der sächsischen Textilindustrie: Baumwollspinnerei und verwandte Branchen, Wollspinnerei und -Kämmerei, Tuchfabrikation, Weberei außer reiner Baumwollweberei und Tuchfabrikation, Strumpf-, Handschuh-, Trikotagenfabrikation, Posamentenfabrikation sowie Färberei und Appretur.

In derselben Weise arbeiten die übrigen Verbände auch zur Erläuterung sei noch näher eingegangen auf den

Arbeitgeber-Verband der rheinischen Seiden-Industrie. Sitz: Krefeld. — Vorsitzender: Seidenwarenfabrikant Eduard Schröder, Krefeld. — Geschäftsführender Beamter: F. Holstein, Krefeld, Jungfernweg 2. — Mitgliederzahl: 96. — Etat: Einnahme ca. 13 650 M., Ausgabe ca. 7600 M. Die Höhe der Beiträge der Mitglieder richtet sich nach den bei ihren Berufsgenossenschaften zuletzt angemeldeten Gesamtsummen der von ihnen für ihre niederrheinischen Betriebe gezahlten Löhne und Gehälter. Als Eintrittsgeld ist der fünffache Betrag des ersten zu leistenden jährlichen Beitrages zu entrichten. Die Mitglieder des Verbandes sind ferner verpflichtet, zu der Verbandskasse einen jährlichen Beitrag von eins pro Mille der von der Firma angemeldeten Gesamtlöhne und Gehälter zu zahlen.

Der Verband ist gegründet im Jahre 1900, um den Arbeitnehmerverbänden gegenüber ein geschlossenes Vorgehen der gesamten Fabriken zu ermöglichen. Wenn bei einem Mitgliede Arbeiter-Schwierigkeiten, Streiks usw. ausbrechen, prüft eine Kommission des Verbandes die Sachlage. Wird die Arbeitseinstellung für ungerechtfertigt erklärt, so versucht der Verband eine Beilegung des Ausstandes in jeder ihm zweckmäßig erscheinenden Weise und unterstützt den Betroffenen während der Dauer des Ausstandes aus den vorhandenen Verbandsmitteln vom dritten Tage des Ausstandes an. Bei Zuwiderhandlung gegen die Beschlüsse der Generalversammlung seitens des Betroffenen kann die Entschädigung fortfallen und das Mitglied ausgeschlossen werden, wenn die Generalversammlung dies mit zwei Drittel Stimmenmehrheit beschließt.

Während eines ungerechtfertigten Ausstandes und vier Wochen nachher dürfen die Mitglieder des Verbandes keine Arbeiter des vom

Ausstände Betroffenen einstellen, auch nicht, wenn diese inzwischen bei einer nicht dem Verbands angehörigen Firma gearbeitet haben, und keine Sammlungen zugunsten der Ausständigen in den Räumen ihrer Betriebe wesentlich gestatten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung ist eine Verstrafsstrafe von 100 M. an die Verbandskasse zu entrichten.

Die Höhe der Entschädigung beträgt für jede Ausstandswoche (die Woche zu 6 Arbeitstagen gerechnet) $\frac{1}{2}$ % der von der betroffenen Firma für das bei Ausbruch des Streiks laufende Geschäftsjahr bei der Berufsgenossenschaft für ihre niederrheinischen Betriebe angemeldeten Löhne und Gehälter.

Zur Wahrung ihrer Arbeitgeberinteressen in der Gesamtheit hat sich die Textilindustrie zusammengeschlossen zum: Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie (s. S. 120 u. 118).

Die älteste Spezialorganisation der Spinner ist die

Vereinigung sächsischer Spinnerei-Besitzer j. P. Sitz: Chemnitz, Schützenstraße 2pt. — Vorsitzender: Emil Stark, K. S. Kommerzienrat, Direktor der Chemnitzer Aktienspinnerei. — Geschäftsführender Beamter: Friedrich Wilhelm, Sekretär. — Unterabteilungen: Emballageverwertungs-Gesellschaft. Geschäftsführender Beamter: Hans Glaßmann, Chemnitz, Theaterstraße 50. — Mitgliederzahl: 54. — Etat: Die entstehenden Kosten werden durch Umlage nach der Spindelzahl gedeckt. — Publikationsorgan: „Leipziger Monatsschrift für Textil-Industrie“.

Die Vereinigung sächsischer Spinnerei-Besitzer j. P. mit dem Sitz in Chemnitz besteht nachweislich seit dem Jahre 1836. Eine Neuorganisation erfuhr sie im Jahre 1877. Seit dem 1. Januar 1896 besitzt sie die Eigenschaft und die Rechte einer juristischen Person. Ihr Zweck ist die Förderung der Interessen der Baumwollspinnerei und der dieser verwandten Betriebe.

Die Zahl der Mitglieder ist zurzeit 55, deren Spindelzahl insgesamt einschließlich der Zwirnspindeln 1582800 beträgt.

Die Vereinigung gehört dem Verbands der Textilindustriellen von Chemnitz und Umgebung an (siehe oben), um mit ihren Abnehmern in beständiger Fühlung zu bleiben, und unterhält mit ihnen eine eigene Arbeitsnachweisstelle. Als Mitglied ist die Vereinigung ferner mit der Bremer Baumwollbörse (siehe oben) verbunden, deren Ausschuß als Delegierter der Vorsitzende angehört. Auch gehört die Vereinigung dem Zentralverband deutscher Industrieller an.

Bis zum Jahre 1899 erstreckte sich die Tätigkeit der Vereinigung lediglich auf die Zusammenkünfte der Webgarnspinner. Von da ab wurde zunächst der Kreis der Mitglieder erweitert und vorzugsweise auf alle sächsischen Baumwollspinnereien und Zwirnereien ausgedehnt. Auch zwei schlesische, eine österreichische und zwei Spinnereien der Provinz Sachsen sowie die Vereinigung der Vigognespinner von Werdau und Crimmitschau schlossen sich an.

Die Vereinigung richtete zur besseren Orientierung ihrer Mitglieder über den Gang des Geschäftes eine monatliche Statistik über die Monatsproduktion, die Garnvorräte, die vorliegenden Aufträge und den Monatsversand an Garnen ein. Später erfolgte ein Austausch der sonst für die Mitglieder bestimmten Ergebnisse dieser monatlichen Umfragen mit dem

Verband Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner in München-Gladbach. Weitere Bestrebungen der Vereinigung führten zur Einigung über eine gemeinsame Fabrikordnung für Baumwollspinnereien. Als besonders glücklich erwiesen sich die Arbeiten zur Herbeiführung gleicher Zahlungsbedingungen für die Branche, welche den bestehenden großen Verschiedenheiten enge Grenzen zogen, so eine loyale Konkurrenz der Mitglieder unter sich begünstigten und bald zur gegenseitigen Zufriedenheit der Spinner und ihrer Abnehmer sich einführten.

In neuerer Zeit veranlaßten die immer schärfer auftretenden Arbeitsschwierigkeiten die Vereinigung, sich wegen der daraus entspringenden Folgen für die Einhaltung der Lieferungsfristen mit den Konsumenten über eine Streikklausel zu einigen. Um gegenüber den Bestrebungen höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten nicht den fast stets zu hoch gespannten Forderungen der Arbeiter allein gegenüberzustehen, hat sich die Vereinigung dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie zu Chemnitz (siehe oben) angeschlossen. Verdiente Arbeiter erhielten Anerkennungen.

Die verschiedenen Phasen der deutschen Zollgesetzgebung brachten der Vereinigung große Arbeiten. Teils für sich, teils im Verein mit den übrigen deutschen Spinnerverbänden und auch den Webern war sie beflissen, unter Inanspruchnahme der Chemnitzer und der übrigen sächsischen Handelskammern, mit Hilfe des Zentralverbandes deutscher Industrieller die Interessen der deutschen Baumwollspinnereien bei den Bundesbehörden zur Geltung zu bringen.

Durch ihren Anschluß an die Bremer Baumwollbörse wirkte die Vereinigung für die Spinnereinteressen bei Festsetzung der Verkaufsbedingungen für Baumwolle, der Bestimmungen für die Arbitrationen und für die Herbeiführung mäßiger Eisenbahnfrachten nach den inländischen Spinnereibezirken.

Die Vereinigung bemühte sich energisch um die Erlangung billigerer Feuerversicherungsprämien bei der Errichtung automatischer Feuerlöschbrausen (Sprinkler).

Die Bestrebungen zur Hebung des Baumwollbaues in den deutschen Kolonien sind von der Vereinigung wärmstens unterstützt. Zu näheren Angaben hierüber hält sie indes die Zeit noch nicht für gekommen.

An den Bestrebungen der „International Cotton Spinners Association“ nimmt die Vereinigung Anteil. Sie hat den Bericht der von ihr ausgehenden „Lancashire Cotton Investigation Compagny“ im Verein mit dem Verband Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner in M.-Gladbach und dem Verein Süddeutscher Baumwoll-Industrieller in Augsburg ins Deutsche übersetzen lassen. Auf dem IV. Internationalen Baumwollkongreß war die Vereinigung durch Delegierte vertreten.

Eine jüngere gleichstrebende Organisation ist der

Verein süddeutscher Baumwollindustrieller. Sitz: Augsburg. — Vorsitzender: K. Semlinger, Kommerzienrat, Bamberg. — Geschäftsführender Beamter: W. Redenbacher, Assessor, Handelskammersekretär, Augsburg. — Mitgliederzahl: 83 mit 46 144 Arbeitern (1902).

Gegründet: 1870. Zweck: Vertretung und Wahrung der Interessen der süddeutschen Baumwollindustrie. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Bremer Baumwollbörse und des Deutschen Handelstages. Der Verein umfaßt Bayern, Württemberg, Hohenzollern, Baden und Hessen. Sein langjähriger früherer Vorsitzender, Reichsrat von Haßler, war auch Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher In-

dustrieller, mit dem der Verein in engerer Fühlung arbeitete. Er trat besonders für höheren Zollschutz der deutschen Feinspinnerei ein, suchte ebenso wie der sächsische Verein eine Regelung der Produktionsausdehnung herbeizuführen sowie Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festzusetzen. Auch als Arbeitgeberverband hat er sich gelegentlich bei Streiks betätigt.

Ein dritter Verband dieser Art ist der

Verband Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner. Sitz: München-Gladbach. — Vorsitzender: C. O. Langen, München-Gladbach. — Mitgliederzahl: 59 mit 16992000 Spinnspindeln, 219906 Zwirnspindeln und 8167 Webstühlen.

Gegründet: Januar 1887. Vom 15. September 1899 bis 31. Dezember 1901 hieß der Verband: „Verband westdeutscher Baumwollspinner“. Die Bildung zweier Sektionen, Rheinland und Westfalen, ist nur für den Fall vorgesehen, daß nur rheinländische bzw. westfälische Interessen zu vertreten sein würden. Zweck: Gemeinsam die Interessen der einheimischen Baumwollspinnerei zu fördern durch Besprechung der allgemeinen Geschäftslage in möglichst vierteljährlich sich wiederholenden Zusammenkünften, durch Anträge und Gutachten an Behörden und wirtschaftliche Vereinigungen sowie durch Veröffentlichungen in Zeitungen, Fachblättern usw. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Deutschen Haftpflicht- und Versicherungs-Schutzverbandes.

Erwähnt sei noch, daß all diese Spinnereivereine sich verschiedentlich mit der Frage beschäftigt haben, ob die Einführung einer metrischen Garnnumerierung zweckmäßig sei. Alle lehnten dies ab, falls nicht auch England dieselbe Maßnahme treffen würde. Diesen Standpunkt nahm auch der Verband Schlesischer Textilindustrieller ein, während sich der Verband der Textilindustriellen in Chemnitz für das metrische Einheits-system aussprach.

Schon beim Wollhandel war erwähnt worden der

Verein Deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner. Sitz: Dresden. — Vorsitzender: L. Wenzel, Kommerzienrat, Leipzig; Ehrenvors. Franz Dietel, Geh. Kommerzienrat, Coßmannsdorf in Sachsen. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Kurt Kuntze, Dresden, Blumenstraße 3. — Mitgliederzahl: 65 deutsche Mitglieder.

Gegründet: 1876. Zweck: Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Der Verein besteht unter einheitlicher Leitung aus der Gruppe der Strickgarnspinner, der Gruppe der Webgarnspinner, der Gruppe der Zephyrgarnspinner, einer Anzahl Sondermitglieder und drei schweizerischen Webgarnspinnern.

In den letzten Jahren hat der Verein dem Reichsamt des Innern behufs Veröffentlichung im Reichs-Arbeitsblatt monatliche Berichte eingesandt, welche namentlich über den Arbeitsmarkt auf dem Gebiet seiner Industrie sich verbreiteten. „Hierbei muß hervorgehoben werden, daß auch in unserer Industrie ein lebhafter Mangel an Arbeitern, insbesondere an weiblichen Arbeitskräften herrscht. Dies ist um so auffallender, als die Löhne im letzten Jahr ganz erheblich gestiegen sind. Eine weit-sichtige Arbeiterpolitik muß dieser Erscheinung ihre vollste Aufmerksamkeit zuwenden. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitsverhältnisse macht sich immer fühlbarer und für die Arbeitgeber empfindlicher. Es erscheint daher der Zusammenschluß der Arbeitgeber zur

Wahrung ihrer Interessen immer dringender geboten. Wir haben deshalb die Bestrebungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, der wir als Mitglied angehören, nach Kräften unterstützt.“

Bei den Spinnereien seien auch noch zwei Konventionen erwähnt: Verband Deutscher Jute-Industrieller, G. m. b. H., Braunschweig; Vereinigung Deutscher Kammgarn - Buntspinnereien, Dresden.

Als Spezialorganisation wäre noch zu erwähnen der

Verband Deutscher Roßhaarspinner. Sitz: München, Schommerstraße 16. — Vorsitzender: Kommerzienrat Otto Maurer, Lahr (Baden). — Geschäftsführender Beamter: Justizrat Dr. Julius Kahn, Handelskammersyndikus, München. — Schriftführer: Handelsrichter Alfred Hoenigsberger, München. — Mitgliederzahl: 22. — Etat: ca. 2000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Seilerzeitung“, Berlin.

Der Verband wurde 1897 gegründet. Sein Zweck ist, die Interessen der deutschen Roßhaarspinnereien und Haarzurichtereien, insbesondere auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei und der Handelspolitik, zu vertreten und zu fördern. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Handelsvertragsvereins.

Die Weiterverarbeiter der Spinnprodukte haben sich organisiert im

Verband Deutscher Baumwollgarn - Verbraucher. Sitz: Dresden-Altstadt, z. Z. Arnoldstraße 16. — Vorsitzender: Kommerzienrat Georg Marwitz, Generaldirektor der Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur Aktiengesellschaft. — Geschäftsführender Beamter: Dr. phil. Willy Lochmüller. — Unterabteilungen: Verband Süddeutscher Baumwollgarn-Konsumenten, Vorsitzender: Kommerzienrat Julius Elsas in Cannstatt. Vereinigung von Webereibesitzern in Rheydt und Umgegend, Vorsitzender: Joh. Th. Nöldechen. Wirkwaren-Fabrikanten-Vereinigung von Chemnitz und Umgegend, Vorsitzender: Wilm. Doehner. — Mitgliederzahl: mit der der Unterverbände ca. 300. — Etat: Der Mindestbeitrag beträgt für Industrielle mit weniger als 50 Angestellten 10 M., 51 bis 100 20 M., 101 bis 300 30 M., 301 bis 500 40 M., über 500 50 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ und „Mitteilungen“ (Erscheinen nach Bedarf).

Als im Jahre 1897 die ersten Vorbereitungen zur Neuregelung unserer zollpolitischen Beziehungen zum Auslande begannen, traten zahlreiche Betriebe der Baumwollwarenindustrie zum Verbands Deutscher Baumwollgarn-Konsumenten zusammen. Die konstituierende Versammlung fand im Februar 1898 statt. Die großen wirtschaftlichen Interessen, welche in der baumwollgarnverarbeitenden Industrie verkörpert sind, waren bis dahin in keiner genügenden Weise organisiert.

Der Verband stellte sich anfangs nur zollpolitische Aufgaben und kann feststellen, daß seine Arbeit in bezug auf die Vorbereitung des neuen deutschen Zolltarifs und der neuen Handelsverträge durch Erfolg

belohnt wurde, denn er hat eine wesentliche Ermäßigung der Grobgarnzölle erreicht. Die immer wieder auftretende Garnnot zeige, wie recht der Verband mit seiner Agitation gegen die Erhöhung der Garnzölle und mit seiner Behauptung gehabt habe, daß in Zeiten guten Geschäftsganges die deutsche Spinnerei den Bedarf der Weberei nicht befriedigen könne. Nach Verabschiedung des Zolllarifgesetzes haben sich ihm neue Aufgaben eröffnet.

Er hat zu wiederholten Malen die Frage einer Rückvergütung der Garnzölle bei Ausfuhr fertiger Waren erörtert. Er hat ferner auf dem Gebiete des Veredelungsverkehrs gearbeitet und seinen Bemühungen ist auch die Einführung eines solchen Veredelungsverkehrs in der Gardinenweberei mit zuzuschreiben. Auch er hat eine Enquete über die einheitliche Garnnumerierung veranlaßt und in den Fragen einer besseren Verbindung mit England, der Tara bei Einfuhr von Garnen, der Besteuerung deutscher Handelsreisender in Rußland, der Zollbehandlung von textilen Warenmustern in Rußland, der brasilianischen Einfuhrerschwerung und anderen mehr den zuständigen Behörden gegenüber die Interessen seiner Mitglieder gewahrt.

Der Verband hat als erste textilindustrielle Organisation bei Begründung des Kartells der Feuerversicherungs-Gesellschaften die Aufmerksamkeit der textilen Kreise auf die durch die Vereinigung der Feuerversicherungs-Gesellschaften bewirkten Tarifierhöhungen gelenkt und hat des weiteren nach Veröffentlichung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag Abänderungsanträge im Interesse der industriellen Kreise zu dem Gesetze gestellt.

Die größte Aufmerksamkeit hat der Verband der Baumwollfrage zugewandt. Er hat seine Hilfe bei Begründung sowohl der Deutschen Togo-Gesellschaft als auch der Deutsch-Levantinischen Baumwollgesellschaft geliehen und hat sich bei der Reichsregierung wiederholt für den Bau von Eisenbahnen in Togo und Deutsch-Ostafrika verwandt. In der Baumwollfrage unterhält er mit dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee engste Beziehung. Sein Bestreben ist darauf gerichtet, dessen Arbeiten auf jede Weise zu unterstützen. So hat er ein Zirkular erlassen, um seine Mitglieder zur tätigen finanziellen Mithilfe aufzufordern, und es sind zahlreiche Beitrags-Zeichnungen daraufhin erfolgt.

Nach Beendigung des Krimmitschauer Streiks ist der Verband bei Begründung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie mit tätig gewesen und hat für einen Anschluß seiner Mitglieder bei den lokalen Arbeitgeberverbänden gesorgt. Wenn auch die eigene Organisation des Verbandes die Möglichkeit gegeben hätte, daraus einen Arbeitgeberverband der Baumwollindustrie zu bilden, so ist doch von diesem Gedanken Abstand genommen worden, um nicht die hier und da schon bestehenden Organisationen zu gefährden.

Da in der Kommission, welche das Kaiserliche Statistische Amt zur Feststellung der Einheitswerte gebildet hat, für die Außenhandelsstatistik Vertreter der baumwollgarnverbrauchenden Industrien sich nicht befanden, hat der Verband darauf hingewirkt und erzielt, daß zwei seiner Mitglieder in diese Kommission berufen wurden. Er hat weiter im Laufe des letzten Jahres Dienste geleistet bei dem Bestreben einzelner Branchen, der Baumwollindustrie einheitliche Verkaufs- und Lieferungsbedingungen durchzuführen.

In der Überzeugung, daß die Interessen der Baumwollspinner sich in sehr vielen Fällen mit denen der Weber decken, hat der Verband auch mehrfach Anlaß genommen, mit den Vereinigungen der Spinner in Beratung zu treten, und er hofft, daß schließlich die Erkenntnis der Solidarität der beiderseitigen Interessen den Sieg davon tragen wird.

Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Handelsvertragsvereins. — Ungefähr gleichzeitig entstand auch der

Verband Süddeutscher Baumwollgarn-Konsumenten. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: Kommerzienrat Julius Elsas, Cannstatt. — Geschäftsführender Beamter: Adolf Aldinger, Sekretär, Stuttgart, Hospitalstraße 19 I. — Mitgliederzahl: ca. 70. — Etat: Jahresbeitrag mindestens 10 M.

Der Verband Süddeutscher Baumwollgarn-Konsumenten ist am 4. April 1898 gegründet worden. Er hat die Aufgabe, die Interessen aller derjenigen Industrien und Erwerbszweige wahrzunehmen und zu vertreten, welche Baumwollgarne irgend welcher Art verarbeiten oder umsetzen. Hierzu gehört insbesondere Einwirkung auf eine diesen Branchen günstige Gestaltung der Zollgesetzgebung. Die Mitglieder verteilen sich auf Württemberg, Hohenzollern, Baden, Bayern und Elsaß.

Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Dieselben Ziele verfolgt auch die

Vereinigung rheinisch-westfälischer Handelskammern und Garnkonsumenten. Sitz: Krefeld. — Vorsitzender: Kommerzienrat F. W. Deußen, Krefeld. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Richard Zeyß, Syndikus der Handelskammer Krefeld. — Mitgliederzahl: 5 Handelskammern, 11 Firmen. — Etat: Kein selbständiges Rechnungswesen. Die entstehenden Ausgaben für Drucksachen usw. werden von der Handelskammer zu Krefeld getragen.

Gegründet: 1898. Zweck: Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der rheinisch-westfälischen Webeindustrie, namentlich im Hinblick auf den Verbrauch von Garnen. Die Geschäfte der Vereinigung werden von der Handelskammer zu Krefeld geführt, die Sitzungen finden in Düsseldorf statt.

Die Weber haben auch spezielle Fachvereinigungen, z. B.

Verband deutscher Buntwebereien und verwandter Betriebe. Sitz: Dresden. — Vorsitzender: Kommerzienrat Dr. Georg Kauffmann, Wüstegiersdorf i. Schl. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Lochmüller, Dresden, Arnoldstraße 16. — Bezirksgruppen: Reichenbach i. Schl., Lauban-Görlitz, Nordhausen, Rheydt.

Der Verband ist am 24. Februar 1908 (bzw. 25. Januar 1905) gegründet worden und verfolgt neben der Wahrnehmung der Spezialinteressen der Buntweberei das Ziel, die Mißstände, die sich namentlich im Verkehr mit der Kundschaft herausgebildet haben, zu beseitigen.

Andere Spinnstoffverarbeiter bzw. deren Organisationen, die Web- und Wirkwarenfabrikanten-Vereinigungen von Chemnitz und Umgegend in Chemnitz, beide Mitglied des Handelsvertragsvereins, wurden bereits erwähnt.

Auch die Tuch- und Wollwarenfabrikanten haben eine große Zahl von Organisationen. Die wichtigsten sind:

Verein Deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten (E. V.). Sitz: Berlin-Aachen. — Vorsitzender: Eduard

Meyer, Aachen. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersyndikus Prof. Dr. H. Lehmann, Aachen, Theaterstraße 6. — Mitgliederzahl: 26 angeschlossene Vereine: 1. Tuchfabrikantenverein Aachen; 2. Tuchmacherinnung Anklam; 3. Verein der Tuchfabrikanten in Burg b. M.; 4. Fabrikantenverein, Cottbus; 5. Fabrikanten- und Webschulverein Krimmitschau; 6. Tuchfabrikantenverein Finsterwalde (Brandenburg); 7. Fabrikantenverein zu Forst i. L.; 8. Fabrikantenverein zu Gera; 9. Wollwarenfabrikantenverein zu Görlitz; 10. Fabrikantenverein zu Großenhain; 11. Fabrikantenverein der Wollindustrie Guben; 12. Fabrikantenverein Hainichen; 13. Tuchmacherinnung Kamenz; 14. Industrieverein für Kirchberg und Umgegend; 15. Fabrikantenverein Lambrecht i. Pfalz; 16. Verband rheinisch-westfälischer Tuchfabrikanten, Lannep; 17. Luckenwalder Fabrikantenverein (ein Mitglied des Handelsvertragsvereins); 18. Fabrikantenverein der Textilindustrie Neustadt a. Orla; 19. Fabrikantenverein der Textilindustrie Neumünster in Holstein; 20. Fabrikantenverein Osterrode (Harz); 21. Fabrikantenverein Pößneck; 22. Fabrikantenverein Schwiebus; 23. Sommerfelder Fabrikantenverein (Mitglied des Handelsvertragsvereins); 24. Fabrikantenverein Spremberg i. L.; 25. Industrieverein zu Werdau; 26. Verein der Wollwarenfabrikanten Sagan. — Außerdem 48 Einzelmitglieder.

Der Verein ist hervorgegangen aus dem 1871 begründeten „Zentralverein der deutschen Wollwarenfabrikanten“ zu Leipzig. Durch eine Reorganisation vom Jahre 1903 wurden zahlreiche nicht zur Branche gehörige Mitglieder zum Austritt veranlaßt. Zum Verein gehören jetzt die Verarbeiter von Wolle und den Surrogaten, d. h. die Hersteller von Tuchen aller Art, Flanellen, Decken, Trikotstoffen, Wollhüten, Wollphantasiewaren, Filzstoffen. Er bezweckt die Wahrung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen dieser Fertigfabrikatsindustrien, ist Begründer des „Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie“ zu Berlin-Aachen (Vorsitzender und Geschäftsführer sind die gleichen wie beim Verein) und bearbeitet z. Z. u. a. die „Deutsche Tuchkonvention“. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Tuchfabrikantenverein zu Aachen. Sitz: Aachen. — Vorsitzender: Eduard Meyer in Aachen. — Etat: Vermögen ca. 20 000 M.

Der Tuchfabrikantenverein zu Aachen wurde im Jahre 1889 „zur Förderung der allgemeinen Interessen der Tuchindustrie“ gegründet und zählt zu seinen Mitgliedern, mit wenigen Ausnahmen, die sämtlichen Tuchfabrikationsfirmen der Stadt Aachen, dem ältesten und bedeutendsten Platz der deutschen Tuchfabrikation, mit durchschnittlich 14 000 beschäftigten Personen. Der Verein unterhält eine Verkaufsstelle für Fabrikabfälle. An der Begründung des oben erwähnten Vereins deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten (E. V.) sowie den Vorarbeiten für eine „Deutsche Tuchkonvention“ ist er hervorragend beteiligt gewesen.

Als Organisation der Produzenten von Halbfabrikaten, die in der Tuchfabrikation weiter verarbeitet werden, kommt vornehmlich die „Vereinigung Deutscher Kammgarnspinner“ (Geschäftsführer Dr. Kurt Kuntze) in Betracht, die aber ein Kartell ist.

Die Weiterverkäufer sind organisiert in drei zentralen Vereinen: 1. Deutsche Tuchgrossisten-Vereinigung, Berlin-Aachen; 2. Verband Deutscher Tuchgroßhändler und verwandter

Branchen E. V., München; 3. Zentralverband Deutscher Herren- und Knabenkleiderfabrikanten, Berlin.

Von dem ersten ist in der Öffentlichkeit noch nichts zu hören gewesen; seine Organisation ist nicht bekannt geworden.

Verband Deutscher Tuch-Großhändler und verwandter Branchen (E. V.). Sitz: Berlin S 14. — Vorsitzender: N. Stark, München. — Geschäftsführender 2. Vorsitzender: Gustav Weinsiehr, Berlin S 14, Märkischer Platz 1. — Mitgliederzahl: 96.

Gegründet: 1889. Zweck: Die gemeinschaftlichen Interessen der deutschen Tuchgroßhändler und verwandter Branchen zu vertreten und zu fördern; — auf die Beseitigung der im Tuchhandel und den zugehörigen Branchen bestehenden Übelstände hinzuwirken. Jede Art wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes ist ausgeschlossen.

Zentralverband der deutschen Herren- und Knabenkleider-Fabrikanten. Sitz: zurzeit Berlin. — Vorsitzender: Hermann Gollop, Berlin, Mommsenstraße 3. — Schriftführer: Siegfried Adam, in Firma S. Adam, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: M. Schön, Generalsekretär. — Unterabteilungen: 1. Vereinigung Stettiner Konfektions-Engros-Firmen. — 2. Verein Berliner Herren- und Knaben-Konfektionsfirmen en gros. — 3. Verein Breslauer Herrenkleider-Fabrikanten. — 4. Verband süddeutscher Kleiderfabriken (Frankfurt a. M.; dieser ist Mitglied des Handelsvertragsvereins). — 5. Ortsgruppe Speyer des Verbandes süddeutscher Kleiderfabriken. — 6. Vereinigung in Elberfeld. — 7. Vereinigung Oberlausitzer Kleiderfabrikanten in Seifhennersdorf i. S. — 8. Verband Aschaffenburgs Kleiderfabrikanten in Aschaffenburg. — Mitgliederzahl: 165. — Publikationsorgan: „Der Herren-Konfektionär“ in Hamburg.

Gegründet 1901. Zweck: Die Gesamtinteressen der von ihm vertretenen Industrie wahrzunehmen und zu fördern, die Kreditverhältnisse zu heben, einen größtmöglichen Schutz zu bieten gegen Verluste durch unwürdige Kreditnehmer. Der Erreichung dieser Zwecke sollen besonders dienen: gemeinschaftliche Besprechung über Fragen, welche das gemeinsame Interesse berühren; gemeinsames Vorgehen bei gerichtlichen und außergerichtlichen Akkorden; unbedingtes Zusammenhalten und gegenseitiger Schutz bei eintretenden Arbeitseinstellungen; Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten, Zusammenschluß der gesamten Industrie und Vertretung derselben.

Sitz und Vorsitz wechseln alle zwei Jahre unter den in Berlin, Stettin, Breslau und Frankfurt a. M. bestehenden Lokalverbänden.

Der Berliner Lokalverband hat selbständige Verwaltung:

Verein Berliner Herren- und Knaben-Konfektionsfirmen en gros. Sitz: Berlin SO, Köpnickers Straße 152. — Vorsitzender: Siegfried Adam, in Firma S. Adam, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: M. Schön. — Mitgliederzahl: 60. — Publikationsorgan: „Konfektionär“, Berlin.

Der Verein besteht seit 1896. Er hat besonders in den Streikbewegungen der Branche und bezüglich der Sanierung der Branche durch strenge Bestimmungen in Konkursangelegenheiten Erfolge aufzuweisen.

Zu erwähnen ist hier auch der junge

Verband der Großhändler Deutschlands in Schneiderartikeln, Sitz Elberfeld. In der Jahresversammlung 1908 wurde der Bericht über das erste abgelaufene Geschäftsjahr erstattet. Die Einführung des Mahnverfahrens hat in Verbindung mit dem wiederholten Erscheinen der schwarzen Liste schon vielfach gute Früchte getragen. Auf die Aufforderung an alle Fabrikanten des einschlägigen Geschäftszweiges, in Zukunft nur noch mit Großhändlern zu arbeiten, sind dem Verbands bündige schriftliche Zusagen von einer bedeutenden Zahl erteilt worden.

Schließlich wäre noch der Verband „Bund der Schneiderinnungen“ und der „Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe“, Sitz München, dem auch die Konfektionäre vielfach angehören, zu nennen.

Auch die Leinenbranche ist organisiert. Eine Gesamtvereinigung aller Zweige dieser Industrie ist der

Verband Deutscher Leinen-Industrieller. Sitz: Bielefeld. — Vorsitzender: Direktor A. Tiemann, Bielefeld. — Geschäftsführender Beamter: Arnold H. G. Bertelsmann, Bielefeld. — Unterabteilungen: 1. Verein Deutscher Jute-Industrieller (Braunschweig). — 2. Verband der deutschen Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken (Köln a. Rh.) — 3. Verband schlesischer und sächsischer Spinner E. V. (Breslau). — Mitgliederzahl: 150. — Publikationsorgan: „Der Deutsche Leinen-Industrielle“.

Gegründet am 14. September 1877 zu Berlin. Zweck: Vertretung der Interessen der Leinen-, Hanf- und Jute-Industrie bei der Regierung und jede andere Förderung derselben. Der Verband entwickelt sich stetig, er zählt sämtliche führenden Werke zu seinen Mitgliedern. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Zollpolitisch steht er aber auf demselben Standpunkte wie die Baumwollgarnkonsumenten.

Von seinen drei angeschlossenen Vereinen gehört zur Leinenindustrie im engeren Sinne der

Verband Schlesischer und Sächsischer Leinen Spinner E. V. Sitz: Breslau, Ohlauufer 21. — Vorsitzender: Kommerzienrat R. Gärtner, Freiburg i. Schl. — Geschäftsführender Syndikus: Justizrat Dr. Neißer, Breslau. — Mitgliederzahl: 18 Spinnereien. — Etat: Ein Ausgabenvorschlag wird nicht aufgestellt. Der Verbrauch, der sehr wechselt, wird durch Umlage nachträglich aufgebracht.

Der Verband ist im Jahre 1897 gegründet worden. Er bezweckt die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der schlesischen und sächsischen Leinenspinnerei. Die Mitglieder senden allmonatlich Berichte über den Bestand an Bestellungen, über Garnbestände, Flachsbestände, über die Preise, zu denen sie ihre Fabrikate im Berichtsmonat verkauft haben u. dgl. Diese Berichte werden von der Geschäftsstelle zusammengestellt, verarbeitet und alsdann werden die Durchschnittsergebnisse den Mitgliedern wieder zugänglich gemacht. Außerdem arbeitet der Verband

in Zoll-, Fracht- und Patentangelegenheiten, hat gemeinsame Verkaufs- und Lieferungs-Konditionen für seine Mitglieder festgestellt und wirkt gelegentlich auf Preisfeststellung und Produktionsregelung ein.

Verein deutscher Jute-Industrieller. Sitz: Braunschweig. — Vorsitzender: H. Lupprian, Kommerzienrat, Braunschweig. — Geschäftsführender Beamter: Chr. Rieche, Braunschweig. — Mitgliederzahl: 30 mit ca. 25 000 Arbeitern (1902).

Gegründet 1878. Zweck: Wirksame Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Juteindustrie, auch als Konvention. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Verband der deutschen Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken. Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: Hardenacke, Direktor, in Firma Felten & Guilleaume, Köln a. Rh. — Mitgliederzahl: 17 mit 5962 Arbeitern (1902).

Gegründet am 2. November 1900. Zweck: Die gemeinsamen Interessen der deutschen Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken auf dem Gebiete der Zoll-, Eisenbahn-, Arbeiter- und Gewerbegesetzgebung nach allen Richtungen zu vertreten. Nur die Tauwerkfabriken gehören dem Verbands nicht an.

Eine der letzteren verwandte Vereinigung ist der

Deutsche Seiler- und Reepschlägerverband. Sitz: Berlin O 27, Schillingstraße 30. — Vorsitzender: C. Rodeck, Berlin SW 12, Schützenstraße 60. — Geschäftsführender Beamter: Richard Schoch, Berlin O 27, Schillingstraße 30. — Mitgliederzahl: 233 (1902).

Gegründet 1879. Zweck: Hebung des Seiler- und Reepschlägergewerbes in technischer und gewerblicher Beziehung; Unterstützung der Verbandsgenossen, insbesondere durch Gründung und Förderung von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften; Schaffung von Wohlfahrts-einrichtungen.

Die Weiterverarbeiter der Leinenprodukte sind nur lokal organisiert, so in der Gesellschaft Berliner Wäschefabrikanten und in der Berliner Vereinigung von Wäschefabrikanten (Mitglied des Handelsvertragsvereins).

Als eine größere Händlervereinigung, die an den meisten Zweigen der Textilindustrie interessiert ist, wäre nur zu nennen:

Verband mitteldeutscher Manufakturisten. Sitz: Leipzig, Petersstraße 37. — Vorsitzender: Albert Lehniger, in Firma Herm. Wolff, Halberstadt. — Geschäftsführender Beamter: H. Seifert, Leipzig, Petersstraße 37. — Mitgliederzahl: 42 (1902).

Gegründet am 24. April 1898. Zweck: Gemeinschaftlicher Einkauf, Einkaufsvermittlung aller Arten von Manufaktur-, Woll- und Weißwaren, Herrenstoffen und Konfektion sowie Wahrung der Interessen der Mitglieder durch gegenseitige Förderung und wechselseitigen Meinungsaustausch. — Mitglied des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe, Leipzig.

Als Garnkonsumenten kommen noch Strickerei und Wirkerei, Stickerei und Spitzenfabrikation in Betracht.

Verein Süddeutscher Trikotfabrikanten. Sitz: Stuttgart, Hospitalstraße 19 I. — Vorsitzender: Max Lutz: Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: Adolf Aldinger, Sekretär. — Unterabteilungen: Verein der Trikotwarenfabrikanten von Ebingen und Umgebung, Vorsitzender Albert Goßmann in Ebingen. — Mitgliederzahl: Stuttgarter Verein ca. 35, Ebinger Zweigverein ca. 35. — Etat: Jahresbeitrag 10 M.

Der Verein ist am 10. Juni 1895 gegründet worden. Er bezweckt: die Verfolgung gemeinschaftlicher Interessen auf allen Gebieten der Trikotindustrie, sowohl nach außen als nach innen; ferner den näheren Anschluß nicht nur der süddeutschen Kollegen unter sich, sondern auch das Anstreben einer Verständigung mit anderen Trikotfabrikanten Deutschlands behufs Schaffung eines allgemeinen Verbandes. Nur solche Firmen oder Geschäftsinhaber, welche als Trikotfabrikanten einer der deutschen Textilberufsgenossenschaft angehören, können Mitglieder des Vereins werden. Er gehört dem Handelsvertragsverein an.

Am 21. Oktober 1907 wurde in Frankfurt a. M. die Konstituierung eines Verbandes Deutscher Trikotwarenfabrikanten beschlossen, der sich mit etwa 100 Mitgliedern auf ganz Deutschland ausdehnt und den Verein Süddeutscher Trikotfabrikanten, der im Jahre 1908 aufgelöst werden wird — weil es sich in der Hauptsache um die gleichen Mitglieder handelt —, aufnehmen wird. Vorsitzender des neuen Verbandes wird der Vorsitzende des alten Vereins, nämlich Direktor Max Lutz, Stuttgart, sein. Geschäftsführer: Robert Schopf, Notariatsassistent in Stuttgart (Bureau: Friedrichsstraße 32). Sekretär: Adolf Aldinger in Stuttgart (Bureau: Hospitalstraße 19). Unterabteilungen in Ebingen, Taifingen und Chemnitz. Mitgliedsbeitrag 20 M.; etwaiger Mehrbedarf wird umgelegt.

Verein der Stoffhandschuh-Industrie. Sitz: Burgstädt i. S. bei Chemnitz. — Vorsitzender: Wilhelm Kühn, Burgstädt i. S. bei Chemnitz. — Unterabteilungen: Bezirksvereine in Limbach i. S., Hartmannsdorf b. Burgstädt i. S. und Burgstädt i. S. bei Chemnitz. — Mitgliederzahl 18 Firmen mit ca. 140 Arbeitern.

Gegründet 27. Februar 1887. Zweck: Herbeiführung allgemein gültiger Normen für den Geschäftsverkehr, Erhaltung eines tüchtigen Arbeiterstandes, Schaffung und Erhaltung eines Vereinsorgans, Schaffung eines Schiedsgerichts zur außergerichtlichen Entscheidung von Streitigkeiten, welche unter den Interessenten der Stoffhandschuh-Industrie vorkommen.

Fabrikantenverein der Sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie zu Plauen. Sitz: Plauen. — Vorsitzender: Fabrikant Otto Tröger, Plauen, Breite Straße 27. — Geschäftsführender Beamter: Wilhelm Mette, Geschäftsführer. — Mitgliederzahl: 252. — Etat: Einnahme: 7599,85 M., Ausgabe: 8081,91 M. Vermögen: rund 15 000 M.

Der Fabrikantenverein der Sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie zu Plauen ist unter dem Namen „Fabrikantenverein der Stickerei- und Spitzenindustrie zu Plauen“ 1894 gegründet worden. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt: die Stickerei- und Spitzenindustrie in Sachsen zu erhalten; die Interessen der Stickerei- und Spitzenindustrie

auf dem Gebiete der wirtschaftlichen, Zoll- und gewerblichen Gesetzgebung des Reichs und des Königreichs Sachsen zu wahren; Mißstände auf dem Gebiete des geistigen Eigentums, vornehmlich des Musterwesens, der Verkaufsbedingungen sowie der geschäftlichen Gebahrung überhaupt und in den Verhältnissen der Arbeitnehmer zu beseitigen. Unter seinen Schöpfungen sind zu nennen: die Errichtung eines Arbeiterinnenheims, worin von auswärts zuziehende Arbeiterinnen, die in den Fabriken zu Plauen Beschäftigung suchen, gegen billiges Entgelt Kost und Unterkunft finden, die Aufstellung eines Stichregulativs, wodurch die Unsicherheit beseitigt worden ist, die bis dahin in den beteiligten Kreisen hinsichtlich der Art bestand, wie die Stiche auf den Schablonen zu zeichnen und zu zählen sind, die Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen Fabrikanten und Lohnstickmaschinenbesitzern. Besonders regen Anteil hat der Verein an den Vorarbeiten für den neuen deutschen Zolltarif genommen. Er ist Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Im Jahre 1907 ist auch ein „Verein Deutscher Stickerei-Großfabrikanten“ entstanden, in dem sich sämtliche Berliner und ein Teil der auswärtigen Tapissierwarenfabrikanten und Grossisten zusammengeschlossen haben, um schädliche Folgen der Heimarbeiterschutzgesetzgebung abzuwehren, der also wesentlich Arbeitgeberverband ist.

Hier sei ein Verein eingeschaltet, der rein technisch-kunstgewerbliche Ziele verfolgt:

Vogtländisch-Erzgebirgischer Industrieverein E. V. zu Plauen. Sitz: Plauen (Königreich Sachsen). — Vorsitzender: Otto Erbert, Kommerzienrat, Mitglied der Ersten Ständekammer, Inhaber einer Gardinenfabrik. — Geschäftsführender Beamter: Professor Albert Forkel, Direktor der Königlichen Kunstschule für Textilindustrie in Plauen. — Mitgliederzahl: 519. — Etat: Jedes Mitglied hat mindestens 20 M. Jahresbeitrag zu zahlen. Einnahmen: Mitgliederbeiträge 10735.00 M., Verschiedene Einnahmen 21.00 M., Außerordentliche Staatsunterstützung 3000.00 M., Sa. 13756.00 M. Ausgaben: Beschaffung von Vorbildern 9399.75 M., Unterhaltung der ständigen Vorbildersammlungen 168.50 M., Preisausschreiben für Musterzeichner 1385.54 M., Sa. 13272.47 M. — Publikationsorgan: „Vogtländischer Anzeiger“ in Plauen und „Neue Vogtländische Zeitung“ in Plauen.

Der Vogtländisch-Erzgebirgische Industrie-Verein zu Plauen entfaltet seine Tätigkeit seit 1888 und hat den Zweck, zur Förderung der heimischen Kunstindustrie beizutragen.

Der Verein besitzt die Rechte einer juristischen Persönlichkeit. Er verfolgt seinen Zweck bis jetzt durch eine jährliche Unterstützung der mit der Königl. Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen in Verbindung stehenden Vorbildersammlungen, Annahme von Beiträgen für diese und Herbeiführung einer erleichterten Benutzung der Sammlungen; durch Veranstaltung von Wanderausstellungen in vogtländischen und erzgebirgischen Industriorten; sowie durch Behandlung von Fragen, die in Bezug zur Industrie stehen.

In dem verstorbenen Direktor der Königlichen Kunstschule, Hofrat Professor Richard Hofmann, hat der Verein nicht nur seinen langjährigen Geschäftsführer, sondern auch den eifrigsten Träger aller seiner Be-

strebungen verloren. Als nach Schluß der sächsischen Landtagsverhandlungen 1885/86 die Petition des Stadtrates sowie der Industriellen und Gewerbetreibenden Plauens um Errichtung einer Vogtländischen Industrieschule der Staatsregierung überwiesen worden war und das Königliche Ministerium des Innern sich hierzu unter der Voraussetzungen bereit erklärt hatte, daß diese Anstalt nicht nur der Stadt Plauen, sondern dem gesamten Vogtlande und Erzgebirge zugute kommen sollte, gab Hofmann die Anregung zur Gründung eines Vereines, der sich die Aufgabe stellte, die Bedürfnisse der gesamten vogtländischen Industrie kennen zu lernen und sie zu heben. Um die heimische Industrie zu heben und zu fördern und sie auch künstlerisch auf eine hohe Stufe zu bringen, sollten die zahlreichen Vorbildersammlungen mit beitragen, die Hofmann geschaffen hatte, und die mit ihren zahlreichen textilen Vorbildern und kunstgewerblichen Werken Industrielle und Musterzeichner zu neuem Schaffen anregen und sie künstlerisch sowohl wie technisch in wertvollster Weise beeinflussen. Diese Sammlungen umschließen netzartig das industrielle Gebiet eines ganzen Landesteiles.

Aus dem Wirken des Vereins ist besonders noch hervorzuheben: Die Veranstaltung von Wanderausstellungen mit textilen Erzeugnissen und kunstgewerblichen Werken aus den Sammlungen der Schule, die, bevor die Vorbildersammlungen errichtet waren, in den verschiedensten Städten des Vogtlandes und Erzgebirges abgehalten wurden. Im ganzen fanden 38 Wanderausstellungen statt. Am 29. November 1891 wurde die erste ständige Vorbildersammlung in Eibenstock eröffnet, darauf am 22. März 1894 die in Annaberg. Es folgten dann in unmittelbarer Aufeinanderfolge die ständigen Vorbildersammlungen in Glauchau 1896, Falkenstein 1896, Auerbach 1896, Frankenberg 1896, Meerane 1896, Reichenbach 1900.

Nach einer Reihe von Jahren, innerhalb deren die Vorbildersammlungen anregend und befruchtend auf die Industrie gewirkt und sich zweckentsprechend bewährt hatten, wurde die schon lange geplante Vogtländische Stickerfachschule zu Plauen errichtet. Sie hat den Zweck, tüchtige und gewissenhafte Sticker heranzubilden, die den größeren Anforderungen der sich immer höher entwickelnden Spitzen- und Stickereiindustrie genügen. Die Eröffnung dieser Schule fand am 1. April 1899 statt.

Eine große Zahl der kleineren Spezialvereine in der Textilindustrie trägt vorwiegend den Charakter von Preiskonventionen, so z. B. der

Verband von Fabrikanten von Jacquard-Doppel-Moquette. Sitz: Chemnitz. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Hermann Vogel in Chemnitz. — Mitgliederzahl: 10. — Etat: Beiträge werden je nach Bedarf erhoben.

Der Verband sagt über seine Entstehung: Infolge der beständigen Unterbietungen der diesen schwierigen Artikel herstellenden Fabriken, die den einzelnen kaum noch einen Nutzen ließen, wurde der Zusammenschluß der betreffenden Fabrikanten notwendig. Die Abmachung innerhalb des Verbandes basiert darauf, daß ein Mindestpreis für die geringste hergestellte (Ware) Qualität festgelegt wird. Es findet infolgedessen ein beachtenswerter, wohlthätiger Wettbewerb unter den einzelnen Fabrikanten nach der Richtung hin statt, daß jeder für den betreffenden Minimalpreis die schönste Ware und besten Muster zu liefern sucht.

Als ähnliche Preiskonventionen seien genannt:

Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten von Chemnitz und Umgegend. Vorsitzender: Bernhard Arens,

in Firma B. Arens & Co., Chemnitz. — Konvention der Presidentfabrikanten, Berlin. — Vereinigung der Webereibesitzer von Aachen, Eupen und Umgegend, Aachen. — Verband der Krawattenstofffabrikanten, Crefeld. — Allgemeine Deutsche Zanella-Konvention, Elberfeld. — Konvention der deutschen Textiltreibriemenfabrikanten, Treuen i. Sa. — Verband niederrheinischer Samt- und Plüschfabrikanten (Konditionsverband), Crefeld. — Deutsche Samtband-Konvention, Crefeld. — Verein westdeutscher Fabriken von Möbelstoffen und verwandten Artikeln (Elberfeld). Vorsitzender: Alfred Wolff, in Firma Fritz Wolff J. F. Sohn, Elberfeld. — Verband der Möbelstoff-Fabrikanten Deutschlands (Elberfeld). Vorsitzender: Dr. Hermann Schreiber, Elberfeld. — Verband deutscher Läuferstoff-Fabrikanten. — Verband deutscher Kokos-Industrieller. — Genossenschaft von Fabrikanten englischer Gardinen (Plaueu).

Die Abnehmer der zuletzt genannten Fabrikate sind organisiert im

Verband der Teppich-, Linoleum- und Möbelstoff-Händler Deutschlands E.V. Sitz: Leipzig, Raufsch Gasse 4 I. — Vorsitzender: Kaufmann Paul Roßdeutscher, in Firma Wilhelm Röper, Hoflieferant, Leipzig, Goethestraße 1. — Geschäftsführender Beamter: Maximilian Gruhl, Verbandssekretär. — Unterabteilungen: 1. Bezirksverband von Rheinland und Westfalen. Sitz: Köln. Gegründet am 22. Januar 1899 in Köln. 2. Ortsgruppe Hamburg-Altona E. V. Sitz: Hamburg. Vorsitzender: C. A. Jensen, in Firma C. A. Jensen & Borch, Hamburg, Großer Burstah 40/42. Gegründet am 24. Januar 1901. 3. Ortsgruppe Mannheim, ebenfalls zu Anfang des Jahres 1901 ins Leben gerufen. 4. Verein der Linoleumhändler Berlins und der Provinz Brandenburg. Sitz: Berlin. Vorsitzender: N. Poschmann, in Firma Rosenfeld & Co., Berlin W, Mohrenstraße 11/12. Gegründet am 15. Mai 1904 und dem Verbands beigetreten am 5. Februar 1906. — Mitgliederzahl: 306. — Etat: Die Ausgaben im Geschäftsjahre 1906 betrugen 4312 M., der Vermögensstand am Jahresschlusse bezifferte sich auf 3295,13 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Teppich- und Möbelstoff-Zeitung“ im Verlage von Karl Koch-Krauß in Berlin, zugleich Verbandszeitung.

Gegründet wurde der Verband am 20. März 1898 in Kassel, wo Otto Goedeckemeyer in Hannover zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der Zweck des Verbandes war zunächst auf die Beseitigung und Bekämpfung verschiedener Mißstände im Handel mit Fabrikaten, wie Detaillieren der Fabrikanten, gerichtet. Durch die ordentliche Generalversammlung vom 27. November 1904 in Berlin wurde eine Änderung der Satzung dahin beschlossen, daß Fabrikanten und Grossisten dem Verband als außerordentliche Mitglieder mit beratender Stimme beitreten dürfen. Hiervon wurde in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht, indem binnen kurzer Zeit 72 außerordentliche Mitglieder beitraten. Die Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig ist sodann am 11. Dezember 1906 erfolgt.

Nach der neuen Satzung bezweckt der Verband, die allgemeinen Interessen seiner Mitglieder und der gesamten Händlerschaft zu vertreten, insbesondere im Handel zutage tretende Mängel und Schäden zu beseitigen, und zwar u. a. durch Unterstützung aller auf die Hebung und das Ansehen der Händlerschaft hinzielenden Bestrebungen; Schaffung

günstiger Bedingungen für den Bezug von Waren; Ausstellung von die Händlerschaft interessierenden Erzeugnissen; schriftlichen und sonstigen Verkehr der Mitglieder untereinander in Personal-, Einkaufs- und anderen Fragen; Anerkennung langjähriger Dienstzeit der Angestellten durch Ehrenurkunden usw.

Als Erfolge werden genannt: Der Verband hat wiederholt unangemessenen Forderungen von Fabrikanten sowie unlauterem Wettbewerb in der Branche entgegentreten können. Der Hausierhandel mit orientalischen Teppichen ist, wenn auch nicht vollständig unterdrückt, so doch sehr eingeschränkt. Der Verband hat ferner zur Regelung verschiedener Preisverhältnisse beigetragen. Seinen Vorstellungen ist es gelungen, das Detaillieren der Fabrikanten ziemlich zu beseitigen. Die Vereinigung des Detailhandels einerseits, des Großhandels und der Fabrikation andererseits, wie sie sich durch die Aufnahme außerordentlicher Mitglieder in den Verband sichtbar vollzog, hat die Möglichkeit angebahnt, gelegentlich der Generalversammlungen des Verbandes einen persönlichen Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der einzelnen Kategorien der für die Bestrebungen des Verbandes in Frage kommenden Branchen der Textilindustrie herbeizuführen. Durch das freundschaftliche Einvernehmen mit den beiden großen Organisationen der Tapetenbranche, dem Vereine deutscher Tapetenfabrikanten und dem Hauptvereine deutscher Tapetenhändler, ist eine Grundlage geschaffen worden, auf der man in Fragen, wo sich die gegenseitigen Interessen berühren, leichter als bisher zu einer Verständigung im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens gelangte. Das Zugeständnis des Linkrustabezuges für Mitglieder des Verbandes ist das erste Produkt dieser Beziehungen gewesen. Eine weitere Vergünstigung für die Verbandsmitglieder, die Umsatzvergütung, in gewissen Branchen und von gewissen Fabrikanten gewährt, ist im Winter 1904/05 erlangt worden. Auch das Aushilfeverhältnis der Mitglieder, das besonders Teppiche zum Gegenstande hat, die in Aushilfsfällen unter einem Aufschlag von 10 Prozent auf den Einkaufspreis abgegeben werden, ist eine nur den Verbandsmitgliedern zugute kommende Einrichtung. Weiter sind die Verbandsmitglieder in der Lage, auf Grund gegenseitig erteilter wahrheitsgetreuer Auskünfte über Angestellte sich mit einem tüchtigen Personale zu versorgen. Daneben hat der Verband eine Einrichtung für Stellenvermittlung geschaffen.

Den von den Organisationen der Privatangestellten verfolgten, auf die Errichtung einer obligatorischen staatlichen Pensionsversicherung für Privatbeamten gerichteten Bestrebungen hat der Verband in einer Resolution seine Zustimmung zu erkennen gegeben. Endlich hat der Verband eine Angestellten-Unterstützungskasse für unverschuldet in Not geratene Angestellte von Mitgliedern gegründet.

Auch die Hilfgewerbe der Textilindustrie haben gute Organisationen.

Verein der deutschen Textilveredlungsindustrie.
Sitz: Düsseldorf, Deichstraße 11. — Vorsitzender: Kommerzienrat Arthur Schroers, in Firma C. A. Köttgen, Seidenfärberei, Krefeld. — Geschäftsführender Beamter: Dr. S. Tschierschky. — Mitgliederzahl: ca. 200 und drei angegliederte Verbände mit noch ca. 200 Mitgliedern zusammen.

Der Verein der deutschen Textilveredlungsindustrie ist am 20. März 1895 gegründet worden, und zwar auf Initiative des Färbereibesitzers Raymond Hoddick, in Firma W. Hoddick & Cie. in Langenberg im Rheinland.

Zweck des Vereins ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der gesamten deutschen Industrien der Textilveredelung, also der Bleicherei-, Färberei-, Druckerei- und Appreturindustrie.

Sein Mitgliederbestand umfaßt gegenwärtig faßt alle hervorragenden Firmen genannter Industriezweige als Einzelmitglieder und außerdem drei korporative Mitglieder: das „Syndikat elsässischer Kattundrucker in Mülhausen“ (das übrigens ein Mitglied des Handelsvertragsvereins ist), den „Verband deutscher Färbereien und chemischer Waschanstalten in Hamburg“ und den „Verband Rheinisch-Westfälischer Wollenindustrieller in Dieringhausen. Der Vorsitz des Vereins lag nacheinander in den Händen von Raymond Hoddick, Langenberg, Kommerzienrat Julius Ribbert, Hohenlimburg und zurzeit Kommerzienrat A. Schroers, Krefeld. Der Verein ist selbst Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Verwandte Organisationen sind:

Deutscher Färberverband. Sitz: Leipzig, Fleischerplatz 5. — Vorsitzender: Victor Brüll, Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O. — Geschäftsführender Beamter: Max Dumont, Leipzig, Fleischerplatz 5. — Mitgliederzahl: 1450 (unter diesen sind ca. 400 Färbereibesitzer; 1902). — Publikationsorgan: „Deutscher Färber-Verband“.

Gegründet: 1898. Zweck: Die Mitglieder mit den Neuheiten der Farbenfabriken bekannt zu machen und durch Abhaltung von färbereitechnischen oder chemischen Vorträgen, Beantwortung von Fachfragen und ähnlichen aufklärend zu wirken. Angeschlossen sind ihm 17 lokale Färbervereine.

Das Bestreben dieser Ortsgruppen ist insbesondere gerichtet auf: Stellenvermittlung; gegenseitige Auskunftserteilung und Empfehlung; Regelung des Lehrlingswesens; Abhaltung von fachwissenschaftlichen Vorträgen; eventuelle Unterstützung von (ohne Schuld in Not geratenen) Kollegen.

Als Mitglieder werden außer Färbereibesitzern auch Chemiker, Färbereitechniker, Direktoren und Meister aufgenommen.

Im Jahre 1905 ist auch ein „Verband Deutscher Färbereien und chemischer Waschanstalten“ gegründet worden.

Ferner seien folgende Konventionen von Veredlungsbetrieben (Hilfsindustrien) genannt: Vereinigung der Karbonisier-Anstalten von Aachen, Burtscheid und Umgegend, Aachen. Vereinigung der Rückfärbereien von Aachen und Umgegend, Aachen. Vereinigte Färbereien von Apolda und Umgegend, Apolda. Stückfärbereivereinigung der Wupperthaler, Barmen. Bandfarb-Konvention, Düsseldorf. Wupperthaler Färbervereinigung, Barmen. Färberei-Verband, Crefeld. Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien und Appretur-Anstalten, Leipzig. Verband Vogtländischer Appretur-Anstalten, Plauen. Stoffappretur-Vereinigung Crefeld, Crefeld. Samtappretur-Vereinigung, Crefeld. Presserei-Vereinigung, Crefeld. Verband der Druck-Moquette-Fabrikanten, Chemnitz. Vereinigung, betr. Ausrüstung asiatischer Seidenstoffe, Crefeld. Lohndruckereiverband der Kreise M.-Gladbach und Bocholt.

Im Anschluß hieran seien genannt:

Verband vereinigter Rauchwaren-Zurichterei- und Färbereibesitzer Deutschlands. Sitz: Leipzig-Lindenau, Angerstraße 12/14. — Vorsitzender: Bruno Schiering, Direktor,

Markranstädt. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Friedrich König, Schriftführer, Leipzig-Lindenau, Angerstraße 12/14. — Unterabteilungen: 1. Zweigverein Hamburg. 2. Zurichterinnung in Weißenfels. — Mitgliederzahl: 51 mit ca. 2000 Arbeitern (1902).

Gegründet: 1899. Zweck: Durchsetzung einheitlicher Minimalfabrikationspreise; Regelung des Kreditgebens; Beseitigung herrschender Übelstände in der Branche.

Verein deutscher Kürschner. Sitz: Leipzig. — Vorsitzender: Hermann Pfeiffer, Stadtrat, Leipzig. — Mitgliederzahl: 685 (1902). — Publikationsorgan: „Kürschner-Zeitung“. Redaktion von Alexander Duncker, Leipzig.

Gegründet: 8. April 1880. Zweck: Die gemeinsamen Interessen des deutschen Kürschnergewerbes zu wahren und zu fördern.

Der Verein veranstaltet zur Ostermesse in Leipzig in der neuen Börse eine Ausstellung von Neuheiten des Kürschnergewerbes.

Ein „Verein der Rauchwarenhändler Deutschlands“ ist 1907 in Leipzig gegründet worden.

Verein der deutschen Hutindustrie. Sitz: Berlin C 2, Post-Straße 6. — Vorsitzender: Jul. Silbermann, in Firma Silbermann & Co. — Mitgliederzahl: 150.

Gegründet: 1871. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen; Unterstützungskasse für verarmte Hutmacher bzw. Vereinsmitglieder.

Mitglied des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, Berlin, und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Berlin.

1905 ist dann noch ein „Zentralverband der Hütefabrikanten Deutschlands“ entstanden.

Im Jahre 1905 haben sich auch die Weiterverkäufer in der „Vereinigung Deutscher Hütegroßhändler“ in Berlin organisiert.

1907 entstand ein „Arbeitgeberverband der Stroh- und Filzhutfabrikanten Deutschlands“ in München.

Verband Deutscher Schirmfabrikanten und Interessenten anverwandter Branchen. Sitz: Berlin SW. 19, Kommandantenstraße 12/13. — Vorsitzender: Albert Blumenfeld, in Firma Jordan & Blumenfeld, Schirmfabrik, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: M. Schön. — Unterabteilungen: Sektion der Schirm-Großfabrikanten, Vorsitzender: Albert Blumenfeld, Berlin; Sektion der Schirm-Stofffabrikanten in Krefeld; Sektion der Schirm-Stockfabrikanten, Vorsitzender: E. Noa, Dresdener Straße 38. — Mitgliederzahl: 200. — Etat: ca. 2000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Schirmmacher-Zeitung“, Leipzig.

Der Verband wurde im Jahre 1886 begründet. Er betrachtet es als seine Hauptaufgabe, die Gesamtinteressen sowohl der Grossisten als auch der Detaillisten in wirksamer Weise zu vertreten. Dem Verbande gehören an: Schirmstofffabrikanten, Schirm- und Schirmfurniturfabrikanten, Schirmfabrikanten, Schirmdetaillisten, Stockfabrikanten und Schirm-

Posamenten-Erzeuger. Hier sind also die Vertreter einer ganzen Reihe von Produktionsstufen gemeinschaftlich organisiert. Die bedeutendste der Sektionen des Verbandes ist die

Vereinigung der Schirmgroßfabrikanten. Sitz: Berlin-Schönberg, Akazienstraße 12. — Vorsitzender: E. Fels, in Firma B. Reichelt, Berlin, Wallstraße 13, Schirmfabrikant. — Geschäftsführender Beamter: M. Schön. — Unterabteilungen: Westdeutschland, Vorort Köln, Vorsitzender: Nimmerfall; Süd-deutschland, Vorort Stuttgart, Vorsitzender: Hugendubel; Nord-deutschland, Vorort Hamburg, Vorsitzender: Werner. — Mitgliederzahl: 85. — Etat: ca. 5000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Schirmmacher-Zeitung“ Leipzig und „Konfektionär“ Berlin.

Die Vereinigung der Schirmgroßfabrikanten wurde am 29. Oktober 1903 in Hannover gegründet und umfaßt 81 % der Gesamtfabrikanten in Deutschland. Zweck und Aufgabe sind: Wahrung der gegenseitigen Interessen der Branche gegenüber den Arbeitnehmern, den Produzenten, den Konsumenten.

Als Produzentenorganisation ist für diese Vereine noch der Verband der Österreich-Ungarischen Stockfabrikanten in Brünn (D. Drucker) zu nennen.

Weitere Teile des Bekleidungsgebietes sind im Abschnitt „Häute, Leder“ aufgeführt.

XVIII.

Papier und Pappe.

Die Organisation in der Papierindustrie ist sehr spezialisiert. Es bestehen über 100 Vereine, darunter allerdings viele recht kleine. Infolgedessen läßt sich hier auch die stufenmäßige Entwicklung vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in der Anordnung besonders deutlich zum Ausdruck bringen, indem nacheinander behandelt werden können die Organisationen für: Holzstofffabrikation, Zellstofffabrikation; Lumpen- und Altpapierhandel; Papierfabrikation, Spezialzweige der Papierfabrikation; Pappenfabrikation, Spezialzweige der Pappenfabrikation; Papier- und Pappenverarbeitung, Spezialzweige der Papier- und Pappenverarbeitung; Papiergroßhandel, Papierkleinhandel.

Für die Rohstoffherzeugung der Papier- und Pappenfabrikation kommen zwei Vereinigungen in Betracht:

Verein deutscher Holzstofffabrikanten. Sitz: Dresden-A., Ringstr. 18. — Vorsitzender: Eugen Kaul, Schandau a. Elbe. — Geschäftsführender Beamter: Carl Greiert, Syndikus, Dresden. — Unterabteilungen: 1. Sächsischer (Wolfgrün i. Erzgebirge). 2. Süddeutscher (Deutenhofen). 3. Harzer (Oker). 4. Rheinisch-Westfälischer (Rumbeck, Post Oeventrop). 5. Schlesischer Verband (Mauer, Post Matzdorf i. Schlesien). — Mitgliederzahl: 236.

Gegründet: 1874. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen und technischen Interessen der Holzstoff-, Holzpappen- und Lederpappenindustrie.

Die Unterabteilungen sind z. T. Preiskonventionen.

Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten. Sitz: Breslau I, Weidenstraße 15 I. — Vorsitzender: Generaldirektor Dr. Leo Gottstein, Breslau. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Tietze. — Mitgliederzahl: 50. — Etat: Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 9500 M.

Der Verein wurde im Juni 1880 gegründet. Sein Zweck ist die Förderung der Interessen der deutschen Holzzellstoff- und Strohstoffherzeugung. Insbesondere vertritt der Verein diese Interessen in bezug auf Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, durch die der in- und ausländische Handel, die Fabrikation und die Arbeiterverhältnisse berührt werden.

Die für die Zellstoffindustrie wichtigsten Produzentenverbände sind das Chlorkalksyndikat und das Schwefelsyndikat.

Der Handel mit Lumpen zur Papierfabrikation und der Altpapierhandel sind im „Verein der Rohprodukthändler Deutschlands“ (s. S. 217) mit vertreten.

Die Papiererzeuger sind jetzt zur Vertretung ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen im

Verein deutscher Papierfabrikanten. Sitz: Berlin SW 46, Königgrätzer Straße 104 II. — Vorsitzender: Niethammer, Geheimer Kommerzienrat, Kriebstein bei Waldheim. — Geschäftsführender Beamter: Ditges, Generalsekretär, Berlin SW 46, Königgrätzer Straße 104 II. — Mitgliederzahl: 262 mit ca. 35 000 Arbeitern. — Etat: Der Vermögensbestand des Vereins am 31. März 1907 stellt sich folgendermaßen: Vermögensbestand 17 821,14 M. Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge für 1906/07 32 198,17 M. Sa. 35 394,07 M. — Publikationsorgan: „Wochenblatt für Papierfabrikation“ in Biberach a. d. Riß.

Gegründet: 1884. Zweck: Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der deutschen Papiererzeugung.

Mitglied des Vereins kann jede in Deutschland gelegene (Maschinen- und Bütten-) Papier- oder Pappenfabrik werden.

Die im Jahre 1901 von der Generalversammlung in München probe-weise und im folgenden Jahre in Düsseldorf endgültig angenommenen Satzungen des Vereins Deutscher Papierfabrikanten vermochten nach dem beinahe übereinstimmenden Urteil der Mitglieder des Vereins den Anforderungen nicht mehr zu genügen, die die Entwicklung der Papiermacherei, der wachsende Mitgliederbestand und die Zunahme der Aufgaben des Vereins stellen. Sie waren auf Zeiten zugeschnitten, in denen die deutsche Papiermacherei in der Hauptsache noch feine und feinste Papiere herstellte, in denen Holzstoff und namentlich Zellstoff noch eine verhältnismäßig geringe Rolle unter den Rohstoffen der deutschen Papiermacherei spielten, und in denen die Form der Aktiengesellschaften wenig in dieser Industrie verbreitet war. So fanden viele Erzeugnisgruppen der deutschen Papiermacherei keine oder nur ungenügende Vertretung im Vorstände. Infolgedessen wurde in der Vorstandssitzung vom 8. Januar 1907 ein Ausschuß gewählt, der beauftragt wurde, den Entwurf neuer Satzungen vorzulegen, der inzwischen auch in überarbeiteter Gestalt zum Beschluß erhoben ist.

Der Verein Deutscher Papierfabrikanten hat die hergebrachte Interessengemeinschaft mit dem Verein Deutscher Zellstofffabrikanten auch im Jahre 1906 fortgesetzt. Die gemeinsamen Bestrebungen beider Verbände fanden ihren Ausdruck namentlich in der Gründung eines Arbeitgeberverbandes der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie (Geschäftsführer Ditges); hier wird sich ein weites Feld für ihr Zusammenarbeiten ergeben.

Auch mit der Papiermacher-Berufsgenossenschaft hat der Verein Deutscher Papierfabrikanten freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten.

Auf Grund der den Mitgliedern anlässlich des Austritts aus dem Papierindustrie-Verein gemachten Zusage ist die Einführung vertraulicher Listen schlechter Zahler verwirklicht worden. Die Mitteilungen der Mitglieder hierzu gingen so reichlich ein, daß in kurzer Zeit drei Listen schlechter Zahlen herausgegeben werden konnten.

Der Mitgliederbestand des Vereins weist im Berichtsjahre 1906/07 eine Zunahme auf. Der Verein Deutscher Papierfabrikanten hofft hier- nach seinem Ziel, eine Gesamtvertretung der deutschen Papierfabrikation darzustellen, mit der Zeit immer näher zu kommen.

Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Berlin.

Neben dem Verein Deutscher Papierfabrikanten bestehen seit vielen Jahren Bezirksverbände der Papierfabrikanten für Sachsen, Schlesien, Westfalen, Süd- und Westdeutschland.

Für einige Spezialzweige der Papierfabrikation bestehen Sonderverbände, nämlich:

Verband Deutscher Druckpapierfabriken, G. m. b. H. (Druckpapiersyndikat), Berlin (Direktor O. Reuther), der die Regelung der Produktion und den gemeinschaftlichen Verkauf von Zeitungsdruckpapier organisiert hat.

Verein Westdeutscher Packpapierfabrikanten. Sitz: Jülich. — Vorsitzender: Eduard Meyburg, Jülich. — Mitgliederzahl 29.

Verein Süddeutscher Packpapierfabrikanten. Sitz: Ebertsheim, Rheinpfalz. — Vorsitzender: Eduard Mann, Ebertsheim. — Geschäftsführender Beamter: Oskar Link, Wimpfen.

Verband Deutscher Pergamentpapierfabrikanten. Sitz: Neuß. — Vorsitzender: Karl Rauhaus, Direktor, Neuß. — Geschäftsführender Beamter: Heinrich Dünnbier, Neuß. — Mitgliederzahl: 10 (1902).

Gegründet 1898. Zweck: Wahrung gemeinschaftlicher Interessen. Festsetzung der Preise und Regelung der Produktion.

Verein Deutscher Couvertpapierfabrikanten. Sitz: Neustadt, Schwarzwald. — Geschäftsführender Vorsitzender: W. Sutter, Fabrikdirektor, Neustadt, Schwarzwald. — Mitgliederzahl: 18.

Gegründet am 9. April 1900. Zweck: Gemeinsame Preisfestsetzung für Kuvertpapiere im Einverständnis mit den im Verein deutscher Briefumschlagfabrikanten zusammengeschlossenen Abnehmern; ferner allgemeine Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder.

Die Pappenfabrikation ist in folgenden Verbänden organisiert:

Verein Deutscher Pappenfabrikanten. Sitz: eingetragen beim Amtsgericht Rochsburg. — Vorsitzender: Bruno Bretschneider, Fabrikbesitzer, Wolfsgrün im Erzgeb. — Mitgliederzahl: 70. — Publikationsorgan: „Holzstoff-Zeitung“, Wochenblatt für Papierfabrikation.

Der Verein Deutscher Pappenfabrikanten ist am 9. Mai 1900 gegründet worden und erstreckt sich auf das Gebiet des Deutschen Reiches. Sein Zweck ist Förderung der Interessen der Pappenfabrikation und zwar durch Ausfuhrbestrebungen; gemeinsame Bestimmung von Minimalpreisen; Mitarbeit an Fachschriften.

Die Landesorganisationen: Verein westdeutscher Pappenfabrikanten (Düsseldorf), Verband süddeutscher Pappenfabrikanten in Württemberg, Baden, Bayern (Obertsroth i. B.) und Freie Vereinigung der Lederpappenfabriken von Brandenburg, Schlesien, Pommern und Preußen (Wehren b. Klitschdorf i. Schl.), gehören zwar dem Verein Deutscher Pappenfabrikanten nicht an, doch unterhalten die Verbände einen freundschaftlichen Verkehr miteinander.

Vereinigung der Rohpappenfabrikanten. Sitz: Berlin NW 23, Schleswiger Ufer 17. — Vorsitzender: H. Schalhorn, Berlin NW 23, Schleswiger Ufer 17. — Mitgliederzahl: 16 (19 Fabriken) mit ca. 1000 Arbeitern (1902).

Gegründet 1898. Zweck: Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen.

Die hier vereinigten Fabrikanten stellen nur diejenige Rohpappe her, welche zur Dachpappenfabrikation verwendet wird. Die Vereinigung wendet zwar auch Zoll- und Verkehrsangelegenheiten ihr Interesse zu, ist aber in erster Linie eine festgeschlossene Preiskonvention.

Verein Deutscher Strohappenfabrikanten. Sitz: Oppeln. — Vorsitzender: Paul Köhler, Guben. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Graf v. Brockdorff, Handelskammer-syndikus, Oppeln. — Mitgliederzahl: 18.

Ursprünglich fanden auch die Papier- und Pappenfabrikanten ihre Vertretung im

Papierindustrie-Verein. Sitz: Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11 II. — Vorsitzender: Max Krause, Berlin S, Alexandrinenstraße 93/94, Kgl. Kommerzienrat. — Geschäftsführender Beamter: Eugen Hager als Geschäftsführer der Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels. — Unterabteilungen: Verein Deutscher Buntpapierfabrikanten, Vorsitzender: Robert Wilisch, Plaua bei Flöha i. Sachsen. Zweigverein Mitteldeutscher Papierindustrie-Verein, Vorsitzender: Bruno Nestmann, Leipzig. — Mitgliederzahl: ca. 900. — Etat: Vermögen 16 605 M., Einnahmen 13 137 M., Ausgaben 14 820 M. — Publikationsorgan: „Papierzeitung“, Berlin.

Der Papierindustrie-Verein ist aus dem am 14. Mai 1876 in Leipzig gegründeten Verein Deutscher Buntpapierfabrikanten herausgewachsen. In der Generalversammlung des Vereins Deutscher Buntpapierfabrikanten am 25. August 1877 wurde die Gründung einer Vereinigung von Fachleuten der Papierindustrie zum Schutze gegen schlechte Zahler beschlossen. Der neugegründete Verein erhielt den Namen „Schutzverein der Papierindustrie“. Mit der Erweiterung des Vereinsprogramms (Verleihung von Diplomen an verdiente Arbeiter und Angestellte, Erteilung von Auskünften über Kreditwürdigkeit und dergl., Bestellung eines gemeinsamen Rechtsbeistandes, gemeinsames Vorgehen in Fragen, die das Gesamtinteresse der Industrie betreffen, usw.) wurde der Name des Vereins abgeändert in „Papierindustrie-Verein“. Als die Generalversammlung des „Papierindustrie-Vereins“ im Jahre 1903 beschloß, alle wirtschaftspolitischen Arbeiten durch das Bureau der „Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels“ gegen ein jährliches Aversum erledigen zu lassen, entstanden Mißhelligkeiten zwischen der der Papierverarbeitung angehörenden Majorität der Vereinsmitglieder und den Papierfabrikanten, deren zollpolitische Forderungen mit denjenigen der Vereinigung für die Zollfragen nicht harmonierten. Infolgedessen erklärten die Papierfabrikanten im Jahre 1906 in der überwiegenden Mehrheit ihren Austritt aus dem Papierindustrie-Verein.

Der Verein ist nunmehr als Interessenvertretung der Papierverarbeitung und der verwandten Gewerbe anzusehen.

Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels. Sitz: Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11 II. — Vorsitzender: E. Nister, in Firma E. Nister, Nürnberg, Königlicher Kommerzienrat. — Geschäftsführender Beamter: Eugen Hager, Syndikus. — Mitgliederzahl: 118 Einzelmitglieder (in der Hauptsache die großen Exportfirmen der Papierverarbeitung und des Papiergroßhandels). Sechs körperschaftliche Mitglieder (zusammen ca. 1300 Firmen). Etat: 12 000 M. — Publikationsorgan: Die Mitglieder erhalten monatlich einen Geschäftsbericht.

Die Vereinigung wurde am 26. August 1899 vom dem Vorsitzenden des Papierindustrie-Vereins, Kommerzienrat Max Krause, Berlin, in Verbindung mit einer Reihe weiterer Papierverarbeiter, Papierfabrikanten und Papiergroßhändler unter Mitwirkung der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen in Berlin als „Vereinigung für die Zollfragen des Papierfaches“ gegründet mit dem Zweck, angesichts der Vorbereitung des neuen deutschen Zolltarifs und der neuen Handelsverträge die handelspolitischen Interessen der Papierindustrie zu wahren und insbesondere einen Ausgleich zwischen den Zollforderungen der Papierfabrikanten und der Papierverarbeiter herbeizuführen. Infolge der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Papierverarbeitern und Papierfabrikanten über die Gestaltung der künftigen deutschen Papierzölle konstituierte sich die Vereinigung, nach Austritt der Papierfabrikanten, am 25. Februar als „Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels“, d. h. also als ausschließliche Interessenvertretung der Papierverarbeitung, nicht mehr der Papierverarbeitung und der Papierfabrikation. Im Jahre 1904 wurde mit dem Papierindustrie-Verein ein Abkommen getroffen, in Gemäßheit dessen, wie schon erwähnt, die handelspolitische Interessenvertretung des Papierindustrie-Vereins gegen ein jährliches Aversum von der Vereinigung für die Zollfragen usw. übernommen wird. Ein ähnliches Abkommen ist mit dem Verband Deutscher Steindruckereibesitzer in Leipzig (Abteilung Fachverband), dem Verein Deutscher Buntpapierfabrikanten, dem Verein der Berliner Buchbindereibesitzer, dem Fachverein der Besitzer chromolithographischer Anstalten von Nürnberg und Fürth und dem Verband Deutscher Wellpappefabriken getroffen worden. In der Hauptversammlung der Vereinigung in Goslar am Harz vom 11. Mai 1906 wurde ein neues Statut beschlossen, nach welchem die Vereinsaufgaben über die Zollfragen hinaus wesentlich erweitert wurden.

Diese Vereinigung stellt demnach heute die allgemeine Interessenvertretung der Papierverarbeitung und des Papiergroßhandels dar.

Unter den Spezialvereinen der Papier und Pappe verarbeitenden Einzelbranchen sind die wichtigsten die folgenden:

Verein Deutscher Buntpapierfabrikanten. Sitz: Plaue b. Flöha i. S. — Vorsitzender: Rob. Wilisch, Plaue b. Flöha i. S. — Mitgliederzahl: 42.

Gegründet 1876. Zweck: Vertretung aller wirtschaftlichen Interessen der Buntpapierfabrikation, ebenso der der Fabrikation und des Handels

bei Im- und Export; Schutz gegen schlechte Zahler; gemeinsame Rechtshilfe durch den Vereinssyndikus; Anerkennung der den Mitgliedern von Arbeitern und Angestellten geleisteten Dienste durch Verleihung von Diplomen.

Der Verein unterhält mit dem Papierindustrie-Verein und der Vereinigung für die Zollfrage der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels gemeinsame Geschäftsführung.

Verein Deutscher Briefumschlagfabrikanten. Sitz: Elberfeld. — Geschäftsführender Vorsitzender: Friedrich Kellermann, Elberfeld. — Mitgliederzahl 29.

Gegründet 1896. Zweck: Hebung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Briefumschlagfabrikanten innerhalb des deutschen Zollgebiets. Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Verband Deutscher Dütenfabrikanten. Sitz: Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 24. — Vorsitzender: W. Wahrburg, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 24. — Unterabteilungen: Sektion Hannover. — Mitgliederzahl: 40.

Gegründet am 8. April 1900. Zweck: Wahrung der Interessen der deutschen Dütenfabrikanten in jeder Beziehung.

Verband deutscher Buchbindereibesitzer. Sitz: Leipzig, Dolzstraße 1 (Buchgewerbehaus). — Vorsitzender: Hugo Fritzsche, Königl. sächsischer Kommissionsrat, Leipzig-Reudnitz, Crusiusstraße 4/6. — Geschäftsführender Beamter: Max Graubner, Leipzig, Dolzstraße 1 (Buchgewerbehaus). — Mitgliederzahl: 84 Einzelmitglieder mit 5800 Arbeitern und Arbeiterinnen (1902).

Gegründet am 9. April 1900. Zweck: Unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer, einseitige Vorschreibung der Arbeitsbedingungen usw. gemeinschaftlich abzuwehren; gemeinsame Interessen zu pflegen; berechnete Arbeiterinteressen zu schützen und zu fördern. Es handelt sich also um einen reinen Arbeitgeberverband; das sind auch seine angeschlossenen Vereine: 1. Verband Berliner Buchbindereibesitzer; 2. Verein Stuttgarter Buchbindereibesitzer; hinzu kommen noch 3. die Innungen zu Berlin, Leipzig und Hamburg sowie der Bund deutscher Buchbinderinnungen, welcher letzterer 1906 beschloß, noch einen „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Buchgewerbe“ ins Leben zu rufen.

Verband Deutscher Wellpappe-Fabriken. Sitz: Berlin W 9, Potsdamer-Str. 10/11 II. — Vorsitzender: Richard Schumacher, Nürnberg, Kleinreutherweg 44. — Mitgliederzahl: 11.

Gegründet; 15. April 1907. — Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Wellpappefabrikation, insbesondere durch Herbeiführung gesunder Marktverhältnisse.

Der Verband ist Mitglied der Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels.

In der Kartonnagen- und Etuis-Industrie bestehen zurzeit über 20 Bezirksverbände, welche augenblicklich bemüht sind, sich in einem Zentralverband der Kartonnagen- und Etuisfabrikation (Sitz: Nürnberg) zusammenzuschließen.

Verband Deutscher Luxuspapierwarenfabrikanten.
Sitz: Dresden. — Vorsitzender: Anton Max Arnold, in Firma
Gretschel & Ullbrich, Dresden.

Vereinigung Deutscher Etikettenfabrikanten. E. V.
Sitz: Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Vorsitzender:
Th. Aug. Schupp, in Firma Schupp und Nierth, Dresden. —
Geschäftsführender Beamter: Syndikus Jos. Schloßmacher,
Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Mitgliederzahl: 27.

Der Verein wurde 1894 gegründet und bezweckt die Wahrung der
gemeinsamen Interessen der Etikettefabrikation, insbesondere auf dem
Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes.

Schutzverband für die Postkartenindustrie (E. V.).
Sitz: Berlin SW 13, Alexandrinen-Straße 110. — Vorsitzender:
Hans Kraemer (i. Firma Rotophot), SW 13. — Geschäfts-
führender Beamter: Heinrich Klaffenbach SW 13, Alexandrinen-
Straße 110. — Mitgliederzahl: 225.

Gegründet 1901. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen;
Schutz gegen faule Zahler.

Ein großer Teil der Papierverarbeitung findet seine Ver-
tretung in den Fachvereinen der graphischen Industrie (s. S. 190).

Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten E. V.
Sitz: Berlin C 19, Gertraudenstraße 23. — Vorsitzender:
Stephan Mattar, Generaldirektor der Firma C. F. Weber,
Aktiengesellschaft, Dachpappenfabriken, Leipzig, Thomasring 16.
— Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. W. Wend-
landt. — Unterabteilungen: Zweigverband Ost- und Westpreußen;
Vorsitzender: Carl Domanski, in Firma Eduard Rothenberg Nachf., Danzig,
Hopfengasse 72a. Zweigverband Pommern und Mecklenburg; Vorsitzender:
Theodor Carl Müller, Prenzlau, Grabowstraße 6. Zweigverband Posen; Vor-
sitzender: Adolf Baruch, Mitinhaber der Dachpappenfabrik „Viktor“, Posen,
Wilhelmstraße 7. Zweigverband für die Provinz Schlesien; Vorsitzender: Alfred
Bielschowsky, in Firma S. Friedeberg, Breslau, Trebnitzer Chaussee 28, 34.
Zweigverband für Nordwestdeutschland; Vorsitzender: Hermann Consbruch,
Hamburg 6, Altonaer Straße 72. Zweigverband Rheinland und Westfalen;
Vorsitzender: Peter Genenger, Viersen, Rheinland. Zweigverband für
Süddeutschland; Vorsitzender: J. A. Braun, Stuttgart, Neckarstraße 190.
Zweigverband für die Provinz Sachsen; Vorsitzender: Adolf Steinbecher,
Burg b. Magdeburg. Zweigverband für das Königreich Sachsen und
Herzogtum Anhalt; Vorsitzender: Dr. A. Malchow, in Firma A. F. Malchow,
Leopoldshall-Staßfurt. Mitgliederzahl: 134. — Etat: ca. 9000 M.
— Publikationsorgan: „Bitumen“, Amtliches Organ des Ver-
bandes, Fachzeitung für die Asphalt-, Teer-, Erdöl-, Paraffin-
und verwandte Industrie, Wiesbaden, Goethestraße 4.

Der Verband deutscher Dachpappenfabrikanten hielt am 26. Februar
1902 seine erste Generalversammlung ab, nachdem am 2. November 1901
unter Mitwirkung des Bundes der Industriellen, dem sich der Verband auch
körperschaftlich anschloß, seine konstituierende Versammlung erfolgt war.

Bei Beginn seiner öffentlichen Tätigkeit wandte sich der Verband
Zollfragen zu. Seinen Anträgen entsprechend wurde der Dachpappenzoll

von M. 1 auf M. 1,50 erhöht, weil die Auslandsstaaten mit ihrem bedeutend höheren Einfuhrzoll auf Dachpappe nicht heruntergingen. Im Jahre 1906 hat er die Wiedereinführung eines Ausfuhrzolles auf Lumpen befürwortet.

Da die Statistik des Reiches über die Erzeugnisse, die für die Dachpappenbranche in Betracht kommen, außerordentlich mangelhaft war, stellte der Verband an das Kaiserliche Statistische Amt den Antrag, daß eine Spezialstatistik über Steinkohlenteer und Steinkohlenpech sowie über Rohpappe geführt werden möge. Das Statistische Amt sprach seine Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung aus. Auch sind die Arbeiten des Verbandes über den Teereinkauf, sowie über den Rückgang der Preise des Teeröls, über ein Preisausschreiben zur Erfindung eines rationellen Staubvertilgungs- und -Verhütungsmittels, und schließlich über die Errichtung von Petroleumraffinerien im Inlande zu nennen, — alles Maßnahmen, um eine Verbilligung des Steinkohlenteers (neben der Rohpappe das wichtigste Material dieser Fabrikanten) zu erzielen.

Mit Erfolg hat der Verband gegen Handwerkskammern und Innungen, die dahin streben, die Dachpappenfabrikanten, weil sie Dachdecken als Montagearbeiten ausführen, beitragspflichtig zu machen, bei den Aufsichtsbehörden gewirkt. Auch die Vorstellungen beim Minister der öffentlichen Arbeiten seien erwähnt, daß nicht wie beabsichtigt, allein Handwerkskammern bei Vergebung von staatlichen Bauten wegen der Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Unternehmer befragt werden sollen, sondern daß bei Holzzement- und Dachpappendächern die Zweigverbände des Verbandes als Sachverständige gehört würden.

Eingaben an die deutschen Landgerichte sind vielfach von Erfolg gewesen, so daß in Zukunft nicht, wie bisher meistens, Baumeister als gerichtliche Sachverständige für Streitigkeiten in der Dachpappenbranche figurieren sollen, sondern Angehörige dieser Industrie selbst, laut Vorschlägen des Verbandes. Auch ist es gelungen, Verbreiter von minderwertigen Dachanstrichmassen mit hochklingenden Namen z. T. der Bestrafung entgegenzuführen und das Publikum über die Unreellität aufzuklären. Ferner ist der Aufklärungskampf des Verbandes gegen Ruberoid-Dachpappe zu erwähnen.

Der Verband hat eine Untersuchungsstelle für alle Materialien der Bitumenbranche und eine Patentüberwachungsstelle, welche gleichzeitig ein Archiv alles einschlägigen Materials ansammelt, eingerichtet. Der Verband gab eine Anzahl von Definitionen ab; so über die Maximalgrenze für zentrifugierten Teer, über Asphalt Dachpappe, „Goudron“ usw. Von besonderer Bedeutung für die Branche und für das Bauwesen im allgemeinen sind die Beratungen darüber, ob die Qualität der Dachpappe nach der Stärke der Rohpappe beurteilt werden solle. Der Verband beschloß, diese Bestrebungen zu unterstützen. Neuerdings werden auch Normen für Dachpappe vorbereitet.

Die Kartellierung der Dachpappenindustrie ist durch die Kartellierung der Rohpappenfabrikanten aktuell geworden. Der Verband hatte eine selbständige Kommission gewählt, mit dem Auftrage, Kartellbildungen innerhalb der Dachpappenindustrie zu betreiben. Die Zweigverbände hatten hier bereits zum Teil vorgearbeitet und für ihre Mitglieder auch beim Rohmaterialieneinkauf durch geschlossenes Vorgehen Vorteile erzielt. So sind denn auch in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Kartellen in der Dachpappenindustrie ins Leben getreten, die dem Charakter dieser Industrie entsprechend ihren Wirkungskreis auf bestimmte Teile des Reiches beschränken: so der Verband mitteldeutscher Dachpappenfabrikanten usw.

Der Verband soll auch zum Arbeitgeberverband ausgestaltet werden.

Im Anschluß hieran ist der Zentralverband Deutscher Dachdeckermeister zu erwähnen, der die wichtigste Organisation von Weiterverarbeitern für die Dachpappenfabrikanten ist.

Die Tapetenindustrie hatte anfangs eine Organisation zur allgemeinen Förderung der deutschen Tapetenindustrie und des Tapetenhandels im Verein Deutscher Tapetenfabrikanten (Vorsitzender: Max Langhammer, Chemnitz; gegründet 1889), die sich jedoch bald als Preiskonvention betätigte, ohne aber dauernd bestehen zu können. Nach vielfachen Schwierigkeiten ist jetzt unter der Leitung von Dr. Vosberg (Syndikus der Handelskammer Potsdam) die Bildung einer großen Organisation erfolgt, die sich in erster Linie mit der Preisregulierung bzw. sogar mit der geschäftlichen Vereinigung aller Fabriken in Form einer Aktiengesellschaft befassen will.

Auch die Tapetenhändler hatten sich unter dem Drucke des Kartells bald nach den Fabrikanten organisiert im

Hauptverein Deutscher Tapetenhändler. Sitz: Frankfurt a. M., Kaiserstraße. — Vorsitzender: Eduard Jungmann, Frankfurt a. M., Kaiserstraße. — Mitgliederzahl: 309 (1902).

Gegründet 1891. Zweck: „Hebung der deutschen Tapetenindustrie und des Tapetenhandels“. Angeschlossen sind ihm 9 Lokalvereine von Tapetenhändlern.

Daneben gibt es noch eine „Freie Vereinigung Deutscher Tapetenhändler“ und einen „Verein Berliner Tapetenhändler“. Alle drei wollen zusammen eine Einkaufsgenossenschaft gegenüber dem Tapetentrust bilden.

Für den Papiergroßhandel kommen als wichtigste Verbände in Betracht:

Verein Berliner Papiergroßhändler. Sitz: Berlin SO. 16, Rungestraße 17. — Vorsitzender: Paul Pniower.

Verein Berliner Feinpapier-Großhändler. Sitz: Berlin SW. 68, Lindenstraße 70. — Vorsitzender: Alexander Flinsch, in Firma Ferd. Flinsch.

Auch der Papierkleinhandel ist organisiert, und zwar selbständig im

Deutschen Papierverein. Sitz: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42. — Vorsitzender: Reinhold Tetzer, Kommerzienrat, Berlin SO 33, Schlesische Straße 42. — Mitgliederzahl: ca. 1000.

Er wurde im Jahre 1879 gegründet und will ein Schutzverein für den Papier- und Schreibwarenhandel sein. Er bezweckt die allgemeine Förderung der Fachinteressen, Hebung der Ausfuhr, Schutz gegen schlechte

Zahler, Belohnung der Arbeiter und Beamten für längere Dienstzeit. Der Deutsche Papierverein umfaßt jedoch nicht nur den Papierkleinhandel, sondern ebenso Papiergroßhandel und Fabrikation von Schreibwaren. In dem Zusammenarbeiten der Erzeuger und Händler liegt die Eigenart der Vereinigung. Elf Vereine von Papier- und Schreibwarenhändlern sind ihr angeschlossen und derartig gelegt, daß das ganze Reich durch dieselben vertreten ist. Die Vereine umfassen meistens die einzelnen größeren Bundesstaaten bzw. die preußischen Provinzen.

Die vielen in Deutschland bestehenden Lokalvereine der Papier- und Schreibwarenhändler haben sich vor etwa einem Jahr zusammengeschlossen im

Verband Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler E. V. Sitz: Düsseldorf. — Vorsitzender: Richard van den Bergh.

XIX.

Holz, Schnitzstoffe, Kautschuck, Kork.

Die heimischen Holzproduzenten, die Waldbesitzer, hatten — abgesehen von den mehr technische Interessen verfolgenden Forstvereinen — keine spezielle Organisation. Neuerdings ist aber ein, allerdings lokal begrenztes, Kartell von ihnen gegründet worden. Schon seit längerer Zeit besteht zwischen den Grubenholzhändlern und den Waldbesitzern Schlesiens ein Interessenstreit. Nunmehr haben die schlesischen Waldbesitzer, die einen großen Prozentsatz des in den deutschen Gruben gebrauchten Grubenholzes liefern, sich zu einem Syndikat vereinigt, welche sich Beseitigung bestehender Mißstände im Verkauf und Wahrnehmung der Interessen des Waldbesitzers zur Aufgabe macht. Das Syndikat hat unter dem Namen „Auskunftsstelle schlesischer Waldbesitzer“ eine Zentrale in Beuthen eröffnet, die die Leitung der Syndikatsgeschäfte besorgt. Darauf haben sich auch die Grubenholzhändler zusammengeschlossen und unter der Firma „Holzhandel, G. m. b. H.“, mit einem Stammkapital von 100 000 M. ein Syndikat ins Leben gerufen, das geregelte Einkaufs- und Verkauftsverhältnisse herbeiführen soll.

Nur ein Territorialverein von Holzinteressenten, der bayerische, wollte ursprünglich neben den Interessen des Holzhandels und der Holzindustrie auch die der Holzproduktion vertreten. Dagegen sind Holzhandel und Holzindustrie fast überall gemeinschaftlich organisiert. Denn an möglichst ungehinderter Einfuhr von ausländischem Holze, an günstigem Holzeinkauf im Inlande, an guten Verkehrswegen und billigen Tarifen ist beiden in gleicher Weise gelegen und der Holzhändler ist nicht selten gleichzeitig auch Sägewerksbesitzer und somit Industrieller.

Damit ist schon vorweg genommen, auf welche Gebiete sich die Tätigkeit der einzelnen Organisationen wesentlich erstreckt. Die Vereine sind ausnahmslos jüngeren Ursprungs. Als einer der ersten entstand im Jahre 1894 der

Verein der Holzindustriellen in Rheinland und Westfalen. Sitz: Düsseldorf, Schumannstraße 4. — Vorsitzender: Louis Brüggmann, Dortmund. — Geschäftsführender

Beamter: Dr. W. Beumer, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Düsseldorf, Schumannstraße 4. — Mitgliederzahl: 37 (1902).

Ihm folgten

Verein bayerischer Holzinteressenten. Sitz: München. — Vorsitzender: Sigmund Bettmann. — Geschäftsführender Beamter: K. G. Steller, Nürnberg, Egidienplatz 25. — Mitgliederzahl: ca. 400.

Gegründet 1896 (reorganisiert 1902). Er bezweckt, die Interessen der Sägeindustrie und des Holzhandels in Bayern zu vertreten.

Verein von Holzinteressenten Südwestdeutschlands. Sitz: Freiburg i. Br., Rempartstraße 16. — 1. Vorsitzender: H. Himmelsbach, in Firma Gebr. Himmelsbach, Freiburg i. Br. 2. Vorsitzender: Ludwig Zeitz, Sulzbach-Saarbrücken. Stellv. Vorsitzender: Viktor Weibel, Kaysersberg i. Els. — Geschäftsführender Beamter: Heinrich Hertzer, Freiburg i. B., Rempartstraße 16. — Unterabteilungen: 1. Baden: Bühler- und Achertal; Renchtal; Kinzigtal (mit Schramberg); Gutachtal; Südschwarzwald-Oberrhein; Breisgau; Mannheim; Wiesen- und Wehratal; Markgräflerland. 2. Württemberg: Freudenstadt; Nagoldthal; Enztal; Oberschwaben; Neckarkreis; Jagstkreis; Tuttlingen-Hohenzollern. 3. Elsaß-Lothringen: Oberelsaß; Straßburg-Breuschthal-Weiltal; Unterelsaß-Hagenau; Lothringen und Luxemburg. 4. Rheinpreußen: Trier; Eifel; Rheinpfalz; Hessen mit den nassauischen Landesteilen. — Mitgliederzahl: ca. 600. — Publikationsorgan: „Zentralblatt für den deutschen Holzhandel“.

Gegründet 1900. Zweck: Förderung gemeinsamer Interessen aller Zweige des Holzhandels und der Holzindustrie. Vereinsgebiet: Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Rheinpfalz, Großh. Hessen, südl. Teil der Rheinprovinz.

Der Verein hat folgende besonderen Einrichtungen getroffen: 1. Fachschiedsgericht der Holzbranche: Anmeldungen von Streitfällen beim ersten Vorsitzenden. Liste der Schiedsrichter und Ersatzmänner, sowie Schiedsgerichtsordnung zu beziehen von der Geschäftsstelle. 2. Schiedsgerichtskommission und Ausschuß zur Prüfung der Schiedsrichterverwahlen. 3. Handelsusancen-Kommission. Im Selbstverlage des Vereins ist auch eine „Sammlung der Gebräuche im südwestdeutschen Holzhandelsverkehr“ nach den Beschlüssen der VI. ordentlichen Generalversammlung des Vereins von Holzinteressenten Südwestdeutschlands, die durch die Geschäftsstelle zu beziehen ist, erschienen. 4. Preisnotierungs-Kommission für den Platz Straßburg (Holzbörse Straßburg). Vorsitzender: Louis Knoepffler, Zabern i. Els. Veröffentlichung der Notierungen im Vereinsorgan und den hauptsächlichsten Handelszeitungen Südwestdeutschlands. Das Vereinsorgan „Zentralblatt für den deutschen Holzhandel“, zugleich „Handelsblatt für Walderzeugnisse“, in Stuttgart, dreimal wöchentlich erscheinend, ist zugleich einziges amtliches Organ des Zentralverbandes der Vereine deutscher Holzinteressenten für das süddeutsche Verbandsgebiet. Der Verein ist Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Diese und andere Landes- und Lokalvereine haben sich zusammengeschlossen zu einem

Zentralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten. Sitz: Düsseldorf, Schumannstraße 4. — I. Vor-

sitzender: Kommerzienrat Louis Brüggmann, Dortmund. II. Vorsitzender: H. Himmelsbach, Freiburg i. Br. — Schatzmeister: Otto Luther, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Beumer, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Düsseldorf, Schumannstraße 4. — Mitgliederzahl: 19 Vereine mit über 1000 Einzelmitgliedern.

Dem Zentralverbaude sind folgende Vereine angeschlossen: Verein von Holzimporteuren des Unterwesergebietes, Bremen; Verein Schleswig-Holsteinscher Holzhändler; Verein Magdeburger Holzgeschäfte, Magdeburg; Verein der Holzinteressenten von Rheinland und Westfalen, Düsseldorf; Verein von Holzhändlern Ostfrieslands und des Emsgebietes, Leer; Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer von Lübeck und Umgebung, Lübeck; Verein Mittelrheinischer Floßholzhändler, Frankfurt a. M.; Verein Duisburger Holzhändler, Duisburg; Nordwestdeutscher Verein für Holzhandel und Holzindustrie, Arnberg; Verein deutscher Holzhändler „Grubenholzbörse“, Essen; Verein Mecklenburger Holzimporteure, Schwerin; Märkischer Holzhändler-Verein, Berlin; Verein der Holzhändler von Frankfurt und Umgebung, Frankfurt a. M.; Verein der Holzindustriellen für das Harzgebiet, Braunschweig; Verein Oberfränkischer Holzhändler, Kronach; Verein Bayerischer Holzinteressenten, Nürnberg; Münchener Holzhändler-Verein, München; Verein von Holzinteressenten Südwestdeutschlands, Freiburg i. B.; Verein der Holzindustriellen und Holzhändler von Mannheim und Umgebung (dem südwestdeutschen Verein angeschlossen).

Auf einige dieser Organisationen ist bereits oben näher eingegangen worden.

Gegründet ist der Zentralverband am 1. August 1897. Zweck: Förderung der gemeinsamen Interessen des Holzhandels und der Holzindustrie.

Um angesichts der zum Teil auseinandergehenden Interessen seiner einzelnen Vereine eine Möglichkeit der gemeinsamen Betätigung zu schaffen, bestimmt die Satzung des Zentralverbandes, daß bei etwaigem Zweifel darüber, ob bei einem Beratungsgegenstande ein gemeinsames Interesse vorliegt, der Widerspruch eines Verbandsvereins genügt, um eine Beschlußfassung über diese Angelegenheit zu verhindern.

Neben dem Zentralverbaude besteht eine Zentralvereinigung für die östlichen Teile Deutschlands bis zur Saale in dem

Verein Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller. Sitz: Berlin SW, Hallesche Straße 1. — Vorsitzender: M. Michalski, Berlin, Mitglied der Berliner Handelskammer. — Geschäftsführender Beamter: Volkswirtschaftlicher Syndikus M. Busemann. — Unterabteilungen: Ostpreußen, Vorsitzender: C. Hermenau, Allenstein. Westpreußen, Vorsitzender: Konsul Albrecht, Danzig. Pommern, Vorsitzender: H. Sochaczwer, Kattenberg b. Torgelow. Posen, Vorsitzender: G. Haase, Posen. Oberschlesien, Vorsitzender: D. Goldstein, Beuthen. Mittelschlesien, Vorsitzender: L. Liebrecht, Breslau. Niederschlesien, Vorsitzender: Hugo Müller, Görlitz. Brandenburg-Berlin, Vorsitzender: M. Michalski, Berlin. Sachsen nebst Anhalt, Vorsitzender: Guido Müller, Halle a. d. Saale. — Mitgliederzahl: ca. 650 Firmen. — Publikationsorgan: „Der Holzmarkt“. Zweimal wöchentlich in Berlin erscheinend.

Er besteht seit 1894 und vertritt die Interessen von Holzhandel und Holzindustrie Ostdeutschlands. Die Entwicklung des Vereins ist gut. Die Zahl ihrer Mitglieder hat jetzt 600 überschritten, während sie vor drei Jahren noch unter 300 stand.

Aus seiner Tätigkeit speziell in den letzten Jahren ist hervorzuheben: Sowohl der fiskalische Holzverkauf wie das Verkaufsverfahren in Privatforsten hat den Verein viel beschäftigt. Der preußische Landwirtschaftsminister hat auf Antrag des Vereins eine Verfügung erlassen, die Abhilfe bringen soll.

Der Verein wurde dahin vorstellig, daß speziell bei der Vergebung von Schwellenlieferungen die reichsangehörigen Inländer mehr als es bisher geschehen ist vor den Ausländern berücksichtigt werden, und hat den Bescheid erhalten, daß, soweit es nach Lage der in Betracht kommenden Umstände und der Preise angängig sei, dem Antrage entsprochen werden solle.

In die neuerrichteten Wasserstraßenbeiräte wurden mehrere Vertreter des Vereins aufgenommen.

Ofters wird der Verein von Eisenbahndirektionen in Eisenbahntarifrufen um Gutachten gebeten. „Häufig ist es natürlich sehr schwierig, bei solchen Gutachten die richtige Mitte zu finden. Da kollidieren sehr leicht die Interessen der Händler und der Mühlen, der Importeure und der Produzenten, der Handelszentralen und der abgelegenen Bezirke, des Ostens und des Westens, der Seeplätze und der Binnenplätze.“

Große Bedeutung ist der Tätigkeit des Vereins auf dem Gebiete der Sicherung des Platzhandels gegen unlauteres Gebahren von Bauunternehmern und gegen ungesunden Wettbewerb der Holzinteressenten beizulegen. Zu diesem besonderen Zwecke fördert der Verein die Gründung von „Konventionen“ gegen solche Bauunternehmer. Der Verein hat also manche Mißstände beseitigt. Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Unabhängig von diesem Verein besteht noch ein

Verein Ostpreußischer Holzhändler und Holzindustrieller. Sitz: Königsberg i. Pr. (Börse). — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Gerlach, Memel. — Geschäftsführender Beamter: Fritz Simon, Syndikus der Kaufmannschaft, Schriftführer, Königsberg i. Pr. — Mitgliederzahl: 77. — Etat: Jahresbeitrag 20 M., Eintrittsgeld 10 M. Der Haushaltsentwurf für 1908 sieht eine Einnahme von etwa 1600 M. und eine Ausgabe von 1100 M. vor. Die Ausgabe betrifft im wesentlichen Remuneration für den Schriftführer und für Bureauhilfe sowie Druckkosten. — Publikationsorgan: „Deutsche Holzzeitung“, Königsberg i. Pr., Steindamm 86.

Die Verhältnisse des Holzhandels und der Holzindustrie im Pregel- und Memelgebiet weichen erheblich von denjenigen im Binnenlande und der westlichen Seeplätze ab. Das im Pregel- und Memelgebiet verarbeitete und gehandelte Rohholz ist überwiegend russischen Ursprungs und wird in der Hauptsache durch russische Händler und Flößer auf dem Memelstrome bis nach Tilsit geführt und dort zum Verkauf gestellt. Der Absatz des Holzhandels und der Schneidemühlenindustrie im Memel- und Pregelgebiet erfolgt größtenteils seewärts über die Häfen Königsberg, Pillau und Memel. Entsprechend diesen eigenartigen Bezugs- und Absatzverhältnissen sind auch die Interessen und Bedürfnisse der Holzhändler und Schneidemühlen des genannten Bezirks wesentlich andere als im

Binnenlande und an den Import-Seeplätzen. Um diese besonders gestalteten Interessen wirksam zu vertreten und zu fördern, wurde im Januar 1898 der Verein Ostpreussischer Holzhändler und Holzindustrieller gegründet.

Neben der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Verwaltungsbehörden hat es sich der Verein zur besonderen Aufgabe gesetzt, die Lieferungsbedingungen zu säubern und zu vereinfachen, und es ist ihm gelungen, für das ganze Gebiet eine gemeinsame „Brackordnung“ und gemeinsame „Geschäftsgebräuche“ für den Handel in rohen und bearbeiteten Hölzern russischer Herkunft festzustellen und durch die amtlichen Handelsvertretungen des Bezirks zur Anerkennung zu bringen. Eine erfolgreiche Tätigkeit hat der Verein anlässlich der Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse in den Jahren 1900 bis 1905 auszuüben vermocht.

Selbständig bestehen u. a. auch noch

Verein sächsischer Holzindustrieller. Sitz: Dresden-N., Leipziger Straße 33. — Vorsitzender: Ernst Grumbt, Kommerzienrat, Dresden-N., Leipziger Straße 33. — Mitgliederzahl: 48 mit ca. 1500 Arbeitern (1902). — Gegründet 1897.

Verein der Holzindustriellen des Thüringer Waldes. Sitz: Georgenthal bei Gotha. — Vorsitzender: G. Rudloff, Georgenthal bei Gotha. — Mitgliederzahl: ca. 60 (1902). — Gegründet 1898.

Nicht ganz so geschlossen ist die Organisation der Holzverarbeitungsindustrie. Hier sind zu nennen:

Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Zigarrenkisten-Fabrikanten. Sitz: Hannover-Linden. — Vorsitzender: Schlüter, Direktor, Hannover-Linden. — Mitgliederzahl: 49 (1902).

Zweck: Förderung wirtschaftlicher Interessen.

In der jetzigen Form wurde die Vereinigung am 15. Dezember 1902 gegründet; doch bestand sie schon früher unter dem Namen „Verein deutscher Zigarrenkisten-Fabrikanten“. Ein allgemeiner „Verein der Kistenfabrikanten“ wurde gegen 1900 in Berlin gegründet; doch ist seit geraumer Zeit nichts mehr von ihm zu hören gewesen.

Verband deutscher Bürsten- und Pinselindustriellen. Sitz: Nürnberg. — Geschäftsführender Vorsitzender: Leonhardy, Fabrikdirektor, Nürnberg. — Mitgliederzahl: 48.

Zweck: Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen. Der Verband ist eine Vertretung der großindustriellen Betriebe.

Im Jahre 1906 ist auch ein Verband der Bürstengroßhändler in Leipzig entstanden.

Der Verband deutscher Faßfabrikanten und Böttchereien (Sitz: Frankenthal i. Pfalz, gegründet 1900) besteht nicht mehr.

Im Jahre 1907 ist ein „Verband der Fabrikanten der Spiel- und Holzwarenbranche Deutschlands“ durch Verschmelzung der schon bestehenden erzgebirgischen und thüringischen Vereine entstanden.

Ferner seien als Konventionen genannt: Konvention der Fabriken kieferner Kehlleisten und Türbekleidungen, Berlin. Zentrale Deutscher Parkettfabriken, G. m. b. H., Berlin. Verband Deutscher Jalousie- und Rolladenfabriken, G. m. b. H., Frankfurt a. M. Verkaufsbureau der vereinigten Fabriken echter und halbechter Spiegelrahmen, e. G. m. b. H., Fürth i. B. Verkaufsvereinigung für Stühle, Lauterberg i. Harz.

Die sonstigen Holzverarbeiter, z. B. die Goldleistenfabrikanten, aber auch die wichtige Möbelindustrie sind meistens nur lokal organisiert (erst 1907 entstand in Berlin ein „Verein Deutscher Möbelindustrieller“ zur Vertretung allgemeiner Interessen) und wesentlich als reine Arbeitgeberverbände. Da diese Organisationsform aber in der Holzindustrie von großer Bedeutung ist, so sei auf die betreffenden Verbände kurz eingegangen. Ein solcher regional begrenzter ist z. B. der

Verband Süddeutscher Holzindustrieller. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: Karl Schöttle, in Firma Stuttgarter Möbelfabrik von Gg. Schöttle, Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: Otto Vetter, Sekretär und stellvertretender Vorsitzender des Verbandes, Stuttgart, Olgastraße 69 a. — Mitgliederzahl: 170 Betriebe mit 5077 beschäftigten Arbeitern. — Publikationsorgan: „Fachzeitung der Deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen“ in Berlin C., Alexanderstraße 31, und „Wochenblatt für den Deutschen Holzhandel“ in Stuttgart, Kolbstraße 4 c.

Der Verband besteht seit 1885 und hat sich hauptsächlich in den letzten drei Jahren auf alle Gebiete der Holzindustrie erstreckt. Zunächst nur für Württemberg bestimmt, hat sich der Verband unter Beibehaltung seines Namens auch auf Baden und Bayern ausgedehnt. Hauptbestreben des Verbandes ist es, sowohl die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen, wie insbesondere möglichst einheitliches Handeln in Fragen, welche für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von grundsätzlicher Bedeutung sind, herbeizuführen. Dem Verbands gehören die namhaftesten Betriebe der Möbelfabrikation in Württemberg und Baden, dann die Bürstenhölzerfabrikanten, Orgelbauanstalten, ferner hauptsächlich Schreiner, Drechsler und andere Handwerker usw. als Mitglieder an. Bei Lohnbewegungen und Schlichtungsfragen war das Eintreten von Erfolg.

Dieselben Ziele hat auch die

Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin. Sitz: Berlin C 25, Alexanderstraße 31. — Vorsitzender: A. Plathen, in Firma Zelder & Plathen, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Max Walsdorff, Berlin C 25, Alexanderstraße 31. — Mitgliederzahl: 428 mit ca. 9000 Arbeitern.

Gegründet 1890. Der Vereinigung gehören als Unterverbände an: Der „Verband der Berliner Stockfabrikanten“ und die „Vereinigung der Holztreppe- und Treppengeländerfabrikanten Berlins und der Vororte“.

Außer dieser Vereinigung bestehen noch folgende selbständigen Arbeitgeberorganisationen der Berliner Holzindustrie:

Central-Verband der Bautischlermeister Berlins und Umgegend (Vorsitzender: C. Schaar, Berlin), Verein der Fabrikanten von Ladeneinrichtungen und Kontormöbeln (Vorsitzender: C. Brunzlow, Berlin), Verein der Fräsereibesitzer und verwandter Gewerbe zu Berlin (Vorsitzender: E. Kühnke, Berlin), sowie die Tischler-Innung (Obermeister: C. Rahardt, Berlin).

Alle vorbezeichneten Verbände haben ein Kartell gebildet unter dem Namen

„Vereinigte Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie“. Geschäftsstelle dieser Kartellverbände ebenfalls in Berlin, Alexanderstraße 31.

Zum Schutze der gemeinsamen Arbeitgeber-Interessen der gesamten deutschen Holzindustrie haben die vorstehend bezeichneten freien Lokalorganisationen (abgesehen von der Innung) den

„Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe“ ins Leben gerufen, welchem sie in ihrer Gesamtheit als „Bezirksverband Berlin“ angehören. Vorsitzender des Schutzverbandes: C. Rahardt, Berlin, Alexanderstraße 31. — Publikationsorgan aller vorstehend genannten Verbände: „Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands“, Berlin C, Alexanderstraße 31.

Sowohl für Förderung der Handwerksinteressen wie als Arbeitgeberverband wirkt der „Bund deutscher Zimmermeister“ (ein Innungsverband).

Auch ein „Zentralverband der Arbeitgeberschutzverbände für das Tapezierer-, Möbel- und Dekorateurgewerbe“ wurde 1907 in Berlin gegründet.

Verband der Steinnußknopf-Industriellen Deutschlands. Sitz: Schmölln (S.-A.). — Vorsitzender: L. Kühn, Schmölln (S.-A.). — Mitgliederzahl: 16 Betriebe mit ca. 2000 Arbeitern (1902).

Gegründet 1896. Zweck: Alle wirtschaftlichen Interessen der Steinnußknopf-Industrie nach innen und außen zu fördern, im besonderen jedem unlauteren Wettbewerbe und den fortgesetzten Unterbietungen ein Ziel zu setzen sowie eine Besserung aller derjenigen Fabrikate ihrer Artikel anzustreben, die es bedürfen und ermöglichen.

Verband der deutschen Celluloid-Industriellen. Sitz: Berlin S 14, Dresdener Straße 38. — Vorsitzender: E. Noa, Berlin S 14, Dresdener Straße 38. — Geschäftsführender Beamter: Mart. Loose, Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 39. — Mitgliederzahl: etwa 27 (1902).

Gegründet 1898. Zweck: Wahrung der Interessen nach jeder Richtung hin.

Der Verband setzt sich aus Mitgliedern folgender Industriezweige zusammen: 1. Schirm- und Stockgriffe, 2. Haarschmuck, 3. Luxuskarten und Rahmen, 4. Bijouterieartikel u. a.

Verein der Knochen verarbeitenden Industriellen Deutschlands. Sitz: Berlin W 50, Augsburgs Straße 57/58. — Vorsitzender: Theodor Berliner, Berlin W 50, Augsburgs Straße 57/58. — Mitgliederzahl: 75 mit 4780 Arbeitern (1902).

Gegründet 1895. Zweck: Die Interessen der Mitglieder in geschäftlicher Beziehung wahrzunehmen. Durchgeführt ist das gemeinsame Vorgehen beim Einkauf des Rohmaterials.

Der Verein besteht aus 5 Gruppen, welche jedoch keine selbständigen Vereinigungen mit eigener Geschäftsführung darstellen.

Centralverein Deutscher Kautschukwaren-Fabriken E. V. Sitz: Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 53/54 II. — Vorsitzender: Louis Hoff, Direktor der Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien, vormals Menier-J. N. Reithoffer, Harburg a. d. El. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Soetbeer. — Mitgliederzahl: 44. — Etat: Die zur Deckung der Unkosten erforderlichen Beiträge werden auf die einzelnen Mitglieder in demselben Verhältnis umgelegt, in dem sie stimmberechtigt sind. Bis auf weiteres wird für je eine Stimme ein Beitrag von jährlich 50 Mark erhoben werden. Frühere Inhaber oder Leiter von Fabriken zahlen einen Beitrag von jährlich 20 M.

Der Verein ist am 22. Januar 1898 entstanden durch Verschmelzung des am 15. September 1895 gegründeten Vereins Deutscher Kautschukwaren-Fabriken und der im Dezember 1893 gegründeten Vereinigung Deutscher Gummiwaren-Fabriken.

Zweck des Vereins ist die Förderung der Interessen der deutschen Kautschukindustrie. Insbesondere vertritt der Verein diese Interessen in bezug auf Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, durch die der in- und ausländische Handel, die Fabrikation und die Arbeiterverhältnisse berührt werden.

Als Konventionen in der Kautschuckindustrie seien genannt: Ballkonvention, Harburg a. E. Deutsche Ballkonvention für Großhändler, Harburg a. E. Deutsche Schuhkonvention für Großhändler, Harburg a. E.

Verband der deutschen Korkindustriellen. Sitz: Berlin-Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 3. — Vorsitzender: John Guttsmann, Königl. Handelsrichter, Grunewald, Königsallee 7 a. — Geschäftsführende Beamtin: Fräulein Hubert. — Mitgliederzahl: 220. — Etat: ca. 3500 M. Mitgliederbeitrag pro Jahr 15 M. — Publikationsorgan: „Kork-Industrie-Zeitung“ in Zehlendorf.

Der Verband der Deutschen Korkindustriellen besteht seit 1899 und ist eine Genossenschaft, welche die Rechte einer juristischen Person ausübt. Mitglied kann jeder selbständige deutsche Korkindustrielle (Korkfabriken, Korken- und Korkholz-Importeure) werden, welcher innerhalb des Deutschen Reiches seine Niederlassung hat; selbständige außerdeutsche Korkindustrielle können als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Der Verband hat u. a. auch mit den österreichischen Kork-

industriellen Beziehungen angeknüpft, um gemeinsame Interessen der europäischen Korkindustriellen geschlossen zu vertreten. Zweck der Genossenschaft ist die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der deutschen Korkindustrie und des deutschen Korkhandels in wirtschaftlicher und technischer Beziehung, sowie Herbeiführung und Pflege eines engeren Zusammenschlusses und persönlich angenehmen Verkehrs der Mitglieder untereinander.

Laut Beschluß des von dem Verbande veranstalteten „Internationalen Kongresses der Korkindustriellen“, Berlin 1905, hat sich der Vorstand als Schiedsgericht konstituiert, dessen Entscheidungen unanfechtbar sind. Es können alle Streitigkeiten zwischen den Branchegenossen und auch zwischen Korkenlieferanten und der Kundschaft — zur Vermeidung des gerichtlichen Verfahrens — durch das Schiedsgericht entschieden werden.

Der Eisenacher Kongreß des Verbandes, 1906, hat beschlossen, an Bundesrat und Reichstag eine Petition zu senden, die um Erlaß eines Reichsgesetzes gegen die Verwendung alter, schon einmal gebrauchter Korken zu Nahrungsmittel-Verschußzwecken bittet.

Die deutschen Korkindustriellen gehören ihm in überwiegender Mehrzahl an. Hervorzuheben ist besonders die Erreichung billigerer Eisenbahn-Frachttarife. Er ist Mitglied des Bundes der Industriellen und des Handelsvertragsvereins.

XX.

Nahrungs- und Genußmittel.

Der wichtigste „Industriezweig“, der Nahrungsmittel produziert, die Landwirtschaft, scheidet hier aus. Wenn sie sich auch nicht mit der vorzüglichen Organisation dieser letzteren messen kann, so besitzt doch keine industrielle Branche eine solche Fülle von größeren Vereinen, wie die Nahrungsmittelindustrie im engeren Sinne.

Die Müllerei hat drei zentrale Verbände:

Verband Deutscher Müller. Sitz: Berlin W 50, Neue Bayreuther Straße 6. — Vorsitzender: Direktor Jos. J. van den Wyngaert, Berlin W, Bülowstraße 100. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Heinrich Schlueter. — Unterabteilungen: Schlesien, Vorsitzender: *H. Bittner, Kroischwitz bei Schweidnitz. Thüringen-Franken, Vorsitzender: O. Gumpert, Muppert (Sachsen-Meiningen). Westpreußen, Vorsitzender: A. Scheffler, Straschin-Prangschin bei Danzig. Rheinland-Westfalen, Vorsitzender: E. Schmerfeld, Elberfeld. Thüringen, Vorsitzender: J. Woltersdorf, Arnstadt. Mittelrhein, Vorsitzender: G. Ohl, Rödelheim bei Frankfurt am Main. Görlitz, Vorsitzender: O. Zschiedrich, Hoyerswerda. Provinz Sachsen und Anhalt, Vorsitzender: R. Banse, Maisdorf (Harz). Niederelbe, Vorsitzender: G. Moncke, Neubrandenburg. Hannover-Braunschweig, Vorsitzender: A. Bruns, Hannover, Warmkühlenkamp. Baden, Vorsitzender: Chr. Gierich, Ettlingen (Baden). Ostpreußen, Vorsitzender: E. Hantel, Frauenburg (Ostpreußen). Königreich Sachsen, Vorsitzender: *Dr. Sellnick, Leipzig-Pl. Rheinpfalz, Vorsitzender: J. Rech, Mimbach bei Blieskastel. Bayern, Vorsitzender: P. Bauriedel, Nürnberg. Pommern, Vorsitzender: E. Streitz, Rauschmühle bei Freienwalde (Pommern). Elsaß-Lothringen, Vorsitzender: G. Ramspacher, Wilwisheim. Württemberg-Hohenzollern, Vorsitzender: J. Blank, Kanzach. — Mitgliederzahl: 5000—6000 (schwankend). — Etat: Einnahmen: Zinsen 5100 M., Beiträge 15600 M., Prämienanteile von Versicherungen 22000 M., Sa. 42700 M. Ausgaben u. a.: Dem Vorsitzenden des Verbandes Gehalt, Bureau, Reisekosten usw. 11280 M., dem Generalsekretär Gehalt, Miete des Bureaus, Fernsprecher 5883 M., für Redaktion des Organs, Gehälter 2700 M., Beitrag zur Müllerschule 2000 M., Beitrag zur Versuchsanstalt des Verbandes 2500 M., für Vereinsbeiträge 460 M., Drucksachen, Diplome, Porto und Depotgebühren 1000 M., Sa. 42700 M. — Publikationsorgan: „Der Müller“, Verlag R. Teßmer, Berlin SW 68, Markgrafenstraße 92/93.

*) Außer Bittner und Sellnick sämtlich Mühlenbesitzer.

Der Verband Deutscher Müller wurde in den Jahren 1865—67 ins Leben gerufen und genießt die Rechte einer juristischen Person durch Königl. preußische Verleihung seit 1867.

Zur Aufgabe stellte er sich die Förderung der Müllerei in technischer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Als Mittel hierzu erblickt er das Zusammenwirken von Fachleuten mit volkswirtschaftlich und juristisch vorgebildeten Beamten, ergänzt durch regelmäßige Bezirks- und Generalversammlungen. Seine Arbeiten führten in technischer Hinsicht zu guten Erfolgen durch Anregung und Förderung (Verbesserung, Kritik) von Erfindungen und Konstruktionen der zur Müllerei gehörigen Maschinen (Kraft- und Arbeits-), Hoch- und Wasserbauten usw.

Wirtschaftlich-politisch befriedigen ihn seine Erfolge nicht in demselben Maße, weil „der Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb noch tobt; die Müllerei eingeklemmt ist zwischen Handel und Landwirtschaft, und der ausländische Wettbewerb, verbunden mit der allgemeinen deutschen Handels- und Zollpolitik, schwer auf der heimischen Industrie lasten“.

Besonders gute Erfolge hat der Verband in bezug auf die Feuerversicherung der Mühlen aufzuweisen, die früher sehr im argen lag.

Der Verband vertrat ursprünglich allein die ganze Müllerei; jetzt umschließt er vorwiegend mittlere und kleine Handelsmühlen, doch auch viele Lohnmühlen.

Deutscher Müllerbund. Sitz: Leipzig, Königsstraße 27 I. — Vorsitzender: Mühlenbesitzer Theodor Marmuth, Martini-mühle, Nordhausen am Harz. — Geschäftsführende Beamte: Ingenieur Theodor Fritsch, Herausgeber des Fachblatts „Deutscher Müller“, und Sekretär Albert Wohlfarth, Leipzig. — Unterabteilungen: Der Bund gliedert sich in Abteilungen, die nach Provinzen bezw. Bundesstaaten abgegrenzt sind. Die Bundesabteilungen sind nach Bedürfnis in mehrere Bezirke geteilt. Jedem Bezirke steht ein Obmann vor, den Bundesabteilungen ein Abteilungsvorsitzender und ein Stellvertreter. — Mitgliederzahl: 6800. — Etat: Gesamteinnahme 14700 M., Gesamtausgabe 13100 M. — Publikationsorgan: Die Wochenschrift „Deutscher Müller“ und die Monatschrift „Müllerbund“.

Auf Veranlassung von Theodor Fritsch in Leipzig traten zu Ende des Jahres 1898 64 Klein- und Mittelmüller zusammen und bildeten einen „Ausschuß deutscher Mühlenbesitzer“. Aus diesem Ausschuß ging im Jahre 1899 der Deutsche Müllerbund hervor, da es nach Ansicht seiner Begründer bis dahin an einer Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Klein- und Mittelmüller fehlte. Die Aufgaben des Bundes sind: Pflege des Gemeingeistes unter den Standesgenossen, Hebung und Förderung der Müllerei in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie überhaupt Wahrung der gemeinsamen Interessen des Mühलगewerbes. Als Aufgabe hat er sich ferner gestellt, Wohlfahrtseinrichtungen im Interesse des Gesamtgewerbes zu treffen, wie nötigenfalls den Arbeitsnachweis zu regeln, Fachschulen zu errichten, überhaupt alle zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung des Gewerbes dienenden Maßregeln zu unterstützen. Ein besonderes Ziel des Bundes ist es, „die Existenz der von alters her bestehenden mehr als 40000 kleineren und mittleren Mühlen im Reiche, deren Vorhandensein durch die örtlichen Bedürfnisse gerechtfertigt ist, gegen das Übergewicht der neu entstandenen großkapitalistischen Spekulationsmühlen zu schützen und sie im Wettbewerbe leistungsfähig zu erhalten“. Die Mitglieder des Bundes sind vorwiegend Lohnmühlen, doch auch Handelsmüller.

Verein Deutscher Handelsmüller (E. V.) Sitz: Charlottenburg, Schillerstraße 4. — Vorsitzender: Senator F. W. Meyer, Hameln a. d. Weser. — Geschäftsführender Beamter: Armand Matti, Charlottenburg. — Mitgliederzahl: ca. 200. — Publikationsorgan: „Allgemeine Deutsche Mühlen-Zeitung“, Charlottenburg 2, Schillerstraße 4.

Der Verein Deutscher Handelsmüller wurde am 4. März 1899 als „Verein Deutscher Mühlenindustrieller“ gegründet, und zwar von größeren und mittleren Mühlenbesitzern, welche bisher nur dem Verbands Deutscher Müller angehört hatten. Zur Gründung des Vereins veranlaßten die seinerzeit schon vom Vorstände des genannten Verbandes unterstützten Bestrebungen zur Einführung einer staffelförmigen Umsatzsteuer für Getreidemühlen. Die größeren und mittleren Handelsmühlen, welche sich dem Verein Deutscher Mühlenindustrieller anschlossen, suchten und fanden in diesem Verein eine energische Unterstützung der Interessen der Handelsmüllerei. Laut Beschluß der Generalversammlung vom 9. Dezember 1899 wurde der Name „Verein Deutscher Mühlenindustrieller“ in „Verein Deutscher Handelsmüller“ umgeändert, da dieser Name seinem Zwecke, eine Vertretung aller deutschen Handelsmüller zu sein, besser entspricht. Er umschließt jetzt alle größeren, doch auch mittlere und kleinere Handelsmühlen. Am 7. Februar 1906 erfolgte die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister. Der Verein bezweckt die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Handelsmüllerei, steht seinen Mitgliedern in allen kommerziellen, tarifarischen und technischen Fragen mit Rat zur Seite und ermöglicht durch Vergünstigungsverträge mit Versicherungsgesellschaften vorteilhafte Abschlüsse von Versicherungen jeglicher Art. Sein amtliches Organ, die „Allgemeine Deutsche Mühlen-Zeitung“, erscheint im 11. Jahrgange, und zwar im Verlage der Zeitungsgenossenschaft des Vereins Deutscher Handelsmüller, e. G. m. b. H. Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Neuerdings wird der wirtschaftliche Zusammenschluß der Handelsmüllerei in Ein- und Verkaufs-Vereinigungen angestrebt. Zu diesem Zwecke ist von einer freien Müllerversammlung in Leipzig am 30. September 1905 ein „Ausschuß zur Vorbereitung von Verkaufs-Vereinigungen der deutschen Müller“ gewählt worden.

1905 wurde auch ein „Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie“, Charlottenburg, ins Leben gerufen.

Verband deutscher Hafer- und Buchweizenmühlen. Sitz: Lübeck — Vorsitzender: A. Meßtorff i. Fa. H. & J. Brüggem, Dampfmühlen Lübeck und Neumünster. Stellvertretender Vorsitzender: C. Lauber, Direktor der Hohenloheschen Nahrungsmittelfabrik A.-G., Kassel. — Geschäftsführender Beamter: Redakteur L. Koch, Duderstadt. — Mitgliederzahl: 25. — Publikationsorgan: „Deutsche Mühlenindustrie“, Berlin W 35.

Gegründet am 27. März 1901. Zweck: Wahrung der gemeinsamen Interessen der deutschen Hafer- und Buchweizenmühlen gegenüber der Gesetzgebung, Verwaltung und öffentlichen Meinung sowie Förderung des Ansehens der Erzeugnisse genannter Betriebe im In- und Auslande und Hebung derselben in wirtschaftlicher und technischer Beziehung.

Die Aufgaben des Verbandes erstrecken sich auf die Interessen der gesamten Nahrungsmittelindustrie und Schälmüllerei, da die meisten Mitglieder gleichzeitig auch Graupenfabrikation und Erbsenschälerei aufrechterhalten, bzw. die Inhaber dieser letzteren Betriebe in der Mehrzahl Mitglieder des Verbandes sind.

Die Getreidehändler sind nur lokal organisiert. Von den Konsumentenorganisationen seien vorläufig als die nächstfolgenden nur die Mehlhändlervereinigungen genannt, die jedoch ausschließlich lokal begrenzt sind. Über die Organisation des Kolonialwarenhändler s. auch den Abschnitt „Kleingewerbe und Kleinhandel“.

Die Verarbeiter von Mehl haben ausnahmslos ein gleich großes Interesse an zwei anderen wichtigen Rohprodukten, am Zucker und an der Milch und Fettwaren. Deshalb sei nunmehr die Organisation auf diesen Gebieten geschildert.

Was zunächst die Zuckerindustrie anbetrifft, so verdient ihre Organisation eine etwas ausführlichere Darstellung, weil der von ihr vertretene Zweig einer der wirtschaftspolitisch interessantesten in der deutschen Industrie ist.

Verein der Deutschen Zucker-Industrie. Sitz: Berlin W 62, Kleiststraße 32. — Vorsitzender des Direktoriums: Geheimen Regierungsrat Gustav Koenig, Berlin. Vorsitzender des Ausschusses: Kommerzienrat David Coste, Biele. — Unterabteilungen: Abteilung der Rohzuckerfabriken, geschäftsführender Beamter: Dr. Clemens Mayer, Berlin, Kleist-Straße 32. Abteilung der Raffinerien, geschäftsführender Beamter: Generalsekretär H. A. Bueck, Berlin, Karlsbad 4a. Außerdem bestehen folgende Zweigvereine: 1. Anhaltinischer Zweigverein, Warmsdorf b. Güsten; 2. Baltischer Zweigverein, Anklam; 3. Braunschweig-Hannoverscher Zweigverein, Braunschweig; 4. Halberstädter Zweigverein, Wegeleben; 5. Zweigverein für Magdeburg und Umgegend, Westerhüsen; 6. Zweigverein für Oderbruch und Pommern, Wulkow b. Booßen, Bezirk Frankfurt a. O.; 7. Ostdeutscher Zweigverein, Culmsee; 8. Rheinischer Zweigverein, Düren i. Rheinland; 9. Sächsisch-Thüringischer Zweigverein, Delitzsch; 10. Schlesischer Zweigverein, Breslau; 11. Zweigverein der süddeutschen Zuckerfabrikanten, Waghäusel. — Mitgliederzahl: ca. 450. — Etat: balanziert mit ca. 350 000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift des Vereins der deutschen Zuckerindustrie“.

Der Verein der Deutschen Zucker-Industrie ist seinem Ursprunge nach eine Kampfvereinigung. Die ersten gemeinschaftlichen Schritte der deutschen Rübenzuckerfabriken fanden ihren Anlaß in Steuer- und Zollmaßregeln der Regierung. Der Vertrag mit Holland vom 31. Januar 1839 hatte eine Überschwemmung des Zollvereinsgebietes mit holländischem Fabrikat zur Folge. Aus diesem Anlaß richteten die Runkelrübenzuckerfabrikanten in Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg und der Umgegend ein Bittschreiben an den Finanzminister. In diesem gemeinschaftlichen Schritt liegt nachweisbar der erste Keim des Vereins. Am 15. April 1841 fand dann in Magdeburg eine Versammlung der preußischen, bayerischen, badischen, hessischen und sächsischen Rübenzuckerfabrikanten statt, welche sich am 16. zu einer „Vereinigung der Runkelrübenzuckerfabrikanten

Deutschlands“ zusammenschlossen, die aber schon infolge der damaligen vereinsrechtlichen Verhältnisse ohne feste Formen blieb. Auch der verhältnismäßig gute Fortgang der Geschäfte ließ fortan gemeinsame Besprechungen weniger nötig erscheinen, bis im Jahre 1848 eine neue und größere Gefahr durch Steuererhöhung drohte. Die Ankündigung dann, daß das preußische Ministerium bei den Kammern einen Zoll von 3 bis $3\frac{3}{4}$ Silber Groschen pro Zentner auf die Zuckerrüben beantragen würde, gab den unmittelbaren Anstoß zur Gründung des Vereins „für die Rübenzuckerindustrie in den Zollvereinsländern“. Das Programm des neuen Vereins war aber nicht mehr der Kampf allein, sondern bereits in dem ersten Statutenentwurf war als Zweck des Vereins aufgestellt, die „Rübenzuckerindustrie nach allen Richtungen hin zu vertreten und diesen gemeinsamen Industriezweig in sich selbst zu kräftigen und zu seiner immer größeren Vervollkommenung beizutragen“. Am 22. März 1850 fand in Magdeburg die konstituierende Generalversammlung des heutigen Vereins statt. Diese Versammlung leitete Fabrikbesitzer Hennige aus Magdeburg, der auch zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Zum ersten Vorsitzenden des Direktoriums wurde Geheimer Archivrat Riedel gewählt.

Die erste Veränderung des Statuts wurde im Jahre 1865 vorgenommen. „Um den Zweck der Vereinigung der Zuckerfabrikanten vollständig zu erreichen, soll für den Gesamtverein eine Gliederung erstrebt werden, dergemäß die Mitglieder desselben in engeren Kreisen Zweigvereine bilden, welche durch öftere Zusammenkunft und Mitteilungen lebhaften Wechselverkehr herbeiführen“. Im Jahre 1873 nahm der Verein den Namen „Verein für die Rübenzuckerindustrie des Deutschen Reiches“ an. Das Recht einer juristischen Person hat der Verein in demselben Jahre erhalten.

Eine tiefgreifende Umgestaltung erfuhr der Verein im Jahre 1897 unter dem auch noch gegenwärtigen Vorsitzenden des Direktoriums, Geheimen Regierungsrat Koenig-Berlin. Damals wurde die noch heute bestehende Organisation eingeführt und der Name in „Verein der Deutschen Zucker-Industrie“ geändert. Der Verein erhielt zwei Abteilungen: die Abteilung der Rohzuckerfabriken und die Abteilung der Raffinerien. Außerdem sind die Organe des Vereins die Generalversammlung, der Ausschuß und das Direktorium.

Mitglieder des Vereins können nach dem Statut alle im Deutschen Reiche ansässigen Rüben-Rohzuckerfabriken und Zuckerraffinerien werden. Es betrug die Mitgliederzahl: 1850: 114 Fabriken (von überhaupt 184), 1860: 201 (255), 1870: 254 (304), 1880: 302 (391), 1890: 377 (454), 1900: 429 (450), 1907: 390 (420).

Der Etat des Vereins wird alljährlich von dem Vereinsausschuß festgesetzt. Die Bilanzierung des Etats ergibt die Höhe des Vereinsbeitrages. Dieser Betrag wird nach Maßgabe der von den Fabriken verarbeiteten Rüben bzw. Rohzucker oder Melasse bestimmt. Die Beiträge haben betragen im Gründungsjahre 0,5 Silber-Pfg. von jedem verarbeiteten Zentner Rüben, in den beiden folgenden Jahren 0,333 Pfg., dann bis 1856: 0,16 Pfg., von 1859—1883: 0,1 Silber-Pfg., von 1884—1886: 0,075, von 1887—1890: 0,06, von 1891—1894: 0,05, 1895: 0,04, 1896—1898: 0,06 bzw. 0,07, 1899: 0,11, 1900—1903: 0,09, 1904—1905: 0,12, 1906: 0,09 und 1907: 0,10 Pfg. Der Etat balanziert jetzt mit etwa 350 000 M.

Über die Leistungen des Vereins während des Zeitraums von fast 60 Jahren kann hier nur das Wichtigste gesagt werden. Auf dem Gebiet der Besteuerung ist die Tätigkeit des Vereins von größter Bedeutung gewesen. Auch die Steuervergütung für den in das Ausland ausgeführten Zucker ist zum größten Teil den Bemühungen des Vereins zu verdanken. Schon im Jahre 1854 bemühte sich der Verein, bei der preußischen Behörde die Ausführungsvergütung anzuregen. Inter-

essant ist, wie damals die Forderung der Ausfuhrvergütung mit den Grundsätzen des Freihandels zu motivieren versucht wurde. „Die Rübensteuer machte früher, bevor sich die Industrie zu der Fähigkeit erhob, das ganze inländische Konsumtionsquantum zu decken, die Sehranken des freien Handels hinsichtlich der Rübenzucker-Industrie nicht fühlbar. Sobald sich aber die Industrie zu der Höhe erhob, den inländischen Bedarf nicht nur zu decken, sondern denselben mit ihrem Produktionsquantum noch zu überragen, so wurde die Steuer eine unnatürliche Fessel für die Ausdehnung der Industrie. In der Exportbonifikation verlangen wir nichts weiter, als was unsere Zeit überhaupt mächtig anstrebt: freie Bewegung für unser Produkt auch über den Bereich des Binnenhandels hinaus.“ Doch erst am 25. April 1861 wurde ein Gesetz erlassen, welches dem Rohzucker $2\frac{3}{4}$ Taler und dem Brotzucker $3\frac{1}{3}$ Taler Exportbonifikation zusprach. Im Jahre 1866 wurde eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung erreicht. Als das nächste Ziel der Vereinstätigkeit nach dieser Richtung galt, für höher polarisierenden Rohzucker eine seiner Besteuerung angemessene Bonifikation zu erzielen. Die folgenden Jahre sind ausgefüllt von unablässigen Vorstellungen des Direktoriums beim Reichskanzler. Die Prämien von außerdeutschen Staaten bildeten das Grundmotiv für die Beschwerden und Vorschläge des Vereins.

Im Jahre 1882 wurde eine Kommission eingesetzt zur Untersuchung der gesamten Lage der Zuckerindustrie. Der Verein legte eine Denkschrift nieder. Auch die Regierung setzte 1883 eine Kommission ein. Diese beschloß eine allgemeine Enquete und zog Sachverständige aus der Industrie hinzu. Die Resultate dieser Kommissionen befriedigten nicht, es folgte eine hochgradige Erregung in den Kreisen der Zuckerindustriellen. Die Auffassungen über die Maßnahmen zur Abstellung der Krise waren geteilt.

Die Anhänger der Fabrikationssteuer mehrten sich, es wurde eine Besteuerung der Melasseentzuckerungsanstalten gefordert. Ein gemeinsames Vorgehen zwischen Raffinerien und Rohzuckerfabriken wurde abgelehnt, da die beiderseitigen Interessen verschiedene wären. Das Direktorium nahm angesichts der Spaltungen davon Abstand, die Steuerfrage auf die Tagesordnung der beschließenden Generalversammlung zu setzen. Das Gesetz vom 1. Juni 1886 war geeignet, die Sorgen der Zuckerindustriellen zu vermindern. Der Ausfall der Zuckersteuer wurde immer größer, und die Regierung ging dazu über, neben der Materialsteuer eine Verbrauchsabgabe von dem zum inländischen Verbrauch bestimmten Zucker zu erheben. Der Verein setzte seine Kraft ein gegen ein gänzliches Fallenlassen der Materialsteuer. Er unterlag in dem Kampf. Das Gesetz vom 31. Mai 1891 brach definitiv mit der Materialsteuer.

Im Jahre 1892 tauchte zum ersten Male im Verein der Gedanke der Kontingentierung auf, dessen Frucht das Gesetz vom 27. Mai 1896 war. Im Jahre 1903 gelang es, die Ermäßigung der Zuckersteuer von 20 auf 14 M. pro 100 kg durchzusetzen. Wenn heute sowohl die Regierung als auch der Reichstag von der Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 M. pro 100 kg überzeugt sein sollten und die Ausführung dieser Maßregel, wie man meint, nur an der schwierigen Finanzlage des Reiches bisher gescheitert ist, so kann die Zuckerindustrie diesen Erfolg wohl mit Recht auf die unablässigen Bemühungen ihrer Verwaltung zurückführen.

Auch der Zollgesetzgebung einschließlich der Zollgesetzgebung der außerdeutschen Staaten hat der Verein seine Aufmerksamkeit zugewandt. Allerdings sind auf diesem Gebiete die Bestrebungen des Vereins nicht durchweg mit dem gewünschten Erfolge gekrönt worden. Zu erwähnen

ist ferner die Tätigkeit des Vereins sowohl bei der inländischen Gesetzgebung als auch bei den internationalen Vereinbarungen.

So oft es sich insonderheit um Zuckersteuergesetze oder deren Ausführungsbestimmungen gehandelt hat, hat der Verein die Interessen der Zuckerindustrie gewahrt. Das gleiche gilt von den Vereinbarungen mit anderen Staaten. Nach dieser Richtung muß hervorgehoben werden die langjährige Tätigkeit des Vereins zur Erhaltung des amerikanischen Marktes für den deutschen Zucker, wie zu gleicher zollpolitischer Behandlung des Rübenzuckers mit dem Rohrzucker. Auch bei keiner der internationalen Vereinbarungen wegen Aufhebung der Prämien usw. hat der Verein gefehlt, namentlich auch nicht bei den Verhandlungen, die unter dem Namen Brüsseler Zucker-Konvention bekannt sind. Die letztere aus dem Jahre 1902 ist durch Beseitigung der Exportprämien von tiefgreifender Bedeutung für die Konkurrenzverhältnisse des deutschen Zuckers auf dem Weltmarkt geworden. Durch erfolgreiche Bestrebungen auf anderem Gebiete, namentlich auf Herabsetzung der Verbrauchsabgabe, galt es, die schwere Krisis dieser Jahre zu mildern. Auch an den neuen Verhandlungen zwecks Verlängerung der Konvention, welche im Jahre 1907 in Brüssel zwischen den Vertragsstaaten und später unter Hinzuziehung Rußlands geführt wurden, hat der Verein in jeder Phase mitgewirkt und die Interessen der deutschen Zuckerindustrie zu wahren gesucht.

Weiter ist zu erwähnen die Tätigkeit des Vereins über den Raffinationswert der Rohzucker, dann sein Bestreben, Normen herbeizuführen, um die Differenzen beim Zuckerhandel auszugleichen sowie daß der Verein auch der Frage des Probeziehens seine Aufmerksamkeit gewidmet, daß er die Bestimmungen über die Tara zu einem gewissen Abschluß gebracht und daß er erfolgreich die von ihm aufgestellten Normen im Rübensamenhandel verteidigt hat. Im Jahre 1883 kam der Verein zu der Einsetzung von Syndikaten behufs Schlichtung von Streitigkeiten im Zuckerhandel, einer Einrichtung, die jetzt noch funktioniert. Wie den Handelsbräuchen, so hat der Verein überhaupt den Handelsfragen seine Aufmerksamkeit zugewandt; so den Zuckerdepots, der Frage der Zuckerbanken sowie dem börsenmäßigen Handel in Zucker. Die vom Verein geschaffenen Bedingungen für den Handel mit Rohzucker wurden 1900 revidiert. Bei der Neuregelung der Handelsvertragsverhältnisse vertrat der Verein die jedesmaligen Wünsche der deutschen Zuckerindustrie. Die Herabsetzung des Zolls auf Kakao und Tee in dem Zolltarif von 1902 ist nach Mitteilung des Vereins hauptsächlich auf seine Eingriffe und Vorstellungen zurückzuführen.

Aufmerksamkeit widmet der Verein auch der Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes, wichtige Informationen werden den Mitgliedern ständig übermittelt.

Ein Erfolg des Vereins war sodann, daß die Reichsbank ihre sämtlichen preussischen Bankstellen und außerdem die Bankstellen in Hamburg, Bremen, Gera, Metz und Leipzig anwies, Rohzucker unter steueramtlichem Verschluß oder in Privatlagern unter amtlichem Mitverschluß zu lombardieren. 1897 erreichte es der Verein, daß der Finanzminister die Mitwirkung der Steuerbeamten auch bei der Lombardierung von Zucker durch Privatbanken gestattete.

Die Weltausstellungen waren niemals die besondere Liebe des Vereins. Verreten ist er gewesen in Paris im Jahre 1856, 1862 in London, 1867 wiederum in Paris, 1873 in Wien, 1893 in Chicago. An der Pariser Weltausstellung 1900 hat sich der Verein nicht beteiligt.

Der Gedanke, eine Versuchsfabrik zu gründen, tauchte bereits im Jahre 1851 auf, wurde aber damals wegen Kapitalmangels zurückgestellt. 1865 kam ein Vereinslaboratorium zustande, das 1888 mit der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin verbunden wurde. Verhandlungen mit der preußischen Regierung führten zu dem Resultat, daß diese 1901 für den Bau eines Laboratoriums der deutschen Zuckerindustrie eine gewisse Bausumme und den Bauplatz zur Verfügung stellte, wofür sie sich das Eigentumsrecht an den fertigen Gebäuden vorbehielt. Am 1. November 1903 konnte der Betrieb des neuen Laboratoriums, welches von da ab den Namen „Institut für Zucker-Industrie“ führt, aufgenommen werden.

Der Gedanke, eine landwirtschaftliche Versuchsstation anzulegen, beschäftigte den Verein namentlich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Die anhaltinische Regierung erklärte sich bereit, die Versuchsstation auf eigene Kosten zu errichten, sofern dieselbe nach Bernburg verlegt werde und der Verein eine jährliche Subvention auf zehn Jahre bewillige. Auf dieser Basis kam das Projekt zustande. Die Subvention wird noch heute gewährt. Seit 1889, ebenfalls bis heute, gibt der Verein außerdem einen regelmäßigen Zuschuß auch für die in Halle errichtete Versuchsstation.

Preisausschreiben technischer und landwirtschaftlicher Fragen hat der Verein wiederholt veranstaltet. Noch heute schweben verschiedene solcher Preisausschreiben, durch welche Anregungen für die Fortbildung gegeben werden.

Auch das Verdienst des Vereins darf nicht vergessen werden, welches er sich in dem fortgesetzten Bestreben, die sogenannte Abwässerfrage zu lösen, erworben hat. Zu der auf Anregung des Vereins vom Staate schließlich eingesetzten und jetzt segensreich wirkenden Kommission zur Prüfung der Zuckerfabrik-Abwässerreinigungsanlagen sind Vereinsmitglieder als ständige Mitarbeiter hinzugezogen.

Den Patentangelegenheiten hat der Verein stets seine besondere Fürsorge zugewendet und seit dem Jahre 1901 einen eigenen Patentsachverständigen angestellt.

Eine intensive Tätigkeit hat der Verein ferner für die Versicherung seiner Mitglieder gegen Brandschäden entfaltet. Die Schaffung eines eigenen Feuerversicherungsverbandes war eine der ersten Fragen, welche gleich die konstituierende Generalversammlung im Jahre 1850 beschäftigte. Eine Gegenseitigkeitsversicherung war und ist das Ziel, auf das man immer wieder hingestrebt hat, ohne es indessen zu erreichen, weil es an der erforderlichen Rückversicherung fehlt. An Stelle des eigenen Verbandes wurde bereits im Juni 1850 zwischen der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft und einer Anzahl Mitgliedern des Vereins ein Vertrag abgeschlossen und damit ein Feuerversicherungsverband der Rübenzuckerfabrikanten gebildet, der es zunächst mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit versuchte. Im Jahre 1860 war ein neuer Vertrag ins Leben getreten, der mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit brach und eine Gewinnkontrolle einführte mit einem Prämienrabatt. Verträge mit vier weiteren Gesellschaften folgten, nämlich mit der Colonia-, der Aachen-Münchener-, der Vaterländischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld und der North British and Mercantile Insurance Company. Alle diese Verträge haben bislang segensreich gewirkt.

Auch für die Unfallversicherung wurden mehrere Verträge abgeschlossen, bis das Gesetz vom 6. Juli 1884 die Kündigung erforderte und der Verein der Deutschen Zucker-Industrie die Grundlage für die Organisation der Zuckerberufsgenossenschaft schuf.

Im Jahre 1889 bildete der Verein einen Haftpflichtverband der Zuckerfabrikanten für die Entschädigung von Unfällen, die fremden Personen zustießen und deretwegen die Fabrik nach dem Haftpflichtgesetz in Anspruch genommen wurde. Der Verband hat seinen Zweck seit dem Jahre 1895 dahin erweitert, daß er seine Mitglieder gegen alle Unfälle versichert, in denen die Berufsgenossenschaft nicht eintritt, oder in denen die Berufsgenossenschaften, sei es die Zuckerberufsgenossenschaft, sei es eine andere Berufsgenossenschaft, die Fabrik regreßpflichtig macht. Mit dem 1. April 1905 trat dieser Verband in Liquidation; es wurde ein Haftpflicht-Versicherungsverband für die Zuckerfabriken im Deutschen Reiche (auf Gegenseitigkeit) gegründet, der seinen Mitgliedern Versicherung gewährt gegen die Schadenersatzansprüche aus allen Unfällen, von denen Personen oder dritten gehörige Sachen oder Tiere beim Fabrikbetriebe oder im tatsächlichen Zusammenhang mit demselben betroffen werden, wenn für die Unfälle eine Berufsgenossenschaft nicht eintritt. Für die Schäden über 3000 M. wurde ein Rückversicherungsvertrag mit der Ersten Österreichischen Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, Direktion für Preußen in Berlin, abgeschlossen.

Die Fürsorge für die Beamten hat der Verein sich ebenfalls angelegen sein lassen. Seit dem Jahre 1884 ist ein Abkommen mit dem Deutschen Privat-Beamten-Verein in Magdeburg und durch diesen mit der Wilhelma in Magdeburg getroffen worden in der Weise, daß der Verein für seine Mitglieder einen Zuschuß auf Prämienbeiträge der Versicherten leistet. Als das Vertragsverhältnis zwischen dem Deutschen Privatbeamten-Verein und der Wilhelma gelöst war, schloß der Verein der Deutschen Zucker-Industrie im Jahre 1902 seinen Vertrag mit dem „Nordstern, Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin“. Die Bestrebungen der Privatangestellten nach einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung werden vom Verein aufs wärmste befürwortet.

Auch die Arbeiterfrage hat der Verein frühzeitig und fortgesetzt im Auge behalten. Bereits 1851 wurde beantragt, ein gleichlautendes Arbeiterreglement unter Berücksichtigung der Stadt- und Landfabriken zu entwerfen. Die Vorgänge am Rhein gaben 1890 zu der Anregung Anlaß, auch im Bereiche der Zuckerindustrie Arbeitgeberverbände zum Schutze gegen Ausstände zu bilden. Die zur Gründung eines allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Rohzuckerfabriken geführten Verhandlungen haben ein Ergebnis noch nicht gezeitigt. Die Abteilung der Raffinerien hat ihren Mitgliedern empfohlen, sich den allgemeinen lokalen Arbeitgeberverbänden anzuschließen.

Einen breiten Raum in der Vereinstätigkeit haben die Bemühungen eingenommen, welche auf Abstellung der Beschwerden der Industrie in Eisenbahnangelegenheiten zielten.

Systematische Maßnahmen, den Zuckerverbrauch im Inlande zu heben, sind vom Verein seit einer Reihe von Jahren getroffen worden. Es wurden zu diesem Zweck im Laufe der Zeit namentlich behufs Belehrung des Volkes über den Nährwert des Zuckers namhafte Mittel verwendet. Zu gleicher Zeit wurden über die Verwendung des Zuckers zur Viehfütterung eingehende praktische und theoretische Erhebungen angestellt. Das Ziel dieser Bestrebungen ist, einerseits den produzierten Zucker möglichst im Inlande zu behalten und andererseits die vielen Millionen, welche für Viehfutter noch immer ins Ausland gehen, den inländischen Produzenten zuzuführen. Ferner wirkte der Verein gegen die künstlichen Süßstoffe und erreichte das bekannte Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902.

Verein der Deutschen Zucker-Industrie, Abteilung der Rohzuckerfabriken. — Sitz: Berlin W 62, Kleiststraße 32, Hochparterre. — Vorsitzender des Ausschusses: Rittmeister G. v. Arnim-Güterberg; Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. E. Preißler-Linden-Hannover. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Clemens Mayer. — Unterabteilungen: 26 Bezirke in den rübenbauenden Gegenden Deutschlands. — Mitgliederzahl: 359 Rohzuckerfabriken. — Etat: Einnahme rund 20 000 M., Ausgabe rund 17 000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift des Vereins der Deutschen Zucker-Industrie“ und „Die Deutsche Zuckerindustrie“.

Der Verein der Rohzuckerfabriken des Deutschen Reiches wurde 1894 gegründet und schloß sich, wie bereits erwähnt, 1897 dem Verein für die Rübenzuckenindustrie des Deutschen Reiches an, der von nun an den Namen „Verein der Deutschen Zucker-Industrie“ führte. Zweck des Vereins ist: Diejenigen Einrichtungen und Maßnahmen zu treffen, welche die Rohzucker-Industrie des Deutschen Reiches befähigen, sich selbst und die mit ihr verbundene Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten. Alles weitere ergibt sich aus der Geschichte des Vereins der Deutschen Zucker-Industrie.

Verein der Deutschen Zucker-Industrie, Abteilung der Raffinerien. Sitz: Berlin W 35, Karlsbad 4a. — Vorsitzender: Kommerzienrat Max Dulon, Magdeburg. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär H. A. Bueck, Berlin. — Publikationsorgan: „Zeitschrift des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie“.

Zweck und Aufgaben ergeben sich aus der Geschichte des Hauptvereins.

In erster Linie Preiskonvention ist der

Verband deutscher Kandisfabrikanten. Sitz: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 45. — Vorsitzender: Fr. Schmalbein, Kommerzienrat, Köln a. Rh., Josephstraße. — Geschäftsführender Beamter: Th. Sonnen, Nicolasse (Wannseebahn). — Mitgliederzahl: 21 mit ca. 586 Arbeitern (1902).

Gegründet 1896. Zweck: Herstellung und Wahrung gesicherter Marktverhältnisse für die Kandisprodukte; Kontingentierung der Verkaufsmengen und Festsetzung verbindlicher Preise. Seit 1904 G. m. b. H. mit zentralem Verkauf. Die Kandisfabrikanten haben mit vielen Abnehmern der Zuckerindustrie, so mit der Schokolade- und Zuckerwaren-Industrie nur wenig zu tun. In gewissem Sinne sind sie Konkurrenten der Bonbonfabriken.

Verein deutscher Zuckerhändler. Sitz: Magdeburg. — Vorsitzender: Otto Braumann, in Firma Kayser & Braumann, Magdeburg. — Geschäftsführender Schriftführer: Georg Evorth, in Firma Everth & Schlick, Magdeburg. — Unterabteilungen: 8 Ortsgruppen. — Mitgliederzahl: 500 Firmen.

Gegründet 1901. Zweck: Wahrung gemeinsamer Interessen deutscher Zuckerhändler, insbesondere eine Besserung der Erwerbsverhältnisse sowohl der Groß- als auch der Kleinhändler von raffiniertem Zucker für das Inland.

Die Organisation der Milchproduzenten geht wieder auf das Gebiet der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen hinüber; außer dem aufgelösten „Milchring“ in Berlin ist zu nennen:

Deutscher milchwirtschaftlicher Verein. Sitz: Berlin W, Königgrätzer Straße 19. — Vorsitzender: Geh. Hofrat Prof. Dr. Kirchner in Leipzig. — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. v. Altrock, Generalsekretär, Berlin. — Etat: ca. 14 000 M.

Zweck: Geltendmachung, Vertretung und Förderung aller gemeinsamen milchwirtschaftlichen Interessen und Angelegenheiten.

Auch die Weiterverkäufer sind organisiert im

Verband der Milchhändlervereine Deutschlands. Sitz: Berlin W 8, Kanonierstraße 31/32. — Vorsitzender: J. Lulay, Schöneberg bei Berlin, Belziger Straße 46. — Geschäftsführender Beamter: Litz, Berlin W 8, Kanonierstraße 31/32. — Unterabteilungen: 31 Lokalvereine von Milchhändlern. — Mitgliederzahl: 2700.

Gegründet 1895. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen, fachliche Ausbildung und Verbesserung der städtischen Milchversorgung.

Eine größere Vereinigung der Butterhändler gibt es nicht, wohl aber eine

Vereinigung Deutscher Margarinefabrikanten zur Wahrung der gemeinsamen Interessen. (G. m. b. H.) Sitz: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Vorsitzender des Aufsichtsrats: Wilhelm Bornheim, in Firma Bornheim & Schanzleh, m. b. H., Köln-Ehrenfeld. — Geschäftsführer: Dr. Limburg, Köln a. Rh., Genter Straße 14. — Mitgliederzahl: 39.

Gegründet 1886. Zweck: Wahrung und Hebung der gemeinsamen geschäftlichen Interessen deutscher Margarinefabrikanten, insbesondere durch Gewährung von Rechtsschutz, jedoch unter Ausschuß von Preisbestimmungen und Verkaufsbedingungen. Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, des Deutschen Versicherungsschutzverbandes und des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands (Nürnberg).

Diese Teile der Nahrungsmittelbranche sind es, welche die wichtigsten Stoffe für die Herstellung von Backwaren jeder Art liefern. Die Organisation des letzteren Gewerbes zerfällt in zwei Abteilungen: 1. Freie Bäcker-Vereinigungen und -Innungen (handwerksmäßig lokal, doch zusammengefaßt in einigen Innungsverbänden oder freien Zentralvereinen ähnlicher Art), und 2. Fabrikanten-Vereinen.

Der größte Innungsverband ist der

Zentral-Verband Deutscher Bäckerinnungen „Germania“. Sitz: Berlin N, Chausseestraße 110. — Vorsitzender: J. Bernard, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Wilhelm Ertelt, Berlin N 4, Gartenstraße 3 I, 2. Aufg.

— 23 Zweigverbände. — Mitgliederzahl: ca. 55 000. — Publikationsorgane: Bäcker-Zeitung und F. A. Günthers Bäcker- und Konditor-Zeitung.

Er hat den Zweck, zur Wahrnehmung der Interessen des von ihm vertretenen Bäckergewerbes die Bäckerinnungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen, und wirkt in erster Linie als Arbeitgeberverband. Von ihm wurde auch der „Allgemeine Deutsche Arbeitgeber-Schutzverband für das Bäckergewerbe“, Berlin, ins Leben gerufen.

Die größte Organisation von freien Bäckervereinen ist:

Freier Deutscher Bäckerverband. Sitz: Frankfurt a. M. — Vorsitzender: Karl Philgus, Frankfurt a. M. — Unterabteilungen: 1. Verband gewerbetreibender Bäckermeister Badens (Karlsruhe); 2. Württembergischer Bäckerverband (E. V.) (Stuttgart); 3. Mitteldeutscher Bäckerverband (Frankfurt a. M.); 4. Bäckermeisterverband von Elsaß-Lothringen (Straßburg). — Mitgliederzahl: ca. 3500 (Bäckermeister) (1902). — Publikationsorgan: „Allgemeine Bäcker- und Konditor-Zeitung“, Stuttgart.

Zweck: Die Interessen des Gewerbes allseitig zu wahren; das Verhältnis zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen zu regeln.

Fabrikantenvereine dieser Art sind:

Verband deutscher Teigwaren-Fabrikanten. E. V. Sitz: Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Vorsitzender: Fabrikant Theodor Haller in Friedrichsdorf a. T. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Jos. Schloßmacher, Frankfurt a. M. — Mitgliederzahl: 94. — Publikationsorgan: Eigene zwanglose Mitteilungen.

Der Verband wurde im Jahre 1900 gegründet zum Zwecke der Wahrung der gemeinsamen Interessen des Teiggewerbes. Kartellbestrebungen sind ausgeschlossen. Der Verband umfaßt ganz Deutschland. Er ist Mitglied des Bundes deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler.

Vereinigung der Cakes- und Biskuitfabrikanten Deutschlands. Sitz: Berlin C 19, Gertraudenstraße 23. — Vorsitzender: Ernst Thiele, Berlin W 50, Tauenzienstraße 13. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. W. Wendlandt, Berlin, Gertraudenstraße 23. — Mitgliederzahl: 30. — Etat: ca. 2000 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Industrie“ (Hand in Hand), Berlin C 19.

Der Verein wurde 1900 wesentlich als Preiskonvention ins Leben gerufen und wirkte mehrere Jahre mit guter Erreichung seines Zweckes. Auch gegenüber dem Zuckersyndikat wurden Erfolge durch die Gewährung von Bonifikationen erzielt. Im Jahre 1906 wurden indes die Vereinbarung von Preisbestimmungen und Lieferungsbedingungen aufgegeben und die Vereinigung beschränkte sich auf die Wahrung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen, die Herausgabe „Schwarzer Listen“ über unsichere Kunden usw. Die Ausgestaltung zum Arbeitgeberverband ist angebahnt. Mitglied des Bundes der Industriellen.

Verband deutscher Chocoladefabrikanten. Sitz: Dresden-A., Ringstraße 18 III (Viktoriahau). — Vorsitzender: Kommerzienrat Heinrich Vogel, in Firma Hartwig & Vogel, Dresden. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Carl Greiert. — Mitgliederzahl: 100 aus der rohen Bohne arbeitende Schokoladenfabriken, 3 persönliche Mitglieder und 1 Ehrenmitglied. — Etat: Einnahmen: ca. 20 000 M., Ausgaben: ca. 18 000 M. — Publikationsorgan: „Vertrauliche Mitteilungen des Verbandes Deutscher Chocoladefabrikanten“.

Der Verband wurde am 6. Januar 1877 gegründet. Er bezweckt die Hebung der deutschen Schokoladenindustrie sowohl in wirtschaftlicher wie in technischer Beziehung. Als Aufgaben stellte er sich insbesondere Herbeiführung einer rationellen Verzollung und Versteuerung aller die Schokoladenindustrie betreffenden Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate; Schutz gegen zweifelhafte und schlechte Kunden durch halbmonatliche Ausgabe sog. schwarzer Listen; Vorträge und Denkschriften über neue technische Verfahren und Maschinen, belehrende Ausstellungen und versuchsweise Ausführungen technischer Neuerungen auf Gesamtkosten; regelmäßige Untersuchungen von Fabrikaten der Schokoladenindustrie auf Übereinstimmung mit der Nahrungsmittelgesetzgebung usw. An Erfolgen hat der Verband zu verzeichnen: Ermäßigung des Zolles für Rohkakao, Erhöhung des Zolles auf ausländische Fabrikate. Beseitigung der früher häufigen Nahrungsmittelverfälschungen in der Schokoladenindustrie (Einführung der Verbandsmarke, durch welche für Reinheit der damit gedeckten Ware Gewähr geleistet wird). Erfolgreiche Nahrungsmittel- und Wettbewerbsprozesse, Aufnahme der Verkehrsbestimmungen des Verbandes für Kakao- und Schokoladewaren in das „Deutsche Nahrungsmittelbuch“ usw. Er ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Oggleich vielfach gleiche Interessen wie der Schokoladenverband verfolgend, ist doch auch gleichzeitig Organisation seiner nächsten Abnehmer die

Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokolade-Fabrikanten. Sitz: Braunschweig. — Vorsitzender: L. Hirsch, Zuckerwarenfabrikant, Braunschweig. — Unterabteilungen: 1. Verein der Zuckerwaren- und Schokolade-Fabrikanten von Berlin und Umgegend von 1901 E. V., Berlin; 2. Zweigverein Altona-Hamburg, Hamburg; 3. Verein der Zuckerwarenfabrikanten der Provinz Hannover und des Herzogtums Braunschweig, Hannover; 4. Verein der Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten von Minden, Ravensberg und Lippe-Detmold, Herford; 5. Nordostdeutscher Zweigverein der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten, Danzig; 6. Verein der Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten der Provinz Sachsen und Anhalt, Magdeburg; 7. Verein Schleswig-Holsteinischer und Lübecker Zuckerwarenfabrikanten, Heide i. H.; 8. Verein Südwestdeutscher Zuckerwarenfabrikanten, Straßburg. — Mitgliederzahl: 288.

Gegründet 1901. Zweck: Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen: Ermittlung billiger Quellen von Rohmaterial; Gründung von Bezirksgruppen, welche insbesondere die Verkaufspreise regeln sollen.

Ein gemeinsames Vorgehen der Vereinigung der Cakes- und Biskuitfabrikanten Deutschlands, des Verbandes deutscher Chokoladefabrikanten

und der Vereinigung deutscher Zuckerwarenfabrikanten in Arbeitgeberfragen ist angebahnt worden.

Eine weitere für Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten in Betracht kommende Abnehmerorganisation ist der

Verband selbständiger deutscher Konditoren. Sitz: Berlin SW. — Vorsitzender: Hermann Brodeck, Pankow, Wollankstraße 4. — Geschäftsführender Beamter: Julius Cador. — Unterabteilungen: 44 Zwangsinnungen und freie Lokalvereine. — Mitgliederzahl: 1800. — Publikationsorgan: „Die Conditorei“, Eigentum des Verbandes selbständiger deutscher Konditoren.

Der Verband selbständiger deutscher Konditoren wurde am 27. Mai 1877 zu Leipzig gegründet. Er besteht aus Verbandsinnungen und Verbandsvereinen und bezweckt „die Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Vorteile seiner Mitglieder und die Hebung des Konditoreigewerbes.“

Die Erreichung dieser Ziele wird angestrebt u. a.: durch die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gehilfen, sowie die Fürsorge für den Arbeitsnachweis; durch die Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge für die gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge, vorbehaltlich der Bestimmungen der Handwerkerkammern; durch Anregung zur Errichtung von Fachschulen in den Verbandsinnungen und Verbandsvereinen; durch Unterstützung bedürftiger Mitglieder und deren Angehörigen; durch Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes und verwerflichen Geschäftsgebahrens; durch Verlag und Vertrieb fachwissenschaftlicher Werke.

Politische und religiöse Fragen dürfen nicht zum Gegenstand öffentlicher Besprechungen gemacht werden.

Schließlich ist noch zu nennen der

Verband der Konfitürenhändler Deutschlands E. V. Sitz: Halberstadt, der erst im Jahre 1906 gegründet wurde.

Als Produzentenvereinigungen, die in zweiter Linie für die Schokoladen-, Zuckerwaren- usw. Industrie in Betracht kommen, sind zu nennen die „Centralstelle der deutschen Zinnfolienfabriken“ in Berlin und das „Weißblech-Kartell“ in Köln a. Rh.

Die unmittelbaren Abnehmer der landwirtschaftlichen Viehzüchter besitzen neben vielen lokalen jetzt auch eine zentrale Organisation:

Bund der Viehhändler Deutschlands E. V. Sitz: Dierdorf, Bez. Coblenz. — Vorsitzender: Hermann Daniel, Dierdorf im Westerwald. — Geschäftsführender Beamter: z. Z. unbesetzt. — Unterabteilungen: Zahlreiche Kreis- und Lokalvereine. Da der Bund aber augenblicklich in einer Reorganisation begriffen ist, sind nähere Angaben nicht möglich. — Mitgliederzahl: 1297. — Publikationsorgan: „Der Viehhändler“.

Gegründet am 15. November 1900. Zweck: Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen.

Der im Jahre 1901 gegründete Zentralverband deutscher Viehhändler ist mit dem eben genannten Bunde vereinigt worden.

Die nächstbeteiligte Organisation ist der

Deutscher Fleischerverband. Sitz: Frankfurt a. M., Mittelweg 60. — Vorsitzender: Karl Marx, Frankfurt a. M., Goethestraße 32. — Mitgliederzahl: ca. 39 000. — Publikationsorgan: „Amtliche Zeitung des Deutschen Fleischer-Verbandes“.

Gegründet 1875. Zweck: Zur Wahrung der Interessen des Fleischer-gewerbes die Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschlag und Anregungen zu unterstützen. Zu diesem Zwecke stellt er sich insonderheit folgende Aufgaben: die Wiederbelebung des Innungs-wesens innerhalb des Fleischer-gewerbes durch Hinwirken auf die Er-richtung neuer Innungen in Orten, welche einer Innung entbehren, und die Gründung von Bezirksvereinen; Aufstellung gemeinschaftlicher Grund-sätze in bezug auf das Arbeitsverhältnis zwischen Meister und Gesellen; Ausbildung der Lehrlinge, Gesellen- und Meisterprüfungen; Regelung des Arbeitsnachweises, des Geschenkgebens und des Herbergwesens; Hebung des deutschen Fleischer-gewerbes in technischer und gewerblicher Be-ziehung durch Errichtung und Unterstützung von Fach- und Fortbildungs-schulen und durch Veranstaltung von gewerblichen Ausstellungen; Er-richtung von Spar-, Darlehns-, Sterbe-, Kranken- und Pensionskassen, bzw. Förderung von Unfall-, Witwen-, Waisen- und Altersunterstützungskassen.

Ferner sind zu nennen:

Verein deutscher Wurstfabrikanten. Sitz: Halle a. S. — Vorsitzender: Otto Paul Kickelhayn, Königl. sächsischer Hoflieferant, Neustadt bei Siegmarsburg i. S. — Mitgliederzahl: 145 (1902).

Gegründet 1900. Zweck: Auf dem Boden der Selbsthilfe die Leistungs-fähigkeit der Betriebe und ihrer Träger zu erhöhen.

Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Handels und der Industrie von Fleisch- und Fettwaren. Sitz: Köln a. Rh., Karolingerring 31. — Vorsitzender: Hans Seelemann, in Firma Brock & Schnars, Hamburg. — Geschäftsführender Beamter: G. Reuver, Köln a. Rh., Karolingerring 31. — Mitgliederzahl: 76.

Gegründet 1898. Zweck: Wahrung und Hebung der gemeinsamen geschäftlichen Interessen der deutschen Großhändler und Industriellen der Fleisch- und Fettwarenbranche und Gewährung von Rechtsschutz bei juristischer Durchführung von Prinzipienfragen allgemeinen Interesses, jedoch unter Ausschluß von Vereinbarungen über Verkaufsbedingungen und Preise. Mitglied des Bundes deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler.

Verband deutscher Wildbrethändler. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: Max Albrecht, in Firma Wilh. Hörr, Stuttgart. — Geschäftsführender Schriftführer: Otto Ulmer, in Firma Ignaz Kaufmann, Stuttgart. — Mitgliederzahl: 120 (1902).

Gegründet im Mai 1902. Zweck: Wahrung der Interessen des Wild-brethandels.

Dieser Verband umschließt wesentlich die süddeutschen Händler. Die norddeutschen haben sich im Verein preußischer Wildbrethändler (Sitz: Berlin) zusammengetan.

Die Organisation der Fischer grenzt an das Gebiet des landwirtschaftlichen Vereinswesens. Sofern sie lediglich in technischer Beziehung tätig sind, wie der Deutsche Fischereiverein und seine Unterverbände, scheiden sie hier aus. Um mit diesen Verbänden gemeinsam zu arbeiten, wurde ein

Bund Deutscher Berufsfischer am 29. November 1903 gegründet. Früher schon entstand ein:

Zentralverein preußischer Berufsfischer. — Mitgliederzahl: 705 (1902).

Gegründet 1891. Zweck: Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Berufsfischer in technischer und handelspolitischer Beziehung und zur Einführung rationeller Fischereigesetze und Verordnungen.

Verein Deutscher Fischhändler. Sitz: Berlin NO 18, Elisabethstraße 22. — Vorsitzender: Paul Radmann, Berlin NO 18, Elisabethstraße 22. — Geschäftsführender Schriftführer: H. Kamprath, Altenburg i. S. — Mitgliederzahl: 325.

Gegründet 1879. Zweck: Hebung des Fischhandels, korporative Vertretung der Mitglieder speziell der Eisenbahnverwaltung gegenüber. Insbesondere werden „Schwarze Listen“ geführt (Leiterin: Frau E. Godammer, Stettin).

Viel jünger ist der

Verein der Fischindustriellen Deutschlands. Sitz: Hamburg-Altona. — Vorsitzender: Gustav Moser, in Firma Moser u. Johannsen, Altona, Eimsbütteler Straße 81. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Max Stahmer, Lehrer, Hamburg 20, Alsterkrug-Chaussee 342. — Mitgliederzahl: ca. 350. — Publikationsorgan: „Monatsschrift des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands“. Redakteur: Generalsekretär Max Stahmer, Hamburg 20.

Der Verein wurde im Herbst des Jahres 1903 gegründet. Er umfaßt zurzeit alle einigermaßen namhaften Betriebe der deutschen Fischindustrie. Der Verein sieht seine Aufgabe in der Förderung der allgemeinen Interessen der gesamten Branche. Er will durch die Unterstützung der Wünsche und Forderungen seiner Mitglieder den Behörden gegenüber auf den Gebieten des Verkehrswesens, der Rechtspflege, der Fischerei usw. Gutes für die Gesamtbranche schaffen. Des weiteren ist der Verein bestrebt gewesen, veraltete und ungesunde Usancen zu bekämpfen.

Der Verein führt eine schwarze Liste, durch die unberechtigte Nachnahmeverweigerungen und unpfändbare Schuldner zur Kenntnis seiner Mitglieder gebracht werden. Besondere Einrichtungen des Vereins sind noch: 1. Rechtskommission (Vorsitzender: Gustav Moser, Altona, Eimsbütteler Straße 81); 2. Einigungskommission (Vorsitzender: Franz Marlow, in Firma Andreas Lill, Altona-Ottensen).

Der Verein ist seit seiner Begründung Mitglied des Bundes der Industriellen.

Damit sind wir zur Konservenindustrie gekommen. Der älteste seiner Art ist der

Verein der Konservenfabrikanten Braunschweigs und Umgegend. Sitz: Braunschweig. — Vorsitzender: Max Koch, Braunschweig. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Ottomar Friedrich, gerichtlich vereid. Handelschemiker, Braunschweig. — Mitgliederzahl: 25. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für die gesamte Konserven-Industrie“.

Der Verein wurde im Frühjahr 1895 durch den Zusammenschluß von 23 Firmen aus der Konservenbranche Braunschweigs und der näheren Umgebung gegründet. Wie schon aus der Benennung des Vereins hervorgeht, sollen nur solche Firmen zur Mitgliedschaft berufen sein, welche in Braunschweig und in der nicht zu weiten Umgebung domizilieren, besonders auch nur solche, welche in Ortschaften ihren Rohgemüsebedarf abschließen, in welchen eine Ortsgruppe des Gemüsebauvereins Braunschweigs besteht, oder wenigstens einzelne Mitglieder desselben wohnen. Der Gemüsebauverein Braunschweig, welcher auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, ist der Vertreter der Interessen der Gemüse-Produzenten Braunschweigs und Umgebung. Dem Vereine gehören 73 Ortsvereine im Herzogtume Braunschweig und der Provinz Hannover an. Hieraus ergibt sich, daß auch Fabriken, welche in der Provinz Hannover liegen, ebenfalls dem Fabrikantenverein angehören können und ferner, daß die Mitglieder bei Deckung ihres Rohgemüsebedarfs durch die Mitglieder einer geschlossenen Interessenten-Vereinigung durch die Vertretung gemeinsamer Interessen eng verbunden sind.

Im Jahre 1902 trat in der Organisation des Vereins insofern eine Veränderung ein, als für die Beschlüsse der Mitglieder durch notariellen Vertrag eine unverrückbare Basis geschaffen wurde. Der Hauptzweck besteht besonders darin, alljährlich mit dem Gemüsebauverein zusammen für Lieferung der Rohgemüse Preise und Bedingungen festzulegen, die für die Mitglieder beider Vereine unbedingt gültig sind. Fast in allen Jahren ist, wenn auch oft erst nach schweren Kämpfen, eine Einigung mit dem Gemüsebauverein erzielt worden. Der Verein hat nicht nur die lokalen Interessen der Braunschweiger Konservenindustrie, sondern bis zur Gründung des Vereins Deutscher Konservenfabrikanten nach Möglichkeit auch die Interessen der Gesamtindustrie zu vertreten gesucht.

Verein Deutscher Konservenfabrikanten. Sitz: Braunschweig. — Vorsitzender: Konservenfabrikant Ernst Arend, Groß-Lafferde. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Ottomar Friedrich, gerichtlich vereid. Handelschemiker, Braunschweig. — Mitgliederzahl: 112 Mitglieder. — Etat: Einnahme u. a.: Mitgliederbeiträge der ordentlichen Mitglieder 4339.00 M., Mitgliederbeiträge der außerordentlichen Mitglieder 480.00 M., für Annoncen 1669.00 M., Sa. 7249.20 M. Ausgabe u. a.: Geschäftsführung 1260.00 M., Bureauimiete, Heizung, Licht, Schreibhilfe 848.50 M., Drucksachen, Bücher, Papier 331.00 M., Porto 444.00 M., Kosten der Zeitschrift 2241.37 M., Sa. 5513.27 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für die gesamte Konserven-Industrie“ herausgegeben vom Verein Deutscher Konservenfabrikanten.

Der Verein Deutscher Konservenfabrikanten wurde im Jahre 1901 gegründet. Das Bestreben des Vereins liegt in der Wahrung und in der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Konservenindustrie.

Ferner bezweckt der Verein die Förderung aller fachmännischen Interessen auf maschinell oder chemisch-technischem Gebiete. Er erstrebt die Schutzgemeinschaft gegen säumige Zahler, die Aufstellung der schwarzen Liste, sowie die Verbilligung vorkommender chemischer und technischer Untersuchungen und Begutachtungen.

Schon im Jahre 1902 gebot die rückgängige Konjunktur ein Eingreifen durch Abhaltung eines Kongresses aller Interessenten. Die einengenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung in bezug auf die Beschäftigung der Arbeiterinnen und weiterhin drohende Beschränkungen haben den Verein des öfteren beschäftigt. Auch die Schaffung einheitlicher Geschäftsbedingungen hat sich der Verein zum Ziel gesetzt und die nunmehr beschlossenen bedürfen lediglich der Anwendung. Weiterhin erstreckte sich die Tätigkeit des Vereins auf die Schaffung einheitlicher Usancen und Handelsgebräuche, einheitlicher Dosenlieferungsverträge, einheitlicher Verträge für den Ankauf des Saatgutes, Frachttarifermäßigungen, Ermäßigung der Auslandszölle u. a. m. Ferner haben den Verein beschäftigt: die Dosenfrage, die Vergiftungsfälle, die zu stellenden Anforderungen an die Dosenbleche und Gummiringe, das Vorurteil gegen vorjährige Konserven, das Nahrungsmittelbuch, Bohnenmindestpreise, die neuen Handelsverträge, Blinddarmentzünungen durch Blechsplitter usw. Er ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Es besteht ferner für die Fruchtkonserven-Industrie ein Verein Süddeutscher Konservenfabrikanten E. V. Sitz: Mainz. — Vorsitzender: Dr. W. Nägeli, Mombach-Mainz. — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Adalbert Mattern, Oppenheim a. Rh.

Gegründet 1902 (neu konstituiert). Zweck: Förderung der Frucht-Konservenindustrie durch gemeinsames Vorgehen in allen Fragen, welche die Gesamtheit der Mitglieder interessieren. Mitglied des Bundes der Industriellen.

Verwandte Spezialvereine sind:

Verband Deutscher Dörrgemüsefabriken (E. V.). Sitz: Hannover (nur für die Eintragung). — Vorsitzender: H. Luithlen, Fabrikant, Andernach a. Rh. — Mitgliederzahl: 28. — Etat: bei 30 M. Jahresbeitrag pro Mitglied balancierte der letztjährige Abschluß mit plus minus 0. — Publikationsorgan: „Konserven-Zeitung“, Braunschweig.

Die Gründung des Verbandes erfolgte im Dezember 1903. Zweck ist die Wahrung und Förderung aller gemeinsamen Interessen der Dörrgemüse-Industriellen. Der Verband will den unlauteren Wettbewerb der Branche und verwandter Zweige bekämpfen, insbesondere jede ungesunde und unlautere Konkurrenz der Mitglieder ausschließen, einen freundschaftlichen kollegialen Verkehr der Mitglieder zu erhalten. Unter Umständen sollen auch Mindestverkaufspreise vereinbart werden. Die 1903 gleichzeitig gegründete Preiskonvention, die seinerzeit „Ordnung in verworrenen Verhältnisse brachte, eine schätzenswerte Stabilität der Preise sicherte“, ist Mitte Februar v. J. aufgelöst worden.

Verband Deutscher Geleefabrikanten E. V. Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: P. A. Noll, Mallendar, Post Vallendar a. Rh. — Geschäftsführender Schriftführer: Direktor Ed. Zanders, Koblenz-Neuendorf. — Mitgliederzahl: 34.

Gegründet 1896. Zweck: Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen; Herbeiführung von Preisvereinbarungen; Unterweisung, daß dem Gesetz entsprechend deklariert wird. Mitglied des Bundes der Industriellen und des Handelsvertragsvereins.

Auch für die Konserven- und verwandten Industrien sind, abgesehen vom schon erwähnten Gemüsebau-Verein Braunschweig, als Produzenten-Vereinungen wichtig das „Weißblech-Verkaufs-Comptoir bei Herrn I. H. Stein in Köln“ (Weißblech-Kartell) und die „Vereinigung der Weißblech verarbeitenden Industriellen“, Berlin. Ferner die Vereinigungen von Gemüsebauern, in Gegenden wo Dörrgemüsefabriken vorhanden, und — für die letzteren — die Vereinigung deutscher Jute-Spinnereien und Webereien (für Säcke-Lieferung). Die Weiterverkäufer sind organisiert im Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, Leipzig (s. S. 221), Einkaufs-Verein von Kolonialwarenhändlern, im Bund deutscher Gastwirte, Leipzig, und sonstigen Gastwirtsvereinen; die eigentlichen Konsumenten in den Nahrungsmittel-Konsum-Vereinen, Groß-Einkaufs-Gesellschaften usw.

Die Entwicklungsgeschichte der folgenden fünf Verbände ist eng miteinander verknüpft: Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland, Verein „Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin“, Verein der Stärke-Interessenten in Deutschland, Verein der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands, Verband deutscher Essigfabrikanten.

Von ihnen ist nämlich das Institut für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation ins Leben gerufen worden.

Das Institut bildet eine Abteilung der Königlichen landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin und untersteht demgemäß dem Rektorat, sowie dem Kuratorium dieser. Auch das Grundstück und die Gebäulichkeiten sind Eigentum der Königlichen landwirtschaftlichen Verwaltung, die gesamte innere Verwaltung des Instituts jedoch, die Aufbringung der Mittel für das Personal und den Betrieb ist durch besondere mit der Staatsregierung geschlossene Verträge den erwähnten gewerblichen Verbänden übertragen, welche nach ihren Satzungen sich die Aufgabe der wissenschaftlichen und technischen Förderung ihrer Gewerbe durch Forschung, praktische Versuchsanstellung, Veröffentlichungen und Unterricht gestellt haben.

Der „Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland“ und der „Verein Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin“ besitzen die Rechte einer juristischen Person, sie vertreten das Institut gegenüber der Königlichen Staatsregierung und finanziell, die übrigen Verbände haben mit dem Verein der Spiritusfabrikanten Sonderabkommen getroffen.

Die Finanzgebarung der einzelnen Verbände, die innere Verwaltung sowie die Vertretung nach außen ist im übrigen eine vollständig selbständige: eine engere Verbindung besteht darin, daß in bezug auf die Gesamtleitung des Instituts durch den Vorsteher, für einzelne Beamte und Abteilungen, sowie Tragung der aus der Sache sich ergebenden gemeinsamen Ausgaben besondere Vereinbarungen getroffen sind.

Die Zahl der allen Teilen Deutschlands angehörenden Verbandsmitglieder beträgt rund 11 000, sie zahlen 219 000 M. an jährlichen Beiträgen.

Den Zwecken des Instituts dient ein Laboratoriums- und Unterrichtsgebäude, je eine praktische Versuchsanstalt für die vertretenen Gewerbe, die maschinentechnische Versuchsanstalt mit Ausstellungshallen, Versuchsfelder und Vegetationshäuser. Im Bau begriffen ist eine obergärige und die Erweiterung der untergärigen Versuchsbrauerei.

Es sind 67 wissenschaftliche Beamte tätig, welche folgende Fächer vertreten; Chemie und Physik, Botanik und Bakteriologie, Technologie der vertretenen Gewerbe, Nationalökonomie und Statistik, Ingenieurwissenschaft und Landwirtschaft. Insgesamt sind am Institut regelmäßig 168 Personen tätig.

Im einzelnen ist über die Vereine folgendes zu bemerken:

Verein der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland. Sitz: Berlin N 65, Seestraße (Institut für Gärungsgewerbe). — Vorsitzender: Wirklicher Geheimer Rat von Graß, Exzellenz, Klanin b. Putzig (W.-Pr.). — Geschäftsführender Beamter: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Delbrück. — Unterabteilungen: 1. Verein der Stärke-Interessenten in Deutschland, Vorsitzender: Rittergutsbesitzer v. Rohd, Dannenwalde (Prignitz); geschäftsführender Beamter: Dr. Parow. 2. Verein Deutscher Kartoffeltrockner, Vorsitzender: Rittergutsbesitzer Schulz, Sembten; geschäftsführender Beamter: Dr. Behrend. — Mitgliederzahl: 5100. — Etat: 518 100 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Spiritusindustrie“.

Der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland wurde im Jahre 1857 mit 127 Mitgliedern gegründet. Die Leitung des Vereins lag während der ersten 25 Jahre seines Bestehens in den Händen des Ökonomierats Kiepert, ihm folgte Neuhaus-Selchow, und an dessen Stelle trat im Jahre 1895 Rittergutsbesitzer v. Graß-Klanin. Der Verein gelangte zu Anfang der 70er Jahre, als Handel und Industrie in Deutschland allgemein einen bedeutenden Aufschwung nahmen, zu stärkerer Entfaltung und begründete 1874, auf Anregung Maerckers, eine Versuchsanstalt (das jetzige Institut), zu deren Errichtung dessen damaliger Assistent in Halle, M. Delbrück, berufen wurde. Die Versuchsanstalt entwickelte sich schnell; eine Brennereischule, eine Glasbläserei, eine Versuchsbrennerei wurden ihr angegliedert und die Tätigkeit auch auf die maschinentechnische und die wirtschaftliche Seite des Gewerbes ausgedehnt. In den Räumen und auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Hochschule fand 1882 die erste Ausstellung für Spiritusindustrie statt. Schon damals wurde auch der wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerbe und der Statistik gebührend Rechnung getragen. In der folgenden Zeit wurde der Verwendung des Spiritus zu technischen Zwecken besondere Aufmerksamkeit geschenkt, Preisausschreiben erlassen und Ausstellungen veranstaltet, welche die auf diesem Gebiet gemachten Fortschritte veranschaulichten. Eine besondere Abteilung des Instituts ist mit der Prüfung von Spiritusapparaten beschäftigt, sie steht in Verbindung mit der im Jahre 1900 errichteten feuerungstechnischen Abteilung.

Verein der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands, E. V. Sitz: Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11 II. — Vorsitzender: Friedrich Elmen-dorf jun., Brennereibesitzer, Isselhorst i. Westfalen. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Peter Schwuchow. — Unterabteilungen: Abteilung I südwestlich der Elbe, Ab-

teilung II nordöstlich der Elbe, Abteilung III südlich vom Main; zusammen 21gliedriger Ausschuß; I 12 Mitglieder, II 6 Mitglieder, III 3 Mitglieder. — Mitgliederzahl: ca. 900. — Publikationsorgan: „Brennerei-Zeitung“, Eigentum des Vereins.

Der Verein der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands wurde am 26. Januar 1884 zu Köln begründet, zunächst um einen Zusammenschluß der westdeutschen Brenner zur Wahrnehmung ihrer gewerblichen Interessen herbeizuführen. Sehr bald breitete sich der Verein über ganz Deutschland aus. Der erste Leiter und Mitbegründer des Vereins war der Hauptmann a. D. und Brennereibesitzer B. von Gillhausen, welcher auch das heutige, dem Verein gehörige Fachorgan, die „Brennerei-Zeitung“ begründete.

Von alters her hatte der Verein der Spiritusfabrikanten auch die Preßhefefabrikation und die Essigindustrie gepflegt; nachdem die Vertreter dieser Gewerbegruppen sich aber zu besonderen Verbänden zusammengesetzt hatten, wurde eine Verbindung mit diesen gesucht, so daß im Jahre 1896 die Versuchsanstalt des „Vereins der Kornbrennereibesitzer und Preßhefefabrikanten“, im Jahre 1897 die Versuchsanstalt des Verbandes deutscher Essigfabrikanten ins Leben treten konnte. Der erstgenannte, seit 1887 unter diesem Namen bestehende Verein richtete sich im Jahre 1896 ein Laboratorium unter einem besonderen Vorsteher als selbständige Abteilung des Laboratoriums des Vereins der Spiritusfabrikanten ein. Das Vereinslaboratorium wurde 1897 als „Versuchsanstalt des Vereins“ eine besondere Abteilung des Instituts unter Leitung des Professor Dr. H. Lange. Die Vereins-Versuchsanstalt zergliedert sich jetzt in folgende Abteilungen: 1. Wissenschaftliches Laboratorium; 2. Analytisches Laboratorium, maschinentechnische Abteilung, eine Versuchsbrennerei. Ferner werden im Frühjahr und im Herbst Unterrichts- und praktische Lehrkurse veranstaltet, teils in der Lehrbrennerei, teils im Betriebe von Mitgliedern. Außerdem sind der Versuchsanstalt angeschlossen eine Hefenzuchtanstalt und eine Glasbläserei; letztere liefert den Mitgliedern sorgfältig geprüfte, zuverlässige Instrumente, Saccharometer usw. Im Oktober 1903 wurde der Sitz der Vereinigung nach Berlin verlegt.

Verband deutscher Essigfabrikanten E. V. Sitz: Lübeck. — Vorsitzender: Gustav Buck, Lübeck, Königstraße 100. — Unterabteilungen: 1. Rheinland-Westfalen, Vorsitzender: E. Sternenberg, Köln-Deutz. 2. Brandenburg und Pommern, Vorsitzender: F. Heinn, Berlin. 3. Westdeutschland, Vorsitzender: L. Fröhlich, Kommerzienrat, Darmstadt. 4. Mittelddeutschland, Vorsitzender: E. Schwabe, Stahlmeln bei Leipzig. 5. Schleswig-Holstein, Mecklenburg und drei Hansastädte, Vorsitzender: G. Buck, Lübeck. 6. Niedersachsen, Vorsitzender: W. Hake, Peine. 7. Verband bayerischer Alkohol-Essig-Fabrikanten, Vorsitzender: A. Hönigsberger, Regensburg. 8. Verband württembergischer Essigfabrikanten, Vorsitzender: Th. Mertz, Heilbronn a. N. — Mitgliederzahl: ca. 500. — Etat: ca. 7500 M. — Publikationsorgan: „Die deutsche Essigindustrie“, Verlag von Paul Parey, Berlin.

Der „Verband deutscher Essigfabrikanten“ ist am 20. Oktober 1904 begründet worden. Er bezweckt die Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen, insbesondere die wissenschaftliche Erforschung der Herstellungsgrundlagen der deutschen Alkoholessigindustrie sowie die Pflege des kollegialen Verkehrs unter den Mitgliedern. Die Gründung der schon erwähnten Versuchsanstalt des Verbandes deutscher Essig-

fabrikanten, die in allerletzter Zeit den Betrieb eines Essigbildners mit reingezüchteten Essigbakterien im Fabrikbetrieb durchgeführt hat, fiel zeitlich (1897) mit der Gründung der Wochenschrift „Die deutsche Essigindustrie“ zusammen. Vorsitzender des Verbandes deutscher Essigfabrikanten war C. Moskopf, Fahr, an dessen Stelle im Jahre 1903 J. Mertz, Heilbronn, trat, dem 1907 Gustav Buck, Lübek, folgte. Die 1898 eröffnete Versuchsessigfabrik arbeitet zurzeit mit neun Schnelllessigbildnern.

Über die für diese fünf Verbände wichtigsten Produzenten-Vereinigungen ist folgendes zu bemerken. Die Versuchs- und Lehranstalt hat besonders zu tun mit der „Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ in Berlin, dem „Deutschen Hopfenbau-Verein“, Nürnberg, dem „Hopfenbau-Verein für Elsaß-Lothringen“, Straßburg, und dem „Neutomischler Hopfenbau-Verein“, Neutomischel. Die wichtigste Verbraucher-Organisation ist für die Lehranstalten der „Deutsche Gastwirtsverband“ in Berlin.

Die wirtschaftliche Ergänzung zu den technischen Arbeiten des „Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland“ haben die Konventionen „Verwertungsverband deutscher Spiritus-Fabrikanten“ und „Centrale für Spiritus-Verwertung“, welche sowohl Produzenten wie Spritfabrikanten vereinigt (beide Berlin W 8, Taubenstraße 16/18), übernommen.

Verein deutscher Melassespiritus-Fabrikanten. Sitz: Berlin W 9, Linkstraße 25. — Vorsitzender: Ludwig Wilkening, in Firma Krauel & Wilkening, Hannover. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Vosberg-Rekow, Berlin W 9, Linkstraße 25. — Mitgliederzahl: 23 (1902).

Gegründet 1901. Zweck: Die wirtschaftlichen, handelspolitischen und sonstigen gemeinsamen Interessen der Mitglieder wahrzunehmen und gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden und der Gesetzgebung zu vertreten; die Aufmerksamkeit insbesondere auf eine angemessene Gestaltung der steuerlichen Behandlung des Melassespiritus zu richten. Der Verein umfaßt die sämtlichen kontingentierten Melassebrennereien.

Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, E. V., Berlin.

Organisationen von Verarbeitern sind:

Verein der Spritfabrikanten Deutschlands. Sitz: Berlin O 17, Mühlenstraße 6/7. — Vorsitzender: Felix Eisenmann, Generalkonsul, Berlin O 17, Mühlenstraße 6/7. — Mitgliederzahl: 61.

Gegründet 1876. Zweck: Förderung der wirtschaftlichen Interessen sowie Vertretung sämtlicher das Spritgewerbe betreffenden Angelegenheiten. Es bestand zwar eine Vereinigung der Produzenten, der Verein der Spiritusfabrikanten Deutschlands, jedoch waren dessen mehr agrarische Interessen nicht immer in Übereinstimmung mit den Interessen der Veredelungsindustrie. Der Verein wirkte deshalb in allen Handelsfragen ersprießlich und nahm sowohl bei Beratung der verschiedenen Steuervorlagen, wie auch bei den Handelsvertragsverhandlungen „einen oft ausschlag gebenden Anteil durch Eingaben und persönliche Rücksprache.

sowie agitatorisches Eingreifen“. Seit Gründung der Centrale für Spiritus-Verwertung ist die Interessengemeinschaft mit den Produzenten eine innigere geworden; so fiel derselben eine Lösung des größten Teils der Aufgaben zu, die der Verein sonst zu erledigen hatte. Jedoch wird in Zukunft besonders bei Gesetzesveränderungen dem Verein nach wie vor ein wichtiges Gebiet der Interessenvertretung obliegen, um so mehr als vom Jahre 1908 der Einfluß der Spritfabrikation auf die Leitung der Zentrale eingeschränkt ist.

Verband deutscher Spiritus- und Spirituoseninter-
essenten, E. V. Sitz: Berlin W 9, Linkstraße 31. — Vor-
sitzender: Max Schulz, Landtagsabgeordneter, Berlin NO 55,
Greifswalder Straße 224. — Geschäftsführender Beamter: General-
sekretär P. Koepcke. — Mitgliederzahl: ca. 1000. — Eigenes Ver-
bandsorgan: „Spiritus- und Spirituosen-Rundschau“, Redaktion
und Verlag: Berlin W 9, Linkstraße 31.

Der Verband ist im Jahre 1905 hervorgegangen aus dem 1899 ge-
gründeten „Verein deutscher Spiritus-Interessenten“. Zweck des Verbandes
ist, die gemeinsamen Interessen derjenigen Gewerbetreibenden zu wahren
und zu fördern, welche Rohspiritus und Feinsprit herstellen, verwenden
oder damit Handel treiben. Insbesondere soll es auch Aufgabe des Vereins
sein, Gefahren, welche den Interessen des Gewerbes drohen, beizeiten
organisiert entgegenzutreten. Der Verband verfolgt diesen Zweck durch
Zusammenfassung der Spiritus verbrauchenden Industrien insbesondere
gegenüber dem Kartell (Centrale für Spiritus-Verwertung) der Spiritus-
produzierenden und Spiritus-reinigenden Gewerbe.

Angeschlossen sind dem Verbande folgende Vereine:

Verein Bayerischer Branntwein- und Likörfabrikanten München. Verein
der Großdestillateure und Branntwein-Interessenten des Rheinisch-West-
fälischen Industrie-Bezirks, Essen a. d. Ruhr. Verein der Destillateure
Mittelschlesiens, Schweidnitz. Verein der Oberschlesischen Großdestillateure,
Oppeln. Destillateur-Verein Breslau. Vereinigung Breslauer Brennerei-
Besitzer, Breslau. Verein der Destillateure Leipzigs und Umgegend, Leipzig.
Verein der Likörfabrikanten und Branntwein-Interessenten Deutschlands,
Berlin. Verein der Destillateure von Hamburg, Altona, Wandsbek und
Umgegend, Hamburg. Verein der Großdestillateure Ostdeutschlands,
Königsberg i. Pr. Provinzial-Verein Posener Destillateure, Posen. Verein
selbständiger Destillateure von Görlitz und Umgegend, Görlitz. Ver-
einigung Frankfurter Destillateure, Frankfurt a. d. Oder. Verein deutscher
Fruchtsaftpresser, Berlin. Deutscher Schutzverein der Lack- und Farben-
industrie in Berlin, Berlin. Niederrheinischer Wein- und Spirituosenhändler-
Verein, E. V., Düsseldorf. Vereinigung Nordhäuser Kornbranntwein-
fabrikanten, E. V., Nordhausen. Verein Bremer Wein- und Spirituosen-
händler Bremen. Verein Chemnitzer Destillateure, Chemnitz. Verein Braun-
schweiger Wein- und Spirituosen-großhändler, Braunschweig. Verein der
Likörfabrikanten Westfalens, Münster. Verein der Destillateure für Dresden
und Umgegend, Dresden. Verband deutscher Parfümeriefabrikanten, Berlin.

Einige dieser Vereine sind schon näher besprochen worden. Ein-
gegangen sei auch noch auf den

Verein der deutschen Kognakbrennereien, E. V.
Sitz: Berlin N 37, Schönhauser Allee 186a. — Vorsitzender:
Kommerzienrat Albert Hünlich, Wilthen in Sachsen. — Ge-
schäftsführende Beamte: Justizrat Dr. Fuld, Mainz, Syndikus;
Carl Hammer, Wilthen, Sekretär. — Mitgliederzahl: 74.

Gegründet am 20. Februar 1896. Zweck: Die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, der Inhaber deutscher Kognakbrennereien, nach allen Richtungen wahrzunehmen.

Mitglied des Bundes deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler, E. V., Nürnberg, des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, Nürnberg und des Centralverbandes Deutscher Industrieller.

Verein der Likörfabrikanten und Branntweininteressenten Deutschlands. E. V. Sitz: Berlin NO 18, Greifswalder-Straße 224. — Vorsitzender: Max Schulz, Berlin NO 18, Greifswalder-Straße 224. — Geschäftsführender Beamter: Alwin Philipp, Schmidstraße 71. — Mitgliederzahl: 198.

Gegründet 1882 unter dem Namen „Verein Berliner Großdestillateure“, 1897 unter jetzigem Namen. Zweck: Die Interessen der deutschen Likörfabrikanten und Branntweinbrenner zu vertreten und eine Zentralstelle für sämtliche Berufsgenossen und Angehörige verwandter Berufszweige zu bilden, von welcher die Förderung des Gewerbes und die Abstellung von Mißständen in demselben angeregt und durch geeignete Mittel zu erreichen gesucht wird.

Vornehmlich zu zoll- und steuerpolitischen Zwecken wurde gegründet:

Freie Vereinigung von Interessenten der Spiritus-, Branntwein- und Preßhefeindustrie. Sitz: Berlin N 58, Schönhauser Allee 141 a. — Vorsitzender: Wilh. Hoppenhaus, Brennereibesitzer, Haan i. Rheinland. — Geschäftsführender Beamter: M. Stenglein, Berlin N 58, Schönhauser Allee 141 a. — Mitgliederzahl: ca. 2700 (1902).

Gegründet 1892. Zweck: Förderung gemeinsamer Interessen der Spiritus-, Branntwein- und Preßhefeindustrie; die Reform der Branntweinsteuergesetze.

Verein deutscher Senffabrikanten. Sitz: Fahr i. Rheinland. — Vorsitzender: Carl Moskopf, Fahr i. Rheinland. — Mitgliederzahl: 12 (1902).

Gegründet 1900. Zweck: Wahrung der Interessen der Senfindustrie und die Pflege kollegialer Beziehungen unter den Fachgenossen. Als vornehmliche Grundsätze werden aufgestellt: Verpflichtung der Mitglieder zur Herstellung und zum Vertrieb nur reiner Senffabrikate; Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in seinen verschiedenen Formen (z. B. untermischte Ware, Verkauf unter Selbstkosten, verschleiertes Untergewicht und dergl.); Vermehrung des Senfverbrauchs; Verdrängung der minderwertigen Qualitäten vom Markte.

Die Brauindustrie besitzt (wie schon auf S. 169 bemerkt) als Organisation zu vorwiegend technischen Zwecken die

Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin. Sitz: Berlin N 65, Seestraße (Institut für Gärungsgewerbe). — Vorsitzender: Kommerzienrat B. Knoblauch, Direktor des Böhmisches Brauhauses, Berlin NO, Landsberger Allee 11/13. — Geschäftsführender Beamter: Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Delbrück. — Mitgliederzahl: 3959. — Etat: 928 822 M. An Mitgliederbeiträgen wurden vereinnahmt: 1906

durch 4056 zahlende Mitglieder 45 047 M. Die Gehaltszahlungen betrugen 1906: 88 022 M. — Publikationsorgane: „Tageszeitung für Brauerei“, „Wochenschrift für Brauerei“, „Jahrbuch der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei“.

Der Verein wurde im Jahre 1883 gegründet, um sich dem Institut für Gärungsgewerbe anzuschließen. In die folgende Zeit fiel die Gründung der „Wochenschrift für Brauerei“ und die Ausführung zahlreicher grundlegender wissenschaftlicher Arbeiten.

Die Brauerschule, ein Zweig des Instituts, verdankt dem Jahre 1888 ihre Entstehung; aus bescheidenen Anfängen hat sich die Unterrichtsanstalt zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt. 254 Studierende des Brauereifaches wurden im abgelaufenen Studienjahre unterrichtet, ein Erfolg, der zum Teil dem Verein, welchem seit dem Tode Roesickes nacheinander F. Goldschmidt und B. Knoblauch vorstanden, zum Teil der Fürsorge der Staatsregierung zu danken ist, die im Jahre 1903 ihr Interesse für die Lehranstalt noch besonders dadurch zu erkennen gab, daß sie der Einführung der Diplomprüfung für Brauereingenieure nach einem fünfsemestrigen Studiengang ihre Zustimmung erteilte.

Die gegen Ende der achtziger Jahre sich rasch vergrößernde Tätigkeit auf allen Gebieten, der Mangel an Räumen und an geeigneten Versuchsanstalten zum Ausführen praktischer Versuche im großen ließen schon damals den Plan der Errichtung eines größeren Instituts zur gemeinsamen Benutzung bei den Vereinen entstehen, doch scheiterte die Ausführung der entworfenen Pläne, und so unternahm es der Brauereiverein, selbständig vorzugehen und wenigstens zum Teil auf eigene Kosten eine Versuchsbrauerei zu errichten.

Für das Brauereigewerbe von Wichtigkeit sind die aus der Versuchsanstalt des Brauereiverbandes hervorgegangenen Arbeiten über die Lagerung des Getreides, über den Hopfenerbstoff, die Düngung von Hopfen und Gerste, über verschiedene Mälzerei- und Sudverfahren, die Vorgänge beim Weichen und Darren der Gerste, über den physiologischen Zustand der Hefe, den Einfluß der Zusammensetzung des Brauwassers auf das Bier; im analytischen Laboratorium wurden analytische Methoden nachgeprüft und verbessert, von zahlreichen Beamten des Instituts wurden Studienreisen unternommen und die Brauereibetriebskontrolle wurde ausgestaltet. Dem Maschinenwesen wird eingehende Beachtung geschenkt; alljährlich im Oktober werden Brauereimaschinen-Ausstellungen veranstaltet. Diese finden gleichzeitig mit den Ausstellungen von Braugersten, Brauweizen und Hopfen statt und seit 1905 ist ihnen auch eine Ausstellung von Brauereipferden angegliedert.

Die Brauindustrie hat ferner bereits seit langem eine rein wirtschaftspolitische Zentralorganisation:

Deutscher Brauerbund. Sitz: Frankfurt a. Main, Neue Zeil 68. — Vorsitzender: F. Henrich, Kommerzienrat, Frankfurt a. Main, Neue Zeil 68.

Gegründet am 27. Juli 1871. Zweck: Beratung der gemeinschaftlichen gewerblichen Interessen, Wahrung derselben sowie Vervollkommnung und Hebung des Gewerbes selbst im Wege freier Diskussion.

Dem Deutschen Brauerbund sind keine Unterverbände angeschlossen. Nach den Satzungen ist den einzelnen Landesteilen, Provinzen und Städten die selbständige Bildung von Zweigvereinen überlassen. Diese stehen mit dem Deutschen Brauerbund nur so weit in Konnex, als sie die Erledigung von Fragen, die alle Brauereien betreffen, diesem fast aus-

schließlich überlassen, dagegen in Fragen, die einseitig Provinzen und Landesteile angehen, nach ihren speziellen Interessen selbständig vorgehen.

Am intensivsten arbeitete der Bund im Jahre 1906, um die drohende Mehrbesteuerung abzuwehren. Er ist Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und des Handelsvertragsvereins.

Bund der mittleren und kleinen Brauereien der norddeutschen Brausteurgemeinschaft, E. V. Sitz: Berlin SW 11, Hallesche Straße 1. — 1. Vorsitzender: Dr. phil. Paul Wallburg, Brauereidirektor, Friedrichshagen b. Berlin, Genossenschaftsbrauerei. 2. Vorsitzender: M. Hering, Brauereibesitzer in Chemnitz-Gablenz. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus M. Busemann, Berlin. — Außer den Einzelmitgliedern gehören dem Bunde folgende Korporationen an: Verband niederrheinischer Brauereien, Vorsitzender: Brauereibesitzer L. Schmitz, Willich bei Krefeld; Verband der Brauereien von Euskirchen und Umgegend, Vorsitzender: Brauereibesitzer A. Steffens, Euskirchen; Verein der mittleren und kleinen Brauereien der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt, E. V., Vorsitzender: Brauereibesitzer A. Droz, Magdeburg; Verein der Brauereien von Potsdam und Umgebung, Vorsitzender: Brauereibesitzer F. Lamm, Potsdam; Verein Märkischer Brauereien, Vorsitzender: Brauereibesitzer R. Seidel, Biesenthal i. d. Mark; Niederlausitzer Brauer- und Mälzerverein, Vorsitzender: Brauereibesitzer C. Püschel, Peitz N.-L.; Oberlausitzer Brauer- und Mälzerverein, Vorsitzender: Brauereibesitzer F. Riedel, Schirgiswalde i. S.; Niederschlesischer Brauer- und Mälzerverein, Vorsitzender: Brauereibesitzer O. Gerber, Görlitz; Freiburger Brauer- und Mälzerverein, Vorsitzender: Brauereibesitzer F. Nestler, Großbröhrsdorf i. S.; Verein der Brauereien von Chemnitz und Umgebung, Vorsitzender: Brauereibesitzer M. Hering, Chemnitz-Gablenz; Vogtländischer Brauer-Verein, Vorsitzender: Brauereibesitzer A. Traeger, Dresden-Striesen, Pohlandstraße 20; Erzgebirgischer Brauer-Verein, Vorsitzender fehlt zurzeit; Kretschmer-Innung, Breslau, Vorsitzender: Brauereibesitzer G. Sternagel-Haase, Breslau. — Publikationsorgan: „Der Klein- und Mittelbrauer“, Wochenschrift, herausgegeben von Dr. P. Wallberg, M. Busemann und Dr. P. Dreverhoff, Direktor der öffentlichen und I. Sächs. Versuchstation für Brauerei und Mälzerei sowie der Brauer- und Mälzerschule in Grimma-Leipzig.

Gegründet 1892. Zweck: Die Wahrung und Förderung der Interessen der mittleren und kleinen Brauereien, die Erörterung und Durchführung aller Schutzmaßregeln, welche den Weiterbestand und die Förderung der mittleren und kleinen Brauereien zu sichern imstande sind.

Das Arbeitsgebiet umfaßt hauptsächlich steuerpolitische wie auch steuertechnische Fragen, Vertretung des braugewerblichen Mittelstandes bei den Behörden und den Parlamenten, den Selbstverwaltungskörperschaften, in den Berufsgenossenschaften usw., Förderung der Mitglieder auf technischem und kaufmännischem sowie allgemein wirtschaftlichem Gebiete, Abwehr erdrückender Konkurrenz seitens der Brauerei-Großindustrie, Bekämpfung der Auswüchse der Antialkoholbewegung, Ausbildung der Lehrlinge usw. Der Bund hatte u. a. auch den Erfolg, daß die von ihm erstrebte Staffelung der Brausteuer in der beträchtlichen Spannung von 4—10 M. eingeführt worden ist.

Bayerischer Brauerbund. Sitz: München. — Vorsitzender: F. Mildner, Kommerzienrat, Brauereidirektor, München,

Löwenbrauerei, Nymphenburger Straße 6. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Karl Buddëus, München. — Mitgliederzahl: 257.

Gegründet am 12. Juli 1880. Zweck: Die gemeinsame Vertretung der Interessen der bayerischen Brauindustrie.

Die zahlreichen Brauereivereinigungen*), die sich auf Städte oder kleinere Bezirke beschränken, bekämpfen unlauteren Wettbewerb, suchen die Preise einheitlich festzusetzen, besondere Aufmerksamkeit wenden sie aber vielfach der Abwehr von Streiks usw. zu. Häufig sind sie als G. m. b. H. errichtet. Eine solche Organisation bedeutenderen Umfanges ist der „Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien“ in Dortmund (Etat: 80000 M.), der auch einen Boykottschutzverband für Rheinland-Westfalen ins Leben gerufen hat; ferner z. B. die

Norddeutsche Brauerei-Vereinigung, E. V. Sitz: Detmold, Lange Straße 13 I. — Vorsitzender: Brauereidirektor L. Müller, Falkenkrug bei Detmold. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Gerichtsassessor W. Schmidt. — Unterabteilungen: 8 Bezirksgruppen. — Mitgliederzahl: 70, außerdem mit einer Anzahl Brauereien Gegenseitigkeitsverträge. — Publikationsorgan: „Tageszeitung für Brauerei“ und „Hopfen- und Brauer-Zeitung“. Gegründet 1902.

Die größten Lokalvereine sind:

Verein Münchener Brauereien, E. V. Sitz: München. Vorsitzender: Kommerzienrat August Pschorr, Brauereibesitzer, München, Bayerstraße 30. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Karl Buddëus, München. — Mitgliederzahl: 14 mit etwa 3000 Arbeitern.

Gegründet 1868. Zweck: Förderung und Vertretung gemeinsamer gewerblicher Interessen der Mitglieder; Gewährung von Unterstützungen, in erster Linie an dürftige, ehemalige Münchener Brauereibesitzer, Brauereileiter und deren Relikten gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlungen; ferner die Unterhaltung der hergebrachten religiösen Gebräuche; Arbeitsnachweis durch das städtische Arbeitsamt.

Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend. Sitz: Berlin S 59, Hasenheide 32/38. — Vorsitzender: Max Happoldt, Kommerzienrat, Brauereibesitzer, Berlin S 59, Hasenheide 32/38. — Mitgliederzahl: 27 mit 5128 Arbeitern.

Gegründet 1890. Zweck: Förderung und Hebung der gemeinsamen Interessen; Befestigung der Zusammengehörigkeit; Gewährung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Angehörige des Brauereigewerbes. Eigener Arbeitsnachweis; Berlin, Neue Friedrichstraße 9/10.

Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

*) Nach einem im Juni 1908 vom Wirtschaftlichen Ausschuß des Vereins „Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei“ herausgegebenen Verzeichnis bestehen in Deutschland im ganzen 202 Brauereivereinigungen.

Von den vielen kleineren, die recht häufig doch eine eigene Geschäftsstelle unterhalten, sei genannt:

Brauerei-Verband für den Regierungsbezirk Trier. Sitz: Trier. — Vorsitzender: N. Caspary, Brauereibesitzer, Trier, Fahrstraße 14. — Geschäftsführender Beamter: Baus, Syndikus der Handelskammer, Trier. — Mitgliederzahl: 20.

Der Verband, welcher die bedeutendsten Brauereien des Regierungsbezirks Trier umfaßt, wurde im Jahre 1902 gegründet. Er bezweckt die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Brauindustrie innerhalb seines Wirkungskreises. Insbesondere hat der Verband den weitgehenden Preisunterbietungen mit ihren verderblichen Schleuderpreisen, sowie anderen Mißständen im Braugewerbe durch bindende Abmachungen unter seinen Mitgliedern zu begegnen gesucht. Die Vorteile des engeren Zusammenschlusses und die Erfolge der Arbeiten des Verbandes seien nicht zu verkennen.

Soweit sich die Vereine mit der Arbeiterfrage befassen, sind sie größtenteils angeschlossen an den

Boykottschutzverband deutscher Brauereien, Versicherungsverein a. G. zu Berlin. Sitz: Berlin W 15, Fasanenstraße 59. — Vereinsvorstand und geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt a. D. Peltasohn, Direktor, Berlin W. — Unterabteilungen: 33 Bezirksvereine. — Mitgliederzahl: 1059.

Der Boykottschutzverband hat eine bedeutsame Geschichte, trotzdem er erst im Jahre 1905 ins Leben getreten ist. Sie reicht nämlich 15 Jahre zurück, bis zu dem ersten Zusammenschluß deutscher Brauereien gegen Boykottangriffe, dem Vorläufer des „Zentralverbandes deutscher Brauereien gegen Verrufserklärungen“, von welchem der Boykottschutzverband eine Entwicklungsstufe sein will.

Die Brauereien schlossen sich zu Verbänden zusammen, die über ganz Deutschland verbreitet, aber in eng begrenzten Bezirken neben der Vereinigung zur Abwehr übertriebener Forderungen seitens der Arbeiterschaft die Versicherung, d. h. die Verteilung der Boykottlasten auf mehrere — im einzelnen Falle aber immer noch sehr wenige und verhältnismäßig schwache Schultern — bezweckten. Den Anfang machte Berlin, welches am 23. Juni 1890 unmittelbar nach Beendigung des ersten Berliner Brauereiboykotts, den „Verband Berliner Brauereien gegen Boykottschäden“ errichtete. Allen diesen Lokalverbänden, die im übrigen in ihren Aufgaben und Mitteln die größte Verschiedenheit aufweisen, war der Versicherungsgedanke gemeinsam, und schon im Jahre 1892 wurde angesichts der sich stetig wiederholenden Boykotts und in der Erkenntnis, daß diese kleinen Verbände gegenüber der mächtigen Gegnerschaft einen zu geringen Schutz böten, der Wunsch rege, diesen Schutz mindestens durch Rückversicherung bei einem zu gründenden Zentralverbande zu verstärken.

Am 15. Februar 1895 wurde der Zentralverband deutscher Brauereien gegen Verrufserklärungen errichtet. In elf Jahren des Bestehens wuchs der Zentralverband nach Zahl und Bedeutung seiner Mitglieder; er umfaßte zuletzt 26 Verbände mit 297 Einheiten, welche eine Brausteuer-summe von 14850 000 M. repräsentieren und vermittelte — während die beiden ersten Jahre keine Entschädigung erforderten — in den darauf folgenden neun Jahren die Zahlung von 788 904,20 M., von denen das Jahr 1904/05 infolge der Abrechnung des Hamburger und Bremer

Boykotts mit 557 148,94 M. bzw. 31 379,50 M. allein 636 284,61 M. aufweist. Für das innere Leben des Zentralverbandes war entscheidend die Stellung, welche die Rechtsprechung und Wissenschaft hinsichtlich der Auslegung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung einnahm. Fast alle Lokalverbände hatten neben dem Versicherungszweck auch noch den Schutz und die Vertretung ihrer Mitglieder in Fragen der Lohnbewegung, bei Arbeitseinstellungen usw. übernommen und Bestimmungen getroffen darüber, in welcher Weise die einzelne Brauerei bei Tarifverhandlungen usw. sich zu verhalten und an einem Lohnkampfe teilzunehmen habe. Ein Erkenntnis des Oberlandesgerichts zu Hamburg vom November 1898 und ein bestätigendes Urteil des Reichsgerichts vom März 1899, welche auch solche Bestrebungen dem § 152 der Gewerbeordnung unterstellen, die auch nur mittelbar bezwecken, Arbeiter von der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuhalten, legten die Befürchtung nahe, daß der Zentralverband gefährdet sei.

Nach den Vorschlägen des Zentralverbandsvorstandes wurde die Trennung der bisherigen Zwecke der Lokalverbände durch Gründung von wirtschaftlichen und Abwehrvereinigungen neben den alten Lokalverbänden empfohlen und zum allergrößten Teile auch durchgeführt. So war der Boden für eine Umwandlung vorbereitet, als nach Beendigung des Hamburger Boykotts im Jahre 1904 der Wunsch laut wurde, den Erfahrungen der letzten Jahre, der veränderten Rechtslage und dem Wachstum des Verbandes in seiner Verfassung Rechnung zu tragen.

Der von 365 deutschen Brauereien mit einem Malzverbrauche von 7057899 Zentnern gebildeten konstituierenden Versammlung vom 15. Juli 1905 hatte sich eine Zentralverbandsversammlung angeschlossen, in welcher von allen Lokalverbänden die Auflösung des Zentralverbandes für den Zeitpunkt beschlossen wurde, an welchem der Boykottschutzverband deutscher Brauereien die Rechtsfähigkeit erlangen werde. Dies ist im Herbst 1905 eingetreten. Der Boykottschutzverband ist also nur der reformierte Zentralverband, und deshalb gibt auch eine Vergleichung der beiderseitigen Ziele und Mittel zu deren Erreichung das beste Bild vom Wesen des Boykottschutzverbandes.

Seine Aufgaben hat er unverändert vom Zentralverband übernommen.

Nach § 1 der Satzungen des Zentralverbandes hatte letzterer die von den Lokalverbänden ihren Mitgliedern zu gewährenden Boykottentschädigungen zu verteilen und so letztere indirekt zu versichern. Ebenfalls die Versicherung der Mitglieder gegen Verrufserklärungen und Boykottierungen ist die Aufgabe des jetzigen Verbandes. Es soll also nicht bezweckt werden die direkte tätige Abwehr derjenigen Angriffe, welche aus irgend einem Anlasse gegen die Mitglieder gerichtet werden, durch Eingreifen in den Kampf. Seinen Aufgaben sucht der Boykottschutzverband gerecht zu werden durch drei Wege: 1. durch Vorbeugung der Gefahr, 2. durch Beschränkung der Folgen des schadenbringenden Ereignisses und 3. durch den Ersatz der Schäden, die nicht verhindert werden konnten.

Der Boykottschutzverband vergütet ferner, seinem Vorbilde getreu, nur den aus bestimmten Ursachen erwachsenden Schaden. Er versichert gegen Schädigung des Absatzes, wie sie sich aus dem Minderabsatz während der Boykottdauer gegenüber dem gleichen boykottfreien Zeitraum des Vorjahres ergibt. Er entschädigt also nicht die durch Arbeitseinstellungen, Streiks oder Aussperrungen entstehenden Ausfälle. Dabei ist unter dem Kriegsfall nicht gerade der typische Bierboykott der Arbeiterorganisation, sondern jede Verrufserklärung, gleichviel aus welchen Beweggründen sie entstanden ist und von welchen Konsumentengruppen sie ausgeht, zu verstehen.

Während der Zentralverband nur eine Vereinigung verschiedener Gesellschaften darstellte, von denen jede einzelne, ohne selbst mehr als eine lose Interessengruppe zu sein, einzelne territorial zusammengehörige Brauereien in sich vereinigte, ist der Boykottschutzverband ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1901. Er hat damit, anders als der Zentralverband, Rechtsfähigkeit, und ist in seinem Bestande von dem Hinzutreten oder dem Ausscheiden einzelner Mitglieder unabhängig, parteifähig, und mit allen sonstigen Rechten juristischer Personen ausgestattet. Auch er weist, wie der Zentralverband, Verbände in seinen Bezirken auf, aber sie sind nicht wie die Lokalverbände Sonderorganisationen, sondern Mitgliedergruppen, lediglich zu dem Zwecke geschaffen, eben die Selbstverwaltung innerhalb des Verbandes auf das tunlichste auszubilden und zu ermöglichen.

Als die für die Brauindustrie wichtigen Produzentenvereine müssen — außer den schon bei der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei genannten — noch erwähnt werden:

Verein sächsischer Malzfabrikanten. Sitz: Halle a. d. Saale. — Vorsitzender: Bruno Reinicke, Halle a. d. Saale. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersyndikus Dr. Pfahl, Halle a. S. — Mitgliederzahl: 37.

Gegründet 1875. Zweck: Die anhaltischen, thüringischen und sächsischen Malzfabriken nach allen Richtungen in volkswirtschaftlicher und gewerblicher Beziehung zu vertreten und den Handel in den Erzeugnissen derselben zu fördern.

Vereinigung süddeutscher Malzfabriken. Sitz: Ludwigshafen a. Rh. — Geschäftsführender Vorsitzender: Fabrikb. Schoeffler i. Fa. Schoeffler & Co., Ludwigshafen a. Rh. — Mitgliederzahl: 35 mit ca. 400 Arbeitern (1902).

Gegründet 1893. Zweck: Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Mälzereigewerbes.

Von Fall zu Fall verabredet der Verein ein gemeinsames Vorgehen mit dem Vereine der Malzfabrikanten von Rheinland und Westfalen, Köln a. Rh. (Vors. Wilh. Harperath), sowie dem Verein sächsischer Malzfabrikanten.

Auch die Glashüttenvereinigungen, insbesondere soweit es sich um Flaschenfabriken handelt (s. S. 97), sind für die Brauindustrie — und in gleicher Weise für die folgenden Zweige der Getränkeindustrien — als Produzentenorganisationen wichtig.

Die Weiterverkäufer des Bieres sind in zahlreichen lokalen Vereinen organisiert, die wiederum einige Zentralverbände gebildet haben. Die größten sind:

Deutscher Gastwirtsverband, E. V. Sitz: Berlin, Niederwallstraße 15 I. — Vorsitzender: Anton Ringel, Rentier, Pankow. — Die Geschäftsführung erfolgt satzungsgemäß durch den geschäftsführenden Ausschuß. — Unterabteilungen: Der Verband zergliedert sich in 21 Zonen, und zwar: die Mitteldeutsche, Anhaltische, Thüringische, Provinzialsächsische, Nordwestliche, Braunschweigische, Westfälische, Rheinische, Südöstliche, Oberschlesische, Nördliche, Pommersche, Mecklenburgische, Oldenburgische Zone, Zone Posen, Freie und Hanstädte, Reg.-Bez. Frankfurt a. O., Reg.-Bez. Potsdam, Berlin

und Vororte, Westpreußen und Ostpreußen mit insgesamt 643 Vereinen. — Mitgliederzahl: ca. 50 000. — Etat: Der Verband hat ein Vermögen von ca. 600 000 M. Die aus laufenden Einnahmen im letzten Verbandsjahr gedeckten laufenden Ausgaben betrugen 93 634,02 M. — Publikationsorgan: „Das Gasthaus“.

Am 13. und 14. Mai 1873 wurde zur Pflege der Kollegialität, der Förderung der gemeinsamen Interessen sowie zur Bildung und Hebung des Gastwirtsstandes der Deutsche Gastwirts-Verband, Sitz Berlin, gegründet. Er ist die älteste Organisation des Gastwirtsgewerbes in Deutschland. Sein damaliger Präsident, Theodor Müller, Berlin, hatte bereits am 26. Januar 1866 eine kleine Anzahl Wirte zunächst zur Gründung eines Berliner Vereins zusammengerufen und damit die ersten Schritte zur Bildung einer Wirteorganisation getan, aus welcher später der Deutsche Gastwirtsverband herauswuchs. Gehörte zur Zeit der Gründung nur eine bescheidene Zahl von Wirtevereinen dem Verband an, so ließ die um die siebziger Jahre eintretende gewerbliche Bewegung den Verband schnell emporwachsen. Nicht minder trugen dazu die im Laufe der Zeit zunehmenden Belastungen des Wirtsgewerbes bei, die zur Folge hatten, daß der Verband sich zu einer repräsentablen Kampforganisation gestaltete. Der Verband erstreckt sich auf das ganze Reich und gilt als die größte Wirteorganisation des Kontinents. Während der Zeit seines 35jährigen Bestehens betätigte sich der Verband reformatorisch auf allen Gebieten des Gewerbes durch Petitionen, Denkschriften an die gesetzgebenden Körperschaften, durch Aufklärung der Standesangehörigen durch Wort und Schrift über die wirtsgewerbliche Lage, durch alljährliche Abhaltung eines Gastwirtstages. Nebenbei ließ er sich die Wohlfahrt seiner Mitglieder, der Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder und treudienenden Personals seiner Mitglieder (Theodor Müller-Stiftung) durch Schaffung von Unterstützungskassen angelegen sein und hat Gelegenheit gehabt, segensreich in dieser Richtung zu wirken. — Mitglied des Handelsverbandsvereins.

Im Jahre 1907 gründete der Verband auch einen „Arbeitgeberschutzverband der deutschen Gastwirte“, der aber tatsächlich einen Boykottversicherungsverband, gleich dem der Brauereien, darstellt.

Bund deutscher Gastwirte. Sitz: Leipzig, Katharinenstraße 16. — Vorsitzender: Adolf Steyer, Leipzig, Elsterstraße 13 II. — Geschäftsführender Beamter: Dathe, Sekretär, Leipzig, Katharinenstraße 16. — Unterabteilungen: 18 Verbände; darunter der Ostdeutsche Gastwirteverband, Breslau; der Mitteldeutsche Gastwirteverband, Kassel; der Sächsische Gastwirteverband usw. Auf den letzteren wird nachstehend kurz eingegangen. — Mitgliederzahl: ca. 27 000. — Publikationsorgane: „Zentralblatt für das deutsche Gastwirtsgewerbe“, Leipzig; „Der deutsche Gastwirt“, Darmstadt; „Deutsche Wirte-Zeitung“, Stuttgart; „Bayerische Gastwirte-Zeitung“, München, „Hannoversche Wirte-Zeitung“, Hannover; „Der bayerische Gastwirt“, Nürnberg; „Der Gastwirt“, Breslau.

Gegründet 1893. Zweck: Wahrung der Interessen und Schutz des deutschen Gastwirtsstandes. Politische und religiöse Zwecke sind ausgeschlossen. Der Bund fördert seine Zwecke durch: eine alljährlich abzuhaltende Hauptversammlung (Bundestag); Veranstaltung fachgewerblicher Ausstellungen; Einrichtung von Fachschulen; Herausgabe von Fachzeitschriften; Hinweis auf wichtige Erfindungen für das Gastwirtsgewerbe;

Regelung des Lehrlingswesens (Ausstellung von Lehrbriefen); Ehrung treudienender Gewerbsgehilfen durch Diplome usw.; Versicherungen ohne Beitrittszwang; die Sterbekasse des Bundes deutscher Gastwirte mit dem Sitz in Darmstadt, in welche einzutreten die Mitglieder berechtigt, jedoch nicht verpflichtet sind.

Sächsischer Gastwirtsverband. Sitz: Leipzig, Katharinenstraße 16. — Vorsitzender: Louis Treutler, Leipzig, Kochstraße 78. — Geschäftsführender Beamter: Ernst Heitmann, Bevollmächtigter. — Unterabteilungen: 110 sächsische Gastwirtsvereine. — Mitgliederzahl: 6000. — Etat: Einnahme: Mitgliedsbeiträge 6486 M.; Zinsen 171 M.; für verkaufte Kohlensäure 1800 M.; für verkaufte Ruhelisten 41 M.; für Ausstellungen 35 M.; Postabonnement fürs Centralblatt 100 M. Ausgabe: Unkosten 6984 M.; Centralblatt 588 M.; Repräsentation 285 M.; Dispositionsfonds 25 M. Vermögen 22000 M. — Publikationsorgan: „Centralblatt für das deutsche Gastwirtsgewerbe“.

Der Verband wurde am 18. Juli 1887 in Döbeln gegründet. Sein Zweck ist: Gegenseitige Unterstützung, Hebung des Standes im allgemeinen und Vertretung seiner Interessen auf Grund der sächsischen Landes- und Reichsgesetze, Anbahnung freundschaftlicher und kollegialer Beziehungen, Vertretung wichtiger Erfindungen für das Gastwirtsgewerbe, Errichtung von Fachschulen, Regelung des Lehrlingswesens, Auszeichnung treudienender Geschäftsgehilfen, Einrichtung von Stellennachweisen behufs Erlangung brauchbarer Geschäftsgehilfen und Veranstaltung fachgewerblicher Ausstellungen.

Der Verband besitzt eine Hilfskasse zur Unterstützung notleidender Gastwirte mit einem Kapital von 22000 M. Außerdem hat der Verband für seine Mitglieder eine eigene Haftpflichtversicherungsgesellschaft gegründet, welche in kurzer Zeit einen Reservefonds von 60000 M. angesammelt hat.

Allgemeiner Verband deutscher Bier-Verleger. Sitz: Hamburg 22, Lohkoppelstraße 31/33. — Vorsitzender: Fr. W. Wiese, Präsident. — Geschäftsführende Beamte: A. Staade, II. Präsident; A. Lübke, Schriftführer; C. Jahn, Kassenführer. — Unterabteilungen: Die Bierverleger-Vereine von Altona, Barmen, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Gelsenkirchen, Gera, Herne, Hamburg, Hannover-Linden, Kiel, Köln, Leipzig, Mainz, Mühlheim, Kreise Lennep und Remscheid, Osnabrück, Kreis Solingen, Dortmund, Bielefeld, Bonn und Umgegend, Mainz; außerdem etwa 25 Einzelmitglieder in den verschiedenen Städten und Ortschaften. — Mitgliederzahl: ca. 1000. — Etat: Einnahmen und Ausgaben ca. 1000 M. p. anno. — Publikationsorgan: „Der Bier-Verleger“, im Verlag von Charles Coleman, Lübeck.

Der Allgemeine Verband deutscher Bier-Verleger wurde im Jahre 1899 von fünf Vereinen und einigen Einzelpersonen zu Köln a. Rh. gegründet. Sein Zweck ist, Übelstände, wie sie in der Branche bestanden und auch jetzt noch zuweilen in Erscheinung treten, abzustellen oder abzuschwächen. Dahin gehörte vornehmlich „der Flaschenmißbrauch“ seitens der Interessenten selbst und seitens des Publikums; Erzielung günstigerer geschäftlicher Abschlüsse; Abwehrung unberechtigter Angriffe

und Mißkreditierungen. Als Mittel dienen sachliche und fachgemäße geschäftliche Vorschläge im Verbandsorgan und Raterteilung auf Verlangen der Mitglieder, Eingaben an die Behörden, Landes- und Reichsregierungen, Berufsgenossenschaften. Alljährlich wird einmal ein Verbandstag abgehalten, zu dem die einzelnen Vereine Delegierte entsenden.

Als Erfolge sind zu verzeichnen: Verschiedene günstige Abschlüsse mit Lieferanten von Gebrauchsartikeln und Gegenständen, desgl. Versicherungen, ferner die Bekämpfung des bekannten „Drei-MinisterErlaß“ gegen den Bierhandel 1904, wobei auch verschiedene Handelskammern und andere Vereinigungen dem Verein ihre Unterstützung gewährten. Das Flaschenpfand ist, wenn auch nicht überall, so doch zum größten Teil, heute zur Einführung gekommen.

Die Winzer und der Weinhandel besitzen keine ausgedehnten Organisationen, sondern sind meist in den einzelnen Weinbau treibenden Gegenden gesondert organisiert. Die Winzergenossenschaften gehören in das Gebiet der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen.

Seit einigen Jahren haben sich eine Reihe von Weinhändlervereinen (jetzt etwa 14—15) lose zu einem „Bund südwestdeutscher Weinhändlervereine“ zusammengeschlossen; darunter befinden sich:

Weinhändlerverein der Mosel. Sitz: Traben-Trarbach a. Mosel. — Vorsitzender: Dr. Breucker in Firma Wilh. Haußmann, Traben-Trarbach. — Mitgliederzahl: 70.

Gegründet 1886. Zweck: Schutz der Interessen des realen Weinhandels; Erstrebung des Abschlusses günstiger Handels- und Schiffsverträge; Vervollständigung der Verkehrswege an der Mosel; Regelung der Arbeiterverhältnisse; Förderung wissenschaftlicher Fachforschungen; Sammlung und Verwertung praktischer Erfahrungen in der Weinbehandlung.

Weinhändlerverein an der Nahe. Sitz: Kreuznach. — Vorsitzender: Paul Stöck, Kreuznach. — Mitgliederzahl: 32 Firmen.

Gegründet 1898. Zweck: Die Förderung der Interessen des realen Weinhandels an der Nahe.

Verband der Weinhändler des Regierungsbezirks Trier. Sitz: Trier. — Vorsitzender: Bruno Rendenbach, Trier. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersyndikus J. Baus in Trier. — Mitgliederzahl: 67.

Gegründet im Januar 1901. Zweck: Wahrung der gemeinsamen Standesinteressen der Weinhändler des Regierungsbezirks Trier, insbesondere gegenüber der wirtschaftlichen Gesetzgebung; Einführung einheitlicher Einkaufs- und Verkaufsnormen. Im übrigen dieselben Ziele wie die beiden vorherigen.

Elsässischer Weinhändlerverein, E. V. Sitz: Straßburg i. Els., Langstraße 77. — Vorsitzender: Alfred Bucherer, Straßburg i. Els., Dornengasse 7. — Geschäftsführender Beamter: Johann Kehren, Straßburg i. Els., Langstraße 77. — Mitgliederzahl: 126.

Gegründet 1900. Zweck. Hebung des realen elsässischen Weinhandels, im übrigen wie die anderen.

Fränkischer Weinhandlerverband. Sitz: Würzburg und Kitzingen. — Vorsitzender: Wilhelm Meuschel, jr., k. b. u. h. s. Hoflieferant, Weingroßhändler in Kitzingen a. M. — Geschäftsführender Beamter: Dr. J. B. Kittel, Handelskammer-syndikus in Würzburg. — Mitgliederzahl: 150. — Etat: rund 700 M. Jahreseinnahmen und 700 M. Jahresausgaben. — Publikationsorgan: 5 Tageszeitungen in Würzburg und eine in Kitzingen a. M., ferner „Deutsche Weinzeitung in Mainz“.

Der „Fränkische Weinhandlerverband“ wurde im Jahre 1900 gegründet zur Vertretung der Interessen des Weinhandels im Fränkischen Weinbaugebiete. Seine Aufgaben liegen hauptsächlich auf dem Gebiete der Gesetzgebung für Wein, der Zollverhältnisse, Verfrachtungsmodalitäten, Festsetzung der Mindestpreise usw.

Vorort des Bundes südwestdeutscher Weinhandlervereine ist der Verband Rheinhessischer Weinhandler. Sitz: Mainz.

Der Bund südwestdeutscher Weinhandlervereine hielt am 16. März zu Mainz eine Vertreterversammlung ab, wobei Kommerzienrat Haffner den Vorsitz führte. Er bedauerte, daß vor kurzem im Reichstage wieder so schwere, unberechtigte und verallgemeinernde Angriffe gegen den Weinhandel gemacht worden seien. Dadurch würden der Weinbau und der Weinhandel sehr geschädigt. Es sei nicht zu verstehen, daß die Regierung so großen Wert auf die Ansichten der Gelehrten lege. Das Weingesetz an sich sei gut und bedürfe keiner großen Änderung. Man solle nur die Kontrolle scharf und für ganz Deutschland einheitlich durchführen. Der hessische Landtagsabgeordnete Molthan wies darauf hin, wie sehr durch die im Reichstag gehaltenen Reden der Weinbau und der Weinhandel geschädigt würden. Die Scherze einzelner Abgeordneten seien albern und entwürdigend für den Weinhandel. Es wurde sodann die Beteiligung der Privaten an Weinversteigerungen besprochen, durch die der Weinhandel eine Reihe kaufkräftiger Kunden verliere. In geeigneter Weise soll dagegen eingewirkt werden. Die Bekämpfung der Antialkoholbewegung wurde den einzelnen Vereinen überlassen.

Zur Abwehr der süd- und südwestdeutschen Weine ist im Jahre 1906 von 26 Lokalvereinen ein „Verband der Weinhandlervereine Norddeutschlands“ in Berlin begründet worden.

Eine Spezialorganisation ist der Verband Deutscher Schaumweinkellereien. Sitz: Mainz, Hohenzollernplatz 8. — Vorsitzender: Kommerzienrat H. J. Hummel, i. Fa. Burggeß & Co., Hochheim a. M. — Geschäftsf. Beamter: Karl Koch, Mainz. Mitglied des Bundes der Industriellen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß im Jahre 1905 ein Verband Deutscher Obst- und Beerenweinfabrikanten in Frankfurt a. M. begründet worden ist. Auch gibt es einen:

„Verein der deutschen Fruchtsaftpresser. Sitz: Berlin W 9, Linkstr. 31. — Vorsitzender: Fritz Tüchlit, Werder a. H.

— Geschäftsführender Beamter: Dr. M. Simonsohn, Sekretär.

— Mitgliederzahl: 90 (1902).

Gegründet am 29. Juni 1896. Zweck: Förderung und Vertretung der Standesinteressen; Hebung der Branche; Abwehr drohender behördlicher oder anderer Maßnahmen; Förderung der Kollegialität und Reellität unter den Mitgliedern; Verminderung von Konkurrenzgehässigkeiten.

Mitglied des Bundes deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler, E. V., Nürnberg.

Die Interessenten von natürlichen Mineralwässern sind organisiert im

Verein der Kurorte und Mineralquelleninteressenten Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz. Sitz: Berlin W 8, Charlottenstraße 66. — Vorsitzender: Dr. Gönner, Oberbürgermeister, Baden-Baden. — Ehrenamtlicher Geschäftsführer: Hans Kauffmann, Generalsekretär, Berlin W, Charlottenstraße 66. — Mitgliederzahl: 165 (jeder Kurort und jede Brunnendirektion zählt als ein Mitglied). — Publikationsorgan: „Balneologische Zeitung“.

Gegründet 1885. Zweck: Förderung der gemeinsamen Interessen durch Einwirkung auf die Gesetzgebung und Verkehrsverhältnisse, durch Anregung zu wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Quellentechnik, Quellenanalyse nach gleichen Normen, zu pharmakologischen und hygienischen Studien und deren Bekanntmachung; Abwehr gegen unlauteren Wettbewerb; Hebung des Bäderbesuchs und Mineralwasserversandes; gemeinsame Preissetzung für Mineralwässer in geographisch zusammengehörigen Bezirken.

Die Hersteller künstlicher Mineralwässer haben sich in zahlreichen Lokalvereinen zusammengeschlossen. Diese sowohl wie auch die einzelnen Fabrikanten besitzen als Zentralverein den

Allgemeinen Verband Deutscher Mineralwasser-Fabrikanten, E. V. Sitz: Friedenau-Berlin, Rheinstraße 9 I. — Vorsitzender und geschäftsführender Beamter: Nahrungsmittel-Chemiker Dr. phil. W. Lohmann. — Unterabteilungen: 32 Bezirks-(Zweig-)Vereine, ferner 580 Einzelmitglieder. — Mitgliederzahl: insgesamt 1730. — Etat: Jahresausgaben rund 4000 M., Barvermögen rund 21 000 M. Mitgliedsbeitrag der Einzelmitglieder 6 M. Die Zweigvereine haben für jedes Mitglied 2 M. an den Verband abzuführen. — Publikationsorgan: „Der Mineralwasser-Fabrikant“, Lübeck, Verlag von Charles Coleman.

Der Verband wurde im Jahre 1898 gegründet, mehrere seiner Bezirksvereine sind indes älter. Zweck: Förderung und Vertretung der gemeinsamen, gewerblichen und Standesinteressen der deutschen Mineralwasser-, Brauselimonaden- und Schaumweinfabrikanten nach allen Richtungen hin. Mittel dazu sind neben Verbandstagen, Eingaben usw. die Bekanntgabe guter Bezugsquellen für Rohmaterialien und event. Einkaufsabschlüsse. Arbeitsweise: Abhaltung von Vereinsversammlungen monatlich; alljährlich ein Verbandstag mit Fachausstellung. Erfolge: Nach innen: Stetig wachsende Mitgliederzahl, Hebung des kollegialen Sinnes, Milderung des schroffen Wettbewerbes, wachsendes Vereinsvermögen, Verbreitung wissen-

schaftlicher Fachkenntnisse. Nach außen: Erfolgreiche (nicht immer) Vertretung bei den Behörden, gemeinsames Vorgehen gegen unlauteren Wettbewerb, Beteiligung an der Lösung wichtiger wirtschaftlicher Aufgaben, z. B. mit dem Bunde der Industriellen, dem er körperschaftlich angeschlossen ist, Bunde der Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler usw.

Schließlich sei noch erwähnt der

Verband deutscher Eishändler und -Fabrikanten.
Sitz: Dresden, Eliasstraße 27. — Vorsitzender: W. Kempf, Dresden, Eliasstraße 27. — Mitgliederzahl: 43 (1902).

Gegründet 1899. Zweck: Hebung der wirtschaftlichen und Standesinteressen.

Eine Gesamtvertretung des ganzen Nahrungsmittelgewerbes bezweckt der

Bund Deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler E. V. Sitz: Nürnberg, Rennweg 19. — Vorsitzender: Direktor Otto Pfäffle, München, in Firma Franz Kathrein's Nachf. G. m. b. H. — Geschäftsführender Beamter: Dr. R. Kayser, Vorstand der Zentralstelle in Nürnberg. — Mitgliederzahl: 602; davon 53 wirtschaftliche Körperschaften. — Etat: Einnahme p. 1906 16 450 M., Ausgabe p. 1906 14 250 M. — Publikationsorgan: „Deutsche Nahrungsmittel-Rundschau.“

Der Bund Deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler ist in einer Versammlung von Vertretern der Industrie und des Handels in Frankfurt a. M. am 19. Mai 1901 gegründet worden. Der Bund bezweckt die Wahrung der Interessen aller einzelnen Zweige der Industrie und des Handels, welche mit der Herstellung oder mit dem Vertriebe von Nahrungs- und Genußmitteln sowie von „Gebrauchsgegenständen im Sinne des Gesetzes vom 14. Mai 1879“ beschäftigen, bei voller Berücksichtigung aller gebotenen Interessen der konsumierenden Bevölkerung. (Zu solchen „Gebrauchsgegenständen“ gehören u. a. Spielwaren, Tapeten, Bunt- und Metallpapiere, Farben, Tuschkästen, Farbstoffe, Es-, Trink- und Kochgeschirre, Flüssigkeitsmaße, Druckvorrichtungen, Siphons, blei- und zinkhaltige Kautschukwaren, Konservenbüchsen, Metallfolien, Kosmetika, Parfümerien, Seifen, Petroleum.) Der Bund verfolgt seine Aufgabe u. a. durch Schaffung und Unterhaltung einer geschäftlichen Zentralstelle. Die Zentralstelle verfolgt alle Vorgänge und Erscheinungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung, welche Nahrungs- und Genußmittel sowie Gebrauchsgegenstände im Sinne des Gesetzes vom 14. Mai 1871 betreffen. Sie hat hierbei u. a. folgende Aufgaben: Die einzelnen Mitglieder von etwa drohender Schädigung ihrer Interessen und von sonstigen Unzukömmlichkeiten rechtzeitig zu benachrichtigen, insbesondere, wenn solche mit der Gesetzgebung oder Rechtsprechung im Zusammenhang stehen, gleichzeitig soweit als möglich Maßnahmen zu treffen, um derartigen Schädigungen vorzubeugen; Einleitung von Maßregeln zur Beseitigung bereits vorhandener Mißstände. Insbesondere gilt dies von Mißständen, die durch Vorgänge hervorgerufen werden, welche die soliden Händler und Fabrikanten, oder auch das Publikum zu schädigen geeignet sind.

In zahlreichen Fällen wurden Eingaben an die Reichsbehörden gemacht, in denen auf bestehende Mißstände im Verkehr mit Nahrungsmitteln hingewiesen und um Abhilfe gebeten wurde. Sie fanden auch zum Teil entsprechende Berücksichtigung. Durch den Bund sind in vielen

Fällen die Mitglieder über die Bedeutung gesetzlicher Bestimmungen sachgemäß aufgeklärt und dadurch vor Schädigungen bewahrt worden. Hierzu hat auch das vom Bunde im September 1905 herausgegebene „Deutsche Nahrungsmittel-Buch“ beigetragen, dessen zweite Ausgabe in Vorbereitung ist. Hierdurch sind auch den Organen der Nahrungsmittel-Kontrolle die Bedingungen bekannt gegeben worden, unter denen nach Ansicht der beteiligten Industrie- und Handelskreise im Einverständnis mit Vertretern der Wissenschaft Nahrungsmittel als handelsübliche, unverfälschte und nicht gesundheitsschädliche Waren gelten sollen.

Ein „Verband Deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandten Branchen“ ist 1907 in Berlin (Sitz: Weinstr. 22) zur „Wahrnehmung der Interessen des deutschen Großkaufmannsstandes“ gegründet worden.

Deutscher Tabak-Verein E. V. Sitz: Berlin; Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat A. Collenbusch, Dresden-N. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Jos. Schloßmacher, Frankfurt a. M., Hohenzollernplatz 12. — Unterabteilungen: Fachverbände: Rauchtakverband und Kautakverband; 13 Bezirks-Arbeitgeberverbände der Zigarrenfabrikation; angeschlossene Abteilungen: Abteilung I, Frankfurt a. O.; Abteilung II, Frankenberg i. S.; Abteilung III, Köln a. Rh.; Abteilung IV, Bremen; Abteilung V, Mannheim. — Mitgliederzahl: 1400. — Publikationsorgane: Zwanglose Mitteilungen: „Das Deutsche Tabakgewerbe“.

Der Verein bezweckt die Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Tabakgewerbes und die Erhaltung und Förderung eines kollegialen Verhältnisses der Mitglieder untereinander. Der Verein ist eine Fortsetzung der 1886 ins Leben getretenen Vereinigung deutscher Tabak- und Cigarren-Industriellen, wurde 1891/92 umgewandelt und umfaßt seit jener Zeit auch den Rohtabakhandel. Er hat sich in einer Reihe von Steuerkämpfen zum Besten des deutschen Tabakgewerbes bemüht. Die Zigarettensteuer der letzten Reichsfinanzreform hat aber eine Spaltung in dem Verein hervorgerufen. Die einzige richtige Stellung, welche der Deutsche Tabak-Verein vorher bei den geheimen Konferenzen und nachher bei dem Steuerkampfe selbst hätte einnehmen müssen, war nach Ansicht der im folgenden genannten Organisation der Zigarettenfabrikanten die, daß er gegen jede weitere Belastung irgend eines Zweiges des Tabakgewerbes hätte Stellung nehmen müssen. Er habe aber, um sich selbst zu retten, der Zigarettenindustrie zu einer Steuer verholten und werde nun wahrscheinlich an seinem eigenen Leibe das Sprichwort erfahren: „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“. Anfang 1906 sind alle größeren Zigarettenfabrikanten aus dem Deutschen Tabak-Verein ausgetreten. Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen.

Die Bezirksverbände, welche Arbeitgeberorganisationen darstellen, haben untereinander ein besonderes Kartell geschlossen.

Verband der Deutschen Zigaretten-Industrie. Sitz: Dresden-A., Ringstraße 18. — Vorsitzender: Hermann Schleicher, Direktor, Dresden-A., Große Plauensche Straße 8. — Geschäftsführender Beamter: Carl Greiert, Syndikus. — Unter-

abteilungen: Abteilung Sachsen, Sitz: Dresden; Vorsitzender: Julius Selowsky, Fabrikbesitzer, Dresden, Pillnitzer Straße 46. Abteilung Berlin mit Provinzen Sachsen und Brandenburg, Sitz: Berlin; Vorsitzender: Felix F. Hirsch, Hoflieferant, Berlin N, Linienstraße 158. Abteilung Süd-deutschland, Sitz: Frankfurt a. M.; Vorsitzender: Moritz Stern jun., Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstraße 100/104. Abteilung Schlesien-Posen, Sitz: Breslau; Vorsitzender: Generalkonsul Josef Przedecki, Breslau, Neudorfstraße 36. Abteilung Nordwestdeutschland, Sitz: Hamburg; Vorsitzender: Erwin Hirschfelder, Hamburg, Zollvereinsniederlage. — Mitgliederzahl: 140. — Etat: ca. 10 000 M. Der Jahresbeitrag wird durch Selbsteinschätzung festgestellt. Er beträgt: 1. für ordentliche Mitglieder mit Betrieben bis zu 20 Arbeitnehmern 12 M., 2. bis zu 30 Arbeitnehmern 20 M., 3. über 30 Arbeitnehmer 0,75 M. für jeden Arbeitnehmer; 4. für jede Zigaretten-Maschine mit einer Tagesproduktion bis zu 60 Mille 15 M., 5. mit einer Tagesproduktion über 60 Mille 30 M. Bei der Einschätzung sind unter Arbeitnehmern männliche und weibliche Fabrik- und Hausarbeiter zu verstehen. — Publikationsorgan: „Die Tabakwelt“, Dresden.

Der Verband der Deutschen Zigaretten-Industrie ist im Jahre 1906 hervorgegangen aus dem früheren Verband Deutscher Zigaretten-Fabriken, der ebenfalls in Dresden seinen Sitz hatte, und dem früheren Verein Deutscher Zigaretten-Fabrikanten zu Berlin. Während der frühere Berliner Verein nur einige Jahre bestanden hat, war der frühere Verband Deutscher Zigaretten-Fabriken, Sitz Dresden, im Jahre 1887 gegründet und seitdem aufrecht erhalten worden.

Der Verband bezweckt die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder. Um die ordentliche Mitgliedschaft kann sich jede deutsche Zigarettenfabrik bewerben. Zur außerordentlichen Mitgliedschaft kann jede Firma oder großjährige, verfügungsberechtigte, in Deutschland wohnhafte Person zugelassen werden, welche zu der deutschen Zigarettenindustrie als Hilfgewerbetreibende in Beziehungen steht. Die Stimmenzahl der ordentlichen Mitglieder richtet sich nach der Höhe der Beiträge. Zahlt ein Mitglied bis zu 20 M. Beitrag, so besitzt es eine Stimme, bei einem Beitrag über 20 M. bis 100 M. zwei Stimmen, für jede weiteren angefangenen 100 M. je eine Stimme mit der Beschränkung, daß kein Mitglied mehr als sechs Stimmen besitzt.

Den Anstoß zu dem Zusammengehen der beiden früheren Verbände in dem neuen Verbände gaben die Abwehrbestrebungen gegen das Zigarettensteuergesetz vom Jahre 1906. Besonders die Banderole wurde entschieden, aber vergeblich bekämpft. — Vom früheren Verband der Deutschen Zigaretten-Fabriken, Sitz Dresden, war ein Einigungsamt zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Verbandsmitgliedern geschaffen worden. Dieses Einigungsamt ist von der Sächsischen Abteilung des Verbandes übernommen worden, und der neue Verband tritt dafür ein, daß auch seine übrigen Abteilungen diese Einrichtung übernehmen.

Der Verband ist auch Arbeitgeberorganisation.

Auch die Detailhändler der Tabakbranche sind organisiert im:

Verband deutscher Zigarren- und Tabak-Ladeninhaber. Sitz: Hamburg, Neuburg 22. — Vorsitzender: A. Ehlefeldt, Altona. — Geschäftsführender Beamter: E. A. Hübner, Syndikus, Hamburg, Neuburg 22. — Unterabteilungen: 65 lokale Vereine der Zigarren-Ladeninhaber. — Mitgliederzahl: ca. 4000. — Etat: Einnahme: 8343.82 M. Ausgaben u. a.: Porto

und Unkosten in Werbeangelegenheiten 345.18 M., Bureauverwaltungs-kosten: a) persönliche Gehälter usw. 4017.55 M., b) sachliche Miete und Utensilien 1499.25 M. — Kassenbericht der Offiziellen Zeitung. Einnahme: 19172.25 M. Ausgabe: 19172.25 M. — Publikationsorgan: „Offizielle Zeitung der Deutschen Zigarrenladeninhaber“, Hamburg.

Gegründet 27. Mai 1900. Zweck: Die gemeinsamen geschäftlichen und Standesinteressen der deutschen Zigarren- und Tabak-Ladeninhaber nach allen Richtungen hin zu fördern und zu vertreten.

Der erste Anlaß zum Zusammenschluß der Zigarrenhändler waren die sozialpolitischen Gesetze über Ladenschluß und Sonntagsruhe. Die Abwehr dieser bildet heute noch eine der wichtigsten Aufgaben, besonders weil von gegnerischer Seite, speziell den Organisationen der Handelsgesellschaften, mit größtem Eifer und unter Aufwand großer Geldmittel gearbeitet werde, um diese Gesetzgebung noch wirksamer zu gestalten. Die Agitation der Zigarrenhändler wendet sich zurzeit nicht mehr gegen den Neun-Uhr-Ladenschluß, aber dagegen, daß der Ladenschluß auf eine noch frühere Stunde gelegt werde. Genau so liege es mit der Finschränkung der Verkaufszeit an Sonn- und Festtagen, an denen vor dem Jahre 1892 noch viele Zigarrenhändler einen ganz erheblichen Teil ihrer Einnahmen erzielten. Nur ein ganz geringer Teil der Zigarrenhändler, nachweislich noch nicht fünf Prozent, arbeite mit Angestellten.

Weitere Aufgaben sieht der Verband in der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, der Konsumvereine, der Warenhäuser und Großfilialen.

Ein Gegenstand, welcher augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, ist der Kampf gegen die Preisschleuderei in bekannten Zigarettenmarken, der schon seit Jahren geführt wird, in welchem aber im Jahre 1906 zum ersten Male ein umfassender Versuch gemacht worden ist. Der erste Schritt zur Bekämpfung der Preisschleuderei war eine Konvention, welche mit einer Anzahl von deutschen Zigarettenfabrikanten abgeschlossen wurde. Es hat sich aber gezeigt, daß sie nicht ausreichend ist, ein Übel auszurotten, welches sich unter den Zigarettenhändlern seit Jahren eingebürgert hat. Eng damit zusammen hängt die Frage, zu welchem Preise die Grossisten an Private und Wirte verkaufen dürfen, um nicht den Händlern durch Unterbietung Schaden zu tun. Das direkte Liefern der Fabrikanten an Friseure, Drogisten, Grünwarenhändler, Wirte usw. ist ein Punkt, hinsichtlich dessen der Verband schon manches erreicht hat. An den Steuerkämpfen des Jahres 1906 nahm der Verband regen Anteil.

Die offizielle Zeitung des Verbandes hält die Mitglieder auch auf dem Laufenden über den Kampf, welchen die deutschen Zigarrenhändler gegen das Eindringen des amerikanischen Tabaktrusts zu führen gezwungen sind. Es sei erstaunlich, wie wenig noch die Zigarrenhändler, welche nicht der Organisation angehören, über diesen wichtigsten Punkt orientiert sind. Der Kampf gegen den englisch-amerikanischen Tabaktrust war bisher das stete Bestreben des Verbandes. „Das Ziel des Trusts ist bekanntlich die Monopolisierung der Fabrikation und des Handels in seiner Hand. In Amerika und England ist ihm dies in so ausgedehntem Maße gelungen, daß die Mehrzahl der dortigen Zigarrenhändler ihre kaufmännische Selbständigkeit verloren hat, und nicht mehr bedeuten als Angestellte des Tabaktrusts. Nur der Zusammenschluß der Händler kann wirksam dem Eindringen des Trusts Halt gebieten, mit der Industrie allein würden die Millionen des Trusts bald fertig werden.“

XXI.

Graphisches und Kunst-Gewerbe, Buchhandel, Photographie.

Vereinigung der Schriftgießerei-Besitzer. Sitz: Frankfurt a. Main, Eiserne Hand 12. — Vorsitzender: Stadtrat Heinrich Flinsch, Frankfurt a. Main. — Geschäftsführender Beamter: M. Weber. — Unterabteilungen: Kreisverein I Berlin, Vorsitzender: Emil Borchardt, Berlin; Kreisverein II Leipzig, Vorsitzender: Dr. V. Klinkhardt, Leipzig. — Mitgliederzahl: 37. — Etat: Einnahmen 7200 M., Ausgaben 5100 M.

Die Vereinigung wurde am 16. März 1903 begründet, nachdem lokale Vereine schon früher in den Hauptgießstädten Berlin, Leipzig und Frankfurt a. Main ins Leben gerufen worden waren.

Die Vereinigung bezweckt die Zusammenfassung des deutschen Schriftgießereigewerbes und die gemeinsame Förderung und Vertretung seiner Interessen. Es wurden besonders angestrebt: Allgemein gültige Grundsätze für den Verkehr mit den Abnehmern und den Mitgliedern untereinander; Vereinbarungen über vorteilhafte Regelung der Produktion, des Absatzes und der Preise; Einflußnahme auf etwaige Ausschreitungen im geschäftlichen Wettbewerb; Schlichtung von Streitigkeiten, die zwischen den Mitgliedern oder zwischen diesen und den Abnehmern entstehen; Ordnung und Befestigung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere durch Feststellung und Durchführung eines deutschen Schriftgießerei-Lohntarifs. Mitglied des Handelsvertragsvereins und des Bundes der Industriellen.

Außer der Schriftgießereivereinigung kommen für ihre Abnehmer, die Buchdrucker, als Produzentenorganisationen noch die an anderer Stelle geschilderten Vereinigungen der Farben- und der Papierfabriken sowie die „Vereinigung deutscher Schnellpressenfabriken“ in Augsburg, Vorsitzender: Richard Butz, in Betracht.

Die Buchdruckereien selbst sind organisiert im

Deutschen Buchdrucker-Verein. Sitz: Leipzig. — Vorsitzende: 1. vacat. 1. Stellvertreter Buchdruckereibesitzer Wilhelm Bär, in Firma Bär & Hermann, Leipzig; 2. Stellvertreter Buchdruckereibesitzer Eugen Mahlau, in Firma Schirmer & Mahlau, Frankfurt a. M. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Franz Kohler, Leipzig. — Unterabteilungen: Kreis I umfaßt die Provinz Hannover (ohne die Elbinseln), das Groß-

herzogtum Oldenburg (ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck), das Herzogtum Braunschweig, die freie Stadt Bremen und Gebiet, die Fürstentümer Lippe-Schaumburg, Lippe-Deimold und Pyrmont und den Kreis Rinteln; Vorsitzender: Dr. Friedrich Jänecke, in Firma Gebrüder Jänecke, Königliche Hofbuchdruckerei, Hannover. Kreis II umfaßt die Rheinprovinz (ohne die Hohenzollernschen Lande und den Kreis Wetzlar), die Provinz Westfalen und das Fürstentum Birkenfeld; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer A. Neven-Du Mont-Schauberg, Köln a. Rh. Kreis III umfaßt die Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Rinteln und Schmalkalden), das Fürstentum Waldeck (ohne Pyrmont), das Großherzogtum Hessen (ohne Wimpffen) und den Kreis Wetzlar; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer Eugen Mahlau, in Firma Schirmer & Mahlau, Frankfurt a. M. Kreis IV a umfaßt das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden, die Hohenzollernschen Lande, die Pfalz und Wimpffen; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer Eugen Rieger, in Firma Stähle & Friedel, Stuttgart. Kreis IV b umfaßt das Reichsland Elsaß-Lothringen; Vorsitzender: Kommerzienrat Dr. J. Neven-Du Mont, in Firma M. Du Mont-Schauberg in Straßburg i. Elsaß. Kreis V umfaßt das Königreich Bayern (ohne die Pfalz); Vorsitzender: Kommerzienrat Hans Oldenbourg, in Firma R. Oldenbourg, München. Kreis VI umfaßt das Großherzogtum Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg und Anhalt, die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ä. L. und j. L., die Provinz Sachsen und den Kreis Schmalkalden; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer Wilhelm Karras, in Firma Ehrhardt Karras, Halle a. S. Kreis VII umfaßt das Königreich Sachsen; Vorsitzender: Otto Säuberlich, in Firma Oskar Brandstetter, Leipzig. Kreis VIII umfaßt die Städte Berlin und Charlottenburg; Vorsitzender: Kommerzienrat Georg Büxenstein, in Firma W. Büxenstein, Berlin SW. Kreis IX umfaßt die Provinz Schlesien; Vorsitzender: Max Neusch, in Firma Buchdruckerei Wilh. Gottl. Korn, Breslau I. Kreis X umfaßt das Hamburger Staatsgebiet, die Elbinseln, die Provinz Schleswig-Holstein und das Herzogtum Lauenburg, die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, die freie Stadt Lübeck und Gebiet und das Fürstentum Lübeck; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer H. O. Persiehl, Hamburg. Kreis XI umfaßt die Provinzen Pommern und Brandenburg (ohne Berlin und Charlottenburg); Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer M. Bauchwitz, Stettin. Kreis XII umfaßt die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen; Vorsitzender: Buchdruckereibesitzer Bruno Merzbach, in Firma Merzbachsche Buchdruckerei, Posen. Jeder der Kreise besteht aus mehreren Bezirksvereinen. — Mitgliederzahl: 4350 mit 43 000 beschäftigten Gehilfen. — Etat: Bei einem Kassenbestande von 22761,19 M. betrugen die Gesamteinnahmen 51 583,65 M., die Ausgaben 49 380 M., so daß sich ein Überschuß von 2203,65 M. ergibt. Das Vereinsvermögen stellt sich demnach auf 24 964,84 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe“. Herausgegeben vom Deutschen Buchdrucker-Verein. Erscheint wöchentlich zweimal. Verantwortlicher Schriftleiter: Ernst Wiener, Leipzig. Auflage 9100.

Bei der besonderen Stellung, die der Verein in der modernen Arbeitgeberorganisation einnimmt, ist eine etwas ausführlichere Betrachtung seiner Entwicklung angebracht.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein wurde am 15. August 1869 auf einer Versammlung von Buchdruckereibesitzern in Mainz zur Wahrnehmung

der Interessen der Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe gegenüber der seit 1866 bestehenden Gehilfenorganisation gegründet. Er erstreckt sich über das ganze Reich.

Der erste größere Zusammenstoß mit dem Gehilfenverbande erfolgte 1873, als dieser einen auf Alphabetberechnung beruhenden Normaltarif für ganz Deutschland forderte. Es kam in Leipzig zum Streik und in Deutschland zur Aussperrung der Verbandsmitglieder (ca. 2000 Personen). Vereint wurde schließlich von beiden Teilen ein Lohn tarif nach Alphabetberechnung mit Minimallohnsätzen und zehnstündiger Arbeitszeit.

Anfang der neunziger Jahre kam es infolge Agitation der Gehilfen für neunstündige Arbeitszeit zu einem ganz Deutschland (außer Elsaß-Lothringen, Rheinland und Westfalen) umfassenden großen Streik (8000 bis 10000 Personen). Der Streik begann am 30. Oktober 1891 und endete am 16. Januar 1892 mit der Niederlage der Gehilfen.

Nachdem der Gehilfenverband infolge des Streiks sich von der Tarifgemeinschaft losgesagt hatte, beschloß der Deutsche Buchdrucker-Verein, der damals 1390 Mitglieder (mit 12000—14000 beschäftigten Gehilfen) zählte, auf seiner Hauptversammlung in Breslau im Juni 1892 die Aufrechterhaltung und selbständige Weiterführung des bis dahin bestandenen Lohn tarifs, die Errichtung einer Unterstützungskasse für arbeitslose Gehilfen und offizieller Arbeitsnachweisungsbureaus an den Hauptdruckorten. An diesen richtete er auch Fachschulen für Lehrlinge ein.

Im Jahre 1896 wurde auf Ersuchen der Gehilfen die Tarifgemeinschaft wieder hergestellt und auf Antrag der Leipziger Prinzipale die heute bestehende Tariforganisation mit dem Tarifamt, das seinen Sitz in Berlin hat, geschaffen. Durch den Deutschen Buchdrucker-Verein ist damals der Grund gelegt worden zu der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe, die aus den Prinzipalen und Gehilfen aller den Tarif anerkennenden deutschen Buchdruckereien besteht. Der Deutsche Buchdrucker-Tarif ist seitdem jedesmal vor Ablauf der festgesetzten Gültigkeitsdauer durch Verhandlungen zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern über die beiderseitigen Änderungsanträge erneuert worden.

Mit dem fortwährenden Steigen der Zahl der Buchdruckereien, die den Tarif anerkennen, ist auch die Mitgliederzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins von 277 im Jahre 1885 auf 1390 im Jahre 1892 und jetzt 4350 Mitglieder gewachsen.

Seinen stark erweiterten Einfluß hat der Verein in verschiedener Hinsicht zugunsten seiner Mitglieder und des Buchdruckgewerbes zur Geltung gebracht. So sind außer durch Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen und der damit zusammenhängenden Feststellung einer Skala für Setzer- und Druckerlehrlinge auch die besonders für größere Druckorte als Ursache für Betriebsstörungen durch Arbeitseinstellungen in Betracht kommenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter durch allgemeine und lokale Bestimmungen geregelt worden.

Das Ehren- und Schiedsgericht mit seiner Berechnungsstelle für Druckarbeiten schlichtet und entscheidet bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern unter sich und in ihrem Verkehr mit Auftraggebern und Lieferanten. Es wird auch öfters zur Abgabe von Gutachten in Anspruch genommen.

Der dem Verein angegliederte „Buchgewerbliche Schutzverband“ schützt durch eine allmonatlich in den „Vertraulichen Mitteilungen“ erscheinende Schuldnerliste und mancherlei Aufklärungen die Mitglieder vor Verlusten durch unvorsichtige Kreditgewährung und hat durch sein Mahnverfahren zahlreiche, bereits als verloren betrachtete Forderungen ganz oder teilweise eingetrieben. Die Auskunft des Schutzverbandes erteilt Kreditauskünfte über Personen und Firmen.

Viel hat der „Deutsche Buchdrucker-Verein“ auch durch Anregungen zu geschlossenem Vorgehen bei Erhöhungen von Druck-, Abonnements- und Inseratenpreisen genutzt und die hierzu erforderliche, nicht selten sehr schwierige Verständigung zwischen konkurrierenden Firmen erreichen können. Ebenso hat der Verein einzelne Mitglieder oder Gruppen von Mitgliedern, die bei Geltendmachung von Mehrforderungen für Drucklieferungen an Behörden oder bei Vorstellungen gegen Bedrückungen durch gewerbeschädigende Konkurrenz, z. B. Herstellung von Druckarbeiten in Strafanstalten, allein nichts auszurichten vermochten, nachdrücklich durch entsprechende Eingaben an die Ministerien und andere Stellen unterstützt. Besonders wenn es sich darum handelt, an die Stelle störender Ungleichheiten einheitliche Normen zu setzen, hat der Verein wiederholt mit Erfolg gewirkt.

Eine für die Mitglieder des Vereins und das Buchdruckgewerbe Nutzen bringende Einrichtung ist auch die Feuerversicherungs-Genossenschaft Deutscher Buchdrucker, weil die gesonderte Versicherung der Druckereien für diese in mehrfacher Hinsicht von Vorteil ist.

Über ein Hauptwerk des Deutschen Buchdrucker-Vereins aus der neuesten Zeit ist noch folgendes mitzuteilen:

Im Laufe der letzten zehn Jahre haben die Gehilfenlöhne mit Einrechnung der Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung um rund 30 Prozent erfahren. Diese Lohnerhöhung entspricht der statistisch nachgewiesenen Verteuerung der Lebenshaltung. Durch das Zugeständnis erhöhter Löhne, „mit welchem nicht nur ein Gebot der Billigkeit erfüllt, sondern eine die weitesten Kreise in Mitleidenschaft ziehende allgemeine Arbeitseinstellung im Buchdruckgewerbe verhütet wurde“, und weiter durch vergrößerte und neuhinzugekommene Lasten wurde der Kostenaufwand für die Unternehmer der Buchdruckereibetriebe in einem Maße gesteigert, daß auf einen Ausgleich Bedacht genommen werden mußte. Eine allgemeine Erhöhung der ohnehin infolge verschiedener Ursachen „auf einen für die gesunde Fortentwicklung des Buchdruckgewerbes bedenklichen Tiefstand“ herabgesunkenen Druckpreise war hierzu der einzige gangbare Weg. Zur Schaffung einer sicheren Grundlage für eine sowohl den Buchdruckereien wie den Verbrauchern ihrer Erzeugnisse gerecht werdende Regelung der Druckpreise wurde zunächst eine das ganze Reich umfassende Erhebung über die gesamten Betriebskosten vorgenommen. Sodann wurde von einer Kommission des Deutschen Buchdrucker-Vereins unter Mitwirkung aller deutschen Buchdruckereibesitzer und unter Zuziehung von Vertretern der Gehilfenschaft der im September 1907 erschienene Deutsche Buchdruck-Preistarif ausgearbeitet. Der zwischen den Organisationen der Prinzipale und Gehilfen abgeschlossene Tarifvertrag verbürgt nicht nur die Einhaltung der beiderseitig mit dem Lohn tariff übernommenen Verpflichtungen, sondern es sind durch diesen Vertrag auch die erforderlichen Sicherheiten für die nach und nach erfolgende allgemeine Ein- und Durchführung des Druckpreise-Tarifs geschaffen. Wie das Tarifamt und die demselben untergeordneten Organe über die Einhaltung des Lohn tariffs zu wachen und in Streitfällen zu entscheiden haben, so bilden das am Sitze des Deutschen Buchdrucker-Vereins geschaffene Berechnungsamt und die an den Kreisvororten bestehenden Berechnungsstellen die Organe, welchen hinsichtlich des Druckpreise-Tarifs die gleiche Aufgabe zufällt.

Diejenigen Buchdruckereibesitzer, welche mit der Tarifpolitik des Deutschen Buchdruckervereins, insbesondere mit dem (jetzt gemilderten) bekannten § 4 des Lohn tariffvertrages, nicht einverstanden sind, haben sich September 1906 zusammengeschlossen im:

Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe. Sitz: Berlin, Wallstr. 17/18. — Vorsitzender: Fr. Zillessen, Berlin. — Mitgliederzahl: 147. — Publikationsorgan: „Mitteilungen“.

Der Arbeitgeberverband hat bisher folgende Schriften veröffentlicht: Nr. 1. G. Dasbach, Reichs- und Landtagsabgeordneter, Soll das deutsche Buchdruckgewerbe und damit die deutsche Presse und Literatur von der Sozialdemokratie abhängig werden? Nr. 2. Denkschrift des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe an die hohen Staatsregierungen, die Mitglieder der Parlamente, die Kommunalverwaltungen und alle vaterlandsliebenden Staatsbürger. Nr. 3. Der Kampf um die Koalitionsfreiheit. Weitere Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe. Nr. 4. Die Begünstigung der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe. — In der Einleitung zur letztgenannten Schrift heißt es charakteristisch: „Aus Liebe zum Gewerbe, zu Volk und Vaterland sind nachfolgende Zeilen geschrieben. Der weitverbreiteten Ansicht, daß die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe nach allen Seiten hin segensreich wirke und gewissermaßen für alle Gewerbe vorbildlich sei, muß endlich entgegengetreten werden. Gewiß haben die Schöpfer des Tarifs aus edlen Motiven und bester Absicht heraus gehandelt. Auch soll die selbstlose und aufopfernde Mühe- waltung, die sie auf dies in gewissem Sinne großartige Werk verwandt haben, in vollem Maße anerkannt werden. Allein der Weg, den sie eingeschlagen haben, war von Anfang an nicht fehlerfrei, und er hat sich je länger je mehr als verhängnisvoll erwiesen. Von der „Begünstigung der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe“ handelt die vorliegende Schrift. Der Titel besagt nicht und will nicht besagen, daß diese Begünstigung seitens der in Betracht kommenden Arbeitgeber von Anfang an beabsichtigt gewesen sei. Aber das Werk, das sie geschaffen, hat je länger je mehr einen solchen Charakter gewonnen und wirkt fort und fort in der genannten Richtung. Nachdem uns dies klar geworden, ist es unsere wahrlich nicht angenehme Pflicht, uns zu der gewonnenen und nicht mehr abzuweisenden Erkenntnis offen und mutig vor aller Welt zu bekennen. Uns als nationalgesinnten Arbeitgebern ist es nicht möglich, eine Entwicklung, die unvermeidlich unserem Volk und Vaterland auf die Dauer die schwersten Wunden schlagen wird, zu befördern. Auch soll es an Opferwilligkeit und Tatkraft unsererseits nicht fehlen, um wenigstens in einem Teil unseres Gewerbes der alles verheerenden Macht der Sozialdemokratie einen festen Damm entgegenzustellen.“

Erwähnt wurde schon der

Buchgewerbliche Schutzverband in Leipzig. Sitz: Leipzig. (Unterabteilung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.) — Geschäftsführender Beamter: Franz Kohler, Leipzig. — Mitgliederzahl: 1040. — Publikationsorgan: „Vertrauliche Mitteilungen“ nebst Schuldnerliste.

Gegründet 1898. Zweck: Die Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder gegenüber Personen und Firmen, die Verbandsangehörige in unlauterer und betrügerischer Weise geschädigt haben oder zu schädigen beabsichtigen. Dies soll geschehen: durch außergerichtliche Beitreibung von Forderungen; durch Vermittelung von Rechtsschutz; durch Auskunft- erteilung über die geschäftlichen und finanziellen Verhältnisse der mit den Mitgliedern des buchgewerblichen Schutzverbandes in geschäftlichen

Verkehr tretenden Personen und Firmen; — durch Führung und Bekanntgabe einer Liste derjenigen Schuldner, die im gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren nicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen den Mitgliedern des buchgewerblichen Schutzverbandes gegenüber zu veranlassen waren.

In nahen Beziehungen zum Deutschen Buchdrucker-Verein stehen folgende Spezialorganisationen:

Verband Deutscher Steindruckereibesitzer. Sitz: Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus. — Vorsitzender: Wilhelm Loewenheim. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. jur. Stein. — Unterabteilungen. 1. Nordwest (Hannover); 2. Rheinland-Westfalen (Köln a. Rh.); 3. Main (Frankfurt a. M.); 4. Südwest (Stuttgart); 5. Bayern (Nürnberg); 6. Thüringen (Halle); 7. Sachsen (Leipzig); 8. Brandenburg (Berlin); 9. Nordost (Breslau). — Mitgliederzahl: 890. — Etat: 18000 M. — Publikationsorgan: „Deutsches Steindruckgewerbe“. Expedition: Gustav Jährg, Leipzig-Stötteritz. Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. M. Wagner, Berlin NW 6.

Ursprünglich gegründet 1900. Zweck: Förderung der materiellen und geistigen Interessen der Steindruckereibesitzer des Deutschen Reichs und der verwandten Geschäftszweige sowohl der Arbeitgeber als der von diesen beschäftigten Arbeitnehmer. Bis zum Jahre 1907 bestand ein „Verein Deutscher Steindruckereibesitzer“ in Leipzig und ein „Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer“ (als reiner Arbeitgeberverband) in Berlin; sie haben sich unter Beibehaltung der bisherigen Aufgaben in den obigen Verband am 16. November 1907 verschmolzen, der wesentlich Arbeitgeberverband ist.

Gleiche Bestrebungen wie der Buchdruckerverein haben die (allerdings viel kleineren) Verbände: Bund der chemographischen Anstalten Deutschlands (Berlin); Bund der Lichtdruckanstalten Deutschlands (Leipzig), Vereinigung der Besitzer xylographischer Anstalten, alle 1903 gegründet.

Verein der Leipziger Notendruckereien. Sitz: Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Dolzstraße 1. — Vorsitzender: Karl Reichel, in Firma C. G. Röder G. m. b. H., Leipzig. — Mitgliederzahl: 7. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe“.

Der Verein der Leipziger Notendruckereien wurde im Jahre 1900 zu dem Zwecke gegründet, auf die Erzielung besserer Preise einzuwirken und ein Gegengewicht auf die Gehilfenorganisation auszuüben. Beides ist auch erreicht worden: die Preise sind zufriedenstellend geregelt und kurz nach der Gründung ist es gelungen, einen Lohntarif abzuschließen, der auch bei den wenigen außerhalb Leipzigs bestehenden Betrieben Geltung erlangt hat. Dieser Tarif ist am 1. Januar 1906 bis zum 30. Juni 1909 erneuert. Die sieben dem Verein als Mitglieder angehörenden Leipziger Notendruckereien beschäftigen rund 330 Notenstecher- und rund 220 Notendrucker-Gehilfen.

Der Sitz all der genannten Vereine, das Deutsche Buchgewerbehaus, wird erhalten durch den

Deutschen Buchgewerbeverein. Sitz: Leipzig, Dolzstraße 1 (Buchgewerbehaus). — Vorsitzender: Dr. Ludwig Volkmann, in Firma Breitkopf & Härtel, Leipzig, Sternwartenstraße 22. — Geschäftsführender Beamter: Arthur Woernlein, Leipzig, Dolzstraße 1 (Buchgewerbehaus). — Mitgliederzahl: 747.

Gegründet am 29. Oktober 1884. Zweck: Förderung des gesamten Buchgewerbes unter Ausschluß aller sozialpolitischen Bestrebungen, insbesondere soll ein erhöhter Einfluß der bildenden Künste auf das Buchgewerbe herbeigeführt werden. Der Verein erstreckt seine Tätigkeit auf das Buchgewerbe des ganzen deutschen Sprachgebiets. Zur Erreichung dieses Zweckes dient Errichtung und Erhaltung des Deutschen Buchgewerbehauses als Vereinigungsstelle für die einzelnen Zweige des buchgewerblichen Vereinswesens; Pflege des buchgewerblichen Ausstellungswesens durch beständige und zeitweise Ausstellungen im Deutschen Buchgewerbehaus, Veranstaltungen von Wanderausstellungen und Herbeiführung genossenschaftlicher Beteiligung des deutschen Buchgewerbes an in- und ausländischen Fachausstellungen und Weltausstellungen; Weiterentwicklung und Nutzbarmachung des vom Verein begründeten Deutschen Buchgewerbemuseums, verbunden mit Fachbibliothek, Lesezimmer, Zeichen- und Vortragssälen; Herausgabe einer allen Zweigen des Buchgewerbes dienenden Vereinszeitschrift (Archiv für Buchgewerbe); Errichtung einer buchgewerblichen Hochschule, womöglich unter Anlehnung an die Königl. Kunstakademie in Leipzig.

Die Buchhändler haben ihre zentrale Organisation gefunden im

Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Sitz: Leipzig, Hospitalstraße 11 (Deutsches Buchhändlerhaus). — Erster Vorsteher: Dr. Ernst Vollert, in Firma Weidmannsche Buchhandlung, Berlin SW 68, Zimmerstraße 94. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Dr. iur. Alex. Orth, Syndikus. — Unterabteilungen: 1. Kreisverein Ost- und Westpreußischer Buchhändler; 2a. Buchhändlerverein der Provinz Brandenburg; 2b. Verband der Buchhändler Pommerns; 3. Posener Provinzial-Buchhändler-Verband; 4. Provinzial-Verein der Schlesischen Buchhändler; 5. Sächsisch-Thüringischer Buchhändlerverband; 6. Buchhändlerverband „Kreis Norden“; 7. Buchhändlerverband Hannover-Braunschweig; 8. Kreisverein der Rheinisch-Westfälischen Buchhändler; 9. Kreisverein Mecklenburgischer Buchhändler; 10. Mitteldeutscher Buchhändler-Verband E. V.; 11. Bayerischer Buchhändlerverein; 12. Buchhändler-Verband für das Königreich Sachsen; 13. Württembergischer Buchhändler-Verein; 14. Badisch-Pfälzischer Buchhändler-Verband E. V.; 15. Elsaß-Lothringischer Buchhändlerverein; 16. Vereinigung der Berliner Mitglieder des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler; 17. Verein der Buchhändler zu Leipzig; 18. Verein der österreichisch-ungarischen Buchhändler in Wien; 19. Schweizerischer Buchhändler-Verein; 20. Verein der Deutschen Musikalienhändler; 21. Deutscher Verlegerverein; 22. Verein Leipziger Kommissionäre; 23. Verein Dresdner Buchhändler; 24. Verein der Buchhändler in Frankfurt a. M.; 25. Münchener Buchhändler-Verein E. V.; 26. Wiesbadener Buchhändler-Verein; 27. Hamburg-Altonaer Buchhändler-Verein. — Mitgliederzahl: 3437. —

Etat: Ausgaben u. a.: Bibliothek 16981 M., Drucksachen 3628,38 M., Geschäftsstelle, Verwaltung, Schreibmaterialien, Porti usw. 5409,14 M., Gehälter 12391 M., Miete 1000 M., Grundstückverwaltung 15949,28 M., Unterstützungen und Beiträge, Unterstützungsverein 15 000 M., Allgemeiner Deutscher Buchhandl.-Geh.-Verband 5000 M., Deutscher Buchgewerbeverein 2000 M., Internationaler Verlegerkongreß 2000 M., Sa. 150 539,94 M. Einnahmen u. a.: Adreßbuch 5777,27 M., Aufnahmegebühren 6840 M., Börsenblatt 84396,47 M., Jahresbeiträge 20022 M., Zinsen 28982,87 M., Sa. 150 539,94 M. — Publikationsorgan: „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel.“

Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig ist Kantate 1825 gegründet worden. Er bildet eine Genossenschaft mit juristischer Persönlichkeit. Der Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung des Wohles, sowie die Vertretung der Interessen des Deutschen Buchhandels und seiner Angehörigen im weitesten Umfange.

Als Aufgaben und Erfolge sind zu nennen: Der Börsenverein unterhält eine umfangreiche Fachbibliothek, die die Aufgabe hat, alles auf die Geschichte des Buches und Buchhandels und seine rechtlichen Verhältnisse bezügliche, desgl. auch die für den Verkehr der Buchhändler bestimmten Papiere, wie Geschäftsrundschreiben, Kataloge, Prospekte und dergl. zu sammeln, zu ordnen und nutzbar zu machen. Er unterhält ferner amtliche Stellen in New York und London zur Erleichterung der Erlangung und Durchführung des Urheberrechtsschutzes in den betr. Staaten.

Der Börsenverein hat im Laufe der Zeit eine große Bedeutung für die Ordnung des buchhändlerischen Verkehrs erlangt. In dieser Beziehung sind die Satzungen des Börsenvereins zu erwähnen. Weiter kommt in Betracht die in der Ostermesse 1888 beschlossene und 1891 bzw. 1898 revidierte Verkehrsordnung sowie die Ostermesse 1897 beschlossene Restbuchhandelsordnung. Besonders hat der Börsenverein sich auch um die Entwicklung der einschlagenden Gesetzgebung verdient gemacht, namentlich um das Zustandekommen der Gesetze: 1. betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken vom 11. Juni 1870; 2. betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901; 3. über das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901, für das er in seiner Verlagsordnung die Grundlagen geschaffen hatte; und 4. betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie vom 9. Januar 1907.

Der Börsenverein regte ferner die Gründung der Berner Literaturkonvention vom 9. September 1886 zum Schutze der Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst an.

Auf die beiden Spezialvereine unter den ihm angeschlossenen Organisationen sei noch kurz eingegangen:

Verein der Deutschen Musikalienhändler zu Leipzig. Sitz: Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Dolzstraße 1. — Vorsitzender: Carl Linnemann, Mitinhaber der Firma C. F. W. Siegels Musikalienhandlung (R. Linnemann), Leipzig, Dörrienstraße 13. — Geschäftsführender Beamter: Karl Hesse. — Mitgliederzahl: 437. — Publikationsorgan: „Musikhandel und Musikpflege, Mitteilungen des Vereins der Deutschen Musikalienhändler zu Leipzig“; „Wahlzettel für den Musikalien- und Buchhandel (Vereins-Wahlzettel) und die damit verbundenen Gewerbe“. Redakteur für beide Organe: Karl Hesse, Geschäftsführer.

Der Verein, gegründet am 23. Mai 1829, bezweckt die Pflege der musikalienhändlerischen Angelegenheiten. Er tritt für die Besonderheiten des deutschen Musikalienhandels ein und ist bestrebt, als Organ des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, den Börsenverein der Deutschen Buchhändler, dessen allgemeine Einrichtungen ihm wesentlichen Nutzen bringen, in jeder Weise zu fördern. Er bildet eine Genossenschaft mit dem Rechte der juristischen Person. Der Verein erbietet sich zur friedlichen Schlichtung ihm von beiden Parteien zur Entscheidung übergebener Rechtsstreitigkeiten. Er ordnet die von den Bräuchen des Buchhandels abweichenden Verlags-, Verkehrs- und Betriebsverhältnisse des Musikalienhandels. Seine „Rabattbestimmungen“ setzen die zulässigen Lieferungsbedingungen an das Publikum fest. Durch Herausgabe eines Verzeichnisses der Musikalienhandlungen, die mit der Mehrzahl der Verlegermitglieder des Vereins in Verbindung stehen und ihre Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt haben (Firmenliste), soll der Verkehr zwischen Verlegern und Sortimentern erleichtert werden. Die Durchführung und Kräftigung des Urheberschutzes für Musikalien sucht der Verein auf Grund der deutschen Gesetzgebung und der völkerrechtlichen Staatsverträge über Urheberschutz in mannigfacher Weise zu erfüllen. Er erläßt öffentliche Verwarnungen vor Nachdruck, veröffentlicht Gutachten musikalischer Sachverständiger und grundsätzlich wichtige Rechtsentscheidungen über musikalisches Urheberrecht, und führt solche Entscheidungen herbei, indem er betroffene Mitglieder veranlaßt, gemeinsam und einheitlich vorzugehen.

Auch besteht ein Deutscher Musikalien-Verleger-Verein (Sitz: Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Dolzstraße 1), der aber nicht zum Börsenverein gehört. Die Geschäfte des Vereins werden von der Geschäftsstelle des Vereins der Deutschen Musikalienhändler besorgt.

Für die Musikalienverleger bzw. -Händler sind ferner folgende Organisationen besonders wichtig: „Verein der Musikinstrumenten-Fabrikanten, Gera, R. j. L.“, „Genossenschaft Deutscher Tonsetzer, Berlin“, „Deutscher Musikerverband, Berlin“, und „Deutscher Musikdirektorenverband, Leipzig“.

Dem Börsenverein angeschlossen ist ferner

Deutscher Verlegerverein. Sitz: Leipzig, Gutenbergstraße 7 II. — Vorsitzender: Kommerzienrat Carl Engelhorn, Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: Oswald Wagner, Leipzig. — Mitgliederzahl: 592 mit 632 Firmen. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Deutschen Verlegervereins“. Nur zum eigenen Gebrauch der Vereinsmitglieder als Manuskript gedruckt. Erscheinen nach Bedarf.

Der Deutsche Verlegerverein wurde am 22. November 1886 in Frankfurt a. M. gegründet. Er bezweckt die Standes- und Berufsinteressen des gesamten deutschen Verlagsbuchhandels nach außen und innen im weitesten Sinne zu vertreten und zu fördern, sowie für Ordnung und Pünktlichkeit im Verkehr mit dem Sortimentsbuchhandel auf Grund der „Buchhändlerischen Verkehrsordnung“ zu sorgen (§ 1 der Satzung). Der Verein besitzt die Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung.

Die „Deutsche Verlegerkammer“ (gegründet 1899) ist, nachdem sich die Berliner, Leipziger und Stuttgarter Verlegervereine aufgelöst und mit dem Deutschen Verlegerverein verschmolzen haben, ebenfalls aufgelöst worden. Es besteht also nur noch der „Deutsche Verlegerverein“, der die Interessen des gesamten deutschen Verlagsbuchhandels im weitesten Sinne vertritt.

Ebenfalls in engen Beziehungen zum Börsenverein steht der

Verband der Kreis- und Ortsvereine im deutschen Buchhandel. Sitz: Köln a. Rh. — Vorsitzender: Bernhard Hartmann, Elberfeld. — Geschäftsführender Beamter: Alex Ganz, in Firma M. Lengfeldsche Buchhandlung, Köln a. Rh. — Mitgliederzahl: 2159 (sämtlich Mitglieder des Börsenvereins).

Gegründet 1879. Zweck: Förderung der besonderen geschäftlichen Aufgaben der verschiedenen Geschäftszweige des deutschen Buchhandels, Wahrung örtlicher Interessen und Unterstützung des Börsenvereins in seiner Vertretung der allgemeinen Interessen des deutschen Buchhandels.

Angeschlossen 26 lokale Buchhändlervereine.

Schließlich ist noch zu erwähnen der

Zentralverein deutscher Kolportagebuchhändler. Sitz: Berlin W 57, Steinmetzstraße 11 (Geschäftsstelle der deutschen Kolportagezeitung). — Vorsitzender: Karl Schöps, Buchhändler, Berlin NO 55, Belforter Straße 10. — Geschäftsführender Beamter: Fr. Müller, Berlin W 57, Steinmetzstraße 11. — Mitgliederzahl: 610 (185 Einzelmitglieder und 425 indirekte Mitglieder durch die Lokal- bzw. Ortsvereine. — Publikationsorgan: „Die deutsche Kolportagezeitung“.

Gegründet am 29. Juni 1886. Zweck: Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen des deutschen Kolportagebuchhandels unter Ausschluß politischer und religiöser Tagesfragen. Mit dem Verein ist eine freiwillige Unterstützungs- und Sterbekasse für Kolportagebuchhändler verbunden.

Angeschlossen 19 lokale oder provinzielle Vereine.

Eine selbständige Organisation besitzen die Zeitungsverleger im

Verein deutscher Zeitungsverleger, E. V. Sitz: Hannover, Osterstraße 88. — Vorsitzender: Dr. Max Jänecke, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Hannov. Courier, Hannover. — Geschäftsführender Beamter: O. Wolters, Generalsekretär, Hannover, Königstraße 52. — Unterabteilungen: 9 Kreisvereine. — Mitgliederzahl: ca. 560 (persönliche und körperschaftliche). — Publikationsorgan: „Der Zeitungsverlag“.

Gegründet 1884. Zweck: Gemeinsame Vertretung der beruflichen und Standesinteressen der deutschen Zeitungsverleger. Vom Verein ist eine „Papiereinkaufsstelle“ errichtet worden. Der Papiereinkauf sei bei der obwaltenden Marktlage jedenfalls die vitalste Frage für jeden Zeitungsverleger.

Im besonderen organisiert ist die Fachpresse in dem

Verein der Fachpresse E. V. Sitz: Berlin SW, Leipziger Straße 54. — Stellv. Vorsitzender: M. Tuetzer, Direktor der Allgem. Fleischerzeitung A.-G. — Geschäftsführender Beamter: M. Schön. — Mitgliederzahl: 80 persönliche Mitglieder mit etwa 150 Fachzeitschriften. — Publikationsorgan: „Eigene Vereinsmitteilungen“.

Der Verein besteht seit 1892; es sind in demselben „nur erstklassige Fachzeitschriften aller Art, besonders aber gewerbliche“, vereinigt, um den Schutz der Verlags-Interessen zu erstreben.

Das Kunstgewerbe hat seit einigen Jahren eine zentrale wirtschaftspolitische Organisation im

Fachverband für die wirtschaftlichen Interessen des Kunstgewerbes. Sitz: Berlin W 57, Culmstraße 3. — Vorsitzender: A. Friederichsen, in Firma Kimbel & Friederichsen, Berlin W, Yorkstraße 43. — Schriftführer: Georg Collin, Berlin W, Leipziger Straße 19. — Geschäftsführender Beamter: J. Böttger, Sekretär, Berlin, Culmstraße 3. — Mitgliederzahl: 176 und 6 größere Korporationen. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Fachverbandes für die wirtschaftlichen Interessen des Kunstgewerbes“.

Die Gründung erfolgte im Frühjahr 1902. Zweck: Die wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen des Kunstgewerbes zu wahren und zu fördern. Ursprünglich auf Berlin beschränkt, zählt der Fachverband jetzt außerdem Mitglieder in Altenburg, Breslau, Budapest, Chemnitz, Cöln a. Rh., Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hanau, Karlsruhe, Leipzig, Lüftelberg bei Bonn, Mainz, München, Nürnberg, Paris, Petersdorf im Riesengebirge, Schwäbisch-Gmünd, Stuttgart und Wien.

Der von den Mitgliedern gewählte Arbeitsausschuß tritt allmonatlich zusammen, um die vom Vorstande vorbereiteten Verbandsangelegenheiten zu bearbeiten. Für besonders wichtige Vorlagen werden Spezialkommissionen eingerichtet. Der Fachverband steht in Verbindung mit der Handelskammer zu Berlin und dem Zentral-Ausschusse Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine. Er vertritt die wirtschaftlichen Interessen des Kunstgewerbes bei den Staatsbehörden und gesetzgebenden Körperschaften und besitzt eine Auskunftsstelle für alle kunstgewerblichen Angelegenheiten.

Auch Kunstgewerbevereine, die sich auf einzelne Landesteile oder Bezirke beschränken, gibt es verschiedentlich; so z. B.:

Württembergischer Kunstgewerbeverein, Stuttgart. Sitz: Stuttgart, Königl. Landesgewerbemuseum. — Vorsitzender: H. von Mosthaf, Präsident, Stuttgart. — Geschäftsführender Beamter: A. Marquard, Sekretär. — Mitgliederzahl: 770. — Etat: Einnahmen 10 000 M., Ausgaben 15 000 M. — Vereinsvermögen 49 500 M. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Württembergischen Kunstgewerbevereins Stuttgart“. Herausgeber Hofrat P. Bruckmann, Heilbronn.

Diese aber verfolgen ebenso wie die Zentralorganisation, der „Verband Deutscher Kunstgewerbevereine“ (Vorsitzender: Geheimrat Dr. Muthesius, Berlin) technisch-künstlerische Ziele. Wunsch des Verbandes ist, daß die Gegensätze zwischen Künstlern und Kunstgewerbetreibenden durch den Verband ausgeglichen werden möchten.

Verein der Fabrikanten photographischer Artikel. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: J. Weinberg, Fabrikbesitzer, in Firma Hochstein & Weinberg, Berlin S 42, Wassertorstraße 50. — Geschäftsführender Beamter: Fritz Hansen, Berlin S 59. — Mitgliederzahl: 50. — Etat: Jahresbeitrag 30 M. — Publikationsorgan: „Photographische Industrie“, Dresden.

Jeder alleinige Inhaber einer eingetragenen Firma und jede eingetragene Gesellschaft oder Genossenschaft, welche photographische Artikel fabriziert, kann Mitglied des Vereins werden. Sein Zweck ist die einheitliche Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen seiner Mitglieder unter Ausschluß eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. Der Verein wirkt zur Erreichung seines Zweckes durch die Verhandlungen in seinen Vereinsversammlungen und durch Kommissionen, die vom Vorstande zur Prüfung einzelner Fragen und Berichterstattung darüber berufen werden.

Auch eine „Vereinigung der Fabrikanten photographischer Papiere“ ist 1907 entstanden, die sich besonders gegen Schleudereien im Detailhandel richtet.

Deutscher Photographenverein, E. V. Sitz: Weimar, Sophienstraße 4. — Geschäftsführender Vorsitzender: K. Schwier, Photochemiker, Weimar, Sophienstraße 4. — Mitgliederzahl: ca. 845. — Publikationsorgan: „Deutsche Photographen-Zeitung“.

Gegründet am 29. Dezember 1876. Zweck: Förderung der Photographie und verwandter Berufszweige und Wissenschaften.

Besondere Einrichtungen des Vereins sind: Unterstützungsfonds für Prinzipale und Gehilfen; Verleihung von Medaillen und Diplomen an photographische Gehilfen für treue Dienste; technischer Prüfungsrat für photographische Erzeugnisse; Ausschreibung von Prämiierungen für die jährlichen Wanderversammlungen, bestehend in Medaillen und Diplomen, ebenso in sogenannten Stiftungen; Wandermappen zum Zirkulieren bei den Mitgliedern; Lesezirkel; Kunstblätter resp. Kunsthefte, die meist jährlich an die Mitglieder verteilt werden; Wanderversammlungen, auf welchen auch Vorträge und Demonstrationen stattfinden. (Mit den Wanderversammlungen sind regelmäßig auch photographische Ausstellungen verbunden.)

Der Verein hat sich zum Zweck der Beteiligung seiner Mitglieder an den Wahlen zur Handwerkskammer in Gauverbände gegliedert, die sich einzeln unter Ausschüssen konstituieren und auch dem Deutschen Photographenverein nicht als Mitglieder angehörige Berufsphotographen aufnehmen. Diese Gliederung schließt sich genau der offiziellen Einteilung des Deutschen Reiches in die 83 Handwerkskammerbezirke an. Er ist korporatives Mitglied der „Association littéraire et artistique internationale“ in Paris.

Rechtsschutzverband deutscher Photographen, E. V. Sitz: Berlin S 59. — Vorsitzender: Paul Grundner, Hof-

photograph, Berlin W 50, Neue Bayreuther Straße 7. — Geschäftsführender Beamter: Fritz Hansen, Berlin S 59, Boppstraße 11. — Publikationsorgan: „Nachrichten des Rechtsschutzverbandes deutscher Photographen“.

Zweck: Wahrung und Förderung der idealen und gewerblichen Interessen des gesamten deutschen Photographenstandes und der damit verwandten Gewerbe (Lichtdruck, Chemigraphie usw.). Mittel zur Erreichung sind: Anstrebung eines verbesserten photographischen Schutzrechtes; Vorgehen, wenn nötig gerichtlich gegen unlauteren Wettbewerb oder sonstige Schädigungen des Photographengewerbes; Gewährung von Rat in Rechtsfragen und Rechtsschutz für jedes Mitglied, jedoch ist Schlichtung persönlicher Streitigkeiten ausgeschlossen; Einrichtung von Unterstützungskassen; Förderung von deutschen photographischen Bildungsanstalten. — Der Verband besitzt 21 Sektionen und unterhält eine Auskunftsstelle für Urheberrechtsfragen.

XXIII.

Verkehr.

Im Verkehrswesen sind zwei Hauptarten von Vereinen zu unterscheiden: solche, die eine bestimmte Berufsgruppe des Verkehrsgewerbes unmittelbar vertreten wollen, und solche, die sich die Pflege von Verkehrsinteressen im allgemeinen zur Aufgabe gemacht haben. Diese letztere Art ist naturgemäß von allgemeinsten Bedeutung und ist infolgedessen auch zum Zusammenschluß in großen Zentralorganisationen gelangt. An erster Stelle ist hier zu nennen der

Central-Verein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt. Sitz: Berlin W 30, Motzstraße 72. — Vorsitzender: Geheimrat Dr. P. Krause, Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses. — Geschäftsführender Beamter: Rágóczy, Generalsekretär, Berlin, Motzstraße 72. — Unterabteilungen: 17 Zweigvereine, 19 Schiffervereine. — Mitgliederzahl: 892, darunter Staatsbehörden im In- und Auslande, Kreis- und Kommunalverbände, Magistrate, Landwirtschaftskammern, industrielle Verbände und 67 Handelskammern. — Etat: 35 000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Binnenschiffahrt“.

Der Verein wurde bereits im Jahre 1869 gegründet. Er verfolgt Bestrebungen zur Verbesserung der vorhandenen Wasserwege, zur Anlage von Schifffahrtskanälen, zur Vervollkommnung der Betriebsmittel, der Binnenschifffahrtsgesetzgebung, sucht Betriebsordnungen usw. zu fördern, den Schifferstand zu heben und einen Zusammenhang der heimischen Wasserstraßen untereinander und mit denen der Nachbarstaaten herbeizuführen, überhaupt auf das Gedeihen der Binnenschifffahrt und Flößerei sowie auf eine wachsende Erkenntnis der Bedeutung guter Wasserwege für Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung und damit auf die allgemeine Wohlfahrt hinzuwirken. Der Verein ist Mitglied der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen. Genauere Mitteilungen waren von dem Verein nicht zu erhalten.

Doch bestehen auch noch recht bedeutende Spezialvereine dieser Art, z. B.:

Verein zur Wahrung der Rheinschifffahrtsinteressen. Sitz: Duisburg-Ruhrort, Dammstraße 28 a. — Vorsitzender: Gustav Stinnes, Mülheim-Ruhr. — Geschäftsführender Beamter: Dr. phil. Bartsch, Syndikus. — Mitglieder-

zahl: 165. — Etat: balanziert mit rund 20000 M. — Publikationsorgan: „Der Rhein“.

Der Verein ist im Frühjahr 1906 entstanden durch Verschmelzung des alten „Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen“ zu Frankfurt a. M. und des „Vereins rheinischer Binnenschiffahrtsinteressenten“ zu Ruhrort. Er soll der Sammelpunkt sein für alle an der Rheinschiffahrt, unmittelbar oder mittelbar, interessierten selbständigen Gewerbetreibenden, zählt daher vor allem Redereien, aber auch Speditionsfirmen und industrielle Werke zu seinen Mitgliedern. Auch viele öffentliche Körperschaften, Städte sowohl wie Handelskammern, und ebenso wirtschaftliche Verbände, wie Kohlenkontor, Kohlensyndikat, Stahlwerksverband, Roheisensyndikat usw. gehören ihm an. Er ist somit als die führende freie Vertretung der Rheinschiffahrt zu betrachten. Seine Aufgaben sind in erster Linie wirtschafts-, insbesondere verkehrspolitischer Art. Vor allem steht er auch den Wasserbaubehörden der Rheinuferstaaten als ständiges beratendes Organ zur Verfügung. Er arbeitet mit einer besonderen Geschäftsführung, der ein größeres Bureau untersteht, und der auch die Leitung der Vereinswochenschrift „Der Rhein“ obliegt. In der jüngsten Zeit ist sein Hauptbestreben darauf gerichtet, daß die Schiffahrtsabgabenfrage durch Bundesrat und Reichstag und nicht durch die preußische Regierung gelöst wird.

Verein zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern. Sitz: Nürnberg. — Vorsitzender: Dr. v. Schuh, Bürgermeister, Nürnberg. — Geschäftsführender Beamter: Konrad G. Steller, Nürnberg. — Unterabteilungen: 18 Sektionen. — Mitgliederzahl: 2100. Gegründet am 6. November 1892.

Für das Binnenschiffahrtsgewerbe von Wichtigkeit sind auch die für die einzelnen Provinzen gebildeten Vereine zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt, die meistens dem Central-Verein für Hebung der Deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt als Mitglied angehören.

Als Beispiel sei genannt:

Ostpreußischer Provinzialverein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt. Sitz: Königsberg i. Pr., Börse. — Vorsitzender: Otto Meyer, K. K. Österreich.-Ung. Generalkonsul, Königsberg i. Pr. — Geschäftsführender Beamter: Fritz Simon, Syndikus der Kaufmannschaft, Schriftführer. — Mitgliederzahl: 12 Körperschaften und Vereine und 211 Einzelmitglieder (Dezember 1905). — Etat: Einnahmen 3410,44 M., darunter u. a. Vortrag 1650,22 M., Mitgliederbeiträge 1484 M. Ausgaben 1413,27 M., darunter Honorare, Reisekosten 994,50 M., Drucksachen, Saalmieten, Annoncen 180,90 M., Beiträge an Vereine 145,96 M., das Vermögen 5000 M. — Publikationsorgan: Die Bekanntmachungen und Veröffentlichungen des Vereins erfolgen durch die Königsberger Tageszeitungen.

Der Ostpreußische Provinzialverein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt wurde im Jahre 1882 gegründet, um die Interessen des Ostpreußischen Wasserverkehrs in der Gesetzgebung und nach allen sonstigen Richtungen hin wahrzunehmen. Er bildet den Mittelpunkt für alle Be-

strebungen zur Verbesserung der bereits vorhandenen Wasserwege und zur Anlage von Schifffahrtskanälen bzw. zu deren Nutzbarmachung im Interesse der Landeskultur in Ostpreußen und in den Nachbarprovinzen und Nachbarstaaten, soweit die dortigen Wasserwege auch für Ostpreußen von Interesse sind. Der Verein führt die hierzu nötigen Verhandlungen mit den Behörden. Er wirkt durch die Presse und durch Abhaltung von Versammlungen und Vorträgen auf eine wachsende Erkenntnis der großen Bedeutung guter Wasserwege für Verkehr und Handel und für die Wohlfahrt der Adjazenten hin. Die Arbeiten des Vereins werden durch einen Ausschuß von 15 Mitgliedern nach Maßgabe der Beschlüsse der Generalversammlung erledigt und durch den Vorsitzenden und den Schriftführer vorbereitet.

Die gewerblichen Interessen der Binnenschiffer werden ferner durch die zahlreichen lokalen „Schiffvereine“ wahrgenommen. Auch ist 1906 ein „Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe“, Hamburg, entstanden, der jetzt noch wesentlich auf die Elbgegend beschränkt ist; sein Vorläufer war der „Verein deutscher Binnenschifffahrtsbetriebe“ von 1889.

Die Seeschifffahrtsunternehmer fanden sich zuerst wohl zusammen im

Verein Hamburger Rheder. Sitz: Hamburg, Rathausmarkt 2 II. — Vorsitzender: Generaldirektor Ballin. — Geschäftsführender Beamter: Dr. P. Stubmann. — Mitgliederzahl: 65 mit insgesamt 2 186 000 Brutto-Registertons. — Etat: balanziert in Einnahme und Ausgabe mit rund 65 000 M.

Der Verein wurde 1883 gegründet und bezweckt nach seinen Statuten, die Interessen der deutschen und besonders der hamburgischen Rhederei zu fördern und zu vertreten. Der Verein unterhält eine Heuerstelle für seine Mitglieder und besitzt eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Kapitäne und Schiffsoffiziere der ihm zugehörigen Rhedereien.

Weiterhin existieren noch als ähnliche Organisationen der Verein der Rheder des Unterwesergebiets Bremen, der Flensburger Reederverein u. a.

Eine Spezialaufgabe, den Rechtsschutz, hat der

Schutzverein deutscher Rheder. Sitz: Hamburg, Gr. Bleichen 16. — Vorsitzender: z. Z. unbesetzt. — Geschäftsführender Beamter: J. L. Bartelsen, Hamburg, Gr. Bleichen 16. — Mitgliederzahl: 133 mit 546 Schiffen von ca. 670 000 Br.-Reg.-Tonnen. — Etat: Einnahmen: Eintrittsgelder 210.00 M., Beiträge 48 443.52 M., Zinsen 2433.31 M., Sa. 51 086.83 M. Ausgaben u. a.: Gehälter, Miete und sonstige Unkosten 15 666.46 M., Vergütung an Anwalt und Arbeitsausschuß 5400.00 M., Sa. 51 086.83 M.

Der Verein wurde gegründet 1901 und bezweckt die Vereinigung deutscher Rhedereien zum Schutze ihrer Interessen, um ihnen für die Förderung der Ansprüche aus ihrem Rhedereibetriebe die Kraft und den Nachdruck zu verleihen, der durch ein Zusammenschließen vieler Beteiligter erreicht wird. Zur Erreichung dieses Zweckes ist insbesondere ins Auge gefaßt, daß der Verein seinen Mitgliedern bei der Ordnung ihrer

Streitigkeiten, welche aus Frachtverträgen, Versicherungsverträgen, Entschädigungsansprüchen wegen Verlust oder Beschädigung der Ladung aus Havariégrosse-Ansprüchen oder Forderungen von Berge- und Hilfslohn oder ähnlichen Angelegenheiten bezüglich der zum Verein angemeldeten Schiffe entstehen, behilflich ist und in Gemäßheit der Bestimmungen die betreffenden Streitigkeiten für Rechnung des Vereins zum Austrag bringt. Im letzten Geschäftsjahre wurden 257 derartige Sachen erledigt.

Endlich ist eine allgemeine Zentralorganisation entstanden im Zentralverein Deutscher Reeder. Sitz: Hamburg, Adolfsbrücke 4. — Vorsitzender: Direktor Nolze, Bremen. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Dr. Ehlers, Hamburg, Adolfsbrücke 4.

Der Zentralverein Deutscher Reeder, der Anfang Februar 1907 sich in Hamburg konstituierte, ist ein wirtschaftspolitischer Verein, der die Förderung der gemeinschaftlichen Interessen aller deutschen Rhedereien bezweckt, vielleicht sogar kartellartige Ansätze enthält. Er will also den „Schutzverein deutscher Reedereien“ nach der wirtschaftlichen Seite wirksam ergänzen. Ferner ist der Zentralverein aber auch ein Arbeitgeberverband, der die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsnachweise für Seeleute und Hafenbetriebe regeln und gemeinsam die Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen bearbeiten will. In allen diesen Fragen soll den Mitgliedern Rechtsschutz gewährt werden. Der Zentralverein will ähnlichen Vorkommnissen, wie dem Konflikt mit den Schiffs-offizieren, für alle Zukunft vorbeugen und im Falle eines Streiks seine Mitglieder unterstützen. Zur Gründungsversammlung hatten sich etwa 50 Vertreter deutscher Reedereien aus Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Flensburg, Rostock, Stettin, Danzig, Königsberg usw. eingefunden. Auch der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, von dem die Anregung zur Gründung dieses Berufsvereins ausgegangen ist, war erschienen. Die Vorarbeiten zu der Schaffung dieses Zentralvereins sind durch den letzten Streit zwischen den Reedereien und dem Verein der Offiziere der Handelsmarine rascher, als man vorausgesehen hatte, zum Abschluß gebracht worden.

Der schon seit 1868 bestehende Deutsche Nautische Verein (Kiel) schließlich ist eine Vereinigung, die zwar nicht beabsichtigt, das wirtschaftlich-geschäftliche Interesse der deutschen Seeschifffahrt und unserer Handelsmarine direkt wahrzunehmen, die vielmehr die Aufgabe zu erfüllen hat, unsere Wirtschaftspolitik im großen, wesentlich in technischer, nautischer, aber auch in wirtschaftlicher Beziehung durch dauernde Beratungen zu vertiefen. Der Verein hat 1908 beschlossen, in Zukunft die Vereinstage gemeinsam mit dem Verbands deutscher Seeschiffvereine abzuhalten. Der letztgenannte Verband umfaßt 7 Vereine deutscher Seeschiffer.

Auch für das sonstige Transportgewerbe gibt es neben zahlreichen lokalen einige zentrale Organisationen:

Verein deutscher Spediteure. Sitz: Leipzig, Nordstraße 12. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Jacob, Berlin C, Burgstraße 28. Stellvertretender Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Alex Philipp, Chemnitz. — Geschäfts-

führender Schriftführer: Emil Kummer, in Firma Uhlmann & Co., Leipzig, Nordstraße 12. — Syndikus: Justizrat Barth, Leipzig. — Mitgliederzahl: 655.

Gegründet: 1880. Zweck: Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Spediteurstandes und gemeinschaftliche Beratung und Beschlußfassung über die damit zusammenhängenden Fragen.

Verband deutscher Lohnfuhr-Unternehmer. Sitz: Frankfurt a. M. — Geschäftsführender Vorsitzender: Konstantin Weitz, Lohnkutscher, Stadtverordneter, Frankfurt a. M.-Sachsenhausen. — Unterabteilungen: Der Verband setzt sich aus 64 lokalen Berufsvereinen zusammen. — Mitgliederzahl: 4700. — Publikationsorgan: „Der Fuhrhalter“, Berlin.

Der Verband ist auf dem II. Verbandstag deutscher Lohnfuhr-Unternehmer zu Leipzig vom 9.—11. September 1885 gegründet worden. Der Zweck des Verbandes ist: 1. die gemeinschaftlichen gewerblichen Angelegenheiten des Berufes zu beraten, zu fördern und zu vertreten, sowie das Standesbewußtsein zu heben; 2. in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit gegenseitigen Beistand zu leisten; 3. treuen gewissenhaften Berufsgehilfen ehrende Anerkennungen zu gewähren.

Die Aufgaben des Verbandes bestehen hauptsächlich darin, in großen allgemeinen Fragen, die direkt oder indirekt den Beruf berühren, die Berufsgenossen zu vertreten. U. a. sind bis jetzt behandelt worden: Abänderung der §§ 37/76 der Gewerbeordnung, Strafart und Ahndung im Fuhrgewerbe, Pferdeversicherung, die Pflege usw. der Asphaltstraßen, Konkurrenz der Krümperfuhrwerke, Regelung des gesamten Straßenbahnwesens, Haftpflicht für Sachschäden, Regelung des Automobilverkehrs, Verschärfung der Haftpflicht, Abänderung der §§ 315/316 des Reichsstrafgesetzbuches, Einrichtung von Fach- und Fuhrschulen, Lohnverhältnisse, Hafer- und Pferdezüge.

Der Vorstand wird aus neun Personen gebildet, der die laufenden Geschäfte auf Grund der Beschlüsse der alle zwei Jahre stattfindenden Verbandstage führt. Der Verband hat bereits wesentliche Erfolge erzielt.

Im Jahre 1907 ist auch ein „Zentralverband Deutscher Arbeitgeber in den Transport- und ähnlichen Gewerben“ entstanden (Vorsitzender: Dr. Bolle, Berlin).

Bund deutscher Verkehrs-Vereine. Sitz: Leipzig, Kupfergasse, Städt. Kaufhaus 2. — Vorsitzender: Direktor Otto Winkler, Leipzig. — Mitgliederzahl: 15 Verbände von Bäder-, Verkehrs- und Sportvereinen, 6 Dampfschiffahrtsgesellschaften, ca. 140 lokale Verkehrsvereine, Behörden usw. — Publikationsorgane: „Der Verkehr“ und „Union“.

Der Bund deutscher Verkehrs-Vereine ist im Jahre 1902 gegründet worden. Er erstrebt den Zusammenschluß aller am Verkehr in Deutschland beteiligten und interessierten Behörden, Verbände, Vereinigungen, Verkehrsanstalten und sonstigen Verkehrsunternehmungen zu einem großen und mächtigen Zweckverbande, dessen Aufgabe es ist, Verkehrshindernisse, Verkehrserschwerungen und Übelstände im Verkehrswesen zu beseitigen, Erleichterungen im Verkehr zu schaffen und den Fremdenzuzug nach Deutschland zu fördern. Er will insbesondere die ihm angeschlossenen Verkehrsinstitute, Vereine, Gemeinde- und Bade-Verwaltungen mit Rat

und Tat unterstützen, Erfahrungen austauschen, überhaupt die ersprießliche Arbeit seiner Mitglieder in jeder Weise fördern und damit eine Zentralstelle der gesamten Verkehrstätigkeit bilden.

Dieses Ziel sucht er u. a. zu erreichen: durch zwei Zeitschriften, von denen die eine, „Der Verkehr“, als Korrespondenzblatt innerhalb des Bundes dient, während die andere, das illustrierte Fremdenblatt „Union“, als Publikationsorgan das Verständnis für die Bestrebungen des Bundes nach außen verbreiten soll; durch die seit drei Jahren bestehende Zentralverteilungsstelle, von der aus Vorträge, Führer, Plakate, Jahresberichte, überhaupt Drucksachen und Schriftwerke der einzelnen Vereine unter die Mitglieder jährlich mindestens dreimal versendet werden; durch wechselseitige Vergünstigungen unter den Bundesmitgliedern, wie Gewährung von Vorzugskarten usw.; durch Bekanntgabe der Auskunftstellen der Bundesvereine, die in den „Verkehrsbüchern“ der Königl. Preussischen Staatsbahn verzeichnet sind und damit auch im Auslande kostenlos bekannt gemacht werden; durch Förderung von Kunst und Denkmalspflege, Schmückung deutscher Städte (Veranstaltung von Wettbewerb im Blumenschmuck, Schaufensterauslagen usw.); durch Förderung der Fremdenverpflegung (Hotelwesen, Schülerherbergen), Pflege von Einrichtungen aller Art für Gesundheit und Sport, Wegemarkierung in Wandergebieten; durch Vorträge und Lichtbilderaustausch, Aufstellung von Führerautomaten.

XXIII.

Versicherungswesen.

Die Versicherungsgesellschaften haben sich größtenteils zu Vereinen zusammengeschlossen, jedoch wesentlich zwecks einheitlicher Gestaltung der Versicherungsbedingungen usw., so daß diese Organisationen den Charakter von Kartellen tragen; solche bestehen insbesondere für die Unfall-, Haftpflicht-, Gas-, Einbruchsdiebstahl- und Feuer-Versicherung.

Allerdings haben sich die Versicherer z. T. auch zu allgemeinen Zwecken zusammengeschlossen; so im

Verband deutscher Privat-Feuerversicherungsgesellschaften (jur. Pers.). Sitz: Berlin W 35, Karlsbad 4a. — Vorsitzender vom Ausschuß: H. A. Bueck, Berlin, Karlsbad 4a. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Otto Ziegler, Generalsekretär, Berlin, Karlsbad 4a. — Mitgliederzahl: 17.

Gegründet: 1871. Zweck: Vertretung der Interessen des gesamten Privat-Feuerversicherungswesens und die Verfolgung der wissenschaftlichen Zwecke desselben.

Doch trat eine Kartellorganisation daneben, die hier aufgeführt sei, weil sie Veranlassung zum Zusammenschluß der Versicherten gegeben hat, die

Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privat-Feuerversicherungsgesellschaften. Sitz: Berlin W 35, Karlsbad 4a. — Vorsitzender: H. A. Bueck, Berlin, Karlsbad 4a. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Otto Ziegler, Generalsekretär, Berlin, Karlsbad 4a. — Mitgliederzahl: 42.

Gegründet: 1900. Zweck: Wahrung und Förderung der privaten Feuerversicherung in Deutschland. Zur Erreichung dieses Zweckes hat die Vereinigung insbesondere für eine gesunde Gestaltung der Grundlagen des privaten Feuerversicherungsgeschäfts zu sorgen und im Hinblick hierauf regelnd in den Wettbewerb der Gesellschaften untereinander einzugreifen. Geltungsbereich: Das Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausschluß der Reichslande, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Schleswig-Holstein, Fürstentum Lübeck, der Staatsgebiete von Hamburg, Bremen und Lübeck, der Stadt Harburg. Der Generalversammlung der Vereinigung steht es jedoch frei, bestimmte Beschlüsse auch für das ganze angeschlossene Gebiet oder für einen Teil desselben für gültig zu erklären.

Allgemeine wirtschaftliche Interessen nimmt auch wahr der:

Verband Deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit. Sitz: Lübeck, Glocken-

gießerstraße Nr. 14. — Geschäftsführender Vorsitzender: Ch. Kahle, Direktor des Lübecker Feuerversicherungs-Vereins von 1826 a. G. in Lübeck. — Mitgliederzahl: 16 deutsche Feuerversicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit.

Der Verband besteht seit 1896; er bezweckt die Wahrnehmung und Förderung der Interessen des Feuerversicherungswesens im allgemeinen, derjenigen der auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhenden Anstalten im besonderen.

Als Vereinigung, welche sowohl die geschäftlichen wie aber auch die allgemeinen Interessen von Versicherern wahrnimmt, sei noch erwähnt

Internationaler Transport-Versicherungs-Verband (e. V.). Sitz: Berlin NW 40, Alsenstraße 12. — Vorsitzender: Direktor P. Reusch, Berlin N 24, Kupfergraben 4a. — Geschäftsführende Beamte: Generalsekretär R. Ulrich, stellv. Generalsekretär Dr. jur. et rer. pol. P. Brüders. — Mitgliederzahl: 93 Versicherungsgesellschaften.

Der Internationale Transport-Versicherungs-Verband, welcher im Januar 1874 zu Berlin gegründet worden ist, hat den Zweck, die Interessen des gesamten Transportversicherungswesens zu vertreten, zu wahren und zu fördern. Insbesondere soll es Aufgabe des Verbandes sein: a) Das Transportversicherungsgeschäft in technischer Beziehung aufzubessern, also für Herstellung und Durchführung angemessener Prämien, Versicherungsbedingungen und Schadenregulierungsgrundsätze zu sorgen; b) gute geschäftliche Beziehungen unter den Verbandsgesellschaften, und ihren Leitern zu pflegen und auf Beseitigung etwa sich ergebender Übelstände im Wettbewerbe der Mitglieder hinzuwirken; c) den Erlaß sachgemäßer Gesetze und Verordnungen, welche auf die Transportversicherung Einfluß haben, anzuregen und zu fördern; d) dem Transportversicherungsgeschäft durch statistische Ermittlungen und Untersuchungen zu dienen; e) darauf hinzuwirken, daß die Vertretung der Assekuradeure in Havariefällen an den verschiedenen Plätzen tüchtigen und einflußreichen Personen übertragen wird; f) seine Mitglieder über alle wichtigen Vorkommnisse und Einrichtungen, welche direkt oder indirekt die Transportversicherung betreffen, auf dem Laufenden zu erhalten, grundsätzlich bedeutsame richterliche Entscheidungen, sowie Material über Veränderung der Risiken, Neuerungen und Fortschritte im Schiff-, Maschinenbau und in der Schifffahrt zu sammeln und seinen Mitgliedern zugänglich zu machen; g) die von dem Verbande begründete, seinen Zwecken dienende Bibliothek zu verwalten und zu erweitern; h) dem Interesse des Verbandes entsprechende Verbindungen mit anderen, gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgenden, Vereinen und Instituten herbeizuführen.

In Reaktion gegen die Bestrebungen der Versicherer sind aber mehrere Organisationen von Versicherungsnehmern entstanden. Dies sind (ihrer zeitlichen Entstehung nach geordnet):

Deutscher Haftpflicht- und Versicherungs-Schutzverband. Sitz: Köln, Königsplatz 175. — Vorsitzender: Geheimer Regierungsrat Dr. von Böttinger, M. d. A., Elberfeld. — Geschäftsführender Beamter: Dr. iur. Paul Moldenhauer, Professor der Versicherungswissenschaft an der Handelshoch-

schule Köln. — Mitgliederzahl: 650. — Etat: Einnahmen: Beiträge 11746.00 M., Zinsen 1283.39 M., Bestand am 1. 7. 06 26364.40 M., Sa. 39393.70 M. Ausgaben u. a.: Drucksachen, Porti und Schreibhilfe 3053.84 M., Honorar für Sachverständige 1530.50 M., Honorar des Geschäftsführers 3600.00 M., Sa. 39393.79 M. — Publikationsorgan: Vierteljahrsrundschau über das Versicherungswesen. Franz Siemenroth, Berlin. Außerdem zwanglos erscheinende Mitteilungen.

Der Verband wurde 1892 unter dem Titel „Haftpflichtschutzverband deutscher Industrieller“ von einer Anzahl westdeutscher Industrieller, an ihrer Spitze der Geheime Kommerzienrat und Reichstagsabgeordnete und spätere Handelsminister Th. Möller-Brackwede gegründet. Der Zweck war, auf die Beseitigung der noch durch die Unfallversicherungsgesetze stehen gelassenen Haftpflichtreste zu dringen. Zu diesem Zweck stellte der Verband eine Reihe von Untersuchungen über die einschlägigen Fragen namentlich durch den späteren Geschäftsführer Prof. van der Borgh-Aachen, den jetzigen Präsidenten des Kaiserl. Statistischen Amtes, an und wandte sich in Eingaben an die Reichsregierung, namentlich bei Gelegenheit der Beratung der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen 1896/97. Solange aber und soweit die Haftpflichtversicherung nicht in die reichsgesetzliche Unfallversicherung eingezogen werde, sollte der Verband eine Reformierung der Haftpflichtversicherung anstreben. Zu diesem Zwecke wurden besondere Normativbedingungen ausgearbeitet und mit einer größeren Anzahl von Haftpflichtversicherungsgesellschaften Verträge abgeschlossen, denen zufolge sich diese verpflichteten, den Haftpflichtversicherungsverträgen mit den Mitgliedern des Verbandes die Normativbedingungen zugrunde zu legen. Außerdem wurde den Mitgliedern ein Anteil an dem Gewinn aus den mit ihnen abgeschlossenen Haftpflichtversicherungen in Höhe von 25 % eingeräumt. Diese Verträge bestehen zum Teil noch und haben angesichts der Kartellierung im Versicherungswesen eine besondere Bedeutung erhalten.

Mit der Feuerversicherung befaßte er sich 1901 durch eine Denkschrift über einige Mängel der allgemeinen Feuerversicherungs-Bedingungen. Nach der Begründung des Deutschen (Feuer-) Versicherungs-Schutzverbands beschloß er seine Tätigkeit auch auf die übrigen Versicherungszweige auszudehnen und nahm zunächst den Namen „Deutscher Haftpflichtschutzverband,“ im Herbst 1901 den Namen „Deutscher Haftpflicht- und Versicherungs-Schutzverband“ an. Der Verband nahm 1902 im Verein mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller an den Verhandlungen mit dem Feuerversicherungskartell über den Minimaltarif teil. Im Jahre 1906 entschloß sich der Verband, sein Programm nach dem Muster des Deutschen (Feuer-) Versicherungs-Schutzverbands wesentlich zu erweitern, indem er eine der wesentlichen Grundlagen dieses Verbandes — die Einrichtung einer Organisation von Sachverständigen, die den Mitgliedern besonders bei Brandschadenfällen gegenüber den Berufsexperten der Feuerversicherungsgesellschaften zur Seite gestellt werden — übernahm.

Neue Vergünstigungsverträge wurden auf dem Gebiete der Unfall-, Transport-, Glas-, Sturm-, Wasserleitungs- und Maschinenschadenversicherung abgeschlossen. Einen großen Teil der Tätigkeit des Verbandes nimmt die Begutachtung von Versicherungspolice oder sonstiger Fragen des Versicherungsrechtes oder der Versicherungstechnik, sowie die Verhandlung mit den Versicherungsgesellschaften wegen Beseitigung von Härten in den Versicherungsbedingungen und Tarifen in Anspruch. Zu dem Versicherungsaufsichtsgesetz und dem Entwurf eines Versicherungs-

vertragsgesetzes hat der Verband in verschiedenen Eingaben und Resolutionen Stellung genommen, ebenso in der vorletzten Hauptversammlung im Dezember 1906 zu der Frage der Reform der Arbeiterversicherung, sowie in der letzten im Dezember 1907 zur Frage der Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Nach van der Borgh waren Geschäftsführer Dr. Prigge, Dr. Johannes und Prof. Dr. Moldenhauer.

Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Deutscher Versicherten-Verband, E. V. Sitz: Leipzig, Humboldtstraße 7 I. — Vorsitzender: Kommerzienrat Edmund Wirth, Sorau N.-L. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Dr. jur. Gerhard Wörner, Dozent der Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule Leipzig. — Mitgliederzahl: ca. 2400 direkte Mitglieder. — Etat: 40 200 M. Jahresbeitrag 20 M.; für Einzelpersonen und Kleinbetriebe Beitragsermäßigungen bis 6 M. — Publikations-Organ: „Deutsche Versicherten-Zeitung“ in Leipzig.

Der Verband wurde am 29. September 1900 von dem Herausgeber und Eigentümer der „Unfallversicherungspraxis“, Schmidt, aus den Abonnenten dieser Zeitschrift gegründet und am 14. November 1900 als rechtsfähiger Verein in das Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig eingetragen.

Seine Leistungen lagen zunächst fast ausschließlich auf dem Gebiete der Lebens- und Unfallversicherung, da „eine Revision der Policen bzw. der Feuerversicherung nicht von so besonders dringender Veranlassung sei.“ Etwa 1 1/2 Jahre später erfolgte die Anstellung eines Feuerversicherungsfachmannes und von da ab Beratung der Mitglieder auch in der Feuerversicherung nach dem Muster des Deutschen (Feuer-) Versicherungs-Schutzverbandes.

Februar 1902: Abschluß eines zehnjährigen Verlagsvertrag mit der „Unfallversicherungspraxis“. 1902 Versuch, einen Gegenseitigkeitsverein für Unfall-, Lebens-, Haftpflicht- und Feuerversicherung zu begründen, der aber mißglückte. 21. Februar 1903: auf Grund eines Vorstandsbeschlusses vom 31. Januar 1903 Verhandlung mit dem Versicherungs-Schutzverband wegen Kartellierung. Es wurde Einigung über die Unzweckmäßigkeit einer Kartellierung und die Zweckmäßigkeit einer Verschmelzung erzielt. Eine auf die Verschmelzung beider Verbände gerichtete neue Bewegung führte zur Reorganisation des Leipziger Vorstands, sowie zur Lösung des erwähnten Verlagsvertrages. Hiermit waren die Grundlagen für eine Verschmelzung, besonders mit Rücksicht auf die nunmehr vorhandene Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Verbandszeitschrift gegeben. Kurze Zeit darauf wurden indessen die Verschmelzungspläne von seiten des Leipziger Verbands aufgegeben, seine Satzung ward derjenigen des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes angepaßt, Dr. jur. Wörner wurde Justitiar, später geschäftsführender Beamter, und begründete die „Deutsche Versicherten-Zeitung“, die zum Verbandsorgan gewählt wurde. Im Jahre 1906 wurde zwischen dem Berliner und Leipziger Verband ein Abkommen zwecks Zusammengehens in gemeinsamen Angelegenheiten getroffen. 1907 fand infolgedessen eine gemeinsame Beratung über den Gesetzentwurf betr. den Versicherungsvertrag zu Berlin statt. Vgl. im übrigen den Artikel „Deutscher Versicherungs-Schutzverband“.

Nach der neuen Satzung von 1905 können Mitglieder des Verbandes sowohl Einzelpersonen als auch Firmen, Vereine, Verbände und Körperschaften jeder Art werden, die innerhalb des Deutschen Reiches ihren

Wohnsitz oder ihre Niederlassung haben. Er bezweckt in erster Linie die Wahrnehmung und Förderung der Interessen seiner Mitglieder in sämtlichen Versicherungsfragen jeder Art, und zwar sowohl der Einzelinteressen als der gemeinsamen. Er betrachtet es ferner als seine Aufgabe, innerhalb des gesamten deutschen Versicherungswesens die Durchführung berechtigter Reformen zugunsten der Versicherten anzubahnen.

Der Verbandszweck soll erreicht werden: 1. durch Auskunftserteilung über die für die Mitglieder in jedem Falle bestgeeignete Versicherungsart, -anstalt, -zeit, über die Höhe der Prämie und dergleichen; 2. durch Prüfung und Begutachtung der von Mitgliedern zu stellenden Versicherungsanträge sowie der bestehenden Versicherungen unter Hinweis auf wünschenswerte Verbesserungen und Veränderungen; 3. durch Beratung und Vertretung bei Schadenregulierungen und sonstigen aus dem Versicherungsverhältnis sich ergebenden Verhandlungen; 4. durch Prüfung der Versicherungsgesetzgebung, durch Stellungnahme zu derartigen Gesetzentwürfen und ev. Aufstellung von Abänderungsvorschlägen; 5. durch Lieferung von Veröffentlichungen an die Mitglieder, durch welche sie über die verschiedenen Gebiete des Versicherungswesens sich zu unterrichten vermögen. Die unter 1—3 erwähnte Unterstützung der Mitglieder erfolgt auf deren Verlangen in geeigneten Fällen an Ort und Stelle.

Deutscher Versicherungs-Schutzverband. Sitz: Berlin-Wilmersdorf, Pariserstraße 4. — Vorsitzender: Justizrat Dr. Baumert, Spandau. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Otto Prange, Berlin-Wilmersdorf. — Mitgliederzahl: 3100 (darunter 175 Vereinigungen und Handelskammern bzw. Magistrate mit schätzungsweise 170 000 Mitgliedern, unter denen indessen die Handelskammern und Magistrate nicht mitgerechnet sind). — Etat: 100 000 M. — Publikationsorgan: „Die Versicherungs-Praxis“, Berlin.

Als im Jahre 1900 das sog. Kartell der deutschen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ins Leben trat, wurde bald darauf durch eine große Zahl von industriellen und kaufmännischen Korporationen gleichsam als Gegenkartell der Versicherungsnehmer der Deutsche Feuerversicherungs-Schutzverband in Berlin gegründet. Er erlangte bald die Eintragung in das Vereinsregister.

Bezüglich der Stellung zu den privaten Feuer-Versicherungs-Gesellschaften erklärte der Verband bereits in seinem bei Beginn seiner Tätigkeit versandten Aufrufe, daß er beabsichtige, seine Tätigkeit nicht gegen die Gesellschaften, sondern in Gemeinschaft mit ihnen auszuüben, auch nicht etwa die Kartelle als solche beanstande.

Im Unterschied von anderen Verbänden, die sich teils oder vorzugsweise auf dem Gebiete der Haftpflicht-, Lebens- und Unfall-Versicherung betätigten, oder die bei Verfolgung ihrer Ziele vor allen Dingen das theoretisch-juristische Moment betonten, hielt es der Deutsche (Feuer-) Versicherungs-Schutzverband für zweckmäßig, seine Wirksamkeit vor allem aus praktischen Gesichtspunkten heraus zu entfalten. Obwohl der Verband auch zu den aktuellen Fragen der Versicherungsgesetzgebung durch Herausgabe umfangreicher Schriften usw. ebenfalls Stellung genommen und somit das wissenschaftliche Moment nicht vernachlässigt hat, hat er doch in erster Linie die unmittelbare praktische Beratung des Versicherungsnehmers ins Auge gefaßt und hierauf seine sämtlichen Einrichtungen zugeschnitten.

Was seine wissenschaftliche Tätigkeit angeht, so wurde schon bei der Vorbereitung des bevorstehenden Reichsgesetzes über den Ver-

sicherungsvertrag der Geschäftsführer des Schutzverbandes als Vertreter der Versicherungsnehmer in eine vom Reichsjustizamt eingesetzte Kommission berufen, die die Aufgabe hatte, die Grundlagen des Gesetzes zu beraten. Später nahm er an den Beratungen sowohl mehrerer Handelskammern und des Deutschen Handelstags als auch zahlreicher Vereine über den Gesetzentwurf als Sachverständiger teil. Er verfaßte zum Entwurf neben zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften hauptsächlich folgende Schriften: „Kritische Betrachtungen zum Entwurf eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag nebst einer Darstellung über die herrschende Feuerversicherungspraxis“ und „Die Gesetzentwürfe über den Versicherungsvertrag“. Die Forderungen des Verbandes zum Gesetzentwurf wurden namentlich in seiner Delegiertenversammlung vom 5. Oktober 1903 formuliert und haben in der Fassung, wie sie Frühjahr 1908 von der Reichstagskommission angenommen wurde, zu einem nicht unwesentlichen Teil Beachtung gefunden.

Die Gründer des Verbandes wußten aus ihren Erfahrungen als Industrielle und Kaufleute, daß es sich bei der schlimmen Lage, in der der Versicherte sich vielfach gegenüber seiner Versicherungs-Gesellschaft befindet, im wesentlichen um seine Unkenntnis im Versicherungswesen handelt; daß die Überlegenheit der Versicherungsbeamten und die daraus häufig hervorspringende Benachteiligung des Versicherungsnehmers oft auf der Abneigung des Versicherungsnehmers beruhen, sich mit dem so verwickelten Versicherungswesen in dem nötigen Umfange zu beschäftigen und die Verträge so abzufassen, daß sie seinem praktischen Bedürfnis nach möglichst weitgehender Schadloshaltung entsprechen. Unter diesem Gesichtspunkte wurden die Beamten des Schutzverbandes ausgewählt. Ihre Haupttätigkeit besteht noch heute darin, jede einzelne Police im Hinblick auf ihre allgemeinen Bedingungen, ihre besonderen Bedingungen für Fabriken, für Landwirtschaft oder andere bestimmte Gewerbezweige, ihre besonderen Bedingungen für elektrische Licht- und Kraftanlagen usw., und den Text der Deklaration und der Klauseln daraufhin zu prüfen, ob sie eine Form haben, die den Versicherten im Schadenfalle ausreichend schützt. Hierbei ist es eine wichtige Aufgabe, den Versicherten auch auf seine Pflichten hinzuweisen und ihm diejenige Aufklärung zu erteilen, die ihn instand setzt, die hohe Bedeutung eines Versicherungsvertrages mehr zu würdigen, als dies in der Regel von ihm bisher geschah. Dies ist eine Tätigkeit, die nicht nur dem Versicherten, sondern auch der Versicherungsgesellschaft nützlich ist. An diese Bureau-tätigkeit schließen sich sogenannte „Lokalrevisionen“ der technischen Beamten des Verbandes, weil nur bei diesen Lokalrevisionen solche Widersprüche ermittelt werden können, die zwischen Angaben und Vorschriften der Police einerseits und den tatsächlichen Verhältnissen anderseits bestehen. Dasselbe gilt auch von der Brandschadenregulierung.

Hinsichtlich der Prämienfrage hat sich der Verband von vornherein angelegen sein lassen, seine Mitglieder darauf hinzuweisen, daß hier — solange das Kartell bestünde —, wesentliches nicht erreichbar sei, vielmehr betont, daß es auf eine Erhöhung der Prämie dann sogar nicht ankäme, wenn die Gesellschaften in bezug auf eine liberale Abfassung des Versicherungsvertrages Entgegenkommen zeigten. Indessen sind Prämienermäßigungen innerhalb der Tarifbestimmungen nicht selten dadurch möglich geworden, daß eine zweckmäßigere Deklaration der Versicherungsgegenstände eine Verminderung der Versicherungssummen durch Zusammenfassung gestattete, oder daß bei Nachprüfung von Tarifierungen Irrtümer des betreffenden Gesellschaftsbeamten aufgedeckt wurden, oder daß der Versicherte auf bauliche Maßnahmen hingewiesen werden konnte, die nach den Tarifvorschriften eine Ermäßigung der Prämie im Gefolge hatten.

Aus den Erfolgen, die der Schutzverband durch seine Tätigkeit nicht nur für seine Mitglieder, sondern mittelbar und unmittelbar für die Gesamtheit aller Versicherten erzielt hat, sei hervorgehoben, daß der Verband bei der sächsischen und preußischen Regierung die Genehmigung der bisher nicht erlaubten kompensatorischen Feuerversicherung von häuslichem Mobiliar erlangt, und das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung (Veröffentlichungen 1907, Nr. 2) diesen Standpunkt ausdrücklich zu dem seinigen gemacht hat. Von sonstigen Forderungen und Wünschen des Schutzverbandes sind inzwischen besonders folgende in Erfüllung gegangen: Veröffentlichung der anfänglich geheim gehaltenen Minimaltarife des Feuerversicherungskartells. Verbesserung der allgemeinen Versicherungsbedingungen im Sinne und fast im Wortlaut der Verbandsforderungen durch die 1904 begründete Feuerversicherungsgesellschaft „Victoria“ und, durch deren Konkurrenz gezwungen, auch durch die übrigen Kartellgesellschaften in Gestalt der „Erklärung zu den allgemeinen Versicherungsbedingungen“. 1905 Erweiterung des bisher, abgesehen von einigen Männern der Wissenschaft, allein aus Vertretern der Privatversicherer gebildeten Versicherungsbeirats durch Vertreter der Versicherungsnehmer. 1905 Einführung einer mehr summarischen Versicherung durch das Feuerversicherungskartell. 1907 Versicherung von Maschinenfundamenten. Zunehmende Abfassung des Policentextes der Kartellgesellschaften gemäß den Vorschlägen des Schutzverbandes.

Im einzelnen bestehen die Erfolge des Verbandes in der Verbesserung von Tausenden von Policen seiner Mitglieder in allen Versicherungszweigen, sowohl durch Bureaurevisionen, wie auch durch ca. 1000 Lokalrevisionen, in zahlreichen Prämienermäßigungen, vielfachen erfolgreichen Beratungen bei Schadenregulierungen und Versicherungsprozessen.

1904 wurde in einer gemeinsamen Konferenz mit einigen preußischen Sozietätsdirektoren das zu den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten schon bisher gepflegte freundliche Verhältnis noch freundschaftlicher gestaltet und ist bis heute so geblieben.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß es volkswirtschaftlich wertvoller ist, Brandschäden zu verhüten, als sie, wenn sie einmal entstanden sind, noch so liberal zu bezahlen, hat der Verband schließlich von Anfang an ein großes Gewicht darauf gelegt, seine Mitglieder zur Innehaltung der Vorsichts-Bedingungen der Feuerversicherungs-Gesellschaften zu erziehen und systematisch den Feuerschutz und das Feuerlöschwesen in den Risiken der Mitglieder zu verbessern.

Der Verband, der sich bald nach seiner Begründung durch den Beitritt der führenden Hausbesitzer-Organisationen und von landwirtschaftlichen Korporationen zu einer Gesamtvertretung aller Versicherten-Gruppen ausgestaltete, hat sich in seiner Generalversammlung vom Mai 1905 entschlossen, die Rechte seiner Mitglieder dahin zu erweitern, als er ihnen im Brandschadenfalle die zunächst fünftägige Entsendung eines Verbandsbeamten an Ort und Stelle zugestanden hat. Die Kosten dieser Entsendung sind (abgesehen von dem Ersatz der Fahrkarten und dgl. Kosten) in den Mitgliedsbeitrag kostenfrei eingeschlossen.

Nachdem der Schutzverband sich anfänglich fast ausschließlich mit der auch heute noch an Wichtigkeit voranstehenden Feuerversicherung befaßt hatte, ist seine Tätigkeit seit ungefähr zwei Jahren auch auf alle anderen Versicherungszweige ausgedehnt worden.

Mit vielen der in diesem Abschnitt geschilderten Problemen befaßt sich auch der „Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft“ in Berlin.

XXIV.

Geldwesen, Handel, Handlungsvermittlung.

Die Vereinigungen von Händlern sind bereits regelmäßig im Anschluß an diejenigen Industrien genannt worden, deren Abnehmer sie sind.

Es ist noch notwendig, diejenigen Organisationen des Handels aufzuführen, welche nicht in unmittelbarer Beziehung zu einem bestimmten Industriezweige stehen.

Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.). Sitz: Berlin W, Behrenstraße 23 I. — Vorsitzender: Geh. Justizrat Professor Dr. Riesser-Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Rechtsanwalt Wittner-Berlin. — Mitgliederzahl: ca. 800. — Etat: Die Jahresbeiträge werden von den Mitgliedern nach Selbsteinschätzung aufgebracht, dürfen aber bei Banken nicht unter 200 M., bei Gesellschaftsfirmen mit mehr als einem Inhaber und Vorstandsmitgliedern von Aktiengesellschaften nicht unter 50 M., bei Einzelbankiers nicht unter 30 M. und bei Vereinen nicht unter 100 M. für das Jahr betragen. — Publikationsorgan: „Bank-Archiv“.

Der Zentralverband wurde am 10. März 1901 gegründet. Er bezweckt, die Rechte und Interessen des deutschen Bank- und Bankiergewerbes nach allen Richtungen hin zu vertreten. Behufs Erreichung dieses Zweckes macht der Zentralverband es sich zur Aufgabe, das Publikum über den Beruf und die Funktionen des Bankierstandes, sowie über die wirtschaftliche Natur der damit in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, in erster Linie der Börse, zu belehren und alles statistische, juristische und wirtschaftliche Material zu sammeln, welches zur Vorbereitung von Veröffentlichungen oder sonstigen Schriften des Zentralverbandes notwendig oder wünschenswert erscheint.

Mitglieder des Zentralverbandes können alle im Deutschen Reiche ihren Sitz oder Wohnsitz habenden Banken und Bankiers, sowie die im Deutschen Reiche bestehenden lokalen Vereinigungen von Banken oder Bankiers werden. Als Bankiers gelten auch die Mitglieder des Vorstandes von Banken, ebenso frühere Bankiers und vormalige Bankdirektoren.

Die Zahl der Stimmen, welche den Mitgliedern in der Generalversammlung zusteht, richtet sich nach der Höhe der gezahlten Beiträge, dergestalt, daß für einen Jahresbeitrag bis zu 200 M. eine Stimme, und für jede 200 M. mehr eine weitere Stimme zusteht.

Der Zentralverband bietet seinen Mitgliedern folgende Vergünstigungen: 1. Lieferung des „Bank-Archiv“, welches auch unmittelbar praktischen Zwecken zu Hilfe kommt, indem es seine Leser ständig über

die obergerichtliche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Bankwesens auf dem Laufenden erhält, und indem es eine monatliche Übersicht über die Kursbewegungen sämtlicher an der Berliner Börse gehandelten Papiere veröffentlicht und so eine Informationsquelle bei der Anlegung und Verwaltung von Kapitalien bildet. 2. Lieferung der „Veröffentlichungen“ des Zentralverbandes. Erschienen sind bis jetzt: Differenztheorie und Börsengeschäft; Juristische Lehrmeinungen über Börsengeschäfte; Differenzgeschäft und Börsentermingeschäft in Gesetzgebung und Rechtsprechung; Kommentar zum Bankdepotgesetz. In Vorbereitung befinden sich: Die Grundsätze von Treu und Glauben und ihre Anwendung auf die Rechtsverhältnisse des Bankverkehrs; Eine Darstellung des Bankkommissionsgeschäfts nach dem geltenden Rechte; Eine den Bedürfnissen der Praxis angepaßte Bearbeitung des Reichsstempelgesetzes vom 14. Juni 1900. 3. Erteilung von Rat und Auskunft in Fragen juristischer und banktechnischer Natur.

Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, E. V. Sitz: Berlin SW 48, Enckeplatz 3. — Vorsitzender: Oskar Tietz, in Firma Hermann Tietz, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Dr. J. Wernicke, Generalsekretär. — Mitgliederzahl: ca. 2000. — Etat: Einnahmen ca. 50—55 000 M., Ausgaben ca. 30—35 000 M. — Publikationsorgan: „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“, Berlin, Verlag des „Confectionär“.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser wurde am 25. Februar 1903 gegründet. Er bezweckt die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Deutschen Waren- und Kaufhäuser der Gesetzgebung, den Regierungen und Behörden, sowie der Öffentlichkeit gegenüber. Insbesondere kämpft er „gegen reaktionäre Mittelstandspolitik, die durch Umsatzsteuern, Bauordnungen usw. die Gewerbefreiheit für einzelne Gewerbezweige, insbesondere die Warenhäuser, beschränken oder beseitigen will“.

An Erfolgen hat er u. a. aufzuweisen: 1. Herabsetzung der Feuerversicherungsprämien im neuen Minimaltarif für Warengeschäfte vom 1. März 1905; 2. Beseitigung der die Verkaufsräume der Geschäftshäuser auf zwei Etagen beschränkenden Bauordnungen in Nürnberg, Münster und Hannover durch die betr. Ministerien; 3. Verhütung der Erhöhung der Warenhaussteuer in Preußen und Bayern.

In letzter Zeit vertritt der Verband die Interessen der Waren- und Kaufhäuser gegenüber den Konventionen aller Art, wie z. B. der „Sammt- und Seidenwaren-Fabrikanten und -Grossisten“ (Düsseldorfer-Berlin), der Schirm-, Krawatten-, Wäsche-, Porzellan-, Emaillewaren-, Hut-, Korsett-, Spielwaren- usw. Fabrikanten.

Er ist Mitglied des Handelsvertragsvereins und des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes.

Eine Vereinigung von Detailhandelsfirmen größeren Umfangs, die sich besonders gegen die Warenhäuser richtet, ist der

Verband Berliner Spezialgeschäfte. — Sitz: Berlin W8, Leipziger Str. 111. — Vorsitzender: Fritz Gugenheim, i. Fa. Seidenhaus Michels & Co., Berlin SW 19, Leipzigerstr. 43/44. — Geschäftsführender Beamter: Johs. Sauer, Generalsekretär. — Mitgliederzahl: 201. — Etat: ca. 10 000 M. — Publikationsorgan: „Das Spezialgeschäft“, Verlag v. L. Schottländer & Cie., Berlin C, Wallstr. 11/12.

Zweck des am 19. November 1900 gegründeten Verbandes ist die Vertretung der gemeinsamen Interessen der Berliner Spezialgeschäfte und Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen für deren Angestellte. Diese Zwecke sollen erreicht werden: durch Beratungen in Versammlungen, durch Aufklärung des Publikums vermittels der Presse, durch Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb, durch Begründung einer Vermittlungsstelle für Reklame, durch Berichte an die Regierung und städtische Behörden und endlich durch Vorschläge zu Gesetznovellen. Der Vorstand besitzt seit mehreren Jahren ein eigenes Ferienhaus für die weiblichen Angestellten seiner Mitglieder in Mellen b. Zossen (Kr. Teltow).

Verein der Rohprodukthändler Deutschlands, E. V. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: D. Katzenstein, Gotha. — Geschäftsführender Beamter: Alfred Loewenthal, Charlottenburg, Kantstraße 156. — Unterabteilungen: Zweigvereine in Süddeutschland, Rheinland und Westfalen, Sachsen, Schlesien. — Mitgliederzahl: ca. 250. — Publikationsorgan: „Produktenmarkt“.

Der Verein besteht seit dem Jahre 1902. Er hat den Zweck, die gemeinschaftlichen Interessen nach Außen hin zu vertreten, und zwar durch Vorträge und Besprechungen über wichtige, den Rohproduktenhandel betreffende Vorgänge in der Gesetzgebung und im täglichen Geschäftsleben, durch Wahrnehmung der Rechte der Mitglieder im Verkehr 1. mit Behörden, wie Berufsgenossenschaften, Gewerbeinspektionen, Polizei-, Eisenbahnverwaltungen usw., 2. mit Syndikaten und sonstigen Vereinigungen innerhalb der gesamten Branche, durch Schutz der Mitglieder gegen die hohen Prämien der Feuerversicherungsgesellschaften und bei Abwicklung von Schäden, durch Beitritt des Vereins zum Deutschen (Feuer-) Versicherungs-Schutzverbande sind alle Mitglieder des Vereins auch Mitglieder des Verbandes, durch kostenlose Raterteilung in rechtlichen Angelegenheiten durch Vereinsanwälte, durch zur schnellen Entscheidung von Differenzen eingesetzte Vereinsschiedsgerichte. Um bei Differenzen kostspielige Prozesse möglichst zu vermeiden, hat der Verein die Einrichtung von Schiedsgerichten derart getroffen, daß für jede der vertretenen Branchen: 1. Lumpen zur Papierfabrikation und Altpapier, 2. wollene Lumpen, 3. Eisen und Metalle, 4. Knochen usw. je 10 Sachverständige ernannt werden, welche auf Anrufen von Mitgliedern bereit sind, als Schiedsrichter zu fungieren.

Vereinigung der Samenhändler Deutschlands. Sitz: Berlin SW 29. — Vorsitzender: Paul Wissinger, Berlin. — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Th. Waage, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 88. — Mitgliederzahl: 280. — Vereinsblatt: „Der Saaten-, Dünger- und Futtermarkt.“

Gegründet 1896. Zweck: Förderung der Interessen des Samenhandels. Mitglied des Handelsvertragsvereins.

Auch einen Verein der deutschen Handelsgärtner gibt es.

Verein deutscher Pferdehändler. Sitz: Berlin NW 40, Alexanderufer 8. — Vorsitzender: Georg Woltmann, Berlin NW 40, Alexanderufer 8. — Mitgliederzahl: 65.

Zweck: Wahrnehmung der Standesinteressen.

Centralverband Deutscher Handlungsagenten-Vereine. Sitz: Berlin NW 7, Georgenstraße 44. — Vorsitzender: Hugo Lissa, in Firma Wilde & Lissa, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Dr. jur. Kurt Podewils. — Unterabteilungen: 26 angeschlossene Vereine, daneben „Einzelmitglieder.“ Eine weitere Bildung von „Ortsgruppen“, außer den Vereinen, wird gegenwärtig in die Wege geleitet. — Etat: 13 000 M. — Publikationsorgan: „Der Waren-Agent“.

Der „Centralverband Deutscher Handlungsagenten-Vereine“ bezweckt, die Handelsagentenvereine im Gebiete des Deutschen Reiches zur gemeinsamen Wahrung der Rechte und zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder unter Ausschluß jedes wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes zusammenzuschließen. Parteipolitische und religiöse Fragen sind ausgeschlossen. Er ist gegründet worden im Oktober 1902.

Das Agenturgewerbe in seiner jetzigen Gestalt ist ein Produkt der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Eingesetzt hat die deutsche Handelsagentenbewegung eigentlich erst mit der Veröffentlichung des neuen Reichs-Handelsgesetzbuches. Vorher bestand nur ein Verein von Handelsagenten, der „Verein Berliner Agenten E. V.“ (begründet 1886, Mitglied des Handelsvertragsvereins). Dem Gros des Standes fehlte noch jedes Solidaritätsgefühl und dies lag zu einem großen Teil daran, daß auch das Gesetz sich mit dem Handelsagenten noch gar nicht befaßte.

Erst als das neue Handelsgesetzbuch veröffentlicht wurde — schon vor seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1900 — erwachte das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Denn dieses widmete einen besonderen Abschnitt auch dem Handelsagenten („Handlungsagent“ nennt ihn das Handelsgesetzbuch sprachlich falsch. Denn nur in den allerwenigsten Fällen handelt es sich um den „Agenten einer Handlung“, meist wird eine ganze Reihe von Firmen vertreten; es handelt sich um einen Kaufmann, dessen Spezialbranche es ist, für andere Kaufleute Geschäfte zu vermitteln oder abzuschließen, also um den „Agenten des Handels“, den „Handelsagenten“), es definierte zunächst überhaupt einmal seinen Begriff klar, es billigte dem Handelsagenten sogar die Stellung eines Vollkaufmanns zu und es regelte die hauptsächlichsten Bestimmungen des Agentenrechtes. — Alle diese Errungenschaften waren zu einem großen Teil durch das Eintreten des Vereins Berliner Agenten E. V. erreicht worden.

Mit dem Erwachen des Standesbewußtseins nahm auch die Organisierung einen großen Aufschwung. Nachdem inzwischen noch einige Vereine erstanden waren, fand im Jahre 1902, am 26., 27. und 28. Oktober, zu Berlin im Bürgersaal des Berliner Rathauses der „I. Kongreß Deutscher Agenten“ statt und auf diesem wurde der „Centralverband Deutscher Handlungsagenten-Vereine“ gegründet.

Die Handelsagentenbewegung breitete sich dann immer mehr aus und gegenwärtig zählen zum Centralverband 26 Vereinigungen (im Gebiet des ganzen Deutschen Reiches) außer „Einzelmitgliedern“ (Mitgliedern an Plätzen, an denen ein Ortsverein nicht besteht). Auch ein eigenes Verbandsorgan wurde geschaffen: „Der Waren-Agent“. Vom 9.—11. Oktober 1904 tagte in Hamburg der „II. Kongreß Deutscher Agenten“, der nunmehr der Centralverbandstag war, und vom 10. bis 12. Juni 1906 zu München der „III. Kongreß Deutscher Handelsagenten“; der IV. Kongreß wird im Jahre 1909 in Köln a. Rh. stattfinden.

Der Centralverband hat durchgesetzt, daß durch Änderung der Reichs-Gewerbeordnung (lex Blell) den Handelsagenten das Recht auf die Gewerbelegitimationskarte gewährleistet wurde. (Sie war ihnen lange unbeanstandet erteilt worden, bis sie ihnen seitens einzelner Polizeibehörden streitig gemacht wurde und das Kammergericht wie auch das preußische Oberverwaltungsgericht entschieden, daß ein Anspruch der Handelsagenten auf die Gewerbelegitimationskarte in der Reichs-Gewerbeordnung nicht begründet sei.) Der Centralverband hat ferner mit Erfolg dafür gewirkt, daß die sogenannten Agentenbriefe vom Reichspostamt freigegeben wurden, das heißt, daß das vertretene Haus die an die Kundschaft zu versendenden Briefe dem Handelsagenten zwecks Information, Kontrolle und Weiterbeförderung in Sammelsendungen zugehen lassen kann, ohne daß diese der störenden Feststellung unterworfen werden, ob tatsächlich die Übersendung in Sammelsendungen zum Zweck der Information und Kontrolle geschieht und nicht etwa zum Zweck der Portoersparnis (wenn die Kundschaft am Orte des Handelsagenten wohnt und dieser nur das billigere Ortsporto zur Verwendung bringt). -- Es war für den Handelsagentenstand eine Lebensfrage, da der Handelsagent darauf Wert legen muß, daß die gesamte Korrespondenz seines Hauses mit den Kunden durch seine Hände geht.

Der Verband erstrebt ferner die Bevorrechtigung der Provisionsforderung des Handelsagenten im Konkurse der von ihm vertretenen Firma, eine Änderung der Reichs-Gewerbeordnung, welche noch einzelne Bestimmungen des Wandergewerbescheines auf die Gewerbelegitimationskarte überträgt, die gesetzliche Festlegung der Vorlegung der Handelsbücher des vertretenen Hauses in Streitfällen; er hat eine Sammlung der Handelsgebräuche im Agenturgewerbe unternommen, einen „Normalagenturvertrag“ geschaffen.

Der Verband hat einen Vorzugsvertrag, betreffend die Krankenversicherung, mit dem „Deutschen Anker“ abgeschlossen. Ein weiterer Vorzugsvertrag, betreffend die Altersversorgung, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung ist in Vorbereitung. Jedoch wird zunächst noch entschieden, ob nicht eine eigene Witwenkasse, an deren Plan gegenwärtig gearbeitet wird, gegründet werden soll. Verschiedene Vereine des Centralverbandes haben Vereinssterbekassen ins Leben gerufen. Besonders eingehend geregelt ist das Fürsorgewesen beim Tode eines Mitgliedes, um den Fortgang des Geschäfts zu sichern, vor allem die bisherigen Agenturen für die Hinterbliebenen nutzbar zu machen.

Eine Reisekommission bearbeitet die Verkehrsfragen (Eisenbahn-, Hotelwesen usw.).

Es ist dem Centralverband gelungen, durchzusetzen, daß an einer Reihe von Plätzen Vertreter des Agenturgewerbes in die Handelskammer gewählt sind; ferner sind eine Anzahl Mitglieder Handelsrichter, ferner Beisitzer der Kaufmannsgerichte (als Prinzipale).

Erwähnt sei noch zum Schluß, daß der Centralverband auch eine Agenturvermittlung eingerichtet hat.

XXV.

Kleinhandel und Kleingewerbe; Mittelstand.

Zur Vertretung der besonderen Interessen des Detailhandels und des Kleingewerbes haben sich eine große Zahl von lokalen Organisationen gebildet, die in Landesverbänden und Zentralstellen zusammengefaßt sind.

Eine solche Organisation sowohl von Kleinhandel als Kleingewerbe ist:

Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe, e. V. Sitz: Leipzig, Elisenstraße 39. — Vorsitzender: Kaufmann Hugo Geest in Leipzig, Elisenstraße 39. — Geschäftsführender Beamter: Maximilian Gruhl, Generalsekretär. — Unterabteilungen: Provinzial- und Landesverbände: 1. Verband von Kaufleuten der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder in Hannover. Vorsitzender: Kaufmann und Handelskammermitglied Ernst Wolters in Hannover, Calanberger Straße 46 a. Schriftführer: Handelskammer-Syndikus Dr. Rocke. 2. Verband der Kaufleute der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig. Vorsitzender: Julius Eberius sen., Kaufmann und Handelskammermitglied, Köthen i. Anhalt, Leopoldstraße 37. 3. Verband selbständiger Kaufleute für Rheinland, Westfalen und angrenzende Gebiete. Vorsitzender: Bernhard Kluxen, Kaufmann und Handelskammermitglied in Münster i. W., Prinzipalmarkt 2. 4. Detaillisten-Verband für Hessen und Waldeck, e. V., Kassel. Vorsitzender: Kaufmann und Handelskammermitglied Georg Tripp in Kassel, Möncheberger Straße 22. Verbandszeitung: Mitteilungen des Detaillisten-Verbands für Hessen und Waldeck, Kassel. 5. Provinzialverband der Vereine zum Schutze des Handels und Gewerbes in Schlesien, e. V., Breslau. Vorsitzender: Kaufmann und Handelskammermitglied Franz Vogel in Breslau, Schmiedebrücke 23. Verbandszeitung: „Handels- und Gewerbeschutz“, Breslau. 6. Verband bayerischer Kaufleute der Kolonialwarenbranche. Vorsitzender: Alban Mayer in München, Lindwurmstraße 131. 7. Verband Sächsischer Kaufleute. Vorsitzender: Kaufmann Rudolph Unger in Waldheim. 8. Württembergischer Bund für Handel und Gewerbe, e. V., Stuttgart. Vorsitzender: Kaufmann Karl Frobenius in Stuttgart, Archivstraße 19. Verbandssekretär: Landtagsabgeordneter H. Hiller in Stuttgart. Verbandszeitung: „Die Geschäftswehr“, Stuttgart. 9. Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden, e. V., Mannheim. Vorsitzender: Kaufmann J. H. Kern in Mannheim. Verbandszeitung: „Der Handels- und Gewerbeschutz“ in Mannheim. 10. Verband Thüringer Kaufleute. Vorsitzender: Kaufmann Edmund Pohle in Sondershausen. — Mitgliederzahl: Diese 10 Verbände umfassen zusammen 193 Vereine. Außerdem sind dem

Zentralverbände 55 Einzelvereine angeschlossen. Insgesamt zählt er mehr als 21000 Mitglieder. Etat: Einnahmen und Ausgaben balancieren mit etwa 6000 M. Verbandsvermögen: Etwa 4000 M. — Publikationsorgan: „Kolonialwaren-Zeitung“ in Leipzig (erscheint zweimal wöchentlich im Verlage von Jüstel und Götzel) und die Verbandszeitung: „Der Mittelstand, Mitteilungen des Deutschen Zentralverbandes für H. u. G.“ (Eigentum des Verbandes, erscheint alle zwei Monate). Verantw. Redakteur: Maximilian Gruhl in Leipzig.

Eine im Jahre 1877 in Berlin beschlossene Einigung der kaufmännischen Detaillistenkreise zerfiel nach zwei Jahren, ohne etwas erreicht zu haben. Anfang der 80er Jahre wurden noch einzelne Versuche zur Konzentration gemacht, aber auch damals gelang es nicht, einen größeren Zusammenschluß verwandter Interessengemeinschaften herbeizuführen. Erst im August des Jahres 1888 waren die Bestrebungen einiger Führer der bereits bestehenden hannoverschen, provinz-sächsischen, ober-schlesischen und thüringischen Detaillistenverbänden sowie des verstorbenen Redakteurs C. W. Zimmermann (von der Kolonialwaren-Zeitung in Leipzig) von Erfolg gekrönt: am 14. August 1888 wurde der Zentralverband kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands gegründet, an dessen Spitze Senator Hermann Schulze in Gifhorn trat, der bis zum August 1901 die Vereinigung geleitet hat. Der Verband begann mit 1200 Mitgliedern und zählt heute, nachdem er einigemal seinen Namen geändert hat, über 21000 Mitglieder. Am 6. September 1891 nahm er den Namen Zentralverband deutscher Kaufleute, am 27. August 1899 den Namen Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender und am 13. August 1907 nach Aufnahme von 21 dem früheren Deutschen Bunde für Handel und Gewerbe angeschlossen Vereinen den gegenwärtigen Namen an. Seit dem 23. Juni 1892 besitzt der Verband juristische Persönlichkeit. Dem aus 24 Mitgliedern bestehenden Vorstände gehören nur Kaufleute, meist Handelskammermitglieder, sowie auch der Handelskammersyndikus Dr. Rocke in Hannover, an.

Der Verband bezweckt die Hebung des Handels und Gewerbes sowie die Wahrnehmung der rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Handel- und Gewerbetreibenden. Dies geschieht durch: „Förderung und Verbreitung der Fachkenntnisse, Abwehr der den selbständigen Mittelstand im Handel und Gewerbe gefährdenden mißbräuchlichen Ausdehnung der großkapitalistischen Betriebsformen im Kleinhandel und der unberechtigten wirtschaftlichen und gewerbetreibenden Konsumentengenossenschaften; Bekämpfung der Mißstände in Handel und Gewerbe, insbesondere des unlauteren Wettbewerbes; Beteiligung an den Vorbereitungen zur Verbesserung bestehender und Schaffung neuer, Handel und Gewerbe förderlicher Gesetze; Unterstützung der auf erlaubte Selbsthilfe gerichteten Maßnahmen des Handels und des Gewerbes.“

Der nunmehr seit bald 20 Jahren bestehende Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe sei bemüht gewesen, die ihm als der ältesten Interessen- und Standesvertretung der deutschen Detailkaufleute und Gewerbetreibenden obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Ende der 80er Jahre habe er nachgewiesen, welche Schädigungen durch das sogenannte Truicksystem — daß nämlich die Arbeiter in den ober-schlesischen Montandistrikten anstatt des Lohnes in barer Münze Konsumwaren erhielten — den Handel- und Gewerbetreibenden zugefügt würden, und dadurch dazu beigetragen, daß das Truicksystem durch die Regierung

verboten wurde. Seinen gemeinsamen Anstrengungen mit gesetzlichen Vertretungen von Handel und Gewerbe schreibt der Zentralverband es zu, daß die Warenhäuser zu einer Umsatzsteuer herangezogen, der Hausierhandel eingeschränkt, die Ausübung des Detailreisens von der Lösung eines Wandergewerbescheines abhängig gemacht, die Wanderlagerbetriebe besteuert werden, das Versteigerungswesen gesetzlich geregelt, gegen den unlauteren Wettbewerb ein Spezialgesetz geschaffen, Erhebungen der Reichsregierung über das Kartellwesen herbeigeführt, gesetzliche Bestimmungen über eine richtige Firmierung der offenen Ladengeschäfte erlangt, die Vorschrift vollen Gewichts in Kerzen- und Garnpackungen durchgesetzt, im Handelsverkehr mit ausländischem Dörrobste gegenüber den behördlichen Beanstandungen eine gewisse Beruhigung geschaffen, der Kleinhandel gegen übertriebene Forderungen der Handlungsgehilfen in Sachen der Sonntagsruhe, des Ladenschlusses und der nächtlichen Ruhezeit geschützt, in einzelnen Bundesstaaten und einigen preußischen Provinzen eine Milderung der Bestimmungen über das Verhängen der Schaufenster an Sonn- und Festtagen veranlaßt worden ist.

Als seine eigenen Verdienste nimmt der Zentralverband folgendes in Anspruch: Von ihm sei die erste Anregung zu der Novelle zum Genossenschaftsgesetze ausgegangen, die das Verbot für Konsumvereine, an Nichtmitgliedern zu verkaufen, enthält. Als sodann der Reichstag abgelehnt hatte, gegen die Übertretung dieses Verbotes eine Strafe auszuwerfen, sei der Zentralverband durch Wort und Schrift so lange tätig gewesen, bis die bestehende Strafbestimmung durch eine anderweite Novelle ausgesprochen wurde. Ferner: daß durch eine gesetzliche Bestimmung die Vorstände der Konsumvereine gezwungen werden, die in den Konsumvereins-Verkaufsstellen verkehrenden Käufer auf ihre Mitgliedschaft zu kontrollieren; daß in den größeren Bundesstaaten die Konsumvereine als Gewerbebetriebe angesehen und demgemäß zur Gewerbe- und zur Einkommensteuer herangezogen werden, und daß sie ferner genötigt worden sind, wie jeder Gewerbebetreibende um die Konzession zum Kleinhandel mit geistigen Getränken nachzusuchen. Dem Zentralverband sei es seinerzeit geglückt, „den damaligen preußischen Finanzminister Dr. Miquel von der Ansicht, daß die Umsatzsteuer eine rohe Steuer sei und nicht in die Technik der preußischen Gewerbesteuer hineinpasse, zu bekehren und für die Umsatzsteuer im Prinzipie zu gewinnen.“ Der Zentralverband dürfe von sich behaupten, daß er den Anstoß zur Schaffung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gegeben hat, indem er die maßgebenden Abgeordneten, zunächst der Zentrumsfraktion des Reichstages, für diesen Gedanken zu interessieren wußte. Die durch gemeinschaftlichen Einkauf und Großeinkauf, sowie in den Rabattsparvereinen geübte Selbsthilfe sei in den Kreisen des Zentralverbandes angebahnt worden und aus diesen herausgewachsen.

Die angeschlossenen Verbände des Zentralverbandes sind z. T. selbst Organisationen von einigem Umfange; so der

Württembergische Bund für Handel und Gewerbe (E. V.). Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender: Carl Frobenius, Kaufmann in Stuttgart, Mitglied der Handelskammer. — Geschäftsführender Beamter: Hermann Hiller, Sekretär, Landtagsabgeordneter in Stuttgart. — Unterabteilungen: Eine größere Anzahl in ganz Württemberg. — Mitgliederzahl: 5805. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 10487.16 M., Erhobene Kapitalien 3989.00 M., Sa. 20417.87 M. Ausgaben u. a.: Drucksachen 1076.00 M., Porto 784.82 M., Allgemeine Unkosten 1519.61 M., Zentralverbandstag 1370.20 M., Verwaltungskosten 2900.00 M., Bureau-

aufwand und Schreibhilfe 1000.00 M., „Geschäftswehr“-Unkosten (Druck und Versand 3207.92 M., Sa. 17493.90 M. — Publikationsorgan: Die „Geschäftswehr“.

Der „Württembergische Bund für Handel und Gewerbe“ ist ein Verein von Kaufleuten, Handwerkern und sonstigen Gewerbetreibenden Württembergs und Hohenzollerns zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, der 1892 gegründet wurde und den Zweck hat, mit allen gesetzlichen Mitteln die schädlichen Auswüchse des Erwerbslebens, namentlich der Konsumvereine, des Hausierwesens und Detailreisens, der Wanderlager, der Kauf- und Warenhäuser, des Submissionswesens usw., insbesondere den unlauteren Wettbewerb in Handel und Gewerbe zu bekämpfen und in jeder Weise alle diejenigen Ziele zu erstreben und zu fördern, welche geeignet sind, den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu erhalten und zu kräftigen.

Mitglied des Bundes kann jede volljährige, unbescholtene Person (Mann oder Frau) in Württemberg und Hohenzollern werden, welche das Interesse des Bundes fördern will.

Der Bund sucht der Warenhaus- und Konsumvereins-Konkurrenz auch durch Mittel der Selbsthilfe und zwar besonders durch Errichtung und Förderung von Rabattsparvereinen zu begegnen.

Gleichen Charakters sind:

Bund der Handel- und Gewerbetreibenden (E. V.). Sitz: Berlin C 2, An der Spandauer Brücke 8. — Vorsitzender: Hugo Lissauer, Kommerzienrat, Berlin W 15, Kurfürstendamm 211. — Schriftführer: Oskar Neumann, Berlin N, Raumerstraße 19. — Mitgliederzahl: 7400.

Gegründet: 1898. Zweck: Vertretung der Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes und Schutz des Kleinhandels und des Kleingewerbes. Der Bund erstreckt sich auf Berlin und Vororte.

Der Zentralverband der Vereine selbständiger Gewerbetreibender zu Berlin (gegründet 1891) ist wieder eingegangen. Der Deutsche Bund für Handel und Gewerbe, Sitz Leipzig (gegründet 1899) ist mit dem Deutschen Zentralverband für Handel und Gewerbe in Leipzig (s. S. 221) verschmolzen worden. Dagegen ist eine neue, Zentralisierung anstrebende Organisation entstanden in der

Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: Kommerzienrat Lissauer, Berlin W 15, Kurfürstendamm 211. — Geschäftsführender Schriftführer: Gust. Ehrke, Berlin W, Köthener Straße 44.

Die Vereinigung ist im Jahre 1905 gegründet worden. Sie umfaßt 145 preußische Vereine zum Schutze von Handel und Gewerbe, namentlich der kleinen und mittleren Betriebe.

Überwiegend Handwerker haben sich in den zahlreichen „Gewerbevereinen“ zusammengeschlossen; als Beispiel diene der Verband der Württembergischen Gewerbevereine. Sitz: Göppingen (Württemberg). — Vorsitzender: Karl Schindler, Malermeister, Göppingen. Verbandsvorstand. —

Geschäftsführender Beamter: Ernst Eisele, Reallehrer, Verbandssekretär. — Unterabteilungen: Der Verband gliedert sich in 172 Gewerbevereine, die in den verschiedenen Städten des Landes ihren Sitz haben. — Mitgliederzahl 22 450. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 3240 M., Summe der Einnahmen 8052,85 M. Ausgaben u. a.: Versammlungen 735,65 M., Vorträge in den Vereinen 1184,05 M., Drucksachen 1285,74 M., Porti 304,29 M., Gehälter 700 M., Summe der Ausgaben 7199,08 M. — Publikationsorgan: „Gewerbeblatt aus Württemberg“ und „Deutsche Gewerbe- und Handwerkerzeitung“.

Die württ. Gewerbevereine sind entstanden im Anschlusse an die im Jahre 1830 gegründete „Gesellschaft zur Beförderung der Gewerbe in Württemberg“. Der älteste Gewerbeverein in Hall wurde schon 1831 gegründet. Im Jahre 1857 wurden in Württemberg 33 Gewerbevereine gezählt, 1896 105 Vereine mit 14 000 Mitgliedern. Unter den letzteren sind 7908, also 56 $\frac{1}{4}$ % reine Handwerker, weitere 3369, also 24 %, gehören dem Kleinhandelsgewerbe und der Industrie an, so daß also 80 % der Mitglieder dem direkt gewerblichen Berufe zuzuzählen sind; 2026 Mitglieder (14,4 %) sind Vertreter sonstiger Berufe. Nach den neuesten Erhebungen zählt der Verband 22 653 Mitglieder, darunter 15 222 (also 67 %) reine Handwerker.

Sämtliche württ. Gewerbevereine, die, um einen näheren Zusammenhang unter sich und öfteren persönlichen Meinungsaustausch über die Interessen des Gewerbestandes und die Mittel zu deren Hebung und Förderung herbeizuführen, schon seit 1852 alljährlich in Wanderversammlungen zusammentreten, gehören dem „Verbande der württ. Gewerbevereine“ an. Im Jahre 1899 wurde der Verband in 12 Gauverbände eingeteilt, so daß auf jeden Handwerkskammerbezirk 3 Gauverbände entfallen.

Auf den jährlichen Verbandstagen sind namentlich die Gesetzesentwürfe, die das Gewerbewesen direkt oder indirekt berühren, behandelt worden: so anfangs der 60er Jahre die Einführung der Gewerbefreiheit, ausgangs der 60er Jahre die Gewerbesteuer, 1871 das Münz- und Notenwesen, 1877 die beim Reichstage beantragten Abänderungen der Gewerbegesetzgebung, 1881 das Innungs- und das Unfallversicherungsgesetz, 1889 und 1894 die Unfallversicherung mit besonderer Berücksichtigung des Kleingewerbes, 1891 Novelle zur Gewerbeordnung, 1896 und 1897 die Gesetzesvorlage betr. die Organisation des Handwerks, 1900 das Invalidenversicherungsgesetz, dessen Handhabung und Wirkung am Kleingewerbe.

Ein Haupttätigkeitsgebiet der Gewerbevereine ist die Ausbildung der gewerblichen Jugend. Zu diesem Zwecke geben sie Beiträge an Schulen, insbesondere an gewerbliche Fortbildungsschulen. Ferner veranstalten die Gewerbevereine jährlich Lehrlingsprüfungen mit Ausstellung von Lehrlingsarbeiten oder leiten doch diese Prüfungen und gewähren Prämien aus Vereinsmitteln. Meist geben die Vereine in geeigneten Fällen an Gewerbegehilfen Unterstützungen zur Weiterbildung in Fortbildungsschulen (Schulgeldbeiträge), auch Reisegeldbeiträge zum Besuche von Ausstellungen und Beiträge zum Besuche von Fachschulen.

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Gewerbevereine ist indessen auf die Förderung der geistigen und materiellen Interessen des Gewerbestandes gerichtet. Belehrend suchen sie zu wirken einmal durch die Einrichtung von Vereinsbibliotheken. Fast sämtliche Vereine haben eine Bibliothek, 76 daneben auch einen Lesezirkel.

Verdienste haben sich die Gewerbevereine erworben um die Veranstaltung von Ausstellungen. Es gibt nicht viele, die nicht im Laufe der Zeit teils eine Bezirks-, teils eine Lokal-Gewerbeausstellung und außerdem dann und wann Spezialausstellungen veranstaltet hätten. Hier und dort veranstalten die Gewerbevereine zur Belebung des Eifers der Mitglieder Preisausschreiben. Sodann tragen die Gewerbevereine durch spezielle Maßnahmen der verschiedensten Art zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder bei. So verdanken die in Württemberg bestehenden Vorschuß- und Kreditvereine — „Gewerbebanken“, „Handwerkerbanken“ — zum großen Teil ihre Entstehung der Anregung durch die Gewerbevereine. Genossenschaftliche Unternehmungen sind mannigfach ins Leben gerufen worden. Von mehreren sind gemeinschaftliche Verkaufshallen errichtet worden. Für das Kleinhandwerk bemühen sich die Gewerbevereine in erfolgreicher Weise durch Beschaffung von Arbeits- und Kraftmaschinen. In der Erkenntnis, daß dem Handwerk namentlich im Kunstgewerbe noch ein weites Arbeitsfeld offen steht, suchen die Gewerbevereine auch hierin zu fördern und anzuregen. So werden von den Vereinen für die Bibliotheken vorzugsweise kunstgewerbliche Zeitschriften und Werke angeschafft; viele Vereine haben die Mitgliedschaft des württ. Kunstgewerbevereins (s. S. 200) erworben, damit ihren Mitgliedern die Einrichtungen dieses um die Hebung des württ. Kunstgewerbes tätigen Vereins eher zugänglich werden; mehrere Vereine haben Gewerbemuseen ins Leben gerufen.

Die in verschiedenen Städten Württembergs eingerichteten Arbeitsvermittlungsstellen (Ämter) und ebenso die gewerblichen Schiedsgerichte sind zum Teil aus der Initiative der Gewerbevereine entstanden. Eine rege Tätigkeit haben sie von jeher auf dem Verkehrsgebiete entfaltet und durch Erlangung von neuen Postfahrten, besseren Zugverbindungen, Einrichtung von Telephonanstalten, Errichtung von Stationen und Haltestellen, Veranlassung von Porto- und Tarifiermäßigungen und durch Erwirkung neuer Eisenbahnlinien Erfolge erzielt.

Von jeher bestreben sich die Gewerbevereine, Auswüchsen im Erwerbsleben, insbesondere betr. den Hausierhandel, das Detailreisen, die Warenauktionen, die Wanderlager, Gefängnisarbeit, Submissionswesen, Schwindelanzeigen, unlauteren Wettbewerb, entgegenzutreten.

Mehrere Vereine unterhalten für ihre Mitglieder kostenfreie Auskunftstellen für Fragen und Anliegen jeder Art, sowohl für solche technischer Art als auch zur Einholung von Auskünften über auswärtige Firmen.

In gleicher Weise arbeiten folgende (es seien nur des Beispiels halber einige kleinere und größere Vereine genannt):

Schlesischer Central-Gewerbe-Verein. Sitz: Breslau, Lehmdamm 53/55. — Vorsitzender: Dr. Georg Kauffmann, Königl. Kommerzienrat, Fabrikbesitzer. — Geschäftsführender Schriftführer: Prof. Otto Höffer, Königl. Baugewerkschuldirektor zu Breslau. — Unterabteilungen: 33 Ortsgruppen. — Mitgliederzahl: 5595. — Etat: ca. 3550 M. — Publikationsorgan: Schlesisches Gewerbeblatt, Breslau; Redaktion: Breslau X, Lehmdamm 53/55.

Der Schlesische Central-Gewerbe-Verein, gegründet im Jahre 1862, bezweckt die Vereinigung der schlesischen gewerblichen Vereine und Körperschaften zu gegenseitiger Belehrung und zur Förderung von allen gemeinsamen gewerblichen Bestrebungen. Zu diesem Zwecke wird in

der Regel alljährlich möglichst in den Sommermonaten eine Wanderversammlung an einem geeigneten Orte in Schlesien abgehalten, welche den Namen „Schlesischer Gewerbetag“ führt.

Die wichtigste Aufgabe des Vereins ist die Gewerbeförderung in der Provinz Schlesien. Er bewirkt diese durch seine auf die Förderung und Ausgestaltung des gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulwesens der Provinz gerichteten Bestrebungen; Überweisung von Stipendien an Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen, Bewilligung von Zuschüssen für Studienreisen der Lehrer dieser Anstalten, Unterstützung der schlesischen Meisterkurse, Belehrungen über die Vorteile des gewerblichen Genossenschaftswesens; durch Abhaltung von Vorträgen aus dem Gebiete der sozialen und gewerblichen Gesetzgebung, Veranstaltung von Ausstellungen usw.

Gewerbe- und Handels-Verein Oldenburg. Sitz: Oldenburg i. Gr. — Vorsitzender: Max tom Dieck, Bankdirektor, Oldenburg i. Gr. — Mitgliederzahl: 200. — Etat: ca. 700 M.

Der Gewerbe- und Handels-Verein in Oldenburg i. Gr. ist 1840 gegründet. Zweck: Hebung und Förderung von Handel, Gewerbe und Verkehr. Heim für junge Kaufleute mit Staatszuschuß von 500 M. Daß diese Organisationen gelegentlich auch Interesse an handelspolitischen Fragen nehmen, zeigt die Mitgliedschaft des Oldenburger Vereins beim Handelsvertragsvereine.

Oldenburgischer Schutzverein für Handel und Gewerbe. Sitz: Oldenburg i. Gr. — Vorsitzender: Kaufmann H. G. Müller in Oldenburg i. Gr. — Mitgliederzahl: 147. — Etat: ca. 1000 M.

Der Oldenburgische Schutzverein für Handel und Gewerbe in Oldenburg i. Gr. ist 1896 gegründet. Zweck: Hebung und Förderung von Handel und Gewerbe und Bekämpfung der schädlichen Auswüchse.

Gewerbeverein Jena. Sitz: Jena, Thüringen. — Vorsitzender: August Beyer, Uhrmachermeister, Johannisstraße. — Geschäftsführender Beamter: C. Hochhausen jun. — Mitgliederzahl: 298 Mitglieder, 11 Ehrenmitglieder. — Etat: 1500 M. — Publikationsorgan: Lokalzeitungen.

Die Provinzial- und Landesorganisationen der Gewerbevereine haben sich zum großen Teil wiederum zusammengeschlossen im

Verband deutscher Gewerbevereine. Sitz: Darmstadt. — Vorsitzender: Noack, Regierungsrat, Vorsitzender des Hessischen Landesgewerbevereins und der Großh. Zentralstelle für die Gewerbe in Darmstadt, Landtagsabgeordneter. — Geschäftsführende Beamte: L. Götz, Rechnungsrat, Verbandsrechner, Darmstadt; A. Mahr, Revisor, Verbandssekretär, Darmstadt. — Unterabteilungen:

14 Verbände:	Vereine	Mitglieder	hiervon sind Handwerker in % ca.
Landesverband Anhaltischer Gewerbevereine. . .	5	790	50
Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerker-Vereinigungen . .	460	28 610	85
Landesverband Bayerischer Gewerbevereine . .	77	12 500	70

Verband Elsaß-Lothringischer Gewerbe- und Handwerker-Vereinigungen	64	4 010	95
Gewerbeverein für Hannover	18	2 324	80
Landesgewerbeverein für das Großherzogtum Hessen	126	11 075	73
Verband Mecklenburgischer Gewerbevereine	34	4 308	66
Gewerbeverein für Nassau	138	11 253	54
Gewerblicher Zentralverein der Provinz Ostpreußen	28	5 017	40
Verband Pfälzischer Gewerbevereine	72	7 192	71
Verband Sächsischer Gewerbe- und Handwerker-Vereine	153	28 960	45
Schlesischer Zentral-Gewerbeverein	34	5 595	50
Verband Thüringer Gewerbevereine	49	8 297	54
Verband Württembergischer Gewerbevereine	172	22 505	66

10 Vereine:

Gewerbeverein für Aachen, Burtscheid und Umgegend	1	422	30
Verein selbständiger Konditoren Bremen	1	29	100
Verein von Maurer- und Zimmermeistern von Bremen und Umgegend	1	250	100
Handels- und Gewerbeverein Cassel	1	440	27
Gewerbeverein für Cöln und Umgegend	1	403	50
" Erfurt	1	921	20
" Eupen	1	36	44
" Marburg	1	115	50
" Minden und Umgegend	1	110	80
" Viersen	1	30	27
	1439	150 192	64

Etat: Gesamteinnahme 12 966 M., Gesamtausgabe 8189 M.

Der Verband wurde im Jahre 1890 gegründet. Die Tätigkeit war hauptsächlich auf inneren Ausbau des Verbandes und der Anregung der einzelnen Vereine zu eifriger und zielbewußter Arbeit gewidmet.

Der Verband hat sich im Verlaufe seines Bestehens eingehend und vielfach zu wiederholten Malen mit folgenden Fragen beschäftigt: Errichtung von Gewerbeförderungsanstalten, Unterrichtszeit an den gewerblichen Sonntagsschulen, Genossenschaftswesen, Arbeitsvergebungen, Einführung der Sonntagsruhe im Handwerk, Militärdienst der Handwerker, Lehrlingsausbildung, Versicherungswesen der Handwerker auf Todesfall, Unfall und Haftpflicht, Alter und Invalidität. Besteuerung der Warenhäuser, Ausverkaufsunwesen, unlauterer Wettbewerb, Sicherung der Bauforderungen der Handwerker, gewerbliche Schiedsgerichte, Postscheckverfahren u. a. m.

Der zuletzt ausgegebene Jahresbericht umfaßt 175 Druckseiten Groß-Quart. Er behandelt: 1. Die Tätigkeit der Verbandsleitung, 2. der Gauverbände, 3. der Verbandsvereine. Im ersten Teil nimmt die Veröffentlichung der wichtigsten Schriftstücke aus dem schriftlichen Verkehr des Landesverbandspräsidiums einen ziemlich großen Raum ein und zwar gegliedert in: a) Submissionswesen, b) Genossenschaftswesen, c) Ausbildung von Lehrlingen und Gehilfen, d) Tätigkeit zum Schutz des Meistertitels, e) Verschiedenes.

Um die Ansicht des ganzen Verbandes zu erfahren, hat der Verbandsvorstand allen Landesverbänden und Verbandsvereinen die Frage zur Begutachtung zugehen lassen, ob 1. bei denselben die von der Regierung erlassene Wahlordnung für die Handwerkskammer ungünstig ist, 2. wieviele der Gewerbevereine als Wahlkörper zur Handwerkskammer anerkannt sind.

Zu dem Punkte Alters- und Invalidenversicherung für selbständige Handwerker hatte der Verband bereits vor drei Jahren in Mainz seine Wünsche formuliert, die den Anschauungen weiter Handwerkerkreise entsprachen. Da jedoch eine Versicherungspflicht bei den maßgebenden Stellen der Reichsregierung nicht zu erreichen war, beschloß der erweiterte Vorstand, in dieser Frage dem Standpunkte des Handwerks- und Gewerbe-kammertages 1905 zu Cöln beizutreten. Von einer Umfrage bei den Landesverbänden und Verbandsvereinen, wieviele ihrer Mitglieder sich

freiwillig weiter versichern, ist mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Erhebungen vorläufig Abstand genommen worden.

Die Arbeiten für die Erhebungen über die Durchführung des Handwerkergesetzes waren umfangreich, indem die von den Gewerbevereinen eingelaufenen Fragebogen durchgesehen und in ein einheitliches System zusammengestellt wurden. Rund 90 v. H. der dem deutschen Verband angehörigen Vereine haben die Bogen ausgefüllt, außerdem noch eine Anzahl anderer, dem Verbands fernstehender Vereine, von denen das Reichsamt des Innern dem Vorstandsvorstande 71 namhaft gemacht hatte. Die Erhebungen auch bei diesen Vereinen wurden durch den Vorstand des Verbandes deutscher Gewerbevereine wahrgenommen. Die aus den Fragebogen gewonnenen wertvollen statistischen Nachweise sind weiterhin verarbeitet worden. „Hiermit ist ein umfangreiches und mühevolleres Werk zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, welches geeignet erscheint, die gemeinnützige Tätigkeit der deutschen Gewerbevereine zu Nutz und Frommen des deutschen Gewerbestandes in ein glänzendes Licht zu setzen. Wenn diese Arbeit als ein Erstlingsversuch auf diesem Gebiete selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben darf, so wird sie doch eine wertvolle Grundlage bilden, um von ihr ausgehend im Laufe der Jahre das Bild zu vervollständigen und zu zeigen, was freiwillige zielbewußte Tätigkeit längst vor in Kraft treten des Handwerkergesetzes auf dem Gebiete der Gewerbebeförderung in Deutschland zu leisten imstande war.“

Meistbegünstigungsverträge hat der Verband abgeschlossen mit dem Deutschen Versicherungsverein zu Stuttgart und der Gesellschaft „Nordstern“ zu Berlin. Es besteht außerdem eine Verbandssterbekasse mit dem Sitz in Darmstadt.

Der Verband ist korporatives Mitglied des Verbandes deutscher Gewerbeschulmänner, mit dem er in innigen Beziehungen steht, des Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums und des Internationalen Verbands zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes. Auch mit den großen Verbänden der Gewerbevereine Österreichs und der Schweiz bestehen freundschaftliche Beziehungen.

Schließlich haben sich auch die Detaillisten vielfach in Sondervereinen zusammengeschlossen; die größte dieser Organisationen ist der

Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen (E. V.). Sitz: Barmen. — Vorsitzender: Hermann Wahl, Barmen. — Geschäftsführender Beamter: Heinrich Carsch, Barmen. — Unterabteilungen: 1. Aplerbeck, Verein zum Schutze für Handel und Gewerbe. 2. Bochum, Gewerblicher Ausschuß des Kaufm. Vereins. 3. Bielefeld, Detaillisten-Verein der Textilbranche. 4. Barmen, Verein der Ladenbesitzer. 5. Crefeld, Detaillisten-Verein. 6. Cöln, Detaillisten-Verein. 7. Dortmund, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 8. Düren, Verein zur Wahrung geschäftlicher Interessen. 9. Duisburg, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 10. Düsseldorf, Vereinigung von Detaillisten der Manufaktur und verwandter Branchen. 11. Eickel, Verein zur Wahrung geschäftlicher und Handelsinteressen. 12. Elberfeld, Detaillisten-Verein. 13. Essen, Detaillisten-Verein. 14. Geldern, Verein zur Wahrung kaufm. Interessen. 15. Gelsenkirchen, Verein selbständiger Kaufleute. 16. M.-Gladbach, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 17. Hagen, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 18. Hörde, Verein zur Wahrung kaufm. Interessen. 19. Hamborn, Verein zur Wahrung geschäftlicher Interessen. 20. Iserlohn, Verein zur Wahrung gewerblicher

Interessen. 21. St. Johann a. d. Saar, Detaillisten-Verein für St. Johann-Saarbrücken. 22. Leer, Detaillisten-Vereinigung. 23. Mülheim a. d. Ruhr, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 24. Minden, Detaillisten-Verein. 25. Neuß, Verein zur Wahrung gewerblicher Interessen. 26. Oberhausen, Detaillisten-Verein. 27. Remscheid, Ladenbesitzer-Verein. 28. Rheydt, Detaillisten-Verein zur Wahrung gewerblicher Interessen. 29. Solingen, Verein zur Wahrung kaufm. Interessen und Rechte. 30. Schwerte, Schutzverein für Handel und Gewerbe. 31. Sterkrade, Detaillisten-Verein. 32. Steele, Verein zur Wahrung geschäftlicher Interessen E. V. 33. Unna, Verein für Handel und Gewerbe. 34. Viersen, Verein der Ladeninhaber. 35. Wanne, Detaillisten-Verein. 36. Wiesdorf, Detaillisten-Verein. — Mitgliederzahl: ca. 2300. — Publikationsorgan: Zeitschrift „Der Detaillist“.

Der Verband wurde im Jahre 1894 gegründet und ist hervorgegangen aus einer Vereinigung von Manufakturisten und verwandter Geschäftszweige. Zweck des Verbandes ist: Bekämpfung jedes unreellen Geschäftsbetriebs, Einschränkung des langfristigen Kreditgebens, Eingaben an die Regierung und Stellungnahme zu Gesetzentwürfen, Hebung des Standesbewußtseins, Wahrung der Interessen des Detailhandels im allgemeinen.

In diesem Zusammenhange sind noch zu nennen:

Zentralverein für die Interessen des Detailreisens. Sitz: Bielefeld. — Vorsitzender: C. Detring, Wäschefabrikant, Bielefeld. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Freiherr von Ascheraden, Syndikus der Handelskammer, Bielefeld. — Mitgliederzahl: 158.

Gegründet 1886. Zweck: Gegen die Beschränkung des Detailreisens, dann aber auch gegen alle Beschränkungen der Gewerbefreiheit überhaupt auf jedem zulässigen Wege anzukämpfen.

Zentralverband deutscher Händler, Markt- und Meßreisender. Sitz: Magdeburg.

Auf der letzten Versammlung vom 17. Januar 1907 wurde ein Antrag angenommen, dahin zu wirken, daß das Hausieren durch zweifelhafte Personen auf Messen und Märkten sowie auf den verschiedenen Festen aufgehoben wird. Ein weiterer Beschluß ging dahin, die Lokalvereine sollen angewiesen werden, Material über zu hohe Lustbarkeitssteuern zu sammeln und dem Zentralverband einzureichen, der sich an den Bundesrat wenden soll, damit auf gesetzlichem Wege eine Einheitslustbarkeitssteuer eingeführt wird. Ferner beschloß man, bei dem Eisenbahnministerium schriftlich vorstellig zu werden, daß der frühere Erlaß erneuert wird über öffentliche Preise der ausgestellten Eßwaren auf den Bahnhöfen; auch mögen die Bahnhofswirte angewiesen werden, sichtbare Bierausschänke anzulegen.

Gegen einen Antrag zur Einschränkung des Hausier- und Wandergewerbes, den die Zentralvereinigung preußischer Vereine für Handel und Gewerbe am 4. November 1906 in ihrer Hauptversammlung beschloß, soll protestiert werden. Eine lange Debatte entspann sich über den Antrag, die Lokalvereine eingehen zu lassen und einen großen Verein zu bilden und ein allgemeines Sekretariat zu gründen. Man beschloß, zunächst eine Denkschrift hierüber herauszugeben.

Das Bild der Organisation von Kleingewerbe und Kleinhandel wäre nicht vollständig, wenn schließlich nicht auch diejenige Interessenvertretung genannt würde, welche größeren

politischen Einfluß des „Mittelstandes“ und damit auch der wesentlich in diesem Abschnitt geschilderten Kreise anstrebt:

Deutsche Mittelstandsvereinigung. Sitz: Berlin SW 19, Seydelstraße 14. — Vorsitzender: Tischlerobermeister C. Rahardt, Berlin, Alexanderstraße 31. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Ernst Just, Schriftsteller. — Unterabteilungen: 140 Ortsgruppen. — Mitgliederzahl: Mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen ca. 80 000. — Publikationsorgan: „Deutsche Volkspost“, Hannover, und „Mitteilungen aus der Deutschen Mittelstandsvereinigung“, Berlin, Hauptgeschäftsstelle.

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung wurde am 26./27. November 1904 in Berlin gegründet. Die Vereinigung bezweckt durch den Zusammenschluß der einzelnen aus Angehörigen des Mittelstandes bestehenden Vereinigungen die Wahrnehmung der Berufs- und Standesinteressen des deutschen Mittelstandes, vornehmlich bei den politischen und Gemeindewahlen, sei es innerhalb der bestehenden Parteien, sei es erforderlichenfalls neben diesen.

Auf der II. Generalversammlung am 3./5. September 1905 in Frankfurt a. M. wurden die hauptsächlichsten „Forderungen“ der Vereinigung festgestellt. Diese bezogen sich insbesondere auf folgende Fragen: Abänderung des Submissionswesens (Vergebung von behördlichen Arbeiten nur an solche Handwerker, die den Meistertitel führen); Sicherung der Forderungen der Banhandwerker; Errichtung von Taxämtern; Warenhäuser, Konsumvereine; Erlaß des Gesetzes über Ausverkäufe jeder Art, sowie Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb; Hebung des mittelständlichen Kreditwesens; Privatbeamtenfürsorge; Verschärfung der Bestimmungen der Konkursordnung, größere Rechtssicherheit gegenüber säumigen Schuldnern, Manifestantenliste; die Belastung des Mittelstandes durch die sozialpolitische Gesetzgebung, Schutz der Arbeitswilligen, weitere Ausbildung von Fach- und Fortbildungsschulen; Meistertitel und Befähigungsnachweis, Abschaffung der Doppelbesteuerung von Handwerks- und Handelskammern, Einrichtung von Handwerksgerichten; Entlastung des Haus- und Grundbesitzes, Abschaffung der Doppelbesteuerung, Abänderung des Kommunalabgabengesetzes.

Aus der weiteren Geschichte ist zu bemerken, daß ein Abkommen mit dem im Jahre 1904 gegründeten „Bund der Handwerker“ getroffen wurde, infolgedessen dieser in die Deutsche Mittelstandsvereinigung einging. Ferner, daß als erster Beamter Heinrich Eisenträger und nach seinem Abgange der noch jetzt als Geschäftsführer tätige Ernst Just eintrat.

Auf der IV. Generalversammlung (in Straßburg i. E., 1907) wurde zur Abwehr von Mißverständnissen festgestellt, daß die Aufstellung eigener Kandidaten für Reichs- und Landtag nur ausnahmsweise erfolgen, in der Regel dagegen durch die mittelstandsfreundlichen Parteien auf die Gesetzgebung eingewirkt werden soll. „Bei dieser 4. Generalversammlung fanden die Regierungsvertreter besonders warme Worte für den Mittelstand. Gleich darauf (am 6./7. Dezember) sprach sich in der gleichen Weise der Reichstag und tags vorher das preußische Abgeordnetenhaus aus. Verschiedene der Forderungen der Mittelstandsvereinigung stehen in dem einen oder dem andern Landesparlament oder im Reichstag als Gesetzesvorlage oder als Fraktionsantrag zur Beratung.“

Neuerdings arbeitet die Vereinigung auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe.

XXVI.

Haus- und Grundbesitz; Wohnungs-, Boden- und Steuerreform.

Der städtische Haus- und Grundbesitz hat eine Gesamtorganisation im

Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. Sitz: Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 229. — Geschäftsführender Verbandsdirektor: Stadtverordneter S. Fährndrich, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 229. — Mitgliederzahl: 255 Vereine mit ca. 140 000 Mitgliedern. — Etat: Der von jedem Ortsverein zu leistende Jahresbeitrag beträgt 10 Pfennige für jedes seiner Mitglieder. — Publikationsorgan: Die Wochenschrift „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“.

Der Zentralverband wurde gegründet am 15. September 1879 zu Dresden. Er bezweckt, die Hausbesitzervereine im Gebiete des Deutschen Reiches zur gemeinsamen Wahrung der Rechte und zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zusammenzuschließen. Alle politischen Parteifragen sind ausgeschlossen. Mitglied kann jeder städtische Haus- und Grundbesitzerverein Deutschlands werden.

Die Tätigkeit des Verbandes ist „hauptsächlich eine abwehrende“ und richtet sich vorwiegend „gegen die steuerliche Vorausbelastung“ des Haus- und Grundbesitzes. Der Verband nimmt Stellung zu den Fragen der Wohnungs- und Bodenreform, sowie zu den die Interessen des Haus- und Grundbesitzes berührenden Gesetzesvorlagen, sucht „die über die tatsächlichen Verhältnisse des Städtehausbesitzes im großen Publikum verbreiteten falschen Anschauungen zu berichtigen und die vielfach noch in der Öffentlichkeit und der Tagespresse auftretende Animosität gegen den Hausbesitz zu bekämpfen.“

Seine Zwecke fördert er namentlich durch Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften und Behörden, durch Herausgabe von Schriften usw. Anfang August wird regelmäßig der jährliche Verbandstag abgehalten.

Insbesondere nehme aber der Verband keine Kampfstellung gegenüber den Mietern ein, suche vielmehr zu einer fortdauernden Besserung der Verhältnisse zwischen Mieter und Vermieter beizutragen.

Für die Wahrnehmung besonderer Interessen bestehen für die einzelnen Bundesstaaten bzw. Provinzen noch besondere Landes- bzw. Provinzialverbände.

Der größte ist:

Preußischer Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine. Sitz: Spandau, Potsdamer Straße 29. —

Vorsitzender: Justizrat Dr. Baumert, Spandau. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Fritz Pabst, Verbandssekretär, Spandau. — Mitgliederzahl: 137 angeschlossene Vereine mit 68 136 Mitgliedern. — Etat: Jahresbeitrag 10 Pf. für das Einzelmitglied, Vereine in Städten mit über 100 000 Einwohnern 15 Pf. — Publikationsorgane: Eigene „Mitteilungen“ und „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“.

Der Preußische Landesverband ist begründet am 3. August 1898 und ist hervorgegangen aus dem Preußischen Landesausschuß des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine. Er wurde als besondere Landesorganisation ins Leben gerufen, „um die gefährdeten Interessen der Wohnhausbesitzer Preußens durch intensivere Bearbeitung der speziell preußischen Angelegenheiten nachdrücklich zu wahren“. Während dem Zentralverbande die Bearbeitung der allgemeinen Angelegenheiten, die insbesondere ganz Deutschland betreffen, obliegt, hat sich demgemäß der Preußische Landesverband in erster Linie die Bearbeitung derjenigen Angelegenheiten zum Ziel gesetzt, die im Wege der Landesgesetzgebung ihre Erledigung finden. Es sind die preußischen Steuergesetze, die Bestrebungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, soweit preußisch-rechtliche Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsmaßnahmen dafür in Betracht kommen, die Fragen der Versicherung und des Realkredit- und Personalkreditwesens, soweit sie landesrechtlicher Natur sind. Ferner ist ihm das gesamte Gebiet der Feuerversicherungsfrage, einem Beschuß des Zentralverbandes gemäß, überwiesen worden. Dieser Grundsatz der Arbeitsteilung wird natürlich gelegentlich durchbrochen, indem ebenso wie der Zentralverband sich zuweilen mit landesrechtlichen Fragen beschäftigt, der Preußische Landesverband der Bearbeitung allgemeiner Angelegenheiten näher tritt.

Zentralverband und Preußischer Landesverband haben stets im Einvernehmen neben- und miteinander gearbeitet und sich gegenseitig ergänzt. Deshalb wird auch im Jahresbericht des Zentralverbandes über das Geschäftsjahr 1904/05 (vgl. Schriften, X. Band, 4. Heft von 1905, S. 17) gesagt: „Erwägt man nun, daß es im Gebiet unserer Interessen eine solche Menge von einzelnen Zielen gibt, die durch das örtliche oder Landesbedürfnis hervorgerufen und begründet sind, und die nur durch solche intimeren, auf einem engeren Gebiet gepflegten Bemühungen gefördert werden können, so kommt man zu der Erkenntnis, daß diese Provinzial- und Landesverbände geschaffen werden müßten, wenn sie nicht jetzt schon beständen; denn der Zentralverband könnte unmöglich seinerseits allein sich der Förderung der Einzelinteressen so widmen, wie es nach allen Seiten hin nötig ist.“

Aus den Angelegenheiten, die der Landesverband in der letzten Zeit bearbeitet hat, seien folgende hervorgehoben:

Auf dem Gebiete des Steuerwesens: Die Abzugsfähigkeit der Grund- und Gebäudesteuer bei der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer, das Kirchensteuergesetz, die Einführung von Oblastenlisten, d. h. von Listen der anliegenderbeitragspflichtigen Straßen und Grundstücke, die Besteuerung der Warenhäuser, die Kreis- und Provinzialbesteuerung, die Reform der Staatseinkommensteuer und Ergänzungssteuer und das Deklarationsgesetz zum Kommunalabgabengesetz;

Auf dem Gebiete der Versicherung: Der Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag, die Neuorganisation der Sozietäten, namentlich im Sinne des Ausbaues der Selbstverwaltung der Versicherten, die Einführung der Mobiliarversicherung bei denjenigen Sozietäten, welche sie noch nicht haben:

Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage: Der Entwurf eines Preußischen Wohnungsgesetzes, die Wohnungsquoten der Ortskrankenkassen, das Wohnungsaufsichtswesen, das Baufluchtliniengesetz, die Wohnungsstatistik.

Gegenüber den Baugenossenschaften ist der Landesverband bemüht, durch Eingaben an den Landtag auf Einstellung der Unterstützungen mit Kredit unter dem Tageszinsfuß hinzuwirken und hat neuerdings die Versuche der Baugenossenschaften, auch die Reservefonds der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten auszunützen, bekämpft.

Auf dem Gebiete des Real- und Personalkredits sucht der Landesverband hinzuwirken auf die Errichtung von selbständigen Kreditorganisationen der städtischen Grundbesitzer, einerseits von Pfandbriefinstituten für erste und von Handfesteninstituten für zweite Hypotheken, andererseits von Spar- und Darlehnskassen, die weiter in Verbandskassen und Revisionsverbänden vereinigt werden sollen. Außerdem ist das Taxwesen bearbeitet und der Versuch der Regierung bekämpft worden, das Ausleihen von Spargeldern auf Hypothek durch den Sparkassengesetzesentwurf einzuschränken. Um dem Hausbesitzer billigen Kredit zu verschaffen, wurde weiter eine Änderung des Preußischen Ausführungsgesetzes zum BGB. in dem Sinne gefordert, daß ein Vielfaches des Gebäudesteuernutzungswertes als eine mündelsichere Hypothek anerkannt wird.

Von anderen Bestrebungen und Arbeiten des Landesverbandes seien noch erwähnt, seine Stellungnahme zu der geplanten Verstaatlichung der kommunalen Eichämter (Entschädigung der Gemeinden aus Staatsmitteln), zu dem Gesetzentwurf betreffend Sicherung der Bauforderungen, zur Bäckereiverordnung, zur Gerichtsvollzieherordnung (Verpflichtung der Gerichtsvollzieher, den Hauseigentümer bei Pfändungen eingebrachter Sachen des Mieters seitens Dritter zu benachrichtigen), dem Preußischen Berggesetz von 1865 (Entschädigungsfonds für geschädigte Hausbesitzer), der notariellen und gerichtlichen Auflassung der Grundstücke und der Schornsteinfegerfrage.

Zur Wahrnehmung der preußischen Hausbesitzerinteressen ist der Verband endlich bei dem Minister des Innern vorstellig geworden um Verleihung gewisser öffentlich-rechtlicher Vertretungsbefugnisse, besonders um das Recht auf Hinzuziehung von Vertretern des Preußischen Landesverbandes als Sachverständige bei gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen, die für den preußischen Hausbesitz von Wichtigkeit sind.

Besonders im Interesse der Vereine und Provinzialverbände richtet der Preußische Landesverband sein Bestreben auch auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Hausbesitzer. Die Zahl der Hausbesitzervereine, welche eigene Glasversicherungen für ihre Mitglieder einrichten, nimmt durch seine Bemühungen beständig zu. Ferner wird für das ganze Gebiet des Landesverbandes eine eigene Wasserleitungsschadenversicherung angestrebt.

Der Landesverband ist korporatives Mitglied beim Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege, ferner durch seinen Vorsitzenden im Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft vertreten und gehört dem Deutschen Versicherungsschutzverband an.

Wenn das neue Einkommensteuergesetz durch die Abzugsfähigkeit von 100 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer eine alte Forderung des Hausbesitzes zum Teil erfüllt, so sei dieser Erfolg namentlich auf die Bemühungen des Preußischen Landesverbandes zurückzuführen. Wenn die Nachteile des Kirchensteuergesetzes für den Hausbesitzer durch Annahme der Resolution des Grafen von Mirbach-Sorquitten im Herrenhause und des Abgeordneten Irmer im Abgeordnetenhause erheblich eingeschränkt worden sind, so sei auch das hauptsächlich auf Rechnung des Preußischen Landesverbandes zu setzen, der seinerzeit ein

Massenvorgehen der preußischen Hausbesitzer veranlaßte. Auch die vielfach erfolgte Einführung von Oblastenlisten führt der Verband auf seine Tätigkeit zurück. Von seinen „Mitteilungen“, die zum großen Teile geschlossene Abhandlungen darstellen, sind bisher 37 Hefte erschienen.

Die größte lokale Organisation ist der

Bund der Berliner Grundbesitzervereine. Sitz: Berlin C 2, Burgstraße 3. — Vorsitzender: Hubertus Barkowski, Rentier, NO 43, Weinstraße 20 a. — Geschäftsführende Beamte: Dr. jur. Carl König, Generalsekretär und Redakteur des Bundesorgans. J. Wirth v. Weydenberg, Bundessekretär. — Mitgliederzahl: 15 Vereine mit 14507 Mitgliedern. — Etat: Jeder Verein zahlt für jedes seiner Mitglieder an die Bundeskasse einen Jahresbeitrag von 25 Pf. — Publikationsorgan: „Das Grundeigentum“.

Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine wurde gegründet am 24. März 1887. Er verfolgt das Ziel: zur nachdrücklicheren Wahrnehmung aller Rechte des Grundbesitzes ein gleichmäßiges Vorgehen aller Vereine herbeizuführen; den einzelnen Vereinen in wichtigen Angelegenheiten die Unterstützung aller Vereine zu sichern; im Interesse der Vereine und ihrer Mitglieder wirtschaftliche und gemeinnützige Einrichtungen zu treffen und Verträge abzuschließen, sofern seitens der einzelnen Vereine keine Geldbeträge erfordert werden; eine Berliner Fachzeitschrift („Das Grundeigentum“) als Organ der Berliner Grundbesitzervereine zu erhalten und zu überwachen. Die Mitgliedschaft bei einem Bundesverein wird in der Regel mit einem Jahresbeitrag von 6 M. erworben und berechtigt zu einer Reihe von Vorteilen. Das „Grundeigentum“, Eigentum des Bundes, wird frei geliefert. Schutzlisten des Bundes gegen nicht empfehlenswerte Mieter sind unentgeltlich zu erhalten. Die Syndici der Vereine, 22 an der Zahl, sowie ein bautechnischer Sachverständiger erteilen gebührenfreien mündlichen Rat und Auskunft in Hausangelegenheiten. Das Miteeinziehungsamt des Bundes sowie die Wirtschaftsgenossenschaft gewähren Vergünstigungen.

Ausdrücklich gegen die Bodenreformer richtet sich ein „Verband der deutschen Terraininteressenten“ in Berlin, dem jedoch von unterrichteter Seite keine allgemeinere Bedeutung beigelegt wird.

Mehrere Vereinigungen stehen in näheren oder entfernteren Beziehungen zu den Fragen, mit denen sich die Haus- und Grundbesitzervereine befassen. Da sie aber sämtlich eigentlich aus dem Rahmen dieser Arbeit fallen, so sei nur kurz darauf eingegangen. — Ende 1905 ist ein ständiger Verband der größeren deutschen Städte und Städtevereinigungen, der „Deutsche Städtetag“, ins Leben gerufen worden. Er hat in seinen Satzungen die Errichtung einer Zentralstelle in Berlin (Am Kölnischen Park 8) bestimmt. Die Zentralstelle ist als ein ständiger Mittelpunkt für die deutschen Städte geschaffen, als ein wesentliches Mittel zur Förderung der Ziele des Deutschen Städtetages, das ist der Pflege der Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen, der Wahrung ihrer gemeinschaftlichen Interessen und der Förderung der Kenntnis und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen untereinander. (Vorsitzender: Oberbürgermeister Kirschner; Direktor: Magistratsrat Dr. Schalhorn.)

Die Mieter haben sich neuerdings öfters lokal organisiert und auch eine größere Vereinigung ist zustande gekommen, die jährlich Mietertage veranstaltet.

Näheres ist über diese Organisation nicht bekannt geworden, sie dürfte auch noch keine besondere Stärke erreicht haben.

Auf das sozial-humanitäre Gebiet hinüber greift die Tätigkeit des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“, der durch die Publikation umfassender wissenschaftlicher Werke (z. B. seines Generalsekretärs Dr. v. Mangoldt) zu wirken sucht.

Eine verwandte Organisation ist die „Deutsche Gartensstadt-Gesellschaft“ (Berlin-Schlachtensee).

Der Zweck des Vereins ergibt sich aus seinem Namen. Er ist durch Flugschriften und Vorträge rege bemüht, für die Reformierung unserer Stadtanlagen, für die Dezentralisation der Industrie usw. zu wirken.

Die Bestrebungen der beiden letztgenannten Organisationen spielen hinüber auf das Gebiet eines dritten Vereins:

Bund Deutscher Bodenreformer. Sitz: Berlin NW, Lessingstraße 11. — Geschäftsführender Vorsitzender: Adolf Damaschke, Herausgeber der „Bodenreform“. — Unterabteilungen: etwa 30 Ortsgruppen. — Mitgliederzahl: Über 3500 Einzelmitglieder; die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen übersteigt 50 000. — Etat: ca. 22 000 M. — Publikationsorgan: „Bodenreform“, Halbmonatschrift.

Gegründet 1887 in Frankfurt a. M. auf Anregung von Mich. Flürscheim. Bis 1898 unter Vorsitz von Heinrich Freese. Von Ostern 1898 an reorganisiert.

Das hier gegebene Programm formuliert die Aufgabe des Bundes so: „Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, jeden Mißbrauch ausschließt, und die Wertsteigerung, die er ohne Arbeit des Einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“

Erfolge: Die Durchführung seiner Grundsätze durch das Reichsmarineamt in der „Landesordnung von Kiautschou“. Verbreitung der „Steuer nach dem gemeinen Wert“, der „Zuwachssteuer“, des „Erbbaurechts“, des „Wiederkaufsrechts“, der Einführung der Verschuldungsgrenze bei landwirtschaftlich benutzten Grundstücken, Verstaatlichung der Mineralschätze und Wasserkräfte usw.

Einen breiteren Aufgabenkreis hat sich gezogen die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Sitz: Berlin, Hagelbergerstraße 18. — Geschäftsführender Vorsitzender: Graf v. Mirbach-Sorquitten, M. d. H. — Sekretär: Stephan, Berlin, Hagelbergerstraße 18. — Mitgliederzahl: ca. 500, darunter 25 landwirtschaftliche Vereine und 4 Landwirtschaftskammern. — Etat: Zur Bestreitung der Vereinigungsausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht-Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, zehn Mark, alle anderen Mitglieder eine Mark Jahresbeitrag.

Die konstituierende Versammlung fand am 22./24. Februar 1876 statt. Die Vereinigung hat sich als Zweck gesetzt, „die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirtschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen.“ Diese Ideen und Grundsätze sind in folgendem Programm zusammengefaßt: „1. Es ist auf eine gleichmäßige Verteilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werde. *2. (Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renteneinkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.) 3. Der heimischen Produktion auf allen Gebieten ist ein Zollschutz zu gewähren, welcher den Produktionsbedingungen des Inlandes und des konkurrierenden Auslandes entsprechend zu bemessen ist. 4. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach dem Werte, sowie eine Besteuerung der ausländischen Wertpapiere sind dringend geboten. Die Stempel- und Tax-gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe. *5. (Im Eisenbahnwesen ist es notwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.) 6. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknotenprivilegien sind zu beseitigen. *7. (Das Aktiengesetz vom 11. Januar 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirtschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.) *8. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitzgesetz bedürfen dringend der Revision.) *9. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Teile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.) 10. Die Goldwährung ist durch eine internationale Gold- und Silberwährung (Doppelwährung) zu ersetzen. 11. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

Die Mitglieder der Vereinigung setzen sich fast ausschließlich aus landwirtschaftlichen Grundbesitzern zusammen.

*) Der eingeklammerte Punkt 2 ist durch die XX. Generalversammlung am 19. Februar 1895, und die Punkte 5, 7, 8 und 9 sind, weil „durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Teil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen“, von der X. Generalversammlung am 17. Februar 1885 eliminiert worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

XXVII.

Export, Auswanderung, Kolonisation.

Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande. Sitz: Berlin W, Lutherstraße 5. — Geschäftsführender Vorsitzender: Professor Dr. R. Jannasch, Berlin W, Lutherstraße 5. — Mitgliederzahl: ca. 5000. — Etat: Jahresbeitrag mindestens 12 M. — Publikationsorgan: „Export“, Wochenschrift.

Der Verein wurde am 8. Oktober 1878 ins Leben gerufen. Er erkennt es als seine Aufgabe, einen regen Verkehr zwischen den im Auslande lebenden Deutschen und dem Mutterlande anzubahnen und zu unterhalten, sowie über die Natur- und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Länder, wo Deutsche angesiedelt sind, Aufklärung zu gewinnen und zu verbreiten. Auf Grund der gewonnenen Kenntnisse des Auslandes ist der Verein bestrebt, die Auswanderung nach den Ländern abzuleiten, welche der Ansiedelung Deutscher günstig sind und in welchen das deutsche Volksbewußtsein sich lebendig zu erhalten vermag. Der Verein hofft durch Errichtung von Handels- und Schiffahrtsstationen die Begründung deutscher Kolonien bewirken zu können. — Der Verein erkennt in der Förderung der Handelsgeographie eine seiner hauptsächlichsten Aufgaben und unterhält zu diesem Zwecke mit deutschen und ausländischen handelsgeographischen Vereinen einen freundschaftlichen Verkehr. — Ein ständiges Bureau hat die Aufgabe, über deutsche Ansiedelungen im Auslande Auskunft zu erteilen, über dieselben fortlaufende Berichte zu veröffentlichen, Auswanderern und im Auslande befindlichen Deutschen wirksamen Rechtsschutz zu verschaffen, Auswanderungslustige mit den Schwierigkeiten und Gefahren, welche ihrer harren, bekannt zu machen, Verbindungen für wissenschaftliche wie Handelszwecke anzubahnen und zu unterhalten, eine Bibliothek anzulegen und zu verwalten, Vorträge zu veranstalten, das Studium der Kolonialpolitik anderer Staaten zu veranlassen.

Der Verein wirkte zunächst mit Erfolg für die deutsche Beteiligung an den internationalen Ausstellungen in Sydney (1880) und Melbourne (1887). Im Jahre 1881 veranstaltete der Centralverein die Deutsche Ausstellung in Porto Alegre und im Jahre 1887 die portugiesische Weinausstellung in Berlin. Er wirkte sodann an der Schaffung des „Deutschen Schulvereins“ besonders mit und errichtete ein Handelsgeographisches Museum, das jedoch Anfang der 90er Jahre infolge unzulänglicher Mittel wieder eingehen mußte. Im Jahre 1885 rief der Verein eine „Deutsche Exportbank“, A.-G., ins Leben, der ein Exportbureau angegliedert ist, welches u. a. auch ein Exportfirmenadreßbuch herausgibt. In Verbindung mit dieser wurde die „Deutsche Handels-Expedition 1886“ mit dem Dampfer „Gottorp“, im gleichen Jahre die südamerikanische Ausstellung in Berlin veranstaltet.

Die Zahl der vom Deutschen Exportbureau in Gemeinschaft mit dem Centralverein für Handelsgeographie ausgesandten Kaufleute und Techniker nach ausländischen, meist überseeischen Absatzgebieten beträgt etwa 140.

In der späteren Zeit war der Verein besonders für die zweckmäßige Gestaltung der Auswanderungsgesetzgebung tätig.

Der Centralverein ist mit folgenden Vereinen verbündet: 1. Württembergischer Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (E. V.), (Stuttgart); 2. Geographische Gesellschaft für Thüringen zu Jena (E. V.); 3. Verein für Handelsgeographie in Joinville (Estado Santa Catharina, Brasilien); 4. Verein für Handelsgeographie in Porto Alegre (Estado Rio Grande do Sul, Brasilien).

Export-Musterlager Stuttgart. Sitz: Stuttgart. — Vorsitzender des Verwaltungsausschusses: Präsident H. von Mosthaf, Stuttgart. — Geschäftsführender Direktor: Paul Zilling, Kommerzienrat, Stuttgart. — Etat: Jahresbeitrag 25 M.

Von württembergischen Industriellen 1882 in der Absicht gegründet, auf gemeinnütziger Grundlage den Absatz von Industrieprodukten Deutschlands, insbesondere aber Württembergs und Hohenzollerns nach außen zu heben, hat die Gesellschaft ein Musterlager in Stuttgart errichtet, in dem die Gesellschaftsmitglieder ihre Produkte ausstellen. Mitglied der Gesellschaft kann jede in Württemberg oder Hohenzollern wohnhafte Person oder Firma werden. Am 22. November 1899 wurde der Gesellschaft die juristische Persönlichkeit verliehen. Die Organe der Gesellschaft sind die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsausschuß, die Verwaltungssektion, die Revisionssektion und der Direktor.

Die Gesellschaft vermittelt Warenverkäufe auf Rechnung und Gefahr der Aussteller, verbreitet Kataloge des Musterlagers und hält Beratungen der Mitglieder in allen Exportangelegenheiten ab.

Für den Jahresbeitrag steht dem Mitglied im Musterlager 1 qm Grund oder Wandfläche zur Verfügung. Für weiter beanspruchten Raum ist eine besondere Platzmiete zu zahlen. Ferner steht den Mitgliedern ein bestimmter Zeilenraum in den Katalogen des Musterlagers zu, sowie Anspruch auf die Vermittlung von Warenverkäufen und Beratung in allen Exportfragen, Zollangelegenheiten u. dgl. Die deponierten Muster gelangen nicht zur Kenntnis von Konkurrenten der Aussteller, auch wenn Konkurrenten Gesellschaftsmitglieder sind. Für die Geschäftsvermittlung und Zuweisung fremder Käufer wird die zu zahlende Gebühr zwischen dem Direktor des Exportmusterlagers und den Ausstellern vereinbart. Dies gilt auch für die Gebühr, die für alle später, direkt oder indirekt einkaufenden Aufträge solcher Käufer, bei denen die Verbindung durch das Exportmusterlager eingeleitet wurde, zu entrichten ist.

In Hamburg hat das Exportmusterlager eine Filiale (Deurer & Kaufmann, Afrikahaus). Eigene Agenten unterhält die Gesellschaft in Bremen und Athen.

In den ersten 25 Jahren wurden am Lager schriftlich 34810 Aufträge aufgenommen, durch Agentur 2264, durch die Hamburger Filiale 14866; Gesamtzahl der Aufträge 51940.

Exportverein im Königreich Sachsen. Sitz: Dresden-N., Niedergraben 5. — Vorsitzende: Kommerzienrat Heinrich Vogel, Dresden, I. Vorsitz., Fabrikbesitzer E. Robert Böhme, Dresden, II. Vorsitz. — Geschäftsführender Beamter: Direktor Benno Höhne, Dresden. — Mitgliederzahl: 1100. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 275 000 M., Zinsen 1580 M., Adreß-

buchkonto 2000 M., Sa. 31380 M. Ausgaben u. a.: Unkosten 10000 M., Saläre 11000 M., Sa. 31380 M. — Publikationsorgan: eigene Ver-einsmitteilungen.

Der im Jahre 1885 unter dem Ehrenpräsidium des Kronprinzen Friedrich August von Sachsen gegründete Verein umfaßt 600 Firmen der verschiedensten Industriezweige an ca. 130 Plätzen Sachsens und Thüringens und bezweckt, deren Absatz von Industrieerzeugnissen nach dem Auslande zu fördern. Seine Tätigkeit ist durchaus gemeinnützig und erstreckt sich seinen Mitgliedern gegenüber vor allem auf folgende Gebiete:

1. Zuweisung von Selbstkäufern und empfehlenswerten Vertretern an allen Handelsplätzen der Welt, und zwar ohne weitere Vergütung für einzuziehende Auskünfte und sonstige damit verbundene Spesen.

2. Auskünfte werden Mitgliedern des Vereins, soweit solche aus neuerer Zeit im Auskunftsarchiv bereits vorliegen, kostenfrei weitergegeben; andernfalls auf Verlangen gegen Erstattung der eigenen Kosten eingezogen.

3. Unterstützung bei Streitfragen und Eintreibung zweifelhafter Außenstände im Auslande.

4. Monatsberichte: in monatlichen Zwischenräumen versendet der Verein an seine Mitglieder Zirkulare, worin sämtliche ihm während dieser Zeit zugehenden Anfragen, Bestellungen vom Auslande, Angebote von Vertretern usw., sowie wichtige Mitteilungen über Zoll-, Verkehrs- und sonstige Exportangelegenheiten, Warnungen vor auftauchenden unlauteren Elementen und dergleichen mehr zu deren Kenntnis gebracht werden.

5. Kollektivreisen nach dem Ausland: Zu wiederholten Malen entsandte der Verein Kollektivreisende nach Südafrika, Ägypten, Südamerika China, Japan, Indien, den Balkanstaaten, Rußland, nach der Schweiz usw. Mitglieder werden auf eintretende günstige Verhältnisse in der Marktlage dieses oder jenen Landes aufmerksam gemacht, die eine Beteiligung an einem derartigen Unternehmen empfehlenswert erscheinen lassen.

6. Katalogversand. Um auch denjenigen Mitgliedern, die mit Rücksicht auf die Art ihrer Artikel oder aus einem sonstigen Grunde auf gewissen Plätzen keine ständigen Vertreter anstellen können, nach Möglichkeit Gelegenheit zu bieten, mit den in Betracht kommenden Selbstkäufern direkt in Verbindung zu treten, sendet der Verein Kataloge, Prospekte und Muster u. dgl. unter alleiniger Berechnung der eigenen Versandkosten an ihm gut erscheinende Firmen hinaus.

7. Musterlager. Jedes Mitglied bekommt zur Ausstellung einer Musterkollektion in dem ca. 700 qm großen Exportmusterlager des Vereins in Dresden einen geeigneten Platz, eventuell in verschließbaren Glasschränken, angewiesen, was außer einer kleinen Beitragsgebühr zu den eigenen Unkosten des Vereins für Feuerversicherung und Instandhaltung der Muster von durchschnittlich 3 M. pro qm und Semester ebenfalls mit keinerlei weiteren Kosten verknüpft ist.

Seit Juli 1907 unterhält der Exportverein ferner in Leipzig, Markt 17, „Königshaus“, ein ständiges Meß- und Exportmusterlager, welches sich regen Zuspruches erfreut.

Neben diesem Musterlager sächsisch-thüringischer Erzeugnisse unterhält der Verein noch eine Mustersammlung überseeischer Rohprodukte, um auch auf diese Weise seinen Mitgliedern Gelegenheit zu bieten, sich über vorteilhafte Bezugsquellen von Rohmaterialien orientieren zu können.

8. Herausgabe von Exportkatalogen, nämlich „Führer durch die sächsisch-thüringische Exportindustrie“, „Album sächsischer Exportetablisements“, „Fabrikanten-Adreßbuch der gesamten sächsisch-thüringischen Export-Industrie“, fünfsprachige Nachschlagebücher u. dgl. Werke mehr. Mitgliedern des Vereins werden darin Vergünstigungen eingeräumt.

9. Der Exportverein besorgt Übersetzungen französischer, englischer, italienischer, spanischer, schwedisch-norwegischer und russischer Korrespondenzen, unter Anrechnung der darauf verwendeten Zeit bzw. seiner eigenen Auslagen.

Neuerdings können auch gut beleumundete ausländische Firmen, die Mitgliedschaft als „auswärtige Mitglieder erwerben. Dies geschieht, um die Beiträge, die die einzige Einnahmequelle des Vereins zur Bestreitung seiner nicht unbedeutenden Verwaltungskosten bilden, nach Möglichkeit zu erhöhen.

Der Verein besitzt die Rechte einer juristischen Person. Die Leitung der Geschäfte liegt in den Händen des Vorstandes; die Aufsicht über die Vereinsleitung führt der Aufsichtsrat.

Der Verein soll besonders günstige Erfolge mit den Kollektivreisen erzielt haben; ferner werden die von ihm herausgegebenen Export-Adreßbücher usw. als Muster einer derartigen Veröffentlichung bezeichnet. Das Vertreternetz des Vereins mußte nach seinem letzten Jahresbericht eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß der Verein heute mit etwa 600 Agentur- und Kommissionsfirmen in sämtlichen größeren Handelsplätzen der Welt in Korrespondenzverkehr steht. Er ist Mitglied des Handelsvertragsvereins.

In diesem Zusammenhang muß auch genannt werden die
Industriebörse Mannheim E. V. Sitz: Mannheim. —
Vorsitzender: Fabrikant Carl Rosenfeld. — Geschäftsführender
Beamter: Dr. Keiner, volksw. Syndikus. — Mitgliederzahl: 320. —
Etat: 7628,76 M. Einnahme und 7311,01 M. Ausgaben. Jahres-
beitrag 20 M., Eintrittsgeld 5 M. — Publikationsorgan:
Eigene „Mitteilungen“.

Die Industriebörse Mannheim E. V. wurde 1903 gegründet und ist eine Vereinigung von Industriellen zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen und der deutschen Exportinteressen. Die Mitgliedschaft berechtigt das Mitglied oder seine bevollmächtigten Vertreter zum freien Besuche der Mannheimer Börse an den Börsentagen.

Der „Süddeutsche Exportverein in Mannheim,“ Abteilung der Industriebörse Mannheim, ist ein besonderer selbständiger Zweig der Korporation, welcher, aus der bisherigen Exportabteilung gebildet, vom Vorstand unter Hinzuziehung von auf diesem Gebiete besonders erfahrenen Mitgliedern gepflegt wird im Interesse der gesamten deutschen, insbesondere der südwestdeutschen Exportindustrie, ohne Erhöhung des Beitrages für die Mitglieder der Industriebörse, die eo ipso Mitglieder des Süddeutschen Exportvereins sind.

Er umfaßt folgende Zweige: Ermittlung von Warenbedürfnissen auf dem Auslandsmarkte, Erteilung von Auskünften den Export betreffend, Nachweis von Bezugsquellen und Vertretern im In- und Auslande, Schlichtung von Handelsschwierigkeiten. Außerdem werden jedem Mitglied unter dem Titel „Mitteilungen der Industriebörse Mannheim E. V.“ fortlaufend alle bei der Börse eingehenden Warenanfragen und -angebote, Handelsnachrichten, sowie vertrauliche amtliche Mitteilungen, den Export betreffend, kostenfrei mitgeteilt. Geschäfte für eigene Rechnung macht die Exportabteilung nicht.

Im letzten Jahre wurden 19 Börsentage, darunter 8 Spezialtrefftage folgender Branchen abgehalten: „Papier-Industrie (2), „Eisen, Maschinen, und Metalle“ (2), „Nahrungs- und Genußmittel“ (1), „Bau- und Baumaterialien und verwandte Industrien“ (2), Textil-, Gummi-Industrie, sowie Sicherheitsvorrichtungen (1). Spezialtrefftage sind solche Tage, an welchen Musterauslagen bestimmter Branchen stattfinden.

Der Verein ist Mitglied des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Auch die kaufmännischen Vermittler des Exportes sind vielfach, bisher jedoch nur lokal organisiert, so in der

Vereinigung der Export-Firmen, Berlin. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: Hermann Hecht, Berlin SW 68, Ritterstraße 48. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Glier, Berlin, Kurfürstenstraße 166. — Mitgliederzahl: 63.

Gegründet 1901. Zweck: Die allgemeinen Interessen der am deutschen Exporthandel beteiligten Firmen zu fördern und zu schützen und diese Interessen gegenüber den Verwaltungsbehörden sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten; die für den Exporthandel in Betracht kommenden Usancen festzustellen; in gütlicher Weise die Streitigkeiten zu schlichten, welche ihr unterbreitet werden und ihr Urteil über die streitigen Fragen, wegen welcher sie zu Rate gezogen wird, abzugeben; an einer günstigen Entwicklung des deutschen Exporthandels zu arbeiten; ihren Mitgliedern bei allen Gelegenheiten zu helfen, wo ihre Intervention möglich ist. Mitglied des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (Berlin), des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine (Berlin) und des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins.

Unter der Leitung des kgl. Handelsrichters und Mitglieds der Handels- und Gewerbekammer für Mittelfranken, Valentin Scheckenbach-Nürnberg, fand am 12. Dezember 1907 in Nürnberg die Gründungsversammlung der Vereinigung bayerischer Exportfirmen, (Sekretär Dr. Gunz, Handelskammer, Nürnberg) statt. Die Tätigkeit dieses Vereins soll sich darauf erstrecken, in friedlicher Weise Aufklärung zu schaffen über die Nützlichkeit der Vermittlung des Exporteurs zwischen dem inländischen Fabrikanten und dem ausländischen Käufer von dessen Erzeugnissen; es soll auch durch gemeinsames Vorgehen gegen untreue Fabrikanten und Spediteure ein Mißbrauch der Kenntnisse der Bezugsquellen und des Kundenkreises des Exporteurs zur Anbahnung direkten Exports verhindert werden. Ferner wird beabsichtigt, mit Fabrikantenverbindungen und Schifffahrtsgesellschaften über Beseitigung gewisser von den Exporteuren störend empfundener Mißstände, wie ungünstige Konditionen, schneller Wechsel der Frachtraten usw. in Verhandlung zu treten. Zur Verbesserung der Einkaufsbedingungen der Exporteure wird an die Aufstellung gemeinsamer Orderbogen gedacht.

Auf Anregung der Vereinigung der Exportfirmen Berlins hat sich in Leipzig ein Verein der Exporteure gegründet (Adresse: Wilhelm Reitzhaupt, i. Fa. Ricardo Schwarz & Co., Querstraße 26/28). Ferner bestehen solche Vereine in Elberfeld (Vorsitzender: Konsul Esser) in Leipzig und in Bremen (Syndikus Rössing). In Frankfurt a. M. (Vorsitzender: Hugo Manes, Elbestraße 52) sind die Vorarbeiten ebenfalls soweit gediehen, daß man auch dort alsbald wird zur Gründung schreiten konnte. Es besteht die Absicht, in das zwischen dem Verein Hamburger (Alter Wall 18) und Berliner Exporteure bereits seit längerer Zeit geübte Zusammenwirken auch die neuen Vereine einzubeziehen. Die Modalitäten hierfür sind in der am 30. November 1907 in Berlin stattgehabten Sitzung der verschiedenen Vereine festgesetzt worden. Die Teilnehmer erklärten einstimmig den Wunsch nach dem Zustandekommen einer Vereinigung der sämtlichen jetzt bestehenden und in der Gründung begriffenen deutschen Exportvereine zum Zweck der gemeinsamen Wahrnehmung derjenigen Interessen, die sich über den Wirkungskreis der lokalen Organisation erstreckt.

Ein solcher „Verband Deutscher Exporteure“ ist dann auch mit über 600 Mitgliedern in Hamburg während der Drucklegung dieses Buches ins Leben getreten (Syndikus: Dr. E. Schwencke, Handelskammer).

Deutsche Kolonialgesellschaft. Sitz: Berlin W 9, Schellingstraße 4. — Präsident: Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg, Braunschweig und Wiligrad. — Geschäftsführender Vizepräsident: Kaiserlicher Botschafter a. D. Wirklicher Geheimer Rat Dr. von Holleben, Berlin W 9, Schellingstraße 4. — Geschäftsführender Beamter: Marinestabsarzt a. D. Dr. Sander, Sekretär der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W 9, Schellingstraße 4. — Schriftleiter der Deutschen Kolonialzeitung Henoch, Berlin W 9, Schellingstraße 4. — Generalkonsul a. D. Markus Graf von Pfeil, Leiter der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer, Berlin W 9, Schellingstraße 4. — Unterabteilungen: 398 Zweigvereine (Abteilungen), und zwar 376 in Deutschland, 22 außerhalb Deutschlands und 170 Ortsgruppen. — Mitgliederzahl: 38000. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 217000 M., Zinsen 58000 M., Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer 30000 M., Sa. 305700 M. Ausgaben u. a.: Hauptversammlung, Vorstands- und Ausschusssitzungen 30000 M., Verwaltung 38550 M., Veröffentlichungen der Gesellschaft 95542,50 M., Werbung 28200 M., Geschäftsräume 9000 M., Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer 30000 M., Sa. 305700 M. Der Jahresbeitrag beträgt für Mitglieder in Deutschland sowie in den deutschen Schutzgebieten und Österreich-Ungarn 6 M., für andere ordentliche Mitglieder 8 M. Die Abteilungen erheben zur Deckung der örtlichen Unkosten für Versammlungen und Vorträge einen Zuschlag von 2—4 M. In Berlin beträgt der Zuschlagsbeitrag 3 M. Durch einmalige Zahlung von 300 M. wird die ständige Mitgliedschaft erworben. — Publikationsorgane: Deutsche Kolonialzeitung, Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft, wöchentlich. Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft, monatlich. Mitteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft (Zeitungskorrespondenz), nach Bedarf.

Bereits vor dem Jahre 1884 bestanden in mehreren Städten Deutschlands private Vereine und Gesellschaften, welche koloniale Zwecke verfolgten, darunter insbesondere der am 6. Dezember 1882 gegründete Deutsche Kolonialverein. Diese Vereine waren nicht bloß bemüht, das Verständnis für die kolonialen Aufgaben des deutschen Volkes zu fördern, sondern ihr Bestreben ging u. a. auch dahin, die Auswanderungsfrage in nationalem Sinne zu beeinflussen und der sich immer bedrohlicher gestaltenden Erstarkung anderer Nationalitäten auf Kosten deutschen Kapitals und deutscher Arbeit im Weltverkehr entgegenzuwirken. Der Besitz eigener Kolonien legte den mit Kolonialpolitik sich beschäftigenden Gesellschaften naturgemäß die Verpflichtung auf, ihre Bestrebungen auf die deutschen Kolonien, auf deren Erforschung und wirtschaftliche Erschließung auszudehnen. Am 28. März 1884 erfolgte die Gründung der Gesellschaft für deutsche Kolonisation in Berlin. Durch die von dem Deutschen Kolonialverein und der Gesellschaft für deutsche Kolonisation auf ihren Hauptversammlungen am 19. Dezember

1887 gefaßten Beschlüsse fand eine Verschmelzung beider statt. Aus dieser Verschmelzung entstand die Deutsche Kolonialgesellschaft.

Erster Präsident dieser Gesellschaft war Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, welcher jetzt noch als Ehrenpräsident in enger Fühlung mit der Gesellschaft steht. Sein Nachfolger in der Stelle des Präsidenten war der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft verfolgt den Zweck, im deutschen Volk das Bewußtsein zu erwecken und zu stärken, daß der Besitz von Kolonien für das Reich eine Notwendigkeit ist, und Deutschlands überseeischer Besitz so aufzubauen und auszugestalten sei, daß er ein kräftiges Werkzeug werde, den Wohlstand des Reiches zu mehren, seine Machtstellung zu festigen und zu erhöhen. Deshalb hat sie in ihren Satzungen die Verbreitung kolonialen Wissens, die Werbung für den kolonialen und Überseegedanken, die Förderung praktischer Unternehmungen in deutschen Kolonien und in außerdeutschen überseeischen Gebieten und die der Interessen des Ausfuhrhandels und der Exportindustrie als Aufgaben sich vorgezeichnet.

Das Verständnis für die Aufgaben unserer kolonialen und Überseepolitik zu wecken, gibt sie die genannten periodischen Veröffentlichungen heraus. Außerdem verbreitet sie Flugschriften zur Aufklärung über koloniale Fragen und unterstützt im Interesse der Erschließung der Schutzgebiete durch erhebliche Mittel das Erscheinen kolonialer Bücher und Zeitschriften. Nahezu 8000 Vorträge, welche die Hauptverwaltung der Gesellschaft bisher veranstaltete, gaben den in den Schutz- und deutschen Interessengebieten tätigen Kulturpionieren Gelegenheit, an vielen Stellen und vor zahlreichen Zuhörern in der Heimat über ihre draußen gesammelten Erfahrungen zu berichten. Für tieferes Eindringen in koloniale Fragen gewährt die Bücherei der Gesellschaft das Rüstzeug. Sie ist die bedeutendste ihres Faches in Deutschland.

Daneben läßt sich die Gesellschaft die Förderung des Unterrichts in kolonialen und überseeischen Dingen und die Schaffung geeigneter Lehrmittel angelegen sein. So trat sie für die Errichtung völkerkundlicher Lehrstühle an den Hochschulen und die Erweiterung und Vertiefung des erdkundlichen Unterrichts in den höheren wie in den Volksschulen mit Erfolg ein.

Auch für die Stärkung unserer Seemacht ist die Deutsche Kolonialgesellschaft durch zahlreiche Vorträge zur Flottenfrage eingetreten und hat durch diese und durch Verteilung von Aufklärungsschriften mitgewirkt, im deutschen Volke die Überzeugung zu verbreiten, daß eine Stärkung unserer Macht zur See dringend notwendig sei.

Zur Förderung kolonialer Unternehmungen und der Vertretung deutscher Interessen im Auslande unterstützt die Deutsche Kolonialgesellschaft wissenschaftliche Arbeiten, deren Ergebnisse voraussichtlich für die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien und überseeischen Interessengebiete nutzbar zu machen sind, regt Maßnahmen an, welche auf die Hebung der Kolonien und die Erhaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenhanges mit unseren Landsleuten im Auslande hinzielen, und veranlaßt koloniale und überseeische Unternehmungen.

Zunächst wurde die Landeskunde unterstützt durch Kartierung der Kolonien. Dann wurde durch Gründung fester wissenschaftlich-wirtschaftlicher Untersuchungsstationen (Kilimandscharostation) ein sicheres Urteil über die Kulturfähigkeit des betreffenden Gebietes geschaffen und die Möglichkeit, dort europäische Feld- und Gartenfrüchte anzubauen, erwiesen. Außerdem regte die Deutsche Kolonialgesellschaft die Errichtung einer Zentralstelle für tropische Pflanzenuntersuchungen in

Verbindung mit dem Berliner Botanischen Garten an und entsandte auch verschiedentlich Beauftragte nach einzelnen deutschen Schutzgebieten zu Erhebungen über kolonialwirtschaftliche Unternehmungen. Um festzustellen, unter welchen Bedingungen Europäer in den Tropen leben können, veranlaßte die Deutsche Kolonialgesellschaft die Bildung tropenhygienischer Sektionen auf den Versammlungen Deutscher Naturforscher und Ärzte, bereitete geeignete Referate dafür vor, und sandte zu wiederholten Malen Fragebogen über die gesundheitlichen Verhältnisse tropischer und subtropischer Länder aus. Der Gedanke eines Reichsinstituts für Tropenhygiene wurde von ihr zuerst vertreten. Ebenso trat sie nachdrücklich für tatkräftige Versuche zur Bekämpfung der Malaria und für die wirtschaftlich außerordentlich wichtige Erforschung und Bekämpfung der Viehseuchen ein. Sie unterstützte auch die Bestrebungen zur Erforschung der Rechtsbräuche und der Sprachen der Eingeborenen und gab wichtige Anregungen für den Ausbau der kolonialen Bevölkerungs- und Handelsstatistik.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft gab auch vielfach Anregung zu Maßnahmen, welche auf die Hebung der Schutzgebiete und die Erhaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenhanges mit unseren Landsleuten im Auslande hinielen. So nahm die Gesellschaft Stellung zu der Hawaii-, Transvaal- und Samoafrage. In der Landfrage wirkte die Gesellschaft darauf hin, daß bei Erteilung von Konzessionen das allgemeine Interesse der ganzen Kolonie nicht über den zu verleihenden Sonderrechten aus dem Auge verloren werde. Um die Kolonien wirtschaftlich unabhängig zu machen, trat sie für eine Trennung der lokalen Etats von dem Reichsetat und die Schaffung von Selbstverwaltungskörperschaften ein, wie inzwischen in den Gouvernementsbeiräten geschehen ist. Den Verkehr zwischen Kolonien und Mutterland hat sie wesentlich verbessert, dadurch, daß sie die Anregung zur Errichtung der deutschen Postdampferlinie nach Ostafrika gab, daß sie auf Schaffung guter deutscher Dampferverbindungen für die Karolinen, Pelauinseln und Marianen, Samoa und Neuguinea drang. Auch für die Legung deutscher Kabel ist sie energisch eingetreten. Die Schaffung von Verkehrswegen innerhalb der Schutzgebiete, insbesondere den Bau von Eisenbahnen, hat die Deutsche Kolonialgesellschaft sich angelegen sein lassen. So für Togo die von Lome in das Innere führende Zentralbahn, für Kamerun das Projekt Victoria-Mundame, für Südwestafrika die Bahn Swakopmund-Windhuk. In Ostafrika ist sie für die von Tanga ausgehende Usambarabahn, die Linie von Daressalam in das Innere und die Südbahn zum Nyassa eingetreten. Wegen der Schaffung zweckentsprechender Landungsverhältnisse bzw. Hafeneinrichtungen in Lome, Swakopmund, Daressalam und Tanga und die Anlage von Telegraphenlinien in den Kolonien wurde sie mehrfach vorstellig. Um gesicherte Zustände zu schaffen, forderte die Gesellschaft ausreichende Verstärkungen der Schutztruppen für Kamerun und Südwestafrika, Besetzung des ersteren Schutzgebiets mit festen Stationen, sowie Vermehrung der Polizeistationen im Bismarckarchipel. Den mit der Besiedlung zusammenhängenden Fragen wurde fortgesetzte Aufmerksamkeit gewidmet und geeignetes Auskunftsmaterial veröffentlicht. Die Anregung des Deutschen Landwirtschaftsrats für Schaffung einer landwirtschaftlichen Zentralstelle im Reichsamt des Innern, die auch den landwirtschaftlichen Produkten der deutschen Schutzgebiete Aufmerksamkeit schenken soll, wurde von der Deutschen Kolonialgesellschaft unterstützt. Eine wesentliche Grundlage für die Kolonisation überseeischer Gebiete erblickt die Deutsche Kolonialgesellschaft in der Freiheit des Handels. Daher nahm sie wiederholt Veranlassung, Übergriffen fremder Staaten gegenüber die Interessen des deutschen Kaufmanns wahrzunehmen; so

gegenüber den Verletzungen der Bestimmungen der Kongoakte. Auch für die Wahrung der offenen Tür in Marokko trat sie ein. Um die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen in den deutschen Kolonien zu fördern, wirkte die Kolonialgesellschaft für Zollfreiheit bzw. Zollvergünstigungen für die tropischen Pflanzungserzeugnisse der deutschen Schutzgebiete: Kaffee, Kakao, Tee, Mais, Tabak und Gewürze. Dem Schulwesen in den deutschen Kolonien und überseeischen Interessengebieten wandte die Deutsche Kolonialgesellschaft ebenfalls besondere Fürsorge zu. Sie trat mehrfach für Regierungszuschüsse an solche Schulen, Anlage von Regierungsschulen in den Kolonien und Schaffung von Alumnaten, wo erforderlich, ein. Zugunsten der Lehrer an deutschen Auslandsschulen erhob sie die Forderung der Anrechnung der überseeischen Dienstzeit auf das heimische Dienstalter. Daß den in den Kolonien und im Auslande lebenden Reichsangehörigen die Ableistung der Dienstpflicht und der Übungen des Beurlaubtenstandes bei den Schutztruppen gestattet würde, hat die Deutsche Kolonialgesellschaft veranlaßt. Dem von ihr vertretenen Grundsatz „Ein Deutscher kann die Reichsangehörigkeit nur auf eigenen Antrag verlieren“ ist in dem in Vorbereitung befindlichen neuen Gesetze über den Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit Berücksichtigung zugesagt. Dadurch werden viele Volksgenossen, die bisher in fremdes Volkstum aufgegangen sind, dem Deutschtum erhalten werden. Daß die für die Betroffenen so schädliche Ausführung von Eingeborenen zum Zwecke der Schaustellung verboten wurde, ist ihrer Anregung zu danken.

Von praktischen Arbeiten hat die Deutsche Kolonialgesellschaft teils selbst ausgeführt, teils durch von ihr geschaffene Organisationen in die Wege geleitet in erster Linie die Erschließung des Hinterlandes unserer Schutzgebiete Togo und Kamerun. Sie unterstützte 1893 das Kamerunkomitee bei der Entsendung einer Expedition in das Hinterland dieses Schutzgebietes und nahm im Jahre darauf die Bildung eines Komitees zur Erforschung und Erwerbung des Hinterlandes von Togo in die Hand. Dann wurde die wirtschaftliche Erschließung des Tschadseegebiets in Angriff genommen. Zu diesem Zwecke durchquerte mit ihrer Unterstützung eine Expedition auf dem Wasserwege des Niger und Benuë das Hinterland von Kamerun. Die wichtigen, erfolgversprechenden Arbeiten zur Schaffung einer Baumwollvolkskultur in Togo sind von der Deutschen Kolonialgesellschaft zuerst angeregt. In Südwestafrika schuf die Gesellschaft die Vorbedingungen für eine deutsche Siedlung, indem sie direkte Dampferexpeditionen einrichtete und eine besondere Erwerbsgesellschaft zur Lösung der Aufgabe der Besiedlung der Kolonie ins Leben rief. Des weiteren ließ sie sich die Frage der Wasserversorgung angelegen sein, erleichterte den Ansiedlern durch kostenlose Hinaussendung ihrer Bräute und Familienangehörigen die Gründung oder Wiederherstellung eines eigenen Hausstandes und stand ihnen, als der Aufstand der Herero und Hottentotten sie dem Ruin nahe brachte, durch Sammlung von Unterstützungsgeldern und nachdrückliche Vertretung ihrer Entschädigungsansprüche bei. Bezüglich Ostafrikas war die Gesellschaft für die Bekämpfung des Sklavenhandels tätig. Zu diesem Zweck ließ sie deutsche Dampfer auf dem Viktoria- und Tanganykasee unter Aufwendung erheblicher Mittel schaffen. In Verbindung mit der Kolonialverwaltung gründete sie eine deutsche Regierungsschule in Tanga, stellte den ersten Lehrer an dieser und besoldete ihn während mehrerer Jahre. Von ihren Arbeiten für die Erschließung der Südseekolonien sei die Förderung mehrerer wirtschaftlicher Expeditionen dorthin, vor allem der wichtigen Guttapercha- und Kautschukexpedition, und die fortlaufende Unterstützung der deutschen Schule in Apia hervorgehoben. Ihre Tätigkeit in überseeischen Gebieten

fremder Flagge erstreckte sich besonders auf die Förderung deutscher Kolonisationsunternehmungen in Südamerika.

Einen wichtigen Zweig der Tätigkeit der Deutschen Kolonialgesellschaft bildete von Anbeginn an das Bestreben, Rat und Auskunft an Auswanderer zu erteilen, sowie vor übereilten Schritten zu warnen. Das von ihr unterhaltene Auskunftsbureau erteilte im Laufe der Jahre tausenden von Fragestellern unparteiische Auskunft. Bei der Regelung des Auswanderungswesens durch das im Jahre 1896 im Reichstage eingebrachte Gesetz war die Kolonialgesellschaft mit Erfolg für eine den nationalen Interessen entsprechende Gestaltung tätig. Seit dem 1. April 1902 hat sie eine unter der Aufsicht des Reiches stehende und von diesem unterstützte Auskunftserteilung an Auswanderer eingerichtet.

Für Aufklärung über unsere Schutz- und überseeischen Interessengebiete und die Förderung ihrer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Erschließung verwandte die Deutsche Kolonialgesellschaft seit ihrer Gründung im Winter 1887 allein aus Mitgliederbeiträgen über zwei Millionen Mark.

Kolonial-Wirtschaftliches Komitee. Sitz: Berlin, Unter den Linden 43. — Vorsitzender: Karl Supf, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Paul Fuchs, Generalsekretär, Berlin. — Mitgliederzahl: 2100. — Etat: Jahresbeitrag 10 M. — Publikationsorgan: „Der Tropenpflanzer“, Berlin.

Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee wurde im Jahre 1896 begründet mit der Aufgabe, unter Verzicht auf Agitation und Polemik durch fachgemäße Ausführung grundlegender wirtschaftlicher Pionierarbeiten zur Feststellung des wirtschaftlichen Wertes unserer Kolonien und anderer überseeischer Interessengebiete als Ergänzung der heimischen Volkswirtschaft zu wirken. Das Komitee verfolgt somit das Ziel, dem deutschen Volke eine möglichst große handelspolitische Freiheit durch wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande zu sichern, und ferner der heimischen Arbeit durch Hebung der Kaufkraft unserer Kolonien neue Absatzgebiete zu erschließen.

Der Wirkungskreis des Komitees erstreckt sich infolgedessen in erster Linie auf wirtschaftliche Expeditionen im Dienste deutsch-nationaler Interessen nach deutschen und fremden Kolonien, auf physikalischer Untersuchung von Böden aus den Kolonien, auf Verteilung von Saatmaterial an die Kolonien, auf chemische und technische Prüfung von Produkten der Kolonien behufs Einführung in den deutschen Handel und in die deutsche Industrie.

Ferner ist hervorzuheben die Herausgabe des „Kolonial-Handels-Adreßbuches“, von dem bereits 2 Jahrgänge erschienen sind und das außerordentlich instruktiv ist für jeden, der geschäftliche Verbindungen in den Kolonien hat oder anknüpfen will. Sonstige regelmäßige Veröffentlichungen des Komitees sind die Monatszeitschrift für tropische Landwirtschaft „Der Tropenpflanzer“, von dem auch bereits 2 Jahrgänge erschienen sind und die häufig mit praktisch-wissenschaftlichen Beiheften ausgestattet wird, die Berichte über die Verhandlungen des Komitees, die Berichte über die deutsch-kolonialen Baumwolluntersuchungen usw.

Die Arbeiten des Komitees in den Kolonien haben unter vielem anderen in der Trassierung von Eisenbahnlinien, in der Feststellung der Möglichkeit zur Anpflanzung bestimmter Nutzpflanzen, in letzter Zeit z. B. von Baumwolle in Togo und Deutsch-Ostafrika, die Schaffung von Brunnen und anderem bestanden. Die Ergebnisse der Expeditionen des Komitees werden zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht. Auch beteiligt

sich das Komitee an Kolonialausstellungen im Reiche und an der Beschaffung von Kolonialsammlungen für Schulen.

Im Jahre 1902 hat sich das Komitee mit der Deutschen Kolonial-Gesellschaft verbunden, um die Einigkeit der Bestrebungen zur Förderung unserer Kolonien nach außen hin zu dokumentieren; in seiner Tätigkeit ist es jedoch nach wie vor völlig unabhängig. Seitdem führt das Komitee den Untertitel „Wirtschaftlicher Ausschuß der Deutschen Kolonial-Gesellschaft“.

Auch ist das Komitee Mitglied beim Zentralverband deutscher Industrieller und beim Handelsvertragsverein.

Um 1900 entstand ein „Deutscher Kolonialbund“, Sitz: Berlin, Dessauer Straße 17, der sich in einen gewissen Gegensatz zur Deutschen Kolonialgesellschaft stellte, da ihm deren Aktionskraft durch nahe Verbindung mit fürstlichen Protektoren und Behörden behindert erschien.

Als sein Organ wurde die noch bestehende „Koloniale Zeitschrift“ gegründet. Aus seiner Tätigkeit ist besonders die entschiedene Propaganda für praktische Versuche mit der Deportation von Sträflingen hervorzuheben. Nähere Mitteilungen waren von dem Verein nicht zu erhalten.

Im Jahre 1906 wurde ferner im Verfolg der Reichstagsauflösung vom gleichen Jahre ein „Kolonialpolitisches Aktionskomitee“ gegründet (Vorsitzender Professor Dr. G. Schmoller), das besonders durch die Herausgabe von Schriften wirkt, indessen kein Verein im eigentlichen Sinne ist.

XXVIII.

Vereine zur allgemeinen Wahrung wirtschafts- politischer Interessen.

Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen (E. V.). Sitz: Berlin W 9, Linkstraße 7. — Vorsitzender: Dr. C. A. v. Martius, Berlin W 9, Voßstraße 12. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Etienne, Direktor, Berlin W 9, Linkstraße 7.

Der Verein wurde am 11. November 1897 gegründet. Sein Zweck ist alle diejenigen Personen, insbesondere Angehörige der Erwerbsstände, zusammenzuschließen, welche die Weltmarktstellung Deutschlands durch Verfolgung einer sachkundigen und stetigen Handelspolitik sichern und kräftigen wollen.

Der Verein sucht diesen Zweck zu erreichen durch: Förderung des Abschlusses von Handels- und Schiffahrtsverträgen; Beschaffung und Bearbeitung des erforderlichen Materials; eine der Entwicklung des deutschen Außenhandels günstige Gestaltung der Zolltarife und des Verkehrswesens; Einwirkung auf den Abschluß internationaler Verträge im Sinne einer den deutschen Interessen entsprechenden Regelung des gewerblichen Rechtsschutzes im Auslande; Berichte an die Mitglieder, Besprechungen in der Öffentlichkeit sowie Herausgabe von Abhandlungen und Schriften über die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft, über die Produktions- und Verkehrsverhältnisse des In- und Auslandes, über die Lage des Weltmarktes, über den Absatz in den einzelnen Ländern und über die Bedeutung der wichtigsten Welthandelsgüter; Auskunfterteilung über Fragen der Handelspolitik, der Zollpolitik, des Tarifwesens, der Zollbehandlung und des internationalen Warenverkehrs überhaupt, sowie durch Raterteilung bei Streitigkeiten aus der Zollabfertigung und dem Grenzverkehr.

Der Verein hat zahlreiche Schriften handelspolitischen Inhalts veröffentlicht.

Deutsch-Russischer Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen (E. V.). Sitz: Berlin SW, Hallesche Straße 1. — Vorsitzender: Königlicher Geheimer Kommerzienrat Hermann Wirth, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: M. Busemann, Volkswirtschaftlicher Syndikus, Berlin. — Mitgliederzahl: 51 Handelskammern, 12 Verbände, 340 Einzelfirmen (direkte Mitglieder). — Etat: Eintrittsgeld: 20 M., jährlicher Beitrag im Mindestsatz 30 M. — Publikationsorgan: Vereins-Nachrichten (nur für die Mitglieder), Berlin. — Promischlennostj i Torgowlja (Industrie

und Handel), Organ des Zentralverbandes der Industrie und des Handels Rußlands. St. Petersburg (russisch).

Der Verein besteht seit 1899. Das mit Erfolg durchgeführte Programm bezweckt laut Satzung ausschließlich die Pflege und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland, indem es durch Schrift und Wort die Erkenntnis der wachsenden Bedeutung des deutsch-russischen Handelsverkehrs in beiden Ländern zu verbreiten sucht; bei den maßgebenden Stellen der Gesetzgebung und der Verwaltung in beiden Ländern sich Gehör und Ansehen zu verschaffen und zu erhalten strebt, um bei der Vorbereitung von Verträgen zwischen beiden Ländern, betreffend den gegenseitigen Handels- und sonstigen Verkehr, den gegenseitigen Schutz des geistigen Eigentums auf künstlerischem und gewerblichem Gebiete usw., im Sinne seiner Ziele fördernd einwirken und bei etwaigen Streitigkeiten in dieser Hinsicht für eine rasche und befriedigende Beilegung derselben eintreten zu können; den Mitgliedern bei ihrem geschäftlichen Verkehr mit dem andern Lande Dienste leistet, insbesondere durch Auskunftserteilung auf Grund eigener Wissenschaft oder anzustellender Ermittlungen über die Absatzfähigkeit bestimmter Artikel in dem andern Lande und Beschaffung gangbarer Muster; durch Bekanntgabe von Bezugsquellen für Rohwaren und Fabrikate, wobei in erster Linie Vereinsmitglieder zu berücksichtigen sind; durch Ermittlung und Kenntnissgabe der günstigsten Fracht- und Zollverhältnisse für bestimmte Relationen; durch Unterstützung bei Schwierigkeiten, welche den Mitgliedern aus ihrem geschäftlichen Verkehr mit Zoll-, Verkehrs- und sonstigen Verwaltungsbehörden des andern Landes entstehen; durch Vermittlung in Streitigkeiten, welche den Mitgliedern aus ihrem geschäftlichen Verkehr mit Lieferanten oder Abnehmern im andern Lande erwachsen; durch Nachweis und Überwachung geeigneter Rechtshilfe bei der Verfolgung von Rechtsansprüchen im andern Lande; durch Übersetzung von Schriftstücken, welche im geschäftlichen Verkehr der Mitglieder des einen Landes mit dem andern Lande nötig werden.

Mitglieder können nur Korporationen und handelsgerichtlich eingetragene Firmen werden.

Handelsvertragsverein, Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels. Sitz: Berlin W, Köthener Straße 28/29. — Vorsitzender: Stadtrat Heinrich Flinsch, Frankfurt a. Main, Myliusstraße 25. — Geschäftsführende Beamte: Dr. Borgius und Dr. Breitscheid. — Unterabteilungen: Württembergischer Landesverband, Landesverband Hannover, Ortsgruppe Nürnberg-Fürth, Ortsgruppe Frankfurt a. M. — Mitgliederzahl: gegen 9000. — Publikationsorgan: „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins“. Red. Dr. Rud. Breitscheid, Druck und Verlag von Liebheit & Thiesen, Berlin. Publikationsorgan des Württembergischen Landesverbandes: „Die Württembergische Industrie“, herausgegeben von A. Marquardt, Verlag des Handelsvertragsvereins. Stuttgart.

Der Handelsvertragsverein wurde am 11. November 1900 auf Anregung aus hanseatischen Kreisen vom Direktor der Deutschen Bank, Dr. Georg von Siemens, gegründet und zwar als Kampforganisation gegen agrarisch-hochschutzzöllnerische Tendenzen der Wirtschaftspolitik. Die Organisation war diesem Zwecke entsprechend anfangs stark dezentralisiert. Auch war für die ersten drei Jahre, bis zur Erledigung des Zolltarifes, die Mitglied-

schaft gebunden, d. h. Kündigung ausgeschlossen worden. Entgegen der zum Teil hieraus gezogenen Folgerung, daß der Verein überhaupt nur für drei Jahre gegründet sei, somit nach Abschluß der Wahlkampagne vom Jahre 1903 seine Tätigkeit einstellen werde, erklärte sich der Gesamtausschuß am 29. September mit sechs Siebentel der anwesenden Stimmen dahin, daß eine Auflösung des Vereines nur durch Beschluß einer Generalversammlung erfolgen könnte, hierfür jedoch kein Anlaß vorliege, vielmehr gerade in der neu geschaffenen Situation eine ständige handelspolitische Zentralorganisation der am Auslandsgeschäfte beteiligten Handels- und Industriekreise notwendig sei. In diesem Sinne gestaltete er sich im Verlaufe der nächsten ein bis zwei Jahre unter Zurücktreten des rein agitatorischen Charakters zu einer wirtschaftlichen Interessenvertretung aus und nahm zur schärferen Kennzeichnung dieser Ziele später den Untertitel „Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels“ an.

Dieser Entwicklung entsprechend wurden die selbständigen Ortsgruppen und Zweigsekretariate, die ursprünglich zahlreich waren, allmählich zumeist aufgehoben. Auch ein Teil der ursprünglichen Mitglieder — so die nicht direkt zu Handel und Industrie gehörigen Kreise — schieden nach und nach aus, wogegen namentlich wirtschaftliche Körperschaften neu beitraten, so daß die etwa 9000 gegenwärtigen Mitglieder des Vereines, worunter über 150 körperschaftliche, sich im wesentlichen aus Handel- und Industrie-Interessenten zusammensetzen.

Die Leitung liegt in Händen eines gegen 100 Mitglieder umfassenden Ausschusses, zumeist Vertreter der wichtigsten angeschlossenen Handelskammern und Vereine, und eines aus 11 Personen bestehenden Vorstandes.

Die jetzige Tätigkeit des Vereins erstreckt sich zunächst auf die Mitarbeit an der Vorbereitung aller handelspolitischen Maßnahmen der inneren und äußeren Politik, sowie einschlägiger Maßregeln auf verwandten Gebieten der Wirtschaftspolitik überhaupt (z. B. Transport- und Verkehrswesen, Steuerpolitik, Bank- und Börsengesetzgebung, internationale Rechtsverfolgung). Der Verein arbeitet ferner auf allen anderen (nicht politischen Gebieten), die einer Förderung und Hebung des Geschäftsverkehrs mit dem Auslande und Unterstützung der einschlägigen geschäftlichen Interessen der Mitglieder dienen. Auch propagiert der Verein in Wort und Schrift dauernd die Tendenzen einer wirtschaftlich liberalen Handels- und Wirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit.

Zur Förderung und Ermöglichung gemeinsamen Beratens und Vorgehens in Fragen gleichen Interesses für Gruppen verschiedener Nationalitäten erstrebte der Verein in den letzten Jahren eine internationale Organisation der Interessenvertretungen von Handel und Industrie in den verschiedenen Staaten der Welt. Diesen Zielen diene eine von ihm am 18. Mai 1905 im Preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin veranstaltete „Internationale wirtschaftliche Konferenz“. Das auf dieser eingesetzte „Internationale provisorische Komitee“ unterbreitete dem am 5. und 7. September 1905 zu Lüttich veranstalteten Internationalen Handelskammertage, auf welchem von englischer Seite eine ähnliche Anregung (Schaffung eines internationalen Bureaus der Handelskammern) vorlag, den Plan eines periodischen Internationalen Wirtschaftskongresses. Dieser ist auf dem internationalen Handelskammertage in Mailand 1906 ins Leben gerufen worden; in seinem internationalen Ausschusse ist der Handelsvertragsverein durch sein Vorstandsmitglied Kommerzienrat Münsterberg, Danzig, vertreten.

Die sehr zahlreichen Publikationen des Vereins zerfallen in: „Handelspolitische Flugschriften“ (3 Hefte), „Das Interesse der deutschen Industrie an den Handelsverträgen“ (12 Hefte), Wissenschaftliche Einzelwerke (6), Zolltarifmaterial (7), Agitationsschriften (7), Vorträge und Parlamentsreden (16), Vereinsdrucksachen (10), Zeitschriften, Denkschriften und Eingaben.

Seit 3—4 Jahren hat namentlich die Rechtshilfe-Tätigkeit des Vereins eine starke Ausgestaltung erfahren. Der Verein hat die für die Prozeßführung wichtigsten Rechtsbestimmungen der ausländischen Staaten in kurzgefaßter Form zusammengestellt und seinen Mitgliedern zur Verfügung gestellt, er führt ferner eine mehrere Hunderte von Adressen umfassende Liste empfehlenswerter ausländischer Rechtsanwälte, endlich hat er mit etwa 60 vertrauenswürdigen Anwälten der wichtigsten Weltmarktplätze Sonderabmachungen getroffen, wonach diese sich gegen Überweisung der einschlägigen Prozesse zu unentgeltlicher Auskunftserteilung bereit erklärt und gewisse Garantien für die Honorarbemessung gegeben haben. Justitiar der Rechtsabteilung ist Rechtsanwalt W. Bittermann, Berlin.

Außer dieser praktischen Einzeltätigkeit bearbeitet die Rechtsabteilung auch *de lege ferenda* alle Fragen der internationalen Rechtsverfolgung und hat wiederholt den zuständigen Behörden Eingaben und Denkschriften unterbreitet.

Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein in Deutschland. Sitz: Berlin. — Vorsitzender: Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. — Geschäftsführender Vizepräsident: Professor Dr. Wolf, Breslau. — Sekretär: Dr. Glier, Berlin. — Mitgliederzahl: 672.

Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein bezweckt unter unbedingter Ablehnung aller wie immer gearteten politischen Ziele die öffentliche Aufmerksamkeit und die der Regierungen auf solche wirtschaftliche Gegenstände zu lenken, hinsichtlich deren die mitteleuropäischen Staaten nicht einander widerstreitende, sondern übereinstimmende Interessen haben. Eine Antastung des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechtes der einzelnen Staaten bleibt dabei ebenso außer Betracht wie das politische Gebiet. Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein legt seiner Tätigkeit die Annahme zugrunde, daß die Mitteleuropäischen Staaten ihr Gedeihen in höherem Maße sicherstellen können, als dies jetzt geschieht, wenn sie

1. in weiterem Umfange als bisher gewisse Materialien des Wirtschafts- wesens und des Wirtschaftsrechtes gleichmäßig regeln, wenn
2. die Staaten Einrichtungen, welche sie besitzen, wechselseitig auch den andern dienstbar machen, wenn sie
3. gegeneinander besonderes Entgegenkommen üben, besondere Rücksicht nehmen auf die speziellen Verhältnisse ihrer Volkswirtschaften bei Vereinbarungen über Zölle, Eisenbahntarife usw., wenn sie
4. bei Verhandlungen mit dem ferneren Auslande, wo dies ersprießlich, im Einvernehmen vorgehen, wenn sie
5. für Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf dem Gebiete des Wirtschafts-, insbesondere des Zollwesens Vorsorge treffen.

Auf Grund dieses Programms wurden Mitteleuropäische Wirtschaftsvereine gegründet in Deutschland (21. Januar 1904), Ungarn (10. Dezember 1904) und in Österreich (3. April 1905).

Der deutsche Verein hat sich aus Anlaß der Neuordnung der Handelsverträge zunächst mit Fragen der Handelspolitik beschäftigt, durch das Mittel von Enqueten und Denkschriften und Fühlungnahme mit den Regierungen, auch insoweit „mitteleuropäische“ Interessen vorlagen, mit den Brudervereinen, und zwar im besonderen mit der Frage der Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, zu Argentinien, weiter zu Kanada und Portugal.

Die erste große gemeinsame Konferenz der drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine kam am 19. und 20. November 1906 in Wien zustande unter dem Präsidium des österreichischen Vereinspräsidenten, früheren öster-

reichischen Finanzministers Baron von Plener, sowie des ungarischen Minister- und Vereins-Präsidenten Dr. Wekerle und des Vizepräsidenten des deutschen Vereins Rötger. Behandelt wurden folgende Gegenstände:

1. Einrichtung von Zollschiedsgerichten, 2. Reform des Zollverfahrens der Vereinigten Staaten von Amerika, 3. Insverksetzung eines internationalen Giroverkehrs, 4. Ausgestaltung des Deutsch-Österreichischen Fernsprechnetzes, 5. Vereinheitlichung der Normen für Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften, 6. Vereinfachung der Zollformalitäten im Verkehr der mitteleuropäischen Staaten, 5. Unifizierung des Privatrechts der Binnenschifffahrt.

Am 27. Mai 1907 fand die erste Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland in Dresden statt.

Die auf Erlaß eines deutschen Scheckgesetzes gerichteten Bestrebungen und die Vorbereitung einer Scheckvorlage gleichzeitig in Ungarn — auf beiden Seiten unter Anlehnung an das österreichische Gesetz — waren Anlaß für Einberufung einer mitteleuropäischen Scheckkonferenz nach Budapest, welche die Frage der Vereinheitlichung der drei „Scheckrechte“ zum Gegenstand hatte und auf Grund deren Beratungen die amtlichen Entwürfe der in Frage kommenden Länder eine teilweise Umarbeitung im Sinne möglichster Annäherung erfuhren.

Bisherige Veröffentlichungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland sind (Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin): Heft I, Materialien betreffend den Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein. Herausgegeben von Professor Dr. Julius Wolf. Heft II, Die Meistbegünstigungsklausel. Eine entwicklungsgeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verträge mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Argentinien. Von Sekretär Dr. L. Glier. Heft III, Verhandlungen der ersten gemeinsamen Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine Deutschland, Österreich und Ungarn in Wien. Heft IV, Bericht über die erste ordentliche Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland (Dresden, 27. Mai 1907). Heft V, Bericht über die Scheckkonferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine Deutschland, Österreich und Ungarn (Budapest, 8 und 9. November 1907).

Die jüngste Organisation dieser Art ist:

Deutsch-Französischer Wirtschaftsverein. Sitz: Berlin-Großlichterfelde, Lorenzstraße 65. — Vorsitzender: Stadtrat Heinrich Flinsch, Frankfurt a. M. (i. Fa. Schriftgießerei Flinsch), Präsident der Vereinigung der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und des Handelsvertragsvereins. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Borgins, Berlin-Großlichterfelde. — Etat: Mindestbeitrag für Korporationen 50 M., für kaufmännische Firmen 20 M., für Privatpersonen 10 M.

Im Frühjahr 1907 wurde einer Anzahl deutscher wirtschaftlicher Körperschaften, darunter auch dem Vorsitzenden des Handelsvertragsvereins fast gleichzeitig von zwei verschiedenen Seiten aus Paris Anregungen unterbreitet, die auf eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich abzielten, und zwar die eine auf Gründung einer deutschen Handelskammer in Paris, die andere außerdem auf Abschluß eines deutsch-französischen Handels- und Tarifvertrages. Da dem Handelsvertragsvereine aus seinen bereits zwei Jahre zurückliegenden Arbeiten über das Handelskammerprojekt die diesem entgegenstehenden mannigfachen Schwierigkeiten bekannt waren, und die Frage eines deutsch-französischen Handelsvertrages nicht ohne weiteres spruchreif erschien,

machte er den Gegenvorschlag, man solle zunächst die an einer wirtschaftlichen Annäherung beteiligten Kreise beider Länder zu einer „Deutsch-Französischen Vereinigung“ zusammenfassen, deren beide Geschäftsstellen in Paris und Berlin alsdann etwa die Aufgabe einer Auslandskammer erfüllen würden und die im übrigen alle einschlägigen Fragen prüfen und etwaige weitere Schritte vorbereiten könnte, ein Vorschlag, der auf französischer Seite Anklang fand.

Nachdem die entsprechenden Bestrebungen in Frankreich, deren Erfolg anfangs ungewiß schien, sich zu der Gründung des „Comité Commercial Franco-Allemand“ in Paris verdichtet hatten, konnte auch deutscherseits am 29. März 1908 in Frankfurt a. M. zur Gründung einer Parallelorganisation geschritten werden.

Das Schwergewicht der Vereinstätigkeit wird zweifellos auf dem Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Interessenten in dem zu schaffenden gemeinsamen Oberausschuß liegen, der periodisch oder nach Bedarf zusammentreten, aber auch ständige schriftliche Beziehungen aufrecht erhalten wird. Er wird alle Fragen betr. einer Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland und Frankreich zu prüfen und eventuell auf ihre Durchführung hinarbeiten haben. Schon an die konstituierende Sitzung sind zwei solcher Anregungen gekommen: die eine bezüglich des Drucksachenportos, die andere bezüglich des Ausübungszwanges für Patente. Alle solche Anregungen werden zunächst vom Oberausschuß grundsätzlich zu erörtern und dann eventuell den beiden Vereinen zur weiteren Verfolgung bei ihren Staatsbehörden zu überlassen sein.

Satzungsgemäßer Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung der deutsch-französischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete im Zusammenwirken mit den französischen Interessenten unter Ausschluß nationalpolitischer Fragen.

Mit einem Spezialgebiet der wirtschaftspolitischen Förderung von Industrie und Handel, nämlich mit der zweckmäßigen Gestaltung des gewerblichen Rechtsschutzes, befaßt sich in wissenschaftlicher Weise der „Deutsche Verein zum Schutz des gewerblichen Eigentums“ in Berlin (s. auch S. 66). — Auch sonst wurden im Laufe der Darstellung schon spezielle Zweckverbände erwähnt, so der „Verein für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung“ (s. S. 67); ähnliche Ziele verfolgt der „Wasserwirtschaftliche Verband der westdeutschen Industrie“ in Düsseldorf.

XXIX.

Vereine zur Wahrung der allgemeinen Interessen von Industrie und Handel.

Schon im Jahre 1830 konstituierte sich ein „Industrieverein für das Königreich Sachsen“, ein wirtschaftspolitischer Verband, der aber nach etwa sechzehnjähriger, zum Teil recht bedeutsamer Tätigkeit wieder einschlieft. Sogar schon 1826 entstand die „Industrielle Gesellschaft in Mühlhausen“, die noch heute besteht, die sich aber in rein gemeinnütziger Weise besonders um Wissenschaft, Kunst, um die Förderung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts, die Schaffung zweckmäßiger Arbeiterwohnungen usw. bemüht; sie fällt demnach aus dem Rahmen dieser Abhandlung.

Hiernach ist die älteste bestehende Vereinigung dieser Art der

Mittelrheinische Fabrikanten-Verein. Sitz: Mainz. — Vorsitzender: Prof. Dr. L. Beck, Biebrich a. Rh. — Geschäftsführender Beamter: Handelskammersyndikus Meesmann, Mainz. — Mitgliederzahl: 337. — Publikationsorgan: „Mitteilungen“ des Vereins.

Der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein wurde im Jahre 1869 gegründet zu dem Zweck, Fachgenossen Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zu persönlicher Bekanntschaft zu bieten und die bis dahin mehr dem Zufall anheimgegebenen Zusammenkünfte in eine gewisse Regel zu bringen. Der Verein nahm Anteil an der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Reichs; besonders beschäftigte er sich mit den Fragen des Schutzes des gewerblichen Eigentums, des sozialen Versicherungswesens, der Handelsverträge und des Eisenbahnwesens und brachte seine Ansichten hierzu bei den maßgebenden Stellen zum Ausdruck und vielfach zur Geltung. Ferner veranstaltet der Verein regelmäßig Vorträge über volkswirtschaftliche und technische Gegenstände mit daran anschließender Diskussion und sucht seine Mitglieder durch den Besuch besonders charakteristischer Unternehmungen mit den neuen Errungenschaften der wirtschaftlichen Praxis bekannt zu machen. Es gehören dem Verein alle im Mittelrheingebiet vertretenen Industriezweige an. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Ihm folgte bald der

Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen. Sitz: Düsseldorf. — Vorsitzender: Servaes, Geh. Kommerzienrat,

Düsseldorf. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Beumer, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Düsseldorf. — Mitgliederzahl: 519. — Etat: 40 000 M. — Publikationsorgan: Monatliche „Mitteilungen“ des Vereins.

Schon seit den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hatte in Düsseldorf ein Verein der Eisenindustrie bestanden, der „Zollvereinsländische Hüttenverein“. Seit Anfang der sechziger Jahre hatte er für die Erhaltung der deutschen Schutzzollpolitik gekämpft, und 1870 war er mit großer Schärfe gegen die Herabsetzung der Eisenzölle aufgetreten. In den folgenden Jahren traten im nordwestpreußischen Wirtschaftsleben jedoch die besonderen Interessen der Eisenindustrie zurück, und die allgemeinen Verkehrsinteressen nahmen zeitweise eine so übertragende Bedeutung an, daß die Arbeit des Hüttenvereins für einige Zeit in den Hintergrund trat und dafür eine neue Vereinigung in den Vordergrund der industriellen Teilnahme rückte.

Infolge der Aufbrauchung des deutschen Eisenbahnmaterials im deutsch-französischen Kriege 1870 versagten nämlich mit dem Wiederanschwellen des innerdeutschen Verkehrs die Eisenbahnen gegenüber den an sie gestellten Anforderungen. Eine ausgedehnte Verkehrsstockung stellte den Fortgang von Handel und Wandel in Frage. Da bildete sich in Bielefeld der sogenannte „Kohlenverein“, welcher sich die Bekämpfung der infolge der Verkehrsstockungen herrschenden Kohlennot zum Ziele setzte. Er berief am 18. Februar 1871 eine Versammlung nach Düsseldorf, welche von den bedeutendsten Industriellen aus Niederrheinland und Westfalen besucht war, den sogenannten „Kohlentag zu Düsseldorf“. Aus ihrer Mitte ging der Gedanke der Gründung eines „Vereins zur Hebung des gesamten Verkehrs in Rheinland und Westfalen“ hervor, der am 15. November 1871 als „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ begründet wurde. Im Gegensatz zu einem Berufsvereine, wie es der Zollvereinsländische Hüttenverein war, welcher nur Angehörige eines einzigen Industriezweiges umfaßte, enthielt er die Vertreter aller bedeutenden Industrien und privaten Verkehrsanstalten eines bestimmten Gebietes. Dies war zwar nicht der erste große wirtschaftliche Verein auf örtlicher Grundlage, wie A. Tille in seiner hier benutzten Rede zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der wirtschaftlichen Vereine der Saarindustrie sagt, doch war er nach dem Eingehen des Industrievereins für das Königreich Sachsen allerdings wohl der erste dieser Art Vereine, der die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zog.

Seine Tätigkeit richtete sich zunächst vor allem auf die Hebung und Förderung des niederrheinisch-westfälischen Verkehrslebens, ein Feld, auf dem sich damals reichliche Gelegenheit zu umfassender Tätigkeit bot, da die grundlegende Umwandlung der Eisenbahntarifsysteme in die damalige Zeit fiel. Besonders H. A. Bueck, der seit 1873 die Geschäfte des Vereins führte, betätigte sich hierbei. Auf dem Gebiete der Verkehrspolitik liegen auch die selbständigen, geschichtlich bedeutenden Arbeiten des Vereins überhaupt. Er trat schon 1871 für die Verlängerung der Rheinschiffahrt zunächst vom Rhein bis Dortmund, für die Moselkanalisierung und für den Bau des Mittellandkanals ein. Bis 1874 spielten dann wesentlich Eisenbahntariff Fragen, die Telegraphennot usw. eine Rolle. 1875 nahm der Verein zum Projekt der Verstaatlichung der Eisenbahnen Stellung, indem er grundsätzlich das Bestehen von Privatbahnen neben Staatsbahnen für wünschenswert erklärte, aber unter dieser Voraussetzung für den Übergang der Staatsbahnen für das Reich eintrat. Als dann Preußen ebenso wie die Mittelstaaten zur Verstaatlichung

der meisten Privatbahnen im eigenen Lande schritt, lenkte der Verein seine Aufmerksamkeit auf die gedeihliche Durchführung dieses Staatseisenbahnsystems. Von 1880 ab wandte er sich wieder entschiedener der Kanalfrage zu.

Zur Frage der Zollpolitik trat der Verein im Jahre 1875, nachdem er sich vorerst noch zurückhaltend gezeigt hatte, als treueste spätere Stütze des Zentralverbandes deutscher Industrieller, entschieden für die auftauchenden schutzzöllnerischen Ideen ein. — Auch in der Sozialpolitik lehnt er sich ganz an den Zentralverband an.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen schloß schon 1873 mit dem Mittelrheinischen Fabrikantenverein, dem Bergbaulichen Verein in Dortmund, den Berg- und Hüttenmännischen Vereinen in Aachen und Bonn und dem Verein deutscher Eisengießereien eine lose Verbindung, um gelegentlich gemeinsame Zusammenkünfte der „vereinigten rheinischen Vereine“ zu veranstalten.

In geschichtlichem Zusammenhange mit dem rheinisch-westfälischen Verein steht der Zentralverband deutscher Industrieller. Die Gesamtvertretungen der Industrie sollen jedoch zum Schluß behandelt werden. Um zunächst in der Reihenfolge des zeitlichen Entstehens derjenigen allgemeinen Industrie- und Handelsvereine fortzufahren, welche sich auf einen bestimmten Bezirk beschränken, ist nunmehr zu nennen der

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. Sitz: Berlin, Jägerstraße 22. — Vorsitzender: Emil Jacob, Geheimer Kommerzienrat, Berlin, Landgrafenstraße 12. — Geschäftsführender Beamter: Dr. A. Koppel, Generalsekretär, Jägerstraße 22. — Mitgliederzahl: 3250. — Etat: Einnahme und Ausgabe 42000 M. — Publikationsorgan: Die Berliner Presse, welche regelmäßig mit kurzen Auszügen über die Tätigkeit bedient wird.

Der Verein ist im Jahre 1879 gegründet worden mit dem ursprünglichen Zweck, die amtliche Interessenvertretung (welche damals durch die „Altesten der Kaufmannschaft“ repräsentiert wurde) zu reorganisieren, da in Kaufmannskreisen „allgemein das Gefühl vorherrschte, daß die amtliche Vertretung sich hauptsächlich um die Börse und nicht genügend um Handel und Industrie kümmere“. Der Verein widmete sich daher den Interessen des Handels und der Industrie mit steigendem Erfolge, so daß der Handelsminister und eine große Anzahl der Reichsstaatssekretäre alle gutachtliche Anfragen, welche an die Altesten gerichtet wurden, auch an den Verein zu richten beschlossen. Den Bemühungen des Vereins ist es schließlich gelungen, zu veranlassen, daß die Berliner Handelskammer — beruhend auf dem Wahlrecht aller eingeschriebenen Kaufleute — ins Leben gerufen wurde. Auch nach Konstituierung der Handelskammer hat der Verein seine Tätigkeit — die Interessen von Handel und Industrie durch Eingaben und Gutachten an Behörden zu fördern — mit Erfolg fortgesetzt. Daneben organisiert der Verein die Wahlen zur Handelskammer, zum Gewerbegericht und zum Kaufmannsgericht. Durch Veranstaltung von Diskussions- und Vortragsabenden, gemeinsamen Reisen ins Ausland und großen Festen, an welchen die Spitzen der Behörden teilnehmen, sucht der Verein seinen Mitgliedern und deren Angehörigen geistige Anregung zu geben, das Gefühl der

Zusammengehörigkeit zu fördern und das Ansehen der Kaufmannschaft gegenüber Behörden und der Allgemeinheit zu heben. Der Verein unterhält zwei Unterstützungskassen mit einem Vermögen von über 325 000 M.

In engem Zusammenhange mit dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller steht der

Centrallausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine. Sitz: Berlin W, Jägerstraße 22. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Emil Jacob, Präsident, Berlin, Holzmarktstraße 65. — Geschäftsführender Beamter: Dr. A. Koppel, Generalsekretär, Jägerstraße 22. — Mitgliederzahl: 86 Vereine (Vereine von Warenhändlern und Fabrikanten, welche in Berlin den Sitz ihrer Tätigkeit haben).

Diese haben das Recht, zu den etwa 14 mal im Jahr stattfindenden gemeinsamen Beratungen je zwei Delegierte mit Stimmrecht zu entsenden. — Etat: Die Vereine zahlen zu der vom „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller“ — dem statutarisch die Leitung zusteht — getätigten Geschäftsführung einen Jahresbeitrag von mindestens 50 M. Den Rest der Verwaltungskosten deckt der „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller“, der für Ausführung der Beschlüsse Sorge zu tragen hat. — Publikationsorgan: Die Berliner Presse. Für die Delegierten der angeschlossenen Vereine erscheint nach jeder Delegiertenversammlung ein als Manuskript gedrucktes Protokoll.

Auf den mittelhheinischen und den rheinisch-westfälischen Verein folgte nach einem Dezennium noch ein enger begrenzter Verein in diesem Landesteile; der:

Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. Sitz: Köln am Rhein, Domstraße 33. — Vorsitzender: Julius Vorster, Geh. Kommerzienrat, M. d. A., Köln am Rhein. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Paul Steller, Köln am Rhein, Domstraße 33. — Mitgliederzahl: 316. — Etat: Einnahmen rund 22 000 M., Ausgaben: 20 000 M. Die Hauptversammlung setzt alljährlich den Vereinshaushalt fest. Das Jahreserfordernis wird, abgesehen von sonstigen Einnahmen, durch die Beiträge der Mitglieder nach folgenden Grundsätzen gedeckt: a) für Industrielle und industrielle Geschäfte bestimmt der Vorstand den Beitrag unter Berücksichtigung des Geschäftsumfanges nach folgenden 10 Beitragsklassen: 20, 30, 50, 75, 100, 150, 200, 300, 400 und 500 M.; b) einzelne Personen bezahlen einen Beitrag von mindestens 20 M.

Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln wurde am 13. August 1881 errichtet. Die Gründung eines besonderen Kölner Vereins ähnlicher Art, wie der Düsseldorfer Verein, beruhte zum Teil in der Bedeutung und Eigenart der Kölner Industrie, zum Teil in der Bedeutung der an deren Spitze stehenden Persönlichkeiten, zum Teil endlich in den besonderen Verhältnissen der Kölner Industrie betreffend die wirtschaftliche Interessenvertretung. Der Landkreis Köln, dem damals die industriellen Vororte Kölns, wo die meisten Industriebetriebe wegen der Festungseigenschaft Kölns sich niedergelassen hatten, sämtlich angehörten, war zur Handelskammer Köln nicht wahlberechtigt, konnte also in dieser eine Vertretung seiner Interessen nicht finden. Die Kölner Handelskammer „diente zu der Zeit vorzugsweise, wenn nicht aus-

schließlich, den Zwecken des Handelsstandes, so daß die schon damals recht bedeutende Industrie der Vororte Kölns einer entsprechenden Vertretung gänzlich ermangelte.“

Der Verein widmet sich seit seinem Bestehen allen gemeinsamen wirtschaftlichen Fragen, die seine Mitglieder interessieren können. Letztere gehören den verschiedensten Geschäftszweigen an. Am stärksten ist darunter jedoch die Maschinen- und Metall-Industrie vertreten. Danach kommt die Stein-Industrie, insbesondere die Herstellung feuerfester Steine für die Eisen- und Stahlwerke. Andere große Zweige des Bezirks sind Zucker-Industrie, chemische Industrie, Farben-(Bleifarben-)Industrie, Textil-Industrie, Nahrungsmittel-Industrie usw. Der Verein veranstaltet ziemlich regelmäßig allmonatlich Vorstandssitzungen und im Winterhalbjahr mehrere Mitgliederversammlungen, in denen Vorträge über ein wirtschaftliches Thema gehalten werden. Einige hiervon gaben zu viel beachteten Kundgebungen der industriellen Kreise nicht allein des Regierungsbezirks Köln, sondern auch des Niederrheins Anlaß, z. B. in der Frage der Kartelle und in der sozialpolitischen Haltung der Nationalökonomien. Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

In wirtschaftspolitischer Beziehung steht er auf dem Boden eines angemessenen Schutzes der nationalen Arbeit, nimmt aber auch das Interesse der Ausfuhr-Industrie entsprechend wahr und vertritt den Grundsatz der Gegenseitigkeit in der Zollpolitik. Er gehört aus diesem Grunde auch zu den Gegnern des amerikanischen Hochschutzzollsystems, wegen dessen offenkundigen Mißverhältnisses zu den deutschen Zöllen.

Unangemessenen Forderungen der Arbeiterorganisationen trat der Verein, wo sich ihm Veranlassung bot, nachdrücklich entgegen und errichtete zur Abwehr solcher unberechtigter Bestrebungen im Anschluß an die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin einen Arbeitgeberverband in Köln, dem 120 Betriebe mit 40000 Arbeitern angehören.

Der Verein hat im letzten Jahrzehnt seine Tätigkeit erheblich gesteigert, seine Mitgliederzahl verdoppelt und ist noch in guter Weiterentwicklung begriffen.

Im folgenden Jahre schuf sich auch die Saarindustrie einen Parallelverband zu dem Rheinisch-Westfälischen, den

Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie. Sitz: St. Johann-Saarbrücken. — Vorsitzender: Rudolf Böcking, Geh. Kom.-Rat, Hüttenbesitzer, Brebach a. d. Saar. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Alexander Tille, Generalsekretär. — Mitgliederzahl: 80. — Etat: 44 600 M. — Publikations-Organ: Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung.

An demselben Tage wie die Südwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (10. Juni 1882) wurde auch der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie begründet. Auch hier wurde Stumm Vorsitzender. Die Zahl der Mitglieder stieg bald auf 39 mit 14315 Arbeitern. Die gemeinschaftliche Arbeit beider Vereine wurde dadurch gesichert, daß gemeinsame Vorstandssitzungen beider Vereine beschlossen wurden. Bei der ersten Generalversammlung am 5. Oktober 1882 wies der wirtschaftliche Verein 40 Mitglieder auf, von denen 15 der Eisenindustrie, 11 der Keramik, 5 der Kohlenindustrie, 3 der Glasindustrie, 2 der Lederindustrie, 2 der chemischen Industrie, 1 der Bierbrauerei und 1 der Strohhutfabrikation angehörten.

1901 verzogen beide Vereine in das heutige Haus Saarindustrie zu St. Johann, das sie seit 1903 besitzen.

Zunächst waren es sozialpolitische Fragen, die den Verein beschäftigten. Als 1898 der Gründungsausschuß der „Industria“, Versicherungsgesellschaft gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen in Berlin, an die Vereine herantrat und um Empfehlung ihrer Einrichtungen bei den Mitgliedern bat, wurde dieser Antrag mit der Begründung abgelehnt, „daß die Zwecke der Gesellschaft dem von der Saarindustrie wiederholt ausgesprochenen Grundsatz, Kampforganisationen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern nicht einzuführen, zuwiderliefen,“ usw. Diesem Grundsatz sind die Vereine bis zur unmittelbaren Gegenwart gefolgt. Als der Krimmitschauer Ausstand 1903/04 stattfand, sahen sich auch die Saarvereine zur Schaffung eines Arbeitgeberverbandes gezwungen. Aber derselbe ging ausdrücklich nur bis zur Abwehr von Streiks und lehnte jede Beteiligung an einer Schadloshaltung von Streiks betroffener Betriebe für Streikschäden grundsätzlich ab, ob sie die Form einer Versicherung gegen Streikschäden oder nur die Form eines Schutzverbandes gegen Streikschäden annehmen.

Diese Auffassung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter wurde „grundlegend für die Stellung der Vereine zu den Fragen der Handarbeiterversicherung“. „Den Praktikern der Saarindustrie war schon früh klar geworden, daß der wesentlichste Grund häufigen Arbeiterunglückes die geringe wirtschaftliche Veranlagung der Arbeiter selbst sei. Eine Erziehung der Handarbeiterschaft zum selbständigen Wirtschaften und dadurch zur wirtschaftlichen Selbständigkeit mußte jedem ein ideales Ziel sein, dem es zuzustreben galt. Aber seine Erreichung lag in weiter Ferne. In der Zwischenzeit gab es viel Elend zu lindern und viele Folgen wirtschaftlicher Unfähigkeit in Arbeiterkreisen auszugleichen. Der einzelne Arbeitgeber wäre dazu wohl in gewissem Grade imstande gewesen, wenn er von Gesetzes wegen größere Machtbefugnisse über seine Arbeiter besessen hätte. Da es aber an diesem fehlte, so blieb als einstweilige Maßnahme nur staatliches Eingreifen übrig, wenn dasselbe auch eine Erziehung der Arbeiter zum selbständigen Wirtschaften mit ihren Mitteln niemals ersetzen konnte, ja ihr vielleicht geradezu hinderlich sein mußte.“

„Durch das allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 hatte das preußische Knappschaftswesen seinen staatlichen Ausbau erfahren, und wenige Jahre der Erfahrung mit demselben hatten in Stumm den kühnen Gedanken erweckt, in ähnlicher Weise eine staatliche Zwangsversicherung für die gesamte deutsche Handarbeiterschaft zu schaffen. Bereits 1868 trug er sich mit diesem großartigen Plane und 1869 gab er demselben öffentlichen Ausdruck in einem fein durchgearbeiteten Entwurfe eines Hilfskassengesetzes für den Norddeutschen Bund. Stumm ist der Vater der deutschen Arbeiterversicherung, nicht Kaiser Wilhelm I., sondern dessen Botschaft vom 17. November 1881 ist die unmittelbare Folge des tatkräftigen Eintretens von Stumm für eine gesetzliche Regelung des Kranken-, Alters- und Invalidenkassenwesens während eines Zeitraumes von 12 Jahren.“

„Die staatliche Zwangsversicherung der Handarbeiter bildete den Gegenstand der ersten Generalversammlung vom 5. Oktober 1882, und ihre Erörterung führte zu einer Eingabe an den Reichstag, welche für die Lösung der Frage mitbestimmend wurde. Die Unfallstatistik, welche der wirtschaftliche Verein 1883 unter seinen Mitgliedern schuf, wurde ferner eine der wichtigsten Unterlagen für die spätere Einführung der Unfallversicherung.“

Als 1884 die Zwangsversicherung der Handarbeiter gegen Unfall dicht an die Verwirklichung rückte, nahmen die Vereine die Schaffung einer

eigenen Eisenberufsgenossenschaft für Südwestdeutschland mit dem Sitze in Saarbrücken mit Erfolg in die Hand. Als 1887 der erste Entwurf eines Gesetzes über die zwangsmäßige Alters- und Invalidenversicherung der Handarbeiter erschien, wandte sich der Verein gegen die Übertragung dieser Versicherung auf die Berufsgenossenschaften. Der zweite Entwurf von 1888 sah denn auch Versicherungsanstalten für das Gebiet staatlicher und gemeindlicher Verbände vor.

Während der Verein auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik und der Arbeitergesetzgebung in allen wesentlichen Punkten mit den großen industriellen Verbänden in anderen Teilen Deutschlands Hand in Hand ging (er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller), gab es auf dem Felde der Vertretung der örtlichen Interessen Südwestpreußens bzw. Südwestdeutschlands fast unausgesetzt harte Kämpfe.

Die Tarife nach der Mosel, nach Niederrheinland-Westfalen und nach Italien standen im Mittelpunkt der Teilnahme, zumal die Gotthardbahn damals in die Welt trat. Beiden Vereinen wurde eine Mitarbeit an der Ausbildung dieser Systeme dadurch ermöglicht, daß sie 1883 eine Vertretung im Bezirkseisenbahnrat Köln erhielten. Die Kämpfe um die Eisenbahntarife ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Vereinstätigkeit von 1882—1901, wo sie einen gewissen Abschluß erreichten.

Gab es bei den Eisenbahntariff Fragen wesentliche Gegensätze zu anderen Landesteilen als dem Südwesten, so erhob sich bald auch noch eine Verkehrsfrage, welche die südwestdeutsche Industrie selbst spaltete. Es war die Frage, ob im Zeitalter der Staatseisenbahnen und der Ausbildung eines eigenen Tarifsystems derselben zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Erzeugungsverhältnisse verschiedener Landesteile auszugleichen, eine Durchbrechung dieser Ausgleichungsbestrebungen durch Kanalbauten erfolgen dürfe. Die erste Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage bot 1883 der Plan des Dortmund-Emskanals. Der Südwesten, der bei dem damaligen Stande der Dinge nicht hoffte, überhaupt je eine Wasserstraße zu erhalten, beantwortete jene Frage mit Nein und sah in ihrer Aufrollung ein gefährliches Experiment. Am 20. Dezember 1887 erstattete Stumm der Generalversammlung einen Bericht über den Plan der Moselkanalisierung, welche damals zuerst in greifbarer Gestalt auftauchte. „An eine selbständige Finanzierung der Saarkanalisation oder selbst an die Übernahme der Bürgschaften für sie durch die Saarindustrie war nicht zu denken, denn die noch 1890, ja 1900 vorhandenen Frachtmengen für die Saar waren zu gering, um die Ertragsfähigkeit ihrer Kanalisierung auch nur entfernt zu sichern. So blieb der Saarindustrie nichts übrig, als die bloße Moselkanalisierung zu bekämpfen. Es ist aber nicht wahr, daß die Vereine jemals die Saarkanalisation bekämpft hätten. Diese Sachlage ist heute vergessen. Sie lebt aber urkundlich fort in mehreren Entschlüssen der beiden wirtschaftlichen Vereine, so in derjenigen vom 20. Dezember 1887, welche die Saarkanalisation deutlich als Äquivalent für die Moselkanalisierung bezeichnet, wenn auch nur als ungenügendes, und in einer anderen von 1892. Am 6. April 1899 wurde in den Vorständen der Mittellandkanal erörtert, dessen unzweifelhafte Folge es sein mußte, daß die niederrheinisch-westfälische Industrie zu außerordentlich niedrigen Frachtsätzen nach Berlin käme und dadurch einen neuen Vorsprung vor der südwestdeutschen Industrie erhalte. Sie nahmen infolgedessen Stellung gegen den Kanal und forderten für den Fall der Ausführung desselben eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten im Verkehre nach Berlin und Ostdeutschland überhaupt, sowie nach Antwerpen. Wenn man voll an den Vorteilen teilnehmen wollte, welche der Mittellandkanal für die Verschiffung von Waren nach dem Osten bieten mußte, so konnte jedoch nur der Wasser-

anschluß an ihn helfen. Infolgedessen kamen die Vereine schließlich gleich der Handelskammer dazu, für den Fall des Baues des Mittellandkanals die Mosel- und Saarkanalisierung zu verlangen.“

Seit dem Beginn der neunziger Jahre wurde eine gewisse Teilung des Arbeitsfeldes zwischen den Vereinen und der Handelskammer Saarbrücken üblich. Die Handelskammer übernahm mehr die Erledigung der allgemeinen wirtschaftlichen Fragen, während die Vereine sich mehr mit den Handarbeiterfragen beschäftigten.

1903 erfolgte eine völlige Neugestaltung der Verhältnisse beider Vereine, eine große Erweiterung ihrer Tätigkeit und eine Aufbringung bedeutender Mittel für sie. 1904 gründeten sie, wie schon oben erwähnt, gemeinschaftlich den „Arbeitgeberverband der Saarindustrie“ (Etat: 12000 M.), dessen Vorsitzender abwechselnd der des wirtschaftlichen Vereins und der der Südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist.

Die beiden wirtschaftlichen Vereine an der Saar gründeten 1905 unter Mitwirkung der Handelskammer Saarbrücken das „Südwestdeutsche Wirtschaftsarchiv“ im Hause Saarindustrie zu St. Johann und führen seit 1906 die Verwaltung der Industrieabteilung des Saarmuseums zu St. Johann, welche die Geschichte der Industrie des deutschen Landes südlich von der Untermosel und westlich vom Oberrhein darstellen soll. Sie geben außer ihrer Wochenschrift eine eigene Heftenreihe unter dem Namen „Südwestdeutsche Wirtschaftsfragen“ (1903—8 10 Hefte), eine eigene Reihe volkstümliche volkswirtschaftliche Arbeiten unter dem Namen „Südwestdeutsche Flugschriften“ (1904—7 4 Hefte) und eine Zeitungskorrespondenz unter dem Namen „Südwestdeutsche Wirtschaftskorrespondenz“ heraus.

Ungefähr gleichzeitig mit dem Verband der Saarindustrie entstand auch der

Anhaltische Industrieverein. Sitz: Dessau. — Vorsitzender: Georg Sachsenberg, Kommerzienrat, Rosslau. — 1. Schriftführer: Fabrikdirektor Hermann Schleissing, Dessau. — Mitgliederzahl: 64. — Etat: 325 M., Jahresbeitrag 5 M., Eintrittsgeld 10 M.

Der Verein wurde im Jahre 1883 zunächst als „Industrieverein zu Dessau“ gegründet und nahm 1886 die durch seinen jetzigen Namen ausgedrückte Erweiterung seines Tätigkeitsgebietes vor. Die ordentliche Mitgliedschaft können Inhaber, Vertreter oder Bevollmächtigte von Werken oder Firmen, die der Industrie, dem Bergbau oder dem Großhandel angehören, erwerben. Außerdem werden inaktive und außerordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht zugelassen. Die Geschäfte werden teils selbständig, teils auf Grund von Versammlungsbeschlüssen durch den Vorstand erledigt. Zweck des Vereins ist Wahrung der Interessen der Industrie und des Großhandels des Herzogtums Anhalt. Der Verein beschäftigte sich neben Verkehrsprojekten besonders mit der Arbeiterfrage.

Infolgedessen wurde im Jahre 1887 zur speziellen Behandlung dieser Frage aus der Mitte des Industrievereins ein „Verein der Anhaltischen Arbeitgeber“ gegründet, der sich besonders um die Förderung des friedlichen Zusammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitern bemüht. Der Verein der Anhaltischen Arbeitgeber, die Schöpfung Öchelhäusers und Rösickes, umfaßte nach seinem 19. Jahresberichte (Ende 1905) 62 Firmen mit 10 050 Arbeitern. Das Wesen dieses unter den deutschen Arbeitgebern ziemlich vereinzelt dastehenden Vereins charakterisiert folgende Stelle des Berichts: „Wiederholt beschäftigte sich der Vorstand

mit der Frage etwaigen Anschlusses an die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Dieser Anschluß mußte im Interesse der Erhaltung des bisherigen Charakters unseres Vereins unterbleiben“. Der Verein regte die Gründung eines Städtischen Rechts-Sekretariats in Dessau an, unterstützte lebhaft den städtischen Arbeitsnachweis und ließ sich die Förderung der Jugendfürsorge angelegen sein. Der Verein ist der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt, dem Verein Reichswohnungsgesetz, der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung und der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder angeschlossen.

Auch nach Errichtung der Handelskammer im Jahre 1890, deren Stelle für die Industrie bisher der Anhaltische Industrieverein vertrat, konnte derselbe teils selbständig neben, teils Hand in Hand mit ersterer in der Verfolgung seiner besonderen Ziele erfolgreich wirksam bleiben. Er befaßte sich mit allen die Industrie Anhalts berührenden staatlichen oder anderen öffentlichen Einrichtungen, sozialen Fragen, Wahlen usw. Im Jahre 1906 unternahm der Industrieverein zunächst in der Hauptsache aus seinen Mitgliedern heraus die Gründung des „Schutzverband Anhaltischer Arbeitgeber“ und dessen Sonderabteilung, die „Streikentschädigungs-Gesellschaft“, welche insbesondere bezwecken die Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeitnehmer und die Entschädigung der Arbeitgeber für wirtschaftliche Folgen von Arbeitseinstellungen.

Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Es folgte der:

Industrie-Verein für den Regierungsbezirk Hildesheim. Sitz: Hildesheim. — Vorsitzender: A. Siegert, Direktor der Zuckerraffinerie Hildesheim, G. m. b. H. in Hildesheim. — Mitgliederzahl: 145. — Etat: 2000 M. Einnahme pro 1905/06 2052.25 M., Ausgabe pro 1905/06 1909.17 M. Jahresbeitrag 12 M. Eintrittsgeld 10 M.

Am 9. Februar 1884 wurde der Industrie-Verein, welcher den Zweck seiner selbstgewählten Aufgabe in der Wahrung und Vertretung der gemeinsamen Interessen der Industrie der Stadt Hildesheim suchte, gegründet. Weitere Beitrittserklärungen erfolgten damals rasch hintereinander und Ende 1885 zählte der Verein bereits 39 ordentliche Mitglieder, 1895 82 Mitglieder, 1905 143 Mitglieder. In der Generalversammlung am 31. Januar 1886 wurde die Ausdehnung des Vereins auf den Regierungsbezirk Hildesheim beschlossen und ihm der Name „Industrie-Verein für den Regierungsbezirk Hildesheim“ beigelegt.

Die Arbeiten des Vereins begannen seinerzeit mit Verhandlungen über das am 1. Dezember 1884 ins Leben getretene Krankenkassengesetz, dem sich diejenigen über das Unfallversicherungsgesetz und späterhin auch noch solche über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz angeschlossen. Neben dieser Tätigkeit des Vereins in seinen Versammlungen fanden auch alljährlich gemeinschaftliche Ausflüge zur Besichtigung der verschiedensten industriellen Etablissements statt. In jedem Winter werden belehrende Vorträge für die Mitglieder veranstaltet.

Der Verein nahm im letzten Geschäftsjahr u. a. auch Stellung zu der vom Reichstage unterm 30. April 1903 gefaßten Resolution: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung in eine organische Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungsgesetze in einem einzigen Gesetze zu vereinigen seien, und kam zum Entschluß, daß keine Gründe vorliegen, auf

eine Vereinigung der drei Versicherungsarten hinarbeiten, daß es vielmehr wünschenswert sei, daß sowohl der Kranken- als wie der Unfallversicherung die Selbstverwaltung, die sich bei beiden bestens bewährt, erhalten bleibe, indem durch die Vereinigung dieser Kassen die Bewegungsfreiheit zum Nachteil der Versicherten nur wesentlich gehemmt werden würde. — Über den zur Beratung gestellten Gesetzentwurf über die Tragung der Kosten für Prüfung und Überwachung elektrischer Anlagen kam man einstimmig zu dem Beschluß, daß bei der großen Ausdehnung, welche derartige Anlagen genommen und noch fortgesetzt weiter nehmen, es als eine Notwendigkeit angesehen werde, die Erhebung der Gebühren für Überwachung solcher Anlagen gesetzlich zu regeln.

Der Verein ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Nicht allzu groß ist noch die Zahl der (bedeutenderen) lokal oder doch eng begrenzten Industrie- und Fabrikanten-Vereine zur Wahrnehmung der allgemeinen Interessen. Es seien drei genannt, die auch in weiteren Kreisen bekannt sind:

Fabrikanten-Verein für Hannover, Linden und die benachbarten Kreise. Sitz: Hannover, Brühlstraße 1. — Vorsitzender: Generaldirektor Dr. Kraushaar, Hannover. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Dr. jr. et phil. Rocke. — Mitgliederzahl: rund 90. (Nur die eigentliche Großindustrie ist im Verein vertreten.) — Etat: Beiträge für jedes ordentliche Mitglied, insofern es nicht über 30 Arbeiter beschäftigt, für das Jahr 20 M., weiter je 60 Pf. für jeden Arbeiter über 30 bis zum Höchstbetrage von 400 M. für den einzelnen Betrieb. Gesamteinnahme 10051 M., Ausgabe 10241 M. Vereinsvermögen 10184 M.

Gegründet wurde der Verein im Jahre 1888. Mitglied kann jeder selbständige Fabrikant einschließlich der Aktiengesellschaften und Handelsfirmen werden, insofern er im Vereinsbezirke angesessen ist. Zwecke und Aufgaben sind durch die Satzung wie folgt bestimmt: Wahrnehmung der allgemeinen Interessen der nationalen und insbesondere der lokalen Industrie; gegenseitiger Schutz der Vereinsmitglieder gegen unberechtigte Forderungen oder Bestrebungen der Arbeiter; Förderung der Arbeiterinteressen besonders durch Unterstützung von Vereinen und wohlthätigen Einrichtungen jeder Art, welche den Arbeitern nützlich sind.

Der Verein hat vor kurzem einen besonderen Arbeitgeberverband und einen Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen der Provinz Hannover ins Leben gerufen, deren Geschäftsführung durch Personalunion mit der des Fabrikanten-Vereins vereinigt ist.

Die Arbeiten werden zum Teil gemeinschaftlich durch den Vorsitzenden und Syndikus erledigt, zum Teil durch Beschlüsse des Vorstandes. Außer der alljährlichen ordentlichen Generalversammlung finden je nach Bedarf Mitgliederversammlungen statt, die die Richtlinien für die Arbeitsweise des Vereins liefern und in denen Vorträge über schwebende volkswirtschaftliche Fragen gehalten werden. Der Verein wird in Hannover von staatlichen und Kommunalbehörden sowie von der Handelskammer als maßgebende nichtamtliche Vertretung der Großindustrie angesehen und seine Anträge werden demgemäß behandelt. Er ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Lübecker Industrie-Verein. Sitz: Lübeck, Breitestraße 6. — Vorsitzender: E. F. Ewers, Senator, Lübeck, Beckengrube 73. — Geschäftsführender Schriftführer: I. Handelskammersekretär Dr. jur. E. Wallroth, Lübeck, Breitestraße 6. — Mitgliederzahl: 205.

Gegründet 1889. Zweck: Hebung der gesamten Industrie im lübeckischen Staatsgebiet und Förderung ihrer Interessen.

Der Verein veranstaltet in jedem Winter belehrende Vorträge. In letzter Zeit ist er besonders für die Besiedelung der neu errichteten Industriegebiete im Lübeckischen Staate durch gewerbliche Großbetriebe tätig und betrachtet außerdem die Schaffung billiger Arbeiterwohnungen auf den Industrieterrains oder in dessen Nähe als eine seiner Hauptaufgaben. Er ist dem Bund der Industriellen körperschaftlich angeschlossen.

Verein der Industriellen und Kaufleute in den Kreisen Rothenburg (O.-L.) und Hoyerswerda. Sitz: Niesky (Ober-Lausitz). — Vorsitzender: Fr. Christoph, Niesky (O.-L.). — Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Direktor H. Geller, Niesky (O.-L.). — Unterabteilungen: Verein der Industriellen und Kaufleute für Muskau und Umgegend. — Mitgliederzahl: 61. Dazu der Muskauer Verein mit 33 Mitgliedern. — Etat: Jahresbeitrag 5 M. — Publikationsorgan: „Volksfreund aus der Oberlausitz in Niesky“.

Die Gründung des Vereins erfolgte im April des Jahres 1897 auf Anregung verschiedener Industrieller im Kreise Rothenburg. Im Frühjahr des Jahres 1898 wurde der Verein auf den Kreis Hoyerswerda erweitert. Als Zweck war sowohl die Pflege der persönlichen Beziehungen im Kreise und engere Fühlung unter den Mitgliedern, als auch insbesondere die Wahrung und Förderung der Interessen der Industriellen in den beiden Kreisen in Aussicht genommen. Dem Verein schlossen sich auch bald die meisten Industriellen der Kreise an.

Durch die Tätigkeit des Vereins kam im Jahre 1899 der Anschluß der Kreise Rothenburg und Hoyerswerda an die Handelskammer in Görlitz und der Zusammenschluß zu einer Handelskammer für die preußische Oberlausitz in Görlitz zustande. Damit war das Hauptziel des Vereins erreicht, nämlich ein Organ geschaffen, durch welches derselbe jederzeit alle Wünsche und Anliegen der Industrie den Behörden vorzutragen in der Lage ist, ebenso aber auch von allen Bestrebungen und Arbeiten der Regierung Kenntnis zu erhalten. Er schloß sich körperschaftlich dem Bund der Industriellen an.

An den Vorarbeiten für die neuen Handelsverträge hat sich der Verein seinerzeit durch Spezialausschüsse, welche die Wünsche der einzelnen Branchen bearbeiteten, lebhaft beteiligt.

Im Dezember 1905 hat der Verein auch die Kaufleute beider Kreise aufgenommen, um die gesamten Interessen von Industrie, Handwerk und Handel gemeinsam zu vertreten. Alle selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, soweit sie zur Wahl in die Handelskammer in Görlitz berechtigt sind, können seitdem Mitglieder des Vereins werden. Der Verein verfolgt seine Bestrebungen in der durch die Satzung gegebenen Weise weiter. Jede politische Betätigung ist ausgeschlossen.

Schnelle Fortschritte begann die Organisation der Industrie in großen Landes- und Provinzialverbänden erst Ende des

19. Jahrhunderts zu machen. Die erste industrielle Landesorganisation, die denen im Rheinland und an der Saar gleicht, entstand im

Verband Ostdeutscher Industrieller E. V. Sitz: Danzig, Holzmarkt 12—14. — Vorsitzender: Kaiserlicher Regierungsrat a. D. Schrey, Direktor der Waggonfabrik Danzig, Danzig-Langfuhr, Jäschkentaler Weg 10. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Dr. Wilhelm John. — Mitgliederzahl: 373. — Etat: Einnahmen u. a.: Mitgliederbeiträge 16 275 M., Aus dem Anzeigenteil der „Ostdeutschen Industrie“ 1000 M., Sa. 17 875 M. Ausgaben u. a.: Gehälter (einschl. Pensionsversicherung des Syndikus) 10 200 M., Miete 1300 M., Bureaubedürfnisse 1500 M., Drucksachen 1500 M., Sa. 16 800 M. — Publikationsorgan: „Ostdeutsche Industrie“, Zeitschrift für die Förderung der Industrie in den östlichen Provinzen.

Die gewerblichen Verhältnisse im Osten sind eigenartig, ihre Grundlage in mancher Beziehung verschieden von den Grundlagen, auf denen die Industrie in anderen Gegenden des Reiches beruht, die Schwierigkeiten, mit denen sie dortzulande kämpft, von besonderer Beschaffenheit. Aus diesen und anderen Gründen ist auf Anregung des verstorbenen Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, Staatsministers D. Dr. von Goßler, am 10. Dezember 1898 in Danzig der Verband Ostdeutscher Industrieller ins Leben gerufen worden. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf die vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern. Für diese weite Ausdehnung des Wirkungskreises ist die Erwägung maßgebend, daß in wirtschaftlicher Hinsicht nicht nur die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen zusammenhängen, sondern daß auch Posen und der östliche Teil von Pommern, was die Entwicklung der Industrie und deren Bedürfnisse anlangt, dasselbe Bild zeigen.

Der Zweck des Verbandes Ostdeutscher Industrieller ist die Förderung der vaterländischen Industrie in den östlichen Provinzen Preußens. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sollen u. a. dienen: Erhebungen in Fragen der Erzeugung der Industrieprodukte und des Absatzes derselben, sowie der industriellen Arbeiter; Nutzbarmachung der Ergebnisse solcher Erhebungen im Interesse der Verbandsmitglieder; Vertretung der Interessen der Industrie im allgemeinen sowie der Verbandsmitglieder insbesondere gegenüber den Behörden, anderen Vereinen bzw. Verbänden und Privatpersonen; Erteilung von Auskunft an die Verbandsmitglieder über alle mit dem Verbandszwecke in Einklang stehenden Fragen, insbesondere auch des gewerblichen Rechtsschutzes.

In der Mitgliederliste sind die verschiedensten Gewerbebetriebe verzeichnet; sowohl was die Art der Fabrikation, als auch was den Umfang der Betriebe und die Arbeiterzahl anlangt. Außer den eigentlichen Gewerbebetreibenden gehören dem Verbande auch viele Kaufleute, Bankgeschäfte und dergleichen an. Mehrere Handelskammern, mehrere Vereine, die einen bestimmten Industriezweig vertreten, auch mehrere Stadtverwaltungen haben sich körperschaftlich angeschlossen.

Der Verband Ostdeutscher Industrieller betrachtet sich als den berufenen Träger der Bestrebungen, im Osten mehr Industrie zu schaffen, der sogenannten Industrialisierungsidee. Demgemäß versäumt er keine sich darbietende Gelegenheit, um zu betonen, daß es eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit ist, die industrielle Tätigkeit des Ostens, sei es durch Erweiterung der bereits bestehenden Fabrikanlagen, sei es

durch Schaffung neuer Anlagen, zu vermehren. Andererseits sucht er das an vielen Stellen haftende Vorurteil, daß es im Osten so gut wie gar keine Industrie gebe, nach Kräften zu zerstören, indem er immer wieder in Wort und Schrift darauf hinweist, daß die östlichen Provinzen bereits eine große Zahl industrieller Betriebe haben, unter diesen viele Anlagen, die den Vergleich mit den Betrieben anderer Gegenden nicht zu scheuen brauchen, sowohl hinsichtlich ihrer Einrichtung als auch ihrer Leistungsfähigkeit. In der Tat ist es dem Verband Ostdeutscher Industrieller gelungen, namentlich bei den oberen Verwaltungsbehörden, die östliche Industrie zur Geltung zu bringen. Vor allem hat er der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die östliche Industrie nur dann den Wettbewerb mit anderen Gegenden aushalten und zu dem erforderlichen Grade erstarken könnte, wenn sie bei der Zuschlagserteilung in öffentlichen Ausschreibungen mehr als nach den allgemein geltenden Grundsätzen berücksichtigt würde, und zwar innerhalb gewisser Grenzen selbst dann, wenn sie nicht mindestfordernde Bieterin wäre. Weiter hat er, bei beschränkten Submissionen für die östlichen Provinzen nur die heimische Industrie heranzuziehen, wenn diese eine genügende Zahl leistungsfähiger Fabrikanten bzw. Lieferanten aufweise. Dieser Wunsch ist von sämtlichen Staatssekretären und Ministern mit Wohlwollen aufgenommen worden. Ein vortreffliches Hilfsmittel bei diesen Bestrebungen ist der bisher in drei Auflagen erschienene „Bezugsquellennachweis für das Gebiet des Verbandes Ostdeutscher Industrieller“.

In der Erkenntnis, daß zur wirtschaftlichen Hebung des Ostens die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unbedingt notwendig ist, hat der Verband Ostdeutscher Industrieller in zahlreichen Eingaben auf Mängel im östlichen Eisenbahnwesen hingewiesen und um deren Abstellung gebeten. Auch im Bezirkseisenbahnrat für die Eisenbahndirektionsbezirke Bromberg, Danzig und Königsberg (Pr.) hat er sowohl im Plenum wie im ständigen Ausschuß eine Stimme.

Eine vielseitige Wirksamkeit hat der Verband auf dem Gebiete der Handelspolitik entfaltet. Er hat dabei mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß auch in Zukunft langfristige Handelsverträge abgeschlossen werden müssen, und daß denjenigen Zweigen des nationalen Erwerbslebens, die zu ihrer Existenz des Schutzes gegen den ausländischen Wettbewerb bedürfen, ein solcher Schutz in genügendem Maße durch Verträge gewährleistet werden muß.

Lebhaft wurde auch die Verbandstätigkeit durch den im Ministerium der öffentlichen Arbeiten hergestellten Entwurf von neuen „allgemeinen Bestimmungen betreffend die Vergebung von Staatsbauten, Leistungen oder Lieferungen“ in Anspruch genommen.

Da viele Verbandsmitglieder über die Geschäftsgebarung der Raiffeisen-genossenschaften und deren Unterstützung durch die Ansiedelungskommission Klage führten, hat der Verbandsvorsitzende in einer gegen Ende 1902 vom Landwirtschaftsminister einberufenen Konferenz die Wünsche der östlichen Industrie zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß die Ansiedelungskommission, die als eine staatliche Behörde die Politik der Regierung nach Möglichkeit fördern müsse, gemäß den dem Verband Ostdeutscher Industrieller seitens der Staatssekretäre und Ressortminister gewordenen Zusagen bestrebt sein müsse, in erster Linie die Erzeugungsstätten des Ostens zu berücksichtigen.

Einer Anregung aus Regierungskreisen zufolge hat der Verband der für die östliche Industrie überaus wichtigen Frage der Ausbildung von Fabriklehrlingen seine Aufmerksamkeit zugewandt und besondere „Gesichtspunkte für die Ausbildung von Lehrlingen in Fabrikbetrieben“ ausgearbeitet, deren Beobachtung er seinen Mitgliedern anempfohlen hat.

Auch mit den wichtigeren Maßnahmen der letzten Jahre auf dem Gebiete der Sozialpolitik hat sich der Verband beschäftigt und bezüglich Anträge gestellt, so zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes und zur Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz. Der Verband ist zur „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ in ein Kartellverhältnis getreten.

Die Anregung des Verbandes zur Begründung einer „v. Goßler-Stiftung an der Technischen Hochschule zu Danzig“ war von Erfolg gekrönt. Im Frühjahr 1904 wurde der gleichnamige Verein als Träger der Stiftung ins Leben gerufen, der über ein Vermögen von rund 17000 M. verfügt und bereits in der Lage war, zehn Stipendien von je 500 M. zu gewähren.

Es folgte bald eine gleiche Organisation im

Verein der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete. Sitz: Stettin. — Vorsitzender: Kaesemacher, Generaldirektor der „Union“, Fabrik chemischer Produkte, Stettin. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Flechtner, Generalsekretär. — Unterabteilungen: 1. Vereinigung der Eisenindustriellen Stettins. Vorsitzender: Königlicher Baurat Flohr, Stettin. 2. Ortsgruppe Stettin. Vorsitzender: Direktor Habert, Stettin. 3. Ortsgruppe Rechtsoder. Vorsitzender: Direktor Dr. Toepffer, Finkenwalde. 4. Pommersche Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen. Vorsitzender: Generaldirektor Kaesemacher, Stettin. 5. Verein der Betriebskrankenkassen Pommerns. Vorsitzender: Direktor Stahl. — Geschäftsführer aller 5 Untergruppen: Generalsekretär Dr. Flechtner. — Mitgliederzahl des Hauptvereins 176. — Etat des Hauptvereins: 15—16000 M.

Die Gründung des Vereins ist im Februar 1900 erfolgt.

Zweck: Die Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder unter Berücksichtigung der nationalwirtschaftlichen Aufgaben.

Der Verein sucht seinen Zweck durch Vertretung dieser Interessen bei den maßgebenden Behörden, durch Sammlung statistischen Materials, wahrheitsgetreue Berichte an die Presse, Erörterungen wirtschaftlicher Fragen, Auskunftserteilung an die Mitglieder und auf jedem anderen, ihm geeignet erscheinenden Wege, auch im Zusammenwirken mit anderen Korporationen, zu erreichen.

Die vier erstgenannten von dem Hauptverein ins Leben gerufenen Untergruppen sind Arbeitgeber-Verbände. Die organisatorische und sonstige Tätigkeit des Vereins im Rahmen dieser Unterverbände ist besonders erfolgreich. Sie haben vollständig getrennte Verwaltung, Kassenführung usw., auch dem Hauptverein gegenüber. Ihr Etat stellt sich für das Jahr 1908 auf insgesamt 15—20000 M. in Einnahme und Ausgabe.

Nunmehr begann auch die Industrie in den außerpreußischen Bundesstaaten sich zu organisieren. Als erster dieser Vereine erschien auf dem Plan der:

Verband Sächsischer Industrieller. Sitz: Dresden-A. — Vorsitzender: Kommerzienrat L. B. Lehmann, in Firma J. M. Lehmann, Maschinenfabrik, Dresden-Löbtau. — Geschäfts-

führender Beamter: Dr. Gustav Stresemann, Syndikus. M. d. R. Zu seiner Vertretung berechtigt: Dr. Johannes März, Mitglied der Geschäftsführung. — Unterabteilungen: Ortsgruppe Zwickau, Ortsgruppe Plauenscher Grund, Ortsgruppe Plauen i. Voigtl., Ortsgruppe Leipzig, Ortsgruppe Dresden, Ortsgruppe Olbernhau-Lengefeld und Ortsgruppe Oberlausitz. — Mitgliederzahl: ca. 4000 Fabrikbetriebe, mit 400 000 Arbeitern. — Etat: Einnahmen und Ausgaben ca. 55 000 M. pro Jahr. — Publikations-Organ: „Sächsische Industrie“, 14tägig.

Der Verband Sächsischer Industrieller wurde am 21. Februar 1902 in Dresden durch Verschmelzung der Bezirksvereine Dresden-Bautzen und Leipzig des Bundes der Industriellen — zu dem er als bedeutendster angeschlossener Verein gehört — begründet. Er setzte sich die Aufgabe, eine Zentralorganisation der sächsischen Industrie zu schaffen, welche deren Interessen namentlich auch in den zur Kompetenz des sächsischen Landtags gehörenden Fragen vertreten könne. Der Verband hat auf diesem Gebiete ein reiches Arbeitsfeld gefunden und insbesondere durch seine Stellungnahme an der wichtigen Frage der Steuerreform in Sachsen, sowie zur Gemeindesteuerreform mit Erfolg verstanden, eine ungerechtfertigte Belastung der sächsischen Industrie zurückzuweisen. So ist insbesondere auf seinen Einspruch die Zurückweisung der für Sachsen geplanten Gewerbesteuer erfolgt, welche die Industrie in dreifacher Weise, nämlich durch Abgaben von der Höhe des gewerblichen Ertrages, nach dem Wert der benutzten Räume und nach der Kopffzahl der beschäftigten Arbeiter (2 M. pro Arbeiter) mit mehreren Millionen neuer Steuern belastet haben würde.

Von der Erwägung ausgehend, daß auch die bestbegründete Eingabe erfolglos ist, wenn nicht eine genügende Macht im Parlament dahinter steht, hat es der Verband ferner sich angelegen sein lassen, bei den Landtagswahlen in Sachsen industriefreundliche Kandidaten zu unterstützen und hat es dadurch erreicht, daß entsprechend dem industriellen Charakter des Landes die Zahl der Industriellen, Handel- und Gewerbetreibenden gegenüber der noch immer zahlreich vertretenen Landwirtschaft gestiegen ist. Insgesamt gehören dem sächsischen Landtag nach den letzt vollzogenen Wahlen bereits 24 Mitglieder des Verbandes als Abgeordnete an, so daß die von ihm verfochtenen Interessen dort eine geeignete Vertretung finden.

Durch Gründung von Ortsgruppen hat der Verband ferner dafür gesorgt, daß auch lokale Fragen in geeigneter Weise durch diese lokalen Verbände vertreten werden können. Das Arbeitsgebiet des Verbandes ist aber nicht auf die sächsischen Fragen beschränkt, vielmehr hat der Verband auch zu allen Fragen der deutschen Reichsgesetzgebung, soweit sie die sächsische Industrie berühren, Stellung genommen. Er hat auch die Mitgliedschaft beim Handelsvertragsverein erworben. Daß eine solche Zentralstelle für die Wünsche der sächsischen Industrie geschaffen wurde, war notwendig, weil die sächsische Industrie einen eigenartigen gewerblichen Charakter trägt; sie ist vorzugsweise Fertigungsindustrie und hat teilweise ganz andre Interessen (insbesondere in Kartell- und Zollfragen) zu vertreten, als z. B. die Industrie Rheinlands und Westfalens.

Der Frage des Zusammenschlusses der Arbeitgeber gegenüber ungerechtfertigten Ansprüchen der Arbeitnehmer wandte der Verband in immer erhöhtem Maße seine Aufmerksamkeit zu. Besonders der große Crimmitschauer Streik veranlaßte eine Stellungnahme des Verbandes. In der Folge wurde die „Gesellschaft des Verbandes Sächs. Indu-

strieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ begründet und der Anschluß des Verbandes mit dieser Gesellschaft an den „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ in Berlin vollzogen.

Die Entwicklung des Verbandes ist eine äußerst rasche gewesen und beweist nach Ansicht des Verbandes jedenfalls, ein wie großes Bedürfnis vorlag, die Zersplitterung der sächsischen Industrie in lokale Fachvereine zu beseitigen und eine zusammenfassende Organisation zu schaffen. Von 180 Fabrikbetrieben mit ca. 15 000 Arbeitern begründet, zählt der Verband heute etwa 4000 Betriebe mit rund 400 000 beschäftigten Arbeitern zu seinen Mitgliedern, d. h. der Bedeutung nach gerechnet, gehören ihm schon heute die Mehrzahl der sächsischen Industriellen an. Auch 26 sächsische Fabrikanten-Vereine sind dem Verbands als körperschaftliche Mitglieder angeschlossen.

Bayerischer Industriellen-Verband. Sitz: München, Ludwigstraße 13. — Vorsitzender: Baurat Dr.-Ing. und phil. Anton v. Rieppel. — Geschäftsführender Beamter: Dr. Alfred Kuhlo, Syndikus, München. — Ortsgruppen in München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg. — Mitgliederzahl: 700 Einzelmitglieder und 11 Vereine, mit zusammen etwa 160 000 Arbeitern. — Etat: 35 000 M. — Publikationsorgan: „Wochenschrift für die Bayerische Industrie“, München.

Der Bayerische Industriellen-Verband wurde am 31. März 1902 gegründet. Zur Gründung schritten auf Anregung des Bundes der Industriellen Kommerzienrat Aust-München und Kommerzienrat Kuhlo-Nürnberg, welche bis Oktober 1906 das Amt eines ersten bzw. zweiten Vorsitzenden inne hatten. Von diesem Datum ab übernahm Baurat Dr. von Rieppel den Vorsitz des Verbandes. Der Verband zählte bei seiner Gründung 30 Mitgliedsfirmen, während er heute mit den angeschlossenen Verbänden über 3000 Industriefirmen umfaßt.

Der Verband befaßt sich mit allen Fragen der Zoll- und Handelspolitik und hat sich insbesondere eine zielbewußte Vertretung aller diesbezüglichen Interessen der bayerischen Industrie zur Aufgabe gemacht.

Um dem Export der bayerischen Industrie möglichst umfangreiche Förderung angedeihen zu lassen, hat der Verband eine eigene Exportstelle ins Leben gerufen (mit Subvention des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Außern), welche am 1. Juli 1905 ihre Tätigkeit begonnen hat.

Die Geschäftsstelle unternimmt vielfach die vorbereitenden Schritte für Zusammenfassung einzelner Industrien in Syndikaten, Verkaufsvereinigungen usw. Auch widmet der Verband der Entwicklung der deutschen Kartelle größte Aufmerksamkeit und betrachtet es als eine seiner Aufgaben, zugunsten einer rationellen Kartellpolitik im Interesse der wirtschaftlichen Stärkung unserer Industrie zu wirken.

Der Verband steht auf dem Standpunkt, daß gerade in bezug auf die Hebung des Verkehrs, Verbilligung der Frachttarife, Schaffung neuer Verkehrswege und -mittel in Bayern noch viel zu tun übrig bleibt, und daß die Entwicklung der bayerischen Industrie in der Hauptsache von einer weitsichtigen Verkehrspolitik abhängen wird. Um seinen Mitgliedern im Verkehrswesen weitere Erleichterungen zu verschaffen, hat er eine besondere Abteilung unter Leitung eines Sachverständigen geschaffen, welche sich ausschließlich mit Auskunfterteilung und Revision von Frachtbriefen befaßt.

Auch die Frage der Behandlung kommunaler Angelegenheiten fällt in das Gebiet der Tätigkeit des Verbandes, soweit sie die Interessen

der Industriellen berühren, und wiederholt hat der Verband Gelegenheit gehabt, bei kommunalen Behörden für die Wünsche seiner Mitglieder einzutreten (z. B. Baupolizei, Pflasterzölle, Hebung der Industrie im allgemeinen usw.).

Der Verband hält eine wirksame Propaganda für eine rationelle Sozialpolitik im Interesse der Industrie sowohl in Bayern als auch im Reiche für eine der wichtigsten Aufgaben jedes industriellen Verbandes. Was die Arbeiter- und Lohnfrage betrifft, so steht der Verband auf dem Standpunkt, daß eine wirksame Organisation der Arbeitgeber auf diesem Gebiete nicht innerhalb eines wirtschaftlichen Verbandes, sondern nur in Branchen-Verbänden, welche sich ausschließlich mit Arbeiterfragen beschäftigen, durchgeführt werden kann. Aus diesem Grunde überläßt er die Behandlung der Arbeitgeberfragen im allgemeinen den in Bayern bestehenden Branchen-Verbänden und fördert deren Neugründung besonders. Nur in denjenigen Fällen, in welchen ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeitgeber Bayerns oder einzelner bayerischer Bezirke notwendig ist (z. B. Gesamtstreik an einzelnen Orten Bayerns, sozialpolitische Gesetzgebung in Bayern und mehrere Branchen umfassende Streikbewegungen), will der Verband dafür sorgen, daß ein entsprechender Kontakt zwischen den einzelnen bayerischen Arbeitgeberverbänden hergestellt und ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht wird. Nur wenn Mitglieder des Bayerischen Industriellen-Verbandes, welche keinem Arbeitgeberverbände angehören, und deren Anschluß an solche auch aus örtlichen oder sonstigen Gründen nicht möglich oder zweckmäßig ist, in Differenzen mit ihren Arbeitern geraten, übernimmt es der Verband, auf Wunsch, Schritte zur Unterstützung solcher Industrieller einzuleiten, wenn es im gegebenen Falle angebracht erscheint.

Am 7. April 1908 fand in München auf Veranlassung des Verbandes die konstituierende Versammlung einer „Entschädigungsgesellschaft bayerischer Arbeitgeber“ statt, zu der zahlreiche Arbeitgeber aus allen Teilen Bayerns erschienen waren. Der Zweck der Gesellschaft ist, ihre Mitglieder gegen die ihnen durch Streiks und Aussperrungen erwachsenden Schäden in der Weise zu versichern, daß sie ihnen gegen Zahlung einer jährlichen Prämie im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung während dessen Dauer bestimmte, satzungsgemäß festgesetzte Entschädigungen für den Kopf der Arbeiter ausbezahlt. Es wurde beschlossen, mit dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ und der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ in Berlin Rückversicherungsverträge abzuschließen. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft wurde Syndikus Dr. Kuhlo ernannt.

Durch die Stiftung eines bayerischen Industriellen kam der Verband in die Lage, eine Verdienstmedaille nebst Ehrendiplom für Angestellte und Arbeiter beider Geschlechter in industriellen Betrieben ins Leben zu rufen.

Der Bayerische Industriellen-Verband steht zum Bunde der Industriellen in einem besonderen Vertragsverhältnis. Außerdem ist er korporativ Mitglied beim Zentralverband deutscher Industrieller und beim Handelsvertragsverein.

Verband Süddeutscher Industrieller. Sitz: Mannheim, Prinz-Wilhelm-Straße 23. — Vorsitzender: Fabrikdirektor Otto Hoffmann, Mannheim-Friedrichsfeld. — Geschäftsführender Beamter: Syndikus Dr. Paul Mieck, Mannheim. — Unterabteilungen: Bezirksverein Mannheim-Ludwigshafen, Bezirksverein Heidelberg, Bezirksverein Karlsruhe, Bezirksverein Freiburg i. B., Bezirksverein Lörrach, Bezirksverein Konstanz, Bezirksverein Villingen-Triberg, Bezirksverein

Heilbronn a. N., Bezirksverein Straßburg i. E. — Weitere Bezirksvereine sind im Entstehen begriffen. Angeschlossene Vereine: Württembergischer Industrie-Verband, Sitz Stuttgart (Vorsitzender: Fabrikbesitzer Hirth-Cannstatt, Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär Marquard); Verein der Textilindustriellen des Wiesentales und dessen Umgebung, Allgemeiner Fabrikanten-Verein Mannheim. Mitgliederzahl: ca. 700. — Etat: 15 000 M. — Publikationsorgan: „Süddeutsche Industrie“, Organ des Verbandes Süddeutscher Industrieller, Redaktion: Syndikus Dr. P. Mieck.

Die Gründung erfolgte am 10. März 1906 auf Veranlassung des Bundes der Industriellen. Sein Zweck ist Vertretung der Gesamtinteressen der süddeutschen Industrie.

In der kurzen Zeit seines Bestehens hat er bereits Erfolge aufzuweisen durch Organisation der süddeutschen Industrie, Hebung ihres Exportes und ihres Zusammengehörigkeitsgefühles; Stellungnahme im Interesse der süddeutschen Industrie zu Gesetzesvorlagen im Reich und in den in Betracht kommenden Bundesstaaten; erfolgreiche Stellungnahme gegenüber Kohlsyndikat und -Kontor im Interesse der kohlenverbrauchenden Industrie.

Sein Organisationsgebiet erstreckt sich auf Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Hessen, Frankfurt a. M. und Teile der Rheinpfalz. Der Verband süddeutscher Industrieller besteht infolge dieser Organisation aus dem „Verbande badischer Industrieller“, dem „Württembergischen Industrie-Verbande“, der „Landesabteilung Elsaß“, den Sektionen „Rheinpfalz“, „Hessen“ und „Frankfurt a. M.“. Das Direktorium des Verbandes setzt sich aus den Delegierten der genannten Einzelorganisationen zusammen. Auf Grund eines Beschlusses des Direktoriums sollen hiunft bei reinen Landesfragen die erwähnten Einzelbezeichnungen mit zur Anwendung gelangen. Zum Bunde der Industriellen und dem Bayerischen Industriellen-Verbande steht er in einem besonderen Vertragsverhältnis.

Die erste industrielle Zentralvertretung wurde geschaffen im:

Centralverband Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit. Sitz: Berlin W 35, Karlsbad 4a. — Vorsitzender: Hüttenbesitzer R. Vopelius, Mitglied des preußischen Herrenhauses, Sulzbach-Saar. — Geschäftsführender Beamter: H. A. Bueck, Geschäftsführendes Mitglied im Direktorium, Stellvertreter: Dr. Bartels, Regierungsrat a. D. — Mitgliederzahl: 564 Einzelmitglieder und 190 wirtschaftliche und industrielle Verbände und Vereine. — Publikationsorgan: „Deutsche Industrie-Zeitung“, Berlin, Herausgeber: Steinmann-Bucher.

Mit der Aufhebung der Eisenzölle, die im Jahre 1873 unter dem Einfluß des wirtschaftlichen Aufschwunges vom deutschen Bundesrat und Reichstag beschlossen worden war, war das Dogma der Freihandelslehre allgemein als Glaubenssatz anerkannt worden, auch von der Mehrzahl der deutschen Industriellen und Gewerbetreibenden. Der Gedanke, den Kampf gegen den Freihandel aufzunehmen, erschien auch zunächst den Eisenindustriellen unfassbar. Daher wurde in dem neu begründeten Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beschlossen, nur den Aufschub der für den 1. Januar 1877 gesetzlich festgestellten Aufhebung der letzten Eisenzölle auf kurze Zeit zu verlangen. Um diese Forderung entbrannte in einem Sturm von Petitionen für und gegen ein großer Kampf.

der in der Reichstagssitzung vom 7. Dezember 1875 zuungunsten der Eisenindustrie entschieden wurde.

So fand der Reichstagsabgeordnete von Kardorff-Wabnitz den Boden vorbereitet, als er in seiner Broschüre „Gegen den Strom“ die Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik vom Freihandel zum Schutzzoll verlangte, und die Organisation der Industrie zu dem großen bevorstehenden Kampf in die Hand nahm.

In einer von Kardorff am 14. Dezember 1875 veranstalteten Vorbesprechung wurde beschlossen „auf Grund der bestehenden wirtschaftlichen und industriellen Vereine eine Zentralisation herbeizuführen, und ein Komitee mit der weiteren Veranstaltung und der Ausarbeitung und Vorlage von Satzungen zu beauftragen“. Darauf fand in einer gleichfalls von dem Reichstagsabgeordneten von Kardorff eingeladenen größeren Versammlung von Industriellen und Vertretern wirtschaftlicher und industrieller Verbände die Konstituierung des Centralverbandes Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit am 15. Februar 1876 in Berlin statt. Nach seinen Satzungen war der Centralverband bestimmt, die Gesamtinteressen der deutschen Industrie zu vertreten, zu wahren und zu fördern.

Ohne andere Fragen, wie beispielsweise das Eisenbahnwesen, die Patentgesetzgebung und anderes zu vernachlässigen, beschäftigte er sich in den ersten Jahren seines Bestehens hauptsächlich mit der Handelspolitik. Der Centralverband verlangte die Aufhebung des Gesetzes von 1873 über die Eisenzölle und die Wiedereinführung eines mäßigen Zolles auf Roh-eisen. Er sprach sich ferner für den Abschluß von Handelsverträgen aus; dabei sollten aber die Interessen des Gewerbefleißes, besonders durch größere Reziprozität der kontinentalen Industriestaaten gegeneinander, besser als bisher gewahrt werden. Gegen die übermächtige Industrie Englands wurde unmittelbarer Schutz verlangt. Um größere Klarheit über alle diese Verhältnisse zu schaffen, forderte der Centralverband die Reichsregierung auf, eine allgemeine amtliche Enquete über die Lage der gesamten deutschen Industrie zu veranstalten.

Am 1. Januar 1877 fielen aber trotzdem die Eisenzölle.

Dem Centralverbande hatten sich neben einzelnen industriellen Firmen über 40 Vereine angeschlossen, besonders die der Eisen- und Stahlindustrie, die Baumwolle und Wolle verarbeitende Textilindustrie, ferner die Müller, die Mineralöl-Industrie, ein Teil der chemischen Industrie, die Vereinigungen der Papier- und Glasfabrikanten und mehrere allgemeine wirtschaftliche und industrielle Vereine, an deren Spitze der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen stand. Um der Regierung wie dem Volke den Umfang der schutzzöllnerischen Bewegung vor Augen zu führen, lud er die „auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit stehenden Industriellen“ zu einer Versammlung auf den 16. Juni 1877 nach Frankfurt a. M. ein. An dieser ersten großen Versammlung des Centralverbandes beteiligten sich über 500 Industrielle.

Die Nachricht, daß, bei der Unwahrscheinlichkeit eines Zustandekommens des Handelsvertrages mit Österreich, im Bundesrat die Aufstellung eines autonomen Tarifs in Aussicht genommen worden war, veranlaßte das Direktorium die Aufstellung eines vollständigen, eingehend begründeten Zolltarifentwurfes zu veranstalten. Dieser Entwurf wurde der Delegiertenversammlung vom 13. bis 15. Dezember 1877 in Leipzig zur Beratung und Feststellung unterbreitet.

In dieser Delegiertenversammlung wurde ferner beschlossen, beim Reichskanzler die Bildung eines volkswirtschaftlichen Senats nach dem Vorbilde des französischen conseil superieur du commerce, de

l'industrie et de l'agriculture zu beantragen. Infolge dieses Antrages wurde für Preußen ein volkswirtschaftlicher Senat gebildet und dieser später auch zur Begutachtung wirtschaftlicher und sozialer Fragen herangezogen. Die Einrichtung im Reiche scheiterte an dem Widerstande der Mehrheit des Reichstages, aber auch der Preußische Volkswirtschaftsrat ging wieder ein.

Weiter wurde eine allgemeine Versammlung aller unmittelbaren und mittelbaren Mitglieder am 21. bis 23. Februar 1878 in Berlin abgehalten. Diese als Kongreß bezeichnete Versammlung war von etwa 700 Industriellen aus allen Teilen Deutschlands besucht. Es wurde verhandelt über die Lage der deutschen Industrie sowie des Kleingewerbes und über den autonomen Tarif. Der Kongreß erklärte die Aufstellung eines die Natur der Produktion, die Lage der Industrie und Gewerbe überhaupt und lediglich die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands voll berücksichtigenden autonomen Zolltarifes für notwendig; er wünschte ferner, daß der vom Centralverbande derart ausgearbeitete autonome Tarif als Grundlage für die Arbeit der Regierung dienen möchte. Der in Leipzig festgestellte Zolltarif wurde von der Versammlung gegen eine Stimme angenommen. Die Vorhersagen der Freihändler, daß, wenn es sich um die Festsetzung der Zölle handeln würde, die Schutzzoltpartei in einem heftigen Kampf der Industriellen unter sich auseinanderfallen würde, waren nicht eingetroffen.

Der Reichstag war wegen des verweigerten Sozialistengesetzes aufgelöst worden. Die Zusammensetzung des deutschen Reichstages hatte sich gänzlich geändert. 204 Abgeordnete schlossen sich sofort zu einer freien wirtschaftlichen Vereinigung zusammen, die das Prinzip des Centralverbandes, den Schutz der nationalen Arbeit, als berechtigt anerkannte und eine dementsprechende Erklärung erließ.

Inzwischen war die Forderung des Centralverbandes auf Anstellung von Untersuchungen über die Lage der Industrie zum Teil erfüllt worden. Die Kommission zur Vornahme einer sehr eingehenden Enquete über die Lage der Eisen-, Baumwoll- und Leinen-Industrie war vom Reichskanzler eingesetzt worden.

Eine Verständigung zwischen den Interessen der Landwirtschaft und denen der im Centralverband vertretenen Industrie wurde auf dem X. Kongreß deutscher Landwirte am 24. Februar 1879 erzielt. Der neue Zolltarif wurde am 12. Juli 1879 vom Reichstage mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen. Das größte Aufsehen erregte die Wiedereinführung von Getreidezöllen, auf Weizen und Hafer 1 M., auf anderes Getreide 0.50 M. für 100 kg. Damit war die Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik vollzogen.

Zur Förderung des Exports gab der Verband bald darauf eine Zusammenstellung aller bestehenden Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularverträge heraus. Diesem Werke folgte zu demselben Zweck eine Zusammenstellung der Zolltarife aller Länder in zwei Bänden.

Durch Gesetz vom 22. Mai 1885 war der Zoll auf zahlreiche industrielle, besonders aber auf landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht worden, der Zoll auf Roggen und Weizen auf 3 M., der auf Gerste und Hafer auf 1.50 M. An der Agitation für diese, wie für die späteren Zollerhöhungen im Jahre 1887 hat sich der Centralverband, wie er ganz besonders betont, nicht beteiligt. Gegen den von der Landwirtschaft verlangten Zoll auf Rohwolle hatte sich der Centralverband ausgesprochen.

Die scharfe Kritik, die an dem unsachlichen Verfahren beim Abschluß der bisherigen Handelsverträge geübt worden war, hatte zur Folge, daß die Regierung bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Ruß-

land andere Wege einschlug. Zunächst wurden mit den Verhandlungen Diplomaten betraut; dann wurden je drei Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft als Gutachter berufen. Die Landwirte lehnten ihre Mitwirkung ab. Die Vertreter der Industrie, Mitglieder des Centralverbandes und des Handels, Mitglieder des Deutschen Handelstages, konstituierten sich in dem Bureau des Centralverbandes als sogenannter Zollbeirat.

Das Direktorium des Centralverbandes hat später seinen Geschäftsführer beauftragt, eine Denkschrift über die zweckmäßigste Art der Vorbereitung der neuen Handelsverträge abzufassen. Der Reichskanzler entschloß sich zur Bildung des „Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen“. Dieser Ausschuß wurde aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie zusammengesetzt und der Leitung des Reichsamtes des Innern unterstellt. Als seine größte und verdienstvollste Arbeit ist die von ihm aufgestellte deutsche Produktionsstatistik anzusehen; seine Mitwirkung ist auch noch bei der Aufstellung des Entwurfs zu dem neuen Zolllarif in Anspruch genommen worden.

Der Centralverband glaubt die Bildung des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ allein auf seine Initiative zurückführen zu können. Doch ist er mit der Entwicklung dieses Organs nicht zufrieden. Er war besonders für ihn eingetreten, um ein Organ zu schaffen, das, wie damals der Zollbeirat bei den Verhandlungen mit Rußland, bezüglich des Abschlusses der neuen Handelsverträge als eine Körperschaft von Sachverständigen mitwirken sollte. Dazu sei es nicht gekommen. „Die Regierung hatte den Agrariern einen überwiegenden Einfluß im „Wirtschaftlichen Ausschuß“ eingeräumt, deren extreme Stellung ihn unbrauchbar für die ihm vom Centralverbande zugedachte Aufgabe machte. Das hatte auch die Regierung eingesehen, trotz des von der agrarischen Bewegung auf sie ausgeübten Einflusses. Der „Wirtschaftliche Ausschuß“ ist zur Mitarbeit bei den Verhandlungen über den Abschluß der neuen Handelsverträge nicht berufen worden“.

Die Aufgaben, die dem Centralverband bei der jüngsten Regelung der handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands zufielen, ist er bestrebt gewesen, wie folgt zu erfüllen: Als Grundlage für den Abschluß der neuen Handelsverträge sollte ein neuer Zolllarif erstellt werden. Zunächst über das Schema für den Tarif, dann über die einzufügenden Zollsätze, später über den Entwurf der Regierung und endlich zu jedem der einzelnen Handelsverträge sind die Forderungen und Wünsche der Mitglieder eingefordert und in Denkschriften allen mitwirkenden amtlichen Stellen unterbreitet worden. Vor allem war der Centralverband bestrebt, die in ihm vertretene Industrie zu einheitlichem Vorgehen zu bewegen, doch sei dies leider vergebens gewesen.

„Das Solidaritätsbewußtsein, das in aufopferungsvoller Betätigung in den 70er Jahren den gewaltigen Erfolg ermöglicht hatte, war besonders in der bedeutendsten und am meisten bedrohten Industrie, der Textilindustrie, erstorben und selbst durch die eindringlichsten Bemühungen und Vorstellungen seitens des Centralverbandes nicht wieder zu beleben gewesen. Auch in anderen Industrien fehlte es an der erforderlichen Einmütigkeit, selbst an der unentbehrlichen Mitwirkung bei der Vertretung ihrer Interessen. Daher entbehrte die Einwirkung des Centralverbandes auf die Gestaltung des neuen Zolllarifs der notwendigen festen und sicheren Grundlage; sie wurde aber auch durch andere Verhältnisse abgeschwächt“.

„In der Kommission des Reichstags kämpften die Agrarier und ihr Anhang mit Erfolg Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie gegen

die Industriezölle. Bei der blinden Leidenschaft, mit der dieser Kampf geführt wurde, kam es zu widersinnigen Beschlüssen, Unstimmigkeiten, wie man später in Milde sagte. Alle mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehenden Positionen wurden über die Gebühr, teils zum unmittelbaren Schaden der Industrie, erhöht.“

„Alle diese Verhältnisse, der niedrige Tarif, die teils übertrieben hohen Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, besonders auf Vieh, Fleisch und Fett, in erheblichster Weise aber auch die zur Abwehr der Seuchengefahr von deutscher Seite unabänderlich bedingten, den Verkehr sehr erschwerenden, teils gänzlich ausschließenden Maßnahmen, trugen dazu bei, daß beim Abschluß der Handelsverträge große Opfer gebracht werden mußten, zu denen der Stoff nur dem Gebiete der Industriezölle entnommen werden konnte und reichlich entnommen wurde.“

Der Centralverband betont besonders, daß er mit seinem Eintreten für die Steigerung der Getreidezölle auf die ungefähre Höhe der Sätze vom Jahre 1887 nur seinen alten bewährten Traditionen gefolgt sei. In seiner Versammlung der Delegierten vom 15./16. Februar 1879 hatte er erklärt, daß er vom Standpunkte einer geschützten nationalen Industrie- und Gewerbetätigkeit aus gegen den entsprechenden Schutz der vaterländischen Landwirtschaft, also auch gegen einen mäßigen Getreide- und Viehzoll nichts zu erinnern finde, und davon keine Nachteile, weder für die deutsche Industrie noch für die in derselben beschäftigten Arbeiter, befürchte.

„Es darf niemals vergessen werden, daß es nur durch dieses, aus dem Solidaritätsbewußtsein hervorgegangene Bündnis zwischen Industrie und Landwirtschaft möglich geworden war, die Mehrheit im Reichstage für die Umkehr der Wirtschafts- und Handelspolitik im Reiche zum Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit zu erlangen.“

„An diesem Bündnis, das die Grundlage für den gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie gebildet hat, ist vom Centralverband bis zuletzt festgehalten worden, trotz der von agrarischer Seite geübten Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen die Industrie. Daher ist er für die Erhöhung der Getreidezölle im Betrage der von der Regierung vorgeschlagenen Minimalzölle eingetreten. Die gemeinschädlichen übertriebenen Forderungen der Agrarier, die teilweise auch in den Zolltarif übergegangen sind und in den Handelsverträgen Ausdruck gefunden haben, hat der Centralverband stets nachdrücklich zurückgewiesen.“

Neben der Schutz Zollpolitik ist es besonders die Arbeiterfrage, die den Centralverband am meisten beschäftigt hat.

Ein Mitglied des Centralverbandes, der Hüttenbesitzer Frhr. v. Stumm, hatte bereits 1869 und später noch mehrfach im Reichstage Anträge auf Versorgung invalider und altersschwacher Arbeiter nach dem Vorbilde der Knappschaftskassen gestellt. „Nachdem durch die Rückkehr zum Zollschutzsystem die Grundlage zu einem hoffnungsvollen Gedeihen der Industrie gegeben war, hatte sich der Centralverband sofort der Arbeiterfürsorge zugewendet und in seiner Delegiertenversammlung vom 22. bis 24. September 1879 die Notwendigkeit einer Invaliden- und Altersversicherung anerkannt.“

Der Centralverband hat sich ferner von der Veröffentlichung des ersten Gesetzentwurfes im Jahre 1881 bis zum Erlaß des Unfallgesetzes 1884 mit der Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter beschäftigt. In allen Zeitabschnitten der fortschreitenden Entwicklung dieser Gesetze war er bestrebt, durch Denkschriften und Eingaben, auch durch die Ausarbeitung eines die Unfallversicherung betreffenden vollständigen, eingehend begründeten Gesetzentwurfes den verbündeten Regierungen und dem Reichstage seine Ansichten und Wünsche zu unterbreiten. In der

Voraussetzung, daß die Arbeiter zu den Kosten beitragen würden, hatte der Centralverband deren Beteiligung auch an der Verwaltung für recht erachtet. Diese Beteiligung wollte die Regierung den Arbeitern gewähren trotz ihrer Befreiung von Beiträgen. Für ihre Mitwirkung an der Verwaltung sollten Arbeiterausschüsse errichtet werden. Der Centralverband erblickte in diesen Ausschüssen „die staatliche Organisation der Sozialdemokratie“. Er bekämpfte sie mit der größten Zähigkeit, und es gelang ihm schließlich, sie zu Fall zu bringen. Wenn auch in nicht wenigen Einzelheiten seine Wünsche und Vorschläge unberücksichtigt geblieben waren, so hat der Centralverband doch in wesentlichen Beziehungen das Unfallversicherungsgesetz beeinflußt.

Dagegen ist der Centralverband vergeblich bemüht gewesen, „die Erfahrungen, die von den Industriellen gerade auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens in praktischer Tätigkeit gemacht worden waren“, bei dem Erlaß des Krankenkassengesetzes zur Geltung zu bringen.

Daß der Centralverband der entschiedene Vertreter des sozialpolitischen Standpunktes ist, der mit dem Schlagwort vom „Herrn im Hause“ bezeichnet zu werden pflegt, ist bekannt. Tarifverträgen steht er grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Der Centralverband betätigte sich ferner auf den Gebieten der Gewerbeordnung und des Arbeiterschutzes. Auch den Arbeiterverhältnissen im allgemeinen schenkte er Aufmerksamkeit. Da von Vertretern der Wissenschaft häufig auf die englischen Arbeiterverhältnisse Bezug genommen wurde, entsandte der Centralverband eine Kommission nach England zur Untersuchung der dortigen Arbeiterverhältnisse und veröffentlichte die Ergebnisse 1890 in einem ausführlichen Bericht. Um die Sozialdemokratie auch in der Presse wirksam zu bekämpfen, gibt der Centralverband seit dem Jahre 1884 auf seine Kosten eine Zeitungskorrespondenz „Die neue Reichskorrespondenz“ heraus, die wöchentlich dreimal an über 900 Zeitungsverleger kostenfrei verschickt wird.

Mit Maßregeln zur Förderung der Ausfuhr beschäftigte sich der Zentralverband noch gelegentlich, so gab er unter anderm ein Adreßbuch deutscher Exportfirmen heraus.

Die industriellen Kartelle und Syndikate, und zwar im besondern die für Kohle und Eisen, sind vom Centralverband stets verteidigt und gefördert worden.

Interesse wandte er auch der Ausstellungsfrage, dem Patent- und Musterschutz, dem gewerblichen Unterrichtswesen und dem Verkehrswesen zu. Auch mit Handwerkerfragen beschäftigte er sich, soweit sie die Industrie berühren, und wandte sich insbesondere gegen die Einführung von Zwangsinnungen. Mit der Reorganisation der Handelskammern hat sich der Centralverband bereits im Jahre 1882 beschäftigt. Einen schweren Kampf in seinen eigenen Kreisen hatte der Centralverband in bezug auf die Währungsfrage zu bestehen.

Da es dem Centralverband in den ersten Jahren seines Bestehens schwer wurde, Beziehungen zur Presse anzuknüpfen, so beteiligte er sich an der Herausgabe einer Zeitungskorrespondenz, der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, die zuerst im Jahre 1870 erschien. Sodann knüpfte er noch fortbestehende Beziehungen zu der Zeitungskorrespondenz „Berliner Politische Nachrichten“ an. Im Jahre 1899 wurde mit dem Herausgeber der „Deutschen Industrie-Zeitung“, Steinmann-Bucher, ein Abkommen getroffen, wonach die Zeitschrift das offizielle Organ des Centralverbandes wurde. Seine Verhandlungen und größeren Arbeiten veröffentlicht der Centralverband in seinen nach Bedarf erscheinenden Heften, genannt „Verhandlungen und Berichte“.

Erst in neuerer Zeit erhielt der Zentralverband sowohl in wirtschafts- wie in sozialpolitischer Beziehung ein Gegengewicht im:

Bund der Industriellen (E. V.). — Sitz: Berlin C 19, Gertraudenstraße 23. — Vorsitzender: Geheimer Kommerzienrat Hermann Wirth, Berlin. — Geschäftsführender Beamter: Dr. W. Wendlandt, Generalsekretär, M. d. A. — Stellvertreter: H. E. Krueger. — Mitgliederzahl: Über 5000 industrielle Firmen als direkte Einzelmitglieder und über 80 Vereine mit ca. 30000 Firmen. — Publikationsorgan: „Deutsche Industrie“.

Der Gedanke, die einzelnen Berufsstände durch große Interessenvertretungen zur Geltung zu bringen, lag in der Mitte der neunziger Jahre geradezu in der Luft. Nachdem die ackerbautreibende Bevölkerung Deutschlands als Protestvereinigung gegen die Caprivischen Handelsverträge sich im Bund der Landwirte eine Macht geschaffen hatte, die alles, was an Bauern- und sonstiger Bündelei je gesehen worden war, tief in den Schatten stellte, empfand es die Industrie als Notwendigkeit, sich Rechenschaft über ihre Gesamtvertretung zu geben. Dies geschah durch mehrere Schriften, unter denen die Broschüre des Dr. von Martius (s. S. 65) das Material am übersichtlichsten darbot. Dieser war allerdings der Meinung, daß in Deutschland innerhalb der Industrie nichts ohne den Geheimrat zu machen sei und kam daher zu dem Schluß: daß erst eine staatliche Unterlage für eine Gesamtorganisation der deutschen Industrie nach Art der Berufsgenossenschaften oder Handelskammern geschaffen werden müsse.

Das Ergebnis hat gelehrt, daß die mögliche Lösung zunächst allein in der Errichtung eines allgemeinen deutschen Bundes der Industriellen auf freier Grundlage zu finden war. Dr. W. Wendlandt brachte entsprechende Vorschläge im Jahre 1895 in die Öffentlichkeit. Eine ansehnliche Zahl von Groß- und Kleinindustriellen bemächtigte sich sofort der Idee, sorgte für Verbreitung seiner Broschüre und so konnte man in kurzem darangehen, einen von 500 Industriellen unterschriebenen Massenauftrag zur Begründung eines Bundes der Industriellen zu verbreiten. Am 21. Oktober 1895 konnte die erste Vorbesprechung in Berlin stattfinden. Am 27. November folgte hierauf die erste konstituierende Versammlung. Geheimer Kommerzienrat Hermann Wirth zu Berlin übernahm den Vorsitz.

Von Anfang an war das Ziel, eine Gesamtvertretung der Industrie einzuleiten. Die Gründe dafür waren einerseits, „die Fortentwicklung des damals stagnierenden Zentralverbandes deutscher Industrieller zu veranlassen, andererseits die große Masse der Fertigindustrie anzuregen“, damit besonders die kleinere und mittlere Industrie sich in eine eigene Vertretung zusammenschlüsse und verhindert werde, daß sie in eine verhängnisvolle Vernachlässigung oder in eine Bevormundung durch die organisierte Großindustrie käme. Eine fernere Aufgabe der neuen Organisation bestand „in der Beseitigung der durch die starre Politik des Zentralverbandes hervorgerufenen tiefen Zerwürfnisse zwischen den führenden großen Gruppen der Industrie, namentlich zwischen dem Verbands der chemischen Industrie und der großen Eisen-, Stahl- und Textilindustrie.“ Es kam hinzu, „daß die Regierung sich im Irrtum befand, wenn sie glaubte: der Zentralverband sei die Vertretung der ganzen deutschen Industrie.“ Der letzte entscheidende Grund, der Industrie eine neue Organisationsbasis zu geben, war die Notwendigkeit: „der geschlossenen wirtschaftlichen Machtentfaltung der Landwirtschaft eine geschlossene und führende Industrievertretung

gegenüber zu stellen“. Diese letztere Notwendigkeit hat zu der Namensgebung „Bund der Industriellen“ geführt. Der Titel deutet von Anfang an auf das letzte Ziel: die Schaffung einer Gesamtvertretung der deutschen Industrie, und auf eine zentrale Vertretung der Fertigindustrie hin. Zur ausschließlichen Regelung der letzteren Aufgabe wäre es richtiger gewesen, „Schutzverband der Fertigindustrie“ zu sagen. Der Bund der Industriellen will aber beides sein, Vorkämpfer der Gesamtindustrie und der Fertigindustrie.

In ersterer Hinsicht erreichte der Bund bald einen Erfolg mit der provisorischen Errichtung eines Industrierates, der sich aus dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und dem Bunde der Industriellen zusammensetzte. Daß dieser provisorische Industrierat nicht in Wirklichkeit getreten ist, ist „aus vereinspolitischen Erwägungen des Zentralverbandes zu erklären“, der nach Errichtung des Industrierates plötzlich den Verein der chemischen Industrie für nicht gleichberechtigt zur Vertretung im Industrierate erklärte. Allein das Ziel ist ein dauerndes des Bundes geblieben.

Auf der ersten Generalversammlung des Bundes vom 24. Juni 1896 wurde die Forderung aufgestellt, daß der damals noch bestehende Zollbeirat, dem nur drei Industrielle angehörten, dessen Kosten aber vom Zentralverband getragen wurden, der ihm auch Quartier gab, als ein unabhängiges Organ von der Regierung eingesetzt und finanziert werden solle. „In Voraussicht dessen, was die Verhältnisse ergeben würden“, arbeitete der Geschäftsführer des Zentralverbandes den Plan für einen „Wirtschaftlichen Ausschuß“ aus, der so gute Erfolge gehabt hat, daß auf dieser Basis die Regierung die wesentlichen Gruppen zur Zollberatung zuzog, die Kosten trug und auf durchaus neutralem Boden verhandelte. Aber niemals wäre nach Überzeugung des Bundes dieser Schritt geschehen, wenn nicht vorher der Bund der Industriellen gegen den alten abhängigen Zollbeirat Widerspruch erhoben hätte. Er könne daher einen primären Anteil an der Herbeiführung des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ für sich in Anspruch nehmen. Der Bund gab außerdem 1896 zuerst die Anregung, eine ständige Arbeit zur Vorbereitung von Handelsverträgen zu organisieren, ein Gedanke, der ein Jahr später durch die Errichtung der „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ verwirklicht worden ist.

1896 war der Dingleytarif auf der Bildfläche erschienen, der eine tiefe Umwälzung in der Handelspolitik aller Staatsregierungen hervorgerufen hat. Der Bund hat 1897 eine umfassende Kollektiveingabe an den Bundesrat eingereicht, worin er darauf hinwies, welche Industriezweige durch den Dingleytarif in bezug auf ihren Export nach Amerika niedergelegt würden. Er hat in Verfolg dieser Sache zuerst die sogenannte „Amerikanische Gefahr“ öffentlich zur Erörterung gestellt. 1900 behandelte der Bund die Frage einer mitteleuropäischen bzw. europäischen Zollunion in der Öffentlichkeit, um dem Widerstand gegen den übertriebenen Hochschutzzoll eine gemeinschaftliche Basis zu geben. In seiner Tätigkeit im „Wirtschaftlichen Ausschuß“ ist das Wichtigste, daß er ihm das Schema eines Zolltarifs, ohne die Zollsätze, lediglich das Gerippe, unterbreitete, aufgestellt nach dem Prinzip, daß die Anordnung nach den Entwicklungsstufen der Fabrikate vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat erfolgen muß. Der Wirtschaftliche Ausschuß hat diesen Entwurf seinen Mitgliedern unterbreitet und das Prinzip hat durch den Zolltarif Anerkennung gefunden.

Der Bund nahm grundsätzlich keine Stellung zur Lehre vom Schutzzoll und Freihandel, sondern er entscheidet von Fall zu Fall, wie es die moderne Entwicklung und das praktische Leben erheischen. Entschieden

ist er während des Zolltarifikampfes gegen eine Bevorzugung der Landwirtschaft durch einen Minimaltarif aufgetreten.

„Die befruchtende Tätigkeit des Bundes und seine ideelle Initiative tritt ferner zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die erste Generalversammlung den grundlegenden Beschluß faßte, daß es notwendig sei, den Organisationen der Arbeitnehmer solche von Arbeitgebern zur Verhütung von Arbeitseinstellungen gegenüberzustellen.“ Der Bund der Industriellen hatte die Parole für die Gesamtorganisation der Arbeitgeber ausgegeben, als er etwa 4 oder 5 Monate bestand. Das lag damals durchaus nicht in den Intentionen der Gesamtheit. Der Bund nahm dann später besonderen Anteil an der Gründung einer neutralen Gesamtorganisation der Arbeitgeber im „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“.

Der Bund der Industriellen nahm ferner zuerst die Frage der Streikversicherung in Angriff; und er ist nicht dabei stehen geblieben, eine Anregung zu geben, sondern ist praktisch vorgegangen, um eine „Versicherungsgesellschaft gegen Verluste aus Arbeitseinstellung“ zu errichten. Es war damals eine Aktiengesellschaft genannt „Industria“, beabsichtigt. Was diese „Industria“ damals nicht ins Leben treten ließ, war die Forderung der Regierung, daß, ehe eine Entschädigung ausbezahlt werde, vorher ein Einigungsverfahren bei einer dritten Stelle stattfinden müsse, und zwar vor dem Gewerbegericht. Heute wird jede Streikversicherung, die ja von den meisten industriellen Landes- und Provinzialverbänden aufgenommen worden ist, auf der Grundlage aufgebaut, daß Rechtsansprüche ausgeschlossen und gewissermaßen nur Unterstützungskassen geschaffen werden.

Ein Verhandeln mit den Arbeitnehmern von Organisation zu Organisation sieht er grundsätzlich als zweckmäßig an, den Abschluß von Tarifverträgen in geeigneten Industrien weist er nicht von der Hand.

Eine Reihe von öffentlichen Unternehmungen der Industrie hat der Bund in Gemeinschaft mit andern wirtschaftlichen Vertretungen und gleichsam in Vorwegnahme einer Gesamtvertretung der Industrie in Angriff genommen, zum Teil durchgeführt. Als erster nahm er sich der zentralen Exportförderung an: er bildete einen „Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle“. An diesem Ausschuß beteiligten sich der Zentralverband, der Handelstag, die Chemische Industrie, alle großen industriellen Vertretungen, die in Betracht kamen, ferner auch die landwirtschaftlichen; die Regierung hatte aus vier verschiedenen Ministerien Abgeordnete entsandt. Die Arbeit dieses Ausschusses ist auch nicht ohne Folgen geblieben; denn was von der Regierung innerhalb ihres Rahmens geschehen konnte, um den Export Deutschlands flügge zu machen, das wurde seitens des Reichsamts des Innern ausgeführt.

Hiermit steht die technische Förderung der deutschen Industrie zum Zwecke der Überwindung der Weltkonkurrenz durch Errichtung einer gewerblich-technischen Reichsbehörde in nahem Zusammenhang. Deshalb hat der Bund der Industriellen eine von Franz Bendt zuerst in der Öffentlichkeit gegebene Anregung aufgenommen, daß dahin gestrebt werden müßte, eine einheitliche Zentralstelle von Reichs wegen zu schaffen, die einheitliche Gesetze in den wichtigsten und obersten Fragen für die Technik ausarbeitet und vertritt. Dieser „Ausschuß für die Errichtung einer gewerblich-technischen Reichsbehörde“ ist auf über hundert Verbände, Firmen und Fachmänner angewachsen und hat durch Umfragen in den verflossenen Jahren ein erhebliches Material zur endgültigen Erfüllung dieser Forderung fertiggestellt.

Der Bund schuf ferner einen Ausschuß zur Herbeiführung eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin; hat an der Errichtung der Berliner Handelskammer mitgewirkt und hat unter Beteiligung aller industriellen Kreise den „Deutschen (Feuer)-Versicherungs-Schutzverband“ ins Leben gerufen, der sich nächst dem Bunde der Landwirte zu dem größten Interessenverbande, den es in Deutschland gibt, unter dem langjährigen Vorsitz des Vorsitzenden des Bundes der Industriellen entwickelt hat.

Ferner hat der Bund folgende Kreise direkt oder indirekt in Bewegung gesetzt oder ihre Organisation veranlaßt. Eine Folge der Versammlung der Industriellen Pommerns zu Stettin in der Börse im Jahre 1898, besucht von sämtlichen führenden Industriellen Pommerns, war die Gründung des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete; dem Bunde der Industriellen verdankt die Industrie des Königreichs Bayern seine Organisation im Verband Bayerischer Industrieller und auf der vom Bunde der Industriellen geschaffenen Grundlage ist der Verband sächsischer Industrieller aufgebaut worden. In letzter Zeit organisieren sich auf Veranlassung des Bundes die badischen, württembergischen, rheinpfälzischen und andern süddeutschen Industriellen im Verband süddeutscher Industrieller.

Aus der inneren Organisation des Bundes ist hervorzuheben: Er schuf eine „Zentralstelle zur Handhabung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb“ und knüpfte hieran durch seinen Syndikus die Herausgabe eines Fachorgans: „Unlauterer Wettbewerb“, jetzt „Markenschutz und Wettbewerb“ genannt. Er richtete ferner ein „Industrielles Schiedsgericht“ ein und schuf das Fachorgan „Hand in Hand“, später „Deutsche Industrie“ genannt.

In den letzten Jahren beschäftigte sich der Bund besonders mit der Kartellierung der Fertigindustrie und mit ihrer Vertretung gegenüber den großen Rohstoffkartellen.

Man kann die Ziele des Bundes dahin zusammenfassen: Schutz der deutschen Fertigindustrie gegen in- und ausländische Feinde, Anbahnung einer Gesamtvertretung der deutschen Industrie bzw. Errichtung eines Deutschen Industrierats, Schaffung angemessener Vertretung der Industrie im Staat und zuletzt auch in der Politik bzw. in den Parlamenten. Seine Ziele sind umgekehrt keine parteipolitischen bzw. vereinspolitischen, sondern er erblickt seine Aufgabe darin, der Industrie diejenige Organisation im ganzen Reich zu geben, welche ihren örtlichen und staatlichen Bedürfnissen entspricht, und sie von monopolistischer Bevormundung im eigenen Lager zu befreien.

Den Gedanken, eine Gesamtvertretung der Industrie anzubahnen, gab der Bund niemals auf. Im Jahre 1905 wurden zunächst mit der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen Erörterungen über ein gemeinschaftliches Vorgehen gepflogen, welche zur Aufstellung eines Vertragsentwurfes seitens des Bundes der Industriellen führten, über den in den Beratungen der Delegierten beider Verbände Verhandlungen schwebten. Diese Grundlinien dienten dann auch zum Abschluß eines Vertrages, auf dem, nachdem sich die „Zentralstelle“ mit dem „Zentralverband Deutscher Industrieller“ geeinigt hatte, die „Interessengemeinschaft der industriellen Gesamtvertretungen“ erreicht wurde. Der Bund der Industriellen glaubte damit der Verwirklichung seines von Anfang an gesetzten Zieles näher gekommen, daß die deutsche Industrie für die Behandlung der vielen gemeinsamen Interessen aller ihrer Angehörigen sich eine Spitze schaffe. In der Erkenntnis, daß eine solche Gesamtvertretung der Industrie nur

dann lebensfähig sein kann, wenn sie begründet ist auf starke Vertretungen der Einzelinteressen, hatte sich der Bund zunächst der Organisation der bis dahin völlig zersplitterten Fertigungsindustrie zugewandt und dieser eine den bestehenden Organisationen der schweren Industrie gleichberechtigte Vertretung geschaffen. Der zweite Schritt mußte die Bildung eines Oberausschusses dieser zentralen Industrievertretungen sein. Diesem Gedanken ist durch den Abschluß der Interessengemeinschaft Rechnung getragen worden. Wenn man bedenkt, welche Widerstände sich bei den früheren Versuchen zur Durchführung dieses Gedankens unüberwindbar in den Weg gestellt hatten, wird man die Bedeutung und den Zweck dieses Abkommens erst in dem richtigen Lichte sehen.

Die „Interessengemeinschaft der zentralen industriellen Verbände“ trat am 12. Januar 1906 ins Leben. Die Grundlage war folgende:

Die Rechte und Pflichten der in die Interessengemeinschaft getretenen drei Verbände waren die gleichen. Auf Antrag eines der Verbände stellte der Oberausschuß einen Gegenstand zur Beratung. Gemeinsam vertreten wurden nur Beschlüsse, die einstimmig gefaßt worden sind.

Es erfolgten gemeinsame Kundgebungen durch Eingaben zum Zollprovisorium mit den Vereinigten Staaten von Amerika, zur Frage der Hilfskassen, des Unterstützungswohnsitzes, zur Arbeitszeit der Arbeiter in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung und zur Eisenbahnverkehrsordnung. Ferner erfolgte auf Antrag des Bundes der Industriellen die Begründung einer „Ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“, der die Vertretung der Interessen deutscher Aussteller im In- und Auslande und die Behandlung aller mit dem Ausstellungswesen in Verbindung stehenden Fragen zur Aufgabe gestellt worden ist. Anfang 1908 hatte sich der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie diesem Abkommen angeschlossen.

Am 2. Mai 1908 hat der Bund der Industriellen aber seinen Austritt aus der Interessengemeinschaft angezeigt. Der Bund der Industriellen begründet dieses Vorgehen damit, daß das geschäftsführende Mitglied im Direktorium des Zentralverbandes, H. A. Bueck, dem Bund gegenüber illoyal gehandelt, die Interessengemeinschaft bloßgestellt und dadurch die Interessen der gesamten deutschen Industrie geschädigt habe.

Der Gedanke, eine anerkannte Gesamtvertretung der deutschen Industrie herbeizuführen, dürfte damit seiner Verwirklichung wieder sehr fern sein.

Der „Deutsche Handelstag“ scheidet ebenso wie der „Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag“ und der Verband deutscher Berufsgenossenschaften aus dem Rahmen dieser Darstellung; denn wenngleich diese Organisationen selbst zwar freie Vereinigungen sind, so setzen sie sich doch aus halbamtlichen bzw. amtlichen Körperschaften zusammen.

XXX.

Allgemeine Arbeitgeberverbände.

Aus der Darstellung der industriellen Fachverbände geht deutlich hervor, daß allenthalben das Bestreben vorhanden ist, durch Ausbau der bestehenden oder durch Schaffung neuer Organisationen besondere Interessenvertretungen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern zu schaffen. Soweit sich die Organisationen auf eine bestimmte Industrie erstrecken, sind sie in den einzelnen Kapiteln bereits aufgeführt. Diese Bewegung hat sich aber nicht auf die einzelnen Industriezweige beschränkt, sondern hat auch zur Bildung von allgemeinen („gemischten“) Arbeitgeberverbänden geführt. Das Bild der Organisation des Unternehmertums würde eine wesentliche Lücke aufweisen, wenn diese jüngste Erscheinung hier nicht kurz charakterisiert werden würde*).

Seinem Ursprung nach der älteste, in vieler Hinsicht auch bedeutendste Verein dieser Art und deshalb typisch ist der

Arbeitgeber-Verband Unterelbe. Sitz: Hamburg, Bohnenstraße 12/14. — Vorsitzender: Kommerzienrat Joh. A. Menck, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altona. — Geschäftsführender Beamter: Generalsekretär W. G. H. Freiherr v. Reiswitz, Chefredakteur der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.

— Unterabteilungen:

1. Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, Hamburg, Bohnenstraße 12/14. — Vorsitzender: Hermann Blohm, i. Fa. Blohm & Voß. — Geschäftsführer: W. G. H. Freiherr v. Reiswitz. Mitgliedschaften:

A. Verband der Eisenindustrie Hamburgs; 2. Verein Hamburger Rheder; 3. Verein der Importeure engl. Kohlen; 4. Verein Hamburger Ewerführerbaase von 1874; 5. Vereinigung der am Kaffeehandel bet. Firmen; 6. Verein Hamburgischer Quartierleute von 1886; 7. Verein der Stauer von Hamburg-Altona von 1886; 8. Verein der Chemischen Industrie von Hamburg-Altona; 9. Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890; 10. Verein der Kornumstecherfirmen Hamburgs; 11. Vereinigung Hamburger Schiffsmakler und Schiffsagenten, E.-V.; 12. Verein der Segelmacherbaase von Hamburg-Altona; 13. Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarstädten; 14. Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verw.

*) Unlängst ist eine Spezialarbeit erschienen: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“ von Dr. Gerhard Keßler. (Band 124 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig 1907), auf die im übrigen verwiesen sei.

Gewerbe; 15. Verein Hamburger Fuhrherren von 1885; 16. Vereinigte Metallindustrielle, Sitz: Hamburg; 17. Versicherungsverband der Brauereien von Hamburg und Umgegend gegen Verrufserklärungen; 18. Verband der Arbeitgeber der elektrotechnischen Betriebe von Hamburg und Umgegend; 19. Verein der Arbeitgeber für Hamburg und Umgegend; 20. Verein der Gerüstbau-Interessenten von Hamburg-Altona; 21. Hamburger Innungs-Ausschuß; 22. Innungs-Ausschuß Wandsbeck; 23. Baugewerks-Innung „Bauhütte zu Hamburg“; 24. Baugewerks-Innung „Bauhütte zu Bergedorf“; 25. Bund der Steinhauer und Steinsetzmeister; 26. Hamburg-Altona-Wandsbeck-Harburg-Cuxhavener Bezirksverein im Deutschen Fleischer-verbände; 27. Verband der Interessenten des Küpergewerbes von Hamburg-Altona und Umgegend; 28. Verein der Lagerhalter von Hamburg und Nachbarstädten; 29. Fischdampfer-Rhederei-Verein „Elbe“ zu Altona; 30. Beton-Verein Hamburg; 31. Verein der Plattenhändler von Hamburg und Umgegend. (Die Zahl der von den ad. 21 und 22 genannten Instanzen vertretenen Innungen beträgt 36.)

B. Arbeitgeberverband Lübeck. Stellvertretender Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Küstermann-Lübeck. Mitgliedschaften:

1. Verein Lübecker Metallindustrieller; 2. Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; 3. Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks und der Umgegend; 4. Arbeitgeberverband für die Holzindustriellen usw.; 5. Tischler-Innung; 6. Innung der Buchdruckereibesitzer; 7. Freie Vereinigung der Bäcker; 8. Freie Vereinigung der Malermeister; 9. Freie Vereinigung der Klempner; 10. Tapezierinnung; 11. Nahrungs- und Genußmittel-Industriellen-Verband; 12. Verein „Fischhalle Schlutup“ zu Schlutup; 13. Freie Vereinigung der Braunbierbrauer; 14. Verein der Fuhrherren; 15. Vereinigung Lübecker Steinsetzmeister; 16. Verein der Baumaterialienhändler, sowie 62 Einzelmitglieder.

C. Arbeitgeberverband Kiel; D. Arbeitgeberverband E. V. Flensburg; E. Arbeitgeberverband Schleswig e. V.; F. Arbeitgeberverband für Apenrade; G. Verband der Baugewerksmeister für das östliche Holstein und das Fürstentum Lübeck; H. Arbeitgeberverband Hadersleben e. V.; J. Arbeitgeberverband für das Baugewerbe E. V. Stade; K. Arbeitgeberverband Bergedorf; L. Arbeitgeberverband Elmshorn; M. Arbeitgeberverband der Westküste Schleswigs mit dem Sitz in Husum; N. Bau-Arbeitgeberverband von Altrahlstedt und Umgegend; O. Arbeitgeberverband Neumünster; P. Arbeitgeberverband Rendsburg. Mitgliederzahl des ganzen Vereins: 8600 Arbeitgeber mit 150 000 Arbeiter. — Etat: Ca. 30 000 M. pro anno. — Publikations-Organ: „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.

Der Verein begründet seine Entstehung und damit die „reine“ Arbeitgeberorganisation überhaupt in einer 1906 erschienenen Denkschrift selbst wie folgt:

„Die Erkenntnis, daß der individuelle (d. h. zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter privatim vereinbarte) Arbeitsvertrag dem einzelnen Arbeiter die Einwirkung auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen so gut wie unmöglich macht, führte den Zusammenschluß der Arbeiter zu Verbänden (Gewerkschaften, Gewerkvereinen usw.) herbei. Auf diese Weise vermochte eine Mehrheit von Arbeitnehmern auf den einzelnen Arbeitgeber mit Hilfe gemeinschaftlicher Arbeitsniederlegung einen genügenden Druck auszuüben, um ihn zur Beachtung ihrer Forderungen zu veranlassen. Es ist unbestreitbar, daß dermaßen die Koalition der Arbeiterschaft an und für sich einen durchaus berechtigten Vorgang darstellt; sie bewirkt den aus sittlichen und kulturellen Rücksichten notwendigen Ausgleich

des Kräfteunterschiedes zwischen den beiden Kontrahenten des Arbeitsvertrages. Wenn nun im Lauf der Zeit gegen die Art und Weise, wie die Arbeiterschaft von dem Recht der Koalition Gebrauch zu machen für gut befand, schwerwiegende und sicherlich wohlbegründete Einwendungen erhoben worden sind, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die koalitierten Arbeiter mehr und mehr das Augenmaß für die Grenzen verloren, die ihrer Machtbetätigung durch die Rücksicht auf das industrielle und gewerbliche Gesamtinteresse gesetzt waren, und daß sich obendrein in der Arbeiterbewegung allerhand Unterströmungen bemerkbar machten, die mit der Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiter nicht das mindeste zu tun hatten. . . . So trat denn mit der Zeit ein wetteiferndes Bemühen der verschiedenen Gewerkschaften zutage, für ihre Mitglieder möglichst viele Vorteile für das herauszuschlagen, was diese an Beiträgen zu leisten hatten. Und da sich die Unternehmer gezwungen sahen, gegen ein solches Überspannen des Bogen aus geschäftlichen Rücksichten Front zu machen, wurde der Kriegszustand ein dauernder; die Streiks, die anfänglich nur als Mittel zum Zweck angesehen wurden, begannen allmählich zum Selbstzweck zu werden. . . . So kam es zunächst zur Vereinigung der Arbeitgeber der gleichen Branche in den naturgemäß am meisten bedrohten Industriezentren des Reichs; den bestorganisierten Gewerkschaften, nämlich dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Maurer Deutschlands traten die Arbeitgeberverbände der Metallindustriellen und des Baugewerbes gegenüber. Es zeigte sich jedoch, daß diese Lokalverbände für sich allein nicht imstande waren, mit den zentralisierten Gegnern fertig zu werden, und so entschlossen sie sich ebenfalls zu einer Zentralisation. Dergestalt ward bereits ausgang der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts der „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ (s. S. 39) und der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ (s. S. 95) begründet. Doch auch diese Form der Organisation genügte noch immer nicht angesichts der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften der verschiedensten Arbeitsbranchen bei eintretenden Differenzen sich gegenseitig zur Niederzwingung der betreffenden Arbeitgeberkorporationen Helferdienste leistete. Man erkannte, daß auch die Arbeitgeberverbände zueinander in ein Unterstützungsverhältnis treten mußten, und daraufhin wurden denn in den einzelnen Städten und Bezirken die sogenannten „gemischten Lokalverbände“ begründet.“

Der älteste lokale Arbeitgeberverband, der nicht nur für die Organisation des Unternehmertums in ganz Deutschland vorbildlich gewesen ist, sondern diese Organisation zum weitaus größten Teil selbst in die Wege geleitet hat, ist der „Arbeitgeberverband Hamburg-Altona“. Das Entstehen des Verbandes fällt in das Jahr 1890. Als Zweck des Verbandes wird in den Satzungen folgendes angegeben:

„Der Verband bezweckt die Herbeiführung dauernd friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch Berücksichtigung berechtigter Ansprüche und Abwehr unberechtigter Forderungen und ungesetzlicher Übergriffe abseits der Arbeiter und ihrer Vereinigungen. Der Verband soll nur denjenigen Zwecken dieser Art dienen, welche durch die Einzelvereine nicht so gut erreicht werden können, alle anderen Zwecke sind auszuschließen. Deshalb soll der Verband nur Beschlüsse über Fragen fassen, welche die Interessen der Gesamtheit der Arbeitgeber beeinflussen oder welche dem Verbande zur Entscheidung übertragen worden sind. Andererseits hat jeder Einzelverein, bevor er Veränderungen von größerer Tragweite in den Arbeitsbedingungen eintreten läßt, die Pflicht, dem Verbande Gelegenheit zu geben, diese Veränderungen seinerseits zur Erörterung zu bringen.“

Als Mittel zur Erreichung des Zwecks soll dienen: die Beihilfe zur Durchführung und Vervollständigung der Gesetze, welche zum Wohle und Schutze der Arbeiter erlassen sind, und die Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter; dann die Einführung der sogenannten Streikklausel in alle Lieferungsverträge, die Vereinbarung, keine im Streik oder in der Aussperrung befindlichen Arbeiter Anderer anzunehmen, die Schaffung einer Darlehnskasse für Streikfälle, die Errichtung von Arbeitsnachweisen und ähnliches.

Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona gab Veranlassung zur Schaffung eines größeren Verbandes: Der im Winter 1905 von Hamburg aus begründete „Arbeitgeberverband Unterelbe“ umfaßt das Gebiet von Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein und das linke Ufer der Unterelbe, wobei Hamburg als Vorort gedacht ist. Er läßt die Selbständigkeit der lokalen Verbände unangetastet, sofern der Schwerpunkt der Verbandstätigkeit bei den lokalen Organisationen bleiben soll. Neben dem Bestreben, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen, bezweckt der Verband mit Hilfe der Vereinigung der in seinem Bezirk bestehenden oder sich neu bildenden Lokalverbände die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Angriffen seitens der Arbeiter und ihrer Vertretungen. Insbesondere wird der Schutz der Arbeitswilligen, die Einrichtung von Arbeitsnachweisen und die Einführung der Streik- und Aussperrungsklausel in die Lieferungsverträge angestrebt. Ebenso soll für durchgreifenden Rechtsschutz der Mitglieder in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung Sorge getragen werden.

Gleichzeitig mit der Begründung des Verbandes selbst fand die der „Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ statt.

Schließlich seien die beiden Organisationen genannt, welche sich die allgemeinste Zentralisierung der speziellen Vertretungen von Arbeitgeberinteressen zur Aufgabe gemacht haben:

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände. Sitz: Berlin W, Am Karlsbad 4a. — Vorsitzender: Hüttenbesitzer Vopelius, Mitglied des Herrenhauses, Sulzbach. — Leitende Beamte: Generalsekretär H. A. Bueck und Syndikus Dr. Tänzler. — Unterabteilungen: Arbeitgeberverbände der Industrie. — Publikationsorgan: eigene „Mitteilungen“.

Den äußeren Anstoß zur Gründung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände gab die Ausstandsbewegung in der Crimmitschauer Textilindustrie, die sich vom August 1903 bis in den Januar 1904 hinzog. Diese Bewegung lenkte damals die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich und fand über die zunächst Beteiligten und über die deutsche Industrie hinaus die größte Beachtung. Der Grund hierfür lag sowohl in der bedeutenden Ausdehnung, die die Bewegung annahm, wie auch darin, daß sich, damals wohl zum ersten Male mit voller Offenheit, die deutsche Sozialdemokratie hinter die Streikenden stellte und sie nicht allein in ihrer Presse in der ausgedehntesten Weise unterstützte, sondern ihnen auch erhebliche Geldmittel für den Kampf zur Verfügung stellte. Die Crimmitschauer Fabrikanten wären diesem Ansturm zweifellos unterlegen, wenn ihnen nicht von der übrigen deutschen Industrie Hilfe zuteil geworden wäre.

Durch dieses Eintreten, das sich nicht damit begnügte, die Solidarität der Unternehmer lediglich moralisch zum Ausdruck zu bringen, sondern

das vor allem auch darin bestand, den Crimmitschauer Arbeitgebern genügende Geldmittel für die erfolgreiche Abwehr des Kampfes zur Verfügung zu stellen, wurde der Angriff der Arbeiterorganisationen bedingungslos abgeschlagen. Als die Streikleitung erkannte, daß die deutsche Unternehmerschaft sich dauernd mit den Crimmitschauer Fabrikanten solidarisch erklärte, brach sie unvermittelt den Kampf ab und veranlaßte die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit.

„Dieser sichtbare, überraschend schnelle Erfolg festigte den deutschen Arbeitgebern die Erkenntnis, daß gegenüber dem mächtigen Vordringen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer unternehmerfeindlichen Bestrebungen das Heil nur in dem Zusammenschlusse der Industriellen zu Arbeitgeberverbänden liegt, und daß diese Arbeitgeberverbände wiederum, wenn anders sie die Gewähr für eine wirksame Durchführung ihrer Ziele bieten wollen, sich zu einem einheitlichen deutschen Arbeitgeberbunde zusammenschließen müssen. Zeigte doch gerade der Fall Crimmitschau, daß auch eine lokale oder fachliche Vereinigung der Unternehmer, wenn sie allein steht, zur Abwehr des Kampfes unter Umständen nicht genügt, sondern daß sich der Erfolg in vielen Fällen nur durch die Solidarität der übrigen Industrien ermöglichen läßt.“

Die Hauptfolge der Crimmitschauer Ereignisse war, daß sich die industrielle Arbeitgeberschaft mit Begeisterung der Idee eines Allgemeinen Arbeitgeberbundes zuwandte. Dies fand seinen Ausdruck durch eine vom Geh. Kommerzienrat Vogel, Chemnitz einberufene „Allgemeine freie Industriellenversammlung“ am 17. Januar 1904, die übrigens nicht, wie das „Reichsarbeitsblatt“ in einer geschichtlichen Übersicht irrtümlich berichtete, eine „Versammlung sächsischer Textilindustrieller“ war, sondern an der sich alle wichtigen deutschen Industrievertretungen durch Abgeordnete beteiligten. In dieser Versammlung wurde einstimmig die Begründung eines neutralen Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberbundes beschlossen, und von dieser Versammlung wurde mit den weiteren Vorbereitungen ein Komitee betraut, in das mit ihrer Zustimmung Delegierte des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands gewählt wurden. Da es jedoch hierbei zu einer Einigung über grundlegende Fragen nicht kam (die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller strebten dahin, den allgemeinen Arbeitgeberbund unter dem Vorsitz und der Geschäftsführung des Zentralverbandes zu errichten), gründete der Zentralverband in seinem Rahmen die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ in Sitzungen vom 12. April und 6. Juni 1904.

Ihr Zweck ist: Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeitnehmer und Sicherung ihrer Mitglieder vor den finanziellen Schädigungen, die aus unberechtigten Ausständen der Arbeiter hervorgehen.

Diejenigen Kreise, welche sich dieser Hauptstelle nicht anschließen konnten, schlossen sich zusammen im

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände. Sitz: Berlin, Potsdamer Straße 134a. — Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Heckmann, Berlin. — Leitender Beamter: Dr. Grabenstedt, Generalsekretär und Syndikus. — Unterabteilungen: 44 Arbeitgeberverbände mit ca. 350 Unterverbänden. — Publikationsorgan: „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.

Die außerhalb des Zentralverbandes und seiner Hauptstelle stehenden Verbände einten sich zunächst in der Freien Vereinigung von Arbeitgeber- und wirtschaftlichen Verbänden, die hernach in den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände umgewandelt wurde.

Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände ist am 16. Juli 1904 gegründet worden von fünf größeren Verbänden mit etwa 656 000 Arbeitern. Er ist eine Vereinigung von Arbeitgeberverbänden, wirtschaftlichen Verbänden und einzelnen Industriellen, die das Deutsche Reich als Bezirk umfaßt. Der Verein bezweckt durch die Vereinigung der in Deutschland bestehenden oder sich neu bildenden Arbeitgeberverbände die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer zu schützen. Dieses Ziel wird zu erreichen gesucht durch die Sperre der unberechtigterweise im Auslande sich befindlichen Arbeiter, durch die Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsnachweisen, ferner durch den Schutz der Arbeitswilligen, durch die möglichste Durchführung der Streik- und Aussperrungsklausel und die Übernahme des Rechtsschutzes der Arbeitgeber in Fällen, welche eine grundsätzliche Bedeutung beanspruchen. Sonstige wirtschaftliche und politische Ziele hat sich der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände nicht zu stellen.

Die Entwicklung dieser Zentrale seit der Gründung ist eine günstige gewesen. Die Zahl der ihm angeschlossenen Verbände hat sich von 5 auf 44 erhöht, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 656 000 auf ca. 1 400 000. Es sind im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände mit Einschluß der meist selbständigen Bezirksverbände und Ortsgruppen zurzeit ca. 350 Arbeitgeberorganisationen vereinigt.

Besonders hervorzuheben ist noch die Gründung von Streikentschädigungsgesellschaften, welche in der Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, die als Rückversicherung wirkt, vereinigt sind. Um die genügenden Mittel zur Deckung der sonst aus dem Streikfall erwachsenden Verluste in wirklich ausreichendem Maße zu beschaffen, hat sich der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ nämlich zur Adaptionierung des auf versicherungstechnischer Grundlage beruhenden Streikentschädigungsprinzips entschlossen, indem er Gesellschaften gründete, deren Mitglieder pro Kopf der beschäftigten Arbeiter jährlich einen Beitrag zu entrichten haben, worauf ihnen im Streikfall vom Tage des Beginnes bis zur Beendigung der Arbeitsniederlegung etwa der gleiche Betrag pro Kopf der streikenden Arbeiter zur Deckung der Generalunkosten gewährt wird. Dadurch, daß die Versicherungsbasis eine sehr breite ist, ist die Möglichkeit gegeben, daß diese Form der Unterstützung praktisch durchgeführt wird. Denn von 100 Versicherten sind, gerade in Ansehung der von den Gewerkschaftlern bevorzugten Methode der partiellen Streiks, immer nur ein gewisser Prozentsatz im gleichen Jahr der Gefahr der Bestreikung ausgesetzt, so daß die von der Gesamtheit aufgebrachtten Prämien die Gesellschaft im allgemeinen befähigen, den Angegriffenen die in Aussicht gestellten Entschädigungs-Quoten zu gewähren. Zu bemerken ist, daß die Beurteilung des einzelnen Streikfalles seitens einer hierfür ernannten Kommission der Gewährung von Entschädigungsgeldern voranzugehen hat, so daß nur derjenige auf die Entschädigung rechnen darf, „der sich in ausreichender Weise über sein Verhalten den Arbeitern gegenüber auszuweisen vermag“. Derartige Gesellschaften sind ins Leben gerufen worden vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, vom Verband sächsischer Industrieller, vom Verein der Industriellen Pommerns, vom Bayerischen Industriellen-Verbande, vom Arbeitgeberverband Unterelbe, Arbeitgeberschutzverband des Deutschen Holzgewerbes, „Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk“.

vom „Verband Berliner Schlossereien“ und von verschiedenen anderen Handwerkszweigen, sowie von dem deutschen Brauereiverband (s. S. 178). Sie unterliegen nicht der staatlichen Aufsicht, weil sie einerseits keine Gewinnzwecke verfolgen und ohne eigentliches Stammkapital arbeiten, und weil sie andererseits satzungsgemäß die Entschädigungen nur bis zur Höhe der Gesamtheit der eingezahlten Prämien auszahlen und außerdem die Zahlung abhängig machen von dem persönlichen Verhalten der Gesellschaftsmitglieder.

Die Gründer des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände gaben aber den Gedanken eines Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes nicht auf und schlossen deshalb auch bereits Ende 1904 einen Kartellvertrag mit der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ ab, der ein gemeinsames Vorgehen in prinzipiellen Fragen ermöglicht, so daß die erstrebte Einigung der deutschen Unternehmer auch nach außen hin zum Ausdruck gebracht worden ist.

Vita

Ich, Hermann Edwin Karl Krueger, bin am 13. Dezember 1880 zu Berlin als Sohn des Dozenten an der Königlichen Oberfeuerwerkerschule Dr. phil. Gotthold Krueger geboren. Ich bin evangelisch.

Meine Schulbildung erhielt ich auf dem Luisenstädtischen Gymnasium zu Berlin, das ich jedoch, da mein Vater im Jahre 1893 starb, mit dem Zeugnis der Reife für Obersekunda verlassen mußte.

Ich trat beim „Bunde der Industriellen“ zu Berlin ein. Durch die Beschäftigung bei diesem wurde ich angeregt, mich dem Studium der Staatswissenschaften zu widmen, dem ich alsdann sechs Semester lang, 1901/02 bis 1904, an der Berliner Universität oblag. Nach seiner Beendigung empfand ich den Wunsch, die Lücke in meiner Vorbildung auszufüllen und unterzog mich deshalb im Jahre 1906 als Extraneer der Maturitätsprüfung am Königstädtischen Gymnasium zu Berlin mit Erfolg.

Hierauf nahm ich das Studium mit Nationalökonomie als Hauptfach noch einmal zwei Semester lang (1906/07 und 1907) auf und beteiligte mich besonders an den Übungen der Herren Professoren Schmoller, Wagner und von Halle im Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminar der Universität Berlin.

Die Promotionsprüfung bestand ich am 30. Juli 1908.

Hermann Krueger.

For the purpose of the present investigation, the only data available for the purpose of the present investigation is the data available for the purpose of the present investigation.

The data available for the purpose of the present investigation is the data available for the purpose of the present investigation.

The data available for the purpose of the present investigation is the data available for the purpose of the present investigation.

The data available for the purpose of the present investigation is the data available for the purpose of the present investigation.

The data available for the purpose of the present investigation is the data available for the purpose of the present investigation.

Herbert H. Brown